

# Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland im regionalen Kontext

Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren

Abschlussbericht des Forschungsprojekts

## *Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Ostdeutschland sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen*

Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung

unter der Leitung von Prof. Dr. Franz Walter

im Auftrag der

Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

– Wiederveröffentlichte, überarbeitete Fassung, Nov. 2017 –

Autoren

Danny Michelsen, Marika Przybilla-Voß, Michael

Lühmann, Martin Grund, Hannes Keune und Florian Finkbeiner



Göttinger Institut für  
Demokratieforschung



## Inhaltsverzeichnis

.....	1
<b>1. Einleitung</b> .....	<b>1</b>
1.1 Vorbemerkungen.....	1
1.2 Verortung in der Forschungslandschaft .....	3
<b>2. Sozialraumanalyse, Datenerhebung und Methoden</b> .....	<b>10</b>
<b>3. Rechtsextremismus in Ostdeutschland</b> .....	<b>16</b>
3.1 Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Zeiten der „Entsicherung“ .....	16
3.2 Sonderfall Ost? .....	23
3.3 Exkurs: Rassismus und Nationalismus in der DDR.....	35
3.4 Rechtsextremismus in Sachsen und Thüringen.....	43
<b>4. Freital und Heidenau</b> .....	<b>49</b>
4.1 Freital und Heidenau: Zwei Industriestädte im Wandel .....	49
4.2 Die (un-)politische Gesellschaft Freitals .....	60
4.3 Rechtsextremismus in Freital .....	69
4.4 Die asylfeindlichen Proteste in Freital und die Anschläge der Bürgerwehr 360/FTL.....	76
4.5 Rechtsextremismus in Heidenau und Umgebung .....	82
<b>5. Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Freital und Heidenau</b> .....	<b>87</b>
5.1 Symptome der Entpolitisierung.....	87
5.2 Der (mangelnde) Umgang mit dem Fremden .....	96
5.3 Regionale Identität und Misstrauen gegenüber dem Westen .....	112
5.4 Mangelnde politische Bildung .....	119
5.5 Demokratieskepsis und politischer „Praxisentzug“ .....	121
5.6 Eingewöhnter Geschichtsrevisionismus und selektive Erinnerungskultur.....	132
<b>6. Erfurt-Herrenberg</b> .....	<b>136</b>
6.1 Die Landeshauptstadt Erfurt und der Stadtteil „Herrenberg“ .....	136
6.2 Geschichte und Gegenwart des Stadtteils Herrenberg.....	137
<b>7. Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Erfurt</b> .....	<b>145</b>
7.1 Rechte SozialarbeiterInnen .....	145
7.2 Symptome der Entpolitisierung.....	151
7.3 Fremdenfeindlichkeit und Konsumkonkurrenz.....	156
7.4 Negative Erfahrung nach 1989 .....	163
7.5 Stärke der rechtsextremen Szene .....	166

7.6 Fehlende Zivilgesellschaft? .....	175
7.7 Einordnungen .....	179
<b>8. Fazit .....</b>	<b>193</b>
<b>9. Literatur- und Quellenverzeichnis .....</b>	<b>204</b>
9.1 InterviewpartnerInnen (Freital und Heidenau) .....	204
9.2 InterviewpartnerInnen (Erfurt und Erfurt Herrenberg) .....	205
9.3 Dokumente .....	206
9.4 Zeitungs- und Onlinequellen .....	207
9.5 Sekundärliteratur .....	216

# 1. Einleitung

## 1.1 Vorbemerkungen

Im Jahr 2015 kam es zu einem besorgniserregenden Anstieg rechts motivierter Gewalttaten<sup>1</sup> in Deutschland: Waren im Jahr zuvor 990 solcher Delikte registriert worden, stieg die Zahl im Jahr 2015 auf 1.408 Gewalttaten an (vgl. Bundesministerium des Innern 2016: 26). Bei der regionalen Verteilung der Straftaten fällt auf, dass die neuen Bundesländer trotz ihres geringeren Bevölkerungsanteils in absoluten Zahlen weit vorne liegen: Nach Nordrhein-Westfalen auf Platz eins (288 rechte Gewalttaten) folgen direkt Sachsen (201), Berlin (132), Brandenburg (128), Sachsen-Anhalt (95) und Mecklenburg-Vorpommern (94) – Thüringen kommt auf Platz neun (73) (vgl. ebd.: 30). Aber nicht nur auf der Verhaltensebene, sondern auch auf der Einstellungsebene gibt es, wie z.B. die Leipziger „Mitte-Studien“ seit Jahren demonstrieren, eine deutliche Ost-West-Divergenz hinsichtlich der Neigung zur Fremdenfeindlichkeit (vgl. Decker et al. 2016; ausführlicher hierzu Kapitel 3.2 dieses Berichts). Im aktuellen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit wird diese Entwicklung als „eine große Gefahr für die gesellschaftliche, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder“ eingestuft (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2016: 11).

Im Jahr der *Flüchtlingskrise* haben insbesondere die asylfeindlichen Proteste in sächsischen Gemeinden wie Freital, Clausnitz, Heidenau oder Bautzen demonstriert, dass in dieser Region ein besonderes Problem mit Rechtsextremismus existiert – zumal der Freistaat Sachsen auch bei den Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte die höchste Falldichte aufweist (vgl. Rösing 2016). Bei einer Sondersitzung des Sächsischen Landtags im Februar 2016 bekundete Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich: „Ja, es stimmt: Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus, und es ist größer, als viele – ich sage ehrlich: auch ich – wahrhaben wollten.“ Diese Bestandsaufnahme war auch deshalb bemerkenswert und wichtig, weil nach Einschätzung der Oppositionsparteien und vieler Journalisten das Problem Rechtsextremismus von der Landesregierung lange Zeit unterschätzt, wenn nicht gar ignoriert worden war. Ein Satz, der in diesem Zusammenhang immer wieder zitiert wird, ist die in einem Interview mit der *Sächsischen Zeitung (SZ)* im Jahr 2000 geäußerte Bemerkung von Kurt Biedenkopf, die Sachsen hätten „sich als völlig immun erwiesen gegenüber rechtsradikalen Versuchungen“ (Kurt Biedenkopf,

---

<sup>1</sup> Gewaltdelikte mit rechtsextremem Hintergrund werden seit 2001 auf der Grundlage des Erfassungssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) registriert, das für rechte Straftaten eine *hate crime*-Definition zugrunde legt: Erfasst werden demnach Gewalthandlungen, die sich „gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten“ (Bundesministerium des Innern o.J.). Zum Forschungsstand zu *hate crimes* in Deutschland und den USA vgl. Green/McFalls/Smith 2001.

zitiert nach Staud 2006: 143). Vier Jahre darauf zog die NPD mit 9,2 Prozent in den Landtag ein – spätestens dann hätte klar gewesen sein müssen, dass das Gegenteil der Fall war. Als sich Ende 2014 in Dresden die Pegida-Bewegung formierte und sich im Jahr darauf überall in Sachsen asylfeindliche Proteste ereigneten, wurde in den Leitartikeln immer wieder die Frage behandelt: Warum Sachsen, warum Dresden? Andere KommentatorInnen sahen in der überproportionalen Häufung rechter politisch motivierter Kriminalität (PMK-Delikte) in den neuen Bundesländern ein generelles ostdeutsches Problem, das vor allem auf Versäumnisse beim wirtschaftlichen Aufbau des Ostens zurückzuführen sei.<sup>2</sup> Im Frühjahr 2016 wurde das Göttinger Institut für Demokratieforschung vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit der Erstellung einer Regionalstudie beauftragt, in welcher der Frage nach spezifisch „ostdeutschen“ Ursachen für die stärkere Verbreitung rechtsextrem motivierter PMK-Delikte und rechtsextremer Einstellungen in den neuen Bundesländern nachgegangen werden sollte – wobei ein besonderer Fokus auf etwaigen Besonderheiten der politischen Kultur ausgewählter Regionen lag. Wir entschieden uns zum einen für eine Untersuchungsregion, die durch asylfeindliche Proteste im Jahr 2015 aufgefallen war: die Metropolregion Dresden, konkret: die Städte Freital und Heidenau.<sup>3</sup> Als zweite Region wählten wir zum anderen die Stadt Erfurt, wobei unser Schwerpunkt dort auf dem Stadtteil Herrenberg lag, der seit Längerem für seine starke rechtsextreme Szene bekannt ist.<sup>4</sup> Beide Untersuchungsregionen werden inzwischen auch von den Sicherheitsbehörden als Brennpunkte von PMK-Delikten geführt. So warnt das Bundeskriminalamt zunächst noch allgemein davor, dass u.a. wegen der „hohen Straftatendichte in einzelnen Regionen“ inzwischen „nicht nur schwerste Gewaltstraftaten durch Einzeltäter oder Kleinstgruppen, sondern auch die Bildung terroristischer/krimineller Gruppen innerhalb des rechten Spektrums in Betracht gezogen werden müssen“ (Biermann/Geisler 2016). Kombiniert man die BKA-Warnung nun mit Erkenntnissen des sächsischen Landeskriminalamtes über den Anstieg politisch motivierter Kriminalität von rechts, zeigt sich, dass die vom BKA als für die Bildung von rechten Terrorgruppen relevant eingeführte Kategorie „hohe Straftatendichte in einzelnen Regionen“ nicht nur sicherheitsrelevant ist, sondern auch ein enormes heuristisches Potenzial besitzt. Anders gesagt: Neben einiger schwer zu entkräftender

---

<sup>2</sup> Vgl. Pontius 2016.

<sup>3</sup> Ein Indiz dafür auf Basis des bisher Beschriebenen ist eine deutlich höhere Fallzahl von PMK-Delikten für das erste Halbjahr 2016 (Stand: 10.06.2016) bezogen auf den Wohnsitz der ermittelten Täter etwa in den untersuchten Städten Freital (um den Faktor 5,4) und Heidenau (um den Faktor 4) und damit noch weit vor der historisch im Gedächtnis gebliebenen Stadt Hoyerswerda (Faktor 2), aber auch weit überdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Dresdner Umlandstädten wie Coswig und Radebeul, die deutlich unterhalb des landesweiten Durchschnitts (etwa die Hälfte an PMK-Delikten) liegen oder wie Radeberg nur geringfügig darüber (Faktor 0,25). Dresden selbst liegt als Herkunftsort der ermittelten Täter nur minimal über dem Landesschnitt Sachsens. Vgl. Sächsischer Landtag (2016).

<sup>4</sup> So geht aus dem Verfassungsschutzbericht des Freistaates Thüringen 2014/15 hervor, dass Thüringen sich im Laufe der vergangenen Jahre zur Hochburg für Rechtsrockkonzerte entwickelt hat, die Anziehungskraft über die Ländergrenzen hinaus entfalten. Als einer der Hauptveranstaltungsorte wird hier u.a. die Gaststätte „Kammwegklause“ auf dem Herrenberg in Erfurt genannt (vgl. Innenministerium Freistaat Thüringen 2015: 71f.).

statistischer Signifikanz, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindliche Übergriffe als ein primär ostdeutsches oder gar vor allem sächsisches Problem zu verorten, zeigt der vorliegende Abschlussbericht, dass es neben spezifisch ostdeutschen, mit der DDR-Vergangenheit zusammenhängenden Ursachen auch bedeutsame regionale Spezifika zu beachten gilt, die erst in der Summe ein Klima bereiten, in dem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gedeihen können. Dies gilt in besonderem Maße für Freital, Heidenau und den Erfurter Stadtteil Herrenberg.

Insgesamt haben wir in diesen Regionen knapp vierzig Einzelinterviews mit Personen vor Ort – vornehmlich mit BeobachterInnen und AkteurInnen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft – sowie mehrere Fokusgruppen durchgeführt und Gespräche mit BewohnerInnen vor Ort geführt.<sup>5</sup>

Anschließend wurden die erhobenen Daten gängigen Standards der qualitativen Sozialforschung folgend analysiert und interpretiert sowie in den aktuellen Forschungsstand eingebettet. Hierbei wurde das Vorgehen vor allem von der Frage nach den historischen, regionalen, kommunalen sowie sozialen Kontexten rechten Denkens und Rechtsextremismus geleitet; zudem bestand stets die sozialräumliche, historische oder mentalitätsgeschichtliche Rückbindung an die jeweiligen Regionen und deren regionale Besonderheiten.

## 1.2 Verortung in der Forschungslandschaft

Wir untersuchen in unserer Studie die Bedeutung des regionalen und kommunalen Kontextes für rechtsextreme Geländegewinne in ostdeutschen Städten<sup>6</sup> am Beispiel von Freital und Heidenau sowie des Stadtteils Herrenberg im Süden Erfurts. Der Fokus auf Groß-, mittelgroße und Kleinstädte wurde nicht zuletzt aus Gründen der Vergleichbarkeit, genauer: zum Ausschluss eines in der Forschung hinlänglich bekannten Stadt-Land-Bias<sup>7</sup> gewählt. Dennoch ist die sozialräumliche Struktur der

---

<sup>5</sup> An dieser Stelle möchten wir gerne jenen Personen danken, ohne die dieses Projekt nicht möglich gewesen wäre. Wir danken Sophie Dolinga und Philipp Scharf für ihre Hilfe bei der Recherche und bei der Transkription. Ebenso danken wir Julia Kleine für ihre Transkription der Fokusgruppen und Daniela Kallinich für die Unterstützung bei der Durchführung der Fokusgruppen. Ein besonderer Dank geht an unsere InterviewpartnerInnen in den von uns untersuchten Regionen sowie an die MitarbeiterInnen des Stadtarchivs Heidenau. Vor allem danken wir jedoch den BewohnerInnen der von uns untersuchten Regionen für die Gespräche und ihr Vertrauen.

<sup>6</sup> Neuere Analysen zu rechtsextremen Strukturen in westdeutschen Kommunen finden sich u.a. bei Hafener/Becker 2007; 2008.

<sup>7</sup> Oft wird die These vertreten, dass Rechtsextremismus nicht generell (d.h. nicht auf alle relevanten Indikatoren bezogen) ein Ost-West-Problem, „sondern eher ein Stadt-Land-Problem“ sei (vgl. Becker 2016: 447). So haben Stöss/Niedermayer in einem Vergleich rechtsextremer Einstellungen in Berlin und Brandenburg festgestellt, dass 14 Prozent der Berliner und 25 Prozent der Brandenburger rechtsextrem eingestellt sind (vgl. Stöss/Niedermayer 2008: 13). Zudem erweisen sich die märkischen Randregionen Brandenburgs im Durchschnitt als eineinhalbmal so anfällig für Rechtsextremismus wie die brandenburgischen Metropolregionen (vgl. Stöss/Niedermayer 2007). Dass sich „Vorurteile gegenüber gesellschaftlich schwachen Gruppen [...] eher im ländlichen denn im städtischen Raum wieder[finden]“, lässt sich damit erklären, dass die

ausgewählten Regionen solchermaßen differenziert, dass uns möglich ist, damit zusammenhängende Erklärungsfaktoren zu erfassen. Ausschlaggebend für die Auswahl der Untersuchungsregionen war jedoch die auffällige Häufung fremdenfeindlicher Protest- bzw. Gewaltereignisse im Jahr 2015. Dabei ist der besondere Fokus auf Sachsen dem eigentlichen Anlass des Forschungsprojektes geschuldet: dem im Vergleich mit anderen ostdeutschen Bundesländern besonders starken Anstieg der Zahl rechtsextremer Gewalttaten im Freistaat<sup>8</sup> im Allgemeinen und der Intensität dieser Gewaltereignisse bzw. der Organisationsstärke der rechtsextremen AkteurInnen in den Regionen Freital und Heidenau im Besonderen.

Nach wie vor kann man feststellen, dass „kommunale Analysen zum Phänomen Rechtsextremismus [...] in der Forschungslandschaft eine eher marginale Rolle [spielen]“ (Borstel 2011: 15). Ein Grund für dieses Defizit besteht darin, „dass sich die Forschung bei der Ursachenanalyse von Rechtsextremismus fast ausschließlich für Prozesse und Fehlentwicklungen auf der Ebene der Gesamtgesellschaft oder auf der Ebene von Individuen und Familien interessiert hat. Hierauf haben kommunale Akteure jedoch nur wenig Einfluss“ (Strobl et al. 2003: 12). Mit der zunehmenden Problematisierung ostdeutscher „Angstzonen“ und des Konzepts der „national befreiten Zonen“ (vgl. Bundschuh 2004; Döring 2008: 51–94; Bürk 2012) auch in den Medien und nicht-wissenschaftlichen Monografien (Staud 2005; Ruf/Sundermeyer 2009) sind jedoch mittlerweile eine Reihe von Lokalstudien erschienen, die für die Erforschung des ostdeutschen Rechtsextremismus neue Maßstäbe gesetzt haben. Die bislang umfangreichste empirische Studie zum Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern von Buchstein/Heinrich (2010) enthält Regionalanalysen zu drei NPD-Hochburgen (Anklam, Ueckermünde und Lübbtheen), in denen neben Aktivitäten und strategischen Mustern der rechtsextremen Gruppen auch die Interaktionen der demokratischen AkteurInnen vor Ort untersucht werden. Zudem werden jeweils die Geschichte, Sozialstruktur und politische Kultur der Regionen in den Blick genommen. Die Untersuchung ist allerdings eher deskriptiv ausgerichtet – es wird also nicht der Versuch unternommen, die Ursachen für die Mobilisierungserfolge lokaler RechtsextremistInnen mithilfe wissenschaftlicher Erklärungsansätze zu reflektieren. Dennoch ist diese Studie für die Erforschung des ostdeutschen

---

Menschen auf dem Land – aufgrund der mangelnden Möglichkeiten, sich dem „verdichteten sozialen Konformitätsdruck in kleineren Gemeinden“ zu entziehen – eher gezwungen sind, ihr Handeln nach der Theorie des geplanten Verhaltens auszurichten, „wonach Individuen ihre Handlungen danach ausrichten, ob das Umfeld, z.B. das Gemeinwesen, diese Handlungen ‚aus Überzeugung‘, auf Basis geteilter Werte und Überzeugungen, missbilligt oder toleriert“ (ebd.). Gerade in ethnisch homogenen Gegenden kann dies zur Formierung regelrechter „Vorurteilskulturen“ führen, was gerade für Jugendliche, welche die Ressentiments der Erwachsenen als autoritativ wahrnehmen, fatal ist. Für die vielen strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland wird dieser negative Einfluss der Homogenität durch den *brain drain* noch gesteigert: Junge, gebildete Menschen ziehen fort, weshalb es an lokalen Multiplikatoren eines progressiven, universalistischen Denkens mangelt (vgl. Petzke et al. 2007; Heitmeyer 2014: 139f.). Andererseits neigt aber der Einzelne umso weniger zu fremdenfeindlichen Einstellungen, je stärker und positiver der soziale Zusammenhalt in der eigenen Gemeinde eingeschätzt wird (vgl. Becker 2016: 448).

<sup>8</sup> Vgl. die Zahlen, welche die Bundesregierung auf Anfragen der Fraktion DIE LINKE veröffentlicht hat, unter URL: [http://www.petrapau.de/18\\_bundestag/dok/down/2015\\_zf-rechtsextreme-straftaten.pdf](http://www.petrapau.de/18_bundestag/dok/down/2015_zf-rechtsextreme-straftaten.pdf). Näheres zu den Besonderheiten der Verteilung rechtsextremer Straftaten in Sachsen findet sich unter Punkt 3.3.

Rechtsextremismus auch in methodischer Hinsicht bedeutsam: Neben teilnehmenden Beobachtungen, Leitfrageninterviews und Gruppendiskussionen wurden zudem Dokumenten- und Materialanalysen (von Propagandamaterial, polizeilichen Dokumenten und Tageszeitungen) vorgenommen. Allerdings fanden keine Fokusgruppeninterviews statt, da der Fokus ausschließlich auf der Analyse der Strategien der rechtsextremen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen lag und nicht auf der Erforschung von Ursachen für die Ballung rechtsextremer Einstellungen bzw. für die Unterstützung gehäufte rechtsextremer Gewaltereignisse in der „Mitte der Gesellschaft“. Gerade für deren Ausmessung sind jedoch Fokusgruppen besonders geeignet (dazu Marg 2014). Der Autor der Teilstudie über die Region Anklam, Dierk Borstel, hat 2011 eine umfangreiche Studie zur Interaktion der rechtsextremen und demokratischen Zivilgesellschaft in der Region Ostvorpommern vorgelegt. Hinsichtlich der den Rechtsextremismus begünstigenden (gesellschaftlichen, ökonomischen, demografischen und für den ländlichen Raum charakteristischen) Kontextbedingungen stellt Borstel fest, dass „Vorpommern eine Region ohne Demokratieerfahrung und Tradition [ist]. Es gibt keine Freiheits-, sondern eine Autoritarismustradition“ (Borstel 2011: 57). Das wird z.B. mit der dort bis nach dem Zweiten Weltkrieg dominierenden Gutsherrenstruktur und den in dieser Region ausgebliebenen Protesten während der Revolution 1989 begründet. Diese mangelnden Erfahrungen mit politischer Partizipation und die enormen ökonomischen Strukturschwächen der Region (vgl. Fischer/Volkman 2008) sind sicherlich Besonderheiten Ostvorpommerns, die ein erhöhtes rechtsextremes Einstellungspotenzial kaum überraschend erscheinen lassen. Aber auf im ostdeutschen Vergleich eher prosperierende Regionen wie Erfurt oder das Dresdner Umland sind diese Charakteristika nicht unmittelbar übertragbar.

Uta Döring (2008) hat für ihre vielbeachtete Studie über „rechtsdominierte Orte“ in Ostdeutschland vier Kommunen – Gardelegen, Guben, Halle-Neustadt und Magdeburg-Olvenstedt – untersucht und diese Auswahl mit einer je vorhandenen rechtsextremen Szene mit eigener Infrastruktur und der Identifizierung dieser Orte als „Angstzonen“ oder „national befreite Zonen“ durch die Medien begründet. Döring geht es vor allem darum, die Kategorie „Angstzone“ zu hinterfragen; dafür untersuchte sie diskursanalytisch die mediale Berichterstattung und andere Publikationen über die jeweiligen Orte, befragte sämtliche aus ihrer Sicht involvierten lokalen AkteurInnen (TäterInnen wie Opfer) und sammelte ausführliche Feldbeobachtungen vor Ort (interessanterweise auch in Gaststätten und Jugendclubs). Dörings Studie ist stark raumsoziologisch angelegt, weshalb der/die LeserIn zwar viel über rechtsextreme Strategien der Aneignung zumeist semi-öffentlicher Räume, über „Dominanzzeiten und Angstzeiten“ o.Ä. erfährt, aber wenig darüber, welche regionalen politisch-kulturellen Gelegenheitsstrukturen die Herausbildung solcher Angstzonen begünstigen. Genau diese Fragestellung leitet hingegen unsere Untersuchung an.

Eine neuere Analyse des rechtsextremen Milieus in Erfurt bietet Matthias Quent, der u.a. in der (im Landesvergleich überproportional) stark ansteigenden politisch motivierten Kriminalität auf rechter Seite in Erfurt – ein Anstieg von 103 Straftaten im Jahr 2011 auf 203 Delikte im Jahr 2012 – ein Indiz

für Geländegewinne des lokalen Rechtsextremismus sieht (vgl. Quent 2015b: 248f.). Dass die NPD vor allem in Erfurter Plattenbauvierteln stark ist, aber auch hier bei der Landtagswahl 2009 im Durchschnitt nicht über fünf Prozent kam, während DIE LINKE hier fast vierzig Prozent der Stimmen erzielte, spricht aus der Sicht von Quent dafür, dass „[d]ie Existenz mobilisierungsfähiger, demokratischer Parteien des sozialen Protestes [...] ein bedeutsamer Faktor für die Resistenz gegenüber rechtsradikalen Wahlerfolgen und für die Integration der Angehörigen der unteren Sozial- und Bildungsschichten in Prozesse demokratischer Teilhabe [ist]“ (ebd.: 261). Insgesamt ist aber auch Quents Studie sehr deskriptiv angelegt – vor allem die methodische Beschränkung auf ExpertInneninterviews führt dazu, dass wenig über die Motive rechtsextremer AkteurInnen und somit auch über die regional spezifischen Ursachen rechtsextremer Geländegewinne zu erfahren ist.

In ihrer Studie über den bürgerschaftlichen Umgang mit Rechtsextremismus in der thüringischen Kleinstadt Saalfeld analysieren Strobl et al. (2003), wie die Rahmungen des Problems Rechtsextremismus durch lokale EntscheidungsträgerInnen dazu beitragen, dass das Potenzial für die Formierung einer starken demokratischen Gegenkultur ungenutzt bleibt.<sup>9</sup> Als einen Faktor nennen sie die Neigung vieler EinwohnerInnen zur Bewahrung einer „DDR-Mentalität“, die sich vor allem in der fehlenden Bereitschaft äußere, alltägliche Probleme eigenverantwortlich und ohne Hilfe des Staates zu lösen, was Auswirkungen auf das lokale Mobilisierungspotenzial habe (vgl. ebd.: 93). Als problematisch (und rechtsextremen Geländegewinnen förderlich) erscheint den Autoren aber insbesondere die von ihnen beobachtete Neigung von LokalpolitikerInnen und Polizei, Rechtsextremismus als unpolitische Jugendgewalt, als eine Sache von „Chaoten“ zu verharmlosen – wobei die hinter Gewaltaktionen stehenden Wertorientierungen ausgeblendet und infolgedessen gesellschaftliche Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Einstellungen vermieden würden (vgl. ebd.: 147f.). Diese Entpolitisierung des Rechtsextremismus diene auch dazu, die wahrgenommene Stigmatisierung Saalfelds als Hochburg der Rechtsextremen abzuwehren. Daraus wird geschlussfolgert,

*„dass die Aktivierung von demokratischen Potenzialen einen konsensfähigen Rahmen und eine positive Selbstdefinition der Gemeinschaft voraussetzt, die Ziele, Lösungsmöglichkeiten und eine positive Motivation des Handelns in Richtung demokratischer Kultur im weiteren Sinne vorgeben. Das ist von Bedeutung, um in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht lediglich Abwehrstrategien zu mobilisieren, sondern vielmehr eine positive Selbstkonstruktion der Gemeinschaft zu fördern.“* (Ebd.: 159)

---

<sup>9</sup> Zur Bedeutung der lokalen Bewertung des Rechtsextremismus für dessen Ausbreitung vgl. Zick/Hövermann (2013), welche die lokalen Einstellungsgruppen in aktive GegnerInnen, passiv Besorgte, selbstbewusste BeobachterInnen, hilflose IgnorantInnen, ängstlich Überforderte und überzeugt Rechtsaffine einteilen und auf der Grundlage von Stichproben in Anklam, Wernigerode, Bad Nenndorf und Pirmasens feststellen, dass hier im Durchschnitt die aktiven GegnerInnen die größte (27 Prozent) und die hilflosen IgnorantInnen die kleinste (neun Prozent) Gruppe bilden.

Die Autoren gehen hier auf Basis von Putnams Theorie der Genese sozialen Kapitals in zivilgesellschaftlichen Netzwerken (vgl. Putnam 2000) und von Erkenntnissen aus der Vertrauensforschung (Offe 2001) davon aus, dass der Aufbau sozialen Kapitals eine „starke“ Form des Vertrauens voraussetzt, die auf der begründeten Annahme beruht, „dass die anderen [Akteure] im Prinzip wohlgesonnen sind und die Kooperation allen Beteiligten nützt“.<sup>10</sup> Dieser Fokus auf Vertrauen/Misstrauen ist deshalb sinnvoll, weil Strobl et al. in dem unter den EinwohnerInnen verbreiteten Eindruck, in einer „Täuschungsdemokratie“ zu leben, die keine wirklichen Mitspracherechte biete, eine wichtige Ursache für politische Entfremdung und die daraus folgende Akzeptanz rechtsextremer Geländegewinne erkennen (vgl. Strobl et al. 2003: S. 93).<sup>11</sup>

Andreas Klärner zeichnet in einer Feldstudie die Transformation der Aktionsformen der rechtsextremen „A-Stadt“<sup>12</sup> nach und stellt dabei fest, dass seit 1999/2000 ein Strategiewechsel dieser Szene zu beobachten ist, der sich in einer bewussten Abkehr von spontaner Gewalt und in einer Hinwendung zu zivilen Aktionsformen und zum parteiförmigen Rechtsextremismus äußert (vgl. Klärner 2006; 2008): Ein Teil der Kameradschaften tritt in die NPD ein; Mahnwachen werden organisiert und eine Jugendinitiative für die Errichtung eines „nationalen Jugendzentrums“ wird gegründet; bei öffentlichen Veranstaltungen wird die „Strategie der Wortergreifung“ angewendet – all das mit dem Ziel, die Akzeptanz rechtsextremer Positionen innerhalb der Bevölkerung zu erhöhen.<sup>13</sup> Dass es RechtsextremistInnen in abdriftenden ländlichen Regionen Ostdeutschlands am besten gelingt, sich als „Kümmerer“ zu etablieren, indem sie ihr Engagement an verbreiteten Ängsten, etwa vor dem demografischen Wandel und seinen Folgen, ausrichten, dabei aber nationalsozialistische Ideologeme wie z.B. das „Landflucht ist Volkstod“-Motiv transportieren, wird erst seit Kurzem von der Forschung anhand lokaler Beispiele aufgearbeitet (Quent 2014).

---

<sup>10</sup> Strobl et al. (2003: 36) berufen sich hier auf Offe/Fuchs (2001: 419).

<sup>11</sup> Dass die Potenzierung des Misstrauens innerhalb der Bürgerschaft und in Prozessen kollektiver Entscheidungsfindung, das ja gerade die Grundlage für die Ausbildung einer „kontestatorischen Demokratie“ und die für sie charakteristischen Mechanismen „aktiver Kontrolle“ bildet (Pettit 1997: 195ff.), einen für die Erklärung politischer Entfremdung und rechtsextremer Einstellungen sehr ambivalenten Faktor bildet, kann in diesem Literaturbericht nur angedeutet werden, wird aber in unseren Analysen eine zentrale Grundannahme darstellen: Zwar benötigt ein System, das einerseits mehr Vertrauen generiert, andererseits auch mehr Misstrauen, damit eine ausreichende gesellschaftliche Kontrolle der durch die Vertrauensschübe ermöglichten positiven Koordinierungen sichergestellt wird; doch letztlich, so Luhmann, „kann nur in Systemen, denen vertraut wird, Mißtrauen so institutionalisiert und begrenzt werden, daß es nicht persönlich zugerechnet und zurückgegeben wird, also vor Ausuferung in Konflikte bewahrt bleibt“ (Luhmann 2009: 117f., 124).

<sup>12</sup> Mittlerweile ist bekannt, dass es sich bei dem von Klärner anonymisierten Untersuchungsgebiet um Jena handelt. Vgl. Schulze 2017: 78.

<sup>13</sup> Zudem wird in der Sekundärliteratur konstatiert, dass „im Unterschied zu den Neonazis in den alten Ländern [...] sich die Neonazis in den neuen Ländern auch weniger am historischen Nationalsozialismus [orientieren] und [...] nicht nur aus taktischen Gründen antiamerikanische, antiglobalistische und antikapitalistische Parolen in den Vordergrund stellen. Darüber hinaus konzentriert man sich stärker auf die Probleme in der jeweiligen Region, also etwa kommunale Konfliktthemen und soziale Missstände vor Ort.“ (Pfahl-Traughber 2009: 98f.) Entsprechend sei auch das Verhältnis der freien Kräfte zur NPD enger als in Westdeutschland.

Heitmeyer/Grau monieren, dass es so gut wie keine Studien gebe, die Rechtsextremismus auf „die Art, Konzentration und Konsequenzen von feindseligen Mentalitäten im Wohnumfeld“ zurückführen würden (Heitmeyer/Grau 2013: 24). Deshalb sei bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen und der FokusgruppenteilnehmerInnen darauf zu achten, dass hier (auch) Personen aus Wohnvierteln mit gehäuften Gewaltereignissen rekrutiert würden. In einer (in dem von Heitmeyer/Grau herausgegebenen Band veröffentlichten) Lokalstudie über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) in der Stadt Dresden wird nachgewiesen, dass das Wohnumfeld tatsächlich eine wichtige Rolle spielt: „Befragte, die angeben, dass sich ‚die allgemeine finanzielle Lage der Bewohner‘, ‚die berufliche Situation der Jugendlichen‘ und ‚der Einsatz der örtlichen Politiker für das Viertel‘ verschlechtert hat, sind seltener zu einem Engagement gegen Rechtsextremismus bereit.“ (Wandschneider 2013: 235f.) Interessanter ist aber ein anderes Ergebnis dieser Studie: Im Vergleich der Ortsamtsbereiche Altstadt und Prohlis, in denen große soziale Probleme existieren, mit dem Villenviertel Loschwitz fällt auf, dass die Befragten in Loschwitz zwar die eigene wirtschaftliche Lage am positivsten bewerten, dabei allerdings ebenso hohe Werte individueller relativer Deprivation aufweisen wie die Befragten in den anderen beiden Stadtteilen. Zudem sind hier mehr Befragte der Meinung, Rechtsextremismus werde in den Medien „hochgekocht“; und der Anteil derjenigen, die der NPD Lösungskompetenzen zutrauen, ist hier im Vergleich mit allen Dresdner Ortsamtsbereichen am größten (vgl. ebd.: 242). Gerade hier, in Dresden, zeigt sich demzufolge, dass Rechtsextremismus bzw. dessen Verharmlosung keineswegs nur ein Problem der absolut deprivierten Bevölkerungsschichten ist.

Julia Marth (2013) hat auf der Grundlage von Befragungen in jeweils zwei ost- und westdeutschen Gemeinden – Anklam und Wernigerode, Bad Nenndorf und Pirmasens – den Zusammenhang zwischen wahrgenommener politischer Machtlosigkeit und Fremdenfeindlichkeit untersucht und die Frage gestellt, ob die Erfahrung sozialer Kohäsion diesen Zusammenhang relativiert. Anknüpfend an eine Studie von Forrest/Kearns (2001) identifiziert Marth fünf Bereiche, mit denen soziale Kohäsion gemessen werden kann: 1. Werte und Zivilgesellschaft, 2. Soziale Ordnung und Kontrolle, 3. Soziale Solidarität und Reduktion von ökonomischen Ungleichheiten, 4. Soziale Netzwerke und soziales Kapital, 5. Lokale Verbundenheit und Identität. Die entsprechend dieser Faktoren operationalisierten Items beeinflussen insgesamt nur in sehr begrenztem Maße die Fremdgruppenabwertung, wirken aber in den vier untersuchten Orten auf sehr unterschiedliche Weise: Während z.B. in Anklam die wahrgenommene Qualität der lokalen sozialen Ordnung sowie die positive Bewertung der wirtschaftlichen Lage vor Ort mit einem geringeren Grad an Fremdenfeindlichkeit einhergehen, lässt sich in Wernigerode überhaupt keine Korrelation von sozialer Kohäsion und Fremdenfeindlichkeit feststellen. Hier zeigt sich also erneut, dass die Vorstellung, die Ursachen von Rechtsextremismus ließen sich mit einem auf alle lokalen Kontexte gleichermaßen anwendbaren holistischen Erklärungsmodell rekonstruieren, abwegig ist. Hinzu kommt aber, dass – und dies wird von Marth unterschlagen – das Gefühl „sozialer Kohäsion“ ein sehr ambivalenter Faktor hinsichtlich der Abwehr rechtsextremer

Einstellungen ist – setzt es doch eine Form kollektiver Identität voraus, die, wie wir noch sehen werden, immer mit einer Abgrenzung gegenüber einem Außen, einer negativen Identität, einhergeht.

In den meisten Vergleichsstudien der vergangenen Jahre wurden die Untersuchungsregionen eher deduktiv nach dem Prinzip des minimal kontrastiven Vergleichs ausgewählt: Entweder waren es Gemeinden im „ländlichen Raum“ (Buchstein/Heinrich 2010; Hafener/Becker 2008), „Kleinstädte“ (Strobl et al. 2003) oder „abwärtsdriftende Regionen“ (Hüpping/Reinecke 2007), die näher untersucht wurden. Die einzigen Strukturmerkmale, die den von uns ausgewählten Regionen gemein sind, sind die geografische Lage in Ostdeutschland und die auffällige Häufung fremdenfeindlicher Protest- und/oder Gewaltereignisse im Jahr 2015. Wie wir gleich noch näher ausführen werden, gehen wir davon aus, dass die geografische Lage in Ostdeutschland einen politisch-kulturellen Deutungsrahmen begründet, der zwar die regionalen Spezifika, denen unser Interesse gilt, nicht überdeterminiert; aber um kohärente Erzählungen über diese Besonderheiten und die Ereignisse der vergangenen zwei Jahre zu formen, sind die befragten AkteurInnen gezwungen, sie im Lichte der Wendeerfahrungen und der DDR-Zeit zu interpretieren.

## 2. Sozialraumanalyse, Datenerhebung und Methoden

Für die Untersuchung von Rechtsextremismus in lokalen Kontexten bieten sich vergleichende Sozialraumanalysen an.<sup>14</sup> Hierfür greifen wir auf Überlegungen von Heitmeyer/Grau (2013) und Quent (2015a) zurück.<sup>15</sup> Quent unterscheidet drei Analyseebenen: A) Kontextfaktoren, B) Angebotsstrukturen des organisierten Rechtsextremismus und C) rechtsextreme Geländegewinne. A) Die Kontextfaktoren lassen sich in drei Ebenen differenzieren: 1. Auf der Makroebene muss aus der Sicht der AkteurInnen die Bewertung ökonomischer und politischer Kontextbedingungen analysiert werden, die zu Desintegrationserfahrungen führen können. Dazu zählen die allgemeine wirtschaftliche Lage, die Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, der AusländerInnen- und MigrantInnenanteil, die Freizeit- und Kulturangebote, die Siedlungsstruktur und – sehr allgemein – die politische Kultur insgesamt. 2. Auf der Mesoebene werden sozialmoralische Milieus und deren Perspektiven auf „gegnerische“ Weltvorstellungen untersucht. Oft wird die sogenannte politische Kultur auch hier – als das verbindende Element zwischen politischer Struktur und Individuen – angesiedelt (vgl. Westle 2009: 18). Heitmeyer/Grau schlagen vor, sich auf sechs solcher vermittelnden Faktoren zu konzentrieren: I) Konflikte im Wohnumfeld: Gibt es Anerkennungs- bzw. Ressourcenkämpfe in bestimmten Stadtvierteln oder darüber hinaus? II) Soziale Kohäsion: Wie gestaltet sich der soziale Zusammenhalt in der Bevölkerung? III) Anomia: Damit wird – wie wir gleich noch ausführlicher erläutern werden – die „Normlosigkeit“ von Gruppen und Individuen in Reaktion auf bestimmte gesellschaftliche Transformationsprozesse beschrieben. Hier wäre zu erörtern, welche lokalen Besonderheiten derartigen Reaktionen förderlich sind. IV) Wahrgenommene Bedrohung. V) Autoritäre Aggression, die sich in einer Häufung lokaler Gewaltereignisse äußert. VI) Umgang mit Rechtsextremismus (vgl. Heitmeyer/Grau 2013: 25ff.). 3. Auf der Mikroebene werden individuelle Dispositionen und Orientierungen (wie die in der sozialpsychologischen Rechtsextremismusforschung hinlänglich bekannten Variablen der sozialen Dominanzorientierung und des Autoritarismus) registriert (vgl. Frindte/Geschke 2016: 156ff.).

B) Für die Analyse der Angebotsstrukturen des Rechtsextremismus sollte einerseits zwischen formell organisiertem Rechtsextremismus, der neben Parteien wie der NPD auch vereinsförmige Bürgerinitiativen umfasst, und informell organisiertem Rechtsextremismus, dem stärker bewegungsförmige Strukturen zuzuordnen sind, sowie der rechtsextremen Jugend- und Subkultur unterschieden werden. Darüber hinaus differenziert Heitmeyer (2002: 506) vier Arten rechtsextremer Angebotsstrukturen: 1. Diskursangebote, die von den intellektuellen Eliten einer Region verbreitet

<sup>14</sup> Für einen neueren Überblick: Dörfler (2013).

<sup>15</sup> Zum Folgenden: Quent (2015a: 22ff.).

werden und so zu einer Normalisierung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und zu einer Akzeptanz von Gewalt beitragen; 2. Zugehörigkeitsangebote, die sich aus Orientierung stiftenden politischen und kulturellen Angeboten wie Musik und Kleidung speisen; 3. Politische Wahlangebote; 4. Aktionsangebote wie Demonstrationen oder Besuche von Fußballspielen.

C) Hier kann man, ebenfalls an Heitmeyer (1999: 72) anknüpfend, vier Stufen von „Geländegewinnen“<sup>16</sup> unterscheiden: 1. *Provokationsgewinne*, welche die erfolgreiche Etablierung von Rechtsextremen als ernstzunehmende AkteurInnen durch vereinzelte Aktionen bezeichnen. 2. *Räumungsgewinne*: Den Rechtsextremen gelingt die dauerhafte Verdrängung zivilgesellschaftlicher Gegen-AkteurInnen aus dem öffentlichen Raum. Im Extremfall – wie im Anschluss an einige der fremdenfeindlichen Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre – erreichen Rechtsextreme mit ihren Aktionen sogar die Evakuierung von AsylbewerberInnen aus einer Region. 3. Auf der folgenden Stufe der *Raumgewinne* nutzen rechtsextreme AkteurInnen die Möglichkeit, ihre Macht öffentlich zu demonstrieren und auf diese Weise bestimmte Terrains dauerhaft als Angstzonen zu markieren (vgl. Bundschuh 2004). 4. *Normalitätsgewinne*,

*„von denen gesprochen wird, wenn es dem organisierten Rechtsextremismus gelingt, sich als akzeptierten politischen Akteur zu etablieren. Ist er normalisiert, wird er nicht mehr kritisch thematisiert und etwaige Verdrängungskämpfe gegen Feindgruppen, bspw. vermeintlich migrantische oder ausländische Menschen, werden stillschweigend akzeptiert.“* (Quent 2015a: 28)

Für die Erhebung der Daten, auf deren Basis die skizzierten Kontextfaktoren, rechtsextremen Angebotsstrukturen und Geländegewinne rekonstruiert werden sollen, bietet sich ein Methodenset an, das leitfadengestützte ExpertInnen- und Fokusgruppeninterviews, teilnehmende Beobachtung sowie Dokumenten- und Materialanalysen miteinander verbindet.

Einzelinterviews: Das Einzelinterview stellt als Erhebungsform eine äußerst gängige und wichtige Methode der qualitativen Sozialforschung dar (vgl. Flick 1991; Lamnek 2002; Rosenthal 2005). Es kann dem/der ForscherIn einen tiefen Einblick in die Perspektiven, Problematiken und Wahrnehmungen der einzelnen AkteurInnen innerhalb des untersuchten Feldes vermitteln. Zu jedem Interview wurden thematisch an das Handlungsfeld des/der jeweiligen Experten/in angepasste Fragenkataloge vorbereitet, die offen genug waren, um den AkteurInnen Raum für freie Erzählpassagen zu geben (vgl. Meuser/Nagel 2009: 472ff.). Die Einzelinterviews dauerten zwischen einer bis maximal drei Stunden. Für diese Gespräche rekrutierten wir vornehmlich VertreterInnen der Stadt- und Lokalpolitik; der Fokus lag hier auf StadträtInnen aus allen politischen Lagern; allerdings war die Bereitschaft, mit uns zu sprechen, nicht immer vorhanden. In Freital etwa gestaltete sich der Zugang besonders schwierig – so schwierig, dass wir dies im analytischen Teil ausführlich beleuchten.<sup>17</sup> Dies gilt, um bei Sachsen zu

<sup>16</sup> Zum Begriff der Geländegewinne vgl. auch Borstel (2009).

<sup>17</sup> Vgl. Kapitel 4.2.

bleiben, aber auch für die regierende CDU. So wurde etwa eine Anfrage an die sächsische Staatsregierung, hier konkret an das Innenministerium, negativ beschieden.<sup>18</sup> Anfragen an die AfD verliefen gleich gänzlich im Sande: Entweder wurden sie nicht beantwortet<sup>19</sup> oder wegen Zeitmangels<sup>20</sup> abgelehnt, verbunden mit dem vorsorglichen Hinweis, das Themenfeld keinesfalls mit Herrn Höcke in Verbindung zu bringen. Die Deutungen und Berichte derjenigen, die zu einem Gespräch bereit waren, wurden um Gespräche mit Personen aus der Zivilgesellschaft ergänzt, bspw. mit Personen, die sich in regionalen Initiativen gegen Rechtsextremismus oder in der Flüchtlingshilfe engagieren, sowie mit LehrerInnen und SozialarbeiterInnen. Als hilfreich erwies sich dabei auch das für qualitative Forschungen übliche „Schneeballverfahren“, wonach sich über die Rekrutierung von GesprächspartnerInnen weitere Gesprächskontakte ergeben.<sup>21</sup> Der vielfach vorgebrachte Vorwurf, wir hätten im Rahmen der Studie hauptsächlich mit eher linken PolitikerInnen und Initiativen gesprochen, geht indes ausweislich der Übersicht in Kapitel 9.1 vollkommen fehl – richtig ist allerdings, dass regionale und politische Schieflagen dennoch entstehen mussten, weil eben VertreterInnen von Union und AfD eine deutlich geringere Gesprächsbereitschaft signalisierten, als dies im Spektrum „links“ der Union der Fall war (*Für Hinweise zur Anonymisierung siehe unten sowie Kap. 9.1*).

Fokusgruppeninterviews: Die Methode der Fokusgruppe gilt in der Sozialforschung als eine besondere Form eines Gruppeninterviews, die den Vorteil bietet, dass

*„durch die Interaktion in der Gruppe ein möglichst breites Spektrum an Wahrnehmungen der betreffenden Situation zutage tritt und dass durch die wechselseitige Anregung der Gesprächsteilnehmerinnen – durch das ‚share and compare‘ – auch Erinnerungen aktiviert werden, die im Einzelinterview vergessen worden wären“* (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 134).

Anders als das ExpertInneninterview bietet das Fokusgruppeninterview die Möglichkeit, die biografischen Motive von BewohnerInnen bzw. AnwohnerInnen für die Akzeptanz oder gar Unterstützung – oder aber für die Ablehnung – rechtsextremer Geländegewinne zu erfassen. Diese

---

<sup>18</sup> Anfrage per E-Mail an Innenminister Ulbig vom 11.07.2016, negativ beschieden am 19.07.2016 und auf den Landesverfassungsschutz verwiesen worden. Die Deutung, dass hier der Rechtsextremismus als Sicherheitsproblem, nicht aber als politisches Problem verstanden wird, liegt in gewisser Weise auf der Hand, kann aber selbstverständlich nicht als Faktum ausgewiesen werden. Interessant in diesem Zusammenhang ist aber schon, dass etwa der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow für ein interview zur Verfügung stand.

<sup>19</sup> Vgl. bspw. Anfrage per E-Mail an Norbert Maier vom 08.08.2016, Anfrage per E-Mail an Wiebke Muhsal vom 25.05.2016.

<sup>20</sup> Absage per E-Mail vom Büroleiter Bernd Höckes vom 25.05.2016, verbunden mit dem Hinweis, man solle Höcke mit dieser Forschung keinesfalls in Verbindung bringen.

<sup>21</sup> In der qualitativen Forschung ist die Fallauswahl nicht mit der Erhebung von Zufallsstichproben gleichzusetzen, bei der Untersuchungseinheiten aus einer vor dem Forschungsprozess fixierten Grundgesamtheit so ausgewählt werden, dass die Ergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden können. Vielmehr soll die Auswahl flexibel, schrittweise, einzelfall- und problemorientiert, je nach den bisher erzielten Ergebnissen, bis zur „theoretischen Sättigung“ erfolgen – wobei auch vollkommen üblich ist, auf das „Schneeballverfahren“ zurückzugreifen, bei dem man sich an Hinweisen auf weitere relevante Untersuchungseinheiten, auf die man erst im Laufe der Erhebung stößt, orientiert.

biografischen Umstände können auf verallgemeinerbare Sozialisationserfahrungen hinweisen, worauf u.a. auch die Reaktionen der übrigen GesprächsteilnehmerInnen Hinweise geben können.

In Freital wurden zwei Fokusgruppen durchgeführt und in Heidenau sowie auf dem Erfurter Herrenberg jeweils eine. Die TeilnehmerInnen wurden mittels Postwurfsendungen, die im Vorfeld an alle Haushalte verschickt wurden, rekrutiert; in Erfurt, wo die ohnehin geringe Rücklaufquote noch schlechter ausgefallen war, zusätzlich durch Verteilung von Wurfzetteln vor Ort. Die Struktur der Fokusgruppengespräche orientierte sich an einem Leitfaden, der auf vier Themenkomplexe fokussierte:

- 1.) Leben vor Ort,
- 2.) DDR-Vergangenheit,
- 3.) Einstellung zur derzeitigen Politik,
- 4.) eine Gruppenarbeit, bei der die TeilnehmerInnen selbst Zeitungen gestalten sollten und dabei explizit ihre persönlichen politischen Vorstellungen zu Papier bringen konnten.

Die jeweiligen Fokusgruppen hatten eine Größe von sechs bis acht TeilnehmerInnen, wobei versucht wurde, die Gesprächsrunden hinsichtlich der Alters- und Geschlechterkategorien sowie hinsichtlich der Berufstätigkeit/Ausbildung/Arbeitslosigkeit/Rente relativ heterogen zusammenzusetzen.<sup>22</sup> Die politischen Präferenzen der Befragten waren sehr vielfältig, entsprachen aber oft den bisherigen lokalen und regionalen Stimmenverteilungen, wobei sich im Hinblick auf künftige Wahlen eine deutliche Verschiebung zugunsten der Alternative für Deutschland (AfD) konstatieren lässt. Durchgeführt wurden diese Gespräche jeweils direkt in den untersuchten Städten, um den TeilnehmerInnen erstens eine problemlose Anreise zu ermöglichen und ihnen zweitens ein möglichst vertrautes Umfeld zu bieten. In Freital wie auch in Heidenau fiel die Wahl auf lokale Gasthäuser, was sich insoweit als Vorteil erwies, als diese den TeilnehmerInnen bekannt waren und sie sich somit in einer gewohnten Umgebung befanden, während die Wahl in Erfurt aus kontrastierenden Gründen auf ein professionelles Marktforschungsstudio fiel, um eben nicht Gefahr zu laufen, über einen bekannten Ort bereits eine inhaltliche Nähe oder Ferne zu lokalen Einrichtungen zu vermitteln. Alle Fokusgruppen dauerten ungefähr zwei Stunden. Mittels eines kurzen, gezielt auf Lockerung der Situation ausgerichteten Kennenlernens innerhalb der Gruppe samt ModeratorInnenteam sollte die anfangs angespannte Gesprächsatmosphäre gelöst werden, bevor den ModeratorInnen die Aufgabe zukam, möglichst alle DiskutantInnen zur aktiven Teilnahme zu motivieren, Gesprächsimpulse zu setzen und bei einer Erschöpfung des Gesprächsstoffs zu einem neuen thematischen Komplex überzuleiten (Lamnek 2005: 134–137). Nach Abschluss der Fokusgruppengespräche wurden diese transkribiert, um anschließend sowohl eine Grob- als auch eine Feinanalyse des erhobenen Materials vornehmen zu können.

---

<sup>22</sup> Aussagen über Einkommensverhältnisse konnten aufgrund der geringen Beantwortungsquote nicht verlässlich dargestellt werden.

Teilnehmende Beobachtung: Hierzu zählen Besuche von öffentlichen Veranstaltungen wie Stadtratssitzungen, Bündnistreffen, Demonstrationen, Fußballspielen sowie Stadt- oder Grillfesten. Daneben geht es aber auch um die Erkundung halböffentlicher und privater Räume, die als Treffpunkte der rechtsextremen Szene bekannt sind, wie z.B. bestimmte Kneipen oder Szeneläden. Mittels dieser Methode war es möglich, ein Gespür für die jeweiligen Orte zu bekommen sowie einen Einblick zu gewinnen, welche AkteurInnen bei welchen Veranstaltungen oder in welchen Räumen präsent sind. Zudem versuchten wir, vor Ort mit den BewohnerInnen sowie BetreiberInnen und BesucherInnen „einschlägig bekannter“ Gaststätten ins Gespräch zu kommen, was indes von unterschiedlichem und häufig nur mäßigem Erfolg gekrönt war.

Dokumenten- und Materialanalysen: Die systematische Auswertung vorhandener Aggregatdaten (Wahlergebnisse, Zensusdaten, Kriminalitätsstatistiken etc.) sowie eine qualitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung über die *Flüchtlingskrise*, rechtsextreme Übergriffe, Initiativen gegen Rechtsextremismus sowie über die wirtschaftliche und demografische Entwicklung der Regionen in den jeweiligen Lokalzeitungen diente dazu, die oben beschriebenen Kontextfaktoren zu erfassen. Ergänzt wurden diese Analysen durch Recherchen in den Stadtarchiven sowie die Analyse von Propagandamaterial.

#### Anonymisierung

Um mögliche Missverständnisse oder bestehende Unterstellungen endgültig auszuräumen, erläutern wir hier das Verfahren der Anonymisierung, für die es in den Sozialwissenschaften kein „Richtig“ oder „Falsch“ gibt. Dies gilt insbesondere in der Rechtsextremismusforschung, in welcher dem schmalen Grat zwischen der notwendigen Benennung von personeller Verantwortung – von rechten AkteurInnen und Netzwerken und deren ihr Agieren begünstigendem oder behinderndem Umfeld – einerseits und notwendigen Hinweisen potenziell bedrohter InterviewpartnerInnen andererseits Rechnung getragen werden muss. Gemäß der gängigen Praxis qualitativer Forschung haben wir uns dafür entschieden, die Klarnamen unserer InterviewpartnerInnen mehrheitlich zu verfremden bzw. zu anonymisieren, es sei denn, zum Zeitpunkt der Drucklegung lag uns eine ausdrückliche Freigabe der Interviewpassagen vor. Selbstverständlich liegen für alle zitierten Passagen Tonbandaufnahmen und Transkripte vor. Bei der Erstnennung der Interviewten ist dies in einer Fußnote ausgewiesen, im weiteren Fließtext sind die anonymisierten GesprächspartnerInnen zudem kursiv gesetzt. In der Übersicht in Kapitel 9.1 sind die durch Verfremdung des Nachnamens anonymisierten GesprächspartnerInnen mit einem Asterisk (\*) hinter dem Namen markiert; die grundsätzlich anonymisierten TeilnehmerInnen der Fokusgruppen werden nicht gesondert ausgewiesen. Im Falle des Erfurter Herrenberges ist der Grad der Anonymisierung aufgrund der noch stärkeren Kleinräumigkeit letztlich entsprechend noch stärker

ausgefallen; hier wird nur ganz allgemein von politischen AkteurInnen, ZivilgesellschaftlerInnen etc. gesprochen.<sup>23</sup>

Nochmals: Diese Anonymisierung geschah auch in Anbetracht des brisanten Themenkomplexes und der in sehr kleinräumigen Bereichen durchgeführten Interviews sowie der damit einhergehenden potenziellen Gefährdung unserer InterviewpartnerInnen. Insbesondere infolge des Sprengstoffanschlages in Freital im Jahr 2015 auf das Fahrzeug eines Linkspartei-Politikers, der Freital ob der latenten Bedrohungslage inzwischen verlassen will, war dies für unsere InterviewpartnerInnen häufig die Grundvoraussetzung, mit uns zu sprechen.

Auch die in der Studie von den AutorInnen beschriebene Sorge, dass offene Kritik als „Nestbeschmutzung“ verunglimpft werden könnte, was dann wiederum Probleme in der weiteren politischen Auseinandersetzung nach sich ziehen könnte, die dann auch in der Debatte um die erste Fassung des Berichtes zu vernehmen war, ist ein weiterer Grund für die notwendige Anonymisierung.

---

<sup>23</sup> Nochmals: Je nach Brisanz und möglicher Wiedererkennung vor Ort haben wir also unterschiedliche Stufen der Anonymisierung gewählt – d.h. entweder eine allgemeine Beschreibung der Position/Funktion des Interviewpartners/der Interviewpartnerin oder, insbesondere, wenn Verwechslungsmöglichkeiten bezüglich Position/Funktion bestanden, auch durch Verfremdung der Namen. Letzteres gilt insbesondere für die FokusgruppenteilnehmerInnen – bei dieser Methode ist der Verzicht auf Klarnamen ein vollkommen gängiges, den Normen guten wissenschaftlichen Arbeitens entsprechendes Verfahren.

## 3. Rechtsextremismus in Ostdeutschland

### 3.1 Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Zeiten der „Entsicherung“

Auch wenn Rechtsextremismus oft und durchaus zutreffend durch die Kurzformel einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ charakterisiert wird (Heitmeyer 2008), so handelt es sich dabei doch keineswegs um eine einheitliche Ideologie im Sinne eines in sich geschlossenen, konsistenten Weltbildes, sondern um ein „vielschichtiges Einstellungsmuster“, „dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen“ und das sich aus den „Items Nationalismus, Ethnozentrismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Pro-Nazismus, Befürwortung einer Diktatur und Sexismus zusammensetzt“ (Stöss 2010: 22, 60). Der kleinste gemeinsame Nenner ist „der Wille und Wunsch nach einer spezifischen Antimoderne in der Moderne“ (Klärner/Kohlstruck 2006: 32), die zwar technologischen Fortschritt und marktwirtschaftliche Strukturreformen bejaht, aber gegen die damit zwangsläufig einhergehende Rationalisierung der Lebenswelt, die Auflösung tradierter Hierarchien und Ordnungsmuster opponiert (vgl. Frindte/Geschke 2016: 150f.). Die Affinität zu rechtsextremen Einstellungsmustern ist somit Ausdruck einer „kollektiven Regression“ als Reaktion auf soziale Differenzierungsprozesse:

*„[D]ie Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies ohne Klassen, ohne Parteien, ohne Parlamente und ohne Interessenantagonismen [...]. Rechtsradikale Bewegungen sind getragen von blinder Wut auf die mit dem Zivilisierungsprozeß einhergehenden Versagungen, einer Wut, die sich nun in kanalisiertem Haß gegen die äußeren Feinde entlädt.“ (Lenk 1994: 339)<sup>24</sup>*

Dies deutet bereits daraufhin, dass zwischen unterschiedlichen Dimensionen rechtsaffiner Einstellungen unterschieden werden muss – zwischen „Denken“ und „Handeln“ einerseits sowie innerhalb dieser Kategorien andererseits (vgl. Neu/Pokorny 2015). Es gilt, den Zusammenhängen zwischen Ursache, Bedingung und Konsequenz auf den Grund zu gehen. Erst dann wird verständlich, was es mit dem „rechten Aufbegehren“ in den letzten Jahren in einzelnen Regionen, eben vor allem in Ostdeutschland, auf sich hat, wie Pegida, die AfD, rechte Jugendkulturen, allgemeine antidemokratische Tendenzen und Stimmungen sowie Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zusammenhängen.

Wie jede Form politischen Denkens und Handelns „[unterliegt], was als Rechtsextremismus gilt, gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskursen und Kräfteverhältnissen“ (Klärner/Kohlstruck 2006: 14). Zudem reagiert der organisierte Rechtsextremismus selbst auf diese hegemonialen Diskurse, was die Forschung zwingt, Kategorien zu überdenken, die sich in der Realität

---

<sup>24</sup> Zur Deutung der Wahlerfolge der Neuen Rechten in den 1980er Jahren als Ausdruck einer *silent counter-revolution* (in Anspielung an Ingleharts These vom postmateriellen Wertewandel) vgl. Ignazi (1992).

so kaum noch wiederfinden. Heute sind es weniger das Führerprinzip und der Autoritarismus als vielmehr der Antipluralismus, der die antiparlamentarische Demokratiekritik des Rechtsextremismus motiviert.<sup>25</sup> Das hat auch Anna Klein (2014: 90) in einer Studie über den Zusammenhang zwischen Demokratiekritik und Zustimmung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gezeigt.

Eine der auffälligsten Schwächen der meisten empirischen Untersuchungen rechtsextremer Einstellungen ist das Fehlen eines überzeugenden normativen demokratietheoretischen Orientierungsrahmens, von dem aus rechtsextremes, rechtsradikales oder rechtskonservatives Denken jeweils identifiziert und definiert werden könnte. Die einzige Schule, die sich wenigstens bemüht, ein solches Fundament zu liefern, ist die von Uwe Backes und Eckhard Jesse geprägte „Extremismustheorie“, die allerdings das vorgeblich antithetische Verhältnis von Demokratie und Extremismus aus einer an der amtlichen Bestimmung der FDGO<sup>26</sup> orientierten „Minimaldefinition von Demokratie“ entwickelt, was mit der (selbst tendenziell antidemokratischen) Furcht vor einer „normative[n] Überdehnung des Demokratiebegriffs [...], wie sie in der Forderung nach Demokratisierung aller Lebensbereiche oder der Gleichsetzung von Demokratie und Sozialismus auftritt“, begründet wird (Backes/Jesse 2005: 60). In dieser Perspektive geraten sämtliche über die Prinzipien des Grundgesetzes hinausgehenden Demokratisierungsforderungen – unabhängig davon, ob sie nur als Chiffre gedacht werden oder inhaltlichen Gehalt besitzen – sogleich unter Extremismusverdacht. Hat die ursprüngliche Totalitarismusforschung den Nationalsozialismus in seiner Einzigartigkeit verstehen wollen (etwa Franz Neumann, Hannah Arendt, Ernst Fraenkel oder auch Carl Joachim Friedrich), wird heute Totalitarismus – und daraus abgeleitet „Extremismus“ – lediglich als Antipode zur Demokratie verstanden. Dadurch wird nicht nur die „demokratische Mitte“ normativ aufgeladen, auch der sogenannte Links- und Rechtsextremismus werden tendenziell gleichgesetzt (vgl. z.B. Jaschke 2006; Backes/Jesse 1996; Lang 2006; Kailitz 2004; Neugebauer 2000).

Die vorliegende Studie versucht nun, einen normativen demokratietheoretischen Orientierungsrahmen zu rekonstruieren, der nicht dazu neigt, exkludierenden Charakter anzunehmen, indem er die „Mitte der Gesellschaft“ als Hort der Demokratie per se überhöht. Die Demokratie ist – zumindest in ihrer

---

<sup>25</sup> Der Antipluralismus, d.h. die „Rigidität im Denken: Ausweichen vor den tatsächlich bestehenden Widersprüchlichkeiten durch ein starres [...] Wert- und Orientierungssystem“, ist die zentrale strukturelle Gemeinsamkeit aller extremistischen bzw. radikalen Ideologien, weil diese nur funktionieren, da sie einen Teil des politischen Diskurses und der empirischen Welt als unwahr abtun (vgl. Scheuch/Klingemann 1967: 18). So ist selbst die Pauschalkritik an der „Lügenpresse“, den „Systemmedien“, die vordergründig mehr Meinungspluralismus einklagt, zutiefst antipluralistisch motiviert: Beklagt wird, dass Journalisten nicht „die Wahrheit“, sondern nur ihre persönlichen Meinungen abbildeten, ohne dass verstanden wird, dass eine demokratische Öffentlichkeit, in der sich die Medien bewegen, genau das ist: ein *marketplace of ideas* (William O. Douglas), ein Ort des Meinungskampfes, nicht aber der gemeinsamen Wahrheitssuche.

<sup>26</sup> Auf Grundlage des SRP-Urteils des BVerfG von 1953, das acht Merkmale der FDGO identifiziert: die Achtung vor den im GG konkretisierten Menschenrechten, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip, Chancengleichheit der Parteien mit dem Recht auf Oppositionsbildung (vgl. Stöss 2010: 16).

deliberativen, außerhalb des exzeptionellen und anonymen Vorgangs einer allgemeinen Wahl in öffentlichen Foren sich manifestierenden Form – eine allgemeine „Herrschaft der Rechtfertigung“ (Forst 2007: 248), die jedem Menschen ein universelles „Recht auf Rechtfertigung“ verleiht, welches eine „diskursive Verantwortungsbereitschaft anderen gegenüber nach den Maßgaben des öffentlichen Vernunftgebrauchs“ einfordert, was die Rechtfertigung des eigenen Handelns gegenüber dem Anderen „im Lichte der normativen Kriterien von Reziprozität und Allgemeinheit“ verlangt; soll heißen: Nur solche Gründe sind legitim, die sich alle von einer Maßnahme Betroffenen „wechselseitig und allgemein gewähren und gewährleisten (müssen)“ (ebd.). „Letztlich sind es nur Rechte, die im Argumentationsspiel stechen dürfen. Diese Schwelle wird durch die kontraintuitive Gleichsetzung von Rechtsprinzipien mit Gütern, Zielen und Werten eingeebnet“ (Habermas 1992: 316), wobei mit Werten von einer konkreten Gemeinschaft geteilte konventionelle Präferenzen gemeint sind, denen – anders als verallgemeinerbaren Prinzipien wie dem *non-refoulement*-Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention – das absolute Gewicht einer „unbedingten und universellen Verpflichtung“ zukommt (ebd.: 311). Im rechtspopulistischen Diskurs wird die Existenz solcher unabhängig von gemeinschaftlichen Konventionen geltenden Prinzipien infrage gestellt. Dieser sogenannte Nominalismus, der sich vermeintlich an der „Wirklichkeit“ orientiert und gegen universalistische „Wunschvorstellungen“ wendet, wie es bspw. Armin Mohler (1978) unter Rekurs auf Ernst Jünger propagierte, dient als theoretische Unterfütterung einer Modernisierungsskepsis – wenn nicht teilweise gar einer Modernisierungsverweigerung. Diese Modernisierungsverweigerung, die bei günstiger Gelegenheitsstruktur in die Wahl rechtsextremer Parteien umschlagen kann, muss aber – um ein geflügeltes Wort von Scheuch/Klingemann (1967) zu variieren – als eine normale Pathologie des der Demokratie eingeschriebenen Universalisierungsdrucks verstanden werden, der in immer neuen Individualisierungsschüben daherkommt. Scheuch/Klingemann sehen in der industrialisierten Arbeitswelt eine Reihe von Widersprüchen angelegt, die im Alltag der Individuen als „normative Brüche“ und als „Zwang zur ‚Uneigentlichkeit‘“ erfahren werden (ebd.: 18). Dazu zählen die Vervielfältigung der Rollenmuster und der notwendigen fachlichen Qualifikationen, die Berufstätige heute erfüllen und vorweisen müssen, und die mangelnde Übereinstimmung der im Rahmen der Sozialisation von Kindern vermittelten Werte mit den Leistungsanforderungen der Arbeitswelt. Denn die Potenzierung subjektiver Rechte und die Flexibilisierung der Arbeitswelt haben zwar einerseits „die menschliche Individualität gefördert, zugleich aber die Individuen zunehmend hilfloser im Umgang mit dieser neu gewonnenen Freiheit gemacht“ (Oesterreich 1993: 40f.). Eine der Möglichkeiten, diese Widersprüche aufzulösen, besteht in der „Rigidität im Denken“ – die Wahrscheinlichkeit, dass sich dieses rigide Denken in aggressivem Verhalten entlädt, steigt, wenn „rascher Wandel erfolgt, wenn die Stabilität des Systems fragwürdig wird oder wenn die Fähigkeit des Systems zur Kontrolle krisenhafter

Situationen zweifelhaft ist“.<sup>27</sup> Man kann das „rigide Denken“ auch als Scheitern von Identitätsbildung begreifen – denn diese bezieht sich auf die Entwicklung von Handlungssicherheit im Austausch mit der sozialen Umwelt, setzt also in einem von steigenden Flexibilitätserwartungen geprägten postfordistischen Zeitalter eine Distanz-, Ambivalenz- und Ambiguitätstoleranz voraus (vgl. Mantino 1999: 61). Mit Blick auf das Politische könnte man hier auch von „Kontingenztoleranz“ sprechen – von einem Akzeptieren der Tatsache, dass im politischen Alltag angesichts pluralistischer Aushandlungsprozesse mit einer Vielzahl von VetospielerInnen „keine ‚perfekte‘ Institutionalisierung der Rechtfertigungsvorgaben möglich sein wird, sondern eher Prozesse der andauernden reflexiven Selbstkorrektur“ (Forst 2007: 258). Die Bereitschaft, „etwas nicht im Licht der ganzen Wahrheit zu entscheiden“, wäre dann ebenso wie die „Bereitschaft, anderen zuzuhören“, die erste „Pflicht zur Bürgerlichkeit“ (Rawls 1998: 317, 319). Wer zum „rigiden Denken“ neigt, wird hierzu nicht bereit sein, weil für ihn immer die ganze Wahrheit auf dem Spiel steht, von der es nur eine gibt, weshalb abweichende Deutungen von vornherein als „Lügen“ abgetan werden.

Wie jede Weltanschauung stellt auch der Rechtsextremismus Konstruktionen bereit, um die Kontingenz der politischen Welt zu reduzieren (bzw. zu „verschleiern“) (vgl. Frindte/Geschke 2016: 152f.). Meist geschieht dies durch verschwörungstheoretische Denkmuster, die nach dem 11. September 2001 eine neue Blütezeit erfahren haben. Verschwörungstheorien dringen immer tiefer in die sogenannte Mitte der Gesellschaft vor, was vor allem auf die infolge der verstärkten Abhängigkeit der Weltwirtschaft von den internationalen Finanzmärkten wachsende Komplexität der politischen Steuerung ökonomischen Handelns, die ein Gefühl der „Entsicherung“<sup>28</sup> und somit ein Verlangen nach Komplexitätsreduktion erzeugt – welches (wie sowohl die Hegemonie- als auch die Systemtheorie weiß) effektiv durch Codierungen nach dem Muster innen-außen, wie-sie einzulösen ist und daher durch völkische Identitätskonzepte gut bedient werden kann<sup>29</sup> –, aber auch auf die mit der Entstehung digitaler, vor dem Rechtfertigungsdruck der „echten“ Öffentlichkeit immunisierender „Semi-Öffentlichkeiten“ infolge der Ausbreitung des Web 2.0 verbundene „Balkanisierung“ der Kommunikationskultur

---

<sup>27</sup> Der Begriff „rigides Denken“ (*closed mind*) wurde von Milton Rokeach (1960) geprägt, der damit dem Fokus von Adorno et al. auf den Autoritarismus und die ihm inhärenten Dominanzvorstellungen einen dogmatismustheoretischen Ansatz entgegensetzte.

<sup>28</sup> Heitmeyer (2012: 19) fasst unter diesem Begriff eine ganze Reihe von Phänomenen zusammen, die er als „Kennzeichen des [ersten] Jahrzehnts“ im neuen Jahrtausend bezeichnet, so etwa die „Kontrollverluste der Politik gegenüber dem Finanzkapital und seiner Erpressungslogik“ und die damit einhergehende „Entmachtung demokratisch legitimer Parlamente“.

<sup>29</sup> Die völkische Wir-sie-Differenzierung hat den (mobilisierungstechnischen) Vorteil, sich bei der Konstruktion einer kollektiven Identität auf einen (für das rechtsextreme Denken charakteristischen) eingängigen Konventionalismus stützen zu können („Es ist nur natürlich, dass wir für die, die uns näher sind, mehr Empathie empfinden als für Fremde“). Zum Konventionalismus als Merkmal des autoritären Charakters vgl. Adorno (1973).

(Putnam 2000: 178f.) zurückgeführt werden kann. Verschwörungstheoretische Deutungsmuster sind der Versuch, die abnehmende „Lesbarkeit“ politischer Institutionen

*„durch Pseudorationalisierungen zu kompensieren. [...] Solche Verschwörungstheorien wollen nachweisen, dass sich hinter der vermeintlichen Undurchsichtigkeit und Komplexität der politischen und wirtschaftlichen Erscheinungswelt eine im Grunde vollkommen einfache und rationale Machtordnung verbirgt“* (Rosanvallon 2016: 213),

die ein angreifbares Zentrum besitzt bzw. von einer kleinen, eindeutig identifizierbaren Elite (z.B. den Rothschilds, der CIA, der Weltbank etc.) gelenkt wird. Eine solche „Verfolgungsangst“<sup>30</sup>, die – wie Franz Neumann (1967: 203) konstatiert – immer auch „eine reale Basis hat“,<sup>31</sup> entsteht, „wenn eine Gruppe in ihrem Prestige, ihrem Einkommen oder gar in ihrer Existenz bedroht ist, das heißt absinkt, und den historischen Prozeß nicht versteht“, der zu diesem Absinken führt. Insbesondere die untere Mittelschicht, das Kleinbürgertum, ist hierfür anfällig, weil es ständig – vor allem in Zeiten wirtschaftlich-technologischen Wandels, in denen neue Kompetenzen und Ressourcen aktiviert werden müssen, an denen es ihm häufig mangelt – von Abstiegsängsten geplagt ist. Diese besondere, sozialstrukturell bedingte Anfälligkeit der Mittelschicht für Desintegrationsängste ist der Kern von Lipsets Beobachtung, dass es neben einem linken und rechten Extremismus auch einen „Extremismus des Mittelstandes“ gibt – eine These, die vielfach als Anregung für einen „dynamischen Extremismusbegriff“ rezipiert wurde, der „gegenüber den antipluralistischen und gegenaufklärerischen

<sup>30</sup> Zur Paranoia als Antrieb und Ausdruck des Verschwörungsdenkens vgl. schon Hofstaedter (1964).

<sup>31</sup> Neumann demonstriert dies anhand des „Wahrheitselements“ in der These von der jüdischen Weltverschwörung. Im Deutschland der 1930er Jahre erschienen Jüdinnen und Juden im öffentlichen Bewusstsein „als mächtig – waren aber in Wirklichkeit schwach. Sie waren relativ Fremde, zugleich auch die konkreten Symbole eines sogenannten parasitären Kapitalismus – durch ihre Positionen in Handel und Finanz – und einer angeblich dekadenten Moral durch ihre avantgardistische Position in Kunst und Literatur; sie schienen die erfolgreichen Konkurrenten zu sein – sexuell und beruflich. Damit hatte die These von der jüdischen Verschwörung das Wahrheitselement, das notwendig war, um dieses Geschichtsbild zu einer furchtbaren Waffe werden zu lassen.“ (Neumann 1967: 201) Islamophobe Ressentiments, die heute das dominierende Element rechtspopulistischer „Angstpolitik“ (Fleiner-Martin 2012) bilden, scheinen hingegen anders zu funktionieren, da Muslime in den westlichen Gesellschaften sehr viel weniger erfolgreiche Positionen in Wirtschaft und Kultur einnehmen als Jüdinnen und Juden im Deutschland der Zwischenkriegszeit. In der rechtspopulistischen Propaganda begegnet uns stattdessen häufig das Motiv der von den islamischen Ländern gesteuerten „Invasion“ des Abendlandes (als Teil des *Djihad*); hinter dem wachsenden Bevölkerungsanteil der Muslime wird eine bewusste Strategie der „Umvolkung“ vermutet. Aber auch in diesem Fall wird die (nunmehr zahlenmäßige) Stärke einer Gruppe in einer phantastischen Weise überschätzt und so zu einer Bedrohung übersteigert. „Das Mißverhältnis zwischen der relativen sozialen Schwäche des Objekts und seiner angeblich finsternen Allmacht“, das die Grundlage aller fremdenfeindlichen „Phantasiekonstruktionen“ bildet (Adorno 1973: 115), lässt sich auch anhand eines internationalen Vergleichs der Wahrnehmungen des muslimischen Bevölkerungsanteils, bei dem deutsche Befragte mit einer Divergenz von 16 Prozentpunkten (Schätzung: 21 Prozent, realer Anteil: fünf Prozent) weit vorne liegen, feststellen. Vgl. o.V. (2016d): Deutsche schätzen Anteil der Muslime viel zu hoch, in: Spiegel Online, 14.12.2016, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gefuehlte-wahrheit-deutsche-schaetzen-anteil-der-muslime-viel-zu-hoch-a-1125901.html>.

Bestrebungen aus der Mitte der Gesellschaft“ sensibel bleiben müsse, anstatt diese „normativ [zu] verklär[en]“ (Salzborn 2015: 92).<sup>32</sup>

Diese These wurde in jüngerer Zeit durch die empirischen Studien der Bielefelder Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer bestätigt, der eine einflussreiche Theorie der sozialen Desintegration entwickelt hat. Heitmeyer geht davon aus, dass Desintegration nicht nur einen Rückzug aus dem sozialen Leben der „Mehrheitsgesellschaft“, sondern auch die Ausprägung rechtsextremer Orientierungsmuster begünstigt, die als „Kombination einer Ideologie der Ungleichheit und Gewaltakzeptanz“ gedeutet werden (Heitmeyer 1992: 10). Diese Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird als ein „Syndrom“ beschrieben, das eine Reihe von Motiven der Abwertung bestimmter Minderheiten beinhaltet. Das „erweiterte Syndrom“ umfasst folgende Elemente: Abwertung von AsylbewerberInnen, von Sinti und Roma, von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Behinderten, Sexismus, Homophobie, die Annahme natürlicher Etabliertenvorrechte, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamophobie und Antisemitismus (vgl. Heitmeyer 2012: 17). Die Attraktivität der GMF für Menschen, die sich depriviert fühlen, ist altbekannt: Durch die Abwertung schwächerer Gruppen kann der eigene Status relativ zu diesen Gruppen erhöht werden, was auch der Kompensation der eigenen Unwertigkeitsgefühle dienen kann. Den Fixpunkt dieser Statusaufwertung gegenüber Fremden bildet das Bekenntnis zur Nation, weshalb diejenigen Bevölkerungsgruppen, die eine hohe Zustimmung zu den GMF-Indikatoren äußern, auch einen hohen Nationalstolz aufweisen (vgl. Klein/Küpper/Zick 2009: 98). GMF wird als Reaktion auf ein Scheitern sozialer Integration gedeutet, die sich auf drei Ebenen vollzieht: auf sozialstruktureller Ebene (Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt usw.), institutioneller Ebene (politische Repräsentation, faire Behandlung durch Verwaltung und Justiz) und personaler Ebene (emotionale und soziale Beziehungen) (vgl. Heitmeyer/Grau 2013: 21f.; grundlegend: Anhut/Heitmeyer 2000). Um nun auf den eben skizzierten Verdacht zurückzukommen, dass vor allem die untere Mittelschicht für rechtsextreme Einstellungsmuster besonders anfällig ist: Die Auswertung des GMF-Survey hat gezeigt, dass über fünfzig Prozent der Personen aus mittleren Soziallagen Angst vor dem Abstieg in Hartz IV haben und dass diese Statusängste nur bei Angehörigen mittlerer Soziallagen zu Fremdenfeindlichkeit führen, was damit zu erklären ist, dass die Mittelschicht im Unterschied zu jenen Menschen, die am Rand der Gesellschaft stehen, viel mehr zu verlieren hat (vgl. Mansel/Endrikat/Hüpping 2006: 53, 61; Heitmeyer/Grau 2013: 17f.).<sup>33</sup> Sie muss um den Abstieg in eine Soziallage fürchten, der gegenüber sich abzugrenzen ein Teil bürgerlicher Identitätsbildung ist, und sie sieht in der mit der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte verbundenen Intensivierung von Ressourcenkonflikten (um Arbeitsplätze,

<sup>32</sup> Dies ist wohl als Volte gegen die Extremismustheorie zu verstehen, die sich gegen die These vom Extremismus des Mittelstandes polemisch abgrenzt: Vgl. Backes/Jesse: 1995.

<sup>33</sup> Rechtsextreme Bewegungen sind umso erfolgreicher, je größer die Bevölkerungsgruppe ist, die darum fürchten muss, „former positions of dominance“ zu verlieren (Lipset/Raab 1970: 485). Dies ist aus der Sicht dieser Bewegungen idealerweise der Mittelstand.

öffentliche Ausgaben, Gesundheitsversorgung etc.) eine Bestätigung ihrer Statusängste. Diese ständige prekarierte Bedrohung von zwei Seiten (vgl. Sommer 2010; Brinkmann et al. 2006) – früher von der organisierten Arbeiterschaft, heute von der „parasitären“ Unterschicht einerseits und vom „Großkapital“ andererseits<sup>34</sup> – ist zumindest *eine* Erklärung dafür, dass die Mittelschicht für rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen schon immer sehr anfällig gewesen ist (sei es im Fall der NSDAP nach 1929 oder des Poujadismus in den 1950er Jahren) (vgl. Lenk 1994: 338) – kommen doch diese Bewegungen „denselben Bedürfnissen entgegen wie die konventionellen liberalen Parteien; sie stellen eine Art Ventil für den Druck dar, welchen die Struktur der modernen industriellen Ordnung auf den Mittelstand ausübt“ (Lipset 1962: 139).

Eine von Heitmeyers zentralen Thesen lautet, dass die GMF in der Mitte der Gesellschaft umso fester Fuß fasst, je stärker unter dem Druck des die postindustrielle Arbeitswelt beherrschenden „marktinduzierten Flexibilitätszwangs“ ehemals in übersichtlichen sozialmoralischen Milieus verankerte „regulative und kohäsive Verhaltensweisen aufgegeben“ und durch „ökonomistische Orientierungen“, d.h. durch „die Übertragung wirtschaftlich-funktionaler Kriterien wie Effizienz, Verwertbarkeit, Funktionalität, Nützlichkeit etc. auf das soziale und zwischenmenschliche Geschehen“, ersetzt werden: „Die Abstiegsängste, das beständige Bewähren im gesellschaftlichen Wettbewerb, die Statuskämpfe um Anrechte auf Wohlstand, die enttäuschten Erwartungen an Aufstieg und Sicherheit führen zu einer ‚Entnormativierung‘ und ‚Verwilderung‘ sozialer Konflikte.“ (Nachtwey 2015; vgl. auch ders. 2016: 220; Honneth 2011)

Einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Gefühl, von einem Abstieg in prekäre Beschäftigung bedroht zu sein, und rechtspopulistischen Einstellungen konstatiert auch Dörre (2008), der im Anschluss an Robert Castel (2005) drei Zonen der Arbeitswelt unterscheidet: die Zone der Integration, die Zone der Prekarität und die Zone der Entkoppelung. Innerhalb der Zone der Integration gibt es jedoch eine weitere Zone der unsicheren und gefährdeten Integration, deren Zugehörige tendenziell von Abstieg bedroht sind. Hier können Abstiegsängste eine besondere Wirkung entfalten – bzw. in wohlstandschauvinistische Reaktionen der Abgrenzung gegenüber MigrantInnen umschlagen –, weil diese Gruppen, im Gegensatz zu den Angehörigen der Zone der Entkoppelung, „noch etwas zu verlieren haben“ (Dörre 2008: 243).

Wenngleich Heitmeyers Analyse der „Verrohung“ der Mittelschicht bisweilen in eine kommunitarische Idealisierung des pflichtethisch handelnden Bürgertums der alten Bundesrepublik umzuschlagen droht, so ist doch der von ihm diagnostizierte Zusammenhang zwischen Ökonomismus und dem mit der Entbindung aus kollektiven Verpflichtungen und religiösen Bindungen einhergehenden Lebensgefühl eines postmodernen *Anything Goes* wohl kaum zu bezweifeln. Dies gilt eo ipso auch für die Tatsache, dass diese Entlassung aus sozialmoralischen Bindungen der robusten Besitzstandswahrung qua

---

<sup>34</sup> Zu diesem Zusammenhang vgl. Lipset (1962: 140): „Der Extremismus des Mittelstandes läßt sich in Ländern beobachten, die sowohl durch Großkapitalismus als auch durch starke Arbeiterbewegungen gekennzeichnet sind.“

Abgrenzung von dem als parasitär empfundenen sozialen Unten und dem „Fremden“ Vorschub leistet – insbesondere dort, wo humanistische Bildung nicht zur Verfügung steht und die Ausrichtung des Handelns auf universalistische Prinzipien allein aus der Einbettung in ein kohäsives lebensweltliches Ethos geschöpft werden könnte (das, wie gesagt, aufgrund der nachlassenden Einbindungen in sozialmoralische Großmilieus gerade in der „Zone der Entkoppelung“ immer weniger zur Verfügung steht). Dies gilt auch und gerade im Angesicht eines massiven Schubs gesellschaftlicher Liberalisierungen bezüglich familiärer Leitbilder, Sexualmoral, Geschlechtlichkeit und verlängerter Postadoleszenz auf der einen sowie des Bruchs des linearen, positiv konnotierten Fortschrittsverständnisses zugunsten einer nicht nur ökologisch (selbst-)verantwortlichen Zukunft, in der das der bundesrepublikanischen Geschichte eingeschriebene Fortschritts- und damit verbundene Aufstiegsversprechen nach dem Boom brüchig geworden ist, auf der anderen Seite.<sup>35</sup> An dessen Stelle sind nun mit voller Wucht die Globalisierung und, jüngst, mit rasender Geschwindigkeit die Digitalisierung getreten, die beide neben neuen Hoffnungen auch Bedrohungsszenarien bereitstellen – sei es die in bürgerlichen Schichten zunehmend ventilierter Bildungskonkurrenz insbesondere mit dem asiatischen Raum oder die sich konkretisierende Verdrängung auch qualifizierter Mittelschichten durch die vonseiten der Digitalisierung induzierte nächste industrielle Revolution hin zur Industrie 4.0, die nicht auf die Freisetzung des Sozialtypus des *Malochers* (Hindrichs/Jürgenhake/Kleinschmidt 2000) zielt, sondern auf das deutlich höher gebildete, aufstiegsorientierte und mithin von Abstieg bedrohte untere und mittlere Bürgertum.

### 3.2 Sonderfall Ost?

Vergleichende Analysen zur Verteilung fremdenfeindlicher Einstellungen in neuen und alten Bundesländern kommen seit den 1990er Jahren zu einem eindeutigen Ergebnis: „Die Befragten aus den neuen Bundesländern unterscheiden sich untereinander nicht im Hinblick auf das Ausmaß ihrer Fremdenfeindlichkeit. Allerdings sind sie insgesamt deutlich fremdenfeindlicher eingestellt als die interviewten Personen in den alten Bundesländern.“ (Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer 2007: 106)<sup>36</sup> Und: „Es gibt eine Symptomatik spezifisch ostdeutscher Fremdenfeindlichkeit.“

<sup>35</sup> Vgl. zu dieser für das Verständnis der jüngsten bundesrepublikanischen Geschichte zentralen Zäsur als Anfang bzw. Vorgeschichte der Gegenwart Doering-Manteuffel/Raphael (2008); Reitmayer/Schlemmer (2014) sowie Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (2016).

<sup>36</sup> Dünkel/Geng haben bei einer Totalerhebung unter Schülern der 9. Jahrgangsstufe in Greifswald und auf der Insel Usedom festgestellt, dass sich hier jeder dritte Schüler „tendenziell zustimmend gegenüber fremdenfeindlichen und rechtsextremen Aussagen“ äußerte; und sie weisen auf der Grundlage eines Vergleichs ihrer Ergebnisse mit anderen repräsentativen regionalen Erhebungen in westdeutschen Städten und Landkreisen darauf hin, dass die in Greifswald und auf Usedom gemessenen Akzeptanzwerte um das 2,3- bis 3-Fache höher liegen (vgl. Dünkel/Geng 2014: 148f.; vgl. auch Dünkel/Geng 2008). Nun ist allerdings

(Behrends/Lindenberger/Poutrus 2003: 12) Während in Ostdeutschland der Anteil der fremdenfeindlichen BürgerInnen deutlich höher ist, ist im Westen Antisemitismus etwas stärker verbreitet. Auch sind Ostdeutsche weniger bereit, den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Diese Differenzen können auf unterschiedliche Sozialisationserlebnisse (die ethnische Homogenität der DDR, den Mangel an antifaschistischer Bildung und Entnazifizierung in der frühen Bundesrepublik) zurückgeführt werden (vgl. Decker/Brähler 2006: 18). In der Leipziger Mitte-Studie ist der Ost-West-Unterschied bei der Zustimmung zu Antisemitismus jedoch nicht signifikant, während die hohe Zustimmung zu fremdenfeindlichen Thesen in Ostdeutschland stark signifikant von den westdeutschen Zustimmungswerten abweicht – Letzteres gilt zudem für die Befürwortung chauvinistischer Thesen und einer autoritären Staatsform.<sup>37</sup> Auch Zick/Krause/Küpper (2015: 67) haben eine signifikant höhere Neigung zum Autoritarismus bei den ostdeutschen Befragten gemessen, „von denen sich rund die Hälfte deutlich für härtere Strafen von Verbrechen beziehungsweise ein härteres Vorgehen gegen ‚Außenseiter und Unruhestifter‘ ausspricht“. Allerdings schlägt hier der Alterseffekt deutlich durch: Während der Ost-West-Unterschied hinsichtlich der Neigung zu *Law and Order* bei den über Sechzigjährigen am größten ist, „[neigen] jüngere Ostdeutsche, die selbst um die Wendezeit geboren und nicht mehr ‚DDR-sozialisiert‘ wurden, [...] in einem ähnlichen Ausmaß zum Autoritarismus wie ihre westdeutschen Altersgenossen“ (ebd.: 68). Von diesem Befund weichen die Zahlen der aktuellen Leipziger Studie allerdings deutlich ab: Hier sind in der jüngsten Altersgruppe (14–30 Jahre) die Ostdeutschen durchgängig rechtsextremer eingestellt als die Westdeutschen. Besonders signifikant ist die Ost-West-Differenz innerhalb dieser Altersgruppe bei dem Indikator AusländerInnenfeindlichkeit (Ost: 23,7 Prozent, West: 13,7 Prozent) (vgl. Decker et al. 2016: 39).

2014 hatte die Leipziger Forschungsgruppe die geringste AusländerInnenfeindlichkeit (durchschnittlich 18,1 Prozent) seit dem Beginn ihrer Messungen im Jahr 2002 in den alten (17 Prozent) und in den neuen Bundesländern (22,4 Prozent) gemessen (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2014: 44).<sup>38</sup> Zudem lag der Anteil geschlossen rechtsextremer Weltbilder 2014 in Ostdeutschland lediglich um zwei Prozentpunkte höher

---

Ostvorpommern selbst für ostdeutsche Verhältnisse eine besonders strukturschwache Region, weshalb es problematisch ist, die hier erhobenen Daten mit Ergebnissen aus westdeutschen Regionen zu vergleichen. Der Faktor relative Deprivation ist hier vermutlich höher zu gewichten als der Einfluss irgendwelcher spezifisch „ostdeutscher“ Sozialisationsbedingungen.

<sup>37</sup> Vgl. Decker/Kiess/Brähler (2014: 38). Der höhere Anteil sozialdarwinistischer Ansichten im Osten ist gegenüber dem Westen gering signifikant. In der jüngsten Studie von 2016 wurden signifikante Unterschiede zwischen Ost und West nur noch bei den Indikatoren „Befürwortung einer Diktatur“ und „Sozialdarwinismus“ gemessen. Vgl. Decker et al. (2016: 37).

<sup>38</sup> Die einzelnen Studien unterscheiden sich zumeist stark im Forschungsdesign und in den methodischen Prämissen. Gerade die „Mitte-Studien“ wollten mit einem neuen Design neue Impulse in dieser Richtung setzen. Doch nach vielfältiger methodischer und interpretatorischer Kritik an ihrem Vorgehen beziehen die Mitte-Studien seit 2014 ein abgewandeltes Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von Andreas Zick und Anna Klein ein (vgl. Neu/Pokorny, Sabine 2015: 5). In der Studie selbst heißt es dazu lediglich indirekt, man habe die Methode der Bielefelder Studienreihe „Deutsche Zustände“ übernommen (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2014: 27).

als in Westdeutschland (Decker/Kiess/Brähler 2014: 48). Interessant sind im Vergleich aber die neuesten Befunde von 2016: Der Anteil ausländerInnenfeindlicher Einstellungen ist bundesweit um gut zwei Prozent angestiegen (auf 20,4 Prozent); aber nicht, wie angesichts der Ballung rechtsextremer Gewaltereignisse in Ostdeutschland vielleicht zu erwarten wäre, aufgrund der ostdeutschen Werte, die nur leicht (um 0,3 Prozent) gestiegen sind, sondern aufgrund einer Zunahme der AusländerInnenfeindlichkeit in Westdeutschland (von 17 auf 19,8 Prozent).<sup>39</sup> Damit ist die Ost-West-Differenz bei der AusländerInnenfeindlichkeit so gering wie seit 2004 nicht mehr. Die weit größeren Wahl- und Mobilisierungserfolge rechtsextremer und -populistischer Parteien sowie die häufigeren *hate crimes* in Ostdeutschland lassen sich demnach kaum allein über die Einstellungen in der Gesamtbevölkerung erklären. Bedeutsamer für die Erklärung der höheren Intensität gerade des rechtsextremen *Verhaltens* in Ostdeutschland ist wohl eher die Tatsache, dass rechtsextreme „Erlebniswelten“ (Glaser/Pfeiffer 2013) ab den frühen 1990er Jahren in ostdeutschen Kommunen stärker Fuß fassen konnten,<sup>40</sup> was vor allem von der Schwäche der Zivilgesellschaft begünstigt wurde (vgl. Best et al. 2015: 86). Diese Entwicklung wird wiederum von vielen ForscherInnen mit dem Problem der politisch-ökonomischen Desintegration vieler ostdeutscher Regionen in Verbindung gebracht. Bezüglich der Frage, ob sich die Befragten eher als GewinnerInnen oder VerliererInnen der Deutschen Einheit sehen, zeigt sich ein im Vergleich mit westdeutschen Befragten stärkeres Gefühl der Benachteiligung aufseiten der Ostdeutschen, das mit Fremdenfeindlichkeit korreliert – und zwar unabhängig davon, ob die befragten Personen sich auch persönlich (und nicht nur kollektiv als BürgerInnen der ehemaligen DDR) tatsächlich als VerliererInnen der Einheit betrachten (vgl. Klein/Küpper/Zick 2009: 99). Mehrere Studien haben gezeigt, dass genau diese *fraternale relative Deprivation* – das Gefühl der Benachteiligung, das jemand als Mitglied einer Gruppe im Vergleich mit anderen Gruppen empfindet – im Vergleich zur *individuellen relativen Deprivation* – die nicht das Gefühl der kollektiven, sondern der persönlichen Benachteiligung gegenüber Einzelpersonen beschreibt – für die Ausbildung fremdenfeindlicher Ressentiments bedeutsamer ist (vgl. Zick/Krause/Küpper 2015: 71; Küpper/Zick 2011). Allerdings wird von der sozialpsychologischen Forschung hervorgehoben, „dass individuelle Deprivationserfahrungen zwar keine notwendige Vorbedingung für das Erleben kollektiver Deprivation sind, dass diese aber im Sinne eines ‚Spill-over‘-Effekts kollektives Deprivationserleben begünstigen“ (Rippl/Baier 2005: 647). Im Ost-West-Vergleich fällt auf, dass nur bei Westdeutschen, nicht aber bei Ostdeutschen, das Ausmaß an individueller relativer Deprivation ebenfalls mit rechtspopulistischen Einstellungen korreliert, während das Ausmaß

<sup>39</sup> Vgl. Decker et al. (2016: 45). Insgesamt ist der Anteil geschlossener rechtsextremer Weltbilder in Ostdeutschland aber wieder leicht angestiegen (von 7,4 auf 7,6 Prozent), während sich die Lage in Westdeutschland umgekehrt darstellt (von 5,2 auf 4,8 Prozent) (vgl. ebd.: 48).

<sup>40</sup> Gut die Hälfte des von den Verfassungsschutzbehörden registrierten neonazistischen Personenpotenzials sowie der Skinheadszenen agiert in den neuen Bundesländern, „was bei einem Gesamtbevölkerungsanteil von 20 Prozent für eine überproportional hohe Präsenz spricht“ (Pfahl-Traugber 2009: 98).

fraternaler relativer Deprivation bezogen auf den Vergleich der wirtschaftlichen Lage von Deutschen mit derjenigen von in Deutschland lebenden AusländerInnen bei Ost- und Westdeutschen fast völlig identisch ist; auch der Ost-West-Unterschied bei der schwachen Korrelation von fraternaler relativer Deprivation und Rechtspopulismus ist nicht signifikant (vgl. Zick/Krause/Küpper 2015: 72).

Generell gilt jedoch:

*„Je mehr Gefühle der Benachteiligung man als EinwohnerIn einer als benachteiligt eingeschätzten Region hat, je mehr man sich also sozialräumlich fraternal relativ depriviert fühlt, um so höher ist die Neigung zu Demokratiekritik und Rechtspopulismus. Je verbreiteter aber wiederum Rechtspopulismus sich darstellt, desto wahrscheinlicher ist auch hohe personale Gewaltbereitschaft bei Angehörigen eines entsprechend klimatisierten Sozialraums zu registrieren.“* (Möller 2010: 160)

Die Bielefelder Forschungsgruppe hat gezeigt, dass das in Ostdeutschland höhere Ausmaß der Demokratiekritik und der Zustimmung zu rechtspopulistischen Thesen mit der gefühlten Benachteiligung nach der Wende<sup>41</sup> sehr stark korreliert, woraus jedoch vorschnell gefolgert wird, dass diese höheren Zustimmungsraten „allein auf das Gefühl der Benachteiligung zurückzuführen“ seien und dass daher „die These der mangelnden demokratischen Sozialisation in der früheren DDR tendenziell in Frage“ gestellt werden müsse (vgl. Klein/Küpper/Zick 2009: 106f.). Doch bleibt bei dieser Schlussfolgerung unklar, warum die Bestätigung eines Kausalzusammenhangs eine andere ungeprüfte (und durch Methoden der Einstellungsforschung kaum nachweisbare) Korrelation wie die zwischen DDR-Sozialisation und Rechtspopulismus ausschließen sollte.

Das hohe Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland wurde mitunter als ein Versuch der Ostdeutschen interpretiert, die fraternal relative Deprivation den Westdeutschen gegenüber zu kompensieren, indem „das Gefühl der individuellen Unterlegenheit Westdeutschen gegenüber [...] in ein Gefühl der allgemeinen deutschen Überlegenheit Fremden gegenüber transportiert“ werde (Schroeder 2004: 100). Diese Erklärung mag etwas weit hergeholt und die Relevanz der Korrelation der gefühlten Benachteiligung der Ostdeutschen gegenüber Westdeutschen und Fremdenfeindlichkeit (vgl. dazu auch Edinger 2010: 16ff.) mag übertrieben erscheinen; doch sollte die Verbreitung von Opfermythen – der verschwörungstheoretische Impuls, von fremden äußeren Mächten (z.B. vom „Westen“) unterdrückt oder gar „gesteuert“ zu werden – als Faktor für rechtsextreme Einstellungen

---

<sup>41</sup> In diesen Deprivationsgefühlen spiegeln sich offenkundig reale Anerkennungsdefizite wider – man denke nur an die Unterrepräsentation der Ostdeutschen in allen Bereichen der Positionseliten, besonders „in den Meinungs- und kulturbildenden Massenmedien sowie im Bildungswesen“, oder an die bekannten Lohnunterschiede zwischen Ost und West: Die in diesen Exklusionspraktiken sich manifestierende „Ausgrenzung und Unterordnung der älteren, aber partiell auch jüngeren Ostdeutschen [muss] zu einer [...] Identitätsdiffusion führen, worauf mit Tendenzen einer eigenen Abschottung gegenüber der Westkultur [...] reagiert wird“ (Kollmorgen 2005: 151f.).

nicht unterschätzt werden.<sup>42</sup> Steinhaus/Heim/Weber<sup>43</sup> haben in ihrer Pegida-Studie überzeugend argumentiert, dass die Kehrseite, aber gleichzeitig die „negative Bestätigung“ des Sachsen-Exzeptionalismus, der ihres Erachtens nach eine politisch-kulturelle Hauptursache für den weit überdurchschnittlichen Anteil fremdenfeindlicher Gewalt in Sachsen bildet,

*„neben dem auf Bombenkrieg und ‚Jahrtausendflut‘ bezogenen Opfernarrativ<sup>44</sup> das Wissen [ist], vom Rest der Welt nicht hinreichend gewürdigt, vielmehr missverstanden oder gezielt verunglimpft zu werden. Hier dürfte auch die bundesweit als ein Hauptmotiv und Antriebsmoment der Pegida-Bewegung wahrgenommene Medienkritik ihre Wurzeln haben.“*

Vor allem der Fall Sebnitz – der Ort liegt in unserer Untersuchungsregion, im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, knapp vierzig Kilometer von Heidenau entfernt – habe das Urteil der Sachsen über „eine vermeintlich generell vorurteilsbelastete und verleugnerische Berichterstattung über Ostdeutschland und Sachsen in den bundesweiten Medien“ geprägt (vgl. ebd.: 36). Dass diese Ressentiments gegenüber Medien und bundespolitischen Eliten auch von führenden sächsischen CDU-PolitikerInnen gefördert werden, sei z.B. im Jahr 2007 an der Reaktion des damaligen Ministerpräsidenten Milbradt auf die Ausschreitungen in Mügeln deutlich geworden, der den Medien damals vorwarf, „eine Hetzjagd auf Mügeln und die Mügeln“ betrieben zu haben, wodurch „ein ganzer Ort und ein ganzer Landstrich stigmatisiert“ worden seien (zitiert nach ebd.: 37 u. Schellenberg 2014a: 49).<sup>45</sup>

Die politische Deutung der Nach-Wende-Zeit als eine aus Sicht vieler Ostdeutscher andauernde Phase kollektiver Benachteiligung hat Folgen für deren Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat. Für Ostdeutsche waren die Erfahrungen mit der Demokratisierung ambivalent: Während sie im kollektiven Gedächtnis der Westdeutschen in Verbindung mit dem Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg und mit sozialen Aufstiegserfahrungen im Zuge der Bildungsexpansion in den 1960er/70er Jahren positiv konnotiert ist, hat sich die nach der Wende versprochene „Synthese aus D-Mark, Freiheit und sozialer Sicherheit“ angesichts hoher Arbeitslosigkeit, der Angst vor sozialem Abstieg und des Gefühls mangelnder Anerkennung der während der DDR-Zeit vollbrachten Lebensleistungen für viele

---

<sup>42</sup> Die Rechtsextremismusforschung hat die zentrale Funktion solcher politischen (Opfer-)Mythen für die Identitätsbildung rechtsextremer Bewegungen hervorgehoben: Sie sind Ausdruck einer komplexitätsreduzierenden „Schicksalsgläubigkeit“; „hier ersetzt ein primitiver Sozialdarwinismus jeden Ansatz zur kritischen Reflexion: Das Recht des Stärkeren gründet sich demnach auf die Tatsache, daß er obsiegt hat oder obsiegen wird.“ (Lenk 1994: 341) Dies erklärt auch, weshalb Menschen mit rechtsextremen Einstellungen für universalistisch-rationale Argumente nicht mehr zugänglich sind: Gemäß dem Schmitt'schen Motto, dass „wer Menschheit sagt, betrügen [will]“ (Schmitt 1963: 55), wird angenommen, dass jede Kodifizierung von Menschenrechtsnormen nur das Resultat verborgener Machtinteressen sein kann, die sich gegen die unterdrückten Interessen des „deutschen Volkes“ (oder eben: der Ostdeutschen) richten.

<sup>43</sup> Steinhaus/Heim/Weber 2017: 180.

<sup>44</sup> Zur lokalen Prägekraft der Dresdner „Legende vom ‚sinnlosen Opfer‘“ (bezogen auf die alliierten Luftangriffe vom 13./14.02.1945) vgl. z.B. Vorländer (2015: 22f.); vgl. auch Rehberg (2014).

<sup>45</sup> Ausführlich zum Fall Mügeln vgl. auch Schellenberg (2014b).

Ostdeutsche kaum oder nur in einem enttäuschenden Maße erfüllt (Borstel 2012: 257). So sind ca. drei Viertel der Ostdeutschen der Meinung, dass Westdeutsche ihre Leistungen beim Aufbau der neuen Bundesländer zu wenig anerkennen würden; und ein Drittel von ihnen haben das Gefühl, zu den VerliererInnen der Deutschen Einheit zu gehören (vgl. Heitmeyer 2009: 30). Diese Wahrnehmung der sozialen Desintegration und der Benachteiligung fördert ein Gefühl der politischen Machtlosigkeit, das wiederum eine Zustimmung zu rechtspopulistischen Thesen begünstigt (vgl. ebd.: 35). Kurzum: Die verkürzte demokratische Erfahrung in Ostdeutschland projiziert ein Potpourri aus falschen bzw. zu hoch gesteckten Erwartungen und bewusst-unbewussten (ökonomischen, sozialen, kulturellen) Verlusten auf das demokratische Projekt, das letztlich in Frustration und Misstrauen umschlagen kann.<sup>46</sup>

Dabei greift allerdings zu kurz, Ostdeutsche allein auf ein gegenüber der Bundesrepublik verschobenes Gleichheitsideal zu reduzieren oder Enttäuschungserfahrungen lediglich auf die Zeit nach 1990 zu beziehen; stattdessen ist in vielfacher Hinsicht von einer mehrfachen Enttäuschungserfahrung auszugehen, die zeitlich, thematisch und räumlich divergiert. Schließlich zeigt gerade die spezifische Entwicklung des sächsischen Parteiensystems, dass linke Parteien hier seit 1990 einen schweren Stand haben, die neoliberaler ausgerichteten Parteien CDU und insbesondere FDP hingegen immer wieder überdurchschnittliche Wahlergebnisse einfahren. So ist etwa Dresden eine der wenigen Großstädte in der vereinten Bundesrepublik, die mehrfach einen FDP-Oberbürgermeister wählte und massiv auf Privatisierungen setzte;<sup>47</sup> auch hatte hier Oskar Lafontaine im Wettbewerb mit Kohl und Biedenkopf um den *richtigen* Weg zur Deutschen Einheit und zur Transformation Ostdeutschlands eine massive Abfuhr erhalten – insofern ist das Bild der Enttäuschung zumindest eines, das mutmaßlich nicht nur darauf basiert, ein vom *Westen* übergestülptes Verfahren der Transformation mit all seinen negativen Effekten unverschuldet erlebt zu haben, sondern das womöglich auch aus einer Erwartungsenttäuschung resultiert, die den eigenen Furor beim Überwinden des alten Systems, der in Sachsen besonders heftig gefordert und per Wahl immer wieder bestätigt worden ist, externalisiert:

*„Die Ostdeutschen sind in die Wiedervereinigung mit großen, möglicherweise überzogenen Hoffnungen auf wirtschaftlichen Aufschwung, politische Teilhabe und soziale Anerkennung hineingegangen. In einer Phase der Euphorie gaben sie auf das untergehende System der DDR*

---

<sup>46</sup> Dass Umfragen den Ostdeutschen eine geringere Zufriedenheit mit dem politischen System attestieren, wird oft nicht nur auf die ökonomische Strukturschwäche der Neuen Länder und die Wahrnehmung, als BürgerInnen zweiter Klasse diskriminiert zu werden, sondern auch darauf zurückgeführt, dass vor allem die Vor-Wende-Generation ein anderes Freiheits- und Demokratieideal vertrete als die in der Sozialen Marktwirtschaft sozialisierte Bevölkerung der alten Bundesländer. Dieses Ideal orientiere sich stärker an den Werten des demokratischen Sozialismus, wie Gleichheit und sozialer Absicherung, deren Realisierung einen starken, umverteilenden Staat voraussetzt (vgl. Völtz 2010: 222f.; Westle 1994; Wenzel 2006: 54). Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie – die einzige Studie, die das Erleben des ostdeutschen Transformationsprozesses in derselben Teilnehmergruppe seit 1987 abbildet – zeigen, dass im Jahr 2007 nur noch 18 Prozent der TeilnehmerInnen der Meinung gewesen waren, dass der Wohlstand in der Gesellschaft gerecht verteilt sei, während 56 Prozent dies verneinten (Völtz 2010: 225).

<sup>47</sup> In die Amtszeit, 2001–2008, des FDP-OBs Roßberg fiel etwa die Privatisierung des gesamten kommunalen Wohnungsbestandes Dresdens.

*keinen Pfifferling mehr und setzten ganz und gar auf die Effektivität und Humanität des Westens“,*

so das Urteil von Pollack (2006: 6), der darauf hinweist, dass der Zusammenhang zwischen Demokratieakzeptanz und Transformationserfahrung nicht monokausal vor oder nach 1989 abgeholt werden kann. Schließlich standen die Ostdeutschen

*„auch bezüglich des Leistungsprinzips und der Akzeptanz von aus Leistungsunterschieden resultierenden sozialen Differenzen [...] unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ganz und gar auf der Seite westlicher Grundüberzeugungen. 1990 waren es mehr Ostdeutsche als Westdeutsche, welche die Belohnung von Leistung und die Leistungsabhängigkeit des Lebensstandards gegenüber einer egalitären Einkommensverteilung und einer Sicherung des Mindestlebensstandards bevorzugten.“ (Vgl. ebd.: 6)*

Auch sprachen sich die Ostdeutschen im Juni 1990 „stärker dafür aus, dass der Einzelne für sich selbst eine größere Verantwortung übernehmen sollte“ (ebd.). Erst die Enttäuschungen über die Leistungsfähigkeit des Staates, das schon vielfach genannte Gefühl der fraternalen Deprivation, hätten dann zu einem Rückzug in Gleichheitsvorstellungen und zu geringerer Demokratiezufriedenheit geführt. Sicherlich haben die wirtschaftlichen und sozialen Realitäten im Osten Deutschlands nach 1989 ebendies produziert – aber eben immer unter Mithilfe ostdeutscher Wählerschaften und basierend auf einer Vorstellung vom Westen, die schon zu DDR-Zeiten überzogen gewesen war und, hier kommt der nächste Enttäuschungsstrang hinzu, die auf der Enttäuschung über die mangelnde Leistungsfähigkeit der real existierenden DDR aufbaute. Nicht nur konnte der Westen die hohen Erwartungen, die auf ihn projiziert worden waren, nicht erfüllen; auch konnte er nicht die zuvor erlebte Enttäuschung kompensieren, welche die im Niedergang begriffene DDR der 1980er Jahre nach vermeintlich auch im Osten goldenen 1970er Jahren über ein Jahrzehnt produziert hatte. Wie die Systemloyalität im Herbst 1989 binnen Monaten erodierte, weil der *Konsumsozialismus* seine Versprechen immer weniger einlösen konnte (vgl. Malycha 2016), so konnte die Enttäuschung über die erneut nicht im versprochenen Maße erfüllten Wohlstandsverheißungen ältere Zurücksetzungserfahrungen womöglich noch verstärken, weil die Systemloyalität in der DDR in ihrem letzten Jahrzehnt nicht mehr über eine Idee des Sozialismus gruppiert, sondern auf ein Wohlstandsversprechen reduziert worden war:

*„Tatsächlich konnte mit der verkündeten Aussicht auf Verbesserungen der sozialen Lage der Bevölkerung das Herrschaftssystem sogar zeitweilig stabilisiert werden. Indem aber dieser Ansatz zur zentralen Begründung der Legitimität der SED-Herrschaft erklärt wurde, stand die SED unter permanentem Erfolgszwang. Die Kopplung von Wohlstandsversprechen und Legitimation der SED-Herrschaft bot zwar die Chance zur zeitweiligen Herrschaftskonsolidierung; Sozialpolitik als Mittel der Stabilisierung der SED-Herrschaft führte langfristig jedoch zu Problemen, die innerhalb des herrschenden Gesellschaftssystems nicht mehr gelöst werden konnten.“ (Ebd.: 87)*

Diese Bürde begleitet seither den Transformationsprozess. Diese nicht nur ökonomischen Enttäuschungen finden sich auch bezüglich der Einstellungen zur Demokratie. Im Zusammenhang mit der mangelnden Wertschätzung des Demokratisierungsprozesses werden meist auch die fragilen zivilgesellschaftlichen Strukturen gerade im ländlichen Raum Ostdeutschlands hervorgehoben. In vielen Kommunen sind hier die Kirchengemeinden mit ihren wenigen Gläubigen die einzigen AkteurInnen, die sich dem Rechtsextremismus entgegenstellen – die von vielen Ostdeutschen nach 1989/90 bewusst forcierte Distanz zu anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, Gewerkschaften, Parteien, Verbänden etc., als Gegenreaktion auf die Zwangskollektivierung im sozialistischen Alltag, hat intermediäre Strukturen jenseits der schwachen Kirchen auf Jahrzehnte marginalisiert. Anders gesagt: Hatte die ostdeutsche Gesellschaft bis 1989 als eine „durchherrschte Gesellschaft“, in der Staat und Politik im Betrieb, im Kindergarten, in der Schule, in der Freizeit, in nahezu allen intermediären Strukturen präsent waren, geglolten, so zogen sich Staat und Politik nach '89 aus dem Leben der Menschen zurück. Die von ArbeiterInnen geprägte Gesellschaft zerstob und ließ dort, wo ein politischer Tageszyklus aus politisierter Hausgemeinschaft, politisiertem betrieblichen Kollektiv, FDGB, DSF und GST sowohl den Herrschafts- als auch Lebensalltag bestimmt hatte,<sup>48</sup> atomisierte Individuen zurück. Diese erlebten Politik fortan als entferntes, von Westdeutschland importiertes Spektakel,<sup>49</sup> das sich – im Vergleich zur Propaganda der SED, aber auch im Vergleich zu der Erwartungshaltung an blühende Landschaften und gleiche Lebensbedingungen – so wenig, dabei regional sehr unterschiedlich ausgeprägt, für ostdeutsche Lebensrealitäten zu interessieren schien. Dabei, so der Historiker Lutz Niethammer,

*„ist die Entdeckung ostdeutscher Gemeinschaftsgefühle aber nicht nur der ernüchternden Begegnung mit dem ‚Wessi‘ geschuldet [...], sondern auch der bei aller Ambivalenz doch tief prägenden Erfahrungsgeschichte der Arbeitskollektive der DDR“* (Niethammer 2009: 279).

In diesem Kontext wurde in den 1990er Jahren zur Erklärung der ausländerInnenfeindlichen Exzesse dieser Zeit auch verstärkt auf einen sozialmoralischen *hiatus* verwiesen, der nach der Wende aufgebrochen sei. Der Marxismus-Leninismus und die Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“ haben für das Gros der DDR-Bevölkerung vielleicht nie überzeugend und sinnstiftend gewirkt, aber immerhin Sicherheit und „Schutz vor globalen Bedrohungen“ geboten: „Also die Mauer, gegen die hat man dauernd geschimpft, aber sie schützte natürlich auch.“<sup>50</sup> Mit dem Wegfall staatlicher Kontrolle nach 1989 seien lediglich von oben aufgezwungene und nicht in der Gesellschaft verankerte moralische

<sup>48</sup> Wenn auch nicht mehr in dem schon beinahe religiös überhöhten Maß wie zu Beginn der DDR, so Niethammer (2009: 277f.). Auch Fulbrook weist auf einen zum Kollektivismus der DDR parallelen Prozess der Individualisierung im Betrieb der 1970er und 1980er Jahre hin (Fulbrook 2008: 303).

<sup>49</sup> Gleichwohl gilt, dass insbesondere in Sachsen die politisch bis heute dominierende Union vor allem auch geprägt war von bundesrepublikanischen PolitikerInnen sowie Altkadern, wohingegen die originär ostdeutschen Parteien wie SPD, Bündnisgrüne und – unter anderen Vorzeichen – die damalige PDS enorme Startschwierigkeiten hatten und bis heute von eigenen Mehrheiten weit entfernt sind.

<sup>50</sup> Interview mit *Herrn Reese* (Name anonymisiert), Mitarbeiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, 1:10:10.

Orientierungen verschwunden. Dieses Fehlen eines moralischen Geländers – verstärkt durch einen als brutalen Konkurrenzkampf erlebten Individualisierungsprozess, in dem vermeintliche „Fremdkörper“ gegen die gewünschte Homogenität als Außenseiter stigmatisiert und als abstrakte Bedrohung identifiziert wurden (Elias/Scotson 1990) – habe einen Prozess der Enthemmung in Gang gesetzt, der Gewalt begünstige (vgl. Schroeder 2004: 101). Der Nationalismus stößt mit Vorliebe in einen solchen moralischen „Leerraum“, der im säkularisierten Osten nicht durch religiöse Bindungen ausgefüllt werden kann, vor.<sup>51</sup> In der Soziologie wird ein Zustand, der aus einer durch rasante gesellschaftliche Strukturveränderungen begünstigten Auflösung bestehender Normen und Regeln resultiert, im Anschluss an Durkheim als Anomie bezeichnet (vgl. Durkheim 2006). Dass vor allem Menschen mit geringem sozialen Kapital auf die im modernen Finanzkapitalismus sich zyklisch wiederholenden ökonomischen und sozialen Krisen mit „anomischen Gefühlen der Orientierungsunsicherheiten“ hinsichtlich der Entscheidung für bestimmte Wertesysteme reagieren (vgl. Hövermann 2013: 133), wird in der Forschung häufig als ein Erklärungsfaktor für die Ausbildung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit herangezogen (vgl. Hüpping 2006). Angesichts der Tatsache, dass auch die *Flüchtlingskrise* des Jahres 2015 rasante, unmittelbar spürbare Strukturveränderungen mit sich gebracht hat und von vielen Menschen als Auflösung vertrauter Werte (Ordnung, Souveränität etc.) interpretiert worden ist, ist die Relevanz des Anomie-Theorems in diesem Zusammenhang offenkundig. In Analysen des GMF-Surveys fällt auf, dass eine höhere Orientierungslosigkeit in Ost und West mit einer höheren Zustimmung zur GMF einhergeht, dass sich aber Befragte aus Ostdeutschland signifikant stärker als orientierungslos einstufen als westdeutsche Befragte (vgl. Hövermann 2013; Kühnel/Schmidt 2002). Insgesamt hat sich in Bezug auf die Erklärung des höheren Anteils rechtsextremer Einstellungen und rechts motivierter Straftaten in den ostdeutschen Bundesländern<sup>52</sup> innerhalb der wissenschaftlichen Debatten „eine starke Polarisierung entwickelt: Entweder wird die problematische DDR-Geschichte zur Erklärung von Politikdefiziten seit 1990 herangezogen oder die Schwierigkeiten der Transformation gelten als hauptsächliche Ursache für wachsenden Rechtsextremismus“ (Poutrus/Behrends/Kuck 2000: 16). Unterschieden wird also zwischen einer „Sozialisationsthese“, die davon ausgeht, dass die politische Kultur Ostdeutschlands durch Nachwirkungen realsozialistischer Erziehung (Etatismus, Pluralismusfeindlichkeit etc.) nach wie vor beeinflusst wird, und einer sogenannten „Situationsthese“, die auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Ostens fokussiert (vgl. u.a. Bulmahn 2000: 408ff.; Westle 2004; Neller 2006: 64ff.).

Der erstgenannte Diskursstrang um die These der historischen Verwurzelung rechtsextremer Orientierungen in der DDR-Gesellschaft, welche die Erfahrung doppelter Diktaturvergangenheit reflektiert, wird immer wieder durch öffentliche Kontroversen wie den sogenannten Töpfchen-Streit

---

<sup>51</sup> Ebd.

<sup>52</sup> Einen Überblick über Erklärungsansätze bietet Best (2016).

von 1999 um die Thesen des Kriminologen Christian Pfeiffer (vgl. Schochow 2013) oder die Verlautbarungen des ehemaligen brandenburgischen Innenministers Jörg Schönbohm geprägt, der 2009 im Zusammenhang mit einem neunfachen Babymord in Frankfurt/Oder als einen Grund „für die Zunahme von Verwahrlosung und Gewaltbereitschaft“ in Brandenburg „die vom SED-Regime erzwungene Proletarisierung“ genannt hatte. Die Entbürgerlichung und Entchristlichung habe im Osten einen besonders drastischen Werteverfall begünstigt (vgl. Völtz 2010: 218).

Die Relevanz solcher weltanschaulich gefärbten populärwissenschaftlichen Thesen für die Ursachenforschung hält sich natürlich in Grenzen. Sehr viel bedeutsamer im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Problem Rechtsextremismus in der ostdeutschen Zivilgesellschaft erscheint in diesem Kontext die von der DDR-Führung erzwungene Verschleierung des Faschismus im real existierenden Sozialismus. Der Glaube, dass „im Unterschied zur BRD [...] im sozialistischen deutschen Staat der Faschismus mit allen seinen Wurzeln, mit Stumpf und Stiel ausgerottet [wurde]“ (DDR-Auslandspresseagentur 1989, zitiert nach Siegler/Tolmein/Wiedemann 1991: 99), fungierte als einer der zentralen Gründungsmythen der DDR. „Die rechtsextremistischen Parolen bedeuteten anfangs weniger eine Identifikation mit dem Nationalsozialismus, sondern vor allem einen gezielten Tabubruch mit der antifaschistischen Staatsdoktrin der DDR, eine Identifikation mit dem Feind des Feindes.“ (Stöss 2010: 107) Ab Anfang der 1980er Jahre war eine Radikalisierung innerhalb der ostdeutschen Skinhead-Szene festzustellen, deren Höhepunkt der ausführlich dokumentierte Überfall von dreißig Skinheads auf ein Punkkonzert in der Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987 bildete (vgl. ebd.: 108). Obwohl die Polizei die Kirche observiert hatte, griff sie nicht ein; auch dann nicht, als die Skins außerhalb der Kirche weitere PassantInnen attackierten. Angeklagt und verurteilt wurden zwölf der Beteiligten wegen „Rowdytum“<sup>53</sup> und „Zusammenrottung“, obwohl bei dem Angriff Rufe wie „Sieg Heil“ oder „Juden raus aus deutschen Kirchen“ registriert worden waren. Diese Reaktion war typisch für den Umgang der DDR mit der Skinhead-Bewegung, die von der Staatssicherheit weitaus weniger Beachtung fand als etwa kirchliche Kreise oder Umweltschutzgruppen – zumal die offizielle Doktrin lautete: In einem Staat, der auf dem Antifaschismus gründe, könne es so etwas wie einen organisierten Faschismus gar nicht geben<sup>54</sup> (vgl. Menhorn 2001: 157f.). Als Ursache für die Ausbreitung rechtsextremer Subkulturen in der DDR führte die Kriminalpolizei die Förderung diverser alternativer

---

<sup>53</sup> Viele rechtsextreme StraftäterInnen wurden in der DDR aufgrund des Straftatbestandes des „Rowdytums“ angeklagt, der seit 1968 in § 215, Abs. 1 StGB (DDR) geregelt war und auf Personen Anwendung fand, welche „sich an einer Gruppe beteilig[en], die aus Mißachtung der öffentlichen Ordnung oder der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens Gewalttätigkeiten, Drohungen oder grobe Belästigungen gegenüber Personen oder böswillige Beschädigungen von Sachen und oder Einrichtungen begeht“. Im StGB der DDR gab es aber auch einen Straftatbestand „Faschistische Propaganda, Völker- und Rassenhetze“, der in § 92 geregelt war, allerdings eher selten angewendet wurde.

<sup>54</sup> Entsprechend paradox wirkt ein Auszug aus einer der Anklageschriften zu einem der Strafprozesse, die gegen Beteiligte des Angriffs auf die Zionskirche geführt wurden: „Wie die Anklageschrift weiter hervorhebt, wurden während der Ausschreitungen von den Rowdys immer wieder Parolen aus der Nazizeit ausgestoßen, was in der DDR, wo der Faschismus mit all seinen Wurzeln ausgerottet ist, unter Strafe steht“ (zitiert nach Quent 2016a: 171).

Lebensstile durch „führende Kreise des Imperialismus“ an, die unter Jugendlichen der DDR Ohnmachtsgefühle hervorgerufen hätten (Wowscherk 2014: 129). Dabei spielte natürlich eine Rolle, dass die Wahrnehmung des Rechtsextremismus durch die Kriminalpolizei nach wie vor von der Faschismus-Definition Dimitroffs aus den 1930er Jahren beeinflusst war, wonach der Faschismus als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ zu verstehen sei (Dimitroff 1965: 187; vgl. Wowscherk 2014: 128). Demnach könne es keinen Faschismus mehr geben, sobald das Kapital enteignet, die ökonomische Basis von einer Markt- auf eine Zentralverwaltungswirtschaft umgestellt worden sei.

Mit dieser ökonomistischen Reduktion des Faschismusbegriffs geriet die Ausblendung der ideologischen und massenpsychologischen Dimension aus dem Blickfeld; aber auch das Pathos des kommunistischen Widerstands lenkte von den Motiven derjenigen ab, die sich vor 1945 an das NS-Regime angepasst hatten (vgl. Schmidt 2002: 13f.). Nach dem Angriff auf die Zionskirche gab die Staatssicherheit eine Studie in Auftrag, in der festgestellt wurde, dass es auf dem Gebiet der DDR ca. tausend Skinheadgruppen gab, deren Mitglieder gut integrierte DDR-BürgerInnen waren: „Die überwiegende Mehrheit der Skinheads geht einer Arbeit nach. Im Gegensatz zu anderen negativ-dekadenten Jugendlichen zeigen sie zum Teil gute Arbeitsleistungen und werden in den Arbeitskollektiven anerkannt.“ (Niederländer 1989: 39) Die Staatssicherheit hatte 1987 in der gesamten DDR ca. 800 Personen und 38 Gruppierungen registriert, die dem Milieu der Skinheads zuzuordnen waren; in den drei Thüringer Bezirken wurden 103 Skinheads gezählt (vgl. Borchert 2004: 57; Quent 2016: 168). Dass „der größte Anteil der deutschen rechtsextremistischen Skinhead-Szene auch heute noch in Ostdeutschland zu finden ist“, liegt laut Christian Menhorn vor allem darin begründet, dass sich die DDR-Skins schon allein durch ihre Opposition zu einem System, das alternative Ideologien und Lebensstile ebenso wie das patriotisch motivierte Bekenntnis zu einer gesamtdeutschen Lösung besonders strikten Repressionen ausgesetzt habe, durch einen besonderen Politisierungsgrad ausgezeichnet hätten – „und in der DDR hieß Politisierung in jedem Falle Rechtstendenz“ (Menhorn 2001: 156).

Im zweiten Diskursstrang werden die ostspezifischen Ursachen für Rechtsextremismus in den Folgen des Systemwechsels, vor allem in ökonomischer Deprivation und dem Verlust eingewöhnter kollektiver Werte, verortet. Für viele Ostdeutsche war bereits die als „Anschluss“ des Ostens an den Westen wahrgenommene Wiedervereinigung mit der Preisgabe der in den Reformdebatten der Wendezeit gärenden egalitären Utopien und der Entwertung der erlernten Normen kollektiver Solidarität verbunden, wodurch nicht nur DDR-nostalgische, sondern auch ethnozentrische Einstellungen befördert wurden (Best/Salheiser/Salomo 2014: 150). Ein neueres Beispiel für das zweitgenannte Deutungsmuster liefert Matthias Quent, der den VertreterInnen des DDR-Sozialisationsansatzes vorwirft, dass ihr „Verweis auf die ‚braunen Ursprünge‘ des Rechtsextremismus im DDR-System [...] diskursiv entlastend gegenüber den aktuellen Ungleichheitsmechanismen [fungiert], welche heute die

Entstehung des Rechtsextremismus begünstigen“ (Quent 2016: 112). „Regionale Unterschiede in der Verbreitung rechtsextremer Einstellung“, so Quent, „resultieren nicht aus der Herkunft aus einem ost- oder westdeutschen Bundesland, sondern sind unter anderem auf die aktuelle sozioökonomische Lage im nahen Wohn- und Lebensumfeld zurückzuführen“ (ebd.: 111). Eine mögliche Verbindung zwischen der DDR-Sozialisation und der individuellen Fähigkeit, auf anomische Zustände infolge ökonomischen Anpassungsdrucks angemessen reagieren zu können, ist aus dieser Sicht von vornherein undenkbar.

Dieses in der Extremismusforschung verbreitete Ausschließlichkeitsdenken scheint vor allem ideologisch motiviert zu sein; es ist jedenfalls nicht einzusehen, warum der höhere Anteil fremdenfeindlicher Einstellungen in Ostdeutschland nicht sowohl mit dem Faktor relativer Deprivation – d.h. der hier stärker verbreiteten Einschätzung, dass der eigene Lebensstandard geringer sei, dass die sozialen Beziehungen fragiler und unzuverlässiger seien, sowie einer größeren Angst vor Arbeitslosigkeit und dem Gefühl politischer Ohnmacht – als auch mit einer historisch bedingten stärkeren Neigung der Ostdeutschen zu autoritären Lösungen einerseits und der mangelnden Erfahrung ehemaliger DDR-BürgerInnen im Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen andererseits<sup>55</sup> erklärt werden kann.<sup>56</sup> Beide Perspektiven schließen einander nicht aus, sondern ergänzen sich.<sup>57</sup> Schließlich ist in der Transformationsforschung „weitgehend unstrittig, dass die realsozialistische Geschichte in den Wertorientierungen ‚nachwirkt‘, dass es eigentümliche ostdeutsche Wertprägungen in den Primär- und Sekundärsozialisationen gab und qua DDR-sozialisierter Elterngeneration [...] gibt“ (Kollmorgen 2005: 162). Das gilt vor allem für die Bewertung der Rolle des Staates, den Ostdeutsche „stärker in der wohlfahrtsgesellschaftlichen Pflicht [sehen]“ (ebd.), weshalb etwa die marktwirtschaftlichen Strukturreformen seit der Agenda 2010 hier besonders viel Unmut hervorgerufen haben. Das ist aber nur die eine Seite. Seit den frühen 1990er Jahren hat die Geschichtswissenschaft eine Vielzahl von Erkenntnissen über fremdenfeindliche Delikte in der DDR, den nationalistischen Gehalt der SED-

<sup>55</sup> Für die meisten DDR-BürgerInnen beschränkte sich der Kontakt zu AusländerInnen auf von oben inszenierte Rituale etwa des Solidaritätskomitees u.Ä., während ausländische VertragsarbeiterInnen, die vor allem aus Vietnam, Mosambik, Angola und Kuba stammten, von der DDR-Bevölkerung streng segregiert wurden (vgl. Poutrus/Behrends/Kuck 2000; Müggenburg 1996). Zur Segregation von AusländerInnen am Beispiel von Hoyerswerda vgl. Wowtscherk (2014: 77ff.).

<sup>56</sup> Vgl. Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer (2007: 118). Schon die Tatsache, dass – etwa in den Erhebungen des Thüringen-Monitors – „ein kontinuierlich starker und höchst signifikanter Zusammenhang zwischen einem positiven DDR-Bild und dem Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung mit dem Rechtsextremismus“ gemessen wurde, deutet darauf hin, dass es fatal wäre, die DDR-Sozialisation und die positive Identifikation mit ihr als Erklärungsfaktor auszublenden. Vgl. Edinger/Hallermann/Schmitt (2005: 72). Vgl. auch Best/Salheiser/Salomo (2014).

<sup>57</sup> Quents Kritik, dass die Konzentration auf eine „räumlich undifferenzierte Ost-West-Dichotomie“ „zulasten kleinräumiger regionaler Unterschiedsforschung“ gehe (Quent 2012: 31), und seinem Plädoyer, stattdessen auf eine „mikroregionale Differenzierung, beispielweise zwischen abgehängten und prosperierenden Regionen, welche in Ost- und Westdeutschland anzutreffen sind“, zu setzen (Quent 2016: 113), kann zwar durchaus zugestimmt werden. Wenn wir aber in unserer Studie den Einfluss der politischen Kultur Ostdeutschlands auf rechtsextreme Geländegewinne untersuchen, ist die von uns vorgenommene mikroregionale Differenzierung schlechterdings nicht unabhängig von der makroregionalen „Ost-West-Dichotomie“. Die DDR-Geschichte kann hierbei allerdings nicht ausgeblendet werden; sie ist – im Gegenteil – von entscheidender Bedeutung.

Propaganda und über die segregative Behandlung der GastarbeiterInnen in der DDR geliefert. Im folgenden Exkurs soll ein kurzer Überblick über diese andere, „antiinternationalistische“ Geschichte der DDR gegeben werden.

### 3.3 Exkurs: Rassismus und Nationalismus in der DDR

Dem eigenen Selbstverständnis nach war die Deutsche Demokratische Republik ein antifaschistischer und demokratischer Staat, in dem jede Form von Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus „ausgerottet“<sup>58</sup> worden sei. Der Antifaschismus war der „Gründungsmythos“ (vgl. Münkler 2002) der DDR. Indem die SED mitsamt ihrem Projekt des „Aufbaus des Sozialismus“ an das als positiv vorgestellte Moment der deutschen Geschichte anzuknüpfen gedachte und sich in die Tradition des proletarischen Antifaschismus stellte, stilisierte sie den im Aufbau befindlichen Staat in der SBZ als antifaschistisch und diejenigen, die sich loyal und diszipliniert in ihr Projekt integrierten, zu „Siegern der Geschichte“ (vgl. Schmidt 2010: 213, Siegler 1996).

*„In seinem Grundgehalt bildete der offizielle Antifaschismus der DDR, die sich als die einzig konsequente Alternative zum Nationalsozialismus verstand, eine Projektion der Lebens-, Erfahrungs- und Vorstellungswelt wie auch der politischen Mentalität der Vertreter des kommunistischen Widerstands gegen das NS-Regime auf die gesamte Gesellschaft.“*  
(Danyel/Groehler/Keßler 1994: 148, vgl. auch Danyel 1995)

Gleichzeitig wirkte der „Gründungsmythos“ ungemein integrierend auf breite Teile der ostdeutschen Bevölkerung: Er entlastete die Deutschen in der SBZ/DDR, bot ihnen die Möglichkeit zur Verdrängung der eigenen Verstrickungen in den NS. Nicht zuletzt „rettete“ die DDR-Ideologie die Nation: Die SED propagierte das „bessere“ Deutschland, reihte den sozialistischen Staat in die „positiven Traditionsbestände“ der deutschen Geschichte ein (vgl. Münkler 2002, Meuschel 1988: 412). „Indem man sich als die Sachwalter des ‚wahren Nationalismus‘ inszenierte und die Westparteien des ‚Kosmopolitismus‘ zieh, versuchte man, jene bürgerlichen Bevölkerungsschichten zu gewinnen, die [...] der SED mit unverhohlenem Mißtrauen begegneten.“ (Frevert 1998: 27) Die staatsoffizielle Ideologie der DDR amalgamierte also kommunistische Traditionsbestände und „urdeutsche“ Werte und Mentalitäten, die in der „Käseglocke des nationalen Sozialismus“ (Staat 2000) überdauerten.

Dass der „antifaschistische Gründungsmythos“ von der Realität Lügen gestraft wurde, entgegen dem sozialistischen Anspruch also nie mit Inhalt gefüllt werden konnte, die DDR-Gesellschaft vielmehr unter

---

<sup>58</sup> „Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und betreibt eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik“, vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, Art. 6 (1).

dieser „Käseglocke des nationalen Sozialismus“ nationalistische, rassistische und antisemitische „Mentalitätsbestände aus der NS-Zeit“ (Langer 1995: 352) konservierte und die ethnonational wie homosozial strukturierte Normalität latente fremdenfeindliche und nationalistische Dynamiken hervorbrachte, soll im Folgenden skizziert werden. Der nach 1990 in der BRD, aber vor allem in Ostdeutschland grassierende rassistische „Flächenbrand“ (ebd.: 349) mochte demnach mitnichten überraschen, war keineswegs aus dem Nichts geboren und hat für die ehemalige DDR *auch* spezifische historische Bedingungen, die der Verfasstheit der realsozialistischen Gesellschaft entspringen.

Der Historiker Harry Waibel gibt nach umfänglicher Rechercharbeit u.a. in den Unterlagen der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) die Zahl von etwa 8.600 offiziell dokumentierten rassistischen oder antisemitischen Propaganda- und Gewalttaten in der DDR an (vgl. Waibel 2014: 114) – wobei die Dunkelziffer wesentlich höher liegen dürfte. Rechtsextreme bzw. (neo-)nazistische Netzwerke lassen sich über die gesamte Dauer des realsozialistischen Experiments DDR feststellen (vgl. Waibel 1996). In den 1950er Jahren hielten sich in den Sicherheitsbehörden wie der Nationalen Volksarmee oder der Volkspolizei rechtsextreme Strukturen (vgl. Waibel 2014: 19, Siegler 1991: 99). Rechte Vorfälle standen bis zum Mauerbau und der damit einhergehenden faktischen Preisgabe gesamtdeutscher Ambitionen (vgl. Lemke 2000: 17) zwar durchaus im Fokus der DDR-Presse, nur galten sie als „Westexporte“, wurden in Aktivitäten „faschistischer Saboteure“ aus der BRD umgedeutet (vgl. Assheuer/Sarkowicz 1990: 105). Allerspätestens nach Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalls“ im Jahr 1961 waren Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gemäß der staatsoffiziellen Propaganda ausgerottet, folglich wurden sie zum Anathema. Ab den 1970er Jahren zeigte sich konträr zu staatsoffiziellen Verlautbarungen eine Zunahme rassistischer Gewalt (vgl. Müggenburg 1996: 25), die sich vor allem im Kontext von Hooligan-Gruppierungen, denen Fußballspiele die Möglichkeit zur zeitlich begrenzten Enthemmung ihrer rassistischen Affekte boten, Bahn brach (vgl. Siegler 1996: 617). Aber auch in der Skinhead-Szene grassierten Feindbilder von „undeutschen Bonzen“, „arbeitsfaulen“ Punks, AusländerInnen, Grufties, Juden und Jüdinnen, Alternativen, kirchlich Engagierten, Homosexuellen und Linken (vgl. Ködderitzsch/Müller 1990: 12). Die Skin-Szene und die organisierten nazistischen Strukturen der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sind dabei nicht wesensgleich, aber: Unter den Skins waren „ein Selbstbild nach den Maßstäben des Daseinskampfes, Gewaltanwendung als soziale Technik, Unberechenbarkeit im Sozialverhalten [...], Desillusionierung als Erfahrungswert der bisherigen Biographie“ (Brück 1992: 38) Normalität. So rekrutierte sich die neonazistische Szene ab 1983 (vgl. Siegler 1996: 618) aus Wehrdienstleistenden, Hooligans und einem „frustrierte[n] Teil sogenannter Normaljugendlicher“ (Brück 1992: 44), für welche die von der Szene zelebrierte „soldatische Männlichkeit“ und Gewaltaffinität (vgl. Ködderitzsch/Müller 1990: 12) attraktiv waren. Die Skins und die aus ihnen hervorgehenden (neo-)nazistischen Netzwerke waren dabei aber mitnichten eine Ansammlung ausgegrenzter Jugendlicher: Die Mehrzahl der Skins und „Faschos“ stammten aus Mittelschichtsfamilien, die als „unauffällige gute

[...] Arbeiter, die Alkohol nur in Maßen trinken, ihren Körper trainieren, einen ausgeprägten Leistungswillen besitzen und sich scharf gegen ‚Schmuddel- und Saufpunks‘ abgrenzen“ (Siegler 1991: 74), als in ihren Betriebskollektiven geachtet und integriert charakterisiert werden können (vgl. Brück 1992: 44f.). Anfangs rekrutierte sich auch die rechtsextreme Szene der Nach-Wende-Zeit keineswegs nur aus sozial Abgehängten, sondern auch aus Personen, die in der DDR engagierte Mitglieder der realsozialistischen Gesellschaftsordnung gewesen waren (Bergmann/Erb 1994). Ein bekannter Fall ist der des ehemaligen FDJ-Sekretärs Thomas Dienel, der 1991 als Vorsitzender des Thüringer Landesverbandes der NDP agierte, mehrfach vorbestraft (u.a. wegen eines Angriffs auf ein AsylbewerberInnenheim in Weimar) und ab 1995 als Informant für den Verfassungsschutz tätig war (Quent 2016a: 180). Dienel war einer der Organisatoren des Rudolf-Heß-Gedenkmarsches in Rudolstadt, zu dem 1992 ca. 2.000 Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik angereist waren (ebd.). Die latente ethnonationale und fremdenfeindliche politische Kultur der DDR lässt sich anhand der gesellschaftlichen Situation und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit AusländerInnen bzw. ausländischen VertragsarbeiterInnen exemplifizieren (vgl. Broszinsky-Schwabe 1990). Ende 1989 lebten 191.000 AusländerInnen in der DDR; davon hatten 40.000 als EhepartnerInnen von DDR-BürgerInnen oder als anerkannte Flüchtlinge aus ehemals sozialistisch orientierten Staaten, die wie Chile einen kapitalistischen Regimewechsel vollzogen hatten, dort einen festen Wohnsitz. Etwa die gleiche Menge bildeten Studierende und Auszubildende, die meist nur vorübergehend in der DDR blieben. Die große Mehrheit stellten jedoch die 90.500 VertragsarbeiterInnen,<sup>59</sup> die in größerem Umfang in den 1970er/80er Jahren im Rahmen bilateraler Abkommen mit den Regierungen Polens, Bulgariens, Ungarns, Algeriens, Kubas, Mosambiks und Vietnams in die DDR gekommen waren (Marburger et al. 1992: 4, 9). Neben Karl-Marx-Stadt, Berlin, Leipzig und Halle war der Bezirk Dresden aufgrund seines hohen Industrieanteils einer der fünf Bezirke, in denen die Mehrheit der AusländerInnen lebte (Waibel 2014: Pos. 538). Die Befristung der Aufenthaltsgenehmigungen betrug meist vier bis fünf Jahre; der Aufenthalt erfolgte ohne Familienangehörige, Ehepaare hatten keinen Rechtsanspruch auf gemeinsame Unterbringung. Bei Rechtsverstößen oder Abweichungen von der „sozialistischen Arbeitsdisziplin“, aber auch bei längerer Krankheit oder Schwangerschaft wurde der Arbeitsvertrag vorzeitig beendet (ebd.: 13f.).<sup>60</sup> Frauen wurden bei Schwangerschaft in ihre Heimatländer zurückgeschickt, es gab separate kollektive Unterbringungen mit Standards unterhalb des DDR-Niveaus und repressiven Heimordnungen sowie harte Arbeitszeiten (vgl. Broszinsky-Schwabe 1990: 31, Müggenburg 1996: 18). Insbesondere die ausländischen VertragsarbeiterInnen nahmen nicht am gesellschaftlichen Leben in der DDR teil: Sie waren weitestgehend isoliert von der einheimischen

<sup>59</sup> Den Begriff des Vertragsarbeiters führt der DDR-Historiker Stefan Wolle darauf zurück, dass „man nicht Gastarbeiter und schon gar nicht Fremdarbeiter sagen wollte“ (Wolle 2015).

<sup>60</sup> Dabei erfuhren viele der in der DDR lebenden Ausländer „nicht nur bei Behörden offizielle Feindschaft und Schwierigkeiten, sondern erlebten auch im Alltag Rassismus“ (Fulbrook 2008: 284).

Wohnbevölkerung, was dem politischen Programm der SED entsprach, das eine Integration der AusländerInnen nicht nur nicht beabsichtigte, sondern vielmehr aktiv verhinderte (vgl. Marburger 1993). Es gab nicht einmal Ansätze einer Multikulturalisierung der Gesellschaft, die DDR blieb eine ethnisch homogene Gesellschaft:

*„Die DDR-deutsche Familie lebte in einer ethnisch homogenen Klause. Das Ausland, begehrt und gefürchtet, fand anderswo statt, war geteilt in faßbare ‚Bruderstaaten‘ und den Traum vom Paradies. Kein Döner Kebab, kein Pasta-Shop, keine Erdbeeren und Mallorca-Reisen im Winter, keine kopftuchtragenden türkischen Frauen, keine in anderer Sprache und Gestik palavernden Männer in Läden oder Kaffeehäusern, kein Sprachenstreit in den Schulen, keine Mafia mit dem Zusatz des Herkunftslandes, kein Mädchenhandel, keine Drogen, kein Asylrecht und keine Debatte um das Recht auf kulturelle andersethnische Identitäten!“* (Vgl. Korfes 1992: 75)

Der Charakter der Anwerbung von VertragsarbeiterInnen änderte sich in den 1980er Jahren. Diese lief nun nicht mehr im Rahmen der Qualifizierungsabkommen mit sozialistischen „Bruderstaaten“ und im Zeichen internationaler Solidarität ab, sondern in Reaktion auf den „chronischen Arbeitskräftemangel und [die] permanenten Produktionsausfälle und Plan-Untererfüllung“ (Müggenburg 1996: 8), sodass allein 1987/88 etwa 50.000 VertragsarbeitnehmerInnen in die DDR kamen, wodurch vor der Wende insgesamt 192.000 von ihnen zwischen Elbe und Neiße arbeiteten. Die ökonomische Auffrischungskur durch die VertragsarbeiterInnen war in den kriselnden 1980er Jahren für den SED-Staat eine bittere Notwendigkeit, „weil Rationalisierungs- und Modernisierungs-Maßnahmen zur Produktionssteigerung und Investitionen in effizientere Technologien [...] nicht im erforderlichen Maße realisierbar waren“ (ebd.: 12), die sozialistischen PlanerInnen also auf die Vernutzung billiger Arbeitskraft bzw. auf extensiven Arbeitskräfteeinsatz setzen mussten – zumal infolge der Ausreise in die BRD jedes Jahr tausende DDR-BürgerInnen im arbeitsfähigen Alter das Land verließen. In der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise der 1980er Jahre, die Stagnation und teils einen sinkenden Lebensstandard bedeutete, richteten sich die auch von der SED-Führung instrumentalisierten Ressentiments und Stimmungen zuvorderst gegen die als „fremd“ stigmatisierten ausländischen Arbeitskräfte. Das in den bilateralen Verträgen mit den Herkunftsländern festgehaltene und von der SED immer wieder hervorgehobene Postulat, dass die ausländischen ArbeiterInnen nach zumeist fünf bis sieben Jahren wieder in ihre Heimat zurückreisen sollten, trug nach der Wende besonders zur Aggression aufseiten der einheimischen Bevölkerung bei:

*„Den als privilegiert angesehenen Ausländern in der DDR wurde das Recht des Zugriffs auf das knappe Güterangebot abgesprochen. Es existierten in der DDR mithin zwei konfligierende Interpretationsrahmen (competing frames): die staatlich verordnete Ideologie der Solidarität und Völkerfreundschaft und eine gesellschaftliche Ausländerfeindlichkeit. Nach Öffnung der Mauer war die Erwartung verbreitet, daß nun die ausländischen Werk tätigen das Land rasch*

*verlassen würden. Stattdessen kamen weitere Ausländer ins Land, da die neuen Bundesländer Ende 1990 verpflichtet wurden, eine bestimmte Quote der Asylbewerber unterzubringen.“*  
(Bergmann/Erb 1994: 89)

Wie wir gleich sehen werden, wird die Migrationspolitik der DDR noch heute vor allem von älteren ostdeutschen BürgerInnen als Erfolg – und als Vorbild für eine Begrenzung der aktuellen Immigration in die Bundesrepublik – wahrgenommen, was auch daran liegt, dass die Vorstellung, bei den MigrantInnen handele es sich um „Gäste“, nach wie vor das Bild vieler Ostdeutscher von AusländerInnen prägt.

Als ein weiteres, bis heute relevantes Element der staatsoffiziellen Ideologie in der DDR kann der *Antiamerikanismus* identifiziert werden. Einerseits steht er in der Tradition deutscher Nationenvorstellungen, die sich historisch gegenüber westlich-liberalen Demokratievorstellungen durchsetzen konnten und die dem amerikanischen politischen System, wie es bspw. Ernst Fraenkel verstanden hat (Fraenkel 1960), diametral gegenüberstehen; andererseits spiegelt der staatsoffizielle Antiamerikanismus in der DDR auch die politische Situation in Zeiten der Blockkonfrontation, in denen das alte Ressentiment gegen die USA (respektive den westlichen Kosmopolitismus) mit kommunistisch-antiimperialistischen Vorstellungen verbunden wurde.<sup>61</sup> Auf den Antiamerikanismus bspw. hat die SED in den verschiedensten Perioden ihrer vierzigjährigen Herrschaft immer wieder zurückgreifen können und dabei entsprechende kultur- und ethnonationale Bewusstseinsbestände noch verstärkt (vgl. Meuschel 1988). So wurde in der Nachkriegszeit die Bombardierung Dresdens von der SED-Führung als Beweis für die Brutalität des westlichen „Imperialismus“ ausgelegt. Im Lehrplan für das Fach Geschichte von 1951 war z.B. vorgesehen, die „*Terrorangriffe der angloamerikanischen Bomber auf die Zivilbevölkerung*“ zu behandeln (vgl. Pätzold 2004: 16). Dabei scheute sich die SED nicht, den Luftkrieg mit den Gräueltaten des NS-Regimes zu vergleichen.<sup>62</sup>

Der staatsoffizielle Antiamerikanismus ist ebenso wie dessen Entsprechung in der Bevölkerung ein viel bunter schillerndes, inkonsistenteres und über die Zeit stärkeren Wandlungen unterlegenes paradoxes Gewebe, als es dieser erste Eindruck vermittelt: „Nicht, wie gelegentlich angenommen in erzwungener Homogenität, sondern in komplizierter Verflechtung von ‚offiziell‘, ‚privat‘ und ‚intellektuell‘ Bild ist das Kompositum ‚Amerikasicht in Ostdeutschland‘ zu sehen.“ (Schnoor 2001: 943) Einigermmaßen eindeutig ist für die Anfangsjahre der DDR der staatsoffizielle, verordnete Antiamerikanismus, der die USA als Speerspitze des westlichen Imperialismus malte, der gemäß der Dimitroff-These auch ein Hort des Faschismus sein müsse – nicht nur, um die antifaschistische

<sup>61</sup> Zum linken Antiamerikanismus in Deutschland bis in die DDR vgl. Haury (2003).

<sup>62</sup> Ein besonders krasses und oft zitiertes Beispiel für die Gleichsetzung nationalsozialistischer Kriegsverbrechen mit den Luftangriffen der Alliierten ist die bei der zentralen Gedenkveranstaltung im ehemaligen KZ Sachsenhausen verwendete Parole „Die SS-Mörder von Sachsenhausen und die amerikanischen Luftgangster, die Mörder von Dresden und Berlin, Hand in Hand“ (zitiert nach Margalit 2006; Fischer 2011: 87).

Staatsdoktrin zu unterfüttern, sondern auch, um etwa die Ursachen des Volksaufstandes von 1953<sup>63</sup> zu kaschieren. Zugleich überlebte aber ein kultureller (staatsoffizieller wie gesellschaftlicher) Antiamerikanismus, der sich auf „Negermusik“ kaprizierte, auf die „schwarze Unkultur“, auf „Wu, wu, wu“ und „yeah, yeah, yeah“ (Walter Ulbricht),<sup>64</sup> der analog zur bundesrepublikanischen Debatte die Musik aus Amerika als „entartet“ apostrophierte:<sup>65</sup>

*„Der amerikanische Imperialismus [...], die Kulturbarbarei, der kitschig-formalistische Januskopf des amerikanischen Schlagerkultes soll den nationalen Widerstandswillen des deutschen Volkes lähmen, [...] das im Rausch kosmopolitischer Zersetzung für die Profitinteressen der Wallstreethyänen sterben soll.“<sup>66</sup>*

*„Der heutige ‚Boogie-Woogie‘ ist ein Kanal, durch den das barbarisierende Gift des Amerikanismus eindringt [...]. Diese Bedrohung ist ebenso gefährlich wie ein Angriff mit Giftgasen. Sie propagiert die degenerierte Ideologie des amerikanischen Monopolkapitalismus mit seiner Kulturlosigkeit.“<sup>67</sup>*

„Dieses Konstrukt einer feindlich dekadenten Lebensweise verknüpfte Stilzeichen (Rockmusik, Auseinandertanzen, lange Männerhaare [...]) geradezu kausal mit Unsauberkeit und Assozialität, mit exzessiver Sexualität, Straftaten und Bekämpfung des Sozialismus.“ (Maase 2003: 13) Besonders problematisch war in diesem Zusammenhang die Kontinuität rassistischer, antisemitischer und frauenfeindlicher Ressentiments (Poiger 2000: 29, 58ff.) in Anbetracht des sozialistischen Selbstverständnisses. Zwar unterschied man sich ideologisch deutlich vom Westen, die antiamerikanische Kulturkritik selbst war aber bis auf Nuancen ähnlich (Poiger 2001: 667f.).<sup>68</sup> Denn

<sup>63</sup> Dessen Auslöser waren nicht zuletzt die Normkürzungen im Zuge des beschleunigten Aufbaus des Sozialismus in der DDR und der damit einhergehenden Vorrangbehandlung der Schwer- vor der Konsumgüterindustrie und damit einer entscheidenden Schwächung der auch auf Konsum basierenden Legitimation der DDR. Gleichwohl hatte man staatsoffiziell ganz klar Westberliner AggressorInnen ausfindig gemacht, die als klare AnhängerInnen der amerikanischen Kultur (Niethosen, T-Shirts mit Western-Motiven, texanischer Haarschnitt und Gesicht eines/r Kriminellen(!)) zu erkennen waren, vgl. Poiger 1997: 124.

<sup>64</sup> Insbesondere das Agieren der FDJ, das Bemühen um eine saubere, sozialistische, deutsche Singebewegung, war auch von antiamerikanischen Ressentiments unterlegt, verfiel indes besonders bei den „ersten Kinder[n] der DDR“ kaum noch. Mitglieder der FDJ wurden zur „Stärkung des Sozialismus“ (Ohse 2003: 31) und zur Maßregelung kritischer Jugendlicher herangezogen; sie hatten die Aufgabe, notfalls unter Gewaltanwendung, „kriminelle Elemente, Spekulanten [...], Schmarotzer, arbeitsscheue Elemente [...]“<sup>64</sup> (ebd.: 77) zu maßregeln, was aber nur von geringem zeitlichen Erfolg geprägt war.

<sup>65</sup> Vgl. zu diesem Komplex insgesamt Poiger (2001).

<sup>66</sup> Zitiert nach Rauhut (1999: 6); Reginald Rudolf, der Urheber dieses Standpunkts, ist vier Jahre später wegen Boykotttätigkeit zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, da er Jugendliche durch eine von ihm entfesselte Jazzkampagne zu Opfern der amerikanischen Politik gemacht habe; vgl. dazu Kowalczyk (2003: 141).

<sup>67</sup> Zitiert nach Rauhut (1999: 6).

<sup>68</sup> RezipientInnen dieser Musik wurden in Karikaturen mit stereotypen „negroiden“ Gesichtszügen und Presley-VerehrerInnen als willenlose Wesen dargestellt; und man fürchtete eine Verweiblichung des Mannes. Ebenso hielten sich die musikalisch-imperialistischen Verschwörungstheorien, die durchaus auch antisemitischen Charakter besaßen, vgl. dazu Schroeder (1998: 550f.).

obwohl sich die DDR als antirassistisch bezeichnete, lebten Begriffe wie „Negermusik“ oder Ulbrichts Begriff der „Affenkultur“ weiter. Obzwar die rechtliche und gesellschaftliche Rolle der Frau in der DDR deutlich moderner war als in der BRD, entsprach das ostdeutsche Frauenbild nahezu dem westdeutschen Bild der asexuellen häuslichen Mutter. Der Glaube an den Zusammenhang zwischen dem Konsum amerikanischer Massenkultur, der Überbetonung weiblicher Sexualität und der Angst vor einer Verweiblichung des Mannes war in beiden deutschen Staaten präsent und wurde ähnlich dämonisiert (vgl. Poiger 2000: 4). Ebenso passten die antisemitischen Züge, sowohl in der DDR-Realität als auch im ideologischen Gefüge, nicht in das nach außen dargestellte Bild der DDR. Verwiesen sei dabei insbesondere auf den Fall Paul Merker, der beschuldigt wurde, ein „Agent des Zionismus“ und somit ein Angehöriger der „Agentur des amerikanischen Imperialismus“ zu sein (Schroeder 1998: 551). Auch war die DDR der einzige Ostblockstaat, der keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhielt.<sup>69</sup> Dennoch zerfiel, bei allem möglichen Weiterleben antiamerikanischer Ressentiments, die anfängliche Eindeutigkeit im Laufe der folgenden Jahre u.a. zugunsten der Zwei-Staaten-Theorie, also der Herrschaft der Monopolbourgeoisie, die das einfache amerikanische Volk unterdrücke, was zu einigen ideologischen Verrenkungen führen musste: Galten doch „Neger“, welche die große Mehrzahl der Jazz-InterpretInnen stellten, als eine von den imperialistischen Kräften unterdrückte Volksgruppe in Amerika, die man vom eigenen Anspruch her unterstützen musste, wozu es ebenjene vom Jazzkritiker Rudolf erfundene Formel von den „guten“ AmerikanerInnen, die authentische „Negerfolklore“ produzierten, brauchte, die deutlich zu unterscheiden war von der „falschen“ Freizügigkeit im *modern jazz*, bei dem man „eine Einheit von dekadentem Inhalt und dekadenter Form“ diagnostizierte (Poiger 1997: 124). Einen weiteren Wandel hin zu einem selektiven Antiamerikanismus gab es aber spätestens in den 1970er Jahren, der sich – politisch an die Zwei-Staaten-Theorie anschließend – auf die weißen AggressorInnen und UnterdrückerInnen sowie die SklavenhalterInnen bezog, dem sich aber andererseits nun politisch wie kulturell eine Angela-Davis-Soli-Kampagne und eine breite Martin-Luther-King-Rezeption anschlossen, die auch die Einstellung zum Jazz von der „entarteten“ Musik hin zum Befreiungssound der afroamerikanischen Bevölkerung wandelten – vor allem in den nachwachsenden Generationen, was Ulrich Plenzdorfs Romanfigur Edgar Wibeau mit seinem *Blue-Jeans-Song* wie kein Zweiter auf den Punkt gebracht haben dürfte (Plenzdorf 1968). Da sich aber viele Jugendliche in der DDR schon aufgrund der politischen Überformungen bis in den Bereich von Musik, Mode und sogar Haartracht durch eine „nicht intendierte Politisierung“ (Ohse 2003: 15) auf Kollisionskurs mit SED-Normvorstellungen befanden, schufen sie sich kontrastierend zur DDR-Realität eine „von außen provozierte populärkulturelle Zweit- und Gegenrealität“ (Schnoor 2001: 939) zum offiziellen Idealbild der Jugend. Ihre Idole waren, wie in der Bundesrepublik der 1950er Jahre, Bill Haley und Elvis Presley.

---

<sup>69</sup> Noch 1982 sprach der DDR-Vertreter bei der UNO von „Staatsterrorismus und Genozid-Verbrechen [...] [als] fester Bestandteil der Politik Israels“, vgl. Herf (1998: 238).

Schließlich ermöglichte kulturelles *Tauwetter* nach 1961 eine offiziell geförderte Westernisierung bzw. Amerikanisierung der ostdeutschen Jugendkultur:

*„Die VEB Deutsche Schallplatten veröffentlichte eine komplette Lizenz-LP der Beatles sowie zwei weitere LPs mit Titeln einheimischer Bands, BIG BEAT I und BIG BEAT II. Schließlich waren seit dem Jugendkommuniqué von 1963 und im Windschatten des Deutschlandtreffens 1964 Bands wie Pilze aus dem Boden geschossen. Nach den rauen 1950ern, nach reibungsvollen Jahren des Kampfes gegen den dekadenten Jazz und Rock'n'Roll, entdeckte die SED-Kulturpolitik denn doch noch den ‚Tanz als einen legitimen Ausdruck von Lebensfreude und Lebenslust‘, selbst ‚welchen Takt die Jugend wählt‘ blieb ihr anfangs überlassen, verbunden mit dem Zusatz: ‚Hauptsache sie bleibt taktvoll‘ (Neues Deutschland, 21.9.1963)“.* (Lühmann 2017a: 46).

Auch wenn mit dem kulturpolitischen „Kahlschlag“ eine Rücknahme liberaler Jugendpolitik verbunden war und die Akzeptanz amerikanischer Einflüsse auf die Jugend zurückging, so blieb – Stichwort Plenzdorf – in den jüngeren Generationen ein positives Amerika-Bild bestehen; auch weil mit dem Machtantritt Honeckers damit verbundene Repressionen erst abgemildert wurden und die Musik- und Jugendkultur im letzten Jahrzehnt der DDR einer anarchischen Dauerreibungsfläche glich. Hier gingen Teile der nachwachsenden Generationen auf maximale Distanz – als Punks, als AussteigerInnen oder eben als Neonazis.<sup>70</sup> Gleiches gilt für den staatsoffiziellen Kurs. Auch wenn die offizielle Gegnerschaft zu Amerika nie ganz verschwand, so waren die Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1974 und die immer weiter reichende Öffnung für amerikanische Mode und Musik nicht zuletzt ein Versuch der SED, die kulturelle Amerikanisierung von unten durch die nachwachsenden Generationen abzufangen – bis hin zur Einladung an Bruce Springsteen, ein Konzert in Ost-Berlin zu geben, auf dem Ostdeutsche „Born in the USA“ intonierten. Zugleich aber haben sich, auch das darf nicht übersehen werden, diese Mentalitätsbestände im Rahmen gesellschaftlicher Kontinuitäten in gewissen Milieus, aber auch regionalspezifisch nach 1990 erhalten, sind durch Krisen- und Transformationserfahrungen der vergangenen 25 Jahre modifiziert worden und haben, neben der in Ostdeutschland anzutreffenden antiimperialistischen Aufladung, demnach USA und Wall Street Schuld trügen am Leiden in der Welt, eine weitere, spezifisch ostdeutsche Komponente hinzugewonnen. Der Soziologe Felix Knappertsbusch etwa hebt hervor, dass der ostdeutsche Antiamerikanismus

*„möglicherweise noch eine ganz spezielle Funktion [hatte] – vor allem für jene Menschen, die bis heute unter der westdeutschen Dominanz nach der Wiedervereinigung litten [...]. ‚Kurz gesagt: Wer auf Amerika schimpft, kann sich gegen den Westen wenden, ohne das innerdeutsche Wir-Gefühl verletzen zu müssen.“* (Schirmer 2016)

Das ist eine Verknüpfung, die in exzeptionellem Maß für Dresden und das Dresdner Umland Geltung besitzt und die durchaus distinkt von anderen Regionen Ostdeutschlands ist – der lokale Anti-

---

<sup>70</sup> Vgl. das Kapitel „Anarchie und Konsequenz 1982–1989“ in Rauhut (2002).

Amerikanismus im Raum Dresden, der sich direkt aus der Zerstörung Dresdens und dem daraus abgeleiteten Opfermythos speist, verschränkt mit einer zusätzlichen Putin-Verehrung, weil dieser, so die vielfach wiederholte Legende, im Jahr 1989 die Rote Armee in den Kasernen belassen habe. Poutrus (2005) weist darauf hin, dass insbesondere im Dresdner Raum seitens der SED das Bild der US-AmerikanerInnen als KriegsverbrecherInnen in parteinahen Verlautbarungen immer wieder wachgehalten wurde: So verbreitete die SED bzw. die Parteizeitung der NDPD, die *National-Zeitung*, etwa im Februar 1953 die nicht belegbare Behauptung:

*„Jagdflugzeuge schossen mit Bordwaffen die durch Straßen irrenden, in den Großen Garten und an die Elbwiesen geflüchteten Einwohner zusammen. Die letzte Verantwortung für diesen Mord hatte jener General Eisenhower, der heute der Präsident der Vereinigten Staaten ist und der die Morde in Korea fortsetzen lässt und sie in allen Teilen der Welt ebenso fortsetzen möchte“* (Poutrus 2005: 124).

Damit stellte man den Zweck des Angriffs als Kriegsverbrechen dar:

*„In einem Augenblick, da die Niederlage des verbrecherischen Nazisystems längst entschieden war, wurde die letzte, noch völlig unversehrte deutsche Großstadt, zugleich eine der schönsten Städte Europas, in Schutt und Asche gelegt. Dieser amerikanisch-englische Ueberfall [sic!] auf das mit Flüchtlingen überfüllte Dresden war militärisch sinnlos – es war vorsätzlicher Mord an Zehntausenden wehrloser Menschen, in der Mehrzahl Frauen und Kinder.“* (Ebd.: 123)

In dem schon in der DDR institutionalisierten Gedenken um das im Zweiten Weltkrieg von den Alliierten bombardierte Dresden, diesen „mythischen Ort“ (vgl. Münkler 2009: 363ff.), verschränken sich Antiamerikanismus und nationaler Geschichtsrevisionismus auf besondere Art und Weise (vgl. Picken 2016) und sind mindestens als Chiffre bis heute in Dresden und darüber hinaus wirksam (vgl. Vorländer 2016).<sup>71</sup>

### 3.4 Rechtsextremismus in Sachsen und Thüringen

In den neuen Bundesländern werden relativ betrachtet mehr rechtsextreme Straftaten registriert als in den alten Bundesländern (vgl. Baier/Pfeiffer 2010: 136). In Sachsen liegt der Anteil rechts motivierter Gewalttaten pro 100.000 EinwohnerInnen seit der Einführung des Erfassungssystems „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ deutlich über dem bundesweiten Niveau: Im Jahr 2011 wurden hier z.B. 84 Delikte registriert, im Vergleich zu bundesweit 828 Delikten, was einem sächsischen

<sup>71</sup> In diesem Sinne sei auch auf die Chiffre des „Tals der Ahnungslosen“ verwiesen, mit einer „modischen“ Ergänzung: Mit zunehmender Entfernung zur Hauptstadt Berlin, die bezüglich Sachsen auch eine historisch-politische ist, sanken der Zugang und die Nähe zu amerikanischen Kultureinflüssen. Die Anzahl der „Jeans-tragenden Jugendlichen“ nimmt jedenfalls von Berlin aus drastisch ab, zudem war der Empfang von AFN, RIAS oder Westfernsehen hier schwerer möglich

Bevölkerungsanteil von 2,1 Prozent (im Vergleich zu 1,0 Prozent auf Bundesebene) entspricht (vgl. Backes 2014: 54f.). Seit der *Flüchtlingskrise* sind die Zahlen stark angestiegen: Im Jahr 2014 wurden 159 rechte Gewalttaten registriert, im Jahr 2015 sogar 208.<sup>72</sup> In Thüringen fallen die absoluten (und relativen) Zahlen zwar geringer aus (vgl. Edinger 2010: 44) – aber auch hier sind sie in den vergangenen Jahren angestiegen: Wurden 2012 noch 22 rechts motivierte Gewaltdelikte registriert, waren es 2014 schon 57; und auf dem Höhepunkt der *Flüchtlingskrise* 2015 wurden 92 Delikte verzeichnet (vgl. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2015: 8). Auf das gesamte Bundesgebiet bezogen hat die Zahl rechtsextremer Gewaltdelikte im Jahr 2015 um mehr als dreißig Prozent zugenommen. Ein sächsisches Spezifikum ist das deutliche Überwiegen von Gewaltdelikten, die sich „gegen links“ anstatt gegen ethnische und religiöse Minderheiten richten.<sup>73</sup> Während bundesweit die „Hassgewalt“, die sich gegen (vermeintliche) MigrantInnen richtet, gegenüber der sogenannten Konfrontationsgewalt, die sich gegen GegnerInnen des Rechtsextremismus richtet, eindeutig überwiegt, fällt bei der Verteilung hinsichtlich der Zielrichtung der Gewalttaten auf, dass dieses Verhältnis in Sachsen genau umgekehrt ist: Mit Ausnahme des Jahres 2003 lag dort die Summe der fremdenfeindlichen und antisemitischen Delikte im Zeitraum 2001 bis 2011 deutlich unter der Summe der Konfrontationsdelikte gegen linke „und andere politische Gegner“. Im Jahr 2010 war die Zahl der Konfrontationsdelikte sogar doppelt so hoch wie die der Hassverbrechen (vgl. Backes 2014: 57f.).<sup>74</sup> Dies „legt die Vermutung nahe, dass organisiertes Vorgehen hier häufiger ist, denn gewaltsame Konfrontationen stellen per definitionem Taten dar, die aus dem Zusammentreffen einander als feindlich definierender Individuen und Gruppen erwachsen“ (ebd.: 59). Im Allgemeinen geht fremdenfeindliche Gewalt jedoch

*„weniger von parteiförmig organisierten Gruppen aus, sondern vor allem von lokalen Netzwerken aus Skinheads oder rechtsgerichteten Jugendlichen, die kaum oder nur locker organisiert sind. Darüber hinaus hat diese Gewalt eher spontanen als geplanten Charakter und nicht selten ist Alkohol im Spiel.“* (Strobl et al. 2003: 11)

Wir wollen daher in unserer Studie gerade auch die in der Alltagswelt der von uns untersuchten ostdeutschen Kommunen sich manifestierende „spontane rechtsextreme Raumordnungsbewegung“ in den Blick nehmen, „die ihre Grundlage in der sozialen Dynamik der rechtsextremen Gruppen, Netzwerke und Projekte hat“ (Wagner 2008: 15).

In Sachsen ist die Zahl gewaltbereiter RechtsextremistInnen dort am höchsten, wo auch die NPD die meisten Mitglieder hat: in den Regionen Dresden, Sächsische Schweiz und Mittweida (vgl.

<sup>72</sup> Vgl. Debski (2016). Abweichende Zahlen beim Verfassungsschutz: rechte Gewalttaten 2014: 83; 2015: 201. Dagegen „rechtsextremistische Straftaten“ 2014: 1.710; 2015: 2.234. Vgl. Staatsministerium des Innern (2015: 135).

<sup>73</sup> Vgl. jüngst die Überwachungsmaßnahmen gegen Mitglieder und AnhängerInnen des sich als links verstehenden Leipziger Fußballvereins BSG Chemie Leipzig, vgl. etwa Kraske 2017.

<sup>74</sup> Dieses Ungleichgewicht wurde in den Jahren vor der *Flüchtlingskrise* auch von VertreterInnen der Dresdner Polizei beschrieben: vgl. Borstel (2013: 275).

Backes/Mletzko/Stoye 2010: 58ff.). Wir haben uns deshalb, auf Grundlage der Häufung von Gewaltereignissen und der medialen Berichterstattung der vergangenen zwei Jahre, dafür entschieden, in Sachsen neben dem Stadtteil Dresden-Laubegast die Stadt Freital und die Kleinstadt Heidenau, die beide im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge liegen, als Untersuchungsregionen auszuwählen. Der Verfassungsschutz beziffert das Personenpotenzial der rechtsextremen Szene im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge auf „zwischen 200 und 250 Personen“<sup>75</sup>. Die Sächsische Schweiz ist seit jeher „eine Schwerpunktregion der NPD“ (Steglich 2006: 111; vgl. auch Staud 2005: 132ff.; Brandstetter 2007: 356; Richter 2008), die hier bei der Bundestagswahl 2013 mit 5,1 Prozent erneut ihr bundesweit bestes Wahlkreisergebnis erzielte.<sup>76</sup> Ortsgruppen der NPD existieren in Freital, Dippoldiswalde, Reinhardtsdorf-Schöna und Sebnitz/Neustadt; im April 2015 wurde zudem eine Ortsgruppe in Heidenau gegründet (vgl. Staatsministerium des Innern 2016: 170). Das Mobilisierungspotenzial dieser einzelnen Ortsverbände scheint zwar gering zu sein; dennoch fanden von ca. neunzig Kundgebungen der NPD in Sachsen im Jahr 2015 etwa die Hälfte im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge statt: In dieser Hinsicht ist der Kreisverband „die aktivste NPD-Struktur im Freistaat Sachsen“ (ebd.: 170).

Hinsichtlich der Frage, wie die Sächsische Schweiz zu einer solchen Hochburg der NPD werden konnte, fällt in der Sekundärliteratur häufig der Name Uwe Leichsenring, der 2004 für die NPD in den Landtag einzog und zwei Jahre später bei einem Autounfall verstarb. Den Verlust von dessen Kärnerarbeit, da sind sich alle BeobachterInnen einig, hat bislang niemand ersetzen können. Leichsenring war auch Abgeordneter im Kreistag der Sächsischen Schweiz und Geschäftsführer seiner Fraktion – eine Rolle, in der er gefürchtet war, während sein Nachfolger, der Mediziner Dr. Johannes Müller, eher eine blasse Figur abgibt: „Leichsenring hatte die Geschäftsordnung verinnerlicht, er führte andere vor, ließ sich aber nicht übers Ohr hauen. Müller dagegen setzt immer wieder auf Verständnis und Freundlichkeit.“ (Köditz 2009: 74) Diese neue integrative Strategie scheint allerdings zu bewirken, dass die Mitglieder der NPD-Fraktion bei anderen Kreisräten zumindest außerhalb des Plenums auf offene Ohren stoßen. So berichtet *Herr Menke*<sup>77</sup>, der Mitglied der LINKEN-Kreistagsfraktion ist, dass hier „*durchaus NPD-Mitglieder auch von CDU-Mitgliedern mit Handschlag begrüßt werden*“<sup>78</sup>. Leichsenring, der in Königstein eine Fahrschule betrieb und so auch berufsbedingt mit vielen Jugendlichen in Kontakt kam, hatte in den 1990er Jahren bereits sehr früh die Integration von nationalsozialistisch orientierten Freien Kameradschaften in die NPD forciert. Vor allem in der Region um Pirna bestand ein enges Verhältnis

<sup>75</sup> Staatsministerium des Innern (2015: 132). Für den gesamten Freistaat wird die Zahl der RechtsextremistInnen im Jahr 2015 auf 2.700 geschätzt, was eine Steigerung gegenüber 2014 (2.500) bedeutet. Vgl. ebd.: 9.

<sup>76</sup> Entsprechend erzielte die NPD auch bei der Landtagswahl 2014 ihre landesweit besten Ergebnisse in den Landkreisen Bautzen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (vgl. Staatsministerium des Innern 2015: 28ff.).

<sup>77</sup> Name anonymisiert.

<sup>78</sup> Interview mit *Herrn Menke* (Name anonymisiert), Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Freital, 8:47.

zwischen der NPD und den Skinheads Sächsische Schweiz (SSS), die u.a. als OrdnerInnen bei Parteiveranstaltungen eingesetzt und 2001 verboten wurden (Rietzschel 2013). Heute bekleiden einige von ihnen Ämter in der regionalen NPD. So ist z.B. der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Thomas Sattelberg, einer der MitbegründerInnen der SSS und ehemaliges Mitglied der ebenfalls verbotenen Wiking-Jugend. Sattelberg war seinerzeit, bis zum Verbot der SSS, als Sozialpädagoge in der Jugendarbeit bei der Arbeiterwohlfahrt in Pirna beschäftigt (vgl. Grumke/Wagner 2002: 463). Das Landesamt für Verfassungsschutz notiert zwar seit Jahren, dass das Aktionspotenzial der Freien Kräfte in der Sächsischen Schweiz im Vergleich zu anderen Landkreisen niedrig sei; diese Feststellung bezieht sich jedoch auf öffentlichkeitswirksame Aktionen (Staatsministerium des Innern 2015: 150). Nach der Wahl Udo Voigts zum NPD-Bundesvorsitzenden im Jahr 1996 wurde das Bemühen um die Bildung einer neuen rechten Querfront im Sinne eines „Kampfes um den organisierten Willen“ zu einem Teil der oft zitierten „Vier-Säulen-Strategie“ der NPD (vgl. Schulze 2009), der – obwohl er einer der anderen drei Säulen dieses Konzepts, dem Ziel eines unter dem Diktum des „Kampfes um die Köpfe“ angestrebten Hineinwachsens in die „Mehrheitsgesellschaft“, entgegenstand – oft als organisatorischer Grundstein für eine Art „zweiten Frühling“ der Partei gedeutet wurde (Pfahl-Traugher 1999).

Auch in der Berichterstattung über das Dorf Reinhardtsdorf-Schöna in der Sächsischen Schweiz – „über das inzwischen fast jede überregionale Zeitung berichtet haben dürfte“ (Köditz 2009: 45), weil die NPD hier (mit zuletzt 20,5 Prozent bei der Gemeinderatswahl 2014) seit vielen Jahren ihre mit Abstand höchsten Kommunalwahlergebnisse in Sachsen erzielt – wird meist auf die Kärnerarbeit des in der kleinen Gemeinde sehr geachteten Handwerksmeisters Michael Jacobi fokussiert. In Städten wie Heidenau oder Freital fehlt diese individuelle Ausstrahlungskraft von NPD-PolitikerInnen, die allesamt aus prekären Randzonen der Gesellschaft stammen. Hier bedurfte es aber, umgekehrt, offenbar auch keiner charismatischen Führungsgestalten, um die asylfeindlichen Einstellungen der Bevölkerung zu bündeln und auf die Straße zu tragen.

Ohnehin ist die NPD, auch in ihrer Hochburg Sächsische Schweiz, seit dem Verlust ihrer Landtagsfraktion 2014 kaum noch in der Lage, Kundgebungen zu organisieren und ihre AnhängerInnen hierfür zu mobilisieren. In Sachsen, ihrem größten ostdeutschen Landesverband, verfügt die NPD nur noch über etwa 700 Mitglieder (ihren Höchststand hatte sie 1998 mit 1.400 Mitgliedern); ihre „13 Kreisverbände sind größtenteils in einem beklagenswerten Zustand und kaum kampagnenfähig“ (Jesse/Schubert/Thieme 2014: 313). Das hängt auch damit zusammen, dass die NPD mittlerweile mit stark aktionistisch ausgerichteten Parteien wie „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“ oder Netzwerken wie der „Identitären Bewegung“ konkurrieren muss. Gleichzeitig registriert der sächsische Verfassungsschutz innerhalb der rechtsextremen Szene „eine deutliche Zunahme der Anzahl von Personen, die zwar weitestgehend keiner festen Struktur angehören, sich aber rechtsextremistisch betätigen“ (Staatsministerium des Innern 2016: 13), weshalb es im Jahr 2015 zum ersten Mal seit

Langem wieder zu einem Anstieg des rechtsextremen Personenpotenzials um 200 auf nun 2.700 Personen gekommen ist (vgl. ebd.: 14).

In Thüringen „ist [e]ine bezogen auf die Bevölkerungsanteile weit überproportionale Belastung mit rechtsextremen Straftaten [...] für Erfurt, den Ilm-Kreis, Weimar und den Saale-Orla-Kreis festzustellen“ (Edinger 2010: 44). Die meisten Freien Kameradschaften sind im „Thüringer Heimatschutz“ (THS) zusammengeschlossen, der lange Zeit „als Bindeglied zwischen militanter Neonaziszene, NPD und den Jungen Nationaldemokraten [fungierte]“ (König/Quent 2012: 60) und aus dem auch der NSU hervorging. Hatte der geschätzte Umfang der Neonazi-Szene in Thüringen 2009 einen Tiefstand von unter 200 Personen erreicht,<sup>79</sup> so zählt der Verfassungsschutz in seinem Bericht für das Jahr 2013 immerhin 350 Personen, die den Freien Kräften zuzuordnen sind (vgl. Innenministerium Freistaat Thüringen 2014: 39) und welche die rechtsextremistische Szene in Thüringen weitestgehend neonazistisch prägen (vgl. Innenministerium Freistaat Thüringen 2015: 52). Die rechtsextreme Szene ist in Thüringen insbesondere dahingehend aktiv, mithilfe von Veranstaltungen *Erlebnisse* zu erschaffen. So geht aus dem Verfassungsschutzbericht des Freistaates Thüringen 2014/15 hervor, dass Thüringen sich im Laufe der vergangenen Jahre zur Hochburg für Rechtsrockkonzerte entwickelt hat, die Anziehungskraft über die Landesgrenzen hinaus entfalten. Als einer der Hauptveranstaltungsorte wird hier u.a. die Gaststätte „Kammwegklaus“ auf dem Herrenberg in Erfurt, eine der Untersuchungsregionen dieses Berichtes, genannt (vgl. Innenministerium Freistaat Thüringen 2015: 71f.). Dabei gehören neben diesen punktuellen, aufmerksamkeitsgenerierenden und erlebnisorientierten Szenetreffs auch ganz alltägliche Manifestationen rechten Lebens zum Alltagsbild in Thüringen: eine Vielzahl von Läden, die Kleidungsmarken der rechten Szene vertreiben, aber auch ein lokales, breit gefächertes Angebot an Kneipen und Räumlichkeiten, in denen sich die Szene untereinander austauschen kann, ermöglichen einen offen rechten Lebensstil (vgl. Langenbach/Raabe 2013: 51ff.), der ob seiner Symbole, Rituale und Abgeschlossenheit schon beinahe milieuhafte, d.h. auch und vor allem über Generationen hinweg tradierte Strukturen ausgebildet hat. Sicher ist jedenfalls, dass sich in Thüringen eine aktive rechtsextreme Subkultur entwickeln konnte, die dem rechtsextremen Personenkreis gewissermaßen eine „Erlebnisswelt“ bietet. Exemplarisch für das gleichzeitig bestehende Gewaltpotenzial der Thüringer Szene kann der Überfall von 15 Personen, die der rechtsextremen Szene zugeordnet werden, auf eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt genannt werden. Acht Personen wurden dabei leicht und zwei in einem Ausmaß, dass eine stationäre Behandlung notwendig wurde, verletzt. Während des Überfalls wurde Inventar zerschlagen und einer Person ein Ohr abgerissen. Seit Dezember 2015 läuft am Landesgericht Erfurt der Prozess gegen die TäterInnen

---

<sup>79</sup> Edinger (2010: 38) erklärt den im Jahr 2003 sehr plötzlich einsetzenden Rückgang mit dem in dieser Zeit gefassten Entschluss vieler Neonazis, in die NPD einzutreten – Anlass war das in diesem Jahr verhandelte NPD-Verbot, das innerhalb des bewegungsförmigen Rechtsextremismus eine Solidarisierungswelle auslöste –; mit der Folge, dass sie nicht mehr als autonome Kräfte erfasst worden seien.

(ebd. 53f.). Die festgestellte gesteigerte Aggression bis hin zur deutlich zugenommenen Entladung von Gewalt zeigt sich insbesondere auch im Zusammenhang mit der gestiegenen Anzahl von Gewaltdelikten gegen Flüchtlingsunterkünfte (vgl. Innenministerium Freistaat Thüringen 2015: 89).

Des Weiteren wird innerhalb der Szene eine verstärkte Vernetzung unter den einzelnen Gruppen beobachtet: In jüngster Zeit tun sich besonders rechte Bruderschaften, etwa eine Vereinigung mit dem Namen „Turonen“, welche zugleich unter der Bezeichnung „Garde 20“ agieren soll, hervor.<sup>80</sup> Des Weiteren verfügt die rechte Szene innerhalb des Bundeslandes über mehrere Immobilien, die neben ihrer Funktion als Veranstaltungs- und Versammlungsräumlichkeiten auch einen Anziehungspunkt im Alltag darstellen (vgl. Innenministerium Freistaat Thüringen 2015: 71f.). Dies führt dazu, dass oftmals ganze Ortschaften von der Szene dominiert werden.<sup>81</sup> Zugleich befindet sich die Szene innerhalb Thüringens im Wandel – einer verstärkten Kümmerertaktik und engeren Vernetzung steht eine weitere Diversifizierung der Szene gegenüber, von der die NPD am wenigsten zu profitieren vermag. Denn während diese auf der Ebene der institutionalisierten Vereine beständig an Einfluss verliert, weitet etwa die Partei Die Rechte ebendiesen weiter aus. Seit 2009 werden zudem verstärkt rechtsextreme Mobilisierungsversuche registriert (Quent: LAP 2013: 74). Erkennbar wird dies auch innerhalb Erfurts, wo die rechte Szene versucht, mittels Festen und Veranstaltungen ihren Unterstützerkreis zu erweitern.<sup>82</sup> Einen guten Überblick über die Entwicklung rechten Denkens innerhalb des Bundeslandes bietet zusätzlich der seit 2000 jährlich erstellte Thüringen-Monitor. Dieser legt, neben der Erfassung von Demokratieakzeptanz und -zufriedenheit sowie Institutionsvertrauen, einen Schwerpunkt auf die Erfassung rechtsextremer Einstellungen. Hier konnte beobachtet werden, dass zwischen 2014 und 2015 rechtsextreme Einstellungen gestiegen sind; besonders fremdenfeindliche Einstellungen traten hervor.

---

<sup>80</sup> Vgl. o.V. (2016e): Thüringen ist Kernland des Rechtsrock, in: Thüringer Allgemeine Online, 30.12.2016, URL: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Thueringen-ist-Kernland-des-Rechtsrock-5422184>.

<sup>81</sup> Als Beispiele können hier die Gaststätte „Zum Goldenen Löwen“ in Kloster Veßra oder „Gelbes Haus“ in Ballstädt genannt werden.

<sup>82</sup> Vgl. z.B. die Website des Landesverbandes der Partei Die Rechte, URL: <http://die-rechte.com/bericht-zum-kinderfest-von-die-rechte-in-erfurt/>.

## 4. Freital und Heidenau

### 4.1 Freital und Heidenau: Zwei Industriestädte im Wandel

Wer Freital besucht, dem fällt sofort auf, dass die Stadt angesichts ihrer 40.000 EinwohnerInnen in ungewöhnlich viele, nämlich insgesamt 15 Stadtteile aufgeteilt ist. Dies hängt damit zusammen, dass Freital 1921 zunächst aus drei klassischen Arbeitergemeinden (Deuben, Potschappel und Döhlen) mit je eigenem Ortskern gegründet wurde, weshalb es auch kein städtisches Zentrum gibt. Später kamen weitere Eingemeindungen hinzu. Manche EinwohnerInnen sprechen daher von Freital als einer „Schlauchstadt, zusammengesetzt aus vielen einzelnen Dörfern ehemals und sämtlichen Randgemeinden auf den Hängen rechts und links“<sup>83</sup>. Charakteristisch für Freital ist, „dass die Stadt sich selber nicht als Stadt sieht“<sup>84</sup>: Zwar gibt es eine Hauptstraße, die Dresdner Straße, die alle Stadtteile miteinander verbindet, „aber die Leute fühlen sich nicht verbunden. Sie fühlen sich halt als Hainsberger, als Potschappler, als Pesterwitzer, was halt bisschen schwierig ist, weil so auch kein Einheitsgefühl entsteht. Also, sie identifizieren sich quasi nicht mit ihrer Stadt.“<sup>85</sup> Franz Walter hat deshalb geurteilt, dass das Freital der Nach-Wende-Zeit „in die Vorgründerzeit der Stadt zurückgefallen“ sei: Seine BewohnerInnen

*„erleben und erleiden jetzt die Zersiedlung ihrer Stadt, weil sie über einen kulturellen und kollektiven Integrationsstoff nicht mehr verfügen. [...] In den 20er Jahren waren noch tausende von Freitalern Abend für Abend unterwegs, zu den Veranstaltungen des sozialistischen Kulturwesens, in den zahlreichen Arbeiterkneipen, auf Bildungskursen. Heute ist Freital nach 18 Uhr leer, ausgestorben, tot.“* (Walter 2005: 170)

In der Tat: Selbst entlang der Dresdner Straße ist es abends kaum noch möglich, etwas zu unternehmen. Die wenigen Kneipen, so berichten uns Befragte vor Ort, hätten den Ruf, vor allem rechtsextrem eingestellte Stammgäste anzulocken. Freizeiteinrichtungen gibt es nur wenige – im Jahr 2011 hat z.B. das einzige Kino, das bereits zu DDR-Zeiten betriebene „Capitol“, seinen Betrieb eingestellt. Dass das Freitaler Stadtbild nicht immer von einer solchen Tristesse geprägt war, sondern in den 1920er Jahren so etwas wie eine kurze Glanzzeit erlebte, lag vor allem in dem sozialistischen Vereins- und Genossenschaftswesen begründet, für das die Stadt während der Zwischenkriegszeit weit über ihre Grenzen hinaus bekannt war. Der Plauensche Grund – das Tal, über das Freital sich ausbreitet – war schon in der Kaiserzeit als „Roter Grund“ bzw. als „Tal der Arbeit“ bekannt geworden. Bei der Reichstagswahl 1874 hatte die SPD hier bereits mehr als ein Drittel der Wählerstimmen geholt

<sup>83</sup> Fokusgruppe Freital 2, 12:22–12:26.

<sup>84</sup> Interview mit *Frau Decker* (Name anonymisiert), Redakteurin der *Sächsischen Zeitung* in Freital, 1:04.

<sup>85</sup> Ebd., 1:51.

– fünfmal so viele wie im Reichsdurchschnitt. In der Weimarer Republik wurde Freital zu einer Hochburg nicht nur der Sozialdemokraten, sondern auch der KPD, die am Ende der Republik in Sachsen lediglich in Pirna etwas stärker vertreten war (vgl. Walter 1993: 49). Dominiert wurde die Kommunalpolitik aber eindeutig von der SPD, die noch während der Wirtschaftskrise im Jahr 1929 in Freital bei der Landtags- und Kommunalwahl absolute Mehrheiten bekam. Freital war Mitte der 1920er Jahre die neuntgrößte Stadt Sachsens und die einzige, die bis zum Ende der Republik durchgehend von SPD-Oberbürgermeistern regiert wurde. Dass sich die SPD hier so deutlich gegen die wachsenden Erfolge der Nationalsozialisten behaupten konnte – noch bei der Reichstagswahl am 5. März 1933, die bereits unter dem Schatten der beginnenden Diktatur stattfand, holte die SPD hier immerhin 40,2 Prozent der Stimmen (ebd.: 105) –, lag wesentlich in der Integrationskraft des sozialistischen Vereinswesens begründet. Von ca. 36.000 EinwohnerInnen trieben hier Ende der 1920er Jahre 3.800 FreitalerInnen in Arbeiterturnerbünden Sport – entsprechend verfügte der Ort über zwölf Sportplätze, „im statistischen Durchschnitt um 5,2 Plätze mehr als andere deutsche Orte mit einer vergleichbaren Einwohnerzahl wie Freital“ (ebd.: 57, 60). Neben Bildungsstätten und Kulturvereinen für ArbeiterInnen – in denen das Klassenbewusstsein gepflegt, aber auch das sozialdemokratische Versprechen vom Aufstieg durch Bildungschancen umgesetzt werden sollte – gab es eine Vielzahl von Arbeiterkneipen, in denen nach Werksschluss politisiert werden konnte. Die ausgeprägte Arbeiterkultur ersetzte in Freital, mehr als anderswo, gewissermaßen die Integrationsfunktion der Kirche. Die Stadt wurde zu einer Hochburg der Freidenker, welche

*„in den ersten Jahren der Weimarer Republik eine Kirchengaustrittsbewegung [entfachten], die zumindest in Sachsen beispiellos blieb. Zwischen August 1918 und Dezember 1926 hatten 6.486 Freitaler infolge hauptsächlich der sozialistisch-freidenkerischen Agitation die Evangelische Landeskirche verlassen, das waren 21,3 % aller Freitaler Protestanten überhaupt“ (Walter 1993: 58).*

Aber auch in architektonischer Hinsicht hat der große Einfluss der Sozialdemokraten vor der NS-Diktatur Spuren hinterlassen. Um das Fehlen eines städtischen Zentrums zu kompensieren, hatten die Sozialdemokraten große Pläne für die Gestaltung öffentlicher Gebäude entwickelt, von denen allerdings nur ein kleiner Teil umgesetzt wurde. Einige der realisierten Bauten prägen aber noch heute das Stadtbild: das „Stadthaus“ mit Sparkasse und das große Gebäude des damaligen Konsumvereins „Vorwärts“ in Freital-Potschappel etwa (vgl. Lippert 2016).

Der Schwerpunkt lag jedoch auf der Umsetzung kommunaler Wohnungsbauprogramme, durch die sich die Stadt hoch verschuldete; doch trug die Entstehung der relativ homogen gestalteten genossenschaftlichen Siedlungen in Burgk, Döhlen und Potschappel, die Freital den Beinamen „Rotes Wien Sachsens“ eintrug, mehr noch als die Errichtung der erwähnten öffentlichen Gebäude dazu bei, dass die bislang stark zersiedelte Stadt in ihrem Erscheinungsbild allmählich zusammenwachsen konnte (Walter 1993: 84). Man kann also festhalten, dass „Freital in den Jahren der Weimarer Republik die

Stadt sozialdemokratischer Superlative schlechthin [war]“ (Walter 2016: 86). Auch nach dem Ende der NS-Zeit war die Mobilisierungsstärke der SPD nicht geschwunden: Unmittelbar vor der Zwangsvereinigung mit der KPD im April 1946 zählten die Sozialdemokraten hier wieder 7.000 Mitglieder (vgl. Walter 1993: 123). Doch während der SED-Diktatur verblassten in der Bevölkerung – die über die sich zusehends verschlechternden Lebensbedingungen in Freital klagte (aber nie offen aufzubegehren wagte<sup>86</sup>) – die Erinnerungen an die sozialdemokratische Tradition. Bei den Volkskammerwahlen 1990 erhielt die SPD in Freital lediglich 9,86 Prozent der Stimmen – in den inzwischen von Plattenbauten geprägten alten Arbeitersiedlungen Burgk und Birkigt, wo die SPD in der Weimarer Zeit ihre höchsten Ergebnisse erzielt hatte, sogar nur jeweils 8,4 Prozent (ebd.: 169f.). Als AktivistInnen der neu gegründeten, nicht mehr als zwanzig Mitglieder umfassenden Freitaler SPD Anfang 1990 in der Stadt ihren ersten Wahlkampf bestritten, wurden sie als „rote Schweine“ beschimpft (Walter 2016: 93). Das Misstrauen der BürgerInnen gegen sozialistische Ideen saß, im Gegensatz zum Freital der 1920er Jahre, tief; während aber die PDS immerhin die WendeverliererInnen mobilisieren konnte, war das Profil der SPD als Arbeiterpartei, die Freital aufgebaut hatte, schlichtweg in Vergessenheit geraten.

Die Geschichte Heidenaus weist viele Parallelen zu der von Freital auf. Auch Heidenau entstand nach dem Ersten Weltkrieg, im Jahr 1920, durch den Zusammenschluss von drei ehemaligen Bauerndörfern – Mügeln, das heute das Zentrum bildet, zugleich aber im Nordosten von einem großen Plattenbauviertel geprägt ist; Heidenau (das heutige Heidenau-Süd) und Gommern –, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts stark von der Industrialisierung geprägt waren. Dieser Zusammenschluss verschiedener Ortschaften hatte auch hier zur Folge, dass bis heute „das weitgehende Fehlen einer urbanen Mitte“<sup>87</sup> beklagt wird, das jedoch in Heidenau längst nicht so offensichtlich ist wie in der Stadt Freital, da Freital schon aufgrund seiner stromlinienförmigen Struktur und der Aufspaltung in drei Stadtteilverwaltungen mit jeweils eigenen Rathäusern Probleme hat, eine solche „Mitte“ auszubilden. Aufgrund der günstigen Nähe zu Dresden entwickelte sich Heidenau um die Jahrhundertwende zu einem bedeutenden Standort insbesondere der chemischen, der Maschinenbau-, Zellstoff- und Papierindustrie, die nach der Wende weitgehend stillgelegt wurde. Entsprechend gab es auch hier in der Zeit des Kaiserreiches und der Weimarer Republik eine starke, politisch gut organisierte Arbeiterschaft; innerhalb des Heidenauer Proletariats bildeten allerdings nicht die SozialdemokratInnen, sondern die KommunistInnen die größte Partei. Neben Freital war Heidenau die einzige sächsische Stadt mit über 10.000 EinwohnerInnen, in der die NSDAP bei der Reichstagswahl im Juli 1932, die den NationalsozialistInnen ihren größten Stimmenzuwachs bescherte, sowohl hinter der SPD als auch der

---

<sup>86</sup> Vgl. Walter (1993: 164): „Die Freitaler waren verbittert, aber sie erhoben sich nicht. Freital war keine Stadt des Widerstandes, nicht 1933, nicht 1946, nicht 1953 – übrigens auch 1989 nicht.“

<sup>87</sup> Stadt Heidenau: Integriertes Stadtentwicklungskonzept – Feinkonzept. Unveröffentlichter Entwurf, Heidenau 2002, zitiert nach Brandstetter 2005: 50.

KPD lag (Weber 2010: 971). DIE LINKE ist hier auch heute noch sehr stark: Bei der Kommunalwahl 2014 holte sie 20,4 Prozent, lag aber weit abgeschlagen hinter der Union (die 45,7 Prozent der WählerInnenstimmen gewann); und die Sozialdemokratie, die gerade mal auf 6,3 Prozent kam, ist hier sogar noch schwächer als in Freital.

Von den beiden Orten hat vor allem Heidenau gegenwärtig mit einer Reihe von Strukturproblemen zu kämpfen, die für ehemalige Industriestandorte dieser Größe typisch sind: mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung, Wohnungsleerstand, wenig neuen Gewerbeansiedlungen und einem entsprechend hohen Anteil an Arbeitslosen, die kaum noch in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar sind. In der Literatur zur Transformation Ostdeutschlands wird vielfach hervorgehoben, dass die durch Aufstiegs- und Erfolgsorientierung gekennzeichnete, die kohärente berufliche Karriere als wichtigste Quelle bürgerlicher Anerkennung erachtende „Arbeitsgesellschaft nach der Wende nirgends so gründlich zerstört worden ist wie im ländlichen Raum der DDR jenseits der Großstädte“ (Willisch 2008: 55; vgl. auch Buck/Hönke 2013). Hier sei der Anteil der „Überflüssigen“, die keine Aussicht auf eine regelmäßige Beschäftigung hätten und für die das im Postfordismus ohnehin ins Wanken geratene meritokratische Aufstieg-durch-Bildung-Versprechen mangels geeigneter Zertifikate eher bedrohlich denn motivierend klinge, besonders hoch (vgl. auch Walter 2008: 70ff.). Diese „Überflüssigen“ greifen auf eigene Alltagspraktiken zurück, „[d]eren wichtigste Bezugspunkte [...] der eigene Körper und die Ethnizität [sind] – beides Bezugspunkte, die angeboren, quasi unveränderlich und nicht erwerbbar oder verteilbar sind“ (Willisch 2008: 55); durch rechtsextrems Verhalten wird hier versucht, eine Gegen-Gesellschaft aufzubauen, die im Gegensatz zur neoliberalen Marktgesellschaft auch für die Abgehängten ein sinnstiftendes Integrationsversprechen bereithält, indem sie ihre Mitglieder auf der Basis solcher angeborener, vom beruflichen Erfolg abgekoppelter Zugehörigkeitskriterien inkludiert. Der Transformationsforscher Raj Kollmorgen sieht diese Probleme hingegen nicht in Regionen, die dem Bild des „ländlichen Raums“ im engeren Sinne entsprechen: Vielmehr liege „das Problem des Ostens, speziell Sachsens, [...] vor allem in den kleineren, peripheren Mittelstädten“, die sich – so wie Freital und Heidenau – oft in der unmittelbaren Nähe von Großstädten befänden. Diese Städte hätten im Allgemeinen mehr sozialstrukturelle Probleme als z.B. Dörfer; denn Letztere

*„erleben durchaus Zuzug. Es gehen Menschen bewusst dorthin, auch aus gebildeten Schichten. Da reicht schon eine Familie, die in einen kleinen Ort zieht, als neuer Impulsgeber aus. Dadurch gibt es in vielen Dörfern relativ aktive soziale Gemeinschaftsstrukturen. Aber nach Freital zieht kaum jemand, wenn er nicht muss – die Leute wollen ganz aufs Land oder gleich in die Großstadt.“* (Kollmorgen 2016)

Nicht nur, weil es den aufstrebenden Nachwuchs in die Großstädte ziehe, sondern auch, weil große Teile des in Freital beruflich tätigen Bildungsbürgertums ihren Wohnort in Dresden hätten, erlebe Freital, wie viele vergleichbare Mittelstädte, eine „Austrocknung des öffentlichen Raumes“, der, architektonisch

bedingt, auch ganz real „ausgetrocknet“ sei:<sup>88</sup> „Städte dieser Größe bieten eine gewisse Anonymität, die soziale Kontrolle und die demokratische Gegenmacht engagierter Mittelschichten fehlen.“ (Ebd.) Die Tendenzen, die Kollmorgen hier beschreibt, werden in der Sekundärliteratur meist unter den Begriffen „Peripherisierung“ (Keim 2006) und „abwärtsdriftende Regionen“ (Hüpping/Reinecke 2007; vgl. auch Grau/Groß/Reinecke 2012) zusammengefasst. Typische Merkmale peripherer Räume sind:

*„Eine geringe ökonomische Wettbewerbsfähigkeit, ein defizitärer Arbeitsmarkt mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit, ein weit unterdurchschnittlicher Wohlstand aufgrund eines deutlich niedrigeren Haushaltseinkommens und geringer Kaufkraft, eine niedrige Steuereinnahmekraft der Gemeinden und eine starke ökonomische Abhängigkeit von Entscheidungen in städtischen Zentren fernab der Region, ein anhaltender Rückgang der Bevölkerungszahlen, verstärkt durch die Abwanderung der gut ausgebildeten jungen Menschen bei gleichzeitig geringen Zuwanderungsraten und eine Zunahme des Anteils älterer Menschen.“*  
(Dünkel/Geng 2014: 150f.)

Die Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer hat nachgewiesen, dass die GMF-Werte in abwärtsdriftenden Regionen erheblich höher sind als in Regionen, die weniger von einer negativen Entwicklung betroffen sind (vgl. Hüpping/Reinecke 2007: 93; Heitmeyer 2014: 138f.).

Auf Heidenau und Freital trifft diese Charakterisierung als „peripherisierte“ oder abwärtsdriftende Region in sehr unterschiedlichem Maße zu. Das Kriterium des Bevölkerungsschwundes etwa fehlt in Freital völlig. Hatte es in den frühen 1990er Jahren zunächst so ausgesehen, als würde sich Freital zu einer klassischen *shrinking city* entwickeln – die EinwohnerInnenzahl von 42.372 im Jahr 1988 hatte sich bis 1995 auf 37.582 reduziert –, stieg die Zahl der EinwohnerInnen um die Jahrtausendwende wieder leicht an und stagniert heute bei ca. 40.000. Ein Grund dafür ist die räumliche Nähe zum Dresdner Zentrum. Der Jugendquotient von Freital befand sich 2011 mit 23 Jahren leicht über dem Wert des Freistaates Sachsen mit 22 Jahren (vgl. Statistisches Landesamt Sachsen 2011: 13). Zwar lag die Arbeitslosenquote in Freital im November 2016 (8,6 Prozent) über dem Bundesdurchschnitt (6,0 Prozent), aber nur knapp über dem durchschnittlichen Wert für die ostdeutschen Bundesländer (8,5 Prozent).<sup>89</sup> Allerdings fiel sie damit nicht nur höher aus als die Quote des Freistaates Sachsen (7,5 Prozent), sondern lag auch deutlich höher als im Rest des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (6,6 Prozent) – obwohl Freital die größte Stadt des Landkreises ist (Winzer 2015b). Dies

<sup>88</sup> Dies wiegt umso schwerer im Hinblick auf den Umgang mit „dem Fremden“. Fungierte bis 1989/90 noch der Betrieb, das Kombinat, als ein Ort der Begegnung von GastarbeiterInnen und Einheimischen, zerfiel dieser Ort der Begegnung im Zuge der Deindustrialisierung und konnte, in Ermangelung eines urbanen Zentrums, auch nicht ersetzt werden. Die alltägliche Begegnung konnte somit weder im Betrieb noch in einer städtischen Öffentlichkeit stattfinden, was den Zerfall in einander fremde Teilöffentlichkeiten noch befördert haben dürfte.

<sup>89</sup> Die Daten beziehen sich auf den Berichtsmonat November 2015 und sind bei der Bundesagentur für Arbeit abrufbar, URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur-Nav.html>.

lässt sich möglicherweise darauf zurückführen, dass die alte Industriestadt Freital sowie die Städte Pirna und Heidenau nicht im gleichen Maße vom Tourismus profitieren wie die näher am Nationalpark Sächsische Schweiz gelegenen Orte im Osten der Region. Außerdem besitzt Freital zwar den Status einer Großen Kreisstadt, ist aber nicht Sitz der Kreisverwaltung, die in Pirna angesiedelt ist, weshalb auch dieser „Jobmotor“ wegfällt. Zugleich ist Freital wirtschaftlich sehr stark von Dresden abhängig: So berichtet ein Mitglied der Stadtratsfraktion „Bürger für Freital“, dass achtzig Prozent der Freitaler Werk tätigen nicht in Freital arbeiten würden.<sup>90</sup>

In Heidenau gestaltet sich die wirtschaftliche und demografische Lage schwieriger. Die Stadt hat nach der Wende einen relativ deutlichen Bevölkerungsschwund erlebt: Von ursprünglich 19.980 im Jahr der Wiedervereinigung (Stand: 31.12.1990, vgl. Stadt Heidenau 2013: 5) waren am Vorabend der *Flüchtlingskrise* 2015 nur noch 16.257 EinwohnerInnen (Stand: 31.12.2014) in Heidenau gemeldet, was einem Bevölkerungsrückgang von ca. 18 Prozent (vgl. Stadt Heidenau 2016: 1) und somit ziemlich genau der demografischen Entwicklung des Landes Sachsen entspricht: Innerhalb einer Generation ist die sächsische Bevölkerung um fast ein Fünftel geschrumpft (vgl. Klose/Patzelt 2016: 489). Seit 1995 wandern im Durchschnitt jährlich zwei bis drei Prozent der Bevölkerung aus Heidenau ab (vgl. Brandstetter 2005: 50). Damit liegt Heidenau zumindest in der jüngeren Zeit deutlich unter dem durchschnittlichen jährlichen EinwohnerInnenverlust des Freistaates Sachsen (5,1 Prozent) und des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (6,2 Prozent) (vgl. Stadt Heidenau 2016: 7).<sup>91</sup> In der Folge stieg der Wohnungsleerstand von 7,0 Prozent im Jahr 1995 auf 18,2 Prozent im Jahr 2000 an (ebd.). Der Altersdurchschnitt ist von 38,9 Jahren im Jahr 1990 auf 46,2 Jahre im Jahr 2011 gestiegen;<sup>92</sup> ein Viertel der Bevölkerung ist älter als 65 (vgl. Stadt Heidenau 2013: 6ff.). Wie an vielen kleineren Industriestandorten der ehemaligen DDR ist das Stadtbild von leerstehenden Produktionshallen geprägt. Hinzu kommt, dass viele bislang in Heidenau angesiedelte Betriebe nach Pirna oder Dresden umziehen, weil sie größere Gewerbeflächen benötigen, die Heidenau nicht zur Verfügung stellen kann, was wiederum den Verlust von Steuereinnahmen zur Folge hat, die für Sanierungsarbeiten dringend benötigt würden. Die Arbeitslosenquote ist mit 13,9 Prozent deutlich höher als in Freital. Obwohl Heidenau als ein unmittelbarer Nachbarort von Pirna, dem „Tor zur Sächsischen Schweiz“, aus Sicht unserer FokusgruppenteilnehmerInnen durchaus das Potenzial hätte, stärker von der Tourismusbranche zu profitieren, so sind doch die Kapazitäten dafür, die Stadt zu einem attraktiven Touristenziel umzugestalten, ebenso begrenzt wie die Möglichkeiten der BewohnerInnen Heidenaus, eine

---

<sup>90</sup> Interview mit *Herrn Thiele* (Name anonymisiert), einem Mitglied der Fraktion „Bürger für Freital“ im Freitaler Stadtrat, 4:00.

<sup>91</sup> Die Zahlen beziehen sich auf den durchschnittlichen Bevölkerungsverlust im Zeitraum 2005 bis 2014.

<sup>92</sup> Hier liegt Heidenau wiederum im sächsischen Trend: Das Durchschnittsalter beträgt in Sachsen 46 Jahre. Mindestens ebenso besorgniserregend ist der Geschlechteranteil im Freistaat: Da es vor allem gut ausgebildete junge Frauen sind, die Sachsen verlassen, hat das Land einen Männerüberhang von elf Prozent. In einer solchen Situation werden ZuwandererInnen – vor allem jene „allein reisenden, männlichen Jugendlichen“, die im Jahr 2015 so häufig als Bedrohung geschildert worden sind – gerade von einheimischen Männern als zusätzliche RivallInnen betrachtet (vgl. Klose/Patzelt 2016: 489).

eigenständige Identität auszubilden, was Sebastian Reißig, der in Pirna den Verein „Aktion Zivilcourage“ leitet, auf die schwierige geografische Lage zurückführt:

*„In Heidenau, als Stadt, die zwischen Dresden und Pirna eingeklemmt liegt, ist es für viele Jugendkulturen schwierig. Die Stadt hat es schwer, mit dieser Mitte-Position umzugehen. Also, was ist man: Ist man eine Schlafstadt von Dresden, ist man eine eigene Stadt, ist man ein Stadtteil von Pirna? Man hatte lange kein richtiges Stadtzentrum und damit auch nicht das Herz einer Stadt. Pirna, durch seine Altstadt, durch sein Zentrum und sein Bürgertum, hat etwas, worauf man sich konzentrieren kann, obwohl es auch Plattenbaugebiete gibt. Aber ich finde, das macht etwas mit einer Stadt.“<sup>93</sup>*

Heidenaus EinwohnerInnen werten die von Reißig als problematisch beschriebene „Mitte-Position“ jedoch eher als Vorteil; wobei vor allem die Nähe zu Dresden und zur Sächsischen Schweiz betont wird: *„Also mir gefällt [...] Heidenau, weil es so ... dazwischen liegt zwischen der Großstadt, wo man ein kulturelles Angebot hat, wo man zu Oper gehen kann und Museen anschauen kann, und weil man ins Grüne fahren kann, ins Gebirge hoch. Also beides ist nicht weit.“<sup>94</sup>* Allerdings beklagten unsere FokusgruppenteilnehmerInnen das Fehlen eines Stadtzentrums sowohl in Heidenau als auch in Freital sehr deutlich: In den Gruppengesprächen an beiden Orten fiel hierzu der Begriff des „Straßendorfes“, da die Hauptstraßen hier jeweils das einzige verbindende Element darstellten.<sup>95</sup> Zu DDR-Zeiten habe dies zumindest etwas anders ausgesehen:

*„Vor der Wende war das mehr, war man mehr Heidenauer. Wir hatten die schöne Einkaufsstraße, die Thälmannstraße, [...] da war Geschäft an Geschäft. Ja Gott, was hat man jetze: Zwei Vietnamesen da, Textilien zweie aufeinander, pff. [...] Da an der Ecke, das Stadtcafé, das hat mit Stadtcafé nichts mehr zu tun, das ist auch bloß noch 'ne Trinkerrhalle, kann man sagen.“<sup>96</sup>*

Vor allem auf Heidenau trifft somit der Begriff des peripheren Raumes zu. Wie Hartmut Rosa bemerkt, ist das Weltverhältnis der Menschen in solchen Räumen durch eine „Tendenz zur sklerotischen Versteinerung“ geprägt: Auf den Exodus intelligenter junger Menschen, die einen Hauch von Dynamik, Aufbruch, vielleicht auch Nonkonformismus versprühen könnten, wird hier mit noch größerem „Widerstand gegen solches Leben, gegen Verlebendigung“, gegen die Stimme des Anderen reagiert (Rosa 2016b: 290). In unsicheren Zeiten der Beschleunigung (Rosa 2005) werden selbst Orte, die sich wie Freital und Heidenau abseits der urbanen Zentren, in denen sich die ständig neuen Revolutionen in Bereichen wie der Arbeitswelt und Mobilität vollziehen, befinden, von diesen Veränderungen erfasst – was zum einen zu einer Zerstörung bzw. zu einem ständigen Wandel eingelebter Konventionen und

<sup>93</sup> Interview mit Sebastian Reißig, 21.09.2016, 10:34ff.

<sup>94</sup> Fokusgruppe Heidenau, 00:32:52–00:33:19.

<sup>95</sup> Fokusgruppe Freital 1, 00:32:12; Fokusgruppe Heidenau, 00:33:46.

<sup>96</sup> Interview mit Frau Preuss (Name anonymisiert), Bewohnerin des Stadtteils Heidenau-Süd, 7:04–8:09.

zum anderen zu einer stärkeren, mitunter aggressiven Rückbesinnung auf ebendiese Konventionen aufseiten derer führt, denen das alles viel zu schnell geht. Sie nehmen die Außenwelt, gerade auch die ökonomisch-kulturellen Wissenszentren, als eine „Kampfzone“ wahr, in der sie von vornherein auf verlorenem Posten stehen:

*„Wenn sie nicht erfolgreich darin sind, ökonomisches, kulturelles, soziales Kapital und Körperkapital in Form von Fitness, Attraktivität und Kreativität zu akkumulieren, werden sie abgehängt und zurückgelassen. Genau das erfahren jene Menschen in den Provinzen und den anonymisierten Vor- und Schlafstädten radikal und am eigenen Leib.“* (Rosa 2016b: 292)

Die Folge ist ein Scheitern dessen, was Rosa eine Resonanzbeziehung nennt: einer Öffnung gegenüber dem Fremden als Voraussetzung für dessen aktive „Anverwandlung“ (ebd.: 291; vgl. auch Rosa 2016a: 61ff.).

Unsere FokusgruppenteilnehmerInnen reflektierten den Status von Heidenau und Freital als peripherem Raum sehr bewusst. Nach der Wende sei man als Stadt „abgehängt“ worden;<sup>97</sup> es gebe „[r]elativ viele [...] gestrandete Existenzen in dieser Stadt, die irgendwie ursprünglich mal irgendwo als Edelstahlwerker oder dergleichen da großartig beschäftigt gewesen sind“ und nach der Wiedervereinigung alles verloren hätten.<sup>98</sup> Aber auch das kulturelle „Abgehängt“-Sein, der Mangel an Freizeitangeboten, wird oft thematisiert: „Man kann ja hier nicht mal tanzen gehen. Da sagt man sich: Wo soll ich denn hier hingehen? Wir fahren immer extra weit weg, 30, 40, 50 Kilometer, um mal unsere müden Tanzbeine zu schwingen.“<sup>99</sup> In Heidenau beklagt man z.B. das Fehlen eines Kinos – betont allerdings gleichzeitig, dass ein großer Teil der Bevölkerung sich finanziell ohnehin keinen Kinobesuch leisten könne:

*Herr Sielert: Aber wer hat das Geld, so 'ne Karte, acht, zwölf Euro, zu bezahlen? Und wenn dann [in dem] Kino nur zehn, zwölf Mann hier drinne sitzen, weil die in Dresden bedeutend schönere Kinos haben.*

*Herr Meier: 3-D-Kino haben und sonst was.*

*Frau Preuss: Nur, Sie müssen das Fahrgeld dann mit dazurechnen.<sup>100</sup>*

Auf die Frage, was ihnen an ihrer Stadt gut gefällt, heben FokusgruppenteilnehmerInnen in Heidenau und Freital jeweils die niedrigen Mieten und Immobilienpreise hervor:

*Frau Leuchtner: Die Grundstückspreise sind noch erschwinglich. Also, man kann einfach hier sowohl zur Miete als auch noch was, äh, kaufen. Sobald man die Stadtgrenze Dresden erreicht hat, verdoppeln bis verdreifachen sich die Preise.<sup>101</sup>*

<sup>97</sup> Fokusgruppe Freital 2, 33:53.

<sup>98</sup> Fokusgruppe Freital 2, 34:03–34:12.

<sup>99</sup> Fokusgruppe Heidenau, 4:41.

<sup>100</sup> Ebd., 43:42–44:07.

<sup>101</sup> Fokusgruppe Freital 1, 7:30.

Dies sei der Dresdner Immobilienpolitik geschuldet, die dafür Sorge, dass „Häuser weggerissen oder teilweise teuer oder luxussaniert [werden] und dass eben wirklich viele an den Rand getrieben und in die ganze Peripherie getrieben werden“<sup>102</sup>. In den ExpertInneninterviews wird beklagt, dass kaum Freizeitangebote für Jugendliche vorhanden seien; es gebe „wenig Jugendclubs, wenig Leute, die sich für sie engagieren; die hängen halt auf der Straße rum und trinken Bier“<sup>103</sup>. Zwar existiere das „Kulturhaus“, in dem unregelmäßig Konzerte und Theaterstücke aufgeführt würden, aber „das Publikum im Kulturhaus ist plus 60; da geht kein Jugendlicher hin, und so ist auch das Programm“<sup>104</sup>. Aber auch ältere FokusgruppenteilnehmerInnen beklagen, dass es

*Herr Schubert: hier nichts [gibt] in Freital. Das ist ja nicht bloß Jugend, auch die Alten wollen sich noch vergnügen und tanzen und das gehört einfach dazu. Man hat alles einfach plattgemacht, abgerissen, weg.<sup>105</sup>*

Ein häufig genanntes Beispiel ist die „Windbergarena“, eine ehemalige Produktionshalle der Sächsischen Kunststofftechnik GmbH, die schrittweise zu einer Veranstaltungshalle mit Platz für 6.000 Menschen umgebaut worden war, 2010 aber wegen Baumängeln abgerissen wurde; eine derzeit laufende Petition für den Bau einer neuen Mehrzweckhalle hat wenig Aussicht auf Erfolg. Insbesondere der ernüchternden Einschätzung hinsichtlich mangelnder Angebote für Jugendliche wird jedoch sowohl von SozialarbeiterInnen als auch von unseren jüngeren GesprächspartnerInnen selbst widersprochen. So schildert z.B. die 27-jährige *Frau Herrmann*, die in Chemnitz Psychologie studiert, aber in Freital, bei ihren Eltern, ihren Zweitwohnsitz hat, ihre Jugendzeit in Freital etwas differenzierter:

*Frau Herrmann: [A]lso wo ich 15 war ungefähr, haben wir wenig gehabt. Also wir haben oft auf Bänken irgendwo rumgelungert, sage ich mal, weil wir echt keine Anlaufstelle irgendwie hatten, halt in einer Gruppe Jugendlicher, was wahrscheinlich auch vielen Leuten aufgestoßen ist. Und dann kam aber der Pro Jugend e.V. auf uns zu, den es, glaube ich, mittlerweile nur noch abgespeckt irgendwo gibt, aber jedenfalls nicht mehr in Freital. Und hat so Kontakt mit uns aufgebaut, ganz viele Möglichkeiten irgendwie uns offeriert. Da waren wir mal in Grebenhain auf 'nem Ausflug und so. Und die haben uns auch geholfen. Und wir haben am Pfaffengrund einen Jugendclub aufgebaut oder übernommen, quasi von einer älteren Generation, und haben dann ein Dach über den Kopf gekriegt, sag ich mal. Wo das alles ein bisschen gesitteter wahrscheinlich für die Außenstehenden auch war, dass wir halt unseren Jugendclub hatten und dort mal was getrunken hatten etc. Und Jugendclubs gibt es eigentlich auch ganz schön viele hier. Also in Weißig ist zum Beispiel noch ein großer, also richtig schön*

<sup>102</sup> Fokusgruppe Heidenau, 37:08.

<sup>103</sup> Interview mit *Frau Decker*, Redakteurin der *Sächsischen Zeitung* in Freital, 4:59–5:03.

<sup>104</sup> Ebd., 4:20–5:24.

<sup>105</sup> Fokusgruppe Freital 2, 26:52–27:17.

*gemacht. Also ich denke, dass die Jugend, wenn sie sich bemüht, wahrscheinlich auch ein bisschen auch Anlaufstellen hier hat. Dass man eben nicht mehr, wie wir früher, so draußen rumlungern musste.*<sup>106</sup>

„Früher“: Das bezieht sich auf die schwierige Situation in den 1990er Jahren, als der Zustand der Freitaler Jugendarbeit von EinwohnerInnen und Presse massiv kritisiert worden war – dass die Stadt, die bis 1994 noch Kreisstadt war, nach der Wende über kein eigenes Jugendamt verfügte, wurde als ebenso unzumutbar betrachtet wie die Tatsache, dass zu DDR-Zeiten beliebte Jugendclubs schließen mussten, weil der Stadt das Geld für dringend benötigte Reparaturarbeiten fehlte.<sup>107</sup> Auch in Heidenau lässt sich nachvollziehen, wie die Jugendlichen nach der Wende schlagartig sich selbst überlassen wurden: Der einzige, von der FDJ jahrzehntelang selbst verwaltete Jugendclub „Che Guevara“ wurde 1990 geschlossen, nachdem sich AnwohnerInnen wegen Lärmbelästigung bei der Stadtverwaltung beschwert hatten und im Einvernehmen mit dem Landratsamt in Pirna entschieden worden war, dass die anstehenden Reparaturkosten nicht getragen werden konnten.<sup>108</sup> MitarbeiterInnen des Freitaler Kinder- und Jugendhilfeverbundes (KJV) versichern jedoch, dass sich die Situation in der Jugendarbeit seit den 1990er Jahren deutlich verbessert habe.<sup>109</sup> Dabei wird vor allem auf das Jugendhilfezentrum „Oppelschacht“ im Plattenbauviertel Zauckerode verwiesen, das nicht nur diverse Freizeitaktivitäten, sondern auch Projekte in den Bereichen Sucht- und Gewaltprävention anbietet. Zudem bewerten die Jugendlichen die große Zahl an Sportvereinen in der Stadt als sehr positiv – in dieser Hinsicht scheint es in Freital seit der Weimarer Zeit eine gewisse Kontinuität zu geben.<sup>110</sup>

Das Problem scheint heute nicht mehr so sehr die mangelnde Betreuung von Jugendlichen zu sein, sondern der *brain drain* junger Menschen mit Abitur in Richtung Dresden und anderer Universitätsstädte. Früher, erzählt der SPD-Stadtrat *Herr Dreier*<sup>111</sup>, habe es aufgrund der Nähe zu Dresden – der Bahnhof Potschappel ist lediglich zwei S-Bahn-Stationen vom Dresdner Hauptbahnhof entfernt – viele Studierende in Freital gegeben; mittlerweile aber *„haben [wir] alle unsere Studenten verloren; keiner mehr da. Wir hatten früher eine ganz starke Juso-Gruppe mit acht bis zehn Leuten; die sind jetzt alle in der [Dresdner] Neustadt. Alle weg.“*<sup>112</sup>

Aber nicht nur die durch den Wegzug junger Menschen forcierte Überalterung der beiden Städte, sondern auch die um sich greifende Altersarmut wird von unseren InterviewpartnerInnen als ein großes

<sup>106</sup> Fokusgruppe Freital 2, 25:26–26:38.

<sup>107</sup> Vgl. Wittig (1992) sowie o.V. (1992a). Zur selben Zeit waren 15,9 Prozent der BewohnerInnen des Landkreises Freital arbeitslos gemeldet (vgl. o.V. 1992b).

<sup>108</sup> Jugendclub „Che Guevara“ – Forderungen der Stadtverwaltung, Schreiben des Dezernatsleiters III an das Landratsamt Pirna vom 29.08.1990, Aktennummer E 0002719, Stadtarchiv Heidenau.

<sup>109</sup> Interview KJV, 18:22.

<sup>110</sup> Fokusgruppe Freital 1, 8:55.

<sup>111</sup> Name anonymisiert.

<sup>112</sup> Interview mit *Herrn Dreier* (Name anonymisiert), Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Stadtrat Freital und Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, 44:06ff.

Problem genannt, das vor allem jene treffe, die nach der Wende mit Mitte vierzig nicht mehr dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten. Einen weiteren Grund für die Unzufriedenheit gerade älterer Menschen vermutet *Herr Dreier*, der ursprünglich aus Nordrhein-Westfalen kommt und sich kurz nach der Wende in Freital selbstständig gemacht hat, in der Angst vor familiären Bindungsverlusten – denn die Globalisierung habe die ostdeutschen Familienbande unvorbereiteter getroffen als die westdeutschen: „*Die ist halt globaler geworden, die Welt, das verstehen die halt nicht. Das war ja hier so, früher, hier unten hat die Oma gewohnt, in der zweiten Etage, und gegenüber der Onkel, die Tante, und die sind alle zu Fuß zur Arbeit gegangen. Und das ist aber jetzt vorbei.*“<sup>113</sup> Um die Erfahrungen von Desintegration gerade älterer Menschen nachzuvollziehen, scheint uns dieser Aspekt, der in der Literatur bislang kaum Beachtung gefunden hat, von großer Bedeutung zu sein. Was „Mobilität“ und „Flexibilität“ betrifft – zwei Schlüsselbegriffe in der Arbeitswelt des „informationellen Kapitalismus“ (Castells 2001: 232ff.) –, hatte die DDR an die übergroße Mehrheit der ArbeitnehmerInnen, insbesondere der FacharbeiterInnen, kaum Anforderungen gestellt; die Wohnungsnot tat ihr Übrigens, dass Familien nicht aus beruflichen Gründen auseinandergerissen wurden, sondern mehrere Generationen an einem Ort lebten. In den Fokusgruppen haben uns mehrere TeilnehmerInnen, die – um der Arbeitslosigkeit zu entkommen – nach der Wende oft umgezogen sind, berichtet, dass sie den Zerfall familiärer Bindungen infolge der steigenden Mobilitätsanforderungen als sehr belastend empfänden. Manche erzählen, dass sie zwar gerne eine Familie gegründet, darauf aber wegen häufiger Wechsel ihres Arbeitsorts verzichtet hätten. So z.B. *Herr Meier*, 46 Jahre alt, der als gelernter Schlosser vor der Wende in einer großen Fabrik in Heidenau gearbeitet hatte und nach 1990 in verschiedenen Städten in der ganzen BRD hatte arbeiten müssen, zunächst als „Hotelboy“, später dann in anderen, meist prekären und kurzzeitigen Arbeitsverhältnissen, bevor er sich schließlich in die Invalidenrente habe retten können:

*Herr Meier: Das ist ... ich habe keine Familie, also keine eigene. Aufgrund dass man ja nur unterwegs war. Ich bin erst 2012 wieder zu Hause aufgrund der gesundheitlichen Probleme und Rente etc. [...]. Vorher hatte ich die Zeit nicht, weil man hatte zwar mal eine Freundin, man hatte auch mal eine Beziehung, auch mal zwei Jahre, wenn man mal zwei Jahre in Baden-Württemberg unten war. Aber dann hieß es halt wieder weg, weil es dann auch nichts mehr war, der Job, Stellenabbau überall [...].*<sup>114</sup>

Andere klagen einerseits darüber, dass ihre Kinder zu weit entfernt wohnten; andererseits könne man dem Nachwuchs aber auch nicht raten, in Heidenau zu bleiben, da es dort keine Arbeit gebe. So sieht das z.B. die 62-jährige *Frau Preuss*, die nach der Wende ebenfalls oft den Wohnort gewechselt hat, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, aber dennoch seit 1994 arbeitslos ist. *Frau Preuss*

<sup>113</sup> Ebd., 44:45.

<sup>114</sup> Fokusgruppe Heidenau, 01:06:29–01:07:30.

hat sechs Kinder, die alle weggezogen sind. Nicht zuletzt deshalb, sagt sie, fühle sie sich von der Welt sehr „isoliert“.<sup>115</sup>

Auch diejenigen, deren Erwerbsbiografien nicht in einem solchen Maße prekär scheinen wie die von *Herrn Meier* und *Frau Preuss*, weisen auf den „Wendeschock“ hin. Allgemein werden die mangelnden Investitionen vor Ort und die grundsätzliche Strukturschwäche Ostdeutschlands gegenüber dem Westen angesprochen, der große Niedriglohnbereich sowie der „*Betrug mit den Leiharbeitern*“ (*Herr Meier*), was zudem vom Staat subventioniert werde. Dabei wird durchaus anerkannt, dass all dies kein spezifisches Problem Heidenaus sei, sondern weitere Teile Deutschlands treffe. Einig scheinen sich die GesprächsteilnehmerInnen aber darin zu sein, dass gerade sie als Ostdeutsche ungerecht behandelt würden. Dieses Gefühl der fraternalen Deprivation werden wir in einem gesonderten Kapitel im zweiten Teil näher betrachten. Zunächst soll es aber im Folgenden darum gehen, die politische Kultur und die rechtsextremen Strukturen in den beiden Orten zu beleuchten.

## 4.2 Die (un-)politische Gesellschaft Freital

In Freital erwies sich der Zugang zum Feld als äußerst schwierig, weil die Stadtverwaltung sich weigerte, uns Zugang zu Informationen und EinwohnerInnenversammlungen, die in Freital allenfalls halböffentlichen Charakter haben, zu gewähren. Sowohl vom Büro des Oberbürgermeisters Uwe Rumberg (CDU) als auch von anderen VertreterInnen der Stadtverwaltung wurde uns bereits zu Beginn unserer Feldforschungsphase schriftlich erklärt, dass dort niemand für ein Interview bereitstehe.<sup>116</sup> Dasselbe galt für das Koordinationsbüro für Soziale Arbeit, das in Freital die über die verschiedenen Stadtteile verteilten „Akteursrunden“ von Ehrenamtlichen miteinander zu vernetzen versucht – hier entgegnete man uns, dass man uns die Rolle als neutrale BeobachterInnen nicht „abnehme“, trotz unserer wiederholten Hinweise, dass wir an der Universität arbeiten und im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums, Abteilung Aufbau Ost, forschen.<sup>117</sup> Möglicherweise war gerade dies ein Problem: Zu tief sitzt das Misstrauen nicht nur gegenüber Medien, sondern auch gegenüber

<sup>115</sup> Interview mit *Frau Preuss*, Bewohnerin des Stadtteils Heidenau-Süd, 4:58.

<sup>116</sup> Interviewanfrage per E-Mail an den Freitaler OB Rumberg vom 13.06.2016, ohne Begründung per E-Mail negativ beschieden am 08.07.2016.

<sup>117</sup> Anfrage per E-Mail vom 24.06.2016, beantwortet am 05.07.2017 und 08.07.2017 mit dem Hinweis auf eine notwendige Klärung einer Gesprächsermöglichung mit dem OB der Stadt Freital; Frau Reiß, die Büroleiterin des Oberbürgermeisters, nehme sich des Themas an und setze sich mit uns in Verbindung. Am selben Tag erfolgte eine Absage. Dass wir dennoch mit einer Mitarbeiterin des Koordinationsbüros sprechen konnten, lag daran, dass wir diese in einer anderen Funktion haben interviewen können, was sie zu Beginn des Gesprächs nochmals deutlich machte. Insofern ist der Vorwurf von Martin Rülke, seit Oktober 2016 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Freitaler Stadtrat, (vgl. Ders., „Diese Studie überschreitet Grenzen“, in: Sächsische Zeitung, 31.08.2017), die Mitarbeiterin des Koordinationsbüros für Soziale Arbeit habe uns ein Interview gegeben, falsch.

Bundesbehörden, die westdeutsche Universitäten beauftragen, ostdeutsche Probleme zu erforschen – die es nach dem Dafürhalten der Stadtverwaltung zumal gar nicht gebe. Hierzu später mehr.

Das stellte für uns spätestens dann ein Problem dar, wenn wir von der Stadtverwaltung abhängig waren, um Zugang zu bestimmten Veranstaltungen und Archiven zu erhalten. Ein Beispiel war ein Bürgerdialog zum Thema Asyl am 12. September 2016, an dem, wie schon bei der ersten Veranstaltung dieser Art im Juli 2015, ausschließlich die EinwohnerInnen Freital teilnehmen durften, weshalb am Eingang Ausweiskontrollen durchgeführt wurden. Unsere Bitte an die Stadtverwaltung,<sup>118</sup> uns zum Zweck der teilnehmenden Beobachtung eine Sondergenehmigung auszustellen, wurde zunächst nicht beantwortet. Nach der Intervention einer Mitarbeiterin der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), Mitorganisatorin der Veranstaltung, wurde uns mitgeteilt, dass auch die SLpB die Entscheidung des OB, uns die Teilnahme zu verweigern, nunmehr respektiere.<sup>119</sup> Ein letzter Versuch, über unsere Kontakte zur Lokalredaktion der *Sächsischen Zeitung* in die Veranstaltung zu gelangen, scheiterte daran, dass uns die zuständige Redakteurin erklärte, nicht einmal sie, in Dresden wohnhaft, wisse im Augenblick, ob sie bei der Versammlung anwesend sein dürfe. Diese kleine Anekdote verdeutlicht bereits, dass die Freitaler Stadtverwaltung die Öffentlichkeit als etwas Bedrohliches wahrnimmt.

Die Entscheidung der Stadtverwaltung, bei BürgerInnenversammlungen zum Thema Asyl so wenig Berichterstattung wie möglich zuzulassen, war sicherlich eine Reaktion auf die Zeitungskommentare zu der ersten und bis dato einzigen Versammlung dieser Art, die auf dem Höhepunkt der Proteste im Sommer durchgeführt worden war. In der überregionalen Presse war der Bürgerdialog im Juli 2015, an dem auch der Innenminister Markus Ulbig teilgenommen hatte, als Beweis dafür angeführt worden, dass die „pöbelnden Schaummünder“ Freital in der Asyldebatte längst die Meinungshoheit errungen hätten (Pollmer 2015). Im Experteninterview hat ein Mitarbeiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung kritisiert, „*dass die Stadtverwaltung, inklusive der Bürgermeister, sich sehr lange Zeit gelassen haben, bevor sie zum ersten Mal zu eine[m] [Bürgerdialog zum Thema Asyl] eingeladen hat*“.<sup>120</sup> Die erste und während der *Flüchtlingskrise* einzige Veranstaltung dieser Art wurde am 6. Juli im Stadtkulturhaus unter der Moderation der SLpB abgehalten. Am Ende der Veranstaltung hatten die Vorsitzenden der Stadtratsfraktionen den BürgerInnen versprochen, bald einen weiteren Bürgerdialog zum Thema Asyl zu organisieren. Als bei der Stadtratssitzung am 14. Januar 2016 die Fraktion SPD/Grüne schließlich einen Antrag stellte, in dem der Bürgermeister aufgefordert wurde, dieses Versprechen umzusetzen und bis zum 30. April 2016 eine zweite EinwohnerInnenversammlung zu organisieren, scheiterte Rumberg mit seinem Bemühen, die StadträtInnen aufgrund von

---

<sup>118</sup> Anfrage per E-Mail vom 05.09.2016.

<sup>119</sup> Absage per E-Mail vom 07.09.2016.

<sup>120</sup> Interview mit *Herrn Reese*, Mitarbeiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, 16:20.

Sicherheitsbedenken<sup>121</sup> und der Gefährdung des ohnehin brüchigen Friedens in Freital von der Sinnlosigkeit einer solchen Veranstaltung zu überzeugen<sup>122</sup> – der Antrag wurde mit knapper Mehrheit angenommen. In der Folge weigerte sich Rumberg, den Beschluss umzusetzen. In einem Zeitungsinterview darauf angesprochen, begründete er dies mit seiner *„Befürchtung, dass solche Veranstaltungen polarisieren. Und ich sehe meine Aufgabe als Oberbürgermeister dieser Stadt natürlich darin, dass die Stadt wieder zu Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Ordnung kommt. Insofern habe ich da meine Bedenken.“*<sup>123</sup> Zwar wünsche er sich einen Dialog, aber laut Rumberg bestehe das Hauptziel in der Wiederherstellung des öffentlichen Friedens und des Ansehens der Stadt, das von einer radikalen Minderheit von EinwohnerInnen, vor allem aber von außen, von den Medien, beschmutzt worden sei: *„Das sind aus meiner Sicht Pauschalurteile, die teilweise an Verleumdung grenzen.“*<sup>124</sup> Anstelle einer EinwohnerInnenversammlung führe er „Anwohnerversammlungen“ im kleinen Kreis unter Ausschluss der Öffentlichkeit durch, was sich als viel effizienter erwiesen habe.<sup>125</sup> Dies ist nur ein Beispiel für die Versuche Rumbergs, die Koordination der Flüchtlingsunterbringung und die begleitenden fremdenfeindlichen Proteste zu entpolitisieren. Hier macht sich bereits eine wesentliche Ursache für die rechtsextremen Geländegewinne in Freital bemerkbar, die Heitmeyer vorwiegend „in kleinen Gemeinden und Kleinstädten“ vermutet: *„eine problematische gemeinschaftliche Binnenintegration: nur keine Konflikte und Kontroversen. Dies hindert oftmals lokale Eliten wie z.B. Bürgermeister klar öffentlich Position zu beziehen.“* (Heitmeyer 2014: 143, Hervorh. i.O.) In diesem Fall ist es zwar Rumberg selbst, der alles daransetzt, die öffentliche Auseinandersetzung um die Integration von MigrantInnen und Fremdenfeindlichkeit in Freital einzudämmen; damit hat er offensichtlich aber den Nerv vieler FreitalerInnen getroffen. So wurde in einer unserer Fokusgruppen die Meinung geäußert, dass der Oberbürgermeister bereits die erste EinwohnerInnenversammlung gar nicht hätte zulassen sollen, da die Bevölkerung durch sie noch stärker aufgewühlt worden sei:

*Herr Förster: Er hätte Einladungen verteilen müssen an die Nachbarn und nicht ganz Freital einladen. Was ist passiert? Es ist wieder eskaliert am Kulturhaus. Wieder stehen die Medien davor ...*

*Herr Strupp: Ja.*

---

<sup>121</sup> Rumberg gab vor, sich hierbei auf ihm vorliegende Polizeiinformationen zu stützen, was sich jedoch später als Vorwand herausstellte. Vgl. Schawe (2016a): *„Dass die Polizei von der Durchführung einer Bürgerversammlung abgeraten hat, müssen wir dementieren“, sagt Polizeisprecher Marko Laske. Zwar habe es Gespräche mit dem Revierleiter Wolfgang Langenbucher gegeben. „Wir haben aber keinerlei Sicherheitsbedenken angemeldet.“*

<sup>122</sup> Vgl. das Protokoll zur Stadtratssitzung vom 14.01.2016, S. 11.

<sup>123</sup> Zitiert nach Schawe (2016b).

<sup>124</sup> Ebd.

<sup>125</sup> Ebd.

*Herr Förster: Die Leute kommen dorthin, die überhaupt – die gar nicht direkte Nachbarn waren. Es eskaliert wieder davor, weil sie nicht reingelassen werden, es wird wieder publik gemacht in allen Medien in Deutschland. Das ist wieder schiefgelaufen.*

*Herr Strupp: Inszeniert wieder das Ganze!<sup>126</sup>*

Als nach den ersten asylfeindlichen Protesten zivilgesellschaftliche Organisationen die FreitalerInnen ermuntern wollten, dem Rest des Landes eine andere, tolerante Seite ihrer Stadt zu zeigen, wurde dies von der Stadtverwaltung ebenfalls blockiert. So lehnte sie im Mai 2015 die Anmeldung eines öffentlichen Konzertes durch die bundesweit aktive Initiative „Laut gegen Nazis“ zunächst mit der Begründung ab, die Veranstaltung würde „nicht nur zu einer Aufheizung der öffentlichen Debatte führen, sondern das leider überregional bei manchen eingebürgerte Klischee, gerade in Freital gäbe es eine nennenswerte (Neo)Nazi-Szene, bestätigen“<sup>127</sup>. Das Wort „Klischee“ wird in diesem Zusammenhang auch von Bürgermeister Uwe Rumberg gerne verwendet: „Eine Neonaziszene, wie man sie klischeehaft aus den 1990er Jahren kennt, gibt es in Freital nicht.“<sup>128</sup> Diese reflexhafte Leugnung rechtsextremer Strukturen durch die BürgermeisterInnen sächsischer Städte, in denen sich pogromartige Ausschreitungen gegen MigrantInnen ereignet haben, ist durchaus üblich, wie Britta Schellenberg (2014: 22) am Beispiel der Ereignisse in Mügeln 2007 gezeigt hat: Die Beteuerung, dass die „Randalierer“ aus anderen Ortschaften stammen würden, wird, wie bei Rumberg, üblicherweise ergänzt um die Klage über die „Verleumdung“ durch die Medien, wodurch das TäterInnen-Opfer-Verhältnis letztlich umgekehrt wird: Fremdenfeindlichkeit treffe die EinwohnerInnen von Freital – und nicht die MigrantInnen.

Auch als die ersten Anschläge auf Flüchtlinge und politische GegnerInnen (mutmaßlich durch die rechtsextreme Freitaler Bürgerwehr) verübt wurden, praktizierte die Stadtspitze weiterhin Zurückhaltung. Bilder wie in Heidenau, wo der Bürgermeister an der Seite von Vizekanzler Sigmar Gabriel die rechtsextremen Ausschreitungen verurteilte, gab es in Freital nicht zu sehen. So überrascht kaum, dass es, wie Steffi Brachtel, die als das Gesicht der Freitaler „Organisation für Weltoffenheit und Toleranz“ im Jahr 2016 den Preis für Zivilcourage des Förderkreises „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ erhielt, berichtet, nach wie vor „[m]it der Stadt [...] keine Zusammenarbeit [gibt]. Herr Rumberg sagte noch im April, eine Woche vor dem GSG-9-Einsatz, in Freital gebe es keine Probleme mit Nazis. Er duckt sich einfach weg. Ihm geht es nur um das Image der Stadt. Wir haben von ihm bisher noch kein Dankeschön gehört.“<sup>129</sup> Nach dem Anschlag auf eine Wohnung am Bahnhof Deuben, in der syrische Flüchtlinge lebten, habe, so berichtet *Herr Menke*, Mitglied des Freitaler Stadtrates,

<sup>126</sup> Fokusgruppe Freital 1, 1:26:59–1:27:19.

<sup>127</sup> Zitiert nach Maxwill (2016); vgl. auch Leber (2016).

<sup>128</sup> Uwe Rumberg, zitiert nach Meisner (2016).

<sup>129</sup> Steffi Brachtel, zitiert nach Triesch (2016).

*„der Integrationsbeauftragte des Landkreises den Oberbürgermeister eindringlich aufgefordert, über die Presse mitzuteilen, dass hier eine Eskalationsstufe überschritten worden sei, wo dann der Oberbürgermeister gesagt hat: Aber ich bin doch Verwaltung, was hab' ich als Verwaltung damit zu tun.“<sup>130</sup>*

Der OB, so *Herr Menke*, habe die Auseinandersetzung mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit nicht nur aus Angst vor den Medien, sondern auch aus Angst vor den örtlichen Neonazis verweigert. Im Dezember 2015 hatte es einen Mordaufruf gegen Rumberg gegeben. Unbekannte hatten Hauswände mit der Parole „Kein Asyl, Rumberg töten“ und mit Hakenkreuzen beschmiert. Nach seiner Wahl zum OB hatte Rumberg gemahnt, künftig sollte „stärker unterschieden werden zwischen wirklich Hilfsbedürftigen und sogenannten Glücksrittern, die nach Deutschland kommen, um auf Kosten der Gemeinschaft ein sorgloses Leben ohne Gegenleistung zu führen“<sup>131</sup>.

Dieses Oszillieren zwischen einerseits Intransparenz, Verharmlosung, Abwarten und Misstrauen gegenüber der medialen Öffentlichkeit und andererseits ausländerInnenfeindlichen Ressentiments ist vermutlich nicht nur mit Rumbergs Mangel an politischer Erfahrung und Medienkompetenz, der ihm von unseren InterviewpartnerInnen attestiert wurde, zu erklären, sondern auch damit, dass die Union in Sachsen nirgendwo so früh durch die AfD in Bedrängnis geriet wie in Freital.<sup>132</sup> Hier gründete sich im Januar 2014 die erste sächsische Stadtratsfraktion der AfD, nachdem drei CDU-Stadträte ihre Fraktion verlassen hatten (vgl. o.V. 2014). Bei der folgenden Kommunalwahl im Mai 2014, als die AfD bundesweit in Umfragen bei fünf Prozent lag, holte sie in Freital aus dem Stand 9,6 Prozent; die Union rutschte von 42 Prozent auf 31,9 Prozent ab – nach dieser Wahlniederlage musste der bisherige Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes, Peter Darmstadt, sein Amt an Rumberg abtreten.

Einer der ÜberläuferInnen von der Union zur AfD war der Kaufmann Norbert Mayer, heute Vorsitzender der AfD-Fraktion im Stadtrat, der auch ein in Freital diensthabender Polizeihauptkommissar angehört. Mayer, der vor seinem Wechsel zur AfD zehn Jahre lang CDU-Mitglied gewesen war (vgl. Morgenroth 2016), sitzt für die AfD auch im Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Auf dem rechten Parteiflügel der AfD ist er kein Unbekannter: Er amtiert als Schatzmeister der Patriotischen Plattform in der AfD und ist einer der beiden Vertrauensleute der bekannten Pegida-Aktivistin Tatjana Festerling bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl gewesen. Seine Devise während der Anti-Asyl-Proteste lautete, dass man „die Freitaler so nehmen [muss], wie sie sind. Freital hat eine Tradition als Bergbau- und Stahlwerkerstadt. Und die Freitaler drücken sich nun einmal nicht so gewählt und druckreif aus wie vielleicht in Dresden-Striesen.“ Im Übrigen hätten

<sup>130</sup> Interview mit *Herrn Menke*, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Freital, 24:53.

<sup>131</sup> Uwe Rumberg, zitiert nach Meisner/Radau (2015).

<sup>132</sup> Auch dies spricht für eine gewisse Kontinuität, bot sich in Freital doch bereits kurz nach der Wende genügend „Raum für Kleinstadtpopulisten, die in Freital nach 1990 periodisch auftraten, kühne Versprechungen machten, dann überwiegend nach allerlei Pannen und Pleiten wieder im Nichts verschwanden, um von neuen Figuren dieser Couleur ersetzt zu werden“ (Walter 2015b).

die Protestierenden ganz recht damit, dass die Kultur, aus der die Flüchtlinge stammten, nicht nach Freital passe: „Europa hat sich nicht umsonst 1529 und 1683 gegen die Türken gewehrt. Diese Ideologie passt hier nicht her.“<sup>133</sup> Mayers Islamophobie ist sogar für AfD-Verhältnisse sehr radikal: In einem offenen Brief an den Landrat des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge begründete er seinen Protest gegen die geplante Unterbringung von Flüchtlingen in der Turnhalle des Weißeritzgymnasiums damit, dass in der islamischen Welt Geschlechtsverkehr mit Minderjährigen als „akzeptabel, ja geradezu erstrebenswert“ gelte:

*„Wir zitieren aus einem Rechtsgutachten (Fatwa) des Scheikh Mahmoud al-Masri, einem der populärsten Verkündiger des Islam in Ägypten. ‚Der Prophet – Allahs Segen und Heil seien auf ihm – hat sich mit Aischa verlobt, als sie 6 Jahre alt war. Er hat die Ehe mit ihr vollzogen, als sie 9 Jahre alt war. Dies ist eine authentische Tatsache, obwohl einige dies bestreiten.‘ Sehr geehrter Herr Landrat Michael Geisler, wir appellieren an Sie, an Ihre Verantwortung, an ihre Ehre, Ihren Eid: Lassen Sie nicht zu, daß sich Kinder ab der 5. Klasse, also 10-jährige Jungen und Mädchen, künftig den Schulhof und das Umfeld der Schule mit diesen Asylbewerbern, teilen müssen.‘“ (Mayer 2015)*

Als am 19. April 2016 der koordinierte GSG-9-Zugriff auf die Bürgerwehr erfolgte, postete Mayer auf seiner Facebook-Seite: „Passt bloß auf, dass bei Euch niemand Polenbölller kauft, sonst kommt die GSG 9 auch zu Euch!“<sup>134</sup> Die Taten der Bürgerwehr seien von westdeutschen Medien und PolitikerInnen „hochgespielt“ worden, mit dem Ziel „einer Verunglimpfung meiner Heimatstadt Freital und meiner sächsischen Heimat in den Medien“; vor allem aber sei der GSG-9-Einsatz als eine von Bundesjustizminister Heiko Maas geplante „Propagandaoffensive gegen Sachsen und die sächsische Polizei“ zu verstehen, „[d]eren mangelhafte linke Gesinnung er ja schon vor 6 Wochen beklagte. Das scheint mir der eigentliche Skandal.“<sup>135</sup>

Wie nahe die örtliche AfD der fremdenfeindlichen Bürgerinitiative (BI) „Nein zum Heim“ auch in personeller Hinsicht steht, wurde deutlich, als der AfD-Landtagsabgeordnete André Barth, der im Sommer 2015 selber an asylfeindlichen Demonstrationen (u.a. im September 2015 an einer Kundgebung der Meißner Initiative „Heimatschutz“) teilgenommen hatte (vgl. o.V. 2015a), im April 2016 einen der HauptakteurInnen der Bürgerinitiative, Dirk Jährling, als Leiter seines Freitaler Bürgerbüros einstellte. Jährling, der auch AfD-Mitglied ist, hatte zuvor als Betreiber der „Timba Lounge“ gearbeitet, die unter EinwohnerInnen schon vor den Anti-Asyl-Protesten als *der* Treffpunkt der lokalen rechtsextremen Szene galt – während der Proteste wurde sie als solcher auch bundesweit bekannt. Bereits im Juni 2016 verkündete Barth das Ende seiner Zusammenarbeit mit Jährling – allerdings nicht aufgrund politischer Differenzen, sondern weil man „menschlich nicht zusammengepasst hat“

<sup>133</sup> Norbert Mayer, zitiert nach Winzer (2015a).

<sup>134</sup> Ebd., zitiert nach Meisner (2016).

<sup>135</sup> URL: <https://www.facebook.com/norbert.mayer.35?fref=nf>; Eintrag vom 23.04.2016.

(Schawe 2016). Mittlerweile ist Jährling Beisitzer im Vorstand des Freitaler Ortsverbandes der AfD, der im Oktober 2016 gegründet wurde.

Viele unserer InterviewpartnerInnen berichteten uns, dass sich die Gesprächskultur in der Stadt in den vergangenen zwei Jahren stark verändert habe: „Das Klima hat sich auch geändert. Also ich finde, seit Pegida existiert, ist die Stimmung in der Stadt – und das merkt man auch hier, in Dresden und in Freital – super feindselig, und es ist auch super aggressiv.“<sup>136</sup> Die TeilnehmerInnen unserer Fokusgruppen berichten von einer Polarisierung, die ihnen unangenehm sei, da es anscheinend nur noch zwei Seiten gebe, rechts oder links, auf denen man sich zu positionieren habe. Dieser Zwang, sich für eine Seite zu entscheiden, sei selbst in der Nachbarschaft spürbar:

*Herr Förster: Ganz schlimm, ist ganz schlimm. Wenn ich meine Nachbarn sehe, die sind ja alle zugezogen, alle zur gleichen Zeit wie ich. Alle möglichen sozialen Schichten, vom Rentner bis zur jungen Familie. Es gibt welche, die gehen zu Pegida, wo ich mir sage: Gut, geht da hin, aber lasst mich damit in Ruhe. Kann doch jeder seine Meinung haben, aber nee, das geht eben nicht. [Pause] Das ist ganz, ganz schwierig hier, Kritik zu üben oder einen Verbesserungsvorschlag – ich merke das auf Arbeit, das ist 'ne Behörde, das ist genau das gleiche, die einen sind so, die anderen sind so: Es gibt keinen gesunden Mittelweg, den man einfach mal versucht, anzustreben.<sup>137</sup>*

Am Ende dieser Passage wird deutlich, dass es nicht – wie der Anfang vermuten lässt („lasst mich damit in Ruhe“) – so sehr der durch die Polarisierung bewirkte Positionierungsdruck ist, den *Herr Förster* beklagt, sondern die aus dem Lagerdenken resultierende Marginalisierung eines „gesunden Mittelweges“, also der Fähigkeit der Menschen, sich unvoreingenommen auf einen Diskurs einzulassen, in dem auch abweichende Positionen Gehör finden. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen zeigt sich nämlich, dass *Herr Förster* durchaus den Bedarf hat, seine „Ängste vor kriminellen Flüchtlingen“ mitzuteilen: Allein, er beklagt ein Übermaß an *political correctness*, die jedes vernünftige Gespräch zunichtemache, bevor es überhaupt begonnen habe.<sup>138</sup> An der Person von *Herrn Förster* wird sehr deutlich, warum das in der AfD-Propaganda wohlfeil platzierte Wort vom „gesunden Menschenverstand“ so beliebt ist. *Herr Förster* ist von den martialischen Pöbeleien der Pegida-Märsche ebenso angewidert wie von dem seiner Meinung nach naiven Moralismus, der von den AnhängerInnen der „Willkommenskultur“ gepflegt werde. Die Extreme bereiten ihm Unbehagen, er sehnt sich nach einer authentischen Öffentlichkeit, in der Ängste ungefiltert geäußert werden können, ohne dass die Angst vor Sanktionen mitschwingt. Die Gefahr, die von kriminellen AusländerInnen ausgehe, ist für ihn real und könne von den Linken nur geleugnet werden, weil diese sich eben nicht unvoreingenommen der Realität aussetzen:

<sup>136</sup> Interview mit *Frau Decker*, Redakteurin der *Sächsischen Zeitung* in Freital, 1:03:29–1:03:43.

<sup>137</sup> Fokusgruppe Freital 1, 1:09:26–1:10:59.

<sup>138</sup> Fokusgruppe Freital 1, 1:09:10.

*Herr Förster: Man kann doch dort mal ganz normal darüber reden. Und wenn jemand sagt, es hat sich nichts verändert, dann sag ich immer: Leute, geht in Dresden vor fünf Jahren auf den Hauptbahnhof und geht jetzt auf den Hauptbahnhof, und wenn ihr hinterher [...] immer noch der Meinung seid, es hat sich in diesem Staat nichts verändert, dann geb' ich mich geschlagen. Aber ich geh dort mittags hin, ich – nee, mittlerweile geh ich nicht mehr gern mittags hin, weil ich mich dort nicht mehr wohlfühle.*

*Frau Voigt: Und warum fühlen Sie sich da nicht wohl?*

*Herr Förster: Weil ich ganz –*

*Herr Strupp: Musst du aber ganz vorsichtig sein, wenn du das ansprichst.*

*Herr Förster: Ich geh dorthin, hauptsächlich, oft, weil dort mein Geldautomat ist. So. Und ich geh dort am Bahnhof entlang, und ich muss jetzt sagen, mich hat noch nie jemand angequatscht wegen Drogen. Aber da steht da 'ne Gruppe von zehn jungen Männern und da 'ne Gruppe von zehn jungen Männern, und die gucken mich an, und ich fühl mich einfach nicht mehr wohl.*

*Herr Müller: Das ist wirklich 'n Drogenumschlagplatz, das weiß man, das ist aber nicht erst seit der Flüchtlingskrise, war vorher auch schon, hat sich nur verschärft.*

*Herr Förster: Ja, aber früher war es nicht so schlimm.*

*Herr Müller: Nee, das hat sich verschärft, aber es war früher schon.*

*Herr Strupp: Es sind Tunesier, Marokkaner, Algerier. [Pause] Das steht fest, da braucht –*

*Herr Förster: Ist mir auch egal, wer das ist. Ich finde, da müsste die Polizei mehr einsteigen oder was, aber man darf's ja gar nicht mehr ansprechen.<sup>139</sup>*

In den Interviews wurde uns berichtet, dass es im Zuge der über Monate aufgeheizten Atmosphäre zu einer Gewöhnung, ja zu einem Abstumpfen der Freitaler EinwohnerInnenschaft gegenüber alltagsrassistischen Übergriffen auf Flüchtlinge einerseits und gegenüber den von der Bürgerwehr verübten Anschlägen auf politische GegnerInnen andererseits gekommen sei,<sup>140</sup> wofür die abwartende Haltung des wenig sichtbaren Bürgermeisters Rumberg mitverantwortlich gemacht wird:

*„Es ist aber falsch eingeschätzt worden, was für Zellen hier eigentlich sind, also ist das Terrorismus oder nicht. Rechtsextrem oder linksextrem, wo wohnen diese Leute, sind die hierhergekommen oder antransportiert worden? Sind's einfach aggressive Jugendliche, die zu spät mal zurückgenommen worden sind? Und das hat so 'nen Effekt gekriegt, das bilde ich mir schon ein, es wurde nicht mehr, auch in der Bevölkerung, gar nicht mehr so wahrgenommen. Ist das denn schlimm, wenn ich eine Scheibe kaputt mache? Oder ist das schon ein Angriff auf meine Person, das Auto von dem Linken-Stadtrat da einfach mal mit dem Böller, also nicht falsch verstehen, für die, ein Zeichen zu setzen, zum Spaß. Okay, das kann mal vorkommen, hat*

<sup>139</sup> Ebd., 1:10:07–1:11:28.

<sup>140</sup> Zur Normalisierung der öffentlichen Artikulation fremdenfeindlicher Ressentiments im Zuge der Flüchtlingskrise insgesamt vgl. Wodak (2016).

*man das erste Mal, so die kleinen Taten, da hat man gesagt, okay, das kann mal vorkommen, da ist einer über das Ziel hinausgeschossen. Aber als es dann Anschläge auf diese Gebäude gab, auf die Personen gab, die Büros gab, da hat meiner Meinung nach auch die Stadtspitze wesentlich zu spät darauf reagiert, weil's dann also an Personen rangeht und Aufrufe gestartet werden, da hat mich das schon gewundert, dass die, dass unser CDU-Oberbürgermeister zu wenig reagiert hat im Gegensatz zu dem Heidenauer, der sich wesentlich geschickter auch verhalten hat und meiner Meinung nach auch damit schneller, also alle angesprochen hat, auch alle Gruppen, die es in der Stadt gibt, und damit auch schneller wieder Ruhe reingebracht hat, ne, und sich klar geäußert hat, dass sowas wie in Heidenau, am real-Markt, dass sowas nicht stattfinden darf, das hat bei uns gefehlt.“<sup>141</sup>*

So sieht das auch Herr Tharandt<sup>142</sup>, der als Lehrer am Weißeritzgymnasium arbeitet und sich im Willkommensbündnis engagiert habe: *„Ich glaube, das Besondere hier in Freital war und ist, dass es hier kein großes Bündnis über die Parteien hinweg gibt, das klar Kante zeigt wie in Leipzig oder in Heidenau zum Beispiel auch. Der Bürgermeister ist absolut gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber die treten nicht offen auf.“<sup>143</sup>* Diese fehlende Bereitschaft, sich öffentlich zu positionieren, habe jedoch in Freital Tradition: *„[I]n Freital ist es eine Normalität, dass man wirklich nicht miteinander spricht, aber dass man jetzt auch nicht absolut gegeneinanderhetzt.“<sup>144</sup>* Das „Hetzen“ habe erst 2015 begonnen. Somit gibt es in der Stadt weder eine dialogische noch eine agonale, sondern überhaupt keine allgemeine politische Öffentlichkeit; im Sommer 2015 bildeten sich höchstens flüchtige Gegen-Öffentlichkeiten, die durch Kundgebungen von rechter und linker Seite generiert wurden. Eine Fokusgruppenteilnehmerin bringt dies auf die Formel: *„Es gibt keine Mitte. Es gibt entweder links oder rechts.“<sup>145</sup>* Andere InterviewpartnerInnen bekunden wiederum, dass in Freital nicht die offene Fremdenfeindlichkeit, sondern *„das Schweigen“* dominant sei.<sup>146</sup> Selbst Menschen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren würden, hätten Angst, sich öffentlich zu positionieren. So berichtet Frau Voigt, die als Rentnerin in Freital lebt und sich im Ausländerrat Dresden insbesondere für geflüchtete Frauen engagiert:

*Frau Voigt: Ich muss ganz ehrlich sagen, ich fürchte mich ein bisschen davor, jetzt hier zum Beispiel in Freital, mich zu sehr stark zu machen gegen die, ähm, [Pause] Populisten, weil ich bin alleinstehend, ich wohne alleine und ich möchte [Pause], also ich möchte keinen Unmut auf mich ziehen. Ich bin einfach zu feige.<sup>147</sup>*

<sup>141</sup> Interview mit Herrn Thiele, Mitglied der Fraktion „Bürger für Freital“ im Freitaler Stadtrat, 19:40ff.

<sup>142</sup> Name anonymisiert.

<sup>143</sup> Interview mit Herrn Tharandt (Name anonymisiert), Gymnasiallehrer in Freital, 00:35:40–00:36:13.

<sup>144</sup> Ebd., 04:49–04:59.

<sup>145</sup> Fokusgruppe Freital 1, 1:09:20–1:09:22.

<sup>146</sup> Interview mit Herrn Menke, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Freital, 34:45.

<sup>147</sup> Fokusgruppe Freital 1, 01:33:40–01:34:14.

Dass Menschen wie *Frau Voigt* sich nicht trauen, sich öffentlich zu ihrem Engagement zu bekennen, ist wohl nicht zuletzt zu erklären mit der mangelnden Bereitschaft der Rathauspitze, dieses Engagement zu würdigen: Der Oberbürgermeister und die Freitaler CDU versuchten seit Beginn des Jahres 2015, das Asyl-Thema möglichst wenig zu problematisieren – und wenn doch, dann nur mit kräftiger Polemik in Richtung „Berlin“.<sup>148</sup> Dies wurde besonders deutlich bei einem Besuch der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoguz, in Freital im Oktober 2015 auf Einladung der Fraktion DIE LINKE, die alle Fraktionen des Stadtrates, mit Ausnahme der AfD, und den OB zu dem Gespräch mit Özoguz eingeladen hatte. Jedoch kam weder Rumberg, der stattdessen in den Urlaub fuhr, noch ein Vertreter bzw. eine Vertreterin der Unionsfraktion; auch die „Bürger für Freital“ blieben fern. Begründet wurde dies von Unionsseite mit dem Ausschluss der AfD, durch den „der Graben durch Freital [...] noch tiefer gezogen“ worden sei; vor allem aber wurde die mangelnde Sinnhaftigkeit eines Dialogs mit der Staatsministerin beklagt, da sich durch deren Besuch „keine nennenswerten Veränderungen im Umfeld des Asylheims Döhlen ergeben“ hätten: „Die Nachbarn des Asylheims Döhlen klagen weiterhin über nächtliche Ruhestörung und Müll in der Umgebung des ehemaligen Hotel Leonardo.“ Stattdessen habe sich das Gespräch auf den Kampf gegen rechts konzentriert, weshalb Linke und Grüne „dem Ruf von Freital damit nachhaltig geschadet“ hätten (Pfitzenreiter 2015). Dialog und öffentliche Kritik sind demnach nur so lange legitim, wie sie dem Image der Stadt nicht schaden.

### 4.3 Rechtsextremismus in Freital

Seit 1952 war der Kreis Freital ein Landkreis im Bezirk Dresden, der von 1990 bis 1994 als Landkreis Freital fortbestand. Schwerpunkt der Freien Szene im Landkreis Freital nach der Wende war der kleine Nachbarort Kreischa, in dem eine Kameradschaft mit ca. dreißig Mitgliedern operiert haben soll (vgl. Greger 2005: 25f.), gegen welche die Freitaler Kripo wegen illegalen Waffenbesitzes und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole zeitweise ermittelte (vgl. o.V. 1992c). Die Kameradschaft war im Umfeld des „Nationalen Widerstandes Dresden“ (NWD) aktiv, deren erster Anführer nach der Wende, Rainer Sonntag, 1991 in Dresden von Zuhältern erschossen wurde, nachdem der NWD die Zuhälter mit Schutzgeldforderungen erpresst hatte. Der Fall Sonntag verdeutlicht, wie fest die von ihm geführte Skinhead-Gruppe in das Dresdner Stadtleben der Nach-Wende-Zeit integriert gewesen war. Das Selbstverständnis der NWD entsprach dem einer Bürgerwehr, welche die Straßen von ausländischen ZuhälterInnen und TrickbetrügerInnen „saubermacht“, obwohl Sonntag, der 1987 aus der DDR ausgewiesen wurde, in Frankfurt a.M. selbst als Zuhälter gearbeitet hatte. In der Lokalpresse

---

<sup>148</sup> Eckhard Jesse weist darauf hin, dass die Kritik gerade gegenüber dem „Berliner Zentrum“ in Sachsen besonders stark zum Tragen kommt und damit anschlussfähig ist für unterschiedlichste Diskurse (Jesse 2016: 205).

wurde berichtet, dass die Polizei nach einem Angriff von Sonntag und anderen NWD-AktivistInnen auf ausländische HütchenspielerInnen auf der Prager Straße nicht die AngreiferInnen, sondern die MigrantInnen festgenommen habe (vgl. Dyke 2001: 59). Ein ähnliches Image scheint auch die „Kameradschaft Kreischa“ besessen zu haben: Einem Aussteigerbericht, der als Quelle freilich sehr vorsichtig behandelt werden sollte, zufolge „[wurde diese Truppe] [b]ei einem Frühlingsfest in der Nähe von Heidenau bei Dresden [...] von den zuständigen Stadtvätern sogar offiziell als Ordnungs- und Sicherheitsdienst angeheuert“ (Greger 2005: 26).

Bereits in der Wendezeit wurde klar, dass der Bezirk Dresden zu den Regionen mit dem höchsten rechtsextremen Personenpotenzial zählte:

*„DDR-weit waren der Kriminalpolizei Mitte Januar [1990] 1148 Personen bekannt, die neonazistischen Gruppierungen angehörten. Davon lebten die meisten im Bezirk Potsdam (28 %), gefolgt von Ost-Berlin (27 %), Dresden (8,2 %) und Leipzig (6,3 %). In der Mehrzahl (84,1 %) handelte es sich um Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren; 30 Prozent wurden als aktive Skinheads eingestuft.“* (Richter 2009: 1143)

Im Raum Dresden wurde die Lage für MigrantInnen nach 1990 zunehmend gefährlicher. Den vorläufigen Höhepunkt rechtsextremer Gewalttaten in der Region bildete am 31. März 1991 die Ermordung des 28-jährigen mosambikanischen Vertragsarbeiters Jorge Gomondai durch eine Gruppe von Skinheads,<sup>149</sup> von denen zwei Jahre später zwei Angeklagte zu Bewährungsstrafen und ein weiterer zu einer Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt wurden (vgl. Kurthen et al. 1997: 267). Die damalige Ausländerbeauftragte der Stadt Dresden, Marita Schieferdecker-Adolph, empfahl daraufhin den damals 2.500 in Dresden lebenden MigrantInnen, nachts zu Hause zu bleiben und möglichst nur in Gruppen durch die Stadt zu gehen (vgl. o.V. 1991: 112).

In dieser Zeit geriet auch Freital zum ersten Mal aufgrund rechtsextremer Gewalt gegen MigrantInnen in den Fokus regionaler Medien. Schon damals wurde das Hotel Leonardo – das 2015/16 als Erstaufnahmeeinrichtung diente, gegen die verschiedene Gruppen, von der Initiative „Freital wehrt sich“ (später „Bürgerinitiative Freital“) bis zu „Frigida“, protestierten<sup>150</sup> – zum Angriffspunkt der rechten Szene. In DDR-Zeiten war das heutige Hotel Leonardo eine Unterkunft für VertragsarbeiterInnen gewesen, die überwiegend von VietnamesInnen, aber auch von ArbeiterInnen aus Ungarn und Mosambik bewohnt wurde. Das Wohngebiet, damals noch „Langer Rain“ genannt, in dem sich das Heim befindet, liegt relativ hoch über dem Stadtkern. Anders als 2015 wurde das Wohnheim im Herbst 1991, als überall in Sachsen die Gewalt gegen AusländerInnen eskalierte, mehrmals direkt angegriffen. In der Nacht vom 14./15. September 1991 – drei Tage vor dem Beginn der Ausschreitungen in Hoyerswerda – überfielen ca. sechzig mit Ketten und Eisenstangen bewaffnete Skinheads dreißig

<sup>149</sup> Vgl. zum Hintergrund auch den Dokumentarfilm „Jorge – Tod eines Vertragsarbeiters“, D 1994.

<sup>150</sup> Hierzu mehr im Teilkapitel 1.4.

vietnamesische GastarbeiterInnen, die daraufhin in das Wohnheim flohen. Später bewarfen die RechtsextremistInnen das Haus mit Steinen, wobei zwei HeimbewohnerInnen verletzt wurden (vgl. Deutscher Bundestag 1992: 6).<sup>151</sup> In der *Sächsischen Zeitung* fand sich hierzu lediglich eine kurze Randnotiz, aus der jedoch hervorging, dass die „etwa 50 bis 60 vorwiegend jugendlichen Deutschen“ die VietnamesInnen bereits vor der Gaststätte „Sächsischer Wolf“ attackiert hatten, was darauf hindeutet, dass diese berühmte Kneipe<sup>152</sup> bereits kurz nach der Wende zu einem Szenetreffpunkt rechter Jugendlicher geworden war (vgl. o.V. 1991b). Zudem wird in dem Artikel darauf hingewiesen, dass „die teilweise verummten Jugendlichen [...] wahrscheinlich aus dem Jugendclubhaus Mozartstraße gekommen [sind], teilte die Polizei mit. Dort fand am Samstag ein Konzert mit vier Punk- und Heavy-Bands [sic!] statt“ (ebd.) – Näheres zum Inhalt des dort gespielten Liedguts geht aus dem Bericht nicht hervor.

Eine Woche später, am 21./22. September, attackierten vierzig Jugendliche das Heim erneut; sechs AngreiferInnen konnten festgenommen werden (vgl. Deutscher Bundestag 1992: 7). Über diesen Angriff wurde im Lokalteil der *Sächsischen Zeitung* nun ausführlicher berichtet: Zum einen, weil eine direkte Verbindung zu den parallelen Ereignissen in Hoyerswerda hergestellt wurde, zum anderen wohl aber auch, weil ein Investor, Theo Kleen, der das Heim kurz nach der Wende von den Sächsischen Edelstahlwerken gepachtet hatte, mit dem Ziel, es so früh wie möglich in ein „Hotel Garni Am Langen Rain“ umzubauen, seine Pläne bei andauernder Gewalt zurückzuziehen drohte (vgl. Klost 1991). Aus dem Artikel geht auch hervor, dass es sich bei dem Überfall um eine geplante Aktion gehandelt hatte: HandwerkerInnen hätten in der Kneipe „da capo“ ein Gespräch von Rechtsradikalen, in dem der Plan des Angriffs entwickelt worden sei, mitgehört und ihre Beobachtungen der Polizei gemeldet, die dennoch keinerlei Maßnahmen eingeleitet habe, um das Heim zu schützen, weshalb die VietnamesInnen die Verbarrikadierung des Hauses selbst in die Hand hätten nehmen müssen (vgl. ebd.).

In besagtem Artikel werden die beiden Angriffe auf das Wohnheim durchaus als Wendepunkt in der Freitaler Geschichte interpretiert: „Bislang“, so der Autor, „hatten Vietnamesen und Anwohner geglaubt, von den gewaltsamen Übergriffen verschont zu bleiben, offene Feindschaft war in solch massiver Form in Freital noch nicht ausgebrochen.“ (Ebd.) Bezeichnend ist, dass die Gewalt gegen AusländerInnen erst drei Wochen nach den ersten Übergriffen zum Thema im Freitaler Landratsamt wurde, wo der zuständige Dezernent, Karl Kuge, am 4. Oktober Vertreter von SPD, FDP, PDS und CDU, den damals amtierenden Bürgermeister Wolfgang Böduel sowie VertreterInnen der Polizei und der Kirchen einlud, um über Konsequenzen nachzudenken. Was das Treffen aber vor allem offenbarte,

<sup>151</sup> Im selben Monat war zudem eine schwangere Vietnamesin von RechtsextremistInnen schwer misshandelt worden (vgl. Rohrmeier 2015).

<sup>152</sup> In diesem Lokal haben der damalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der spätere Fraktionsvorsitzende der NPD im sächsischen Landtag, Holger Apfel, nach ihrem Triumph bei der Landtagswahl 2004 ihre erste Pressekonferenz abgehalten, da sich in Dresden keine Räumlichkeiten finden ließen (vgl. Musharbash 2004).

waren Ratlosigkeit und Ignoranz: „Die üblichen Gründe für den Hass gegen die Ausländer fehlen in Freital. Mir ist nicht bekannt, daß von den Vietnamesen Gewalt ausgeht, sie Arbeitsplätze oder Wohnungen wegnehmen“, wird Kuge in einem Bericht der *Sächsischen Zeitung* zitiert (o.V. 1991c). SPD und PDS forderten die Stadtverwaltung auf, eine interkulturelle Begegnungsstätte einzurichten; bei einem von der SPD organisierten Treffen mit den Opfern der Angriffe, die zu dem Treffen im Landratsamt nicht eingeladen worden waren, wurde kritisiert, dass kaum jemand der Einheimischen wisse, dass die meisten der HeimbewohnerInnen mittlerweile arbeitslos seien, da sie im Zuge der Rationalisierungen des Vorjahres „als erste auf die Straße gesetzt worden“ seien.

*„Traditionelle Kontakte zwischen Deutschen und Vietnamesen in Freital seien damit zusammengebrochen, der Austausch über den Betrieb oder Klubs funktioniere nicht mehr, selbst die IG-Metall kümmere sich nicht um ihre vietnamesischen Mitglieder, meinte [der Heimbetreuer Horst] Rübarsch.“* (O.V. 1991d)

Am darauffolgenden Wochenende wurde das Wohnheim mit personeller Verstärkung durch bayerische BeamtInnen von der Polizei gegen einen weiteren angekündigten Angriff gesichert, der dann aber aufgrund der massiven Polizeipräsenz unterblieb.

Da die Gewalt abnahm, wurde das Problem Ausländerfeindlichkeit von der Stadtverwaltung in der Folge nicht mehr thematisiert; der Bürgermeister schaltete sich auch nicht ein, als der Hotelier Kleen Anfang November 1991 im Wohnheim Strom und Heizung abschalten ließ, um die VietnamesInnen zu bewegen, „freiwillig“ das Heim zu verlassen; als Ersatz bot er ihnen einen Nutzungsvertrag für eine Unterkunft in Klingenberg an, der sich laut der cabana-Ausländerberatung in Dresden „hart am Rande der Kriminalität bewegt“ habe (vgl. o.V. 1991e). Dieses Vorgehen wurde ausdrücklich von der Freitaler Kirchgemeinde kritisiert, die dazu aufforderte, „Dämme [zu] setzen gegen eine sich ausbreitende Unmenschlichkeit“ (o.V. 1991f.). Eine unmittelbare Konsequenz dieser Gewaltexzesse im Jahr 1991 war die Bildung der „Soko Rex“ bei der sächsischen Kriminalpolizei im Anschluss an die Ereignisse in Hoyerswerda. Von insgesamt 25 Angriffen auf Wohnunterkünfte von AusländerInnen (ohne AsylbewerberInnen) im Zeitraum 1.1.–27.10.1991 wurden 18 im Regierungsbezirk Dresden – davon jeweils drei in Freital und Dresden – registriert (vgl. Sächsischer Landtag 1991). Interessant ist, dass sich keine(r) unserer gebürtigen Freitaler GesprächspartnerInnen an diese Vorfälle erinnern konnte oder wollte, die somit aus dem kollektiven Gedächtnis der Stadt ausgelöscht scheinen. In der Folgezeit fiel Freital auch weiterhin durch *hate crime*-Delikte – insbesondere gegen SpätaussiedlerInnen – auf, wie etwa am 12./13. August 2005, als fünf russlanddeutsche Jugendliche vor dem Übergangwohnheim für SpätaussiedlerInnen von ca. zwanzig Neonazis angegriffen und verletzt sowie einige Fenster des Wohnheims mit Steinen eingeworfen wurden. Das sächsische Innenministerium sprach damals vom Höhepunkt „eines vermutlich schon länger andauernden Konfliktes zwischen ‚Spätaussiedlern‘ und ‚Einheimischen‘“; für rechtsextremistische Tatmotive wollte man seinerzeit aber keine Hinweise erkennen (vgl. Sächsischer Landtag 2015a: 2). Die Schilderung einer Mitarbeiterin des Vereins „Das

Zusammenleben e.V.“ ist dagegen eindeutig: Zunächst seien Jugendliche, die in dem Heim gewohnt hätten, am Rande des Stadtfestes von Rechten verprügelt worden, woraufhin „eine schwarze Truppe mit Losungen und Schimpfworten“ zum Heim marschiert sei und dort die Fensterscheiben eingeworfen habe.<sup>153</sup> Sie selbst, so Jurk, sei in Freital mehrmals von Rechten bespuckt und beschimpft worden.

Gewaltereignisse wie diese zeigen, dass Freital aufgrund seiner unmittelbaren Nähe zu Dresden einerseits und der fehlenden zivilgesellschaftlichen Gegeninitiativen andererseits über viele Jahre einen attraktiven Stützpunkt der rechtsextremen Szene darstellte. Auch die Ereignisse im Rahmen der Proteste gegen die Agenda 2010 in Freital vermitteln einen guten Eindruck davon, dass in Freital zwar keine autonome rechtsextreme Öffentlichkeit existiert, dass aber die rechte Szene hier und in der Umgebung immerhin so stark ist, dass kaum möglich ist, eine politische Gegen-Öffentlichkeit zu generieren, ohne dass diese von RechtsextremistInnen belagert, infiltriert oder gestört wird: Bei den Freitaler Montagsdemonstrationen 2004 hatten nämlich auch die NPD und die Republikaner ihre AnhängerInnen mobilisiert. Die *taz* berichtete damals, dass bei der letzten Demo vor der Landtagswahl am 21. August 2004 „[f]ast alle 150 Demonstranten [...] angereiste Rechte“ gewesen seien, woraufhin die OrganisatorInnen beschlossen hätten, keine weiteren Demos anzumelden (vgl. Schulz 2004).

Als die NPD 2004 in den sächsischen Landtag einzog, lag der Stimmenanteil der NPD in Freital (9,3 Prozent) vor dem der SPD (8,2 Prozent); mittlerweile hat sich die Lage entspannt: Bei der Landtagswahl 2014 konnte die NPD hier nur noch 5,6 Prozent holen – was noch immer über dem Landesdurchschnitt und über dem lokalen Ergebnis der Grünen (4,4 Prozent) liegt und mit der Konkurrenz durch die AfD (9,6 Prozent) zu erklären ist; aber auch die SPD konnte seitdem WählerInnen zurück- bzw. hinzugewinnen und kam bei der Wahl auf immerhin 11,8 Prozent (vgl. Statistisches Landesamt Sachsen 2014). Trotz ihrer überdurchschnittlichen Wahlergebnisse war die NPD in Freital noch nie stark verankert, lange Zeit nicht einmal existent. Dirk Abraham, seit der Kommunalwahl 2014 der einzige NPD-Stadtrat, war früher bei den Republikanern aktiv, die von 1999 bis 2014 im Stadtrat vertreten waren. Dass „es [...] in Freital immer schon Rechtsextremismus [gab]“, ist nach Einschätzung eines Beamten des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen offensichtlich:

*„Es gibt in Freital natürlich Rechtsextremisten, es gibt mit der NPD und den Freien Kräften klare rechtsextremistische Strukturen. Seit aber durch das Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwaltes auch die Köpfe oder prominente Vertreter in Haft genommen worden sind, hält sich die Szene taktisch zurück. Aber die ‚freie Szene‘ von Kameradschaften und Asylfeinden, die sich untereinander auch kennen und natürlich Verbindungen halten, macht jetzt erstmal nichts mehr.“<sup>154</sup>*

<sup>153</sup> Gruppeninterview mit „Das Zusammenleben e.V.“, 53:20.

<sup>154</sup> Interview mit Beamten des LfV Sachsen, 39:35 u. 36:34ff.

Vielmehr scheint sich die rechte Szene Freital nach den Verhaftungen und Razzien im November 2015 und im April 2016 auf Graffiti-Botschaften, über die es in der *Sächsischen Zeitung* immer wieder besorgte Meldungen gibt, und die demonstrative Beobachtung von politischen GegnerInnen und MigrantInnen zu beschränken. Anhand eines Auszugs aus einem Feldprotokoll soll diese Praxis im Folgenden beschrieben werden. Die Szene ereignet sich an einem Dienstagvormittag auf einem Sportplatz hinter dem „Stadion des Friedens“, wo der in der sächsischen Bezirksliga spielende Fußballverein FV Blau-Weiß Stahl Freital seine Heimspiele absolviert. Dr. Enrico Schwarz, Leiter des Vereins Biotec, der sich in Freital um die Integration von Flüchtlingen *und* einheimischen sozial Schwachen in die Mehrheitsgesellschaft kümmert, hat uns eingeladen, zusammen mit dem Asyl- und Integrationsbeauftragten der Stadt, Christian Brestrich – der auch in der Freitaler CDU aktiv ist –, einer Fußballtrainingseinheit für Flüchtlinge beizuwohnen, die von Biotec betreut werden.

*„Kurz nachdem Herr Brestrich gegangen ist, erwähnt Herr Schwarz beiläufig, dass sich im Laufe unseres Gesprächs mehrere rechte Jugendliche in der Nähe des Sportplatzes aufgehalten und mit ihren Handys telefoniert hätten, wohl um ihren Kameraden über die Tätigkeit des Biotec-Vereins Bericht zu erstatten. Ich reagiere verduzt, weil ich diese jungen Leute kaum (und nicht als Rechtsextremisten) wahrgenommen hatte, aber Herr Schwarz winkt ab: Die kenne er schon, die kreuzen dauernd irgendwo auf, wo er Veranstaltungen organisiere.“<sup>155</sup>*

Derlei subtile Drohgebärden werden von den Stadträten der linken Parteien wie *Herrn Dreier* (SPD) längst als normal empfunden; insgesamt habe sich die Situation aber seit den 1990er Jahren verbessert:

*„Klar, Drohungen kriegste immer, das ist normal hier, die kriege ich schon seit 12 oder 15 Jahren. Das war mal schlimmer, als die SSS [Skinheads Sächsische Schweiz] in der Sächsischen Schweiz noch aktiv war, da gab's auch Morddrohungen, da gab es so 'ne Todesliste, da waren ein paar drauf, dann kam der Verfassungsschutz und hat uns dann gewarnt und so, aber das ist schon lange her.“<sup>156</sup>*

Ähnlich bedrohlich klingen die Schilderungen von *Herrn Menke*, der Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Freitaler Stadtrat ist: *„Heute Morgen durfte ich auch wieder zur Polizei, weil bei mir direkt an der Haustür ein schönes Schild dran war: ‚[Menke<sup>157</sup>], wir wissen, wo du wohnst‘, mit Hakenkreuz. Und am Parteibüro dann: ‚[Menke], wir kriegen dich‘.“<sup>158</sup>*

Spricht man mit Menschen, die in der Region hauptamtlich in der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus tätig sind, so fällt auf, dass ihnen sichtlich schwerfällt, die Szene in Freital zu beschreiben. So bemerkt der Mitarbeiter eines entsprechenden Präventionsnetzwerkes, der anonym bleiben möchte, dass er und seine KollegInnen sich stets gewundert hätten, weshalb in den

<sup>155</sup> Aus dem Feldprotokoll vom 24.08.2016.

<sup>156</sup> Interview mit *Herrn Dreier*, Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Stadtrat Freital und Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, 11:10ff.

<sup>157</sup> Name anonymisiert.

<sup>158</sup> Interview mit *Herrn Menke*, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Freital, 21:25.

1990er Jahren im früheren (bis zur Kreisgebietsreform 2008 bestehenden) Weißeritzkreis, dessen größte Stadt Freital war, keine organisierten rechtsextremen Strukturen zu erkennen gewesen seien, was auch weiterhin gelte. Die Personenkreise, aus denen die Bürgerwehr hervorgegangen ist, seien

*„tatsächlich etwas Anderes. Es sind keine Kameradschaften, die einen Treffpunkt haben und die irgendwo ein Bild von Hitler an der Wand haben, sondern es ist vor allem ein Bildungsproblem, das muss man echt so sagen. Das ist noch nicht mal Rechtsextremismus, sondern das ist wirklich die schreiende Dummheit.“<sup>159</sup>*

Abgesehen davon, dass diese Reduktion von Fremdenfeindlichkeit auf eine Bildungslücke (statt auf eine manifeste politische Einstellung) mindestens problematisch ist, fällt auf, dass selbst geschulte BeobachterInnen – ähnlich wie der Freitaler OB – offensichtlich ein Problem damit haben, bei der Wahrnehmung von Rechtsextremismus von altbekannten Verhaltensmustern aus den 1990er und frühen 2000er Jahren zu abstrahieren und ihren Blick für neue (auch ideologisch, etwa im Hinblick auf die für Kameradschaften typische NS-Nostalgie), weniger „gefestigte“ Strukturen zu öffnen. Dieses Problem sieht die Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz (DIE LINKE) auch in der Beobachtungsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz angelegt:

*„[W]as zum Beispiel das Landesamt für VS immer falsch macht, sie können sich moderne Strukturen nicht vorstellen. Also sie gehen davon aus, es gibt 'ne Gruppe, die hat 'nen Vorsitzenden, einer führt Protokoll und und man trifft sich am Tisch und berät am Tisch, welches Flüchtlingsheim als nächstes angegriffen wird. Und da wäre es günstig, man hat 'nen Spitzel, der das alles mitschreibt. Dass das heute eher so läuft, dass man sich zum Bier trifft und einer hat die Idee, wir greifen jetzt ein Flüchtlingsheim an und die in Bautzen haben das ganz gut gemacht. Ich kenn da einen, wollen wir uns mit dem mal treffen. Das ist gar nicht die klassische Struktur, dass man 'ne geschlossene Gruppe hat, die dann planmäßig agiert.“<sup>160</sup>*

Allerdings entspricht die hier beschriebene Vergangenheit auch eher einem Idealtypus, der auf die soziale Realität des ostdeutschen Rechtsextremismus wohl kaum je zugetroffen haben dürfte. Heute wird mitunter vergessen, dass für den Rechtsextremismus in den neuen Ländern schon Anfang der 1990er Jahre „der eher spontane, schwach organisierte und ideologisch gering fundierte, dafür aber besonders aggressive Protest“ (Stöss 1996: 206) kennzeichnend gewesen war. War den Gruppen, welche die Anti-Asyl-Proteste dieser Zeit zu koordinieren versuchten, aufgrund ihres schwachen Organisationsgrades nicht möglich, kurzzeitige Mobilisierungserfolge zu konsolidieren, so können sich rechtsextreme Aktionsgruppen heute über *Social Media*-Formate vernetzen und dadurch eine gewisse Kontinuität sicherstellen. Ein relativ neues Phänomen, an dem dieser Versuch, durch digitale Vernetzung eine Verstetigung von an sich spontanen Organisationsformen zu erreichen, sich zeigt, sind

<sup>159</sup> Interview mit dem Koordinator eines Präventionsnetzwerkes, 41:00ff.

<sup>160</sup> Interview mit Kerstin Köditz, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im sächsischen Landtag, 20:00.

Aktions- und Kampagnengruppen, die in der Grenzregion zwischen Brandenburg und Sachsen unter Slogans wie „Die Unsterblichen“ oder „Volkstod“ operieren (Borstel/Heitmeyer 2012: 352f.). Diese Gruppen demonstrieren ihre Ablehnung der Kompensation des Bevölkerungsrückgangs im ländlichen Raum Ostdeutschlands durch die Zuwanderung von MigrantInnen, indem sie auf das nationalsozialistische Ideologem des „Landflucht ist Volkstod“-Motivs zurückgreifen (Quent 2014). Gut dokumentiert ist eine *Flashmob*-ähnliche Aktion im sächsischen Bautzen im Jahr 2010, bei der über hundert mit weißen Masken und Fackeln bestückte Neonazis unangemeldet durch die Nacht marschierten und für den „nationalen Sozialismus“ trommelten (Borstel/Heitmeyer 2012: 352). Wie wir gleich sehen werden, wurden auch die Geländegewinne der asylfeindlichen Gruppen in Freital im Jahr 2015/16 dadurch erleichtert, dass die Kommunikation über Facebook die spontane Mobilisierung sich beständig neu aufladender Empörungspotenziale ermöglichte.

#### 4.4 Die asylfeindlichen Proteste in Freital und die Anschläge der Bürgerwehr 360/FTL

Mitte der 2000er Jahre konstatierten einige ForscherInnen, dass sich die in den 1990er Jahren stark durch jugendliche Gewaltbereitschaft dominierte rechtsextreme Szene „mit teilweise klandestint-terroristischen Aktionsformen zu einer politischen Bewegung“ gewandelt habe, „die zunehmend auf die Mittel des zivilen Protests und Widerstands setzt und dabei aus dem klassischen Aktionsrepertoire der Bürgerinitiativen bzw. der neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 80er Jahre schöpft“ (Klärner 2006: 64) – mit der Folge einer Normalisierung des rechten Protests vor allem in den neuen Bundesländern, wo RechtsextremistInnen Bürgerinitiativen gründen, auf unabhängigen Listen bei Kommunalwahlen antreten und mittels der „Taktik der Wortergreifung“ (vgl. Speit/Röpke 2009; Beier et al. 2006: 111; Schulze 2009: 87f.) auf nicht-rechten Veranstaltungen ihre Ideologie verbreiten. Spätestens seit Bekanntwerden der NSU-Morde (und der Verbindungen der NSU-TerroristInnen zu FunktionärInnen der NPD) wissen wir, dass diese beiden Aktionsformen – Terror einerseits und „ziviler Protest“ andererseits – durchaus nebeneinander existieren und dass zwischen ihnen personelle Verbindungen bestehen. Anhand der Freitaler Proteste im Jahr 2015 lässt sich dies sehr gut nachvollziehen.

Im Februar 2015 wurde bekannt, dass im Hotel Leonardo AsylbewerberInnen untergebracht werden sollten. Daraufhin wurde von dem Kleinunternehmer Mario Wagner eine „Petition gegen Asylantenheim in Freital Döhlen“ formuliert, die knapp 2.000 EinwohnerInnen unterzeichneten. Kurz darauf war Wagner Mitbegründer des Bündnisses „Freital wehrt sich. Nein zum Hotelheim“, das Abendspaziergänge im Stil der Pegida-Kundgebungen veranstaltete, an denen auch der Pegida-Initiator Lutz Bachmann mehrfach teilnahm. Im März wurde bereits deutlich, dass unter den AnhängerInnen der Bewegung auch gewaltbereite AkteurInnen waren; so wurden „ca. 25 Personen aus dem Umfeld von

Anhängern des Fußballvereins SG Dynamo Dresden festgestellt, die durch den Polizeivollzugsdienst als gewalttätig eingestuft wurden“ (vgl. Sächsischer Landtag 2015b: 2).

Allerdings sind es nicht nur die fremdenfeindlichen Proteste, die im Sommer 2015 den Eindruck vermittelten, dass Freital ein Problem mit Rechtsextremismus habe; parallel dazu wurden in der Stadt Anschläge auf MigrantInnen und politische GegnerInnen verübt. Bundesweit bekannt wurde ein Sprengstoffanschlag auf das Fahrzeug des Stadtrats und Kreistagsabgeordneten Michael Richter (DIE LINKE) am 27. Juli 2015. Am 20. September desselben Jahres wurden mit einem Feuerwerkskörper die Fenster des Büros der Linkspartei in der Dresdner Straße gesprengt; am Tatort wurde eine „To-do-Liste“ hinterlassen, auf der sich die Namen mehrerer FreitalerInnen befanden, die sich für Flüchtlinge engagierten, zusammen mit dem in der rechten Szene verbreiteten Slogan „Im Osten ist es Tradition, da knallt es vor Sylvester schon“ (o.V. 2015b). In der Nacht zuvor hatte es einen Anschlag auf eine Wohnung von AsylbewerberInnen in der Nähe des Bahnhofs Deuben gegeben.

Am 19. April 2016 wurden nach einer Razzia, an der die GSG 9 und über 200 Beamte des BKA, der Bundespolizei und der sächsischen Polizei beteiligt waren, fünf Mitglieder einer „Bürgerwehr“<sup>161</sup> verhaftet, die laut Ermittlungen der Bundesstaatsanwaltschaft diese Anschläge begangen haben sollen. Ihnen werden u.a. die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, versuchter Mord und gefährliche Körperverletzung zur Last gelegt.

Den harten Kern der Bürgerwehr bildeten Timo S., Philipp W., Uwe F. und Patrick F.,<sup>162</sup> die sich seit März 2015 in der „Bürgerinitiative Freital – Nein zum Heim“ engagiert hatten. Philipp W. hatte im März eine Demonstration gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Hotel Leonardo organisiert, an der 1.500 Menschen teilnahmen; Timo S. und Philipp W. waren als Ordner eingeteilt. Nachdem der Protest schon damals fast eskaliert war, da die Polizei die DemoteilnehmerInnen nur mit Mühe davon abhalten konnte, aus der Demoroute auszubrechen und zum Heim zu gelangen, zog sich die Gruppe von öffentlichen Aktivitäten zunächst zurück, um sich anschließend an den Protesten der Bürgerinitiative

<sup>161</sup> Obwohl die Bundesanwaltschaft von der „Gruppe Freital“ spricht, verwenden wir hier ganz bewusst den Begriff der „Bürgerwehr“, da die Gruppe sich diesen Namen selbst gegeben hat und es noch immer Verwirrungen bzgl. des Verhältnisses zwischen der „Gruppe Freital“ und der Bürgerwehr gibt (vgl. z.B. Biermann et al. 2016), deren harte personelle Kerne unserer Einschätzung nach aber identisch sind.

<sup>162</sup> Wie *Frau Decker* bemerkt, entspricht das Sozialprofil der meisten Bürgerwehr-Mitglieder keineswegs dem „de[s] klassische[n] Hartz-4-Empfänger[s], der den ganzen Tag zu Hause sitzt, sondern die haben alle 'nen Beruf, die haben alle was zu verlieren“ (Interview mit *Frau Decker*, Redakteurin der *Sächsischen Zeitung* in Freital, 16:56–17:02). Timo S., 28, und Philipp W., 29, sind Busfahrer beim Regionalverkehr Dresden, haben sich über die Arbeit kennengelernt. Schulz, der Kopf der Gruppe, kommt ursprünglich aus Hamburg und war dort in der im März 2016 verbotenen neonazistischen Gruppierung „Weisse Wölfe Terrorcrew“ aktiv. Patrick F., 24, hat als Pizzabote gearbeitet; auch er unterhielt Verbindungen zur subkulturellen rechtsextremen Szene – u.a. war er Mitglied in der Hooligan-Gruppe „Faust des Ostens“. Maria K., 28, die einzige Frau in der Gruppe, ist aufgrund eines chronischen Nierenleidens erwerbsunfähig. Über den Berufs- bzw. Ausbildungsstatus von Justin S., 18, dem einzigen Bürgerwehr-Mitglied unter zwanzig Jahren, ist nichts bekannt (Interview mit *Frau Decker*, 15:50).

„Freital wehrt sich. Nein zum Hotelheim“ um den Kleinunternehmer René Seyfried zu beteiligen. Dieser Protest ging ihnen aber bald nicht mehr weit genug, weshalb sie im April 2015 die Bürgerwehr gründeten.<sup>163</sup> Kurz zuvor war auf der Buslinie 360 von Altenberg nach Dippoldiswalde eine SchülerInnengruppe von zwei Marokkanern belästigt und geschlagen worden. In einem der ersten Einträge des am 1. Mai eingerichteten Facebook-Profiles der „Bürgerwehr 360/FTL“ wurde auf einen Zeitungsartikel über diesen Vorfall (vgl. Schaks 2015) Bezug genommen – er wurde zum konkreten Anlass für die Konstituierung der Bürgerwehr stilisiert –, sei doch damit erwiesen, dass der Staat nicht länger in der Lage sei, die Sicherheit seiner BürgerInnen zu gewährleisten. Im ersten Eintrag vom 1. Mai heißt es, man wolle „für mehr Sicherheit in Freital und auf der Linie 360“ sorgen: „Damit unsere Kinder und Frauen sicher zur Schule und Arbeit kommen!“ Der Selbstdarstellung der Gruppe auf Facebook zufolge bestand deren Hauptaktivität in regelmäßigen Patrouillen auf Busfahrten der Linie A, insbesondere am Abend und in der Nacht von 19.00 bis 02.00 Uhr (vgl. Schawe 2015). Allerdings hat der Regionalverkehr Dresden (RVD) stets betont, dass solche Patrouillen – erst recht durch Fahrgäste ohne Fahrschein – nicht gestattet seien, und der Freitaler SZ-Redakteurin *Frau Decker*, die von Anfang an über die Gruppe berichtet hat, sei lediglich ein Fall bekannt, bei dem Bürgerwehr-AktivistInnen einen Bus, mit dem AsylbewerberInnen regelmäßig zum Sport führen, per Auto verfolgt hätten.<sup>164</sup> Als einen wichtigen Markstein im Prozess der Radikalisierung der Freitaler Gruppe nennt *Frau Decker* den Versuch der Bürgerwehr, eine am 5. Juni 2015 abgehaltene Demonstration der „Organisation für Weltoffenheit und Toleranz“ auf der Dresdner Straße zu blockieren: Dabei, so *Decker*, hätten aber lediglich drei Bürgerwehr-AktivistInnen (Timo S., Philipp W. und Patrick F.) etwa 150 AsylbefürworterInnen gegenübergestanden. Vermutlich sei die Gruppe durch diese Erfahrung ermutigt worden, den Kampf gegen politische GegnerInnen außerhalb der Öffentlichkeit und mit gewaltsamen Mitteln zu forcieren. Dieser Entschluss muss spätestens Mitte/Ende Juni gefallen sein: Nach einer Demonstration der Organisation für Weltoffenheit und Toleranz in Freital am 24. Juni 2015 sollen Mitglieder der Bürgerwehr das Fahrzeug von Pro-Asyl-AktivistInnen verfolgt und, nachdem dieses an einer Tankstelle angehalten habe, mit einem Baseballschläger demoliert haben (Schawe 2015). Zudem rief die Bürgerwehr am 23. August 2015 dazu auf, sich an Demonstrationen vor der Flüchtlingsunterkunft im real-Baumarkt in Heidenau zu beteiligen; Mitfahrgelegenheiten wurden angeboten:

*„Patrioten aus Heidenau und Umgebung. Diese Antifanten wollen heut wieder nach Heidenau kommen, wir haben jetzt zwei Aufgaben in Zukunft dieses Heim zum schließen zu bringen und der Antifa zu zeigen das sie in Deutschland nicht länger willkommen sind!! Wir machen weiter solange bis dieses Heim geschlossen ist!!!“<sup>165</sup>*

<sup>163</sup> Interview mit *Frau Decker*, Redakteurin der *Sächsischen Zeitung* in Freital, 21:43.

<sup>164</sup> Interview mit *Frau Decker*, Redakteurin der *Sächsischen Zeitung* in Freital, 19:43ff.

<sup>165</sup> Eintrag vom 23.08.2015 auf der Facebook-Seite der „Bürgerwehr FTL/360“. Die im Folgenden zitierten Einträge beziehen sich auf dieses Facebook-Profil.

Auf Videos, welche die folgenden Ausschreitungen in Heidenau zeigen, ist Timo S. eindeutig zu identifizieren. Die Kooperation zwischen der Bürgerwehr, der Bürgerinitiative und anderen asylfeindlichen Gruppen, die in Freital protestierten, ist aus Sicht des Verfassungsschutzes ein gutes Beispiel dafür, wie gemeinsame Anti-Asyl-Aktionen von RechtsextremistInnen zu neuen strukturellen Vernetzungen in der Szene führen können (Staatsministerium des Innern 2015: 133). Allerdings boykottierte die Bürgerwehr die Demonstrationen der Bürgerinitiative ab Anfang Juni, nachdem René Seyfried, der für die BI auch bei der Wahl zum Freitaler Oberbürgermeister am 7. Juni 2015 kandidierte, sich von militanten Gruppen, die mehrmals versucht hatten, direkt vor dem Hotel zu protestieren, distanziert hatte.<sup>166</sup> Die Bürgerinitiative hatte zunächst deutlich gemacht, dass sie Demonstrationen vor dem Hotel Leonardo nicht unterstütze, weil sie nicht gegen Flüchtlinge, sondern gegen die Asylpolitik der Bundesregierung protestiere.

Anfang Oktober 2015 gerieten Timo S., Philipp W. und Patrick F. in eine Fahrzeugkontrolle, bei der die Polizei im Kofferraum eine Vielzahl illegaler Knallkörper sicherstellte. Von nun an, ab dem 9. Oktober, wurde die Gruppe von Beamten des Operativen Abwehrzentrums (OAZ) observiert. Nach Informationen von *Spiegel TV* soll das OAZ durch abgehörte Telefonate von den Plänen für den Anschlag auf das alternative Wohnprojekt „Mangelwirtschaft“ im Dresdner Stadtteil Übigau am 19. Oktober gewusst haben – trotzdem erfolgte kein Zugriff auf die Gruppe.<sup>167</sup> Erst am Morgen des 5. November 2015 wurden Timo S. und Philipp W. in Freital festgenommen; kurz darauf wurde außerdem Patrick F. verhaftet. Gut fünf Monate später fand die erwähnte Großrazzia statt, bei der Justin S., Maria K., Uwe F., Rico K. und Sebastian W. in Haft genommen wurden. Im Juli 2016 ging aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE hervor, dass die Generalbundesanwaltschaft „ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen acht Beschuldigte wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der ‚Gruppe Freital‘ und gegen einen Beschuldigten wegen Unterstützung eingeleitet“ hatte (vgl. Deutscher Bundestag 2016: 9). Anfang November 2016 erhob die Generalbundesanwaltschaft Anklage gegen sieben Mitglieder der Gruppe; der Prozess am Oberlandesgericht in Dresden hat unter großer Beachtung der Öffentlichkeit am 7. März 2017 begonnen.

Im Zuge der Ermittlungen ist deutlich geworden, dass die sächsischen Behörden die Gefahr, die von der Freitaler Bürgerwehr ausging, von Anfang an unterschätzt hatten. Auf eine Anfrage der Landtagsfraktion der LINKEN teilte das sächsische Innenministerium im Juli 2015 mit, dass die Bürgerwehr kein Beobachtungsgegenstand des Verfassungsschutzes sei (vgl. Sächsischer Landtag 2015d). Bereits im März hatte das Ministerium auf eine andere Anfrage hin betont, dass eine

---

<sup>166</sup> Am 5. Juni wird auf der Facebook-Seite der Bürgerwehr der Bruch mit der BI offen erklärt: „Dieser Distanzierungswahn von Herrn Seyfried wird ihm viele Stimmen kosten. Kuschelkurs mit der Lügenpresse bringt nichts anderes als eine Spaltung. Die Freitaler haben größtenteils eine gesunde Einstellung zur Politik. Leider hat Herr Seyfried diese anscheinend nicht.“ (Facebook-Eintrag vom 05.06.2015).

<sup>167</sup> Recherchen von *Spiegel TV*, Sendung vom 31.01.2016.

Beobachtung dieses neuen Phänomens nicht nötig sei: „Der Sächsischen Staatsregierung liegen keine Erkenntnisse über Anzahl und Wirkungsort von ‚Bürgerwehren‘ in Sachsen vor. Beobachtungen werden nicht angestrebt.“ (Sächsischer Landtag 2015c: 2) Selbstverständlich ist es aus der Sicht des Verfassungsschutzes gerade angesichts der Vielzahl von Bürgerwehren, die im Jahr 2015 überall in Deutschland entstanden sind, nicht leicht, zwischen den vielzitierten „besorgten Bürgern“ und militanten RechtsextremistInnen exakt zu unterscheiden. Aber es war sicherlich die falsche Entscheidung, auf Observationen generell zu verzichten. Zu diesem Entschluss passt die im vorangegangenen Teilkapitel angeführte Erklärung der Abgeordneten Kerstin Köditz, dass der sächsische Verfassungsschutz generell dazu neige, ein allzu enges, an den Bewegungsstrukturen der 1990er Jahre orientiertes Verständnis rechtsextremer Organisationen zu pflegen, und daher Gefahr laufe, die derzeit zu beobachtenden organisatorischen Wandlungsprozesse gerade auch im militanten Rechtsextremismus nicht angemessen zu registrieren. Sollte sich im Übrigen der Verdacht bestätigen, dass ein Informant des Verfassungsschutzes Kontakt zur Bürgerwehr pflegte – wie *Der Spiegel* berichtet (vgl. Winter 2016) –, wäre noch unverständlicher, warum eine Beobachtung der Gruppe nicht erfolgte und vor allem: Warum die sächsische Polizei erst so spät gegen sie vorging.

Obwohl es, wie gesagt, im Juni 2015 zum Bruch der Bürgerwehr mit der BI gekommen war und die Bürgerwehr sich gewaltsamen Methoden zugewendet hatte, fand nach dem Polizeieinsatz am 5. November eine Solidarisierung der BI mit den verhafteten Bürgerwehr-Mitgliedern statt. In einem Redebeitrag auf einer Demonstration der BI am 26. Februar 2016 deutete Seyfried an, der Einsatz sei „nur Show“: Unter den Verhafteten sei auch der Gründer der BI; deshalb hoffe er, „dass wir die [Verhafteten] in nächster Zeit mit Hilfe von uns auch hier wieder begrüßen können, dass die wieder unter uns sind und mit uns kämpfen [...]“.<sup>168</sup> Die „Gruppe Freital“ wurde somit weiterhin als natürliche Partnerin der BI betrachtet. Hier zeigt sich also sehr deutlich, dass die Übergänge zwischen fremdenfeindlichen „Bürgerinitiativen“ und militantem Rechtsextremismus fließend sind.

Abschließend sollen die Aktionen der Freitaler „Bürgerwehr“ noch prägnant in den wissenschaftlichen Diskurs um „Vigilantismus“ und Bürgerwehren eingeordnet werden, der in Deutschland noch recht jung ist. Zwar wird die Bildung von Bürgerwehren in der neonazistischen Szene bereits seit Beginn der 2000er Jahre als eine mögliche Strategie zur Errichtung „national befreiter Zonen“ diskutiert (vgl. Maegerle 2002: 163). Zu einem über die Szene hinausgehenden, landesweiten Phänomen wurden die Bürgerwehren aber erst während der *Flüchtlingskrise*, weshalb hierzu bislang nur wenige Forschungsarbeiten existieren.<sup>169</sup> Zu vermuten ist, dass RechtsextremistInnen den harten organisatorischen Kern vieler dieser Gruppierungen bilden, wie es etwa in Freital der Fall ist. Neonazis

<sup>168</sup> René Seyfried, Redebeitrag vom 26.02.2016, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=RqHZpKjS3uY>, 01:21ff.

<sup>169</sup> Ganz anders in der US-amerikanischen Extremismusforschung, da *militias* in der politischen Kultur der USA tief verwurzelt sind, vgl. z.B. Crothers (2003).

scheinen Bürgerwehren als ein neues Mittel zur Erlangung lokaler Deutungshoheit zu entdecken,<sup>170</sup> was typisch wäre für eine auch für das neonazistische Spektrum konstatierte „Neuorientierung der rechtsextremen Szene: weg von der gewaltsamen Durchsetzung von Machtansprüchen hin zu einem zivilisierten, um öffentliches Wohlwollen werbenden Auftreten“ (Klärner 2006: 110). Zwar hatte es im Fall der „Bürgerwehr Freital“ nach *Spiegel TV*-Informationen von Anfang an einen „Schwarzen Chat“ gegeben, in dem – Zitat Philipp W. – „ausschließlich heftige Aktionen besprochen“ und die rassistische Ideologie der Gruppe ganz offen artikuliert worden sei. So heißt es in einem *Post* von Mike S.: „Kanacken sind fehlerhafte biologische Einheiten, die müssen vernichtet werden.“<sup>171</sup> Aber nach außen hin, auf ihrem Facebook-Profil, hatte sich die Freitaler Bürgerwehr anfangs bemüht, zivile Mittel zu propagieren und den Eindruck zu erwecken, Gewalt gegen Flüchtlinge abzulehnen. Als Reaktion auf einen Eintrag auf dem Facebook-Profil der Gruppe von Uwe F. – selbst Mitglied der Bürgerwehr –, der schreibt: „Hoffe wir bekommen eine schlagkräftige Truppe(n) [sic!] zusammen“, wird vom Administrator der Seite klargestellt: „Es geht bei der Seite nicht darum Ausländer kaputt zumachen!! Sondern unsere Bürger zu schützen!“<sup>172</sup> Dieses protektive Motiv ist typisch für jene „Form systemstabilisierender Selbstjustiz nichtstaatlicher Akteure“, die mit dem (bislang vor allem in der US-amerikanischen Debatte verwendeten) Begriff des „Vigilantismus“<sup>173</sup> charakterisiert wird (Quent 2016b: 20; vgl. auch Quent 2016c). Dieser lehnt (im Gegensatz zum linksextremen Terrorismus) die staatliche Ordnung nicht ab, betrachtet sie aber nur so lange als legitim, wie sie sich als fähig erweist, die Sicherheit ihrer BürgerInnen zu schützen.<sup>174</sup> Gelingt ihr dies nach Ansicht der ExtremistInnen nicht, so sei der Schritt zur Selbstjustiz Bürgerpflicht (vgl. Abrahams 1998). Diese Rechtfertigung findet man auf der Facebook-Seite der Freitaler Bürgerwehr zuhauf: Dort wird vor einem nahenden Bürgerkrieg

<sup>170</sup> Zu entsprechenden Strategien der neonazistischen Szene vgl. Döring (2008).

<sup>171</sup> Zitiert nach *Spiegel TV*, Sendung vom 31.01.2016.

<sup>172</sup> Facebook-Eintrag vom 01.05.2015.

<sup>173</sup> Der Begriff stammt vom englischen bzw. französischen *vigilant* (wachsam) bzw. *vigilante* (Mitglied einer Bürgerwehr) ab.

<sup>174</sup> Hinsichtlich der gewaltförmigen Aktivitäten unterscheidet Quent (2016b: 23) einen „Vigilantismus erster Ordnung“, der sich gegen Minderheitengruppen richtet, von einem „Vigilantismus zweiter Ordnung“, der politische GegnerInnen im Visier hat. Ein „Vigilantismus dritter Ordnung“ schließlich richtet sich gegen RepräsentantInnen der staatlichen Ordnung; wengleich Quent selbst darauf hinweist, dass rechtsextremistischer Terrorismus sich aufgrund seiner vordergründigen Motivation, die bestehende soziale Ordnung zu schützen, eher selten gegen den Staat selbst richtet (ebd.: 22; vgl. auch Waldmann 2011). Nach dieser Kategorisierung wäre die Bürgerwehr Freital dem Vigilantismus erster und zweiter Ordnung zuzurechnen. Waldmanns (2011: 128) pauschale Charakterisierung rechtsextremen Terrors als auf „die Verteidigung des Status quo“ ausgerichtet, die auch Quent übernimmt, ist allerdings vollkommen unzutreffend, da doch die angestrebte „Rückkehr zu vermeintlich solideren Verhältnissen und besseren Strukturen wie dem Führerprinzip, die Abschaffung der Parteien und vor allem die Ausweisung der MigrantInnen“ ganz klar systemfeindlich motiviert sind. Der Status quo – die Asylpolitik der Bundesregierung, die europäische Integration, die Berichterstattung der „Lügenpresse“ – wird von RechtsextremistInnen ja gerade als Ausdruck allgemeiner Dekadenz abgelehnt und mit einer glorreichen Vergangenheit (dem Dritten Reich oder einfach der Ära souveräner Nationalstaaten mit geschlossenen Grenzen) kontrastiert, die wiederherzustellen Ziel des Kampfes sei.

gewarnt, auf den man sich vorbereiten müsse; nach und nach wird aber auch deutlich, dass es der Gruppe darum geht, Maßnahmen gegen den von „dem Zion Amerikaner“ gelenkten „Austausch vom Deutschen Volk“ zu ergreifen.<sup>175</sup> Das Bemühen der Bürgerwehr-Mitglieder, eine gewaltlose Fassade aufrechtzuerhalten, lässt schon bald nach der Gründung der Gruppe nach. Rechtsrock-Konzerte werden beworben und die Ausschreitungen von Heidenau glorifiziert: „Heidenau als bundesweites Vorbild. Deutschland erwacht! Heimatliebe ist kein Verbrechen.“<sup>176</sup> Folglich ist davon auszugehen, dass der aus Sicht der RechtsextremistInnen erfolgreiche Verlauf der gewaltsamen Proteste in Heidenau die Bürgerwehr darin bestärkt hat, ihr militantes Agieren im Untergrund fortzusetzen.

#### 4.5 Rechtsextremismus in Heidenau und Umgebung

Die Ausschreitungen im zwanzig Kilometer entfernten Heidenau, die dazu führten, dass die Kleinstadt am 21. und 22. August 2015 traurige europaweite Bekanntheit erlangte, markierten den gewaltsamen Höhepunkt der asylfeindlichen Proteste des Jahres 2015. Manche KommunalpolitikerInnen, mit denen wir in Heidenau gesprochen haben, sind der Meinung, dass diese Ereignisse mit den Menschen in Heidenau eigentlich nicht viel zu tun hätten, weil die Gewalt ausgegangen sei von „Demotouristen“, die aus weit entfernten Städten angereist seien. Allerdings sieht das Landesamt für Verfassungsschutz für eine überregionale Mobilisierung keinerlei Anzeichen: *„Also so einen klassischen Demo-Tourismus – Leute aus Berlin anfahren, um hier zu demonstrieren –, das gab’s dort nicht in dem Maße. Das waren halt Leute aus der Umgebung, aus der Region, die angezogen worden sind.“*<sup>177</sup> Diese Einschätzung wird bestätigt von der Antwort der sächsischen Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Grüne, aus der hervorgeht, dass erstens mehr als neunzig Prozent der Personen, gegen die wegen im Jahr 2015 begangener rechtsextremistisch motivierter Straftaten (PMK rechts) ermittelt wurde, aus Sachsen stammen und dass zweitens 31 von ihnen in Heidenau und den Nachbargemeinden Dohna und Müglitztal wohnhaft sind (vgl. Sächsischer Landtag 2016). Schließlich spricht auch die Tatsache, dass es in Heidenau nach den Ausschreitungen weiterhin mehrfach zu Angriffen auf MigrantInnen kam – zuletzt am 4. November 2016, als drei Afghanen von einer Gruppe aus dreißig Deutschen mit Sprüchen wie „Macht euch wieder nach Hause!“ und „Was wollt ihr hier?“ beleidigt und attackiert wurden (vgl. o.V. 2016) –, für die Existenz eines hohen Potenzials gewaltbereiter RassistInnen in Heidenau.

Unsere InterviewpartnerInnen berichteten uns, dass Heidenau in den 2000er Jahren nicht durch eine aktive rechtsextreme Szene aufgefallen sei.<sup>178</sup> Regelmäßige Berichte aus der Lokalpresse über

<sup>175</sup> Facebook-Eintrag vom 06.09.2015.

<sup>176</sup> Facebook-Eintrag vom 26.08.2015.

<sup>177</sup> Interview mit zwei Beamten des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, 36:08.

<sup>178</sup> Interview mit Sebastian Reißig, 11:20.

rechtsextrem motivierte Gewalttaten vermitteln allerdings ein anderes Bild.<sup>179</sup> Auch war Heidenau schon Ende der 1990er Jahre neben Pirna und Neustadt ein Schwerpunkt der rechtsextremistisch motivierten PMK-Delikte im damaligen Landkreis Sächsische Schweiz.<sup>180</sup> Auch gibt es Berichte über eine Kameradschaft namens „Sturmtrupp Heidenau“, die im September 1999 ein AsylbewerberInnenheim in der Stadt angegriffen haben soll (vgl. Antifaschistische Aktion 2004). Zudem dienten leerstehende Fabrikgelände der Stadt als Veranstaltungsort für Rechtsrock-Konzerte.<sup>181</sup> Bei der Stadtratswahl 2014 hat die NPD in Heidenau 7,5 Prozent erzielt. Da auf der Liste der NPD jedoch nur ein Bewerber, der 27-jährige Maler Rico Rentzsch, antrat, wurde nur dieser letztlich in den Stadtrat gewählt. Seitdem ist es der örtlichen NPD gelungen, neue AnhängerInnen zu gewinnen – auch dank der von Rentzsch betriebenen Facebook-Seite „Heidenau-Hört zu“, die im Sommer 2015 die zentrale Online-Plattform der regionalen Asylgegner war, von der aus auch jene Kundgebungen organisiert wurden, die später in die Ausschreitungen vom 21. bis 23. August mündeten. Es handelt sich jedoch nach der Einschätzung von Sebastian Reißig um eine „*sehr schnell gewachsene Szene, also nichts Gefestigtes, nichts Altes*“;<sup>182</sup> anders als z.B. in Pirna oder Sebnitz, wo nach der Wende zahlreiche Kameradschaften in Erscheinung getreten seien und über die Jahre feste Strukturen und Netzwerke aufgebaut hätten.

Die Hochburg der rechten Szene ist das Plattenbauviertel im Nordosten Heidenaus im Stadtteil Mügeln, dem sozialen Brennpunkt der Stadt. 27,6 Prozent der EinwohnerInnen lebten hier im Jahr 2015 von Leistungen nach dem SGB II; der AusländerInnenanteil ist dort mit 4,6 Prozent fast doppelt so hoch wie im gesamten Stadtgebiet (2,4 Prozent) (vgl. Stadt Heidenau 2016: 27, 13). Allerdings ist die Stadt sehr bemüht, die Lebensverhältnisse in dem Viertel zu verbessern. So wurde im Jahr 2008 ein Antrag auf Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ gestellt, der bewilligt wurde. Seitdem sind verschiedene bauliche Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Infrastruktur durchgeführt worden; zudem wird aus den Mitteln ein Stadtteilmanagement

<sup>179</sup> Vgl. z.B. o.V. 2007: „Ein 17-jähriger Spätaussiedler wurde von einer Gruppe Deutscher beschimpft und gestoßen. Dabei wurden auch rechte Parolen gerufen. Selbst in Anwesenheit der Polizei hob ein 31-jähriger den Arm zum Hitlergruß.“

<sup>180</sup> Von insgesamt 139 Ermittlungsverfahren, die im Jahr 1998 im Landkreis liefen, entfielen 14 auf Heidenau, 13 auf Neustadt und 31 auf Pirna (vgl. o.V. 1998).

<sup>181</sup> Zum Beispiel im Jahr 2003: „Rund 50 Rechtsradikale haben sich zum Freitagabend zu einem Skinhead-Konzert in Heidenau getroffen.“ Das Konzert habe auf dem Gelände einer leerstehenden Maschinenfabrik stattgefunden, „die zum Teil schon abgerissen ist“. „Aufgelöst hat die Polizei das Treffen nicht. ‚Weil wir nichts rechtswidriges [sic!] festgestellt haben‘, so [Polizeisprecher Gerhard] Wellner“ (Busche 2003). In Dresden sind einige der bekanntesten deutschen Rechtsrock-Bands ansässig (u.a. „Sachsonia“, „Racial Purity“ und „Priorität 18“); allerdings ist die Zahl der Konzerte aufgrund des hohen Verfolgungsdrucks durch staatliche Behörden und die Zivilgesellschaft sehr gering; stattdessen werden die Konzerte meist in den ländlichen Raum, vorwiegend in die Sächsische Schweiz, verlegt, wo das Problembewusstsein für rechtsextreme PMK-Delikte als geringer eingeschätzt wird (vgl. Borstel 2010: 50f.).

<sup>182</sup> Interview mit Sebastian Reißig, 12:00.

finanziert, das diese Maßnahmen konzeptuell begleitet (vgl. Stadt Heidenau 2016: 2). Die NPD hat in diesem Problembezirk bei den letzten Kommunalwahlen 2014 fast 15 Prozent erreicht (also doppelt so viel wie im gesamten Stadtgebiet).

Als am 18. August 2015 bekannt wurde, dass in Heidenau eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge eingerichtet werden soll, wurde die NPD in Heidenau rasch zum eigentlichen Träger der Anti-Asyl-Proteste. Obwohl schnell klar gewesen sei, dass die NPD hinter „Heidenau-Hört zu“ stecke, und die Hemmschwelle, zu NPD-Veranstaltungen zu gehen, im Allgemeinen doch recht hoch sei, hätten viele HeidenauerInnen, die sonst nichts mit der rechtsextremen Szene zu tun haben, dennoch diese Kundgebungen besucht – weil ihrer Empfindung nach einzig diese Initiative die Sorgen der BürgerInnen offen artikuliere.<sup>183</sup> Gegründet wurde die Facebook-Gruppe „Heidenau-Hört zu“ bereits im Oktober 2014, vordergründig als eine überparteiliche Initiative von BürgerInnen, die sich von den etablierten Parteien im Stadtrat nicht repräsentiert fühlten und ihren Unmut über Einwanderung und die „Islamisierung des Abendlandes“ äußern wollten. Doch schon im Februar 2014 erschienen auf der Seite NPD-Logos und es wurde zum „nationalen Widerstand“ aufgerufen. Einer der Köpfe von „Heidenau-Hört zu“ ist Max Schreiber, stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz und Inhaber einer kleinen Security-Firma. Schreiber gilt in Heidenau spätestens seit Januar 2013 als Held, nachdem er fünf Menschen bei einem Wohnungsbrand das Leben gerettet hatte, worüber sogar die *Bild*-Zeitung berichtete.

Rico Rentzsch ist im November 2015 aus der NPD ausgetreten, zu den Ratssitzungen erscheint er kaum. Sein Parteiaustritt ist nach Einschätzung von Heidenaus Bürgermeister Jürgen Opitz darauf zurückzuführen, dass Rentzsch aus der Sicht von Max Schreiber, der nach wie vor als eigentlicher Kopf der rechten Szene Heidenaus gilt, „*nicht radikal genug war*“<sup>184</sup>. Rentzsch hatte 2015 als Anmelder der Demonstrationen gegen die Erstaufnahmeeinrichtung im Praktiker-Baumarkt an der S 172 fungiert – als sich nach dem Ende der Kundgebung deren militanter Kern vor dem Baumarkt einfand und begann, die Polizei anzugreifen, sei ihm jedoch klar geworden, dass diese Eskalation für ihn persönlich ein Nachspiel haben könnte, weshalb er sich von der Gewalt distanziert habe, was von anderen NPD-AktivistInnen, u.a. Max Schreiber, missbilligt worden sei.<sup>185</sup> Auf der Facebook-Seite von „Heidenau-Hört zu“ wurde jedenfalls noch am Abend des 22. August eine Erklärung veröffentlicht, in der die AktivistInnen ihre Unschuld an der Eskalation bekundeten und deren Ursache vor allem in unverantwortlichem Alkoholkonsum vermuteten: „Im Namen des NPD Landesverbandes Sachsen, der Versammlungsleitung und des Heidenau Hört-zu Teams, distanzieren wir uns von jeglicher Gewalt, wie

---

<sup>183</sup> Interview mit Sebastian Reißig, 12:00.

<sup>184</sup> Interview mit Jürgen Opitz, 1:20.

<sup>185</sup> Wie diese kommt aber auch Rentzsch – der nach seinem Austritt betonte, dass sich seine politischen Einstellungen nicht geändert hätten – aus der regionalen Skinhead-Szene. 2009 wurde er mit fünf weiteren Angeklagten wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt, weil sie in Sebnitz sechs nicht-rechte Jugendliche angegriffen und dabei den Hitlergruß gezeigt hatten (vgl. Prüfer 2015).

manche sich so betrinken können und sich so benehmen ist für uns nicht erklärbar.“ (Zitiert nach Staatsministerium des Innern 2016: 173) Von den sächsischen Jungen Nationaldemokraten (JN) wurden die Ausschreitungen hingegen offen glorifiziert (vgl. ebd.).

Am Mittwoch, dem 19. August 2015, hatte Rentzsch die erste Demonstration gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Heidenau angemeldet – dabei handelte er als Privatperson, um von dem Parteibezug des Protests abzulenken (vgl. Staatsministerium des Innern 2016: 171f.). An dieser ersten Kundgebung nahmen 350 Personen teil; am Tag darauf versammelten sich bereits 600 AsylgegnerInnen in Heidenau. Die gewaltsamen Proteste begannen am Freitag, dem 21. August; zuvor hatten nunmehr 1.100 Personen an der von Rentzsch angemeldeten Demonstration teilgenommen: Unter anderem waren Carmen Steglich, NPD-Abgeordnete im Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Witwe von Uwe Leichsenring, sowie der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete Rene Despang vor Ort. Während der Demonstration hatten Unbekannte Handzettel verteilt, auf denen die TeilnehmerInnen aufgefordert wurden, sich im Anschluss zur Erstaufnahmeeinrichtung zu begeben, um diese zu blockieren (ebd.: 172). Dieses Vorhaben mündete dann in die Ausschreitungen, die Heidenau über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekannt gemacht haben.

Für Bürgermeister Opitz steht fest, dass die fremdenfeindliche „Grundstimmung ja schon durch Staatsversagen eigentlich auch geschürt worden ist, weil da schon das Vertrauen z.B. in eine wehrhafte Demokratie einen mächtigen Knacks gekriegt hat“<sup>186</sup>. Opitz kritisiert vor allem die geringe Zeitspanne zwischen der Entscheidung für die Einrichtung einer Erstaufnahmestelle in Heidenau und der Ankunft der ersten AsylbewerberInnen in der Stadt, aber auch das Fehlen jeglicher Einbeziehung der EinwohnerInnenschaft in den Organisationsprozess:

*„Die Nachricht, dass in Heidenau schlagartig 700 Leute kommen, in den Praktiker, das hat natürlich dazu geführt, dass die Menschen plötzlich gemerkt haben, mit uns hat überhaupt niemand geredet, uns hat das niemand erklärt, und unsere Meinung scheint ja auch im Übrigen nicht wichtig zu sein. Wir haben das in Heidenau so geübt, dass, wenn wir irgendwo 'ne neue Straße bauen, dass wir dazu 'ne Einwohnerversammlung machen, die Leute beteiligen [...] und plötzlich, bei der Geschichte sollte das ja alles ganz schnell gehen. Dienstag, 14:08 Uhr kam der Anruf von der Landesdirektion und schon am Mittwochabend sollten ja 700 Leute da sein. [...] Also, die Situation, die war schwierig, und all die Versuche, den Leuten so'n bisschen Demokratie beizubringen und zu sagen, ihr müsst euch melden und ihr könnt mitreden und so weiter, die sind in dieser Situation eigentlich total ad absurdum geführt worden und das hat die örtliche NPD aufgegriffen und hat natürlich dann Kontra gegeben.“<sup>187</sup>*

<sup>186</sup> Interview mit Jürgen Opitz, 27:16.

<sup>187</sup> Ebd., 7:57–9:38.

Dieser Mangel an Informationspolitik habe, so ein Mitglied der LINKEN-Fraktion im Freitaler Stadtrat, auch in Freital zur Eskalation beigetragen: Bei der BürgerInnenversammlung im Februar 2015 habe der Landrat berichtet, dass man prüfe, ob das Hotel Leonardo als Erstaufnahmeeinrichtung infrage komme, dass der Abschluss dieser Prüfung aber noch weit entfernt sei und man die AnwohnerInnen rechtzeitig informieren werde:

*„Keine zwei Wochen später hat der Landrat verkündet, wir ziehen jetzt ins Leonardo mit Flüchtlingen ein. Und der Bürger, der dann auf der Versammlung im Februar war, die auf unseren Antrag im Endeffekt zustande gekommen ist, weil sich der Herr Mättig [ehem. OB der Stadt Freital] überhaupt nicht dazu imstande gesehen hat, da irgendwas zu tun, da fühlt sich der Bürger natürlich absolut verarscht.“<sup>188</sup>*

Zudem habe Bundesinnenminister Thomas de Maizière, dessen Wahlkreis in Sachsen liegt, bei einem Besuch in Freital im Juni 2015 in einer halböffentlichen Veranstaltung im Kulturhaus versichert, dass Freital niemals zu einem Erstaufnahme-Standort werde, statt diese Möglichkeit in Erwägung zu ziehen und entsprechend für Akzeptanz zu werben: *„Keine Woche später verkündet [der sächsische Innenminister] Ulbig, wir haben jetzt im Leonardo 280 Plätze angemietet für die Erstaufnahme. [...] Ist doch klar, dass die Leute dann auf die Straße gehen.“<sup>189</sup>*

Noch in anderer Hinsicht habe die Art der Kommunikation, die den öffentlichen Diskurs bestimmte, dazu geführt, dass die RechtsextremistInnen Geländegewinne erzielen konnten. Die Meinungslandschaft sei zu einseitig von der euphorischen Berichterstattung über die „Willkommenskultur“ und der Stigmatisierung jener Menschen bestimmt gewesen, die ihr Recht in Anspruch genommen hätten, innerhalb der von der Verfassungsordnung vorgegebenen Spielregeln die Asylpolitik der Bundesregierung zu kritisieren. Die Moralisierung der Asyldebatte, so Opitz, habe, anstatt aufklärend zu wirken, den RechtsextremistInnen nur zusätzliche Sympathien eingebracht.<sup>190</sup> Diese These, dass die moralisierende Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus diesem letztlich mehr nütze als schade, wird auch von einigen PolitologInnen geteilt, die sich, wie Jörke/Selk (2015), dabei u.a. auf die Demokratietheorie von Chantal Mouffe berufen, auf die wir im nächsten Kapitel eingehen werden.

<sup>188</sup> Interview mit Herrn Menke, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Freital, 10:32.

<sup>189</sup> Ebd., 11:11.

<sup>190</sup> Interview mit Jürgen Opitz, 51:05.

# 5. Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Freital und Heidenau

## 5.1 Symptome der Entpolitisierung

Den hohen Anteil an PMK-Delikten mit rechtsextremem Hintergrund in Sachsen, die hohen Wahlergebnisse rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien und die Mobilisierungserfolge des bewegungsförmigen Rechtspopulismus in Gestalt von Pegida interpretieren wir nicht zuletzt als Symptome der Entpolitisierung, die eine Folge (bzw. wiederum ein Begleitsymptom) des in vielerlei Hinsicht defizitären Demokratisierungsprozesses im Freistaat Sachsen nach der Wende 1989/90 ist. Dies mag insofern überraschen, als dass sich das Nebeneinander von Pegida und Anti-Asyl-Protesten (die „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“ (Roth 2004)) einerseits und der AkteurInnen der „Willkommenskultur“ andererseits, vordergründig betrachtet, ebenso als ein Ausdruck von Politisierung deuten ließe. Dafür gibt es in der Tat gute Gründe. Decker/Brähler (2016) konstatieren in einem mit dem Titel „Ein Jahrzehnt der Politisierung“ überschriebenen Aufsatz für den Zeitraum 2006 bis 2016 große quantitative Verschiebungen zwischen den von ihnen in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen unterschiedenen politischen Milieus und spürbare Einstellungsänderungen innerhalb dieser Milieus: Für das „moderne“ und das „konforme“ Milieu, die zusammen das „demokratische Milieu“ bilden, haben sie eine starke Zunahme des Institutionenvertrauens und eine Abnahme der relativen Deprivation gemessen, während in den „antidemokratisch-autoritären Milieus“ sowie in dem zwischen Letzterem und den demokratischen Milieus liegenden „vorurteilsgebundenen Milieu mit relativer Akzeptanz des politischen Systems“ die Akzeptanz des politischen Systems zurückgegangen, die Bereitschaft zur Unterwerfung unter Autoritäten sowie die Befürwortung von Gewalt dagegen angestiegen sind. Die demokratischen Milieus umfassen die Mehrheit der Bevölkerung; ihr Anteil ist von 37 Prozent im Jahr 2006 auf sechzig Prozent im Jahr 2016 angestiegen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist demnach toleranter geworden, während sich die autoritäre, ressentimentgeladene Minderheit zunehmend radikalisiert.

Allerdings ist die Gleichsetzung von Radikalisierung bzw. Polarisierung und Politisierung nicht nur in normativer Hinsicht problematisch. Sie lenkt auch von der Tatsache ab, dass rechtspopulistische

Bewegungen wie Pegida nicht nur fremdenfeindliche, sondern auch anti-politische Ressentiments bedienen, indem sie alle intermediären Institutionen, die zwischen dem Volkswillen und der Regierung stehen, aber auch die Regierung selbst per se des „Volksverrats“ anklagen (vgl. Schedler 1996; Urbinati 2014: 128ff.; Müller 2016: 45). Der Populismus trägt somit nur vordergründig zur Politisierung bei, indem er eine antagonistische Bruchlinie zwischen „denen“ (AusländerInnen, korrupte Eliten) und „uns“ (dem „reinen“, hart arbeitenden Volk) zieht; aber genau diese Vorstellung von einem homogenen Volkskörper, der die Existenz anderer sozialer und politischer Konfliktlinien zum Verschwinden bringt, führt dort, wo diese Fiktion an den Erfahrungen in der Wirklichkeit scheitert, zu erneuten Frustrationen, neuen Entpolitisierungsschüben. Entpolitisierung soll hier deshalb in erster Linie im Sinne von *Entagonalisierung* (Neutralisierung politischer Konflikte) verstanden werden (vgl. Selk 2011). Die These, dass der Aufstieg fremdenfeindlicher Parteien und Bewegungen als eine Folge der Ausblendung der „antagonistischen Dimension des Politischen“ – also des Konflikts gegnerischer Identitäten bzw. widerstreitender Interessen – zugunsten eines harmonischen Politikverständnisses zu bewerten sei, wird besonders vehement von Chantal Mouffe (2005: 56) vertreten, die davon ausgeht, dass „Politik immer eine Wir/Sie-Unterscheidung mit sich bringt“. Und wo solche gesellschaftlichen Konfliktlinien in den politischen Institutionen mit dem Verweis auf einen überparteilichen Konsens oder administrative „Sachzwänge“ verdrängt werden – wie zuletzt während der Bankenkrise 2007/08 und bei der Bewältigung der Eurokrise ab 2011 –, werden im politischen Diskurs „Leerstellen“ geschaffen, die stets „mit hoher Wahrscheinlichkeit von anderen [nämlich: essentialistischen] Formen der Identifikation besetzt werden, Formen, die für das Funktionieren des demokratischen Systems problematisch werden können“ (Mouffe 2007: 92). *Agonale* Kämpfe zwischen einander als legitim anerkennenden politischen *Gegnern* werden dann zu *antagonistischen* Kämpfen zwischen *feindlichen* Identitäten: zwischen dem „Volk“ und seinen „VerräterInnen“, Deutschen und AusländerInnen usw. Dass diese Feind-Konstruktionen verfangen, liegt laut Mouffe auch daran, dass RechtspopulistInnen – anders als z.B. die SozialdemokratInnen, die mit der Hinwendung zur Neuen Mitte einen großen Teil der alten Stammwählerschaft verloren und sich auch sprachlich weit von der Erfahrungswelt einfacher ArbeiterInnen entfernt haben – noch in der Lage sind, Emotionen, Leidenschaft zu wecken und zu kanalisieren: „Indeed, right-wing populist parties are often the only ones that attempt to mobilise passions and create collective forms of identification.“ (Mouffe 2005: 55) Mouffe versteht den Rechtspopulismus somit als Krisenindikator eines post-politischen, technokratischen Ordnungsmodells (vgl. Hildebrand/Séville 2015: 33; vgl. auch Jörke 2014: 375ff.), das Politik nicht als mitunter eruptiven Kampf um hegemoniale Deutungsmacht, sondern als rationalen, elitenzentrierten Problemlösungsmodus begreift und daher kaum noch zu mobilisieren vermag.

Die Dynamiken der Entpolitisierung offenbaren sich auf kommunaler Ebene sehr deutlich. Viele unserer InterviewpartnerInnen klagen darüber, dass die Stadt- und Kreisverwaltungen politische Fragen als dem Verwaltungshandeln obliegende Bereiche auslegen würden, mit der Folge, dass der

Entscheidungsspielraum für Stadträte und Kreistage immer enger werde. So berichtet der Freitaler SPD-Stadtrat *Herr Dreier*:

*„Wir haben jetzt im Stadtrat ein Vergabesystem für Kitaplätze beschlossen. Dann legt der Oberbürgermeister Widerspruch dagegen ein, und dann schreibt die Kreisverwaltung als Aufsicht führende Behörde, das wäre Verwaltungshandeln, das hätte den Stadtrat nicht zu interessieren. Das ist dann die Rechtsauskunft und dann wird der nicht durchgeführt, der Stadtratsbeschluss.“<sup>191</sup>*

Auch die Freitaler SZ-Lokalredakteurin *Frau Decker* beklagt einen ebenso unpolitischen wie autoritären Führungsstil der Freitaler Stadtverwaltung: Politik werde dort *„aus dem Bauch heraus“* gemacht; eine Einbindung des Stadtrates werde, wenn möglich, vermieden.<sup>192</sup> Der Stadtrat, aber auch die in Freital ansässigen UnternehmerInnen würden vom Bürgermeister und der Stadtverwaltung möglichst wenig in Entscheidungsprozesse eingebunden; dieser Kommunikationsmangel habe großes Misstrauen zwischen dem Stadtrat bzw. den dort vertretenen Oppositionsfraktionen und der CDU-geführten Stadtverwaltung hervorgerufen.<sup>193</sup> Die Devise, dass Kommunalpolitik sich mit überparteilicher Sachpolitik zu befassen habe und dass parteipolitische Polarisierung dem städtischen Gemeinwohl schade, wird in Freital besonders von der Fraktion der *„Bürger für Freital“* zum Ausdruck gebracht, die bei der Kommunalwahl 2014 mit 22,8 Prozent zweitstärkste Kraft wurden. Die Fraktion stehe für *„eine bürgernahe und parteiunabhängige Sachpolitik“*<sup>194</sup>, man vertrete *„die Interessen von politisch unabhängigen Wählerinnen und Wählern“* und plädiere für *„Sachkompetenz statt Ideologiegeschwafel“*<sup>195</sup>. Im Interview plädiert *Herr Thiele*<sup>196</sup>, ein Mitglied der Fraktion *„Bürger für Freital“*, *„dafür, dass man einen Oberbürgermeister hat, der überhaupt nicht parteigebunden ist, aber Sachsen will es ja nun mal anders“*<sup>197</sup>. Er ziehe vor, dass *„Fachkräfte“* an der Spitze der Stadtverwaltung stünden. Von Merkels Credo *„Wir schaffen das“* und der damit ausgelösten Polarisierung hält unser Interviewpartner nicht viel, da es diesem Diskurs einer sachlichen – und d.h. für ihn: einer an Kostenkalkulationen ausgerichteten – Basis ermangelt habe. Dass diese sachliche Dimension

<sup>191</sup> Interview mit *Herrn Dreier*, Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Stadtrat Freital und Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, 31:31. Gemeint ist hier eine im Juni 2015 vom Stadtrat beschlossene Einführung der in Heidenau entwickelten Software *„Little Bird“*, eines Portals, über das sich Eltern über die vor Ort bestehenden Kitas und vorhandene Plätze informieren können. Angefochten wurde der Beschluss noch von Rumbergs Vorgänger Klaus Mättig (CDU), der damit erreichte, dass das Landratsamt als Kontrollbehörde sein Veto einlegte. *„Begründung: Bei der Kitaplatz-Vergabe handelt es sich um ein ‚Geschäft der laufenden Verwaltung‘. Die Modalitäten dieser liegen also ausschließlich in den Händen der Rathauspitze. Der Stadtrat hat somit theoretisch kein Mitspracherecht.“* (Winzer 2016).

<sup>192</sup> Interview mit *Frau Decker*, Redakteurin der *Sächsischen Zeitung* in Freital, 2:38.

<sup>193</sup> Ebd., 2:53ff.

<sup>194</sup> URL: <http://www.freie-waehler-freital.de/>.

<sup>195</sup> URL: <http://www.freie-waehler-freital.de/Ueber-uns>.

<sup>196</sup> Name anonymisiert.

<sup>197</sup> Interview mit *Herrn Thiele*, Mitglied der Fraktion *„Bürger für Freital“* im Freitaler Stadtrat, 14:40.

ausgeblendet worden sei und es in Freital im Sommer 2015 bei jeder privaten oder öffentlichen Veranstaltung um eine Demonstration des Dafür oder Dagegen gegangen sei, ist aus *Herrn Thieles* Sicht ein Grund für die Eskalation der Proteste.

*„[D]ann wurde abgefragt, ja welche Seite, ne, also eigentlich ging's immer nur darum, auf welcher Seite, und da hab' ich mich immer dagegen gewehrt, sondern gesagt, ne, also, wenn jeder so sein Haus baut oder seine Wohnung mietet, alleine durch den Spruch ‚Wir schaffen das‘ ist kein Geld auf meinem Konto. Und letztendlich kostet's Geld.“<sup>198</sup>*

Für *Herrn Thiele* haben Prinzipien nur so lange Anspruch auf allgemeine Gültigkeit, wie sie nicht in Widerspruch zu den Ergebnissen von Kosten-Nutzen-Rechnungen geraten. Da die Flüchtlinge nun einmal da seien, sollte sich die Gesellschaft bemühen, sie nach „Recht und Gesetz“ zu integrieren; aber sein eigentlicher Vorwurf an die Landesregierung lautet, dass diese bei den Verhandlungen über die Verteilung von Flüchtlingen gegenüber der Bundesregierung nicht stärker mit haushaltspolitischen Zwängen argumentiert habe:

*„Und dieser große Einfluss der CDU, dieses Nichts-Machen in Sachsen, keine Position beziehen, wir hätten ja sagen können, wir können uns daran nicht beteiligen, weil wir gar nicht wissen können, was es kostet. Das wäre meiner Meinung nach die vernünftigste Aussage gewesen. Lasst uns mal gucken, was uns der Spaß kostet, und dann muss ich gucken, was hab' ich, was kann ich.“<sup>199</sup>*

Die Vorliebe von *Herrn Thiele* für „unideologische“ haushaltspolitische Argumente und seine Abneigung gegen jede Art von Populismus stießen Ende 2015 auf wachsende Kritik in seiner Fraktion, die auf eine klare Positionierung in der Asyl-Frage drängte. Im Dezember folgte schließlich die Spaltung: Vier der acht Mitglieder der bisherigen Fraktion der „Bürger für Freital“ traten aus und gründeten unter dem Namen „Freie Wähler“ eine eigene Fraktion. Gefragt nach dem Grund für diesen Vorgang, den *Thiele* selbst als „Putsch“ bezeichnet, antwortet er: *„[M]ir wurde vorgeworfen, dass ich also nicht zu Pegida gehe und nicht das Pegida-Denken habe.“<sup>200</sup>* Er jedoch habe stets darauf beharrt, dass dieses Thema für die Stadtratsfraktion irrelevant sei. Dass die durch das Prinzip politischer Neutralität als programmatische Basis der Stadtratsliste „Bürger für Freital“ ermöglichte Offenheit für die verschiedensten, eine Parteibindung scheuenden Charaktere in Freital ebendieses Neutralitätsprinzip in politisch aufgeladenen Zeiten letztlich unterminieren könnte, hatte wohl auch *Herr Thiele* geahnt: Er selbst habe bereits vor den vergangenen Kommunalwahlen darauf gedrängt, die politische Grundhaltung von ListenbewerberInnen zu überprüfen, um ein Mindestmaß an inhaltlicher Kohärenz sicherzustellen. Dieser Vorschlag sei jedoch abgelehnt worden.<sup>201</sup>

<sup>198</sup> Interview mit *Herrn Thiele*, Mitglied der Fraktion „Bürger für Freital“ im Freitaler Stadtrat, 24:12–24:36.

<sup>199</sup> Ebd., 53:20.

<sup>200</sup> Ebd., 44:27–44:31.

<sup>201</sup> Interview mit *Herrn Thiele*, Mitglied der Fraktion „Bürger für Freital“, im Freitaler Stadtrat, 45:33.

Mindestens ebenso wichtig im Hinblick auf die Entagonalisierungsthese sind jedoch die Tendenzen, die unter dem Stichwort „Sächsische Demokratie“ zusammengefasst werden. Dieses mittlerweile geflügelte Wort geht auf Wolfgang Thierse zurück, der damit seinen Eindruck auf den Punkt brachte, dass die sächsische Polizei vollauf damit beschäftigt sei, die Neonazis zu schützen, was aber zur Folge habe, dass damit „unübersehbar das Demonstrationsrecht der Demokraten eingeschränkt wird. Aber zum Demonstrationsrecht der Demokraten gehört, dass sie in Sicht- und Hörweite der Neonazis demonstrieren können müssen. Jedenfalls ist das die Rechtsprechung außerhalb Sachsens.“ (Wolfgang Thierse, zitiert nach Peter 2012: 113)<sup>202</sup> Thierse bezog sich hierbei auf ein von den Dresdner Justizbehörden anlässlich der rechten „Gedenkmärsche“ am 13. Februar seit Jahren angewandtes Konzept, das die rigide Trennung der rechtsextremen Kundgebung von linken Gegendemonstrationen vorsieht: Beide Parteien müssen auf verschiedenen Seiten der Elbe (RechtsextremistInnen: südliche Elbseite; GegendemonstrantInnen: nördliche Elbseite) demonstrieren; Blockaden sollen von der Polizei um jeden Preis aufgelöst werden. Diese Praxis wird als beispielhaft für die (bestenfalls) sehr weite Auslegung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) durch die Dresdner Stadtverwaltung betrachtet.<sup>203</sup> In anderen sächsischen Kreisen und Kommunen sieht es nicht anders aus. Als Reaktion auf die Ausschreitungen in Heidenau seit dem 21. August 2015 wurde am 27. August vom Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge in Pirna ein viertägiges Versammlungsverbot für das Stadtgebiet erlassen. Hiervon war neben einer Demonstration der fremdenfeindlichen „Bürgerinitiative Heidenau“ auch eine politische Kundgebung des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“<sup>204</sup>, die im Anschluss an ein Willkommensfest stattfinden sollte, betroffen. Begründet wurde das Versammlungsverbot mit einem polizeilichen Notstand: Die verfügbaren Polizeikräfte würden nicht ausreichen, um der voraussichtlichen Lageentwicklung gerecht zu werden (vgl. o.V. 2015d). Das Bundesverfassungsgericht befand den Erlass zwei Tage später für nichtig und bestätigte damit ein Urteil des Dresdner Verwaltungsgerichts, das die Allgemeinverfügung des Landratsamtes als „unverhältnismäßig“ und „offensichtlich rechtswidrig“ verworfen hatte (vgl. Bartsch 2015). Dieses Urteil war jedoch vom Obergerverwaltungsgericht in Bautzen kassiert worden, was zu Recht als Ausdruck

<sup>202</sup> Thierse äußerte diese Worte am Rande einer Gegendemonstration am 19. Februar 2011, bei der, wie später bekannt wurde, von der Polizei rund eine Million Handydaten in der Dresdner Innenstadt erfasst wurden („Handygate“). Im Anschluss an diese Kundgebung wurden ca. 600 Ermittlungsverfahren gegen linke AktivistInnen, u.a. gegen den Pfarrer Lothar König, wegen Landfriedensbruch, Nötigung und Strafvereitelung etc. eingeleitet. Bei dem Prozess gegen König wurde bekannt, dass Staatsanwaltschaft und Polizei wahrscheinlich Beweise, welche die Unschuld Königs nahelegen, der Verteidigung vorsätzlich vorenthalten haben. Vgl. hierzu ausführlich die Dokumentation von Eisenberg/Voigt/Vogel (2014).

<sup>203</sup> Bereits im Januar 2015 waren eine Pegida-Kundgebung und entsprechende Gegendemonstrationen wegen Sicherheitsbedenken aufgrund einer Terrorwarnung verboten worden.

<sup>204</sup> Das Bündnis, welches 2009 gegründet wurde, organisiert seit 2010 die Gegendemonstrationen zu den Neonaziaufmärschen in Dresden um den 13. Februar und betrachtet – im Gegensatz zu der von der Stadtführung unterstützten „Arbeitsgruppe 13. Februar“ – die Blockierung der NPD-Aufmärsche als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung (vgl. Steinhaus/Heim/Weber 2017: 157). Das Bündnis ist auch der organisatorische Nukleus von NoPegida.

der mangelnden Bereitschaft sächsischer Behörden, dem in Art. 8 GG garantierten Recht auf Versammlungsfreiheit zur Durchsetzung zu verhelfen, gewertet wurde (vgl. Steinhaus/Heim/Weber 2017: 151f.). Die unter dem Stichwort „Sächsische Demokratie“ rubrizierten Einschränkungen von Grundrechten werden von den Behörden jedoch oft nicht nur mit der öffentlichen Sicherheit (bzw. mit mangelnden Ressourcen zur Aufrechterhaltung derselben), sondern auch mit einem überzogenen Neutralitätsideal begründet, das letztlich als Blaupause für diejenigen Justizorgane dient, welche die Marginalisierung politischer Positionen mit deren mangelnder Unparteilichkeit und Differenzierung rechtfertigen. Ein Beispiel dafür war eine im Mai 2016 vom Landgericht Dresden verhängte einstweilige Verfügung gegen den Politologen und Sachverständigen im NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht Steffen Kailitz, dem untersagt wurde, seine Behauptung aufrechtzuerhalten, die NPD plane „*rassistische Staatsverbrechen*“. Das Urteil wurde von Richter Jens Maier gefällt, der als Bundestagskandidat für die AfD antritt.

Als eine wichtige diskursive Strategie sächsischer Demokratie wird die Neutralisierung politischer Konflikte genannt (vgl. Peter 2012), die – so wie während des Landtagswahlkampfes 2014 – z.B. durch den Appell an eine kollektive regionale Identität bzw. an das weitverbreitete Bewusstsein vom „sächsischen Exzeptionalismus“ erreicht wird, wodurch das Trennende überlagert werden soll (vgl. Steinhaus/Heim/Weber 2017: 144). *Herr Reese*, ein Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung, spricht von einem

*„monarchieähnlichen Zusammengehörigkeits- und Harmoniebedürfnis [...] Die offene Streitkultur, [...] die ist schwach ausgeprägt. Sondern wenn man streitet: aber bitte nicht so schlimm und immer gucken, [...] ob [der König] noch geneigt ist, das sich anzuhören. Das entspricht ja auch der Erfahrung. Die Monarchiezeiten waren nicht die schlechtesten.“<sup>205</sup>*

Diese Monarchie-Metaphern sind uns in den Gesprächen sowohl mit Landes- und KommunalpolitikerInnen von Oppositionsparteien als auch mit BürgerInnen immer wieder begegnet. So meint der Freitaler Gymnasiallehrer *Herr Tharandt*, dass die Demokratie in Sachsen von Beginn an „*durch dieses allmächtige Landesvaterdenken und Handeln schon so ein bisschen hofstaatmäßig aussah. [...] Demokratie wird als gut empfunden, aber das ist etwas, was mit uns und nicht durch uns geschieht.*“<sup>206</sup>

Viele unserer InterviewpartnerInnen betrachten die Dominanz der „Freistaatspartei“ CDU (Demuth/Lempp 2006: 11) nicht nur in der Landespolitik, sondern auch in den Kommunalparlamenten als ein Symptom und eine Ursache der Entpolitisierung. Sachsen ist nach wie vor die sicherste Hochburg der ChristdemokratInnen, die hier bei der Landtagswahl 1994 mit 58,1 Prozent ihr bestes Ergebnis auf Landesebene seit 1949 überhaupt erzielen konnten, weshalb das sächsische Parteiensystem unlängst und aus vielfachen Gründen als „Sonderfall“ beschrieben worden ist (Schubert 2006: 66):

<sup>205</sup> Interview mit *Herrn Reese*, Mitarbeiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, 1:01:40.

<sup>206</sup> Interview mit *Herrn Tharandt*, Gymnasiallehrer in Freital, 41:02.

*„Die strukturelle Asymmetrie zwischen schwarz-gelb und rot-grün fällt hoch aus. Die Volatilität ist nicht weiter vorangeschritten, die Fragmentierung dagegen schon. Die Segmentierung gegenüber der Linken ist in Sachsen ungeachtet gewisser Auflockerungstendenzen im Gegensatz zu den meisten anderen ostdeutschen Ländern ausgeprägter.“ (Jesse 2010: 329)*

Bis heute gibt es in Sachsen keinen einzigen Landrat, der nicht von der CDU gestellt wird. Diese Dominanz der Union war in den unruhigen Nach-Wende-Jahren zunächst ein Garant für stabile Regierungsbildungen. Für die Entwicklung der sächsischen Zivilgesellschaft und die Akzeptanz des Interessenpluralismus sei sie jedoch eher von Nachteil gewesen:

*„So kurz nach der Wende – die SED wird abgelöst – wählt sich die Bevölkerung den nächsten großen Block. Es gibt auch keine bedeutenden Aushandlungsprozesse, weil das der große Block gar nicht nötig hat. Das ist für die demokratische Kultur ganz am Anfang nicht der günstigste Start gewesen.“<sup>207</sup>*

Die hegemoniale Position der Union – die sich auch selbstbewusst als „die Sachsen-Partei“ bezeichnet (vgl. CDU 2014) – habe letztlich die Entstehung einer antagonistischen politischen Kultur in Sachsen befördert, indem sie zu einer „hochgradigen Lagerbildung“ und „zu einer hohen Frustration und Verletzung von Personen, die konträre Ideen hatten“, geführt habe.<sup>208</sup> Gerade auch das Verhältnis der im Landtag vertretenen Parteien sei durch ein ungewöhnlich hohes Maß an Misstrauen gegenüber der jeweils anderen Seite geprägt. „[D]ass wir nicht gelernt haben, aus diesen starren Ideologien, diesem Freund-Feind-Bild, rauszukommen“, sei das „Grundübel“ der sächsischen politischen Gesellschaft.<sup>209</sup> In die Theorie von Mouffe übersetzt: Die politische Kultur Sachsens weist noch immer Züge einer antagonistischen Öffentlichkeit auf, in der die Akteure einander als Feinde, denen jeglicher Anspruch auf eine legitime Repräsentation abgesprochen wird, anstatt als gleichberechtigte politische Gegner betrachten, deren Deutungsangebote von einem gemeinsam geteilten „ethisch-politischen Band“ zusammengehalten werden (Mouffe 2000: 55), was gerade auch auf kommunaler Ebene sichtbar wird:

*„Wenn man in die Kommunen hineinschaut, hört man oft: ‚Mit denen rede ich nicht, die haben uns die ganzen Jahre nicht zugehört‘. Da gibt es Verletzungen, die müssten jetzt erstmal überwunden werden – schwierig. Auch in der zivilgesellschaftlichen Szene gibt es nach wie vor eine große Ablehnung gegenüber der CDU, gegenüber staatlichen Institutionen.“<sup>210</sup>*

Die große Ablehnung der sächsischen Union seitens der zivilgesellschaftlichen Szene ist sicherlich zum einen darauf zurückzuführen, dass die Landesregierung das Problem Rechtsextremismus lange Zeit unterschätzt und viele Vereine, die Aufklärungs- und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus

<sup>207</sup> Interview mit Sebastian Reißig, 29:39ff.

<sup>208</sup> Ebd., 25:10 u. 26:18.

<sup>209</sup> Interview mit Herrn Tharandt, 10:18.

<sup>210</sup> Interview mit Sebastian Reißig, 26:45ff.

anbieten, eher behindert als gefördert hat.<sup>211</sup> So wurde die 2011 von Sachsen als erstem Bundesland eingeführte und 2015 wieder abgeschaffte Extremismusklausel – die Vereine und Initiativen, welche sich gegen Rechtsextremismus engagieren, bei der Inanspruchnahme von Bundes- und Landesförderprogrammen darauf verpflichtete, eine „Demokratieerklärung“ zu unterschreiben – oft als Ausdruck einer allzu einseitigen Fokussierung der sächsischen Behörden auf das linksextreme Gefahrenpotenzial gedeutet (vgl. Steinhaus/Heim/Weber 2017; Neubert 2013). Ein weiteres Indiz für das mangelnde Interesse der sächsischen Union an einer Auseinandersetzung mit dem Problem Rechtsextremismus ist die Tatsache, dass ein gemeinschaftliches Vorgehen der im sächsischen Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen zur politischen Aufarbeitung der NSU-Morde am mangelnden Interesse der damaligen Regierungskoalition aus CDU und FDP scheiterte, sodass ein Untersuchungsausschuss letztlich nur mit den Stimmen von SPD, LINKEN und Grünen gemäß Minderheitenrecht zustande kam (vgl. Neubert 2013: 82). Der CDU-Landtagsabgeordnete Sebastian Fischer bezeichnete die Arbeit des Ausschusses, dem er bis zum Ende der 5. Legislaturperiode selbst angehörte, als „Beschäftigungstherapie“ (Sebastian Fischer, zitiert nach Meisner 2015).

Das Unbehagen der linksliberalen Zivilgesellschaft gegenüber der sächsischen Union lässt sich zum anderen aber auch damit erklären, dass diese besonders konservativ ist. Schon 2005 hatte der damalige „Patriotismusbeauftragte“ der CDU Sachsen und heutige Landtagspräsident Matthias Röbber in einem Thesenpapier gefordert, dass die durch die „Kulturrevolte von 1968 verursachte Zerrüttung unserer Gesellschaft“ und die dadurch ermöglichte „herrschende Deutungsdominanz der ‚Achtundsechziger‘ in Medien, Wissenschaft und Schule und die damit verbundene Diskreditierung wertorientierter patriotischer Positionen zu überwinden“ seien (Matthias Röbber, zitiert nach Locke 2016) – solche Sätze stehen der Kulturkritik der Neuen Rechten, wie sie auch bei Pegida-Märschen geäußert wurde, in nichts nach. Als Röbber und Tillich im Mai 2016 erneut für die Vaterlandsliebe als obligatorische Bürgertugend warben, wurde von der Presse zynisch registriert, dass der CDU jedes Mal, wenn sie WählerInnen an Parteien rechts der Union (2004 an die NPD, 2014 an die AfD) verliere, offenkundig nichts Besseres ein falle, als „im Krisenfall de[n] Patriotismus-Joker [zu] ziehen, das vaterländische Über-Ich als die alles heilende weiße Salbe [zu] propagieren“ (Bartsch 2016). Andere AutorInnen vertreten die These, dass das von der sächsischen Union – im Vergleich zum CDU-Bundesverband – sehr offensiv vertretene wertkonservative Profil<sup>212</sup> dazu geführt habe, dass während Merkels Amtszeit das Dilemma der CDU,

<sup>211</sup> So auch die Einschätzung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und sächsischen Landesvorsitzenden der SPD, Martin Dulig: „Natürlich trägt auch die CDU eine Verantwortung dafür, welche Zustände heute in Sachsen herrschen. Sie hat das Problem 25 Jahre lang verharmlost und relativiert. Und sie begegnete denen mit Misstrauen, die sich stets gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagiert haben.“ (Martin Dulig, zitiert nach o.V. 2016b).

<sup>212</sup> Dazu gehören auch die relativ engen Beziehungen der Union zu den Evangelikalen in Sachsen. So erklärte der damalige Vorsitzende der CDU-Fraktion im sächsischen Landtag, Werner Steffen Flath, 2012 auf dem von den „Christdemokraten für das Leben“ – einer Sektion radikaler AbtreibungsgegnerInnen – initiierten „Schweigemarsch für das Leben“ in Annaberg-Buchholz (Westerzgebirge), die Gesellschaft werde „krank“,

konservative und liberale Wählerschichten gleichermaßen integrieren zu müssen, in Sachsen nur umso deutlicher hervorgetreten sei und Frustration erzeugt habe:

„Dieser Spagat, der in der politischen Rhetorik teilweise gelingen mag, **muss** letztlich scheitern, wo es um die Umsetzung der konservativen Rhetorik in der Gegenwartsgesellschaft geht, in der die sächsische Union gerade in ihrer Funktion als neoliberale Verwaltungspartei bestimmte europäische und bundesdeutsche Rechtsstandards – etwa Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgesetze – umsetzt. Die daraus resultierende Enttäuschung führt zur zunehmenden Abkehr und Radikalisierung der ultrakonservativen Milieus, mit denen die CDU eine offene politische Auseinandersetzung gleichwohl weiter vermeidet.“ (Steinhaus/Heim/Weber 2017: 166)

Nicht zuletzt vermeiden die ChristdemokratInnen hier die öffentliche Auseinandersetzung, weil sie selbst Teil und politische Vertretung eines radikalisierten, ultrakonservativen Milieus sind:

„So trat der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag, Steffen Flath, in Annaberg-Buchholz gern als Redner beim ‚Marsch für das Leben‘ auf – einer Veranstaltung der christlich-fundamentalistischen ‚Christdemokraten für das Leben‘, die vor allem mit kruden, ins Völkische reichenden Thesen zur Abtreibung auffallen. Auch die ‚Aktion Linkstrend stoppen‘, ein Zusammenschluss ganz besonders konservativer CDU-Mitglieder, ist ein solches Auffangbecken. Hier wird sich dem Kampf der ‚schleichenden Islamisierung‘ verschrieben, aber auch dem radikalen Lebensschutz. ‚Leitkultur‘ statt ‚Multi-Kulti‘ und ‚Vorfahrt für Ehe und Familie‘ sind weitere Grundsätze jener Rechtsausleger der Union, die vor allem in Publikationsorganen der Neuen Rechten (‚Junge Freiheit‘, ‚Freie Welt‘, ‚politically incorrect‘, etc.) weiter radikalisiert werden.“ (Lühmann 2015)

Die sächsische Union kann lediglich in symbolischen Auseinandersetzungen um die Zustimmung dieser Milieus werben, so wie in der Debatte um Christian Wulffs Satz „Der Islam gehört auch zu Deutschland“. Anfang 2015 sagte Tillich in einem Interview, er teile die Auffassung, dass der Islam zu Deutschland bzw. zu Sachsen gehöre, nicht: „Muslime sind in Deutschland willkommen und können ihre Religion ausüben. Das bedeutet aber nicht, dass der Islam zu Sachsen gehört.“ (Stanislaw Tillich, zitiert nach Kammholz/Malzahn 2015) Damit steht Tillich in Opposition zur Bundeskanzlerin Angela Merkel, die mehrfach unterstrichen hat, dass sie Wulffs These teile. Man kann darüber streiten, ob Tillichs Versuch, rechtskonservative Milieus zu integrieren, die sonst AfD wählen oder zu Pegida gehen würden, einer Isolationsstrategie vorzuziehen ist – auf jeden Fall besteht aber die Gefahr, dass BürgerInnen mit islamophoben Einstellungen sich durch die Einschätzung des sächsischen Ministerpräsidenten von staatlicher Seite her bestärkt fühlen und den Satz als Aufforderung

---

wenn sie sich nicht wieder stärker an den Zehn Geboten orientiere (vgl. Stange 2014: 38). Anmelder dieser Demonstration war der CDU-Kreistagsabgeordnete Thomas Schneider, der in der Erzgebirgsregion als Prediger Vorträge über die Gefahr des Islam hält, in denen er zur Missionierung von Muslimen aufruft.

interpretieren, die Ausbreitung der islamischen Kultur (notfalls gewaltsam) verhindern zu müssen. Der Sachsen-Monitor zeigt, dass islamophobe Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung sehr stark verbreitet sind: Über zwei Drittel, nämlich 69 Prozent, der Befragten stimmen der Aussage zu, dass „die meisten hier lebenden Muslime [...] nicht unsere Werte akzeptieren“; 39 Prozent sind sogar der Meinung, dass „Muslimen [...] die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden [sollte]“ (dimap 2016: 30). Vor allem letztere Zahl ist alarmierend, weil sie verdeutlicht, dass mehr als jeder dritte Sachse bereit ist, sein Unbehagen gegenüber Muslimen in Form der Unterstützung einer grundgesetzwidrigen Politik zu kanalisieren. Eine wesentliche Ursache für diese Fremdenfeindlichkeit ist der mangelnde Umgang der durchschnittlichen sächsischen Bevölkerung mit dem Fremden, der im folgenden Abschnitt behandelt werden soll.

## 5.2 Der (mangelnde) Umgang mit dem Fremden

Im Jahr 2016 wurde vom Freistaat Sachsen zum ersten Mal eine repräsentative Befragung in Auftrag gegeben, mit der ein umfassendes politisches Meinungsbild der sächsischen Bevölkerung erhoben werden sollte. Aus diesem „Sachsen-Monitor“ geht hervor, dass 58 Prozent der sächsischen EinwohnerInnen der Aussage zustimmen, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ (dimap 2016: 29). Zum Vergleich: Decker et al. (2016: 34) haben für dieselbe Frage im bundesdeutschen Durchschnitt eine Zustimmung von 33,8 Prozent gemessen; die Zustimmung in der ostdeutschen Bevölkerung liegt laut der aktuellen Mitte-Studie bei 35,2 Prozent. Damit liegt die Vermutung nahe, dass die sächsische Bevölkerung nicht nur im gesamtdeutschen Vergleich, sondern auch in Relation zu den anderen neuen Bundesländern in einem überdurchschnittlichen Maße fremdenfeindlich eingestellt ist. Gleichzeitig geben aber „nur“ 17 Prozent an, dass „ihre persönliche Wohnumgebung [...] durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet [ist]“ (dimap 2016: 29f.). Anhand dieser Differenz wird bereits die vielzitierte Diskrepanz zwischen dem Ausmaß der Angst vor „Überfremdung“ einerseits und der Häufigkeit persönlicher Begegnungen mit MigrantInnen andererseits deutlich. Sachsen hatte zum Jahresende 2015 einen AusländerInnenanteil von 3,9 Prozent, was angesichts des Bundesdurchschnitts von 10,5 Prozent ein relativ geringer Wert ist. Dass Kontakterfahrungen mit MigrantInnen die Wahrscheinlichkeit, fremdenfeindliche Einstellungen zu entwickeln, reduzieren, wird von der sozialpsychologischen Forschung seit Langem bestätigt.<sup>213</sup>

Wie in anderen Regionen Sachsens außerhalb der Großstädte Dresden und Leipzig sind auch die Bevölkerungsstrukturen in Freital und Heidenau ethnisch sehr homogen. *„In Freital mal einen Inder mit Turban zu sehen, das war ein Weltereignis. Jetzt nicht, dass sie alle staunten, aber das gibt es nicht.*

<sup>213</sup> Vgl. den Überblick bei Wagner/van Dick/Zick (2001).

*Du hast 'n paar Vietnamesen gehabt, sonst gab's nischt. Und das Stadtbild hat sich verändert, und damit kommen einige nicht klar.*<sup>214</sup> Allerdings hat die große Mehrheit der Flüchtlinge, die im Frühjahr 2015 in der Erstaufnahmeeinrichtung im Hotel Leonardo untergebracht waren, nach der Prüfung ihrer Asylanträge Freital verlassen, weshalb der AusländerInnenanteil mittlerweile wieder stark zurückgegangen ist. In den Fokusgruppen wird uns denn auch berichtet, dass z.B. der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in den Freitaler Schulen und Kindergärten sehr gering sei. Auch die nächste Generation wird somit kaum an den Umgang mit fremden Kulturen gewöhnt:

Frau Leuchtner: *Wenn man nur mal Dresden und Freital vergleicht: In Dresden hat man teilweise ein Drittel ausländisch oder – Kinder mit Migrationshintergrund, teilweise auch von Studenten, also auch aus Bildungsschichten. In Freital ist das – also wir haben jetzt einen einzigen bei uns, von 22 Schülern, drin. Und in der Kindergartengruppe, glaube ich, keinen.*<sup>215</sup>

Die meisten unserer FokusgruppenteilnehmerInnen sehen hierin aber kein Problem, sondern eher einen Vorteil, weil *„die wenigen [Kinder mit Migrationshintergrund], die da sind, [...] sich natürlich deutlich besser integrieren, als wenn ich die Hälfte der Klasse als Integrationskinder hätte“*<sup>216</sup>. Als ein Problem wird vielmehr die jüngste Zuwanderungswelle im Zuge der *Flüchtlingskrise* wahrgenommen. Viele unserer GesprächspartnerInnen machen sich nicht nur Sorgen, ob die Bundesrepublik die Aufnahme von mehr als einer Million Flüchtlingen seit 2015 ökonomisch bewältigen kann, sondern empfinden auch ganz konkret die Anwesenheit von Flüchtlingen in Freital und Heidenau als bedrohlich. Eine Fokusgruppenteilnehmerin, die in Heidenau-Süd wohnt, berichtet von einer Konfrontation mit Flüchtlingen, die ihre Lebensmittel zu stehlen versucht hätten, als sie auf dem Weg von der Tafel zu ihrer Wohnung gewesen sei.

Frau Preuss: *Ich bin bei der Polizei gewesen und hab Anzeige gemacht. Da musste ich noch einen Rüffel einstecken, warum ich mich gewehrt hab', ich hätte [...] das Zeug geben [sollen]. Was mir lieber wäre, gebrochene Knochen oder eben der Verlust der Dinge. [Pause] Und das hat mich auf die Palme gebracht. [...] Und da [Pause] möchte ich diese Leute nicht sehen.*<sup>217</sup>

Frau Preuss, seit 22 Jahren arbeitslos, ist der Meinung, dass *„[es] zu DDR-Zeiten [...] mit der Sicherheit [...] besser [war]“*. *„Wenn's kleinere Probleme gab“*, habe man sich an den „ABV“, den Abschnittsbevollmächtigten, gewandt: einen Volkspolizisten, der als Ansprechpartner für die BewohnerInnen seines jeweiligen Abschnitts fungierte. Zu ihm *„konnte man hingehen, konnte sagen:*

<sup>214</sup> Interview mit Herrn Tharandt, Gymnasiallehrer in Freital, 23:16.

<sup>215</sup> Fokusgruppe Freital 1, 01:15:24–01:15:41.

<sup>216</sup> Vgl. ebd., 01:15:10–01:15:42.

<sup>217</sup> Fokusgruppe Heidenau, 31:12–31:31.

„Also hier, wir haben Nachbarn, die machen Remmidemmi. Kannst du mal gucken?“<sup>218</sup> Frau Preuss erwähnt auch die „Freiwilligen Helfer der Volkspolizei“, welche die PolizeibeamtInnen ehrenamtlich unterstützt hätten, indem sie „abends mit Streife gelaufen sind“<sup>219</sup>:

*Frau Preuss: Man konnte zu jeder Nachtzeit – konnte man in Ruhe draußen gehen. Das kann man heute nicht mehr. Also war das zu DDR-Zeiten prima.*

*Frau Lenk: Das stimmt. Kann ich bestätigen, das ist so.*<sup>220</sup>

Frau Preuss habe nach der Wende lange Zeit die PDS bzw. DIE LINKE gewählt. Von deren Asylpolitik sei sie aber enttäuscht, weshalb sie sich im Zuge der *Flüchtlingskrise* der AfD zugewandt habe. Zudem habe sie eine Zeit lang Kundgebungen der „Bürgerinitiative Heidenau“ – auch als „Heidenauer Wellenlänge“ bekannt – besucht, welche die asylfeindlichen Proteste gegen die Erstaufnahmeeinrichtung im August 2015 mitorganisierte und die zeitweise ebenfalls, wie schon der äußerste rechte Rand der Freitaler Bewegung, von dem Rechtsanwalt Jens Lorek angeführt wurde. Da man sich aber nicht mehr, wie versprochen, bei ihr gemeldet habe, habe sie irgendwann ihre Teilnahme an den Veranstaltungen eingestellt. Frau Preuss verfüge über keinen Zugang zum Internet; das könne sie sich mit ihrem geringen ALG-II-Satz nicht leisten: Deshalb „ist man hier so, naja, isoliert“<sup>221</sup>. Trotzdem hat sie das Gefühl, über die Vorgänge im Ort gut informiert zu sein. So berichtet sie, dass es „in Heidenau sehr viele Übergriffe [von Flüchtlingen], auch an jungen Mädchen und so weiter“ gegeben habe: „Das ist ja alles unter’n Teppich gekehrt worden mit Verbot, dass sie drüber reden und so weiter. Bloß Heidenau ist klein, das ist dann Mundpropaganda, es geht von einem zum anderen.“<sup>222</sup>

Diese „Verbote“ sind aus Sicht von Frau Preuss allgegenwärtig: Ihr zufolge lebten wir in einem Überwachungsstaat, der die Gedanken der BürgerInnen in einem Maße kontrolliere, das in der DDR nicht möglich gewesen wäre. Sie versteigt sich sogar zu der Aussage, dass in der DDR mehr Demokratie geherrscht habe als in der Bundesrepublik, wo die BürgerInnen „nicht mehr ernst genommen“ würden:

*Frau Preuss: Und Sie sagten gerade: Man kann Politiker beschimpfen, der rührt sich nicht. Das stimmt. Aber zu DDR-Zeiten konnte man das auch, obwohl sie alle sagten, durfte man nicht, man ist in Bautzen gelandet und was weiß ich. Das ist nicht wahr. Ich habe immer meinen Mund geschwungen, weil ich da mit den Verhältnissen auch nicht so richtig klargekommen bin. Ich war sogar in Berlin zum Staatsrat selber gegangen [...]. Aber es hat sich dann was bewegt. Ohne dass mir jetzt gedroht worden ist mit Staatssicherheit und was weiß ich. Aber das kann man ja heute gar nicht mehr.*<sup>223</sup>

Frau Preuss bezieht sich hier auf ein Protestschreiben, das sie seinerzeit an den Staatsrat geschickt habe, um darüber zu klagen, dass ihrer Familie von den lokalen Behörden kein angemessener Wohnraum zur

<sup>218</sup> Ebd., 53:54ff.

<sup>219</sup> Ebd., 54:10.

<sup>220</sup> Ebd., 54:17–54:30.

<sup>221</sup> Interview mit Frau Preuss, Bewohnerin des Stadtteils Heidenau-Süd, 4:58.

<sup>222</sup> Ebd., 20:46.

<sup>223</sup> Fokusgruppe Heidenau, 01:26:08–01:26:56.

Verfügung gestellt worden sei. *Frau Preuss* versteht nicht, warum dies eine qualitativ andere Form des Protests sein soll als die Forderung nach politischen Grundrechten, welche die Menschen 1989 auf die Straße getrieben hatte. Ihre Ablehnung der parlamentarischen Demokratie verbindet sie ausschließlich mit ihrer persönlichen ökonomischen Situation; politikwissenschaftlich ausgedrückt: Sie bemisst die Legitimität des politischen Systems lediglich anhand der *Output*-Legitimität. Während sie in der DDR einen sicheren Arbeitsplatz und eine Familie gehabt habe – von ihrem Mann sei sie inzwischen geschieden, die Kinder seien erwachsen und fortgezogen – und somit ein Gefühl des Selbstrespekts habe entwickeln können, war die Nach-Wende-Zeit für sie von zahllosen Demütigungen geprägt. Die Gesellschaft der Bundesrepublik erlebt sie als eine brutale und anonyme Welt, in der es nur noch wenige persönliche Bindungen gebe. Außer zu ihren Kindern, die sie aber wegen der weiten Entfernung kaum noch sehe, pflege sie kaum Kontakt zu anderen Menschen. Dass nach der Wende „*das Zwischenmenschliche [...] auf der Strecke geblieben*“ sei, ist für sie daher besonders bedauerlich:

*Frau Preuss: Man kennt ja nicht einmal die Leute, die im Haus wohnen. So ungefähr, ne? Das war früher ganz anders. Die Hausgemeinschaft hat mal im Trockenraum jetze ein Hausfest gemacht oder Kindergeburtstag, alles. Das ist nicht mehr. Jeder macht die Türe zu, fertig, aus.*<sup>224</sup>

Daher ist ihr offenes Plädoyer für eine Rückkehr zur DDR-Diktatur – samt Wiederaufbau der Berliner Mauer – nur konsequent:

*Frau Preuss: Und ich habe gesagt, wenn ich jetzt in Heidenau um mein kleines Reich, um meine Wohnung die Mauer bauen könnte, ich täte sie wieder bauen.*<sup>225</sup>

Während die typischen PegidistInnen die DDR ablehnen – deshalb auch beständig ihre Sorge artikulieren, dass die „*Verhältnisse in der BRD*“ sich denen in der DDR annäherten –, ist *Frau Preuss* geradezu der Prototyp dessen, was man eine Wendeverliererin und „Ostalgikerin“ nennt. Deshalb überrascht auch nicht, dass ihr der „*Frieden mit Russland*“ besonders wichtig ist: „*Die haben uns früher befreit. Und jetzt soll es der letzte Husten sein. Das kann niemand so richtig verstehen.*“<sup>226</sup>

Die gewaltsamen Übergriffe gegen Flüchtlinge in Heidenau und Bautzen findet *Frau Preuss* zwar bedenklich; jedoch müsse man für die TäterInnen Verständnis aufbringen: „*Man muss die Leute auch verstehen, die keine andere Ausdrucksweise haben. Es kann nicht jeder reden, und es hat nicht jeder die Bildung. Da verstehe ich das nicht, dass da nun immer wieder draufgehauen wird, und das ist alles braunes Gepack da. Nee, das ist nicht wahr.*“<sup>227</sup> Hier finden wir also wieder dasselbe

<sup>224</sup> Ebd., 59:14–59:36. Die Aussagen von *Frau Preuss* lassen sich natürlich als Indiz für die „Vereinseitigungen“ (Dörre 2008: 250) des Dominanzkultur-Theorems lesen, das in Deutschland stark von Rommelspacher geprägt wurde. Dieser Ansatz geht davon aus, dass Gruppen, die „das Leistungsprinzip verabsolutieren und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für das Eigeninteresse reduzieren“, für rassistische Einstellungen anfälliger sind als die „Zu-Kurz-Gekommenen“ (Rommelspacher 1995: 86f.).

<sup>225</sup> Ebd., 01:26:08–01:26:56.

<sup>226</sup> Interview mit *Frau Preuss*, Bewohnerin des Stadtteils Heidenau-Süd, 34:57.

<sup>227</sup> Ebd., 38:55.

Rechtfertigungsmuster, wie es schon der AfD-Politiker Mayer angewendet hatte: Die StadtbewohnerInnen – dort die FreitalerInnen, in diesem Fall die HeidenauerInnen – seien nun mal nicht so kultiviert und gebildet, als dass man von ihnen erwarten könnte, liberale Konversationsmaximen zu befolgen. Zum einen ist damit eine Infantilisierung der TäterInnen verbunden, wie sie Sighard Neckel (1999) in den frühen 1990er Jahren in Eberswalde beobachtet hat. Zum anderen wird damit die Distanz zum „Gerede“ der Eliten – die Erklärung, dass man es ohnehin satthabe, immer nur zu reden, ohne dass etwas geschehe, die ungeduldige Bereitschaft, andere Mittel anzuwenden, wenn nichts Anderes mehr helfe – als eine Tugend gedeutet, die der Aufrechterhaltung der Ordnung diene; und damit steht *Frau Preuss* der Gedankenwelt der Freitaler Bürgerwehr durchaus nahe.

Anhand des Einzelfalls von *Frau Preuss* lässt sich sehr eindrücklich demonstrieren, was aus der quantitativen Forschung zum Zusammenhang zwischen Deprivation und Fremdenfeindlichkeit längst bekannt ist. Spier (2010) hat in einer multivariaten Regressionsanalyse nachgewiesen, dass von den acht von ihm zugrunde gelegten ModernisierungsverliererInnen-Indikatoren – Klassenlage, sozioökonomischer Status, sozioökonomische Statusinkonsistenz<sup>228</sup>, Sozialprestige, objektive und subjektive Einkommensarmut, Arbeitslosigkeit, prekäres Beschäftigungsverhältnis, soziale Exklusion – das absolute Deprivationsmaß des sozioökonomischen Status den stärksten Effekt hinsichtlich der Wahl einer rechtspopulistischen Partei hat, gefolgt vom Indikator der sozialen Exklusion, sodass aus Sicht der ModernisierungsverliererInnen-Theorie vor allem zwei Dimensionen der Deprivation wirksam sind: eine materielle Dimension, die den sozioökonomischen Status abbildet, und eine immaterielle Dimension, in der die soziale Isolation wirksam ist (vgl. ebd.: 266). Wie wir gesehen haben, kommen im Fall von *Frau Preuss* beide Faktoren zusammen und verstärken sich wechselseitig: Weil die Sozialhilfe für einen Internet-Anschluss nicht reicht, scheitern ihre Versuche, sich zu vernetzen, Kontakte zu knüpfen, sich über mögliche Weiterbildungen o.Ä. zu informieren, wodurch ihr wiederum auch mögliche neue Einkommensquellen verschlossen bleiben.

Hier wird auch nachvollziehbar, was in der Berichterstattung über ansteigende Fremdenfeindlichkeit während der *Flüchtlingskrise* 2015 möglicherweise untergegangen ist: Hierbei handelt es sich keineswegs um ein rein affektives Verhalten ohne rationalen Kern, sondern um die notfalls gewaltsame Verteidigung von Besitzstandswahrungsansprüchen gegen Bedrohungen von außen. Erklären lässt sich dies mit der *Realistic Conflict Theory (RCT)*. Deren Kernannahme lautet, dass „group conflicts are rational in the sense that groups do have incompatible goals and are in competition for scarce resources“ (Campbell 1965: 287) und dass „opposing claims to scarce resources, such as power, prestige or wealth, generate ethnocentrism and antagonism between groups“ (Tajfel/Turner 1970: 37). Gruppen, die von Ressourcenknappheit bedroht sind und ihren Status durch die Konkurrenz mit neuen bzw. wachsenden

---

<sup>228</sup> Statusinkonsistenz erfasst die Abweichung einzelner Status-Dimensionen wie Bildung vom ökonomischen Gesamtstatus. Dieser Indikator hat zwar einen signifikanten Effekt auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien; dieser Effekt wird aber dadurch abgedämpft, dass das hohe Bildungsniveau unabhängig von anderen Indikatoren eine geringere Tendenz zu einer Rechtswahl mit sich bringt (vgl. Spier 2010: 266).

*outgroups* zusätzlich bedroht sehen, entwickeln ein politisches Interesse daran, die Chancen der *outgroups* in diesem Wettbewerb zu unterminieren (vgl. Dülmer/Ohr 2008). Frühe VertreterInnen dieses Ansatzes sprachen noch von „*real threats*“, welche die Solidarität innerhalb der *ingroup* erhöhen und deren Grenzen verhärten, während sie jedoch bereits darauf hinwiesen, dass es für die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen bereits genüge, dass die von Abstieg bedrohten Bevölkerungsschichten glauben, dass ein solcher Zusammenhang bestehe (Campbell 1965: 291; Dülmer/Ohr 2008: 495). Da die Ressource Bildung im postfordistischen Zeitalter der Schlüssel für den Zugang zu anderen Ressourcen ist, überrascht nicht, dass die Wahl rechtspopulistischer Parteien stärker mit Bildung korreliert als z.B. mit der Höhe des Einkommens (Spier 2010).<sup>229</sup>

Dass eine latente Fremdenfeindlichkeit keineswegs allein mit sozioökonomischen Faktoren und niedrigem Bildungsniveau erklärt werden kann,<sup>230</sup> wird deutlich, wenn wir uns einige Aussagen von Befragten anschauen, die aus der Mittelschicht stammen und ihre Schullaufbahn mit dem Abitur abgeschlossen haben. So erzählt uns der 39-jährige Beamte *Herr Förster*, dass er sich vor allem im Sommer 2015 von den MigrantInnen so sehr bedroht gefühlt habe, dass er mit Pfefferspray bewaffnet joggen gegangen sei.

*Herr Förster: Und ich muss auch sagen, ich hab's auch selber erlebt, dass ich mich selbst als erwachsener Mann – ich geh sehr viel laufen am Edgar-Rudolf-Weg oder Richtung Kesselsdorf, dann ist das Kaufland gleich dahinter [Pause, schwer ausatmend] – ich muss jetzt ganz ehrlich zugeben, ich bin ein halbes Jahr lang auch mit Pfefferspray in der Tasche abends laufen gegangen, wenn's dunkel war, weil da muss ich immer sagen, ich [Pause] – so wie die ganze Geschichte abgelaufen ist, ist sie abgelaufen, es hätte in meinen Augen besser laufen können –*

Interviewer 1: *Darf ich kurz fragen: Welche Geschichte?*

<sup>229</sup> Der Zusammenhang zwischen höherer Bildung und einer geringeren Wahrscheinlichkeit, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen auszubilden, ist vielfach empirisch bestätigt worden (vgl. Mocan/Raschke 2016; Grabb 1979; Dekker/Ester 1987: 403ff.). Dieser Zusammenhang zeigt sich schon bei Jugendlichen: Je höher die von ihnen besuchte Schulform, desto weniger neigen Jugendliche zu rechtsextremen Einstellungen (vgl. Oepke 2005: 221ff.).

<sup>230</sup> Gleiches gilt etwa für die in Teilen fremdenfeindlich argumentierende AfD, die gerade nicht als Partei des abgehängten Prekariats gelten kann, sondern eine, so jüngst die StudienautorInnen Knut Bergmann, Matthias Diermeier und Judith Niehues vom Kölner Institut der deutschen Wirtschaft, „Partei der sich ausgelieferten Durchschnittsverdiener“ sei; die AutorInnen bestehen darauf, „dass die These von der Prekariatspartei zu keinem Zeitpunkt zutrifft“. Weder damals, noch heute.“ (Marc Felix Serrao, Die ängstliche Mitte, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 19.03.2017). Vielmehr zeige das Gehalt, so die exklusive Vorab-Analyse der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, „den sozialen Status an, das Ausgeliefertsein bezieht sich aufs Weltbild. Letzteres sei geprägt von ‚Krisenszenarien‘ und ‚Katastrophenängsten‘ – und dem Gefühl, auf die Politik keinen Einfluss mehr nehmen zu können. [...] Im Durchschnitt der vergangenen vier Jahre empfanden nur knapp 13 Prozent ihre [der AfD-Wähler] Situation als ‚schlecht‘ oder ‚sehr schlecht‘. Dieser Wert ist zwar etwas höher als bei anderen Parteien, aber keinesfalls hoch genug, um zusammenfassend von Abgehängten oder auch nur sich abgehängten Fühlenden zu sprechen.“ (Ebd.).

*Herr Förster: Dass sich dann eben so geballt [Pause], muss ich jetzt so sagen, junge Ausländer hinterm Kaufland, obwohl's Moslems sind teilweise – unten so'n kleines Bank-, Bankenareal –, dann dort mit ihrem Kasten Bier hingesetzt haben und sich dort betrunken haben [Pause] – und ich mich dort nicht mehr wohlgeföhlt habe, wenn ich dort vorbeigelaufen bin. So muss ich's jetzt wirklich mal ausdrücken.*

*Herr Strupp: Und selbst das wurde noch toleriert. Von den Freitalern.*

*Herr Förster: Ich hab' nie was gesagt, ich war auch nie vor dem Hotel, mich hat das einfach nur aufgeregt, wie dieser Ruf von dieser Stadt in den Dreck gezogen wird.<sup>231</sup>*

Hier wird sehr deutlich, wie viel Überwindung es Herrn Förster kostet, seiner Angst vor MigrantInnen offen Ausdruck zu verleihen: „Ich muss jetzt ganz ehrlich zugeben [...]“. Er betont sehr nachdrücklich, „nie was gesagt“ und mit den Anti-Asyl-Protesten vor dem Hotel Leonardo nichts zu tun gehabt zu haben,<sup>232</sup> und ist sichtlich bemüht, eine Rechtfertigung für sein Unbehagen zu artikulieren. Eine dieser Rechtfertigungsstrategien ist das Diskursmuster des täuschenden Ausländers, das hier nur sehr subtil angedeutet wird. Die Sequenz „obwohl's Moslems sind“ in Verbindung mit dem beobachteten Alkoholkonsum zeigt an, dass sich nach Ansicht von Herrn Förster „echte Muslime“ nicht so verhalten würden. Dieses Diskursmuster haben wir in unseren Fokusgruppeninterviews immer wieder registriert. So empört sich bspw. die Medizinerin Frau Jesse in einer anderen Fokusgruppe über alkoholisierte „Islamisten“, die sich ob ihres Verhaltens auch nicht über Demonstrationen wundern müssten, die dann von (wenigen) Rechten missbraucht würden:

*Frau Jesse: Aber die hingen dann vor den Läden, obwohl sie ja alle Islamisten sind und sich so sehr auf den Islam berufen, hatten sie eigenartigerweise alle Alkoholflaschen in der Hand. Und ja, dann kam's zu Demonstrationen. Demonstrationen müssen angemeldet werden. Natürlich finden sich dann immer in der Umgegend ein paar Rechte, die die Sachen dann unwahrscheinlich mit aufmischen.<sup>233</sup>*

In dieser Sequenz lässt sich beobachten, wie mangelnde sprachliche Differenzierung („Islamisten“), Stereotype („eigenartigerweise“, „alle“), *victim blaming* bzw. Täter-Opfer-Umkehr („dann kam's zu Demonstrationen“), Relativierung („Natürlich finden sich [...] ein paar Rechte“, „Demonstrationen“) und Externalisierung („in der Umgegend“) in einen unauflösbaren Gesamtzusammenhang gebracht werden. Nicht nur wird hier durch eine, im Übrigen äußerst gut situierte, Akteurin eine abgeschlossene Realität konstruiert, sondern en passant zugleich jegliche eigene, persönliche wie lokale Ursache negiert, vielmehr dem/der Fremden, der/die anders ist als in der konstruierten Vorstellungswelt, die Schuld für die Übergriffe übertragen. Während beim Freitaler AfD-Stadtrat Norbert Mayer die konsequente Anwendung von aus dem Koran abgeleiteten Regeln dessen Islamophobie begründet, ist

<sup>231</sup> Fokusgruppe Freital 1, 46:10–47:08.

<sup>232</sup> Interessant auch, dass selbst die Anwesenheit vor dem Hotel noch lange nicht als Problem wahrgenommen wird, sondern selbst hier auf die wenigen StörerInnen abgehoben wird.

<sup>233</sup> Fokusgruppe Freital 2, 56:43–57:22.

es bei *Frau Jesse* die Nichteinhaltung der ihr bekannten Regeln des Koran, die ihr Misstrauen hervorruft. Der Hedonismus der AsylbewerberInnen – von dem *Herr Förster* und *Frau Jesse* offenbar meinen, dass er Kriegsflüchtlingen schlecht anstehe – ist aus ihrer Sicht Ausdruck nicht nur von mangelnder Disziplin, sondern auch von Unberechenbarkeit. Sie stereotypisieren die MigrantInnen somit als RepräsentantInnen eines primitiven, irrationalen Anderen. Diese Konstruktion hat jedoch eine ordnungs- und identitätsstiftende Funktion innerhalb ihres Weltbildes, was anhand der Einsicht von Ernesto Laclau nachvollzogen werden kann, der zufolge sich die Grenzen eines Bedeutungssystems lediglich „als Unmöglichkeit der Verwirklichung dessen enthüllen können, was innerhalb dieser Grenzen liegt“, da die Grenzen nicht selbst Teil des Zeicheninhalts sein und daher auch nicht direkt bezeichnet werden können. „Echte Grenzen“ setzen daher eine „radikale Ausschließung“ voraus, die „konstitutiv [ist] für jede systemische Identität“ (Laclau 2002: 66f.). Die Grenze markiert eine irreduzible Negativität, die das Streben nach einer vollständigen Identität blockiert: Die Abgrenzung gegenüber einem Außen ist Ankerpunkt für die Stabilisierung hegemonialer Verhältnisse; sie ist aber auch die Bedingung, dass diese Diskurse nicht total sein können, weil das Außen stets in Anspruch genommen werden kann, um die Verhältnisse zu erschüttern (Möller 2015: 93). Kurz gesagt: Je bedrohlicher das Außen für die Bewahrung einer Identität wahrgenommen wird, desto wirksamer kann es seine Funktion als Bedingung für die Konstituierung und Stabilisierung einer Identität erfüllen. Umgekehrt ist es dann aber auch so, dass die Konstruktion eines bedrohlichen Anderen umso dringender benötigt wird, je stärker die kollektive Identität von einer Sinnkrise bedroht ist:

*„Die grundlegende Krisenhaftigkeit und konkrete Krisen eines natio-ethno-kulturell kodierten Wir werden durch die In-Szene-Setzung der Bedrohung durch ein Außen, durch ein von außen Kommendes gemindert. Die Konstruktion eines ‚gefährdenden Anderen‘ geht Hand in Hand mit der des ‚gefährdeten Wir‘.“* (Mecheril/van der Haagen-Wulff 2016: 127f.)

Dass das Verhalten der MigrantInnen auch der Selbstvergewisserung der Identität der Stadtgemeinschaft dient, wird anhand der kurzen Sequenz von *Herrn Schmidt* deutlich: Die FreitalerInnen seien eigentlich tolerant, weil sie sogar noch die Störung des Stadtbildes durch die nächtlichen Trinkeskapaden der AsylbewerberInnen akzeptierten.

Vor allem für unsere Fokusgruppenteilnehmerinnen war der große Anteil von „jungen Männern“ an der Gesamtzahl der Flüchtlinge ein Grund zur Besorgnis. Es sind diese „jungen Männer“, die in der Freitaler Bevölkerung maßgeblich das Bild des Anderen prägen:

Frau Leuchtner: *Für mich ist immer noch die Zusammensetzung der Flüchtlinge so ein Hauptgrund, dass da eben hauptsächlich junge Männer kommen als Kriegsflüchtlinge. Meine Großeltern, also meine Oma ist auch geflüchtet. Sie hat damals einen Säugling mitgenommen, mit ihrer Schwester zusammen, die ist mit fünf Kindern gestartet und mit drei Kindern angekommen, hier, zu Zweiten-Weltkriegs-Zeiten, wo ich so sage, die Männer haben alle im Krieg*

*gekämpft und die Frauen sind mit Kindern geflüchtet. Wir erleben jetzt, also zumindest gefühlt, sehe ich nur junge Männer auf der Straße, an Flüchtlingen, und kaum Familien. Es gibt Familien, ich weiß es, aber eben deutlich weniger als junge Männer ankommen. Und ich habe einen Nachbarn, der ist Bundespolizist, der steht unten im [unverständlich] und nimmt die auf, und wenn der erzählt, was dort teilweise abgeht, kann ich irgendwo auch verstehen, wenn dann so gewisses Unmutgefühl hochkommt.<sup>234</sup>*

Auch hier stoßen wir wieder auf die Konstruktion des unechten bzw. arglistig täuschenden Flüchtlings, die mit den Erlebnissen der Großmutter während der Flucht vor der Roten Armee plausibilisiert wird. Das Unverständnis darüber, dass junge Syrer – anders als die eigene Großelterngeneration – nicht bereit seien, „für ihr Land zu kämpfen“, ist einer der häufigsten Topoi, die den Rechtfertigungen von AsylgegnerInnen während der *Flüchtlingskrise* zu entnehmen waren. Dabei wird die Frage, ob es moralisch richtig wäre, für ein despotisches Regime wie das von Baschar al-Assad zu kämpfen, ebenso strikt ausgeklammert wie die Frage, ob der Rekurs auf den Kampfeinsatz der Großväter im Zweiten Weltkrieg als Schablone für vorbildhaftes Verhalten von Männern in Kriegszeiten der Situation wirklich angemessen ist (vgl. den Abschnitt „Eingewöhnter Geschichtsrevisionismus“). Diese „Gedankenlosigkeit“ (Arendt 2006: 57) – die Unfähigkeit, die reine Orientierung an Konventionen („So haben sich die Männer im Krieg zu verhalten“) und Erfahrungswissen (die Berichte der Großmutter) durch einen Perspektivwechsel (den Versuch, das Erfahrene vor dem Hintergrund einer veränderten Weltlage zu betrachten oder sich gar in die Anderen hineinzusetzen) zu überprüfen – schafft einen reichen Nährboden für fremdenfeindliche Ressentiments. Die Konstruktion des Anderen wird aber auch eingesetzt, um den Topos des „guten Ausländers“ zu plausibilisieren. So erzählt Herr Förster von Kontakten mit einer syrischen „Musterfamilie“, deren Integrationsbereitschaft ihn „schon mal wieder auf den Boden zurückgeholt“ habe:

*Herr Förster: Der Mann ist sehr nett. Die versuchen, das Kind zu integrieren, die haben hier 'ne Wohnung in Freital, und so stell ich mir das vor. 'Ne Musterfamilie, sag ich jetzt mal, wie man sich das vorstellt, die sich hier versucht zu integrieren.<sup>235</sup>*

Die klare Unterscheidung zwischen guten und schlechten AusländerInnen, wie sie sich bereits in der Nach-Wende-Zeit sehr rasch eingestellt hatte – hart arbeitende VietnamesInnen einerseits, parasitäre „Asylanten“ andererseits –, besteht somit fort: „Musterfamilien“, die, trotz ihrer anderen Religion, dem deutschen Ordnungsgefüge entsprechen, werden von „jungen Männern“ abgegrenzt, die aufgrund ihrer mangelnden Einbindung in die kleinste gesellschaftliche Assoziation, die Familie, den Verdacht auf sich ziehen, außerhalb der Gesellschaft zu stehen und deren Zusammenhalt zu gefährden, etwas Irreguläres und Unberechenbares, eben radikal Anderes zu repräsentieren. Hier wird AusländerInnenfeindlichkeit

<sup>234</sup> Fokusgruppe Freital 1, 58:01–58:45.

<sup>235</sup> Ebd., 1:13:15–1:13:29.

durch einen Konventionalismus bestärkt, der nicht nur auf dem Land, sondern auch in mittelgroßen Städten sehr verbreitet ist.

Heidenaus Bürgermeister Jürgen Opitz sieht den Grund für die große Skepsis der Ostdeutschen gegenüber EinwandererInnen darin, dass vor allem die älteren Menschen, aber auch die heute etwa Vierzigjährigen, die in der DDR sozialisiert wurden, die gegenwärtige Migrationspolitik, die als chaotisch, unkontrolliert erlebt werde, an einer aus ihrer Sicht gelungenen Migrationspolitik der DDR messen, die überhaupt nicht auf Integration, sondern auf völlige Segregation bei begrenztem Aufenthaltsstatus zielte:

*„Es gab keine Familien von den Ausländern, es gab keine Kinder von den Ausländern, sondern es gab immer nur diese Arbeiter, und es hatte letztendlich auch niemand was dagegen, wenn die in den Betrieben als der Ali oder als der Fidschi oder so bezeichnet worden sind. [...] Mit den Vietnamesen war es so, da waren Männer da, da waren Frauen da, aber keine Kinder. Fakt war aber, wenn eine Vietnamesin schwanger geworden ist, hatte sie zwei Möglichkeiten: Entweder die bleibt hier und treibt ab oder die muss mit dem Kind nach Vietnam und wird dann dort mit Schimpf und Schande empfangen. So viel zu dem Thema Völkerverständigung, Internationalismus. [...] Dieses Unvorbereitetsein auf das Fremde, was hier bleiben will, nicht bloß hier arbeiten will, wo alles geregelt ist: ‚Früh um 7 kommste und dann 19 Uhr verschwindest du in deinem Wohnheim und unsere Weiber kriegste gar nicht zu sehen, weil du eben abends im Wohnheim sein musst ...‘ – das ist alles plötzlich jetzt anders, und plötzlich erinnern die sich: ‚Mein Gott, wir haben doch mal im Fernsehen gesehen, wie schlimm das in Westdeutschland ist, wo hier so Türkenvolk mit Kindern und Clans und Familien lebt [...]. Und das kriegen wir jetzt auch.‘ Die Heidenauer Nazis, die haben ein großes Plakat gemacht, wenn sie hier durch die Kante marschieren sind, da stand drauf: Wir wollen keine westdeutschen Verhältnisse.<sup>236</sup> [...] Die meinten genau das: Dieses alltägliche Erleben fremder Kulturen vor der eigenen Haustür, das wollen die nicht.“<sup>237</sup>*

Auch die Freitaler Stadträtin Ines Kummer, die sich 2015/16 in der „Organisation für Weltoffenheit und Toleranz“ für Flüchtlinge engagiert hat, berichtet, dass die VertragsarbeiterInnen im Wohnheim „Am Langen Rain“ nicht nur aufgrund der Lage des Heims abseits des Stadtkerns, sondern auch aufgrund der

<sup>236</sup> Auch in diesem Punkt kann sich die fremdenfeindliche Polemik auf ein bekanntes Motiv der SED-Propaganda stützen, welche die Notwendigkeit der Verteidigung deutscher Tugenden wie Ordnung und Sauberkeit gegen die „westliche Unkultur“ durch den Sozialismus betonte (vgl. Rembold 2003: 201). Dieses Motiv wurde besonders deutlich in einem berühmten Referat Honeckers auf der 11. Tagung des ZK der SED formuliert: Die DDR, so Honecker, sei „ein sauberer Staat“, in dem „unverrückbare Maßstäbe der Ethik und Moral, für Anstand und Sitte“, gegen den „negative[n] Einfluß von Westfernsehen und Westrundfunk“ verteidigt werden müssten (Honecker 1966). Der Einfluss solcher Techniken, die der Herstellung nationaler Solidarität durch die Abgrenzung von einem feindlichen Außen dienen, auf die Verfestigung von Fremdenfeindlichkeit sollte nicht unterschätzt werden.

<sup>237</sup> Interview mit Jürgen Opitz, 30:37–34:20.

rigiden Heimordnung wie „auf Inseln“ gelebt hätten. Sie selbst habe sich in den 1980er Jahren in dem Wohnheim aufgehalten; „[a]ber das war von staatlicher Seite überhaupt nicht erwünscht. [...] Es gab sogar Repressalien, man wurde zum Gespräch gebeten“ (Rohrmeier 2015).<sup>238</sup> Dem widerspricht einer unserer Interviewpartner, *Herr Lehmann*,<sup>239</sup> der zu Beginn der 1980er Jahre als Vertragsarbeiter nach Freital kam und nach der Wende dort blieb, vehement: Was Frau Kummer in den Medien über den Umgang mit AusländerInnen in der DDR gesagt habe, sei „eine große Lüge“<sup>240</sup>. *Herr Lehmann* ist der Meinung, dass die Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte nun mal „ein Geben und Nehmen“ sei und dass MigrantInnen, die sich nicht „ordentlich benehmen“, legitimerweise mit Repressalien zu rechnen hätten. In der DDR sei dies in vorbildlicher Weise umgesetzt worden: Manche HeimbewohnerInnen hätten sich schlecht benommen, z.B. nachts laute Musik angeschaltet oder Schränke und Türen beschädigt; doch „*unsere Regierung damals, diejenigen, die sowas gemacht haben, haben sofort eine Maßnahme erhalten, das heißt, sie mussten in die Heimat zurück. Und da finde ich, damals, das hat sehr gut funktioniert [...].*“<sup>241</sup> Denn jene ArbeiterInnen, die Disziplin bewiesen hätten, seien mit einem längeren Aufenthaltsrecht belohnt worden, „*und einer davon bin ich, und deswegen geht es mir auch gut*“<sup>242</sup>.

Wenn die Menschen in Freital über Erfahrungen mit GastarbeiterInnen in der DDR berichten, wird immer wieder positiv hervorgehoben, dass „*es [...] Menschen [waren], die hier gelebt haben, die aber auch hier gearbeitet haben, die sich auch benommen haben*“<sup>243</sup>. Damals habe es „keinen Ärger“ gegeben – manchen unserer FokusgruppenteilnehmerInnen ist allerdings bewusst, dass das niedrige Konfliktpotenzial seine Ursache in der rigiden Segregation hatte, deren Preis der Verzicht auf Integration war.

Herr Strupp: *Es gab nie Ärger.*

Herr Buckel: *Es war ein wunderbares Auskommen mit den Leuten.*

Herr Strupp: *Es gab keinen Ärger, weil die ghettoisiert waren. Da gab's ja keine, die wurden – das Thema Integration stand ja nie an, zu DDR-Zeiten.*<sup>244</sup>

Zudem wird auf den spezifischen kulturellen Hintergrund und wiederum auf geordnete Verhältnisse angespielt, wonach von den VertragsarbeiterInnen gerade keine „Überfremdungsgefahr“ ausgegangen sei und man sich – die Übergriffe auf ebenjene VertragsarbeiterInnen in den frühen 1990er Jahren in

<sup>238</sup> Das haben nach der Wende auch viele VertragsarbeiterInnen selbst berichtet: „Ein wenig fühlten wir uns wie Häftlinge, denn es war völlig schwer, an uns heranzukommen. Erstmal durften wir von Montag bis Freitag nur bis 22.00 Uhr Ausgang haben, in unseren Zimmern keine Frauen empfangen und wenn ein Arbeitskollege oder deutscher Bekannter mal zu Besuch kam, mußte er den Personalausweis vorlegen und Fragen des Pförtners beantworten. Das fand ich nicht richtig, denn es war den Leuten unangenehm, den wenigen, die uns trauten.“ (Zitiert nach Marburger et al. 1992: 24).

<sup>239</sup> Name anonymisiert.

<sup>240</sup> Interview mit *Herrn Lehmann* (Name anonymisiert), 2:38.

<sup>241</sup> Ebd., 3:36–3:49.

<sup>242</sup> Ebd., 4:34.

<sup>243</sup> Fokusgruppe Freital 2, 1:02:08–1:02:16.

<sup>244</sup> Fokusgruppe Freital 1, 44:39–44:48.

Freital, dem nicht so fernem Hoyerswerda oder Rostock-Lichtenhagen ausblendend – diskussionslos verstanden habe.

Frau Jesse: *Gerade Ungarn sind sehr viel hier in Freital gewesen, sind auch sehr viele hier in Freital geblieben, haben Familien hier gegründet, da hat's nie irgendwelche Diskussionen, irgendwelche Proteste gegeben. Es sind Vietnamesen gewesen, die auch hier sesshaft geworden sind. Auch mit denen hat's keine Diskussionen gegeben.*

Herr Ahrens: *Wir hatten auch noch Kubaner, hatten wir auch noch.*

Frau Jesse: *Ja.*

Herr Ahrens: *Das waren eben alles geladene Gäste und sind alles Leute gewesen, die mit Ausweisen gekommen sind und nicht uns überströmt haben.*<sup>245</sup>

Was den FreitalerInnen Sorge bereitet, ist somit das von RechtspopulistInnen gerne bemühte Bild von der „Asylflut“, die das Land „überströmt“, während diese als ungeordnet wahrgenommene Migrationspolitik mit der geordneten GastarbeiterInnenanwerbung der DDR kontrastiert wird: „*Man hatte hier eine begrenzte Zahl [von AusländerInnen], das ist keine Flut gewesen*“<sup>246</sup> wie im Jahr 2015. Dabei wird die angesprochene Anwerbepraxis der DDR, die ja gar nichts mit Asylpolitik zu tun hatte, romantisiert: Dass es, wie wir sahen, GastarbeiterInnen eben nicht problemlos möglich gewesen war, z.B. Familien zu gründen, wird in dem gerade zitierten Fokusgruppen-Ausschnitt ausgeblendet oder ist schlicht unbekannt. Die Flut-Metapher ist jedenfalls Ausdruck eines weitverbreiteten Gefühls, nicht mehr Herr der eigenen, nationalen Lage zu sein. Die *Flüchtlingskrise* 2015 hat aus Sicht vieler Menschen jene Ängste bestätigt, die von RechtspopulistInnen seit Jahrzehnten geschürt werden: dass in einer post-souveränen Ordnung wie der EU kein Land mehr autonom über den Schutz seiner Grenzen entscheiden könne. In Ostdeutschland ist diese Angst besonders groß, weil hier Erinnerungen an einen Staat, der die Logik nationaler Souveränität, gerade auch in Bezug auf die Grenzsicherung, in seiner Reinform inkarnierte, sehr viel präsenter sind als in den alten Bundesländern. Wenn die TeilnehmerInnen unserer Fokusgruppen die Migrationspolitik der DDR, die in der Tat alle AusländerInnen als „geladene Gäste“ behandelte, als positives Gegenbeispiel zur Asylpolitik in einer postsouveränen Welt, in der nichts (nicht einmal die Grenzen) mehr sicher scheint, so kann dies aus Sicht der psychoanalytischen Autoritarismusforschung im Sinne einer Dissonanzreduktion gedeutet werden: Fremdenfeindlichkeit ist demnach ein Mechanismus zur Herstellung kognitiver Konsonanz, zur Abwehr möglicher innerer Konflikte, die z.B. entstehen könnten, wenn man sich eingestehen müsste, dass die DDR-GastarbeiterInnenpolitik auf die Situation von 2015 gar nicht übertragbar ist, dass eine in der DDR künstlich aufrechterhaltene Welt ohne tiefgreifende ethnisch-kulturelle Differenzen im 21. Jahrhundert nicht mehr zu haben wäre (vgl. Hadjar 2004: 137f.). Einen solchen „Reinheitszwang“,

<sup>245</sup> Fokusgruppe Freital 2, 43:59ff.

<sup>246</sup> Ebd., 1:02:03.

der für ein „rigides Denken“ so charakteristisch ist, hatten wir bereits als Erklärung für das in Sachsen besonders auffällige Bemühen um die Leugnung von Problemen mit Rechtsextremismus angeführt, da ein entsprechendes Eingeständnis die kollektive sächsische Identität „verunreinigen“ würde.

Als 2015 angesichts der Formierung von Pegida nach Gründen gesucht wurde, weshalb dieses rigide Denken gerade in Sachsen so sehr verbreitet ist, haben sowohl KommentatorInnen als auch WissenschaftlerInnen, u.a. der Historiker Heinrich August Winkler, gemahnt, dass der Status der Region Dresden als „Tal der Ahnungslosen“ zu DDR-Zeiten – also die Tatsache, dass in der Region kein Westfernsehen empfangen werden konnte – bei der Erklärung dieses Phänomens nicht unterschätzt werden sollte (vgl. Haselberger/Monath 2015). Obwohl diese Erklärung zunächst banal und nach Küchenpsychologie klingt, wird sie von unseren ExpertInnen vor Ort bestätigt. Weil es kein Westfernsehen gab, hatten die Menschen in der Umgebung von Dresden noch weniger Gelegenheit, sich mit anderen Kulturen und Ethnien auseinanderzusetzen, so Heidenaus Bürgermeister Opitz; denn in den öffentlich-rechtlichen Programmen hätten sie am Beispiel des „freundlichen Ausländers“ wie Roberto Blanco sehen können, dass das Fremde so fremd gar nicht sei, aber: „*Nicht mal das ist gekommen.*“<sup>247</sup> Kurz nach der Wende diente der Verweis auf die ethnische Homogenität in der DDR ostdeutschen KommunalpolitikerInnen gerne als Rechtfertigung für eine *Appeasement*-Politik gegenüber der rechten Szene, die mit der „Tendenz einher[ging], sich selbst zu infantilisieren [...]“, die geringe Erfahrung der ostdeutschen Gesellschaft mit dem Fremden als Zeichen der vom SED-Regime aufgezwungenen politischen Unmündigkeit zu deuten, die zu überwinden einen längeren Lernprozess und daher auch Verständnis erfordere (Neckel 1999: 28). Solche Tendenzen gibt es bei Opitz nicht: Als bekennender Katholik benennt er die Diskrepanz zwischen staatlich verordneter internationaler Solidarität und geduldetem Rassismus in der Lebenswirklichkeit der DDR als Hauptursache der verbreiteten Fremdenfeindlichkeit im Osten, wirft den BürgerInnen aber auch dezidiert vor, nichts zu unternehmen, um sich von den Schatten dieser Vergangenheit zu befreien.

Das gilt aus Sicht von Opitz auch für den „*absolute[n] Neidkomplex*“, der im Osten sehr wirksam sei und nun „*an den Schwächsten [...] ausgelebt*“ werde,<sup>248</sup> indem sich dieser Sozialneid in

<sup>247</sup> Interview mit Jürgen Opitz, 38:04.

<sup>248</sup> Ebd., 1:39:58. Der DDR-Historiker Stefan Wolle weist darauf hin, dass VertragsarbeiterInnen zu DDR-Zeiten mit Neid und Missgunst konfrontiert waren: „Hier konnten sie [die Vertragsarbeiter] Nähmaschinen, Fahrräder oder Mopeds kaufen – Waren, die in ihrer von einem dreißigjährigen Krieg gebeutelten Heimat ein Vermögen wert waren. Gerade diese Einkäufe wurden von der DDR-Bevölkerung jedoch argwöhnisch beäugt. In den Stasi-berichten ist von Neid und Missgunst die Rede, auch weil die fleißigen Vietnamesen ihren deutschen Arbeitskollegen schnell den Rang abliefen. Viele Deutsche sprachen gehässig von ‚Vietcongs‘ und ‚Fidschis‘ und verdächtigten die Kollegen des Schwarzhandels“, die aber eben auch Opfer von rechter Gewalt wurden, deren Wurzeln Wolle in der DDR verortet. „In den achtziger Jahren gab es insbesondere in Sachsen schwere Schlägereien. Insgesamt 8.600 rechtsradikale und rassistische Übergriffe wurden gemeldet. Sicher ist die hohe Zahl auch der Registrierungssucht der Stasi geschuldet. Und doch kann sie niemanden verwundern, der in der DDR gelebt hat. In der geschlossenen Gesellschaft gedieh der Hass gegen alles Fremde wie der Schimmelpilz in einem feuchtwarmen Keller.“ (Wolle 2015).

wohlstandschauvinistischen Ressentiments gegenüber Flüchtlingen entlade. Opitz erwähnt u.a. die Wut der Heidenauer BürgerInnen auf die angeblich gut ausgestatteten Mobiltelefone von AsylbewerberInnen: „[D]ie können sich das nicht vorstellen, ‚dass ein Schwarzer ein Handy hat‘. Wenn der eine Trommel hätte, dann wäre deren Weltbild absolut in Ordnung. Dann würden die dem ja vielleicht auch ihr abgelegtes [Handy] geben.“<sup>249</sup> „Neid“ ist ein Begriff, den unsere InterviewpartnerInnen sehr häufig verwenden – nicht nur, wenn sie selbst nach Ursachen für Fremdenfeindlichkeit suchen. So wird „der Neid“ z.B. als Grund für den heute (gegenüber der DDR-Zeit) mangelnden Zusammenhalt in der Nachbarschaft angegeben: Die Heidenauerin *Frau Preuss*, die selber Hartz IV bezieht, berichtete, dass sozial Schwache aus Neid den Kontakt zu jenen, denen es besser gehe, meiden würden: „[U]nd wer jetzt ’n bisschen auf sich hält und so was, der lässt sich nicht mit Hartz-IV-Empfängern ein. Das könnte ja abfärben.“<sup>250</sup> Interessant ist, dass auch InterviewpartnerInnen, die sich politisch links einstufen, den Begriff „Neid“ in diesem Zusammenhang ohne Scheu verwenden, obwohl er vielfach missbraucht wird, um einen Egalitarismus zu diskreditieren, den viele Ostdeutsche in der DDR realisiert sahen und an dem sie die Marktgesellschaften des Westens noch heute messen. So wird z.B. in der tendenziös-konservativ gefärbten Sekundärliteratur zu Pegida versucht, den höheren Anteil fremdenfeindlicher Einstellungen in Ostdeutschland mit einem „ungern als solche[n] eingestandene[n] und deshalb lieber als ‚Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit‘ ausgedrückte[n] Neid“ zu erklären, der durch die sehr rasche Differenzierung „zwischen Gewinnern und Verlierern der Systemtransformation“ gewachsen sei (Patzelt/Klose 2016: 490).<sup>251</sup> Zweifellos hat der ausgeprägte Gleichheitssinn der Ostdeutschen, der während der SED-Diktatur die Unterdrückung erträglicher machte, sie sogar zu einer Bedingung solidarischer Beziehungen werden ließ – „[s]ofern nur alle gleichermaßen unter der Bedrückung [litten], [konnte] die Gleichheit mit der Herrschaft leben“ (Engler 2000: 297) –, dazu geführt, dass hier bereits vor der Wende jeder noch so feine Unterschied beargwöhnt wurde (vgl. ebd.), sodass die nach 1990 einsetzende soziale Spaltung aus Sicht der WendeverliererInnen für eine umso größere Frustration, eine gesteigerte Wut auf alles Prätentiose, Abweichende Anlass gab. Heute, d.h. jeden Montagabend auf den Straßen von Dresden, kanalisiert sich diese Wut gegen alles Non-Konforme einerseits im Hass auf die kulturellen Eliten, die „Lügenpresse“, da diese sich vom wahren Volk entfernt habe, und andererseits im Hass auf die AusländerInnen, die im Verdacht stehen, trotz ihrer Unangepasstheit besser wegzukommen, während man selbst so große Anstrengungen unternimmt, sich den hegemonialen Leistungsimperativen anzupassen. Hier stoßen wir erneut auf die Wurzel „autoritärer Aggression“, wie sie von Adorno et al. in den „Studien zum

<sup>249</sup> Interview mit Jürgen Opitz, 1:39:58.

<sup>250</sup> Interview mit *Frau Preuss*, Bewohnerin des Stadtteils Heidenau-Süd, 32:35.

<sup>251</sup> Diese Spaltung wird in politisch-kultureller Hinsicht dadurch verstärkt, dass es vor allem die WendeverliererInnen sind, die in dem (in den letzten dreißig Jahren formierten) *Cleavage* zwischen KosmopolitInnen und EthnozentristInnen (vgl. hierzu Geiges 2016: 141; Jörke/Selk 2015) aufseiten Letzterer stehen.

autoritären Charakter“ beschrieben worden ist: Das zur konventionalistischen Verteidigung des Hergebrachten neigende bürgerliche Individuum, „das zum Verzicht auf fundamentale Wünsche und in einem System strenger Selbstbeschränkung zu leben gezwungen wurde, und das sich betrogen fühlt, [...] wird sich [...] besonders über die Vorstellung ärgern, andere könnten ‚besser wegkommen‘“ (Adorno et al. 1973: 50). Da es aber „zu wirklicher Kritik an der akzeptierten Autorität nicht imstande ist“ – denn sie liefe Gefahr, das Hergebrachte zu erschüttern –, flüchte sich das Individuum in autoritäre Aggression, in der „die ursprünglich durch die Autoritäten der Eigengruppe erweckte und gegen sie gerichtete Feindseligkeit auf die Fremdgruppen *verdrängt* wird“ auf diejenigen, die sich der Autorität nicht fügen und somit im Verdacht stehen, sich den Verzichtserfahrungen, welche die Not- und Schicksalsgemeinschaft des Volkes miteinander verbindet, durch allerlei Tricks entzogen zu haben (vgl. ebd.: 24, 51).<sup>252</sup> So glauben immerhin 14 Prozent der sächsischen Bevölkerung, dass es den in Deutschland lebenden AusländerInnen besser gehe als den BewohnerInnen Sachsens (vgl. dimap 2016: 15). Wenn angesichts steigender Vermögensungleichheit und beruflicher Unsicherheit die sozialen Gleichheitsversprechen der Demokratie versiegen (vgl. Jörke 2010), bleibt in der Wahrnehmung vieler Menschen insbesondere in der „Zone der Entkoppelung“ nur der Rückbezug auf die nationale Gleichheit, die insofern einfach zu haben sei, als dass man sich nur der Fremden und der „Verräter“ in Medien und Politik entledigen müsste, von denen pauschal angenommen wird, dass sie sich nationalen Ordnungsimperativen entziehen und gegen nationale Tugenden verstoßen.

Dass die infolge des DDR-Isolationismus im Weltbild vieler Ostdeutscher verfestigten sozialromantischen Utopien von einer ethnisch und sozial homogenen Wohlfahrtsgemeinschaft Fremdenfeindlichkeit begünstigen, haben wir in diesem Bericht schon mehrfach hervorgehoben. Erstens aber wirkt die Erklärung von Fremdenfeindlichkeit mit einem (angeblich) spezifisch ostdeutschen Sozialneid insofern verharmlosend, als sie biologistische und kulturalistische Vorurteile, von denen Bürgermeister Opitz in der eben zitierten Passage berichtet, überhaupt nicht erfasst; und zweitens wird damit offenkundig der Zweck verfolgt, die Bedeutung von Verteilungsfragen bzw. sozialpolitischen Ursachen für die Verhärtung rechtsextremer Weltbilder moralisch mit dem Verweis auf regressive Neidreflexe auszublenden, anstatt der Möglichkeit Beachtung zu schenken, dass hierin gescheiterte Anerkennungswünsche von Subjekten zum Ausdruck kommen, die sich selbst als schwach und die Konkurrenz mit neuen *outgroups* um dieselben knappen Ressourcen als bedrohlich empfinden. Bei der Darstellung des Forschungsstandes hatten wir bereits gesehen, dass dieser Zusammenhang – „opposing claims to scarce resources, such as power, prestige or wealth, generate ethnocentrism and antagonism between groups“ (Tajfel/Turner 1970: 37) – von der Theorie Realistischer Gruppenkonflikte

---

<sup>252</sup> Für Adorno et al. war die Gleichzeitigkeit von Aggression und Unterwürfigkeit, die durch eine übermäßig unterwürfige Haltung gegenüber den Eltern, insbesondere gegenüber dem Vater, zustande komme, konstitutiv für die Ausbildung einer autoritären Persönlichkeit. Christel Hopf (1993: 451) hat demgegenüber vorgeschlagen, einen Autoritarismus, bei dem Dominanzverhalten und Aggression überwiegen, von einem Autoritarismus zu unterscheiden, bei dem Ängstlichkeit und Unterordnungsbereitschaft dominieren.

hervorgehoben wird. Dabei genügt es bereits, dass die Knappheit subjektiv als solche wahrgenommen wird. Anfangs haben uns einige Sozialstrukturdaten von Freital und Heidenau gezeigt, dass der Mangel an Arbeitsplätzen und Lehrstellen in dieser Region von vielen Menschen aber als sehr real erfahren wird. Da jedoch der „Neid“ verpönt ist, werden wohlfahrtschauvinistisch motivierte Ressentiments nur im Rahmen des Diskursmusters der fraternalen Deprivation geäußert: So empören sich z.B. ältere FokusgruppenteilnehmerInnen, die Rente beziehen, vor allem darüber, dass jetzt, in Zeiten der *Flüchtlingskrise*, „auf einmal Geld da“ sei, wohingegen in den letzten Jahren bei den sozialen Projekten für deutsche Jugendliche ohne Ausbildung und/oder Schulabschluss (genannt wird u.a. der CJD in Heidenau, der dort eine Produktionsschule für benachteiligte junge Menschen unterhält) gespart worden sei.<sup>253</sup> Darüber, dass die eigene Rente viel zu niedrig sei und der eigenen Lebensleistung nicht entspreche – ein Motiv, das im Osten weitverbreitet ist –, wird in diesem Rahmen nur selten gesprochen, was möglicherweise dem halböffentlichen Charakter der Fokusgruppe geschuldet ist.<sup>254</sup> Stattdessen wird auf die Misere von sozial benachteiligten Deutschen verwiesen, um für die wahrgenommene Ungerechtigkeit der dem Empfinden nach viel zu nachsichtigen Behandlung von Flüchtlingen zu argumentieren:

Herr Knoll: *Unsere wissen ja nicht mal mehr, wie viele hier sind, wer alles hier ist. Die tauchen ja unter, die Leute, mitunter. Ne? Das ist ein großes Problem. Andererseits tut man die Leute, die wirklich so tief unten stehen, die keine Arbeit mehr haben und in Hartz IV hängen, ne? Oder vielleicht auch Leute, die in einer Arbeit sind, die noch zum Aufstocken gehen müssen, ne? Und andererseits sehen sie dann, dass so viele Leute reingelassen werden hier, die hier auch sofort das kriegen, obwohl sie in den Sozialtopf nicht mit eingezahlt haben. [...] ich kann das nicht einfach so tolerieren und alles reinlassen. Und drohen. Und den Leuten immer drohen: Wenn du das nicht machst hier, so und so, die Bewerbung, tun wir dir kürzen. Und so weiter und so fort.*

Der in diesem Ausschnitt aus einer Freitaler Fokusgruppe anklingende Wohlstandschauvinismus scheint sich aus einem nationalen Solidarismus zu speisen, der in der sächsischen Bevölkerung aber sehr enge Grenzen zu haben scheint, da die Abwertung von Arbeitslosen – die, wie wir sahen, auch eine Dimension in Heitmeyers Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit darstellt – hier ebenfalls weitverbreitet ist: Dem Sachsen-Monitor zufolge stimmt fast die Hälfte (46 Prozent) der Befragten der Aussage zu, dass „die meisten Langzeitarbeitslosen [...] sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben [machen]“ (dimap 2016: 30).

<sup>253</sup> Fokusgruppe Heidenau, 1:15:31.

<sup>254</sup> Zur präferenzreinigenden Wirkung der Öffentlichkeit vgl. z.B. Benhabib (1995: 12): Das „Verfahren, gute Gründe öffentlich vorzubringen, nötigt den Einzelnen, darüber nachzudenken, was als ein guter Grund für alle anderen Beteiligten zählen könnte“. Zu dieser „civilizing force of hypocrisy“, durch die „even self-interested speakers are forced or induced to argue in terms of the public interest“, vgl. auch Elster (1995: 251).

### 5.3 Regionale Identität und Misstrauen gegenüber dem Westen

Unter Punkt 3.2 hatten wir festgestellt, dass die fraternal relative Deprivation – das Gefühl, als Gruppe der Ostdeutschen benachteiligt zu sein – einen größeren Einfluss auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungsmuster hat als die individuelle relative Deprivation, und die in der Sekundärliteratur diskutierte These referiert, dass die fraternal relative Deprivation der Ostdeutschen gegenüber „dem Westen“ ein wichtiger Faktor für die Erklärung rechtsextremer Einstellungen sein könnte. In der Tat haben wir in unseren Fokusgruppen bemerkt, dass jenen TeilnehmerInnen, die durch latent fremdenfeindliche Äußerungen auffallen, die Arroganz „des Westens“ ein besonderes Ärgernis ist. So beklagt z.B. *Frau Jesse*, dass die angesichts des „Ausverkaufs“ der DDR-Industrie nach der Wende doch erstaunlich robuste Wirtschaftskraft Ostdeutschlands im Westen nicht angemessen gewürdigt, gleichzeitig aber die Verantwortung des Westens für die Strukturprobleme zu wenig betont werde:

*Frau Jesse: Und auch mich stört so sehr in Zeitungsberichten, es wird immer wieder, immer wieder „der Osten hat nicht dieselbe Wirtschaftskraft wie der Westen“. Ja, warum ...*

*Herr König: Hängt hinterher.*

*Frau Jesse: Ja, warum haben wir sie nicht? Weil sämtliche Betriebe plattgemacht wurden. Und immer wieder ... man sollte endlich mal wirklich von ganz Deutschland ausgehen, denn dass es ein Nord-Süd-Gefälle auch gibt, ist da. Aber davon wird nie geredet.<sup>255</sup>*

Viele FokusgruppenteilnehmerInnen fühlen sich vom Westen nicht ernst genommen, was ein zentrales Ergebnis der Sächsischen Längsschnittstudie bestätigt, für die seit 1987 in mittlerweile 27 Wellen Einstellungen von Menschen erhoben worden sind, die um 1970 in den Regionen Leipzig und Chemnitz geboren worden waren (vgl. Berth et al. 2015a: 81f.).<sup>256</sup> So empört sich etwa der 66-jährige Rentner *Herr Buckel*, der nach der Wende für die SPD im Freitaler Stadtrat saß und sich mittlerweile bei Pegida engagiert, über die Arroganz nicht nur der Linken, sondern auch der Westdeutschen, alle Pegida-AnhängerInnen pauschal als ungebildet und schlecht informiert abzutun:

*Herr Buckel: Ich bin politisch interessiert, deswegen war ich auch im Stadtrat, und so weiter und so fort. Mir kann auch keiner nachsagen, dass ich nicht informiert bin, wie das abläuft, wie – das wird immer so viel, vom Westen aus, ihr seid ja alle blöde, ne? [Pause] Ich hab' mich schon damit beschäftigt.<sup>257</sup>*

*Herr Buckel* habe im Jahr 2002 die SPD verlassen, weil ihm die Partei damals zu „rechts“ geworden sei. Dass er sich an Pegida-Kundgebungen beteiligt, ist für ihn kein Widerspruch zu seiner

<sup>255</sup> Fokusgruppe Freital 2, 1:27:15.

<sup>256</sup> In dieser Studie wurde festgestellt, dass die Befragten eine „Doppelidentität“ aufweisen: „Sie fühlen sich nahezu in gleicher Ausprägung als ehemalige DDR-BürgerInnen wie auch als BürgerInnen der Bundesrepublik.“ (Berth et al. 2015b: 35) Die Selbstwahrnehmung als BürgerIn der DDR war auch 25 Jahre nach dem Mauerfall noch bei 92 Prozent der TeilnehmerInnen vorhanden.

<sup>257</sup> Fokusgruppe Freital 1, 1:00:24–1:00:43.

sozialdemokratischen Vergangenheit.<sup>258</sup> Schließlich gehe es bei Pegida nur am Rande um das Flüchtlingsproblem – im Vordergrund stehe der Pazifismus, die Sorge vor neuen Kriegen, mit denen Deutschland nichts zu tun habe. Womöglich ist dieser Wunsch, Deutschland möge sich „heraushalten“ aus fernen Konflikten, Ausdruck eines tiefer sitzenden Bedürfnisses nach Isolationismus, das wiederum von einem übertriebenen Harmoniebedürfnis und dem Wunsch geleitet ist, dass die durch die Auflösung aller möglichen Grenzen durcheinandergeratene Gesellschaft wieder mit sich selbst identisch werde. Dieses Bedürfnis geht nicht zwingend mit fremdenfeindlichen Einstellungen einher, befördert diese aber. Dasselbe gilt für das Misstrauen gegenüber „dem Westen“, insbesondere gegenüber westlichen Medien, von denen viele unserer GesprächspartnerInnen annehmen, dass sie die asylfeindlichen Proteste in Freital und Heidenau gezielt „von außen“ geschürt hätten, um einmal mehr das Märchen vom rückschrittlichen braunen Osten zu bedienen:

*Herr Förster: Solche Orte wie Freital, Heidenau, die werden halt auch meines Erachtens ganz stark ausgenutzt, ohne jetzt irgendwie politisch hier irgend 'ne Richtung geben zu wollen, um von außen heran solche Orte publik zu machen und Demonstrationen zu fördern, und dann schiebt man das alles dorthin, der Ruf ist eh ruiniert.*<sup>259</sup>

*Herr Jonas: Die jetzt in der letzten Zeit in Zusammenhang mit der Asylpolitik hochgekommenen Probleme werden von unseren Presseorganen, da nehme ich überhaupt keinen aus, das geht im Fernsehen los bis zur Zeitung und alle Zeitschriften, werden die Ereignisse hochgespielt, die sonst überhaupt gar nicht erwähnenswert wären. Und so wird die Region, wo diese Fälle entstehen, abgestempelt. Und das ist nicht richtig! Das ist absolut [...] daneben, wenn man sich die Größenordnungen vorstellt. Welche Mengen Menschen sind beklagenswert und welche Mengen Menschen leben hier?*<sup>260</sup>

Auch unter KommunalpolitikerInnen der bürgerlichen Parteien in Sachsen ist die Wahrnehmung sehr verbreitet, dass nicht nur die Medien, sondern auch westdeutsche PolitikerInnen die öffentliche Aufmerksamkeit gezielt auf vereinzelte rechtsextreme Protestereignisse in sächsischen Gemeinden lenken und diese als Ausdruck eines genuin ostdeutschen bzw. sächsischen Problems darstellen würden.

---

<sup>258</sup> Schon seit längerem wird die These diskutiert, dass die sozialdemokratische Kernklientel – aufgrund der dort herrschenden Sehnsucht nach sozialer Sicherheit und dem Wunsch nach einem starken Staat, protektionistischer Wirtschaftspolitik – ein erhebliches WählerInnenpotenzial für rechtspopulistische Parteien darstellt, weshalb die SPD „den Weckruf des Populismus erhören“ sollte (Cuperus 2015). Diesen Punkt können wir hier nicht weiter behandeln; lediglich sei angedeutet, dass der Rechtspopulismus sich durchaus als „eine Art verschobene[r] Klassenkampf“ darstellt, der „in der Regel nicht die möglichen Verursacher der eigenen, stets relativen Deprivation ins Visier nimmt, sondern erstens Minderheiten, die noch weit unter einem stehen, zweitens politische Repräsentanten, drittens die veröffentlichte Meinung und viertens eine Projektionsfläche wie ‚Brüssel‘“ (Leggewie 2015: 148, 150).

<sup>259</sup> Fokusgruppe Freital 1, 48:00–48:15.

<sup>260</sup> Fokusgruppe Freital 2, 54:44.

Hinter dem „massiven Angriff der Medien“ auf Heidenau<sup>261</sup> vermuten manche Heidenauer KommunalpolitikerInnen eine „Lobbyarbeit“ der westdeutschen Eliten, mit der z.B. verhindert werden solle, dass SpitzenforscherInnen mit Migrationshintergrund an ostdeutsche Universitäten wechseln.<sup>262</sup> Schließlich seien ja statistisch mehr Hassverbrechen gegen Flüchtlinge im Westen zu verzeichnen, was die Medien aber ignorieren würden. Das ist jedoch falsch: Nicht nur gemessen an der EinwohnerInnenzahl, sondern auch in absoluten Zahlen lag Sachsen im Jahr 2015 bei der Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte weit vorn. Während es in Sachsen 64 solcher Angriffe gab, was rund 1,6 Fällen pro 100.000 EinwohnerInnen entspricht – dem im Vergleich mit den übrigen Bundesländern mit Abstand höchsten Anteil solcher Straftaten an der Gesamtbevölkerung<sup>263</sup> –, gab es z.B. in Nordrhein-Westfalen lediglich 21 solcher Delikte, was 0,12 Fällen auf 100.000 EinwohnerInnen entspricht (vgl. Blickle 2015). Dennoch ist die Wahrnehmung, westdeutsche Medien würden das sächsische Rechtsextremismus-Problem überdramatisieren, unter sächsischen CDU-PolitikerInnen weitverbreitet. So bemerkte etwa der Vorsitzende der sächsischen CDU-Landtagsfraktion, Frank Kupfer, in einem *Tagesspiegel*-Beitrag, dass

„die Zunahme fremdenfeindlicher Gewalt und Übergriffe auf Asylbewerberheime [...] in ganz Deutschland zu beobachten [ist]. Doch nur, wenn in Sachsen ein Haus brennt, lohnt es sich offenbar, eine Schlagzeile daraus zu basteln. Ich bin ein Sachse und ich bin stolz auf mein Land und darauf, was wir hier gemeinsam in den letzten 26 Jahren aufgebaut haben. Und das lasse ich mir von niemandem schlechtreden.“ (Kupfer 2016)<sup>264</sup>

Diese Aussage scheint zunächst nicht weiter bemerkenswert, da das Identitäre jeder Bekundung einer starken ethischen Verbundenheit mit einer Heimatregion, jedes Bekenntnisses zu einer bestimmten Identität gerade in dem Moment der Harmonisierung besteht, das nötig ist, um Abweichungen von dem regulativen Ideal, das den Wertepool dieser Identität kennzeichnet, auszublenden.<sup>265</sup> Erstaunlich (und

<sup>261</sup> Beobachtungsprotokoll Stadtratssitzung Heidenau, 25.08.2016.

<sup>262</sup> Interview mit einem Heidenauer Kommunalpolitiker, der anonym bleiben möchte (1:08–1:09).

<sup>263</sup> Auf den zweithöchsten Anteil kam im Jahr 2015 Sachsen-Anhalt mit 0,67 Delikten (vgl. Blickle 2015).

<sup>264</sup> Eine Wahrnehmung, die der im November 2016 erschienene Sachsen-Monitor unterstreicht: Der These „Auf das, was hier in Sachsen seit 1990 erreicht wurde, kann man stolz sein“ stimmen 85 Prozent der Sachsen voll bzw. eher zu (vgl. dimap 2016: 15).

<sup>265</sup> Vgl. hierzu Mecheril/van der Haagen-Wulff (2016: 128ff.). Es sei ein allgemeines Gesetz menschlichen Verhaltens, „that human groups react to external pressure by increased internal coherence“ (Dahrendorf 1964: 58). Da aber in pluralistischen Gesellschaften dieser äußere Druck je nach Wertesystemen, sozialem Status und Bildungserfahrungen sehr unterschiedlich als solcher erfahren und artikuliert oder auch nicht artikuliert wird, werden diejenigen Milieus, die neue Fremdgruppen als besonders bedrohlich wahrnehmen und politischen Widerstand gegen sie organisieren, ständig mit dem Problem konfrontiert, dass ihre *In-Group* sich nicht mit dem von ihnen idealisierten Selbst-Objekt, dem „Volk“, deckt. Dieser Widerspruch kann nur durch ein noch höheres Maß an Rigidität im Denken aufgelöst werden, soll der Gruppenantagonismus aufrechterhalten werden. Das deckt sich mit der Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe (1991: 168), die davon ausgeht, dass die einer kollektiven Identitätsbildung zugrunde liegende Äquivalenz sich niemals durch den Bezug auf etwas Positives definiert, sondern stets durch „etwas ausgedrückt wird, was der Gegenstand nicht ist“ – also allein durch den Bezug auf ein jenseits der Grenzen des Wir liegendes Außen, auf eine gegnerische Identität, weshalb die Logik politischer Artikulation als eine antagonistische Wir-sie-Unterscheidung dargestellt wird.

durchaus bezeichnend für „sächsische Verhältnisse“) ist jedoch das Maß an Rigidität, das Kupfer hierbei an den Tag legt: Eine kollektive Identität anzunehmen, die durch erfolgreiche Transformationsleistungen nach der Wende, aber *auch* durch Synonyme wie Hoyerswerda 1991 und Heidenau 2015 geprägt ist, sei für ihn undenkbar. Unabhängig von der Frage, ob eine kollektive regionale oder nationale Identität ohne (die Tendenz zum) ethischen Purismus überhaupt denkbar ist, lässt sich doch konstatieren, dass gerade die Anerkennung größter Widersprüche, konkret: die Bereitschaft, die Leistung der Demokratisierung nach 1945 und 1989/90 stets im Lichte der schonungslosen Auseinandersetzung nicht nur mit dem Holocaust, sondern auch mit den fremdenfeindlichen Pogromen Anfang der 1990er Jahre zu reflektieren, für das (sicherlich auch nur als regulatives Ideal existierende) Modell des deutschen Verfassungspatriotismus charakteristisch ist (vgl. Habermas 1992; Müller 2010). Derartige Dissonanzen erträgt der Regionalpatriotismus der sächsischen Union offenkundig nicht. Die sächsische Identität ist „ethisch rein“ – oder sie ist es nicht.

Dieses Maß an Rigidität hat natürlich Auswirkungen auf die Erinnerungskultur, etwa im Zusammenhang mit den asylfeindlichen Protesten im Jahr 2015. In Heidenau werden Veranstaltungen, die an die Ausschreitungen vom August 2015 erinnern sollen, selbst von den linken Oppositionsparteien im Stadtrat abgelehnt. Als am ersten Jahrestag der Ereignisse in Heidenau eine Gedenkkundgebung stattfand, an der u.a. die Leipziger Landtagsabgeordnete Juliane Nagel (DIE LINKE) und eine Vielzahl von Antifa-AktivistInnen teilnahmen, distanzierte sich die Fraktion der LINKEN/Grünen in der darauffolgenden Stadtratssitzung von dieser Aktion, die offenkundig als eine unnötige Störung des Friedens und als Nestbeschmutzung empfunden wurde.<sup>266</sup> Diese Ablehnung hängt allerdings auch damit zusammen, dass in der Bevölkerung, auch unter unseren FokusgruppenteilnehmerInnen, die Wahrnehmung sehr verbreitet ist, dass die Ausschreitungen erst von den „*Krawalltouristen der Linken*“ provoziert worden seien.<sup>267</sup>

Eine starke regionale Identität, die im Falle des Dresdner Umlands durch eine selektive Wahrnehmung der Erinnerungskultur eine besondere Reinheit besitzt, kann – genauso wie der Nationalismus – für Individuen oder Gruppen als „Rettungsboot“ für deren schwindende Selbstachtung dienen (Bauman 2016), die z.B. aus der vielfach als solche wahrgenommenen mangelnden Anerkennung durch die BürgerInnen Westdeutschlands, vor allem aber: durch westdeutsche Eliten resultieren kann. Bei einer jüngeren Chemnitzer Umfrage haben Rippl et al. (2016: 19f.) festgestellt, dass zwar 83,2 Prozent der Befragten angaben, ihnen selbst sei aus der Wende kein wirtschaftlicher Nachteil entstanden;<sup>268</sup> über die Hälfte von ihnen waren aber der Ansicht, dass Ostdeutschland immer noch schlechter gestellt sei als die alten Bundesländer. Allerdings ist in Sachsen das Gefühl, gegenüber den EinwohnerInnen

<sup>266</sup> Beobachtungsprotokoll Stadtratssitzung Heidenau am 25.08.2016.

<sup>267</sup> Fokusgruppe Heidenau, 30:05.

<sup>268</sup> In der Sächsischen Längsschnittstudie sah sich die Mehrheit der befragten EinwohnerInnen Sachsens bis 2007 als VerliererInnen der Wende. Seitdem hat sich das Verhältnis deutlich umgekehrt: 2013 gaben 73,3 Prozent der Befragten an, sich als GewinnerInnen der Einheit zu fühlen (vgl. Berth et al. 2015b: 31f.).

westdeutscher Bundesländer BürgerInnen zweiter Klasse zu sein, verbreiteter als in anderen Teilen Ostdeutschlands: 56 Prozent der EinwohnerInnen Sachsens sind der Meinung, dass es den Sachsen insgesamt schlechter gehe als der westdeutschen Bevölkerung; 23 Prozent glauben sogar, dass Sachsen schlechter dastehe als der Rest Westeuropas (vgl. dimap 2016: 15). Dies ist in unserem Kontext insofern relevant, als unabhängig von der individuellen wirtschaftlichen Situation Fremdenfeindlichkeit in solchen Regionen stärker verbreitet ist, in denen die kollektive relative Deprivation höher ausfällt (vgl. Grau/Groß/Reinecke 2012: 143). Allerdings fällt die Selbsteinschätzung der sächsischen Bevölkerung in dieser Hinsicht sehr viel ambivalenter aus als bislang dargestellt: Denn in explizitem Widerspruch zu den eben aufgeführten Ergebnissen sind 77 Prozent der EinwohnerInnen Sachsens der Meinung, dass Sachsen „den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen [braucht]“ (ebd.). Ihrer Führungsrolle innerhalb Ostdeutschlands sind sich die Sachsen dabei durchaus bewusst: 82 Prozent von ihnen sahen sich im Jahr 2012 im ostdeutschen Vergleich bessergestellt (vgl. Jesse/Schubert/Thieme 2014: 296f.); im Jahr 2016 stimmten 69 Prozent der Aussage zu, dass die wirtschaftliche Lage Sachsens besser als die anderer ostdeutscher Bundesländer sei (vgl. dimap 2016: 15). Das Gefühl wirtschaftlicher Stärke und Überlegenheit geht also mit einem allgemeinen Gefühl der Benachteiligung gegenüber den Westdeutschen einher.<sup>269</sup> Manche AutorInnen sprechen in diesem Zusammenhang sogar von einem die günstigere wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen begleitenden „sprichwörtlichen Sachsen-Chauvinismus“ (Steinhaus/Heim/Weber 2017: 143). Dies mag zwar übertrieben sein, doch fällt auf, dass in den Fokusgruppen der Stolz auf die großen Aufbauleistungen nach der Wende des Öfteren zusammen mit der Befürchtung geäußert wird, dass diese Erfolge mit der jüngeren Migrationswelle ins Wanken geraten könnten:

*Frau Jesse: Und die Leute haben sich unwahrscheinlich ins Zeug gelegt. Und was an Häusern saniert worden ist, was vorher alles nicht möglich war, das ist kein Vergleich zu damals. Aber die Leute haben da auch unwahrscheinlich viel, viel Kraft reingesteckt. Und nun jetzt, wo das gerade so ... nun soll plötzlich alles wieder ... wieder umgestülpt werden. Und das war einfach zu viel. Es wurde ja auch den Leuten nichts erklärt.<sup>270</sup>*

Man könnte die hier anklingende Identifikation mit der Wirtschaftskraft des Freistaates Sachsen und die Wahrnehmung der Flüchtlinge als Bedrohung dieses hart erarbeiteten Wohlstandes als Bestätigung der seit Jahren in den Mitte-Studien dargelegten sozialpsychologischen Erklärung deuten, demnach sich in den westlichen Gesellschaften „eine neue Form der autoritären Vergesellschaftung“ vollzieht – „eine, die ohne jene Autorität auskommt, die in der patriarchalen Familienstruktur bis spät ins 20. Jahrhundert hinein vom Vater repräsentiert“ und deren destruktive Wirkung in den „Studien zum autoritären Charakter“ hervorgehoben wurde (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2014: 10). Deren sozialpsychologische

<sup>269</sup> Das äußert sich auch darin, dass einerseits 85 Prozent der Sachsen der Meinung sind, dass man „auf das, was hier in Sachsen seit 1990 erreicht wurde, [...] stolz sein [kann]“, während gleichzeitig 47 Prozent davon überzeugt sind, dass nach der Wende „vielfach neues Unrecht“ geschaffen worden sei (vgl. dimap 2016: 15).

<sup>270</sup> Fokusgruppe Freital 2, 53:26–54:03.

Prämissen – insbesondere die Fokussierung auf die frühkindliche Sozialisation in paternalistischen Familienstrukturen und auf die Figur des Vaters – hätten jedoch als Bezugsgröße an Relevanz verloren; denn die repressive Gewalt gehe heute nicht mehr vom Vater, sondern von den bis in den privaten Raum der Familie vordringenden Leistungsanforderungen des Marktes aus, vor denen die Eltern ihre Kinder zu schützen sich nicht mehr in der Lage sähen (vgl. Decker 2010). Die Fremdbestimmung durch die „sekundäre Autorität“ des Marktes setze die Dynamik eines „sekundären Autoritarismus“ frei, der „seine Kraft nicht aus der Identifikation mit einem Führer, also einer personellen Autorität, sondern aus der Identifikation mit der Größe und Stärke der Wirtschaft und der Gewalt des Marktes [bezieht]“ (Decker 2015: 30).<sup>271</sup> So wie die Identifikation mit dem Vater bzw. mit einem überväterlichen Führer zwingt auch die Unterwerfung unter den Primat der Wirtschaft das Subjekt zum Verzicht auf eigene Wünsche und Lebensentwürfe – doch vermag die Aussicht, an der Stärke dieser Autorität teilzuhaben, diese Akzeptanz der Fremdbestimmung teilweise zu entschädigen (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2014: 25). Bleibt die Hoffnung auf eine gerechte Teilhabe an der Autorität jedoch unerfüllt, so wird dadurch eine autoritäre Aggression in Gang gesetzt, die sich nicht gegen die Autorität selbst richten kann, da diese zu mächtig ist; sie richtet sich daher gegen die „Anderen“. Decker et al. sehen in Deutschland einen „Idealfall“ für ihre Theorie des „sekundären Autoritarismus“ – sei dort doch die unpersönliche Gewalt des Marktes umso wirkungsvoller, weil Wirtschaft und Wohlstand in der (west-)deutschen Nachkriegszeit als ein Ersatz für die Identifikation mit dem verloren gegangenen „idealen Größen-Selbst“ des Führers erhalten mussten – sie übernahmen die Funktion einer „narzisstischen Plombe“, welche die Kränkung, die mit dem Verlust des Größen-Selbst einherging, überdecken sollte (ebd.: 25; Decker et al. 2008: 412). Decker et al. sehen in der Tatsache, dass nach der Wende die in Aussicht gestellte „narzisstisch kompensierende Teilhabe am Wohlstand, der in Westdeutschland seit 40 Jahren die Kränkung des verlorenen Krieges verdeckte“, für viele Ostdeutsche ausblieb, eine Erklärung für den höheren Anteil rechtsextremer Einstellungen in den neuen Bundesländern (ebd.: 416).

Die Mitte-Studien standen neben methodischen Anmerkungen auch wegen dieser möglicherweise etwas „überkonstruierten“ theoretischen Erklärung in der Kritik. Schließlich überdehnen sie gewissermaßen die Sozialisationserfahrungen in der Theorie, ohne sie adäquat in die Empirie zurückzuholen. So wird der Wandel der individuellen Bezugsgröße nur einseitig gedacht: vom (Über-)Vater zur Ökonomie. Dabei strapazieren sie die Vermittlungsversuche, wie Individuen sich bewusst-unbewusst mit ebenjenen übergeordneten Größen, etwa der „deutschen Wirtschaft“, identifizieren können bzw. umgekehrt: welches Identifikationspotenzial diese Kategorien heute überhaupt inwiefern bieten.<sup>272</sup> Zugleich geraten

---

<sup>271</sup> Den Begriff der „sekundären Autorität“ wählt Decker in Anlehnung an den Begriff des „sekundären Führers“ bei Freud (1972: 110).

<sup>272</sup> Grundlegend zur Rezeption der „Studien zum autoritären Charakter“, die schließlich auch Basis für die Mitte-Studien waren, vgl. Werz (2001) sowie Fahrenberg/Steiner (2004).

hierdurch andere Dimensionen, wie etwa die Bedeutung von *peer groups*, bzw. andere sozialisatorisch-kulturelle Bezugsgrößen im direkten Lebensumfeld der Individuen aus dem Blickfeld (vgl. Erikson 1973). Letztlich wird der Vermittlungsschritt von „Ich-Identität“ zu „Gruppenidentität“ bzw. gerade vor deutschem Hintergrund zu „kollektiver Identität“ tendenziell zu idealistisch, zu statisch und abstrakt gedacht (vgl. Siems 2007; Niethammer 2000).

Wie bereits in Kapitel 4.2 erwähnt, wird eine kollektive Identität umso mehr bestärkt und werden die solidarischen Beziehungen innerhalb einer klar umgrenzten Gruppe umso intensiver gefühlt, je feindlicher die Umwelt außerhalb der eigenen Gruppe wahrgenommen wird bzw. je plausibler die Einschätzung der RepräsentantInnen dieser Gruppe erscheint, „*dass alle gegen uns sind*“. Deshalb ist es richtig, dass, indem große Teile der Medien und der linksliberalen Parteien sämtliche Pegida-TeilnehmerInnen pauschal als RassistInnen und RechtsextremistInnen darstellten – was durchaus so sein mag –, sie „eben dadurch jene Solidarisierung, Mobilisierung und auch Radikalisierung [bewirkten], die sie doch eigentlich unterbinden wollten“ (Patzelt/Klose 2016: 505). Dasselbe gilt vermutlich für die Reaktion der FreitalerInnen und HeidenauerInnen auf die mediale Aufbereitung der asylfeindlichen Proteste in ihrer Stadt, aber auch für den Umgang der sächsischen Bevölkerung mit der kritischen Berichterstattung über die Ereignisse in Clausnitz (Februar 2016) und Bautzen (Februar und September 2016) oder die eskalierten Proteste gegen den Bundespräsidenten in Sebnitz (Juni 2016) bzw. den Bundesinnenminister in Zwickau (Mai 2016) usw. sowie über das Versagen der sächsischen Justizbehörden im Fall Jaber Albakr. Erhärtet sich in der sächsischen Bevölkerung der Eindruck, dass westdeutsche Medien und politische Eliten sich gegen sie verschworen hätten, liegt der Rückzug auf eine „fischelante“<sup>273</sup> sächsische Identität, die das Aufbegehren gegen eine „fremdbestimmte“ Zuwanderungspolitik in positivem Licht, geradezu als Ausdruck einer Bürgertugend, erscheinen lässt, in der Tat sehr nahe.

Das Selbstverständnis sächsischer BürgerInnen als „fischelant“ wurde in der Forschung zu den Ursachen von Pegida dankbar registriert, um den merkwürdigen Befund einzuordnen, dass der Anteil fremdenfeindlicher Einstellungen in der Bevölkerung Dresdens zwar nicht signifikant von den Ergebnissen in westdeutschen Städten wie Düsseldorf oder Hamburg abweicht (Reuband 2015: 137), die Artikulation dieser Einstellungen in einer Massenbewegung aber nur im Raum Dresden möglich ist – dass also, mit anderen Worten, in der Region Dresden fremdenfeindliche Einstellungen leichter politisch mobilisierbar sind. Die öffentliche, zivilgesellschaftlich erzwungene Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen in Westdeutschland (im Gegensatz zu der staatlich „von oben“ vermittelten antifaschistischen Indoktrinierung in der DDR) habe, so die Erklärung, dazu geführt, dass die Akzeptanz entsprechender Tabugrenzen und die gegenseitige, von den BürgerInnen anstelle des

---

<sup>273</sup> Mit dieser sächsischen Eindeutigung des französischen *vigilant* bringen AnhängerInnen von Pegida gerne zum Ausdruck, dass es einen spezifisch sächsischen Geist des Widerstands, des Freidenkertums, eben der „Wachsamkeit“ gegenüber (so perzipierter) staatlicher Willkür gebe (vgl. Geiges/Marg/Walter 2015: 95). Auch in unserer Heidenauer Fokusgruppe wurde auf diesen Begriff Bezug genommen.

Staates zu leistende „Überwachung“ ihrer Einhaltung hier gesellschaftlich stärker verwurzelt seien, während im Osten „die Hemmschwellen insbesondere zur Artikulation ethnozentrischer Einstellungen [...] deutlich niedriger zu liegen scheinen“ (Vorländer et al. 2016: 105), weil ein solches Gefühl für die Notwendigkeit reziproker, zivilgesellschaftlich internalisierter Kontrollmechanismen bei der Abwehr fremdenfeindlicher Stimmungen hier weniger ausgebildet sei. Diese Hypothese ist in theoretischer Hinsicht überzeugend, müsste aber in einem Ost-West-Vergleich empirisch überprüft werden.

#### 5.4 Mangelnde politische Bildung

Nach ihrer eigenen Einschätzung hinsichtlich der Ursachen für die Anti-Asyl-Proteste in Freital befragt, äußern vor allem die von uns interviewten Kommunal- und LandespolitikerInnen, aber auch FokusgruppenteilnehmerInnen ihre Sorge, dass in den Schulen zu wenig politische Bildung vermittelt werde, u.a. sei dies auf den Unwillen der Lehrkräfte zurückzuführen:

Herr Friedemann: *Will auch nicht verhehlen, dass, wenn ich so die jungen Herrschaften hier sehe, und ich selbst Enkel habe fast in dem Alter, da weiß ich nicht so recht, ob die in der Schule noch überhaupt unsere Staatsprinzipien mal kennengelernt haben, mal über Demokratie, sprich Volksherrschaft, gelehrt bekommen. Ich habe nicht sehr den Eindruck. Wahrscheinlich muss man da auch bei der Lehrerschaft häufig anfangen.*<sup>274</sup>

In den ExpertInneninterviews wird dieser Mangel an politischer Bildung auf eine sehr rigide Auslegung des Gebotes der Neutralität des Staates zurückgeführt, die sich u.a. in einer bewusst unpolitischen Demokratieerziehung an den Schulen manifestiere. Diese Situation war zwar nach der Wende für den gesamten Osten symptomatisch, da die Kultusministerien der neuen Länder erst nach geeigneten Wegen suchen mussten, um die „staatspolitisierte Schule“ der DDR zu einem politisch neutralen Ort umzugestalten.<sup>275</sup> Einer unserer InterviewpartnerInnen bemängelt jedoch, dass hierbei vor allem in Sachsen insofern eine „völlig falsche Liberalität“ geübt worden sei, als das Prinzip der Neutralität im Sinne der Befriedung des öffentlichen Lebens durch die künstliche Errichtung eines nicht-kontroversen Bereichs, einer Sphäre der Nicht-Politik, ausgelegt und somit einseitig zuungunsten von Meinungsfreiheit und Pluralität privilegiert worden sei: „Die Schule entpolitisierte sich sukzessive Anfang der 90er Jahre. [...] Und das hält an. Das ist lange nicht zu Ende. Und dieses Moment verschärfte sich nochmal in dem Moment, wo die NPD in den Landtag kam, wo man natürlich in der Schule erst recht relativ unsicher wurde.“<sup>276</sup>

Ähnliches berichtet der Freitaler SPD-Stadtrat Herr Dreier:

<sup>274</sup> Fokusgruppe Freital 1, 52:30–52:54.

<sup>275</sup> Interview mit Herrn Reese, Mitarbeiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, 1:06:00.

<sup>276</sup> Ebd., 1:06:42ff.

*„Ich habe mich auch schon angeboten, [am Weißeritz-Gymnasium Diskussionsrunden mit Politikern zu organisieren]. Da wurde mir gesagt: Dann müssen wir ja auch die NPD einladen. Ja, ich sag: Dann ladet die doch ein, ist doch kein Problem, dann wirst du sehen, wie blöd die sind. Aber die haben einfach Angst.“<sup>277</sup>*

Zum Beispiel fragten sich die LehrerInnen, ob es überhaupt zulässig sei, PolitikerInnen in die Schule einzuladen; dabei waren die Vorgaben der Staatsregierung in diesem Punkt bis vor Kurzem noch sehr eindeutig gewesen: In einem Erlass des Kultusministeriums aus dem Jahr 1999 wird aus Gründen der „parteilichen Neutralität der Schulen“ verfügt, dass „[sich] [d]ie Schule [...] an der politischen Auseinandersetzung nicht zu beteiligen [hat]. Dies gilt insbesondere in Wahlkampfzeiten, in denen jede Aktivität mit parteipolitischem Hintergrund zu unterbleiben hat.“<sup>278</sup> Diese Vorschrift wurde erst im Februar 2016 durch einen neuen Erlass ersetzt, wonach Besuche von PolitikerInnen nur in den letzten vier Wochen vor einer Kommunal-, Landtags-, Bundestags- oder Europawahl nicht erwünscht seien, dass aber SchülerInnenbesuche bei Volksvertretungen und Gespräche mit Abgeordneten zu fördern seien.<sup>279</sup> Allerdings bestehe, so die Freitaler Stadträtin *Frau Laski*<sup>280</sup>, aufseiten der Schulleitungen – zumindest in der Region Dresden – wenig Interesse, mit unabhängigen, aus Landesmitteln geförderten Organisationen wie dem Kulturbüro Sachsen und dem Netzwerk „Demokratie und Courage“ zusammenzuarbeiten: *„Da ist kein Verständnis für da.“<sup>281</sup>* Im März 2015 brachte der Schülerrat des Weißeritzgymnasiums eine Bewerbung der Schule für den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ des Vereins „Aktion Courage e.V.“ ins Gespräch, der bereits an über 2.000 Schulen in Deutschland (davon 65 in Sachsen) verliehen wurde. Aber die Schulkonferenz und die Elternvertretung sprachen sich gegen eine solche Bewerbung aus. Auch hier lautete, wie der Gymnasiallehrer *Herr Tharandt* berichtet, die Begründung eines Großteils der LehrerInnen- und Elternschaft,

*„dass das ja wie zu DDR-Zeiten ist, dass man sich öffentlich positionieren muss und sich zwingen muss, dass man öffentlich auftreten muss, wie es ja früher auch war. Und dass man jetzt stolz drauf ist, dass man jetzt nein gesagt hat. Hauptsache, man kann sich aufs Sofa setzen und über die Dinge meckern.“<sup>282</sup>*

*Herrn Tharandts* Einschätzung nach drücke sich in dem Vorfall die auch in der LehrerInnenschaft verbreitete Auffassung aus, dass *praktische* Politik in der Schule nichts zu suchen habe, was sich auch im Curriculum niederschläge: *„Wir reden über Nathan den Weisen, wir reden über Faschismus, wir*

<sup>277</sup> Interview mit *Herr Dreier*, Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Stadtrat Freital, 16:38.

<sup>278</sup> Erlass zur politischen Werbung an Schulen; Besuche von Vertreterinnen und Vertretern von politischen Parteien vom 11. Februar 1999 (MBI.SMK S. 59), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 14. Dezember 2015 (SächsABl.SDr. S. S 407).

<sup>279</sup> Erlass zur Durchführung von Veranstaltungen mit Politikern an öffentlichen Schulen vom 24. Februar 2016 (MBI.SMK S. 87).

<sup>280</sup> Name anonymisiert.

<sup>281</sup> Interview mit *Frau Laski* (Name anonymisiert), Mitglied des Freitaler Stadtrates, 8:00.

<sup>282</sup> Interview mit *Herrn Tharandt*, Gymnasiallehrer in Freital, 45:14.

reden über Kant [...], aber wenn's dann um die Wirklichkeit vor unserer Haustür geht, geht uns das nichts an.“<sup>283</sup> Hinzu komme aber, dass sich die Mehrheit der LehrerInnen- und Elternschaft geradezu in der Rolle von FreiheitskämpferInnen sehen würden, die erfolgreich Widerstand leisteten gegen das, was sie als eine Ideologisierung des Schulunterrichts begriffen: „[D]ie sind stolz darauf, dass sie sagten: Nein! Wir haben den Mut, uns nicht öffentlich unserer Vernunft zu besinnen. Aber dann nehmen sie den Kant wieder in den Mund.“<sup>284</sup> Nach der Ablehnung einer Bewerbung für „Schule ohne Rassismus“ boten VertreterInnen der Aktion Courage an, mit LehrerInnen und Eltern über die Gründe ihrer ablehnenden Haltung zu sprechen. „Interessant war allerdings, dass die Schüler plötzlich sagten, sie wollten nicht, dass es noch größere Aufregung gibt. Sie zeigten sich auch wenig erschüttert oder frustriert von ihrer Niederlage. [...] Die haben das akzeptiert.“ (Matthias Brauneis, zitiert nach Otto 2015)

*Frau Laski* kritisiert zudem, dass in Sachsen das Schulfach Geschichte in der gymnasialen Oberstufe, also ab der 10. Klasse, bislang kein Pflichtfach gewesen sei: Stattdessen hätten die SchülerInnen zwischen Geschichte und Geografie wählen müssen.<sup>285</sup> (Hier könnte man in gewisser Weise sogar von einem Rückschritt im Vergleich zur DDR-Zeit sprechen: Nicht nur war der Geschichtsunterricht hier in allen Schulformen bis zum Abschluss verpflichtend; der Kreis Freital war sogar eine Modellregion für die Integration heimatgeschichtlicher Elemente [mit besonderem Fokus auf die Vermittlung des regionalen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus] in das reguläre Curriculum [vgl. Plum 2015: 104]). Mittlerweile, als Reaktion auf die wachsende Fremdenfeindlichkeit im Freistaat, hat die sächsische Landesregierung dieses Defizit angegangen: Seit dem Schuljahr 2016/17 ist Geschichte auch in der Oberstufe ein Pflichtfach. Inwieweit solche Versäumnisse der Vergangenheit das mangelhafte Niveau der politischen Bildung in Sachsen erklären – im „Monitor politische Bildung“ belegt Sachsen von allen Bundesländern den letzten Platz (vgl. Lange 2010: 155ff.; Steinhaus/Heim/Weber 2017: 149) –, kann an dieser Stelle freilich nicht abschließend geklärt werden. Klar ist aber, dass der niedrige Stellenwert, welcher der Vermittlung politischer Kompetenzen im sächsischen Curriculum beigemessen wird, der Verfestigung fremdenfeindlicher Einstellungen förderlich ist.

### 5.5 Demokratieskepsis und politischer „Praxisentzug“<sup>286</sup>

Der SPD-Stadtrat *Herr Dreier* sieht den Grund für die Entfremdung der Freitaler BürgerInnen von politischen Aushandlungsprozessen sowohl in mangelnder Praxiserfahrung als auch schlichtweg in fehlenden Kenntnissen des politischen Systems: „Die glauben ja zum Beispiel, dass du als Stadtrat

<sup>283</sup> Ebd., 43:55.

<sup>284</sup> Ebd., 46:33.

<sup>285</sup> Interview mit *Frau Laski*, Mitglied des Freitaler Stadtrates, 6:35.

<sup>286</sup> Arendt (1970: 80).

*hauptamtlich arbeitest, du machst ja nichts Anderes. Du kriegst ja 2.000, 3.000 Euro im Monat und machst nichts. Politische Bildung ist gleich null. Findet ja auch in den Schulen in Sachsen nicht statt.*<sup>287</sup>

Kommunalpolitisches Interesse würden die BürgerInnen erst entwickeln, sobald ihre privaten Interessen berührt würden, und selbst dann

*„gehen [die Leute] erstmal zum Oberbürgermeister. Der Oberbürgermeister regelt alles. Das war früher so und das ist heute so. Zum Stadtrat kommen die zum Schluss. Die wissen nicht, wie das System funktioniert. Die wissen nicht, dass die Stadträte den Bürgermeister beauftragen und er eigentlich nur Verwaltungschef ist.“*<sup>288</sup>

Dies ist ein Hinweis, dass in der Bevölkerung ein autoritäres Verständnis von Politik vorherrscht. In einer unserer Freitaler Fokusgruppen ist immer wieder betont worden, wie wichtig es sei, dass der Bürgermeister für „kurze Wege“ Sorge. Dies sei bei dem Vorgänger von Herrn Rumberg, Klaus Mättig, der Fall gewesen. An ihn habe man, so heißt es, kurzerhand mit einem Anliegen herantreten können – *„und dann wurde halt eben was gemacht, und dann musste man nicht noch großartig irgendwelche Konzepte und so weiter, sondern das wurde einfach gemacht“*<sup>289</sup>. Dass es unter Mättig solche „kurzen Wege“ gegeben habe, hat nach Einschätzung von Frau Leuchtner

*„vielleicht etwas damit zu tun, dass unser letzter Bürgermeister [...] 85 Prozent gekriegt hat, der Herr Mättig. [...] Und man muss dazu sagen, er hat auch ein bisschen das Sprichwort gelebt: ein bisschen Diktatur gehört in jede Demokratie. Ja, er war ein bisschen robust, aber wenn er irgendwo eine Idee gut fand, dann hat er die an allen Ecken und Enden unterstützt und es gab kurze Wege.“*<sup>290</sup>

Innerhalb der fremdenfeindlichen Bürgerinitiative Freital war Mättig sehr beliebt: Auf der Facebook-Seite der BI wird er liebevoll „unser Mätti“ genannt. Als Mättig im März 2015 die deutsche Asylpolitik als „Katastrophe“ bezeichnete und sich darüber empörte, dass die Landes- und Bundesregierung die Gemeinden in der *Flüchtlingskrise* alleine lasse,<sup>291</sup> nannte z.B. der mutmaßliche Freitaler Rechtsterrorist Philipp W. (siehe Kapitel 4.4) diesen Kommentar „beeindruckend“, gab aber zu Bedenken, dass dies auf Mättigs bald endende Amtszeit zurückgeführt werden könne, was ein anderer Nutzer so nicht stehen lassen wollte: *„Wer die politische Karriere von Herrn Mättig die letzten 14 Jahre verfolgt hat, sollte wissen, dass er immer Klartext geredet und sich nie unter Druck setzen oder das Wort verbieten lassen hat!“*<sup>292</sup>

<sup>287</sup> Interview mit Herrn Dreier, Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Stadtrat Freital und Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, 15:48–16:04. Vgl. hierzu den vorangegangenen Abschnitt „Mangelnde politische Bildung“.

<sup>288</sup> Ebd., 31:13–31:26.

<sup>289</sup> Fokusgruppe Freital 1, 1:07:41–01:07:52.

<sup>290</sup> Fokusgruppe Freital 1, 1:07:08–1:07:36.

<sup>291</sup> Klaus Mättig, zitiert nach Jannke (2015).

<sup>292</sup> Facebook-Post vom 08.03.2015 auf der Seite „Bürgerinitiative Freital“.

Aus der Sicht von *Herrn Dreier* sei Mättigs Privilegierung informeller Wege, die am Stadtrat vorbeiführten, zwar fatal für die kommunale Demokratie gewesen; ihre Popularität in der Bevölkerung sei jedoch verständlich, denn einen weiteren Grund für den wachsenden Politikverdruss sieht *Herr Dreier* in der nachvollziehbaren Empörung der Menschen über die sich ständig verschlechternde Ausstattung der öffentlichen Verwaltung, die zudem zunehmend bürgerfern agiere, sowie des Gesundheitssystems und der Polizei. Nicht nur habe die Kreisgebietsreform, durch die 2008 der Weißeritzkreis mit dem Landkreis Sächsische Schweiz zusammengelegt und somit der bisherige Sitz der Verwaltung des Weißeritzkreises in Dippoldiswalde aufgelöst bzw. nach Pirna verlegt wurde, das Ziel einer bürgernahen Verwaltung ad absurdum geführt; auch seien 2013 ein Großteil der Freitaler Polizei nach Dippoldiswalde und die für Freital zuständige Rettungsleitstelle nach Dresden verlagert worden. Der Landesregierung, gerade auch der SPD, sei nicht in ausreichendem Maße bewusst, dass die innere Sicherheit für die meisten Menschen von ebenso großer Bedeutung sei wie ihre persönliche wirtschaftliche Sicherheit. Deshalb sei der mit der Polizeireform von 2013 beabsichtigte Abbau [von 13.000 auf knapp 12.000 Stellen bis zum Jahr 2025], der eine Fortsetzung der unter Schwarz-Gelb forcierten Sparpolitik darstelle, so fatal.<sup>293</sup> Eine Fachkommission, welche die Reform begutachtete, kam 2015 zu dem Schluss, dass die sächsische Landespolizei 1.000 weitere Stellen benötige, um den gegenwärtigen Personalbedarf zu decken. Seit dem Beginn der Pegida-Demonstrationen ist deutlich geworden, dass die angespannte Personalsituation von der Landesregierung auch für die Rechtfertigung des Eingriffs in Grundrechte genutzt wird – so am 19. Januar 2015, als unter Verweis auf „akuten Polizeinotstand“ sämtliche Demonstrationen verboten wurden (Lachmann 2015). Für die BewohnerInnen von Freital und Heidenau macht sich dieser Notstand in sehr viel profaneren Bereichen bemerkbar, die für sie ungleich wichtiger sind. So berichtet ein Fokusgruppenteilnehmer aus Heidenau, dass die örtliche Polizei den Vandalismus, der durch nächtliche Alkoholeskapaden der Jugend entstehe, und die damit einhergehende Verschmutzung mancher Stadtteile nicht mehr im Griff habe. Er erzählt von einer befreundeten jungen Mutter, die sich wegen nächtlicher Ruhestörung durch alkoholisierte Jugendliche bei der Polizei gemeldet habe:

*Herr Breier:* Die hat die Polizei angerufen und die Polizei hat sich gemeldet, hat gesagt: Wir können nicht kommen, wir haben kein Einsatzfahrzeug.

*Frau Preuss:* Ja, kenn ich. Kenn ich.<sup>294</sup>

Ein noch größeres Problem stellt aus *Herrn Breiers* Sicht jedoch die Unterbesetzung der Justizbehörden dar, die zur Folge habe, dass die Menschen immer länger auf ihre Gerichtsverfahren warten müssten. Das sieht auch der Stadtrat *Herr Dreier* so: Er wisse, wovon er redet; schließlich sei für ihn als Vertreter

<sup>293</sup> Interview mit *Herrn Dreier*, Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Stadtrat Freital, 33:00ff.; vgl. zu den Zahlen in eckigen Klammern Lachmann 2015.

<sup>294</sup> Fokusgruppe Heidenau, 55:20–55:28.

einer oppositionellen Minderheit im Stadtrat angesichts der geringen politischen Einflussmöglichkeiten die Klage ein wichtiges Druckmittel:

*„Ich klage ja schon seit mehreren Jahren gegen den Landkreis, um einen Geschäftsführer [für die Kreistagsfraktion] einstellen zu können. Wir haben solche Haushalte: 1800 Seiten, das soll ich als Ehrenamtler natürlich mal in meiner Freizeit lesen. Wir brauchen einen Geschäftsführer, hauptamtlich, mindestens eine Stelle und die gut bezahlt, und alles andere ist Quatsch. Die haben ja die Kreise größer gemacht und das geht so nicht mehr. Ich habe den ersten Prozess auch gewonnen; jetzt wird seit zweieinhalb Jahren nicht mehr verhandelt, weil sie hoffen, die ändern die Gesetze, damit sie nicht mehr verhandeln müssen. Die kennen sich hier ja alle.“<sup>295</sup>*

Herr Dreier sieht das Problem somit nicht, wie fast alle anderen unserer GesprächspartnerInnen, in fehlenden Mitbestimmungsoptionen für die BürgerInnen – dies sei primär ein Problem mangelnden Interesses, die bestehenden Optionen auch zu nutzen –; vielmehr verortet er das Hauptdefizit ganz klar aufseiten der *Output*-Legitimität staatlichen Handelns, die durch die vielen Einsparungen im öffentlichen Sektor untergraben werde: *„Ein Rechtsstaat funktioniert nur, wenn der Rechtsstaat auch funktioniert. Und der funktioniert im Augenblick nicht.“<sup>296</sup>* Diesen Punkt betont auch Wilhelm Heitmeyer: *„[G]erade in ländlichen Räumen [stellt sich] auch die Frage nach der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit – etwa im Sinne des staatlichen Gewaltmonopols – durch die Polizei, wenn die Kontrollräume größer werden und sich damit die Zeitgewinne der rechtsextremistischen Gruppen ausdehnen“* (Heitmeyer 2014: 144, Hervorh. i.O.). Aber auch die „ungerechte Steuerverteilung“ wecke bei den BürgerInnen Zweifel an einem der zwei wesentlichen Versprechen der Demokratie: dem „substantielle[n] Versprechen einer Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse“ (Jörke 2010: 273; vgl. auch Jörke 2013: 488f.). *„Wir haben ja eine Umverteilung von unten nach oben. Wenn wir das nicht stoppen, dann sehe ich schwarz für unsere Demokratie, das will ich Ihnen ganz deutlich sagen.“<sup>297</sup>* Während der *Flüchtlingskrise* habe man schließlich beobachten können, wie Lohndumping und Steuersenkungen für SpitzenverdienerInnen zur Entsolidarisierung der Gesellschaft beigetragen hätten. Die wachsende Ungleichheit bei ebenfalls wachsender beruflicher Unsicherheit habe dazu geführt, dass wohlstandschauvinistische Ressentiments im Freitaler Asyl-Diskurs hätten hegemonial werden können. Stets habe es geheißen: *„Seht, kaum sind die Flüchtlinge da, schon ist sofort Geld da. Aber wenn wir mal eine Schule sanieren wollen, dann müssen wir endlos diskutieren, bis wir die Fördermittel kriegen, aber die kriegen’s sofort.“<sup>298</sup>* Angesichts ausgebliebener Investitionen in den vergangenen Jahren sei ihm zunehmend schwergefallen, dieses Argument zu entkräften.

<sup>295</sup> Interview mit Herrn Dreier, Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Stadtrat Freital und Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, 32:14.

<sup>296</sup> Ebd., 35:25.

<sup>297</sup> Interview mit Herrn Dreier, Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Stadtrat Freital und Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, 58:18ff.

<sup>298</sup> Interview mit Herrn Menke, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Freital, 53:24.

Unsere FokusgruppenteilnehmerInnen selbst beanstanden jedoch nicht nur Defizite auf Ebene der *Output*-Legitimität, sondern auch einen Mangel an Mitbestimmungsoptionen – wobei sie die Lokalpolitik von dieser Kritik explizit ausnehmen. So werden die von den Bürgermeistern Rumberg und Opitz während der *Flüchtlingskrise* angebotenen Gesprächsrunden positiv hervorgehoben. Wenn man sich in die Politik einbringen und etwas verändern könne, dann am ehesten hier, auf der lokalen Ebene, so die TeilnehmerInnen unisono:

Herr Schumann: *Wobei, es ist positiv zu nennen, der Bürgermeister, ich habe persönlichen Kontakt zu ihm, er ist auch hier immer mal mit da, auch das Ordnungsamt und auch so vom Rathaus mehrere Mitarbeiter sind mir persönlich bekannt. Und die machen ihre Arbeit, die tun schon etwas. Das kann man nicht sagen, dass da irgendwie Schlendrian eingetreten ist oder so.*<sup>299</sup>

Demgegenüber kommt die „etablierte“ Politik schlecht weg. Die „große“ Politik, das ist Berlin, das ist dort, wo „über unsere Köpfe hinweg“ entschieden werde. Dass man daher überhaupt keinen Zugang mehr zu den PolitikerInnen, keinerlei Einfluss mehr auf den Staat habe, sei die Ursache der „Politikverdrossenheit“:

Frau Riester: *Man kann zwar wählen gehen, aber man hat eben wirklich, das macht die Politikverdrossenheit dann unterm Strich, daraus resultiert sie, weil man wirklich das Gefühl hat, es ändert sich ja irgendwie nichts.*<sup>300</sup>

Im Gegensatz zur kommunalen Ebene, auf der man noch Einfluss habe und mit den AmtsträgerInnen in Kontakt treten könne, sei die „große Politik“ entrückt. Das „große Ganze“ könne man nicht durchdringen, der/die einzelne BürgerIn habe kaum eine Chance, etwas zu verändern. „Die Politik“ sei, wie in Bezug auf die Bundespräsidentenwahl dargelegt wird, nur mehr „reine Schieberei“<sup>301</sup>, wie eine ganze Reihe von GesprächspartnerInnen kundtun:

Herr Sielert: *Das ist doch nur ein Schachern, dass einer von irgend'ner Partei ihren Posten kriegt. Die Altersvorsorge sag ich. Dann wird eben hier: Machen wir den oder den? Das ist von meiner Partei, der hat mir mal was Gutes getan [...].*<sup>302</sup>

Auch in der *Flüchtlingskrise* fühlt sich bspw. *Frau Preuss* von der „etablierten Politik“ alleingelassen. Zwar habe der Bürgermeister Gesprächsrunden angeboten, aber um viele der ärmeren Leute in Heidenau-Süd, die Angst vor den Fremden hätten, kümmere sich die Politik nicht:

<sup>299</sup> Fokusgruppe Heidenau, 01:12:47–01:13:14.

<sup>300</sup> Fokusgruppe Heidenau, 01:26:58–01:27:18.

<sup>301</sup> Ebd., 1:34:53.

<sup>302</sup> Ebd., 01:34:35–01:34:52.

*Frau Preuss: Die werden ja alle bloß in die rechte Ecke gestellt und das war's dann. Aber diese Ängste, Nöte und so weiter nimmt doch keiner ernst von der Politik.<sup>303</sup>*

Die 34-jährige Politologiestudentin *Frau Riester* wünscht sich deshalb, dass die Politik „ein bisschen basisdemokratischer werden“<sup>304</sup> solle. Auch andere TeilnehmerInnen fordern direktere Formen der Demokratie, weil dadurch der Volkswille unmittelbarer ausgedrückt werde:

*Herr Schumann: Na ja, das geht schon um Direktwahlen der politischen ... hier der Legislativen. Wenn eben eine Bundeskanzlerin vom Volk, sage ich mal, zu einem hohen Prozentsatz, sage ich, nicht mehr akzeptiert wird, dann muss es eine Möglichkeit geben, dass eine Bundeskanzlerin zurücktritt oder eben auch zur nächsten Wiederwahl nicht mehr aufgestellt werden kann. Und das ist also so eine Sache, die an uns vorbeiläuft und wo ... wenn der Unmut des Volkes dargebracht wird, wird es kleingeredet. Und es wird vor allen Dingen in den Medien so dargestellt, dass es immer die rechten neonazistischen Kräfte sind, die also das Land destruktiv beeinflussen oder zerstören wollen. Das ist ja nicht der Fall, ne? Das ist das Problem, dass dort also richtig die Volksmeinung verklärt wird.<sup>305</sup>*

Nun wird der Ruf nach direktdemokratischen Elementen in der Sekundärliteratur vielfach als Ausdruck eines autoritären Syndroms gedeutet. So wurde die Charakterisierung des „autoritären Populismus“ von Pegida als eine Praxis der „konformistischen Rebellion“ damit begründet, dass das in Form der Dichotomie „wir“ (das homogene Volk) gegen „die“ (die privilegierten [ethnischen, sexuellen] Minderheiten und politisch-ökonomischen Eliten) sich artikulierende Misstrauen „nur den Personifikationen von Herrschaft [gilt], während deren Institutionen wie v.a. die Polizei verhältnismäßig positiv gesehen werden“, die bestehenden Verhältnisse folglich affirmiert würden; und genauso seien auch die Forderungen nach Instrumenten direkter Demokratie zu interpretieren, die autoritär motiviert seien, weil sie primär dazu dienten, die Rechte von Minderheiten zu beschneiden (Schiedel 2015: 19f.). In ihrer Pauschalität ist diese Erklärung allerdings unplausibel, bleibt sie doch allzu spekulativ. Wenngleich das Staatsverständnis von PegidistInnen und anderen AsylgegnerInnen zweifellos ein autoritäres ist und die Forderung nach „direkter Demokratie“ in solchen Bewegungen häufig nur als Chiffre dient, hinter der sich das Bedürfnis nach einer nicht-diskursiven Ermittlung des authentischen Volkswillens, die durch kompromisslastige Mediationsverfahren mit Beteiligung von Minderheitenpositionen nur verfälscht würde (vgl. Göttinger Institut für Demokratieforschung 2016: 29ff.), so wäre doch schlichtweg unwissenschaftlich, ihren Wunsch nach (plebiszitärer) Mitbestimmung

<sup>303</sup> Ebd., 01:09:37–01:10:11.

<sup>304</sup> Ebd., 01:34:15–01:34:20.

<sup>305</sup> Ebd., 01:56:25–01:57:30.

als Indiz für ihren Autoritarismus und nicht als ein authentisches Unbehagen gegenüber realen Demokratiedefiziten zu deuten, die vielfach schon im Grundgesetz angelegt sind und ihrerseits als mögliche Ursachen von politischer Entfremdung infrage kommen.<sup>306</sup> Allerdings finden wir in unseren Fokusgruppeninterviews in der Tat Hinweise auf harmonizistisch-autoritäre Vorstellungen von Politik; vor allem wenn die TeilnehmerInnen die Rolle von Parteien bewerten: Demnach sei fast egal, welche Partei man in Zukunft wähle, Hauptsache, es werde endlich wieder Politik für die Menschen gemacht:

*Frau Preuss: Man kann jede Partei nehmen, was jetzt nun grad etabliert ist, jeder hat irgendeine gute Idee. Und das müsste man mal ...*

*Frau Riester: Ja, das ist eine gute Idee. Ja, das stimmt.*

*Interviewerin 1: Also ganz große Koalition quasi.*

*Frau Preuss: Ich kann jetzt nicht bloß eine Partei wählen wegen einem guten Gedanken. Das geht nicht.<sup>307</sup>*

Hier wird gewissermaßen für eine „übergroße Koalition“ plädiert, die Parteiengefechte und politische Konflikte endlich zugunsten einer „Politik für das Volk“ ad acta legen solle. Dies offenbart den Wunsch nach einer Gemeinschaft zwischen Staat, Regierung und Bevölkerung, in der keine großen Konflikte mehr ausgetragen würden, Ordnung herrsche und endlich „gute Politik“ für alle gemacht werden könne – ein eindeutiges Plädoyer gegen den Parteienpluralismus als einen Grundpfeiler der parlamentarischen Demokratie, das in Sachsen, wie die Zahlen des Sachsen-Monitors zeigen, sogar von der Mehrheit der dortigen Bevölkerung geteilt wird. Der Aussage: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, stimmen demnach 62 Prozent entweder voll (24 Prozent) oder eher (38 Prozent) zu (vgl. dimap 2016: 33). Dabei handelt es sich um eine Aussage, mit der in der Leipziger Mitte-Studie seit 2002 autoritäre Einstellungen, genauer: die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, gemessen werden. In der aktuellen Studie haben Decker et al. (2016: 32) im bundesdeutschen Durchschnitt eine Zustimmung von 21,9 Prozent und in Ostdeutschland eine Zustimmung von 25,5 Prozent zu dieser Aussage gemessen. Dies entspräche einer Differenz von vierzig Prozent gegenüber der deutschen Gesamtbevölkerung. Mindestens ebenso beunruhigend ist die Tatsache, dass fast jeder dritte Sachse (29 Prozent) der Aussage zustimmt, dass „unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ sei (vgl. dimap 2016: 33). Decker et al. (2016: 32) messen hierfür eine Zustimmung von 6,7 Prozent im bundesdeutschen und 13,8 Prozent im ostdeutschen Durchschnitt.

Dieser hohe Anteil autoritärer Dispositionen hat sich auch in unseren Fokusgruppen widerspiegelt, z.B. in Diskussionen zum Thema politische Partizipation. Hierbei kam überwiegend eine Vorstellung

<sup>306</sup> Erwähnt seien nur die die Rechte des Verfassungsgesetzgebers restringierende Ewigkeitsklausel, die Monopolisierung der *pouvoir constituant* in den beiden Parlamentskammern, der Ausschluss von Volksentscheiden auf Bundesebene und die mittelbare Wahl des Bundespräsidenten durch z.T. nicht gewählte Mitglieder der Bundesversammlung. Zu der (seinerzeit durchaus begründeten) Demokratiefurcht der Gründerväter und -mütter vgl. Möllers (2007).

<sup>307</sup> Fokusgruppe Heidenau, 1:58:59–1:59:18.

zum Ausdruck, die dem politischen Engagement keinen Eigenwert beimisst und Demokratie als eine mechanische Akklamation des Volkswillens auffasst. Damit geht die Erwartung einher, dass die Politik die BürgerInnen aktivieren müsse und nicht etwa umgekehrt: Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation, die Grundlage jedes *bottom-up*-Modells partizipativer Demokratie, kommt in den Ordnungsvorstellungen vieler FokusgruppenteilnehmerInnen nicht vor. Dies gilt in besonderem Maße für unsere jüngeren TeilnehmerInnen, die allerdings auf unsere Frage, ob sie sich politisch engagieren, sich für ihr mangelndes Engagement zu rechtfertigen meinen müssen – wobei ihre *top-down*-Vorstellung von Politik sehr deutlich wird. So bemerkt der 21-jährige *Herr König*, der an der TU Freiberg studiert und zuvor am Freitaler Weißeritzgymnasium sein Abitur abgelegt hat:

Herr König: *Du wirst dann halt [in der Schule] nicht so rangeführt und gesagt: Hey, ihr könnt euch ja selbst eine Meinung bilden, seid ihr für die oder die Partei. Es gibt auch hier solche Möglichkeiten, dass ihr euch engagiert. Ihr seid dann einfach nur so wie ... so wie ein Zombie einfach: Nazis böse und DDR war Stasi und BRD war gut und reich und wohlhabend und gut, okay. [...]*

Caroline: *Die Frage ist ja, wie viel Arbeit umfasst das, sich in irgend'ner Partei zu engagieren. Ob man das jetzt ... ob es abgetan ist in drei Stunden die Woche oder ob ich jetzt ...*

Herr König: *Einige machen es auch nicht so schmackhaft ...*

Caroline: *... wenig Erfahrung ...*

Herr König: *... dass die da Beiträge haben wollen, wenn du dann in dieser Partei bist. Eigentlich soll es ja so sein: Hier, kommt zu uns, wir helfen, wir geben eure Stimme einfach weiter. Da geht es dann so: Ja gut, ihr zahlt halt ansonsten noch ein paar Beiträge und wir geben eure Stimme weiter. Und dann denkst du so: Na gut, die keine Ahnung, 15–30 Euro, wie viel man da zahlt, denke ich mir so: Nö. Das kann ich auch mal hier ansparen übers Jahr und dann irgendwas Schönes machen. Und die werden es schon klären. Also meine Stimme, die ist ja hier so winzig klein gegenüber dem, was jetzt gemacht wird.<sup>308</sup>*

*Herr König* ist der Meinung, dass es Aufgabe der Schulen sei, junge Menschen an politisches Engagement „ranzuführen“; selbst ist er jedoch nicht überzeugt, dass sich Beteiligung lohnt, denn diese besteht für ihn darin, dass man an Organisationen Geld überweist und diese die eigene „Stimme weitergeben“. Die Wahrnehmung, dass politische Beteiligung nicht lohnenswert sei, weil man an „dem, was jetzt gemacht wird“, ohnehin nichts zu ändern vermöge, und dass andere verantwortlich seien, die eigenen Interessen zu artikulieren, ist ein Ausdruck von Desintegration auf der politisch-institutionellen Ebene, die, wie wir unter Punkt 3.1 gesehen haben, eine von drei Ebenen der Desintegration darstellt, welche die Wahrscheinlichkeit der Ausbildung von GMF erhöhen. Eine Lokalstudie zur GMF in Dresden hat gezeigt, dass im Vergleich der drei (Des-)Integrationsdimensionen der Zusammenhang zwischen

<sup>308</sup> Fokusgruppe Freital 2, 1:11:34.

institutioneller Desintegration und GMF am stärksten ist – wobei der Wahrnehmung der politischen Partizipationsmöglichkeiten besonderes Gewicht zukommt: „Je mehr die Befragten der Auffassung sind, vor Ort keinen politischen Einfluss zu haben, desto deutlicher stimmen sie der GMF zu.“ (Wandschneider 2013: 229f.) Ebenso gilt aber auch: Menschen, die weder Vereinsmitglieder sind noch an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen, neigen sehr viel eher zur GMF als engagierte Personen.<sup>309</sup> Auf diesen Zusammenhang zwischen dem Fehlen intermediärer Institutionen bzw. der fehlenden Bereitschaft der BürgerInnen, sich in ihnen zu engagieren, und der Wahrscheinlichkeit einer Formierung erfolgreicher extremistischer Bewegungen hat bereits Kornhauser (1959) in seiner Theorie der Desintegration in modernen Massengesellschaften hingewiesen: „People who do not participate in organized activity are less likely to understand distant events, so that a major crisis which suddenly thrusts such events into personal situations finds previous non-participants readily available for highly irrational and extremist interpretations of them.“ (Ebd.: 65)

Das Vertrauen in einen starken Staat, der in DDR-Zeiten (aufgrund des Fehlens einer Opposition und einer horizontalen Gewaltenteilung) ungestört von Dissonanzen aus der Sphäre der (nicht vom Staat getrennt organisierten) Gesellschaft seine Steuerungsfunktionen ohne Kompromisse, die aus der Beteiligung der BürgerInnen erwachsen wären, erfüllen konnte und der alle sozialen Bereiche (von der Kitaplatzvergabe bis zur Arbeitsplatz-, Wohnungs- und Autovermittlung) reguliert und eine Solidarität von oben diktiert hat, aber auch die zentral verwaltete Mangelwirtschaft, die eine Solidarität von unten nicht nur in den zahlreichen regionalen Verbänden, sondern auch in persönlichen Tauschnetzwerken ermöglicht hat, haben dazu geführt, dass in Ostdeutschland noch immer ein technisches und z.T. technokratisches Politikverständnis vorherrscht: Von vielen Ostdeutschen werde nicht ausreichend „realisiert bzw. nicht akzeptiert, dass politische Meinungs- und Willensbildungsprozesse in der Demokratie viel Zeit beanspruchen, Kompromisscharakter tragen, dem Mehrheitsprinzip unterworfen sind und von sachfremden Faktoren beeinflusst werden“ (Richter 2015). Meist ist in diesem Zusammenhang von einer durch die Sozialisation in einem (faktischen) Ein-Parteien-System bewirkten Pluralismusfeindlichkeit der älteren ostdeutschen BürgerInnen die Rede. Diese hat jedoch noch tiefere Gründe: Der Marxismus-Leninismus und die Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“ haben in der Wahrnehmung des Gros der DDR-Bevölkerung vielleicht nie überzeugend und sinnstiftend gewirkt, aber immerhin Sicherheit und „Schutz vor globalen Bedrohungen“ geboten: „*Also die Mauer, gegen die hat man dauernd geschimpft, aber sie schützte natürlich auch.*“<sup>310</sup> Diese Abschottung bewirkte das, was wir oben, mit Blick auf sächsische Identitätskonstruktionen in Abgrenzung von der negativen Berichterstattung der West-Medien, als ein gewisses „sächsisches Reinheitsdenken“ bezeichnet haben;

<sup>309</sup> Dieser Zusammenhang zeigt sich auch in Thüringen: Während sich dort nur 13 Prozent der Befragten mit rechtsextremen Einstellungen an zwei oder mehr politischen Aktivitäten beteiligt haben, gilt dies für 18 Prozent der ThüringerInnen ohne rechtsextreme Einstellungen (vgl. Edinger 2010: 19f.).

<sup>310</sup> Interview mit *Herrn Reese*, Mitarbeiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, 1:10:10.

der damit einhergehende Mangel an Ambiguitätstoleranz ist für Menschen, die nicht mit der politischen Welt in Kontakt kommen bzw. diese mit „reiner Schieberei“ assoziieren, ganz typisch. Typisch für dieses antipluralistische Reinheitsdenken ist auch das (nicht nur durch die „Freundschaft!“-Propaganda der DDR, sondern auch allgemein durch die erzwungene Politikferne ehemaliger DDR-BürgerInnen forcierte) Friedenspathos, das in den Beiträgen vieler unserer FokusgruppenteilnehmerInnen zum Ausdruck gekommen ist und in dem sich nicht bloß politische Realitätsferne, sondern sogar eine Anfälligkeit für utopisches Denken manifestiert.<sup>311</sup> So fanden wir am Ende unserer Fokusgruppeninterviews, als die TeilnehmerInnen im Rahmen eines Gedankenexperimentes aufgefordert wurden, sich Schlagzeilen auszudenken, die sie morgen gerne in der Zeitung lesen würden, sehr häufig den Wunsch nach Frieden, bspw.: *„Weltweit werden Atomwaffen vernichtet. Es gibt keine Kriege mehr.“*<sup>312</sup> Allerdings fragten sich die TeilnehmerInnen nicht, wie sich diese Utopie realisieren ließe. Das einzige immer wieder thematisierte Patentrezept hieß: Frieden schließen mit Russland – fast all unseren FokusgruppenteilnehmerInnen war die Aussöhnung mit Russland ein brennendes Anliegen. Dass es in Freital eine mangelnde Wertschätzung demokratischer Aushandlungsprozesse gibt, wird z.T. auch von den FokusgruppenteilnehmerInnen selbst reflektiert:

Herr Friedemann: *Um das mal ein bissl zusammenzufassen, würd' ich schon meinen, dass bei weiten Kreisen, sag ich mal, gewisse Demokratiedefizite herrschen. Man hat mit der Wende natürlich sich über die schönen Autos gefreut, aber was unser größter Gewinn ist, nämlich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit et cetera, das hat man nicht bewusst bewertet, sag ich mal, und zur Kenntnis genommen.*<sup>313</sup>

Mit dieser Auffassung bildet Herr Friedemann, ein FDP-Mitglied, im Kreise unserer FokusgruppenteilnehmerInnen jedoch eher eine Ausnahme. Bei den meisten überwiegt die Enttäuschung über mangelnde soziale Gerechtigkeit bzw. über die Benachteiligung der Ostdeutschen, etwa in Bezug auf das Lohnniveau, die Wertschätzung von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit:

Herr Breier: *Wir haben ja mit der Wende die Freiheit bekommen, nicht? [...] Aber was nützt vielen Leuten die Freiheit, wenn ich das Geld nicht habe, diese Freiheit zu nutzen?*<sup>314</sup>

Die 72-jährige Heidenauerin Frau Lenk sieht dies ähnlich. Die Empörung über die schlechte ökonomische Lage vieler Menschen mischt sich bei ihr mit Vorbehalten gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik, die sich bspw. an Joachim Gauck entzündeten:

Frau Lenk: *[...] Und das habe ich an dem Herrn Gauck auch vermisst. Dass er nur sein Schlagwort Freiheit hatte. Und diese Freiheit, die kann man wirklich nur leben, wenn man eben mit drin ist in der Gesellschaft. Aber wenn man draußen ist [...], wie Sie das so sagen, wenn*

<sup>311</sup> Der Zusammenhang zwischen utopischen, antipluralistischen und totalitären Denkmustern ist zu offensichtlich, als dass er hier noch einmal diskutiert werden müsste. Siehe Arendt (1958) u. Popper (1957).

<sup>312</sup> Fokusgruppe Freital 1, 01:57:24.

<sup>313</sup> Fokusgruppe Freital 1, 52:00–52:22.

<sup>314</sup> Fokusgruppe Heidenau, 01:24:40–01:25:15.

*man keine Arbeit hat. Ich war auch ein paar Jahre arbeitslos. Also da wird man ein ganz anderer Mensch. Ich war ... mit 53 bin ich arbeitslos geworden, 1997. Da ist man ... ich bin bestimmt ein gefestigter Charakter gewesen, dort habe ich Tendenzen entwickelt im Unterbewusstsein, zerstörerische, sage ich mal, auch für andere, die Arbeit hatten, Neid. Also es war ganz schlimm [...]. Und nur diese Freiheit – ich kann sagen, was ich will, ich kann reisen ... Ich kann nicht reisen, wenn ich kein Geld habe! Also und das habe ich bei Herrn Gauck ganz sehr auch negativ gesehen, dass er nur dieses Schlagwort hatte.<sup>315</sup>*

Der damalige Bundespräsident Gauck ist eine jener konkreten politischen Persönlichkeiten, die in unseren Gesprächen mit den FreitalerInnen und HeidenauerInnen besonders viel Verachtung auf sich gezogen haben; er wird nicht etwa als ein Repräsentant ostdeutscher Identität in der politischen Elite der Bundesrepublik wahrgenommen, sondern als ein Politiker, der das spezifisch ostdeutsche Bedürfnis nach Protektionismus und sozialer Gleichheit durch die Fokussierung auf die Prinzipien der Freiheit und Eigenverantwortung eher noch delegitimiert. Unsere Befragten haben aber nicht nur das Gefühl, als Ostdeutsche (selbst von ostdeutschen PolitikerInnen) unzureichend repräsentiert zu werden; viele von ihnen sind auch der Ansicht, dass PolitikerInnen heute ähnlich opportunistisch agierten wie die politische Klasse in der DDR. Zwei FokusgruppenteilnehmerInnen, die angeben, in DDR-Zeiten oppositionell eingestellt gewesen zu sein und nun bei Pegida mitzumarschieren, äußerten sich enttäuscht über den ihres Erachtens nur halbherzig vollzogenen Elitenaustausch nach der Wende. Sie sind der Meinung, dass das Land Sachsen von PolitikerInnen regiert werde, die sich bereits zu DDR-Zeiten (aufgrund von Kontakten zur SED oder durch Mitgliedschaft in einer der Blockparteien) opportunistisch verhalten hätten und die, wie die Parteifunktionäre vor 1989, keinen Kontakt zum Volk pflegen würden. So beschreibt *Herr Schmidt* den Besuch von Stanislaw Tillich in Freital im Juni 2015 mit den Worten:

*Herr Strupp: Dann kam der Herr Tillich dort vorbeispaziert. Da wollten ein paar Leute den ansprechen, ging er ganz stolz vorbei. Übrigens, ist dieselbe Schule, Tillich, ne. [vielsagendes Nicken, wendet sich seinem Sitznachbarn zu] Wie nennen wir die? Wendehälse oder –*

*Herr Buckel: Blockflöten.<sup>316</sup>*

*Herr Strupp: Blockflöten ja, '89 noch Absolvent von der SED-Genossenschule.<sup>317</sup>*

*Herr Schmidt* und *Herr Schumann* sehen ihr Engagement bei Pegida somit auch als Protest nicht nur gegen eine politische Elite, die als genauso abgehoben wahrgenommen wird wie die SED-Kader zu DDR-Zeiten, sondern auch gegen eine von ihnen so perzipierte Elitenkontinuität, die womöglich auch Ausdruck einer tiefer sitzenden Enttäuschung darüber ist, dass sich nach 1989 die Schere zwischen

<sup>315</sup> Ebd., 02:01:49–02:02:33.

<sup>316</sup> Der Ausdruck „Blockflöten“ ist eine pejorative Bezeichnung für Mitglieder der vier großen Blockparteien CDU, LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands), DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands) und NDPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands).

<sup>317</sup> Fokusgruppe Freital 1, 49:20–49:38. Hinter der „Genossenschule“ verbirgt sich ein Lehrgang der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“, den Tillich von Januar bis März 1989 absolviert hat.

WendegewinnerInnen und -verliererInnen sehr plötzlich sehr weit geöffnet hat und dass zu Ersteren nicht nur jene zählten, die, wie nach eigener Einschätzung auch sie selbst, unter der Diktatur besonders schwer gelitten hatten.

## 5.6 Eingewöhnter Geschichtsrevisionismus und selektive Erinnerungskultur

In der Sekundärliteratur zum Thema Rechtsextremismus in der Region Dresden wird oft spekuliert, welchen Einfluss der Opfermythos um die Zerstörung Dresdens zum Ende des Zweiten Weltkriegs auf die Verfestigung rechtsextremer Einstellungen im Besonderen und darüber hinaus eine partikuläre Erinnerungskultur im Allgemeinen haben könnten. Der Diskurs um die alliierten Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945 hat in der Stadt selbst, aber auch in den umliegenden Regionen, wie bereits dargestellt, nicht nur einen allgemeinen Opfermythos, sondern auch früh angelegte, die Geschichte überdauernde antiamerikanische Ressentiments befördert, die nun von Pegida offen artikuliert werden. In der Nachkriegszeit wurde die Bombardierung Dresdens von der SED-Führung als Beweis für die Brutalität des westlichen „Imperialismus“ ausgelegt. Ein gutes Beispiel hierfür im Dresdner Stadtbild ist das 1965 auf dem Heidefriedhof, wo viele Opfer der Luftangriffe begraben liegen, eingeweihte und noch heute existierende Denkmal, das die Orte deutscher und alliierter Bombenangriffe, symbolisiert durch sieben Stelen, jenen Orten räumlich gegenüberstellt, an denen sich deutsche Vernichtungslager befanden, die ebenfalls durch sieben Stelen symbolisiert sind (vgl. hierzu Patzelt/Klose 2016: 547). Nicht zuletzt mit diesem staatlich verordneten Geschichtsrevisionismus ist zu erklären, dass die NPD, die jährlich am 13. Februar (und bis 2014 im Landtag) dieselbe Rhetorik verwendet, mit ihrer Form des Gedenkens in der Dresdner Bevölkerung auf offene Ohren stößt. Nach wie vor gelingt der NPD in der Dresdner Kommunalpolitik, mithilfe des Motivs „alliiertes Bombenterror“ im bürgerlichen Lager Sympathien für antiamerikanische Positionen zu erzeugen – so zuletzt bei einer Abstimmung des Ortsbeirates Dresden-Prohlis gegen die Umgestaltung eines Obeliskens, auf dem „der Opfer des anglo-amerikanischen Bombenterrors“ gedacht wird, bei welcher der NPD-Vertreter René Despang zusammen mit den Stimmen der VertreterInnen von CDU, FDP, AfD und Freien Wählern den Umwidmungsantrag von SPD, Grünen und LINKEN zu Fall bringen konnte, was die NPD freilich als großen Sieg feierte, obwohl Beschlüsse von Ortsbeiräten lediglich empfehlenden Charakter haben (vgl. NPD Sachsen 2016). In unseren Interviews ist das Thema Dresden 1945 allerdings nie zur Sprache gekommen. Jedoch wurde sehr deutlich, dass antiamerikanische Ressentiments die Zeit nicht nur überdauern haben, sondern dass deren Artikulation im Angesicht von Pegida in anderen Zusammenhängen auch durchaus aktualisiert wird. Der 70-jährige *Herr Lehnert* etwa äußert bei einer in Freital durchgeführten Fokusgruppe im Rahmen der Wunschschlagzeilenformulierung den Verdacht, Deutschland sei gar kein souveräner Staat:

Herr Lehnert: *Und was ganz wichtig ist: Innenpolitik! '89/'90, der Russe ist raus, ja? Und wir haben immer noch den Engländer, den Amerikaner hier. Und das wäre gut, wenn der auch endlich in sein Land zurückziehen würde. [...] Wir zahlen unwahrscheinlich viel Geld dafür. Einfach, damit wir souverän ... wir werden souverän. Ab 2017 sind wir ein souveränes Deutschland – das wäre eine positive Schlagzeile. Und nicht hier: Wieder Sanktionen für Russland fordern. [...] Amerika existiert 239 Jahre, ne? Und 219 Jahre führen die Krieg.*<sup>318</sup>

Ähnliche Thesen wurden auch in den Zeitungsspielen der anderen Fokusgruppen, gleichwohl nicht unwidersprochen, geäußert. Im Weltbild von *Herrn Lehnert* ist Deutschland nach wie vor ein besetztes Land. Seit dem Siegeszug der *Social Media*-Plattformen ist diese These in unterschiedlichsten Variationen verbreitet worden; im Extremfall kann diese Vorstellung in gefährliche Parallelwelten führen, wie etwa das Anwachsen der „Reichsbürgerbewegung“ in den vergangenen Jahren gezeigt hat. Dass diese Vorstellung nicht nur mit einem impliziten Geschichtsrevisionismus (der Wunsch nach einem „souveränen“ Deutschland, wie es einmal war), sondern auch mit einer Entfremdung vom demokratischen System zusammenhängt, ist offensichtlich.

Dabei ist der Mangel bzw. eine Schiefelage der Erinnerungskultur insbesondere im Raum Dresden – über den Opfermythos hinaus – mannigfaltig und eklatant:<sup>319</sup> So galt Sachsen, im Kaiserreich ausgestattet mit einem für das wilhelminische Zeitalter besonders „rückständigen“ Wahlrecht,<sup>320</sup> mit dem Zentrum Dresden, als Hochburg antisemitischer Parteien und antisemitischen und völkischen Denkens, was Auswirkungen auf die Legislative und die Exekutive hatte (Richter 2006: 40; Kroll 2013: 96; Piefel 2004, Schmeitzner 2016).<sup>321</sup> Insbesondere der Historiker Matthias Piefel verweist auf eine im Reichsvergleich „fast einzigartige“ Kontinuität antisemitischen Denkens in Sachsen mit seinem Zentrum Dresden. Mag der *Parteiantisemitismus*, so Piefels Begriff, auch am Vorabend des Ersten Weltkrieges schon verschwunden gewesen sein, so blieben in der sächsischen Gesellschaft die

<sup>318</sup> Fokusgruppe Freital 2, Zeitungsspiel, 00:02:01–00:03:20.

<sup>319</sup> „Die von NS- und dann SED-Propaganda betonte Dresdner Opferrolle ermöglichte es, einer Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte Dresdens aus dem Weg zu gehen, was dann bis heute zum großen Teil auch auf die Dresdner DDR-Geschichte zutrifft. Vor politischer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Gegenwart auszuweichen – dies entspricht genau dem Mantra des ‚Opfers‘ – d.h. das Böse sind immer die anderen“, so der Politikwissenschaftler Dietrich Herrmann auf die Frage: „Warum gerade Dresden?“ (Herrmann 2015).

<sup>320</sup> Der Historiker Frank-Lothar Kroll, Lehrstuhlinhaber für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der TU Chemnitz, verweist darauf, dass Sachsen „der einzige deutsche Flächenstaat“ gewesen war, „in dem es zwischen 1871 und 1918 nicht zu einer fortschreitenden Liberalisierung, sondern zu einer reaktionären Rückbildung des Wahlrechts kam“ (Kroll 2013: 115).

<sup>321</sup> Interessant vor dem Hintergrund des hier Vorgetragenen scheint zweierlei: Zum einen ist Dresden das Zentrum antisemitischer Parteien wie der „Deutsch-Sozialen Partei“ oder der „Deutschen Reformpartei“; zum anderen gingen vor allem die Wahlerfolge Letzterer auf das Konto der konservativen Parteien, die zügig mit den antisemitischen Parteien kooperierten, sodass „die Trennlinie zwischen beiden zeitweilig kaum noch zu erkennen war“ (Richter 2006: 40).

Spuren jenes Denkens doch erhalten und entfalteteten sich ab 1933 in einer aggressiven Dynamik. Piefel verweist in diesem Zusammenhang überdies auf eine bis heute unbeantwortete Frage der zeitgenössischen jüdischen Presse: „Wieso [...] konnte der Antisemitismus als Bewegung hier angesichts einer zahlenmäßig unbedeutenden jüdischen Minderheit solch einen Anklang finden?“<sup>322</sup> Ebenfalls verdrängt ist der Umstand, dass der *völkische Protestantismus* in seiner Radikalität in Dresden nahezu einmalig gewesen sein mag. In diesem Zusammenhang erinnert einer unserer InterviewpartnerInnen als Einziger die hochgradig belastete Vergangenheit der Dresdner Frauenkirche:

*„Und wir haben in den zwanziger Jahren, also nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, ja eine hochproblematische Geschichte des sächsischen Protestantismus gehabt. Die Frauenkirche war ja die auserwählte Kirche der Deutschen Christen. Und nirgendwo ist so, also es mag auch andere Orte geben, aber in der Frauenkirche ist straff nazigerecht gepredigt worden. Und die evangelische Kirchengeschichte der dreißiger Jahre hat Tiefpunkte erreicht, die ich mir bis dato überhaupt nicht vorstellen konnte. Also wenn Sie die Kirchengesetzgebung der dreißiger Jahre der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen sich anschauen, ich glaube, das sucht seinesgleichen. Also man hat irgendwann, ich glaube Mitte der dreißiger Jahre, verboten, Juden zu taufen. Und wenig später verboten, getaufte Juden seelsorglich zu betreuen. Also ich glaube, das hat es in dieser Schärfe selten irgendwo anders gegeben.“<sup>323</sup>*

Nicht zuletzt sei auf weitere, jüngere Schlaglichter verwiesen, die im kollektiven Gedächtnis der Stadt Dresden, trotz offizieller Gedenkbemühungen, weitgehend entkontextualisiert worden sind: War, wie bereits in Bezug auf Rechtsextremismus in Freital dargelegt, Jorge João Gomondai 1991 eines der ersten Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Ostdeutschland nach 1990, so erlebte die Stadt im Jahr 2009, mit der Ermordung Marwa el-Sherbinis in einem Dresdner Gerichtssaal, den „erste[n] islamophobe[n] Mord in Deutschland“ – so zumindest die Journalistin des *Tagesspiegel*, Andrea Dernbach.<sup>324</sup> Zudem war Dresden im Jahr 2010 der Aufmarschort der „alljährlich größten Nazi-Demonstration Europas“ (Radke 2010); und nicht zuletzt blieb Pegida, bei allem Bemühen um einen Export in andere Städte und Länder, eine Dresdner Angelegenheit – sowohl was den regen Zulauf zu Pegida als auch den im

<sup>322</sup> Piefel erkennt diese Kontinuität vor allem in personellen Konstellationen, die aber wechselseitig mit einer spezifischen, kulturpessimistischen Stimmung in Dresden und Sachsen korrespondierten (Piefel 2004: 86–90, 165–176).

<sup>323</sup> Interview mit *Herrn Reese*, Mitarbeiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, 00:58:34. Vgl. etwa zur Frauenkirche und den „28 Thesen der sächsischen Volkskirche zum inneren Aufbau der Deutschen Evangelischen Kirche“ mit einem Bekenntnis zu „Blut und Rasse“, zu „Bluts- und Wesensgemeinschaft“, die mit nur einer Gegenstimme und einem abschließenden dreifachen „Kampf Heil“ und dem Singen des „Horst-Wessel-Liedes“ auf der Landessynode im März 1933 verabschiedet wurden und dann als „sächsischer Kurs“ eine kurze Blüte erlebten, Fischer (1972: 24); vgl. mit umfänglichen Hinweisen auch o.V. (2015e). Als ein weiteres Indiz für die Rolle der Frauenkirche als „Vorzeigekirche des nationalsozialistischen Protestantismus“ mag die ebenfalls wenig memorierte Tatsache gelten, dass die Kirche von 1938 bis 1942 aufwendig saniert wurde (vgl. Claussen 2010: 202).

<sup>324</sup> Vgl. Dernbach (2010).

Vergleich zu anderen Städten geringen Zulauf zu dessen GegnerInnen betrifft.<sup>325</sup> Am Ende steht – und dieser Eindruck wurde in Fokusgruppen und Gesprächen eher erhärtet denn widerlegt – die sicher nicht unumstrittene Formulierung des Historikers Henning Fischer,<sup>326</sup> der die zentralen Befunde zur Erinnerungskultur im Dresdner Raum so zusammenfasst: „Das Problem in Dresden besteht in einer selektiven Erinnerung und Wahrnehmung“ (Fischer 2012), aus der, dies sollte deutlich geworden sein, eine starke, gleichwohl von Misstönen bereinigte regionale Identität abgeleitet wird, welche die historische sowie zeitgenössische rechte Hochburg im öffentlichen Gedächtnis zugunsten der unpolitischen Kulturstadt Dresden<sup>327</sup> in Verbindung mit einem mythologisch überhöhten Opferstatus, aktualisiert durch die jüngsten Kritiken an Pegida und der Dresdner Erinnerungskultur,<sup>328</sup> verdrängt.<sup>329</sup>

---

<sup>325</sup> „Nopegida‘ schlägt ‚Pegida‘ – nur nicht in Dresden“, titelte etwa der *Tagesspiegel*, um auf dieses bundesweit eklatante Missverhältnis hinzuweisen. Mobilisierte Pegida in Dresden zur elften Auflage bis zu 18.000 Menschen, standen diesen lediglich 3.000 GegnerInnen gegenüber – in der ostdeutschen Stadt Leipzig war das Verhältnis genau umgekehrt: Dort kamen auf 5.700 Pegida-TeilnehmerInnen etwa 30.000 GegnerInnen; noch deutlicher war das Zahlenverhältnis in Düsseldorf (1:50), München (1:13) und Nürnberg (1:20) (Meisner et al. 2015).

<sup>326</sup> Autor des Buches „Erinnerung an und für Deutschland. Dresden und der 13. Februar 1945 im Gedächtnis der Berliner Republik“.

<sup>327</sup> Eine Erinnerung aber, „die Dresden auf die unpolitische Kunst- und Kulturhauptstadt reduziert, sieht ab von der realen Komplexität dieses historischen Standorts und seine Eingliederung in die Geschichte des Faschismus und zweiten Weltkriegs“, so Aleida Assmann auf einem internationalen Kolloquium „Erinnern als Engagement für Frieden, Demokratie & Menschenrechte“ in Dresden im Jahr 2008 (vgl. Assmann 2008).

<sup>328</sup> „Nun, mit den berechtigten Vorwürfen aus ganz Deutschland und darüber hinaus hinsichtlich Dresdens mindestens ambivalenter Haltung, sehen sich viele erneut in der Opferrolle bestätigt – ein Teufelskreis, den es zu durchbrechen gilt.“ (Herrmann 2015).

<sup>329</sup> Die Versuche, dem entgegenzuwirken, wie etwa das genannte Kolloquium, Erinnerungsprojekte wie [www.dresden-erinnern.org](http://www.dresden-erinnern.org) sollen dabei nicht unterschlagen werden. Auch bemüht sich die Stadt inzwischen intensiv, „Erinnerungskulturelle Grundlagen der Landeshauptstadt Dresden“ zu diskutieren; gleichwohl findet sich unter dem Unterpunkt Stadtgeschichte Dresdens auf der Website der Stadt Dresden keines der hier genannten Themen, vgl. URL: <https://www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/geschichte.php>.

## 6. Erfurt-Herrenberg

### 6.1 Die Landeshauptstadt Erfurt und der Stadtteil „Herrenberg“

Besucht man die thüringische Landeshauptstadt Erfurt, ist der erste Eindruck ein deutlich anderer als in Freital oder Heidenau. Der Bahnhof futuristisch glasüberwölbt, die Stadt selbst quirlig, lebendig, erstrahlt sie wieder in rekonstruiertem Glanz. Nur ein kurzer Fußweg führt zum Anger, dem pulsierenden Herzen Erfurts, oder zum Erfurter Dom, Wahrzeichen der Stadt und zugleich Kulisse für die regelmäßigen Demonstrationen von AfD-PolitikerInnen, PegidistInnen und neurechten DemagogInnen. Was für Freital und Heidenau instruktiv wirkte – ein fehlendes Stadtzentrum, die periphere Lage, verblässende, leerstehende oder längst abgerissene Zeugnisse vergangener, goldenerer Zeiten –: Nichts davon scheint auf das Erfurter Zentrum zuzutreffen. Wir verlassen diese Szenerie, steigen am Anger in die Straßenbahn. Die Bahn schlängelt sich vorbei am Stadtpark an Häusern, die von der einst prächtigen Geschichte Erfurts lange vor der deutsch-deutschen Teilung erzählen, passiert die Schwimmhalle, das Arbeitsamt; die Häuser werden einfarbiger, schlichter und kantiger. Keine zwanzig Minuten später haben wir das Ziel unserer Fahrt erreicht: den im Südosten der Stadt liegenden Erfurter Stadtteil Herrenberg – ein infrastrukturell durch zwei Straßenbahnlinien und Busse an den Stadtkern gut angeschlossener, sich aus dem großen und kleinen Herrenberg zusammensetzender Stadtteil, der seinen EinwohnerInnen Einkaufsmöglichkeiten und Schulen bietet. Zugleich erreichen wir einen Stadtteil, der als Brennpunkt der rechtsradikalen und rechtsextremistischen Szene in Erfurt gilt.

Ausstieg an der Station „Abzweig Wiesenhügel“ – betongewordenes Zeugnis der post-klassizistischen DDR-Architektur. Um zum Ziel, dem Kern des großen Herrenbergs mit dem Kammweg und der Tunger-, Singer- und Stierstraße, zu gelangen, muss die Straßenseite gewechselt sowie ein kleiner Durchgang passiert werden. Vor Letzterem steht ein junger Mann, vielleicht 26, 27 Jahre alt. Er schaut herüber, der Forscher schaut zurück und blickt in Kontaktlinsen, die ein schwarzes Reptilienauge mimen. Sein Gesicht ist um die Mundpartie gepieret und er trägt ein schwarzes *Cap* mit eingeknicktem Schirm. Die Kleidung ist komplett in Schwarz gehalten – sowohl die weite Hose als auch die dicken Sneakers sowie das T-Shirt. Nur einen Farbtupfer gibt es: „White Power!“ prangt schräg auf der Brust, passend dazu die Tattoos, eine „88“ und Haken, deren Zusammensetzung man nicht genau erkennen kann.

Die Antwort eines Lokalpolitikers vom Herrenberg auf die Frage, wie man den Stadtteil beschreiben würde, unterstreicht den ersten Eindruck und die Problematik des Herrenbergs: *„Fantastischer Stadtteil, was die Aussicht betrifft, also wenn Sie hier oben den Kammweg langgehen, das sagen sie alle. Einen fantastischen Überblick über die Stadt, weil wir ja ein bisschen höher liegen hier. [...] Ansonsten ist eben das Problem mit den Nazis dann gekommen.“*<sup>330</sup>

---

<sup>330</sup> Vgl. Interview mit einem lokalen politischen Akteur aus dem linken Spektrum, 27.10.2016, 00:27:03ff.

## 6.2 Geschichte und Gegenwart des Stadtteils Herrenberg

Im Rahmen des Forschungsprojektes ist deutlich geworden, dass vor allem die Entwicklung des Stadtteils in der Nachwendezeit eine bedeutende Rolle im Zusammenhang mit dem Raumgewinn der rechten Szene einnimmt. So entzündeten sich an der jüngsten Geschichte des Herrenbergs die zentralen Konflikte sowohl für die politischen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen als auch für die BewohnerInnen vor Ort. Seitens der BewohnerInnen ließ sich eine gewisse Nostalgie, die teilweise einer romantischen Verklärung der Vergangenheit des Stadtteils glich, beobachten, welche die aktuelle negative Wahrnehmung kontrastiert. Insgesamt sind, Stand: 31. Dezember 2016, 7.936 Personen mit Wohnsitz auf dem Herrenberg gemeldet.<sup>331</sup> Nach der Wende verzeichnete der Stadtteil einen erheblichen Fortzug, nach 2008 hingegen erneut einen Zuzug, der die Bevölkerungsstruktur indes stark verändert und zudem die gerade erst im Wachsen befindliche Quartierszugehörigkeit wieder aufgesprengt hat.<sup>332</sup> Die BewohnerInnen bekunden eine sehr starke Veränderung des Stadtteils *nach* der Wende. Lebten zu Zeiten der DDR „systemtreue und systemnahestehende Leute“ auf dem Herrenberg, wozu bspw. „Elektronikmitarbeiter, Ärzte, Polizei, Armee“ sowie MitarbeiterInnen der Bereitschaftspolizei zählten,<sup>333</sup> änderte sich dies nach der Wiedervereinigung. So zog die Mehrzahl der ehemaligen BewohnerInnen fort, neue kamen nur schleppend hinzu. Nach Wahrnehmung der GesprächspartnerInnen jedoch nicht unbedingt zum Vorteil des Stadtteils:

*„Man hat hier eine sehr hohe Quote an Leuten, die arbeitssuchend sind und die auf Sozialleistungen angewiesen sind, und die niedrigste Quote an Menschen, die einen Abiturabschluss haben oder auch machen. Wenn man mal so guckt: Man hat so quasi eine Überalterung und man hat auch quasi ein recht geringes Bildungsniveau im Vergleich zu anderen Stadtteilen.“<sup>334</sup>*

Der Bildungsstand auf dem Herrenberg wird als niedrig beschrieben,<sup>335</sup> was – laut Aussage eines Bewohners dieses Viertels – verstärkte soziale Anspannungen zur Folge habe.<sup>336</sup> Doch nicht nur viele BewohnerInnen scheinen perspektivlos zu sein; im Rahmen des Forschungsprojekts wurde deutlich, dass auch der Stadtteil an sich als perspektivlos angesehen wird. Ihm mangelt es an einem Konzept, das

<sup>331</sup> Stadtteil – Herrenberg, URL:

<http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/daten/bevoelkerung/stadtteile/109183.html>.

<sup>332</sup> Ein Effekt, den sich nahezu alle sogenannten Plattenbauviertel aus der DDR teilen (vgl. Kahl 2003; Keller 2005).

<sup>333</sup> Gespräch mit einem Einwohner des Herrenbergs, 27.10.2016.

<sup>334</sup> Interview mit lokalen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen (A) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 00:01:13f.

<sup>335</sup> Vgl. Fokusgruppe Erfurt Herrenberg, 00:55:11ff.; in der Fokusgruppe war ebenfalls zu vernehmen, wie die AnwohnerInnen viele ihrer MitbürgerInnen im Stadtteil wahrnehmen; so fiel in einer Unterredung das Wort „Asi“, um der Sitznachbarin von einem Wohnnachbarn zu berichten.

<sup>336</sup> Gespräch mit einem Einwohner des Herrenbergs, 27.10.2016.

jedoch zu DDR-Zeiten noch zu bestehen schien. Dies hat sowohl Auswirkungen auf die BewohnerInnenschaft als auch auf das Zusammenleben innerhalb des Stadtteils an sich, in dem seit den Nachwendejahren jegliche Möglichkeiten für ein soziales und kulturelles Zusammenkommen der BewohnerInnen fehlen. Dies führe dazu, so ein Interviewpartner, dass die BewohnerInnen keinerlei Bindung zu dem Viertel aufbauten und sich somit wenig dafür interessierten, was dort geschehe.<sup>337</sup> Dies zeigte sich auch in der von uns durchgeführten Fokusgruppe.

Doch nicht nur die Konzeptlosigkeit beeinflusst das Zusammenleben auf dem Herrenberg. Auch resultiere die hohe Konfliktrate im Viertel laut Berichten von InterviewpartnerInnen aus einem negativ wahrgenommenen öffentlichen Klima: *„Das führt natürlich zu so einer besonderen Klientel der Entwicklung hier. Das heißt erhöhtes Gewaltpotential. Wir sind der Stadtteil hier in Erfurt, wo die meisten Verbrechen vor Ort stattfinden. Das ist ein bisschen ungewöhnlich.“*<sup>338</sup> In dieser Verkettung sehen viele der Interviewten einen guten Nährboden für rechte Strukturen, die – eine Abwärtsspirale wird offensichtlich – wiederum dazu führen, dass weitere BewohnerInnen den Herrenberg verlassen. So berichtet eine weitere Anwohnerin von ehemaligen HerrenbergerInnen, *„[...] die weggezogen sind aus dem Umfeld des Kammwegs, als die Klausen dort bewohnt war von den Nazis, weil die das ‚Heil-Hitler‘-Schreien nicht mehr ausgehalten haben nachts. ... Und dann sind die Leute dann woanders hingezogen. Es ist eben dann aber auch eine Art Vertreibung.“*<sup>339</sup>

Das Bild und damit auch das soziale Gefüge des Stadtteils haben sich nach der Wiedervereinigung stark gewandelt und damit die auf dem Herrenberg vorzufindenden gesellschaftlichen Problematiken nicht nur verstärkt, sondern mitunter überhaupt erst hervorgebracht.

*„Dann haben wir eine Ghettoisierung. Genauso wie hier in diesen Neubaugebieten. Es wird immer verneint, die Polizei darf auch nicht darüber reden; und das erinnert mich verdammt an die DDR. Auch die zwei Gesichter, die wir hatten. In der Schule meinten die Eltern: Komm, du musst ja nicht unbedingt erzählen, dass wir Westfernsehen gucken und so. Und jetzt ist es ähnlich. Es wird alles schöngeredet, aber in Wirklichkeit ist es nicht schön und deswegen kriegt die AfD so einen Zulauf. Ich sage immer zur SPD, zu Bausewein [Oberbürgermeister Erfurts, A.d.V.], Ihr mit eurem Wegreden und so ist es ja nicht, ‚Wir haben ja viel getan!‘. Da sage ich: Das interessiert keinen, der in der Scheiße sitzt. Der sagt, die reden alle schön, aber in Wirklichkeit ist es nicht schön. Das war in der DDR so.“*<sup>340</sup>

Die gesellschaftlichen Spannungen zeigen sich, neben den vor Ort ansässigen AkteurInnen aus der rechten Szene, vor allem in den Debatten und im politischen Handeln im Zuge der sogenannten *Flüchtlingskrise* im Jahr 2015: Da rund 2,7 Prozent der Geflüchteten, die von der Bundesrepublik aufgenommen wurden, in Thüringen untergebracht werden sollten, lebten auch in Erfurt zeitweise

<sup>337</sup> Vgl. Gespräch mit einem Einwohner des Herrenbergs.

<sup>338</sup> Interview mit lokalen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen (A) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 00:09:06f.

<sup>339</sup> Gespräch mit einer Einwohnerin des Herrenbergs, 27.10.2016.

<sup>340</sup> Interview mit einem lokalen politischen Akteur aus dem linken Spektrum, 00:13:00f.

3.132 Geflüchtete (Stand: Oktober 2016). Dabei hat sich die Stadt Erfurt für ein dezentrales Unterbringungskonzept entschieden. Eine Erstaufnahmeeinrichtung in Form einer „Containeranlage“ wurde auch am Herrenberg errichtet und ist seit Februar 2016 bewohnt. Nach Errichtung der Unterkunft fand eine Informationsveranstaltung für die EinwohnerInnen des Stadtteils mit ca. 400 TeilnehmerInnen statt. Eine starke Präsenz rechtsextremer Gruppierungen, darunter der im rechten Spektrum bekannte Enrico B., versuchten – auch durch Beleidigungen –, die Stimmung aufzuheizen. Die Absicht jedenfalls, die Veranstaltung zu dominieren und sich als Sprachrohr für den Stadtteil zu positionieren und inszenieren, war offensichtlich.<sup>341</sup>

Während die Erstaufnahmeeinrichtungen auf dem Herrenberg optisch präsent sind, ist der andere, die Stadtöffentlichkeit beschäftigende Konflikt einer, der sich in einem unscheinbaren Gewerbegebiet vor den Toren der Stadt abspielt: In Erfurt-Marbach plant die Ahmadiyya-Gemeinde, die in ganz Thüringen knapp siebzig Mitglieder zählt, die Errichtung einer Moschee.<sup>342</sup> Die Debatte um den Moscheebau entfachte, wie an anderen Orten auch, einige Diskussionen und interkulturelle Konflikte, die in Erfurt jedoch sehr schnell, und hier ähnlich zu vorangegangenen Debatten, von rechten Parolen, Missverständnissen und Vorurteilen geprägt waren. So beteiligte sich die AfD nicht nur an den Diskussionen um den Marbacher Moscheebau, sondern nutzte diesen Anlass auch für Aufmärsche vor dem Erfurter Dom, bei denen sie gegen die Moschee im Besonderen, aber vor allem gegen „den Islam“ im Allgemeinen protestierte und die Ressentiments vieler offenkundig der rechten Szene zuzuordnender oder sich mit rechten Codes und Symbolen schmückender DemonstrationsteilnehmerInnen<sup>343</sup> abholte und per Lautsprecher verstärkte.<sup>344</sup>

Konflikte wie jene um die Erstaufnahme von Flüchtenden oder den Bau einer Moschee in einem Erfurter Vorort vermögen – dies wird während der Feldforschungsphase immer wieder deutlich –, auch auf dem Herrenberg konkrete politische Auseinandersetzungen hervorzubringen. Indes scheint dies nicht, wie zu mutmaßen ist, für weiteres politisches Engagement oder politische Mobilisierung zu gelten. Die Haltung verharrt hier vielfach in einem noch stärkeren Paradox als in Freital oder Heidenau: Geurteilt wird

<sup>341</sup> Vgl. Holger Wetzel, Flüchtlinge in alter Erfurt Schule: Andrang bei Bürgerversammlung, in: Thüringer Allgemeine Zeitung, 10.02.2016, URL: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Fluechtlinge-in-alter-Erfurter-Schule-Andrang-bei-Buergerversammlung-1069915004>; sowie Interview mit einem Mitarbeiter der Partei DIE LINKE mit Schwerpunkt auf Rechtsextremismus, 28.00ff. Diese Veranstaltung wurde ebenfalls in den Einzelinterviews thematisiert sowie einmal in der Fokusgruppe. In diesem Zusammenhang spielte das Auftreten der rechten Szene während der Veranstaltung eine wichtige Rolle.

<sup>342</sup> Telefonat mit dem Gemeindevorstand der Ahmadiyya-Gemeinde, 28.11.2016.

<sup>343</sup> Vgl. Feldforschungsprotokoll vom 18.05.2016. Besuch einer AfD-Demonstration auf dem Erfurter Domplatz.

<sup>344</sup> Vgl. Ulrike Scheffer, Pankower Moschee-Streit 2.0, in: Tagesspiegel Online, 20.07.2016, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/widerstand-gegen-plaene-der-ahmadiyya-gemeinde-fuer-erfurt-pankower-moschee-streit-2-0/13891558.html>; ebenso werden innerhalb der sozialen Netzwerke Diskussionen um den Moscheebau geführt, die zur Mobilisierung gegen den Bau der Moschee animieren, etwa auf der Facebook-Seite „Erfurt sagt ‚Nein‘“. Vgl. hierzu bspw. einen Post vom 26.11.2016 unter URL: <https://www.facebook.com/Erfurt-sagt-Nein-831434866879416/>.

punktuell und nur nach – bisweilen „gefühltem“ – politischem *Output*; eigenes politisches Engagement, eigenes politisches Wissen scheint es hingegen nicht unbedingt zu brauchen. Die Eindrücke aus der Zivilgesellschaft – „[d]ie Abgeordneten sitzen in Bürgersprechstunden bzw. im Bürgerstammtisch, der extra eingerichtet wurde. Alleine. Und es kommt keiner.“<sup>345</sup> – müssen kein Spezifikum dieses Stadtteils sein. Sie verweisen aber auf ein doppeltes, gleichwohl generelles Problem: Zum einen wird eine Entfremdung, ja Abspaltung von der wenig nachvollziehbaren Politik beschrieben:

„[W]ir [Politiker stehen] vor einer ziemlichen Herausforderung [...], was demokratische Prozesse angeht, die Leute verstehen die nicht mehr, die können die nicht nachvollziehen und es gibt schon eine Entfremdung zwischen denjenigen, die Sachen umsetzen politisch, und denjenigen, die der ‚klassische Wähler‘ oder die ‚klassische Wählerin‘ sind“.<sup>346</sup>

Zum anderen ist ein Rückzug aus dem Politischen zu beobachten, der womöglich nur vor dem Hintergrund einer DDR-Sozialisation erklärbar wird:

Zivilgesellschaftler (ZG): *Also ich glaube, dass viele unpolitisch sind. Und die Wahlbeteiligung spricht ja auch eher dafür.*

Interviewer (I): *Und weil das Politische immer noch so etwas [...] Merkwürdiges ist? Also man weiß damit nichts anzufangen. Man ist skeptisch gegenüber der Politik?*

ZG: *Ja, ich glaube, skeptisch und distanziert.*

I: *Und ablehnend?*

ZG: *Die da oben, die da oben, wir da unten.*

I: *Also dieses ganz einfache Schema im Endeffekt.*

ZG: *Und manche sind dann eben auch voller denunziatorischer Gedanken.*

I: *Ja, ist das hier noch so?*

ZG: *Hm (zustimmend). [H]eimlich [war es] eben eigentlich [...] schön [...] in der DDR. Heimlich. Also bei den Älteren ist das schon so. Dass die eben sagen ‚Es war doch alles in Ordnung‘. Und ‚Das ist doch jetzt ein Polizeistaat‘ (lacht). Also da gibt es ganz schreckliche Dinge, die die Leute erzählen. Aber das ist bei dieser Generation 65, 70 aufwärts.*

Deutlich wird diese Entfremdung, diese Abspaltung, erst beim Blick in die Statistik, die zu zeigen vermag, wie wenig Vertrauen politischen Prozessen entgegengebracht wird, wie wenig selbst niederschwellige aktive Teilnahme am Politischen, z.B. der Gang zur Wahlurne, auf dem Herrenberg verwurzelt ist und wie stark – und dies ist mit Blick auf die Erkenntnisse aus Freital und Heidenau ein besonders ernst zu nehmendes Problem – dennoch die politische, mithin auch gesellschaftliche Polarisierung auf dem Herrenberg vorangeschritten und mittlerweile verankert ist. Dies zeigt sich bspw. an der Landtagswahl 2014, die trotz der knappen prognostizierten Mehrheitsverhältnisse, einer klaren

<sup>345</sup> Interview mit einer Person aus der Zivilgesellschaft des Herrenbergs (B) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 27.09.2016, 01:06:05ff.

<sup>346</sup> Interview mit einem politischen Akteur (A) aus dem grünen Spektrum, 00:10:03ff.

Polarisierung im Wahlkampf und der Möglichkeit eines Regierungswechsels anders als in Sachsen durchaus als eine hoch polarisierte Wahl (allerdings ohne sehr starke Wechselstimmung) angesehen werden konnte.<sup>347</sup> Lockte diese klare Konstellation schon in Erfurt insgesamt nur 54,8 Prozent der WählerInnen an die Wahlurnen,<sup>348</sup> so waren es auf dem Herrenberg lediglich 31,9 Prozent.<sup>349</sup> Kam DIE LINKE in Erfurt auf 33,5 Prozent, so entfiel auf dem Herrenberg nahezu jede zweite abgegebene Wahlkreisstimme (48,0 Prozent) auf DIE LINKE, während die NPD zugleich 6,2 Prozent der Stimmen erringen konnte (gegenüber 3,5 Prozent im gesamten Stadtgebiet).<sup>350</sup> Somit stellt DIE LINKE mit André Blechschmidt den Wahlkreisabgeordneten des Wahlkreises 27 (Erfurt IV), während auch die NPD mit David Ammon ein Mitglied in den Ortsrat entsendet hat. Kurzum: Bei der Stimmenverteilung bleibt auffällig, dass sowohl DIE LINKE (+43,3 Prozent) als auch die NPD (+77,1 Prozent) bei den untersuchten Wahlen deutlich mehr Prozentpunkte auf dem Herrenberg gewonnen hat als in Erfurt insgesamt.<sup>351</sup> Diese diametrale politische Einstellung wird auch von den BewohnerInnen des Viertels, die sich dieser teilweise bewusst sind, immer wieder zum Ausdruck gebracht. Gegen Rechtsextremismus treten die von uns interviewten politischen VertreterInnen geschlossen und vielfach kooperierend auf und zeigen hier nach eigener Auskunft öffentlich eine „klare Kante“. Ähnliches gilt für die Arbeit im Erfurter Stadtrat, in dem die SPD, gefolgt von der Union, der LINKEN, den Grünen und der Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten, die größte Fraktion stellt. Auch die AfD errang bei der Stadtratswahl 2014 zwei Sitze, bildet jedoch, aufgrund des Parteiaustritts von Oskar Helmerich Ende Mai 2015, keine Fraktion.<sup>352</sup> Die NPD stellte bis Anfang 2016 einen Stadtrat, der jedoch zur Partei „Die Rechte“ wechselte und nun, ebenso wie die Stadträtin Corinna Herold der AfD, fraktionslos ist. Seine Präsenz und aktive Mitarbeit werden von KollegInnen jedoch als mangelhaft beschrieben. Innerhalb des

<sup>347</sup> Vgl. FG Wahlen, Landtagswahlen Thüringen, 14.09.2014, URL: [www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News/Thue\\_2014.pdf](http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News/Thue_2014.pdf).

<sup>348</sup> Der Landesschnitt lag gar nur bei 52,8 Prozent, vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, Landtagswahl 2014 in Thüringen – endgültiges Ergebnis, URL:

<http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2014&zeigeErg=Land>.

<sup>349</sup> Vgl. ebd.

<sup>350</sup> CDU: 20,0 Prozent, SPD 17,1 Prozent, FDP 1,7 Prozent, Bündnisgrüne 4,7 Prozent und Piraten 2,4 Prozent; bis dato hat die NPD, anders als in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern, den Einzug in das thüringische Landesparlament verpasst und ist mit diesem Vorhaben auch 2014 das dritte Mal in Folge gescheitert.

<sup>351</sup> Vgl. Ergebnisse der Landtagswahl 2014 in Thüringen, S. 71ff. Ähnlich verhält es sich mit den Zweitstimmen: Auch hier liegen DIE LINKE einerseits (+ 43,5 Prozent) und die Parteien des rechten Spektrums andererseits (+26,1 Prozent) über dem Erfurter Durchschnittswert, Quelle: eigene Berechnungen.

<sup>352</sup> Seit April 2016 gehört Helmerich als parteiloses Mitglied der SPD-Fraktion im Erfurter Stadtrat an. Vgl.

Ergebnisse der Stadtratsmitgliederwahl 2014 in Erfurt unter URL:

[http://www.erfurt.de/mam/ef/rathaus/wahlen/ergebnisse/kommunal/erfurter\\_statistik\\_-\\_endgueltiges\\_ergebnis\\_gewaelhte\\_bewerber\\_2014.pdf](http://www.erfurt.de/mam/ef/rathaus/wahlen/ergebnisse/kommunal/erfurter_statistik_-_endgueltiges_ergebnis_gewaelhte_bewerber_2014.pdf), S. 4f. Vgl. zudem Lüdeke, Ulf: Ex-AfD-

Vorstandsmitglied warnt: „Björn Höcke will einen Führer-Staat“, in: Focus online, 20.04.2016, URL:

[http://www.focus.de/politik/deutschland/nach-wechsel-zu-erfurter-spd-fraktion-ex-afd-vorstandsmitglied-warnt-bjoern-hoecke-will-einen-fuehrer-staat\\_id\\_5410380.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/nach-wechsel-zu-erfurter-spd-fraktion-ex-afd-vorstandsmitglied-warnt-bjoern-hoecke-will-einen-fuehrer-staat_id_5410380.html).

Stadtrates wird seitens der übrigen Parteien geschlossen gegen jegliche Anträge oder Aussagen des Stadtrates der Partei „Die Rechte“ gestimmt oder diesen widersprochen.<sup>353</sup>

Auch jenseits der klassischen Politik erscheint der Herrenberg als ein in sich geschlossener Raum. Während in Erfurt selbst, auch im Vergleich zur Region, ein breites und vielfältiges Freizeitangebot für verschiedenste (Jugend-)Milieus zu finden ist, gilt für den Herrenberg die gegenteilige Diagnose. Vielmehr wurde in den Gesprächen mit AkteurInnen und BewohnerInnen des Herrenbergs deutlich, dass sich Jugendarbeit vor Ort vor allem durch ihre Abwesenheit beschreiben lässt. So berichtet ein Fokusgruppenteilnehmer jungen Alters: *„Also ich muss sagen, ich wohne da jetzt seit einem Jahr auf dem Herrenberg und ich habe noch gar nicht viel mitbekommen von Möglichkeiten und ich kenne das Stadtteilzentrum zum Beispiel nicht.“*<sup>354</sup> Das auf dem Herrenberg gelegene Stadtteilzentrum, im Volksmund aufgrund seiner Nähe zum Friedhof und der Form der Eingangstür „Die Urne“ genannt, war lange Zeit vor allem ein Treffpunkt rechtsorientierter Jugendlicher und infolgedessen für einen längeren Zeitraum komplett geschlossen worden, bevor es im August 2014 unter neuer Trägerschaft des „Plattform e.V.“ wieder öffnete. Über den „Erfolg“ und die Frequentierung des Zentrums seitens der BürgerInnen äußerten sich die interviewten BewohnerInnen des Herrenbergs gleichwohl wenig euphorisch:

*„Problematik ist natürlich so, dass die Angebote für die Jugend, für die jungen Leute hier, sehr mau sind. Also das [...] Stadtteilzentrum, früher hieß das mal ‚Jugendklub Urne‘, dann war es eine Zeit lang geschlossen und jetzt heißt es Stadtteilzentrum Herrenberg / das ist mit der Trägerschaft vergeben worden an den Verein. Und die sind [...], ich sag mal: Die sind nicht besonders fit. Da gibt es dann auch schon Kritiken von Anwohnern ringsherum, dass das Ding vor sich hingammelt. Die machen da Veranstaltungen ab und zu drinnen, aber vom Umfeld her sieht es eben nicht besonders aus. War ein guter Anfang, und dann ganz schnell war die Luft raus, Geldmittel raus.“*

Auch eine Fokusgruppenteilnehmerin, die sich innerhalb des Zentrums engagiert, berichtete über Startschwierigkeiten, auch im Zusammenhang mit der rechtsextremistischen Vergangenheit des vormaligen Jugendclubs.

*Frau Fitsch: Ach, in der Urne.*

*Frau Streif: Ja, in der Urne. Wir haben auch böse Ablehnung erfahren. Weil jeder, der gehört hat, „Urne“, das war eine rechtsextreme Kneipe, Jugendclub.*

*Interviewer: Eine rechtsextreme Kneipe?*

*Frau Streif: Ja. Und wir haben da auch sehr große Probleme gehabt, anerkannt zu werden.*<sup>355</sup>

<sup>353</sup> Interview mit einem Mitglied des Stadtrates für die CDU, 07.06.2016, 00:25:06ff. sowie Interview mit einem Mitglied des Stadtrates für die SPD, 07.06.2016, 00:38:00ff.

<sup>354</sup> Fokusgruppe Erfurt Herrenberg, 00:20:01ff. (Sämtliche Namen anonymisiert).

<sup>355</sup> Fokusgruppe Erfurt Herrenberg, 00:14:00ff.

Auch Forschungen vor Ort ergaben, dass die Resonanz seitens der EinwohnerInnen sehr gering sei; nur sehr spärlich beteiligten sich diese an den Angeboten oder nahmen diese in Anspruch. Ob das am Angebot selbst liegt oder daran, dass es in keinem anderen Stadtteil grundsätzlich so schwer sei, Kontakt zu den BewohnerInnen aufzunehmen,<sup>356</sup> lässt sich aufgrund der gegenseitigen Unkenntnis (des Angebots wie der Angebotsverweigerung) nur schwer bestimmen. Wenig hilfreich ist sicherlich die schwankende finanzielle Ausstattung,<sup>357</sup> welche die Arbeit insgesamt belastet<sup>358</sup> und insbesondere langfristige Pläne verunmögliche. In der sich über sieben Monate erstreckenden Feldphase zeigte sich folgendes Bild: Die organisierte rechte Szene wurde im Vergleich zum Stadtteilzentrum als sehr engagiert und aktiv wahrgenommen; als kontinuierlicher Anbieter – etwa im Rahmen des Vereins „Volksgemeinschaft e.V.“ mit eigenen Räumlichkeiten in Sichtweite des Stadtteilzentrums – spricht sie vor allem die alleingelassenen Jugendlichen an und schließt Lücken, die auch aus der eingangs beschriebenen politischen Konzeptlosigkeit bezüglich des Herrenbergs resultieren. Ein Vakuum, in das die rechtsextreme Szene inzwischen planvoller eindringt als noch vor wenigen Jahren.

Die rechtsextreme Szene in Erfurt hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren durch eine verstärkte Vernetzung ausgezeichnet, zudem organisiert sie sich informeller und früher. Die Abgrenzung der einzelnen Gruppen weicht auf, sie agieren nun mit- statt gegeneinander und es kommt zu einer verstärkten Kooperation,<sup>359</sup> was wiederum zu einem breiteren Angebot der Szene führt – in den Interviews wurde diesbezüglich mehrfach von einer rechten „Erlebniswelt“ gesprochen, die in Erfurt, insbesondere auf dem Herrenberg, ein attraktives Angebot von der Hausaufgabenhilfe bis zum Kickerturnier bietet. In den vergangenen Jahren hat sich die Szene parteipolitisch immer stärker von der NPD gelöst, was aber eher mit den ehemaligen Führungspersonen der Partei zusammenhängt als mit einem Kurs der Deradikalisierung. Denn während die NPD Mitgliederverluste zu verzeichnen hat, wachsen zwei andere Parteien: Die Rechte und die Alternative für Deutschland. Insbesondere Letztere wird von professionellen medialen BeobachterInnen vor Ort eher als alter Wein in neuen Schläuchen gewertet. Auf die Frage, ob die AfD nun an die Stelle der NPD getreten sei, antwortet ein Vertreter aus den Medien: *„Politisch ja. Also was so politisch ... deutlich rechts, ja. Und Höcke ist ja rechtsradikal, der ist ja noch nicht einmal konservativ.“*<sup>360</sup> Gleichwohl bedeutet der zumindest teilweise Rückzug bzw. die Diffusion der NPD aus der formellen Organisation der rechten Szene, verbunden mit deren strategischem Scheitern – von BeobachterInnen der rechten Szene wird vor allem das Misslingen der Strategie der „radikalen Seriosität“ betont – keineswegs, dass die rechte Szene in Erfurt geschwächt sei.

<sup>356</sup> Vgl. Telefonat mit lokalen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen (A) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 01.11.2016.

<sup>357</sup> Etwa eingeschränkte Öffnungszeiten, vgl. URL: <http://www.stz-herrenberg.de/> [Zugriff am 01.11.2016].

<sup>358</sup> Vgl. Interview mit lokalen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen (A) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 00:12:00.

<sup>359</sup> Vgl. Interview mit einem Mitarbeiter der Partei DIE LINKE mit Schwerpunkt auf Rechtsextremismus, 00:01:00ff.; Gespräch mit „Mobit e.V.“, 18.05.2016, 00:01:00ff.

<sup>360</sup> Interview mit einem Journalisten des MDR, 22.08.2016, 00:25:03f.

Eher ist das Gegenteil der Fall, wie bei ersten Feldforschungsaufenthalten auf dem Herrenberg zu beobachten war, vor allem aber auch im Umfeld der AfD-Demonstrationen, die als Ausweis einer breiten Vernetzung und Verknüpfung unterschiedlich radikaler rechter Szenen mit anderen, weniger oder gar nicht organisierten Gruppen der Stadt gelten können. Noch 2014/15 nutzte die rechte Szene die AfD-Demonstrationen in Erfurt als Gelegenheit (und prägte diese teils optisch), um gemeinsam mit einer sogenannten bürgerlichen, beinahe salonfähigen, jedoch zugleich extrem populistischen und rechten Partei aufzumarschieren und in der Öffentlichkeit präsent zu sein. Dadurch kam der rechten Szene zum einen eine mediale und zum anderen eine gesellschaftliche Präsenz zu, die sie ohne das Vehikel AfD nie bekommen hätte und deren langfristige Auswirkungen auf die Stadtbevölkerung noch nicht abschließend zu beurteilen sind.<sup>361</sup> Neben der Strategie einer Anlehnung an den salonfähigeren Rechtspopulismus der AfD und den rechten Szenen anderer Bundesländer, etwa Mecklenburg-Vorpommerns, und der Anwendung der bekannten Kümmerer-Taktik durch die NPD<sup>362</sup> versucht die rechte Szene, wie uns mehrere BeobachterInnen beschrieben, besonders im Erfurter Norden und Süden, mit einer Mimikry-Strategie<sup>363</sup> vor allem die Jugend in durchaus unterschiedlichen subkulturellen Szenen Erfurts für sich zu gewinnen.<sup>364</sup> Angebote der verschiedenen szenebekanntesten Marken, Kleidung und Aufkleber oder Graffiti gibt es in Erfurt jedenfalls nach wie vor in großer Zahl, kurz: Die rechte Szene und ihre VertreterInnen gehören quantitativ auch ohne starke NPD in bestimmten Stadtteilen zum Alltagsbild.<sup>365</sup> Neu hingegen ist deren qualitative Sichtbarkeit durch einen Verzicht auf NPD-Logos und – im Folgenden anhand des Herrenbergs beschrieben – die Schaffung einer rechten „Erlebniswelt“ als lokal nahezu alternativloses Angebot für die Jugend.

---

<sup>361</sup> Gleichwohl – und hier ist ein zu diskutierender deutlicher Unterschied etwa zu Heidenau zu sehen, wo die NPD als recht offene Organisatorin der fremdenfeindlichen Asylproteste regen Zulauf hatte – scheint es in der Erfurter Stadtgesellschaft (dies gilt nur bedingt für den Herrenberg) ebenjener bürgerlich maskierten Fremdenfeindlichkeit eines Björn Höcke zu bedürfen, um Menschen in fremdenfeindlichem Protest zu vereinen.

<sup>362</sup> Vgl. Interview mit einem Mitarbeiter der Partei DIE LINKE mit Schwerpunkt auf Rechtsextremismus, 00:04:01f.; Telefonat mit einem lokalen politischen Akteur aus dem linken Spektrum.

<sup>363</sup> Vgl. ebd., 00:02:01f.; Interview mit Fanprojekt Erfurt, 30.07.2016, 00:24:01f.

<sup>364</sup> Vgl. Interview mit Fanprojekt Erfurt, 30.07.2016, 00:23:01f.

<sup>365</sup> Vgl. Interview mit einem Mitarbeiter der Partei DIE LINKE mit Schwerpunkt auf Rechtsextremismus, 00:01:00f.; Interview mit einem politischen Akteur (A) aus dem grünen Spektrum, 00:01:01ff. sowie Beobachtungen der ForscherInnen vor Ort.

## 7. Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Erfurt

### 7.1 Rechte SozialarbeiterInnen

Zwischen Tram-Station und Kammweg/Tungerstraße liegt eine dieser „Erlebniswelten“: die „Volksgemeinschaft e.V.“, die mittlerweile der alteingesessenen „Kammwegklausen“ auf dem Herrenberg den Rang abgelassen zu haben scheint. Einige Stufen hinauf, inmitten einer ehemaligen Kaufhalle, die lediglich noch eine Paketstation beherbergt, fällt der Blick auf eine weiße, frisch gestrichene Fassade, die mit Graffiti in Rot-Orange und Schwarz besprüht worden ist. In großen verschnörkelten Lettern ist der Name „Volksgemeinschaft e.V.“ zu lesen, auf der schweren Metalltür prangt ein schwarzes Adlergraffito. Das Gebäude wirkt wie eine Festung, die Fenster sind verschlossen, kein Mensch ist zu sehen. Allein die offensichtlich funktionierenden, mit Alufolie umhüllten Kameras im Eingangsbereich lassen erahnen, dass hinter dem Adlergraffito etwas Bewachenswertes existiert. Auf ein Klopfen an die Tür folgt keine Reaktion. Später, in den Abendstunden, in denen der Herrenberg dunkel daliegt und nur Straßenlaternen Licht auf den Gehwegen zwischen den Plattenbauten spenden, tanzen im Eingangsbereich der „Volksgemeinschaft“ rote und grüne Lichtpunkte, die aus den Innenräumen hinausdringen. Durch ein großes Fenster lässt sich ein Blick auf die Szenerie erhaschen: Ein großer Raum mit Billard- und Stehtischen, auch ein paar Sitzmöglichkeiten sind zu sehen. Alles ist in Schwarz-Weiß-Rot gehalten, Musik läuft; nur Personen lassen sich aus diesem Blickwinkel nicht ausmachen. Auf ein erneutes Klopfen an der Tür erfolgt erneut keinerlei Reaktion. Wie sich später herausstellt, bleibt die „Erlebniswelt“ prinzipiell jenen verschlossen, die kein ordentliches Mitglied der „Volksgemeinschaft“ sind oder nicht im Fokus der Bemühungen der „Volksgemeinschaft“ stehen, im Gegensatz zu Jugendlichen, die sonst keinen Platz auf dem Herrenberg haben.

Auf dem Herrenberg weitet die rechte Szene ihren Einfluss auf zweierlei Weise aus: Zum einen hat sie die Kümmerer-Taktik deutlich und erfolgreich intensiviert, zum anderen ihre Präsenz in der Öffentlichkeit deutlich erhöht, um nicht zuletzt einen Normalisierungseffekt zu erreichen. Als Zentrum dieser Doppelstrategie von Kümmerern und Dauerpräsenz, als Knotenpunkt der Bemühungen um Normalisierung und Durchdringung der Stadtteilgesellschaft hat sich die rechte Szene ebenjene

Immobilie gesichert, die, unter dem sprechenden Namen „Volksgemeinschaft“ mitten im Viertel stehend, für jedermann sichtbar und zunächst auch zugänglich ist und die als ordentliche, herausgeputzte Manifestation der Stärke der rechten Szene gesehen werden kann und muss. Mieter des Objekts soll eine Person sein, die im Erfurter Stadtrat für die Partei *Die Rechte* sitzt, um welche die anderen Parteien im Stadtrat einen politischen *cordon sanitaire* gezogen haben. Die „Volksgemeinschaft“, die werktags ab dem Nachmittag ihre Pforten öffnet, offeriert eine „bunte“ Mischung aus unterschiedlichen Programmen, Freizeitaktivitäten und Aktionen. Sie bietet überdies im schwarz-weiß-roten Inneren einen Sportraum, einen Kickertisch, auch eine Bar, an der Kaffee, Saft und Bier angeboten werden, sowie eine Kinderspielecke. Zudem werden unterschiedliche Abendprogramme angeboten, die von Liederabenden bis hin zu Getränkeaktionen reichen, derweil die Kinder der sich amüsierenden BesucherInnen Betreuung vor Ort finden. Auch Jugendliche haben hier einen Treffpunkt, an dem sie gern gesehen sind. Neben diesem dauerhaften Angebot gibt es unterschiedliche punktuelle Aktionen, eine Energieberatung etwa oder ein Kinderfest. Hierfür versucht die „Volksgemeinschaft“ oftmals externe SponsorInnen einzubeziehen, mit denen sie den Veranstaltungen eine gewisse Seriosität verleiht.

So berichtet ein Vertreter des politischen Bereichs:

*„Letztens wollten sie in der Volksgemeinschaft eine Energieberatung machen zusammen mit der Caritas. Daraufhin haben einige besorgte Personen bei der Caritas angerufen: Sie stünden auf einem Plakat, was zu einer Veranstaltung in einem Neonaziklub einlädt, ob ihnen das nicht bewusst wäre. Daraufhin haben die die Veranstaltung abgesagt, das war ihnen selbst auch sehr unangenehm. Aber dieser Spagat zu sagen: Ich mache Veranstaltungen für ein bestimmtes Kernklientel, Liedermacherabende, Konzerte, Vortragsabende und ich öffne mich aber auch anderen Schichten und Gruppen und das mache ich natürlich mit solchen Veranstaltungen. Wer hat denn, platt gesagt, kein Interesse daran, Energie zu sparen und Kohle zu sparen. Und klar, wenn noch die Caritas draufsteht und vielleicht gefördert wird von dem Ministerium für Soundso, ist das ein super Grund, da einfach mal hinzugehen, und vielleicht komme ich danach nochmal, weil die Leute sind da so nett und ich trinke da ein Bier oder einen Kaffee.“<sup>366</sup>*

Laut einem lokalen politischen Akteur aus dem linken Spektrum des Herrenbergs komme der „Volksgemeinschaft e.V.“ bei den BewohnerInnen des Stadtteils gut an, da er sich besonders auf sozialer Ebene engagiere. Den älteren BewohnerInnen werde der Einkauf nach Hause getragen, für die Kinder und Jugendlichen gebe es Freizeitangebote, die seitens der Stadt/Regierung gestrichen worden seien. In diesem Zusammenhang zitiert der lokale politische Akteur eine Erzieherin aus der Kita, welche mitten im Wohngebiet des Herrenbergs liegt, und verweist damit auf eine weitere Funktion bzw. Taktik der rechten Szene im Umfeld der „Volksgemeinschaft“: die Schaffung von Sicherheit durch die

---

<sup>366</sup> Vgl. Interview mit einem Mitarbeiter der Partei DIE LINKE mit Schwerpunkt auf Rechtsextremismus, 00:07:01ff.

Wahrnehmung als bürgerwehrrähnliche OrdnungshüterInnen – „Die sorgen wenigstens dafür, dass hier keine Asozialen mehr rumhängen. Das haben die anderen nicht geschafft.“<sup>367</sup> Eine Aussage, die auch der lokale politische Akteur nicht zu widerlegen vermag: „Der Stadtteil ist wirklich sauberer und sicherer, seit die da sind.“<sup>368</sup>

Allerdings wächst durch die „Volksgemeinschaft“ auch der Geschichtsrevisionismus. Eine Anekdote des lokalen politischen Akteurs über zwei Schuljungen, die lieber in die „Volksgemeinschaft“ gehen als ins Stadtteilzentrum (weil es dort schöner und besser ausgestattet sei und sie dort einen Platz für sich hätten), verdeutlicht dies eindrücklich:

*„Und wir haben jetzt Schule dort! Und ich sag: Und was macht ihr da? Ja, wir haben jetzt gelernt: Hitler hätte abgewählt werden können. Hä? Ja, der B. hat gesagt, das war die beste Demokratie, die es da je gab unter Hitler. Ich sag: Habt ihr schon einmal was vom Ermächtigungsgesetz gehört? Nö. Das Ermächtigungsgesetz heißt, dass es keine Demokratie mehr gibt. Die haben alle auf Hitler geschworen und nicht auf die Demokratie. Ach, du erzählst Quatsch. Na außerdem haben wir jetzt ‚Mein Kampf‘ und Hitler ist ein Held.“<sup>369</sup>*

Die nachwachsende Generation ans Stadtteilzentrum zu binden, dessen ist man sich dort bewusst, erscheint derzeit – auch angesichts fehlender Alternativen auf der einen und des erfolgreichen Bemühens um Anerkennung und Normalisierung der rechten Szene auf der anderen Seite – gegen jene rechte „Erlebniswelt“ der „Volksgemeinschaft“ als hoffnungsloses Unterfangen. Auch EinwohnerInnen teilen diesen Eindruck und geben zugleich Zeugnis von der längst stattgefundenen Normalisierung:

*„Ich sage immer, das ist ein ganzer Teil der Leute, wie gesagt, die ich durch die Anwesenheit oder das lange Wohnen hier, persönlich kenne, da sind die wenigsten davon Hardcore-Nazi, wie man sie so beschreibt. Sondern das sind Leute, die aufgrund dessen, dass die Rechten hier sehr aktiv die Missstände und die sozialen Konflikte hochgebauscht bzw. angesprochen haben, was von der anderen Seite ein bisschen versäumt wurde. Die haben dann ein offenes Ohr gefunden und die dann solche Ideologie auch angenommen haben.“<sup>370</sup>*

Besonders die vernachlässigte Jugendarbeit beschere der rechten Szene und ihren AkteurInnen auf dem Herrenberg enormen Zuwachs, wobei der Mangel an Freizeitangeboten für die Jugend kein neuer Zustand sei:

*„Nach der Wende ist Folgendes passiert: Da wurde alles zerschlagen, was Jugendarbeit war. Also Pioniere, FDJ, GST. Das waren ja die drei Vereine, die sich um Jugend gekümmert haben, und die Kirche noch auch. Das ist die Einzige, die noch übriggeblieben ist, und die hatte dann aber andere Probleme, und sich um die Jugend zu kümmern, war nicht mehr das Nummer eins,*

<sup>367</sup> Telefonat mit einem lokalen politischen Akteur aus dem linken Spektrum am 30.08.2016.

<sup>368</sup> Ebd.

<sup>369</sup> Interview mit einem lokalen politischen Akteur aus dem linken Spektrum, 00:59:00f.

<sup>370</sup> Interview mit einem Bewohner des Herrenbergs, 00:03:01f.

*die wollten ihre Kirche erstmal wieder in Ordnung bringen. Und dadurch, dass sich keiner mehr um die Jugend gekümmert hat mehr oder weniger [...] und der B. ist jetzt [...] von den Westdeutschen in die Richtung getrieben worden ist und jetzt als Ostdeutscher hier das weiterführt. Dass die überhaupt stark geworden sind, die NPD, hat überhaupt damit was zu tun, dass der Verfassungsschutz sie aufgebaut hat.*<sup>371</sup>

Und dennoch habe sich die Situation verschärft, wie lokale zivilgesellschaftliche AkteurInnen betonen:

*„Andererseits gibt es die Jugendlichen hier, die wiederum von allen in Ruhe gelassen werden. Die Eltern selbst sind so, dass sie die Kinder einsperren und drinnen lassen oder, dass sie sie aussperren und draußen lassen. Sehr viel mehr dazwischen gibt es nicht. Das haben wir hier mit Siebenjährigen, die hier fröhs von 8 Uhr bis abends um 9 Uhr/10 Uhr draußen sind. Da sind die sich selbst überlassen. Das heißt, die werden erzogen von sich selbst und von den anderen Jugendlichen, die draußen sind [...]. Auf diesem Nährboden gibt es dann natürlich auch Gruppierungen, wachsen schnell Extremismus und große Probleme ran, die müssen nur Lücken füllen. Ein Angebot schaffen, wo es keines gibt.“*<sup>372</sup>

Diese Lücke innerhalb der Sozialarbeit und von Freizeitangeboten schließt der Verein „Volksgemeinschaft e.V.“ auf dem Herrenberg äußerst erfolgreich:

*„Wie gesagt, die Lücke ist da. Es muss sie nur einer füllen. Es ist ein Verein, der eben die Räumlichkeiten hat. Ich glaube auch nicht, dass sie das Personal haben, wie jetzt andere Einrichtungen, dass sie das durch das Personal großziehen. Aber einfach nur durch die Präsenz, durch die Räumlichkeiten und die Möglichkeiten, die sie da bieten, wird da ein Riesenstück von einer Lücke ausgefüllt und dann gehen die Leute auch da hin. Und wenn sie an einem Feiertag da die Hüpfburg aufstellen und den Bierstand und Bratwürste, dann gehen da auch die Mütter mit Kindern hin und hinterfragen das nicht unbedingt. So, also, ich mein, das ist ja jetzt auch nicht vielen, ja, nicht so grundunsympathisch.“*<sup>373</sup>

Dabei lassen die VolksgemeinschaftlerInnen, neben ihrem angebotenen Geschichtsrevisionismus, auch keinen Zweifel daran, welche politische Gesinnung sie innehaben und dass sie diese notfalls mit Gewalt durchsetzen, wie Übergriffe von der „Volksgemeinschaft“ zugehörigen Jugendlichen auf ein vom Stadtteilzentrum organisiertes Feriencamp für geflüchtete Kinder, bei denen ein Kind verletzt worden ist, zeigen.<sup>374</sup> An einem solchen Auftreten der „Volksgemeinschaft“ lässt sich das ganze Problembündel

<sup>371</sup> Interview mit einem lokalen politischen Akteur aus dem linken Spektrum, 00:38:02f.

<sup>372</sup> Interview mit lokalen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen (A) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 00:08:01ff.

<sup>373</sup> Ebd., 00:18:01ff.

<sup>374</sup> „Auf einem Spielplatz in der Nähe des Stadtteilzentrums Herrenberg wurden am 20. Oktober [Anmerkung des Verfassers: 2016] 19 Kinder von einer Gruppe vermutlich rechtsradikaler Jugendlicher mit Parolen und Werbematerial der Volksgemeinschaft Erfurt bedrängt. Es kam zu Handgreiflichkeiten bei dem eines der Kinder anscheinend geschlagen wurde, worauf hin Anzeige gegen ein bereits namentlich bekannten und mehrfach auffällig gewordenen Jugendlichen erstattet worden ist. Die Kinder nahmen an einem im Rahmen eines im Stadtteilzentrum am Herrenberg organisierten Feriencamp unter dem Motto ‚Gemeinsam mehr erreichen‘ teil.“

einer von rechts immer stärker durchdrungenen Stadtteilgesellschaft exemplarisch verdeutlichen: Zum einen zeigt sich, dass die VertreterInnen der „Volksgemeinschaft“ bei dem Versuch, ihre Dominanz zu sichern, längst zu robusten Mitteln greifen, offen gewalttätig und rassistisch jenen gegenüberzutreten, die auf dem Domplatz und in AnwohnerInnenversammlungen als TäterInnen und nicht als Opfer gebrandmarkt werden, nämlich die auf dem Herrenberg ansässigen geflüchteten Menschen. Zugleich zeigen sich – auch in der Wahrnehmung, dass die VolksgemeinschaftlerInnen für Ruhe und Ordnung sorgten – bürgerwehnrähnliche Strukturen, die, wenn schon nicht offen begrüßt, so doch zumindest geduldet werden; offenbar fühlen sich die „VolksgemeinschaftlerInnen“ im eigenen Handeln nur recht wenig kontrolliert.<sup>375</sup> Dies gilt womöglich für die Sicherheitsbehörden vor Ort ebenso wie für die – im Prinzip nicht vorhandene – Zivilgesellschaft oder, will man es neutraler formulieren, für die Stadtteilgesellschaft oder AnwohnerInnenschaft, die dem Treiben der „Volksgemeinschaft“ indifferent gegenübersteht. Jedenfalls: Die bloße Existenz eines rechten Treffpunkts wird offenbar von vielen geduldet oder verdrängt. Im Rahmen der Fokusgruppengespräche schien vor allem der Verdrängungsmechanismus zu greifen. Obwohl offensichtlich herausgehoben und präsent, war die „Volksgemeinschaft“ den meisten GesprächsteilnehmerInnen kaum ein bis gar kein Begriff; allein eine junge Anwohnerin, die sich dem Stadtteilzentrum direkt verbunden fühlte, wollte die „Volksgemeinschaft“ als Problem in das Gespräch einführen; Unterstützung erhielt sie dabei von einer weiteren dem Stadtteilzentrum verbundenen Person, während die übrigen Befragten betreten schwiegen, auf Unwissen oder lediglich Zeitungskennntnisse verwiesen.

*Frau Acht: Also abgesehen von der ganzen Wohnsituation ist ein Negativpunkt, der mir aufgefallen ist in den letzten paar Monaten, die Volksgemeinschaft, die da jetzt neu aufgemacht hat. Die ist erst seit ein paar Monaten auf dem Herrenberg. Ja, das ist ein rechter Jugendclub, so. Und die haben Mittel, also die haben unwahrscheinlich viele Gelder, also ganz plötzlich waren die da und hatten eine super Ausstattung. Die hatten Billard da und Kickertische und so. Sind ein Auffangpunkt für Jugendliche und können so am rechten Spektrum abgefischt werden. Die bieten auch sowas wie Hausaufgabennachhilfe an in Geschichte und das ist sehr ... also*

---

Im Rahmen des Feriencamps wirkten Kinder von Alleinerziehenden, Flüchtlingskinder und Kinder aus sozial schwachen Familien gemeinsam an einem kleinen Animationsfilm mit. Besonders die Flüchtlingskinder wurden von den mutmaßlich rechtsradikalen Jugendlichen beschimpft und aufgefordert Deutschland zu verlassen. In den letzten Monaten kam es zunehmend zu rechtsmotivierten Straftaten rund um das Stadtteilzentrum. Mehrfach wurden Vitrinen mutwillig zerstört, Fenster wurden eingeschlagen und Hakenkreuz-Schmierereien als auch Schriftzüge wie ‚FUCK ASYL‘ waren vermehrt auf dem Herrenberg und in den angrenzenden Ortsteilen zu sehen.“ Vgl. Pressemitteilung: Volksgemeinschaft Erfurt tritt zunehmend aggressiver auf, 01.11.2016, URL: [http://www.die-linke-erfurt.de/nc/fraktion/aktuell/detail\\_aktuell/zurueck/fraktion/artikel/volksgemeinschaft-erfurt-tritt-zunehmend-aggressiver-auf/](http://www.die-linke-erfurt.de/nc/fraktion/aktuell/detail_aktuell/zurueck/fraktion/artikel/volksgemeinschaft-erfurt-tritt-zunehmend-aggressiver-auf/).

<sup>375</sup> Zwar wird eine gute Zusammenarbeit mit dem Bereichskontaktbeamten betont und dessen gute Leistungen hervorgehoben, dennoch scheinen die Maßnahmen der Stadt ungenügend, wenn man den Berichten lokaler zivilgesellschaftlicher und politischer AkteurInnen folgt.

*was so die Kinder erzählen teilweise, [...] was sie da erzählen, ist schon heftig. Es ist sehr rechts auf jeden Fall.*

Interviewer: *Ah ja.*

Frau Acht: *Und seitdem die Volksgemeinschaft da ist, hat zum Beispiel auch der Vandalismus gegenüber dem Stadtteilzentrum zugenommen. Uns wurden z.B. Schaukästen zerstört und die Scheibe eingeschlagen.*

Frau Streif: *Ja, die Scheibe eingeschlagen ...*

Frau Acht: *Es wird halt viel kaputt gemacht.*

Herr Glass: *Kriegt man gar nicht mit ...*

Herr Tech: *Ja, ich kenn das aus der Zeitung.*<sup>376</sup>

Der beschriebene Komplex lässt sich in einem Zwischenfazit dieses konkreten Falles folgendermaßen zusammenfassen: Die „Volksgemeinschaft“ hat längst eine gesonderte Stellung im Stadtteil errungen, ist in puncto Ausstattung und trotz – dies ist eine durchaus offene, längst nicht abgeschlossen geklärte Frage – oder wegen ihrer deutlich rechtsextremen Ausrichtung nicht nur eine (r)echte Alternative auf dem Herrenberg, sondern längst ein Anlaufpunkt für BewohnerInnen des Stadtteils *und* AnhängerInnen der rechten Szene. Alternativlosigkeit auf der Angebotsseite infolge eines fehlenden Konzepts für den Stadtteil, gepaart mit dem rechten Bemühen um ideologische Durchdringung bei gleichzeitiger Normalisierung, manifestiert in räumlichen Strukturen vor Ort, beschreibt einen Ursachenkomplex hinsichtlich der schleichenden Ausbreitung bzw. Anerkennung rechtsextremer Denkwelten über die „Erlebniswelt Volksgemeinschaft“ hinaus. Dabei übernimmt die rechte Szene vormals von anderen politischen und gesellschaftlichen AkteurInnen erfüllte Aufgaben. Die VertreterInnen der rechten Szene docken somit auf einer vopolitischen Ebene an und fungieren vor Ort in der Funktion von SozialarbeiterInnen, zugleich von OrdnungshüterInnen, Kümmerern/Kümmerinnen und vopolitischen AkteurInnen, welche die gefühlte Ignoranz der Politik gegenüber den BewohnerInnen des Herrenbergs auffangen<sup>377</sup> und, in entsprechende ideologische Versatzstücke gepresst, in eine bestimmte Richtung zu kanalisieren vermögen. Wie Wilhelm Heitmeyer (2014: 143) zu Recht bemerkt hat, ist „[e]in wichtiger Faktor für die Anfälligkeit gegenüber rechtsextremistischen ‚Kümmerern‘ [...] die gefühlte lokale politische Einflusslosigkeit und der Vertrauensverlust in die etablierten Parteien“. Auf dem Herrenberg ist diese Einflusslosigkeit der lokalen Politik aber nicht nur eine gefühlte; sie offenbart sich gerade in der Unfähigkeit der Politik, den rechtsextremen Geländegewinnen etwas entgegenzusetzen: Weil seine Partei sich weigere, etwas gegen die „Volksgemeinschaft“ zu unternehmen, ist der Ortsteilbürgermeister des Herrenbergs Hans-Jürgen Czentrara mittlerweile aus Protest aus der LINKEN ausgetreten. Monatelang habe er auf allen Ebenen der Landespartei vergeblich gedrängt, dem neuen Jugendclub

<sup>376</sup> Fokusgruppe Erfurt Herrenberg, 00:30:00ff.

<sup>377</sup> Die Rechtsextremen holten die BürgerInnen dort ab, wo sie stehen, wo sie ihre Bedürfnisse sähen und von der Politik und den restlichen Parteien vernachlässigt würden, berichtet auch eine Einwohnerin des Herrenbergs, vgl. Gespräch mit EinwohnerInnen des Herrenbergs.

„Volksgemeinschaft“ der rechten Szene städtische Angebote entgegenzusetzen, sagte Czentarra dem *MDR Thüringen*. Czentarra habe sich wiederholt bei der LINKEN-Sozialdezernentin der Stadt Erfurt, Tamara Thierbach, dafür eingesetzt, Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“ in Höhe von mehreren Millionen Euro freizugeben. Genau wie Thierbach habe sich auch der LINKE-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Matthias Bärwolff, wenig interessiert gezeigt, so Czentarra in der Begründung seines Parteiaustritts.<sup>378</sup>

Nicht nur das Werben und Auftreten der „Volksgemeinschaft“ auf dem Herrenberg, nicht nur das Dulden und Ignorieren durch die AnwohnerInnen, nicht nur der bisherige, vor langer Zeit schon erfolgte Rückzug der Stadt und des Staates aus dem Stadtteil helfen, die Ausbreitung rechtsextremer Manifestationen auf dem Herrenberg zu erklären, sondern auch die aktuelle Unfähigkeit und Unwilligkeit der Politik, jenseits symbolischer Empörung Geld in die Hand zu nehmen, um rechten Strukturen etwas entgegenzusetzen, gehören zum Ursachenbündel. Einen rechten Ratsherren im Stadtrat zu isolieren und ihn dann auf dem Herrenberg einen rechten Leuchtturm errichten zu lassen, symbolische Proteste gegen rechts zu unterstützen, aber die AnwohnerInnen vor Ort in den Problemvierteln den rechten Kümmerern/Kümmerinnen zu überlassen, macht es den „rechten SozialarbeiterInnen“ auf dem Herrenberg allzu leicht, jene rechte Normalität aufzubauen.

## 7.2 Symptome der Entpolitisierung

Die noch in den 1990er und 2000er Jahren herrschende politische Stabilität in Thüringen, die sich vor allem in einer stabilen Zustimmung zur Union ausdrückte, ist spätestens 2009 zu Ende gegangen. Erzielte die Union bis 2004 bei Landtagswahlen regelmäßige Ergebnisse von über vierzig Prozent, so schwand mit dem Abgang des „Patriarchen“ Bernhard Vogel und dem Übergang auf Dieter Althaus die Vormachtstellung der CDU im Land, die selbst im sicheren politischen Hinterland, dem Eichsfeld, zu spüren war.<sup>379</sup> Seither sind die lange Zeit klaren Bindungen an bestimmte Parteien passé, die Volatilität hat sich deutlich erhöht und insbesondere am linken und rechten Rand des Parteiensystems wachsen DIE LINKE einerseits und, jüngst, die AfD andererseits. Dieser gegenwärtige Eindruck habe indes die politische Wahrnehmung bisweilen überlagert, wenn ein Mitglied des Stadtrats sich „*extremen Schwankungen*“ im Wählerverhalten gegenüber sieht:

*„In den alten Bundesländern, da gibt's viel auch – oder gab's damals viel, sozusagen, dauergeprägte politische Grundeinstellungen. Wenn jemand einmal in seinem Leben SPD*

<sup>378</sup> O.V., Erfurter Ortsteilbürgermeister tritt aus der Linken aus, in: mdr.de, 10.11.2106, URL: <http://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/streit-linke-rechtsextremismus-100.html>.

<sup>379</sup> Hier sank die Zustimmung bei Landtagswahlen zwischen 2004 und 2009 von zwei Drittel auf noch immer komfortable knappe fünfzig Prozent.

*gewählt hat, gab's da viele, die haben das ihr ganzen Leben durchgehalten [...]. Das war bei uns anders. [...] Dieses Mal-Ausprobieren – ich probiere es mal, kreuz mal an, vielleicht wird's mit denen anders, das hat in den Anfangsjahren stark 'ne Rolle gespielt, und das wirkt 'n bisschen bis heute noch nach.*<sup>380</sup>

Gleichwohl, mit dem Abtritt der Union als natürliche Führungspartei ist das Parteiensystem, anders als in Sachsen, enorm in Bewegung geraten. Ob zunehmende Volatilität, das Fehlen langfristiger politischer Bindungen nun ein Zeichen der Beliebigkeit und der politischen Desintegration oder im Gegenteil sogar ein Indiz für die zunehmende „Subpolitisierung“ der Gesellschaft sind (Beck 1986: 305), die sich überall, auch auf bundespolitischer Ebene, vollzieht, kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Klar ist allenfalls, dass die Neigung, rechte Protestparteien zu wählen, stark zugenommen hat, wie auch die TeilnehmerInnen der Fokusgruppe thematisiert haben:

*Frau Streif: Naja, man merkt bei den Wahlen, dass sehr extrem Widerspruch-Parteien gewählt [werden].*

*Herr Glass: Ich denke, man wird reingetrieben, weil man bei den anderen nicht erreicht, was man gerne möchte, was man früher auch konnte, ja. Das kann man nicht, und um ihnen zu zeigen, mit euch sind wir nicht zufrieden, deswegen nehmen wir die AfD. Obwohl man weiß, dass die AfD nicht die Lösung ist an sich, aber das ist eben Protest und weiter nichts.*

*Frau Streif: Ja, Protest.*

*Herr Glass: Einfach, um ihnen eins auszuwischen. Hier SPD, so wie ihr das macht, ihr geht nicht auf uns ein, also macht das so und es kommt genau wie in Amerika und die werden auf die Nase fallen und vielleicht werden sie mal schlauer dann.*<sup>381</sup>

In der Fokusgruppe wurde die Wahl der AfD als klarer Protest deklariert, als ein Signal gegen die regierenden Parteien und deren Programm. Dieser Schritt scheint für die TeilnehmerInnen unproblematisch zu sein, auch wenn die politischen Inhalte der AfD für sie persönlich nicht allzu passend seien. So überwiegt hier das Gefühl des Protests, der als Mittel zum Ausdruck der eigenen Meinung gewählt wird. Dies geschieht hier aber abseits jeglicher politischen Agenda. Zudem ergibt sich das Bild, dass auf dem Herrenberg eine Offenheit oder gar Neutralität gegenüber jedem politischen Lager herrscht. Gerade diese Haltung scheint sich zugespitzt zu haben – bis hin zu der Wahrnehmung, dass eine Entpolitisierung innerhalb des Viertels stattgefunden habe, die sich schließlich in einer Wahlbeteiligung von 31,9 Prozent bei der vergangenen Landtagswahl ausgedrückt hat. So wird auch die Frage, ob die Menschen auf dem Herrenberg politisch seien, in Gesprächen mit den AkteurInnen vor Ort vehement verneint.<sup>382</sup> Die EinwohnerInnen würden sich nicht für Politik interessieren, weil sie

<sup>380</sup> Interview mit einem Mitglied des Stadtrates für die CDU, 00:38:01ff. Dabei wird vermutlich auf die schwankenden Zahlen bei Kommunalwahlen in Erfurt verwiesen, die in der Tat höhere Schwankungsbreiten verzeichnen als auf Landesebene.

<sup>381</sup> Fokusgruppe Erfurt Herrenberg, 01:17:00ff.

<sup>382</sup> Gespräch mit einer Person aus der Zivilgesellschaft (B) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit.

de facto auch keine Berührungspunkte mit Politik besäßen – sie partizipierten nicht, dächten und handelten vielmehr vollkommen abseits der Politik, so ein befragter Bewohner des Herrenbergs. Dieser führt weiter aus, dass sich die BewohnerInnen zwar über die Zustände, über die Politik und darüber, dass sie nicht wahrgenommen würden, beschwerten – auf die Idee, sich selber zu engagieren oder etwas zu ändern, kämen allerdings die wenigsten.<sup>383</sup> Dies zeigte sich auch in der Fokusgruppe, als die TeilnehmerInnen auf die Arbeit des Ortsteilbürgermeisters angesprochen wurden:

Frau Roth: *Ich kenn ihn nicht.*

Frau Fitsch: *Da kann ich nicht mitreden.*

Herr Glass: *Ich höre den Namen heute zum ersten Mal [...].*

Interviewer: *Frau Acht, Sie?*

Frau Acht: *Ich kenn den Czentarra.*

Interviewer: *Frau Roth, Sie meinten eben schon, Sie kennen den nicht. Spielt der keine Rolle auf dem Kleinen Herrenberg?*

Frau Roth: *(Kopfschütteln)*

Interviewer: *Und gibt es sonst irgendwelche politischen Angebote auf dem Herrenberg? Oder wie macht sich die Politik bemerkbar?*

Herr Glass: *Gar nicht.*

Frau Roth: *Wahl ist jetzt einmal im Jahr. Die Wahlen, die sind dann immer ...*

Herr Glass: *Gar nicht. Aber das ist ja nicht individuell, das ist so allgemein, was über die Medien kommt. Aber sonst direkt von der Ortsgruppe oder wie auch immer man das nennen mag, da ist gar nichts. Ruhe.*

Frau Streif: *Wir haben festgestellt bei unseren Gästen, die eben zu uns kommen, dass da eine relative Gleichgültigkeit herrscht. Also die wollen lieber über andere Probleme sprechen, die sie haben, als über Politik. Da ist irgendwie eine Gleichgültigkeit ...*

Interviewer: *Woher kommt das? Weil man denkt, man hat nicht genug Einfluss als Bürger?*

Frau Roth: *Man ist da irgendwie so hin- und hergerissen, ich wüsste jetzt auch gar nicht, wen ich wählen sollte. Irgendwann sagt man dann halt auch irgendwie, pff ... Ich beschäftige mich dann gar nicht mehr so sehr damit, weil ich kann eh nichts machen oder ändern.*

Herr Tech: *Mhmhmh (zustimmend).*

Herr Glass: *Eine gewisse Resignation ist schon da. Man kennt die ja auch nicht ... Wie bei uns, wir sind ein großes Haus, wenn die interessiert wären, da könnten die ohne Weiteres man ruhig mal einen Anschlag machen, wenn sie das denn wollten. Wir sind die und die Partei und mit*

---

<sup>383</sup> Vgl. ebd.

*ihren Argumenten mal hausieren gehen. So. Tote Hose. In den sechs Jahren habe ich das noch nicht erlebt bei uns und ich denke, das ist bei den anderen auch so.*<sup>384</sup>

Das politische Interesse der FokusgruppenteilnehmerInnen schien auf den ersten Blick äußerst gering; auf Fragen oder Ergänzungen anderer MitdiskutantInnen reagierten die meisten TeilnehmerInnen vorwiegend mit Kopfschütteln oder zeigten sich irritiert von Fragen zur politischen Lage auf dem Herrenberg und zu den dort aktiven politischen AkteurInnen. So bekundete ein jüngerer Fokusgruppenteilnehmer, dass er sich eben nicht sonderlich für Politik interessiere und auch nicht wisse, wer gerade in der Landespolitik aktiv sei.<sup>385</sup> Aber auch lokale Politik und Angebote des politischen Austauschs werden kaum genutzt<sup>386</sup> – obwohl zugleich immer wieder auf einer Metaebene politisches Handeln eingefordert wurde, allerdings ohne hier konkrete Missstände, Lösungsvorschläge oder Begrenzungen zu thematisieren. Die TeilnehmerInnen der Fokusgruppe waren weder über Bürgersprechstunden noch über ihren Ortsteilrat informiert, die lokale Politik hatte keinerlei Gewicht für ihre Wahrnehmung von Politik; und die Bundespolitik stuften sie als zu weit entfernt ein.<sup>387</sup> Neben Unkenntnis und resignierter Gleichgültigkeit, die sich aus der Alltagserfahrung speisen, dass die Lebensverhältnisse auf dem Herrenberg sich schon zu lange nicht mehr zum Besseren gewendet hätten,<sup>388</sup> wie immer wieder von BewohnerInnen, SozialarbeiterInnen und FokusgruppenteilnehmerInnen hervorgebracht worden ist, fällt noch ein weiterer Aspekt auf, den Herr Glass einführt: Parteien könnten doch für sich werben, in Häusern Zettel aufhängen, zu den BürgerInnen kommen und verkünden, was sie besser machen wollten. Hier wird recht offensichtlich der Politik eine reine Bringschuld zugeschrieben – worauf man dann passiv zustimmend oder ablehnend reagieren könne; ein Überbleibsel aus früheren Zeiten bei einem „gelernten“ DDR-Bürger, der seine politische Sozialisation eben genau so erlebt hat: Akklamation politischer Erfolge an Wandzeitungen und im Parteiorgan, Agitation im nahen Wohn- und Betriebsumfeld, verbunden mit der Möglichkeit der

<sup>384</sup> Fokusgruppe Erfurt, 00:58:01ff.

<sup>385</sup> Vgl. ebd., 01:07:00f.

<sup>386</sup> Auch wurde von EinwohnerInnen und PolitikerInnen des Stadtteils berichtet, dass BürgerInnensprechstunden oder dergleichen nur spärlich besucht seien. Ob dies daran liegt, dass die Angebote nicht genügend beworben würden, wie SozialarbeiterInnen monieren (vgl. lokale zivilgesellschaftliche AkteurInnen (A) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 00:36:01ff.), oder aber eine grundlegend ablehnende bzw. desinteressierte Haltung gegenüber Politik bei den BewohnerInnen vorherrscht (vgl. Fokusgruppe Erfurt, 00:58:01ff.), lässt sich nur mutmaßen. Für die befragten EinwohnerInnen scheint klar, dass zumindest der Ortsbürgermeister Czentarra sich zwar sehr für den Herrenberg einsetzte, die Kenntnis darüber aber, wie gesehen, praktisch nicht vorhanden sei (ebd.).

<sup>387</sup> Vgl. Fokusgruppe Erfurt, 01:02:01f.

<sup>388</sup> Dies zeigt sich auch in der äußerst geringen Resonanz, welche wir auf die per Postwurfsendung allen Haushalten angekündigten Fokusgruppen zum Leben auf dem Herrenberg erfahren haben. Anders als im politisch aufgeheizten Klima in Heidenau und Freital waren die Rücklaufquoten gering, ein Plenum zum Vorbringen von Ängsten, Nöten und Sorgen fand somit kaum Widerhall. Im Zusammenhang damit berichteten uns einige BewohnerInnen und SozialarbeiterInnen, dass die Leute diese Zettel zwar erhalten hätten, aber dennoch skeptisch oder höchst zurückhaltend gewesen seien, sich zu melden und sich zu beteiligen. So waren die verteilten Handzettel anscheinend durchaus ein präsent Gesprächsthema innerhalb des Stadtteils, einen Schritt Richtung Beteiligung unternahmen hingegen offenbar nur die wenigsten.

Affirmation oder inneren Ablehnung, vor dem Hintergrund der unmöglichen politischen Debatte.<sup>389</sup> Zwar konnte man sich als DDR-BürgerIn in gewissem Grad *zur* Politik verhalten (was sich in Rückzug, resignierter oberflächlicher Zustimmung äußerte oder auch in Identifikation – die nach der Wende dann verloren ging, was dann wiederum ebenfalls in Rückzug mündete); gehörte man aber nicht zur Nomenklatura, so war ein Verhalten *in* der Politik und *gegenüber* der Politik gerade in den Krisenzeiten der späten 1970er und 1980er Jahre nur noch schwer möglich. Wie bereits in Freital und Heidenau beobachtet, muss der Bruch mit der Politik also keine jüngere Erfahrung sein, sondern kann sehr wohl bereits eine Reaktion auf die enttäuschten Versprechen des Konsumsozialismus darstellen, der in den 1970er Jahren seine höchste Zustimmung erlangt hatte und in den 1980er Jahren umso deutlicher an Rückhalt verlor (Malycha 2017). Als dann auch die Post-Wende-Jahre keine Besserung brachten, die „blühenden Landschaften“ ausblieben, wurde die schon angebaute resignierte Frustration lediglich erneuert – was aber womöglich, und dies gilt es dringend weiter zu erforschen, im Anschluss an die Enttäuschung über die Steuerungsunfähigkeit erst der SED und später der CDU neuen ProblemdeuterInnen mit neuen Problemlösungsansätzen, wie sie etwa die AfD oder die lokal agierende, auf Problemlösung und Kümmern setzende rechte Szene liefert, Tür und Tor geöffnet hat.

Ein Indiz hierfür mag sein, dass die BewohnerInnen des Herrenbergs sich zwar auf nahezu allen Ebenen von der Politik zurückgezogen haben, dafür jedoch auf Strukturen abseits der Politik und des Staatlichen setzen. So war bspw. eine rege Teilnahme an Veranstaltungen der „Volksgemeinschaft“ zur Thematik der Flüchtlingsunterkunft auf dem Herrenberg zu beobachten.<sup>390</sup> An dieser Stelle positionierte man sich aktiv und vehement gegen Veränderungen, die von fremden Personen aus anderen Kulturkreisen ausgehen würden. Hier zeigten die BürgerInnen ein aufgebrachtes „Engagement“ für ihren Stadtteil, das ein Bild von möglicher punktueller Mobilisierung entstehen ließ. Es scheint, als könnten die Angst vor Veränderung und der drohende Identitätsverlust, im Unterschied zur konkreten lokalen Politik, die Menschen mobilisieren. Auch aufgrund persönlicher Probleme der BewohnerInnen ist das politische Denken innerhalb der Fokusgruppe nicht besonders ausgeprägt, auf einen Dialog und Austausch zwischen den verschiedenen Meinungen wurde verzichtet, eine Abwägung unterschiedlicher Perspektiven fand nicht statt, eine Diskussion, wenn auch nur affirmativer Art, wurde immer dann schwierig, wenn es um (institutionelle) Politik ging. Kurzum: Im Alltag der TeilnehmerInnen, auch in der Abgeschlossenheit des nahen Wohnumfelds, scheint die Politik keinerlei Rolle zu spielen, man sieht sich selbst nicht als Teil der Politik.

Auf dem Herrenberg lässt sich letztlich ein schwieriges Zusammenspiel von Entpolitisierung und gleichzeitiger Präsenz einer aktiven und sichtbaren rechtsextremen Szene beobachten. So dockt diese extreme und radikale politische und gesellschaftliche Einstellung dort an, wo keine andere politische

---

<sup>389</sup> Vgl. hierzu u.a. Fulbrook 2008.

<sup>390</sup> Siehe Einleitung.

oder gesellschaftliche Einstellung in den Köpfen präsent und vor Ort aktiv ist. Die rechte Szene agiert hier vorpolitisch innerhalb einer an sich entpolitisierten Umgebung. Ihr steht kein Gegenpart gegenüber, es gibt keine Möglichkeit für die Entstehung einer politischen Konfliktlinie – und somit agiert die rechte Szene innerhalb eines Raumes, der frei von Agonalität zu sein scheint. Zwar stellen sich der rechtsextremen Szene auf dem Herrenberg unterschiedliche AkteurInnen entgegen, wie z.B. der Ortsteilbürgermeister, MitarbeiterInnen des Stadtteilzentrums, lokale zivilgesellschaftliche AkteurInnen oder weitere AkteurInnen aus den anderen Stadtteilen oder Regionen Erfurts; aber aufgrund des aus Resignation ableitbaren Wahrnehmungsdefizits reicht deren Einfluss bei Weitem nicht aus, um die Position der rechten Szene auf dem Herrenberg zu schwächen. Dies mag vor allem auf der Passivität bzw. der Nicht-Existenz der politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit des Herrenbergs gründen, die allein durch die Schaffung eines Begegnungsraumes wie des Stadtteilzentrums schwerlich aufgefangen werden kann, wie sich mit folgendem Zitat lokaler zivilgesellschaftlicher AkteurInnen auf dem Herrenberg illustrieren lässt:

*„Die gehen vielleicht mal zu Demos von irgendeinem Thema, aber auch die Wahlbeteiligung; ist ja auch sehr gering hier. Die sind hier also nicht politisch aktiv. Die nehmen quasi ein Angebot wahr, wo sie dann eine gewisse Einstellung mitbekommen, die sie dann vielleicht auch unterstützen, aber auch vielleicht vor dem Hintergrund, weil man vielleicht einfach keine Alternative sieht. Weil man sich selbst damit auch noch gar nicht beschäftigt hat und Alternativen auch für sich gefunden hat. Das ist auch das Problem. Die Leute sind hier sehr isoliert, zurückgezogen in ihre vier Wände. Durch die Medien kriegen sie hier mal was mit, da mal was mit. Können sich aber vielleicht gar kein eigenes Bild machen, weil sie auch gar nicht wissen wie.“<sup>391</sup>*

An dieser Stelle wird besonders die Problematik deutlich, die entsteht, sobald mangelndes politisches bzw. demokratisches Verständnis auf die Isolation einzelner Gruppen und eines Stadtviertels trifft, was letztlich zu einer politischen Neutralität bzw. Unentschiedenheit führt, die der rechten Szene als Einfallstor dienen kann – und im Falle des Herrenbergs, dies sollte deutlich geworden sein, auch tut.

### 7.3 Fremdenfeindlichkeit und Konsumkonkurrenz

Geht man bezüglich der Ursachenforschung im Hinblick auf die Ausbreitung rechtsextremen und fremdenfeindlichen Denkens und Handelns jenseits des politischen Feldes einen Schritt hinein in die Denkwelt der BewohnerInnen des Herrenbergs, so zeigt sich hinsichtlich der aktuellen fremdenfeindlichen Einstellungen eine lang zurückreichende historische Vorgeschichte, aus der dieses Denken entspringt und mutmaßlich tradiert wird. Präsent ist jedenfalls in allen Einzelinterviews vor allem eine Thematik: die DDR-Vergangenheit. Nicht nur bezieht man sich immer wieder in

---

<sup>391</sup> Interview mit lokalen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen (A) im Bereich der Sozialen Arbeit, 00:38:01f.

unterschiedlichen Zusammenhängen darauf, sondern besonders deutlich zeigt sich auch, dass das Nicht-Erleben einer heterogenen Gesellschaft mit multikulturellem Hintergrund in der DDR nach wie vor eine starke Prägekraft besitzt.<sup>392</sup> Besonders dominant wurde in den geführten Interviews immer wieder die These vertreten, dass die Abwesenheit des Fremden in der DDR zur Skepsis gegenüber Fremden oder gar zu Fremdenfeindlichkeit geführt habe. So trat während der Gespräche in unterschiedlichen Nuancierungen wiederholt die Gleichung *„binäre politische Kultur mit Freund/Feind führt zu einer Anfälligkeit für binäres Angebot“*<sup>393</sup> in den Vordergrund. Betont wurde, dass es innerhalb der Bevölkerung einen tief sitzenden Rassismus gebe, der nun, im Zuge der *Flüchtlingskrise*, deutlich hervortrete, weil diese eine Reibungsfläche für etwas biete, was überzeitlich vorhanden sei und sich jederzeit auch an neue Gruppen *des Fremden* anzulagern vermöge: *„Hinzu kommt aus meiner Sicht, 'nen ziemlich tiefsitzender Rassismus, gegenüber vor allem Muslimen.“*<sup>394</sup> Teilweise spannen die InterviewpartnerInnen hier einen langen historischen Bogen, der auch die spezifische Stadtgeschichte Erfurts deutlich einbezieht:

*„[...] Erfurt ist ja auch eine Stadt, wo man das ganz schön sich anschauen kann, vor wie viel hundert Jahren hier Juden schon verfolgt wurden und mit welchen Argumenten, dann ist das ja über Abwertung oder über Diskreditierung einer Gruppe von Menschen passiert. Die es offenkundig doch in großen Teilen zu was gebracht hat, was andere nicht ertragen konnten. Also ich glaube, das ist das eine, dass wir wirklich einen tief verwurzelten Rassismus, Antisemitismus auch in der Gesellschaft haben. Und ich meine, ich habe noch Geografiebücher aus der ehemaligen DDR, wo es Israel nicht drin gibt [...]. Also von wegen: Nur, weil wir uns antifaschistisch genannt haben, heißt das ja noch lange nicht, dass es in der DDR nicht auch Antisemitismus gegeben hat, Rassismus selbstverständlich gegeben hat.“*<sup>395</sup>

Die These der Abwesenheit des Fremden vertritt auch der Ministerpräsident: *„Die Abwesenheit von etwas führt immer zum Gegenteil. Die Abwesenheit von Fremden führt zu Fremdenfeindlichkeit oder bedingt Fremdenfeindlichkeit, also nicht automatisch, aber es bedingt Fremdenfeindlichkeit, weil es keinen Berührungspunkt gibt.“*<sup>396</sup> Was dies exemplarisch für den Alltag in der ehemaligen DDR und somit für deren EinwohnerInnen bedeutete, verdeutlicht ein Interviewpartner aus dem Bildungsbereich:

*„[E]s gab keinerlei Erfahrung mit realer Fremdheit im Alltag; und je größer die ethnische Homogenität ist, umso größer sind die fremdenfeindlichen Fantasien darüber, wie es in einer Migrationsgesellschaft werden kann. Und das ist ja auch ein großes Problem der*

<sup>392</sup> Die bis heute niedrige AusländerInnenquote auf dem Herrenberg von 5,1 Prozent (Gesamterfurt 6,1 Prozent) verweist darauf, dass diese Heterogenität noch immer vorhanden ist.

<sup>393</sup> Interview mit einer Person aus der Bildungspolitik, 00:10:00f.

<sup>394</sup> Interview mit einem politischen Akteur (A) aus dem grünen Spektrum, 00:04:01f.

<sup>395</sup> Vgl. Interview mit einem politischen Akteur (B) aus dem grünen Spektrum, 00:14:01ff.

<sup>396</sup> Interview mit Bodo Ramelow, 07.09.2016, 00:30:01ff.

*interkulturellen Pädagogik im Osten, dass diese Alltagserfahrungen nirgendwo gemacht werden.*<sup>397</sup>

In engem Zusammenhang damit steht vor allem die Situation der „GastarbeiterInnen“ in der DDR. So führt der Ministerpräsident aus, dass die Strukturierung des Systems, in welchem die GastarbeiterInnen „irgendwo hin verschanzt“ worden seien und keine Partnerschaften hätten eingehen dürfen, in der Summe dazu geführt habe, dass das Fremde per se fortgehalten, gar strukturell wegsegregiert worden sei.<sup>398</sup> Vom Erleben einer solchen Strukturierung berichtet weiter eine Landtagsabgeordnete mit ostdeutschen Wurzeln:

*„[I]rgendwann fragt man sich natürlich schon, also ne, wie die DDR auf Abwehr auf der einen Seite gesetzt hat von allem vermeintlich Fremden. Wir mussten mit Menschen anderer Herkunft eigentlich nichts zu tun haben. Und die Vertragsarbeiter, wie gesagt, aus Vietnam durften hier keine Kinder bekommen. Das war ein Grund, sie nach Hause abzuschieben.*<sup>399</sup>

Dies wird weiter von einem Vertreter von „Mobit e.V.“ ausgeführt, indem er mögliche Auswirkungen für die Gegenwart nennt: „[W]enn man sich den Umgang in der DDR mit, auch das ist jetzt kein Geheimnis, den Gastarbeitern, oder Vertragsarbeitern vielmehr, ansieht, dann haben wir da eine Struktur, die auch rassistisches Denken völlig befördert hat.“<sup>400</sup> Dieses anerzogene und gewohnte Nicht-Bild von Menschen aus fremden Kulturen und von fremden Kulturen generell sowie eine ungewohnte oder nicht erlernte Toleranz gegenüber allem Fremden<sup>401</sup> hätten eben teilweise dazu beigetragen, dass Fremdenfeindlichkeit im Osten Deutschlands im Allgemeinen und in Erfurt im Speziellen besonders ausgeprägt sei<sup>402</sup> – denn gerade der Umgang mit den VertragsarbeiterInnen in der DDR habe den BürgerInnen des Staates den Zugang zu einer heterogenen und multikulturellen Gesellschaft versperrt. Das Erleben des Fremden blieb im Zuge dessen vollkommen aus, ebenso das Erlernen einer interkulturellen Kompetenz. Das Fremde blieb somit unbekannt und mit Vorurteilen, Assoziationen oder gar Ängsten behaftet. Dies zeigte sich besonders im Zusammenhang mit Konsumgütern, die in der DDR Mangelware waren und deren Besitz ein Ausdruck sozialen Erfolgs war. Dies führte dazu, dass VertragsarbeiterInnen seitens der DDR-Bevölkerung besonders während der Versorgungskrise in den 1980er Jahren als illegitime KonsumkonkurrentInnen wahrgenommen wurden (Poutrus et al. 2003: 5). Der aktuelle Zuzug von Geflüchteten, denen sogleich Gebäude auf dem

<sup>397</sup> Interview mit einer Person aus der Bildungspolitik, 00:18:01f.

<sup>398</sup> Vgl. Interview mit Bodo Ramelow, 00:30:00ff.

<sup>399</sup> Interview mit einer politischen Akteurin (B) aus dem grünen Spektrum, 00:16:01f.

<sup>400</sup> Vgl. Interview mit „Mobit e.V.“, 00:30:01f.

<sup>401</sup> Ein literarisches Beispiel liefert etwa André Kubiczek, Sohn deutsch-laotischer Eltern, wenn er an die lokale „kleinstädtische Simson-Bande“ erinnert, die es „auf die Sonderlinge abgesehen [hatte], auf die einzelnen Fremden, die sich in die Stadt verirrten, auf die Unsicheren. Jene, die, an hiesigen Maßstäben gemessen, entweder komisch aussahen oder sich affig verhielten. Denen die Furcht ins Gesicht geschrieben war.“ (Kubiczek 2012: 171f.).

<sup>402</sup> Interview mit einem politischen Akteur (B) aus dem grünen Spektrum, 00:29:00ff.

Herrenberg zur Verfügung gestellt wurden und die selbstverständlich auch Konsumgüter konsumieren, hat diese tief sitzende Neiderfahrung mutmaßlich nicht neu hervorgebracht, sondern auf tradierten Vorurteilen lediglich erneuert.<sup>403</sup>

Wenn dennoch Kontakt zwischen den GastarbeiterInnen und BürgerInnen der DDR bestand, so verlief dieser zumeist auf institutioneller Ebene, in Form von „Völkertreffen“ oder „Freundschaftsfesten“. Dass es abseits dessen auch zu kriminellen und gewalttätigen Interaktionen kam, darauf verweisen, neben anderen, die Arbeiten des Historikers Harry Waibel (2014), die zugleich einen Hinweis darauf liefern, dass in der Wissenschaft, mehr noch aber in der Bevölkerung ein mangelndes Unrechtswissen vorliegt, auf welchem sich die Ablehnung des Fremden ohne eigenes Schuldeingeständnis erneuern kann, was auf der gravierenden Diskrepanz zwischen staatlich verordneter internationaler Solidarität und tatsächlichem Rassismus im DDR-Alltag fußt. Dies führte dazu, dass sowohl Vorurteile als auch Ängste fortbestanden, Rassismus sowie Fremdenfeindlichkeit weiterhin als „ungesühntes“ Vorgehen innerhalb der Gesellschaft existieren konnten und eine Entwicklung eines Problembewusstseins in diesem Zusammenhang nicht zwangsläufig war.

Diese Diskrepanz hat zudem zur Folge, dass sich bis heute ein verfälschtes Narrativ in der Selbstwahrnehmung im Umgang mit den GastarbeiterInnen fortsetzt. Dieser Umgang mit Verbrechen gegenüber anderen Kulturen oder Lebensweisen wurde in der DDR recht explizit praktiziert.<sup>404</sup> So sehen viele die fehlende Aufklärung bezüglich faschistischen Gedankenguts in der DDR als schweres Erbe an. Gedanken und Handlungen aus Zeiten des Nationalsozialismus und Faschismus brodelten unter dem Deckmantel des Schweigens in der DDR weiter. Dies verdeutlichen zum einen die Studien von Loni Niederländer an der Humboldt-Universität Berlin sowie die Forschung Walter Friedrichs am Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung.<sup>405</sup> Erstere wurden Ende der 1980er Jahre von der Staatssicherheit in Auftrag gegeben; Letztere zeichnete ein Bild der DDR-Jugend, welches eine handlungsorientierte Reaktion seitens der Regierung erwarten ließ. So stellten die ForscherInnen fest, dass rund dreißig Prozent der Jugendlichen rechte Aktivitäten begrüßten und dass zudem ein Achtel der Befragten davon ausging, dass auch der Faschismus gute Seiten gehabt und Hitler das Beste für sein Volk gewollt habe. Diese Ergebnisse bewirkten laut des hier angeführten Artikels keinerlei Handlungen seitens der Regierung. Somit blieben die Thematisierung der politischen Einstellung der Jugendlichen und der

---

<sup>403</sup> So auch der DDR-Historiker Stefan Wolle: „Hier konnten sie [die Vertragsarbeiter] Nähmaschinen, Fahrräder oder Mopeds kaufen – Waren, die in ihrer von einem dreißigjährigen Krieg gebeutelten Heimat ein Vermögen wert waren. Gerade diese Einkäufe wurden von der DDR-Bevölkerung jedoch argwöhnisch beäugt. In den Stasiberichten ist von Neid und Missgunst die Rede, auch weil die fleißigen Vietnamesen ihren deutschen Arbeitskollegen schnell den Rang abliefen. Viele Deutsche sprachen gehässig von ‚Vietcongs‘ und ‚Fidschis‘ und verdächtigten die Kollegen des Schwarzhandels“, Stefan Wolle, *Geschlossene Gesellschaft*, in: ZEITGeschichte, Nr. 4/2015, 17.11.2015.

<sup>404</sup> Vgl. Interview mit einer Person aus der Bildungspolitik, 00:30:01ff.

<sup>405</sup> Oliver Reinhard, *Wotansbrüder und Weimarer Front*, in: Zeit Online 16.02.2012.

kritische sowie aufklärerische Umgang damit aus. Hinzu kam eine mangelnde Auseinandersetzung in der DDR mit dem Nationalsozialismus; so benennt und umreißt ein politischer Bildner:

*„[Sicherlich] gibt es [...] auch spezifische Defizite in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, wo ja nicht nach der individuellen Verantwortung gefragt worden ist und nach einer Gesellschaftsgeschichte, sondern nach relativ einfachen Mustern der Dimitroff-Doktrin Schuldige gefunden worden sind, im Monopolkapital, was ja entmachtet war. Und damit hat man individuelle gesellschaftliche Verantwortung im Grunde genommen auch nicht mehr [nach]gefragt [...].“<sup>406</sup>*

Die Fortsetzung eines bestimmten Narrativs über den Umgang mit menschenverachtenden Handlungen hat sich demnach seit der NS-Zeit fortgesetzt und den Boden für rechtsextremes Gedankengut bereitet. Dass hingegen auch dieses Narrativ keinerlei Aufmerksamkeit innerhalb der DDR erfahren hat und als etwas Nicht-Existentes oder Ungefährliches ignoriert worden ist, hat Folgen bis zum heutigen Zeitpunkt, was sich daran zeigen lässt, dass dieser Komplex zwar von politischen BildnerInnen, PolitikerInnen und HistorikerInnen klar benannt, in den Fokusgruppen aber überhaupt nicht thematisiert oder kontextualisiert wird. Zwar gibt es einige Unmutsbekundungen über rechte Umtriebe auf dem Herrenberg, die auf eine gewisse antifaschistische Immunisierung qua DDR-Bildung schließen lassen können; gleichwohl werden diese Statements nicht mit den eigenen Ressentiments, rassistischen Äußerungen oder Stereotypen im Zusammenhang mit fremden Kulturen reflektiert. Eine konträre Reaktion seitens der übrigen TeilnehmerInnen war zu keinem Zeitpunkt zu erkennen, ein ausgeprägtes Problembewusstsein im Zusammenhang mit der eigenen, abwertenden Sprache, die Stereotype bedient und verstärkt, ist dabei recht typisch. Natürlich ist hier anzunehmen, dass nicht jede unbedachte politisch inkorrekte Äußerung zugleich ein Indiz für tief sitzenden Rassismus ist, ein solches Verhalten die Abgrenzung hin zu einer anderen Kultur oder Person mit anderem kulturellen Hintergrund nicht immer auf eine fundamentale Abwertung einer bestimmten Ethnie abzielen muss, um eine Aufwertung der individuellen Position und Ethnie, des Selbst, zu schaffen. Aber dieser Alltagsrassismus, gekoppelt an die Abwertungsstrategie, führt zu einer Anschlussfähigkeit an rechtes Gedankengut, an rechte Alltagssprache, was nicht unterschätzt werden sollte. Gleichwohl liegt hier, in sprachlicher Nachlässigkeit, die an rechtes Denken anschlussfähig ist, eine wesentliche Ursache für Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, die wohl kaum behoben werden kann, indem auf politisch korrekte Sprache verzichtet wird. Vielmehr ergibt sich hieraus ein Bildungs- und Politikauftrag, diesen Bereich über eine Sensibilisierung und die Herstellung von interkulturellen Kontakten aufzuarbeiten, statt dieses Konfliktfeld den Rechten zu überlassen. Eine Partei scheint vor Ort genau darauf anzuspielen, hier beispielhaft dargestellt anhand von Auszügen aus der Berichterstattung über ein Fest, das auf dem Herrenberg in den Räumlichkeiten der „Volksgemeinschaft e.V.“ im Sommer 2016 stattgefunden hat:

---

<sup>406</sup> Interview mit einer Person aus der Bildungspolitik, 00:10:50ff.

*„Kurz darauf wurden die Drosselberger Bürger mittels Lautsprecher von unserem Kreisvorsitzenden Michel Fischer darauf aufmerksam gemacht, wieso wir uns heute hier versammeln. Hier ein kleiner Ausschnitt seiner Rede: ‚Liebe Bürgerinnen und Bürger von Erfurt-Drosselberg, wir die Partei DIE RECHTE Mittelthüringen wollten eigentlich heute hier auf dem Drosselberger Marktplatz ein Familienfest für hilfebedürftige Familien durchführen. Denn wir sind der Meinung, daß in Zeiten, wo Wirtschaftsflüchtlinge alles von der Stadt Erfurt ermöglicht bekommen, werden deutsche Familien absolut von der Stadt Erfurt und der etablierten Politik vergessen. Wir die Partei DIE RECHTE sagen: DEUTSCHE FAMILIEN ZUERST! Aber liebe Landsleute, dieses Familienfest wurde uns von der Stadt Erfurt untersagt, nichtsdestotrotz wird dieses Familienfest heute stattfinden und zwar ab 11 Uhr in der Stieler Straße 1, in dem alten Herrenbergcenter. Kommen Sie vorbei und erleben Sie zusammen mit uns einen sorgenfreien Tag, natürlich ist für Sie am heutigen Tag alles kostenfrei. Wir haben eine Hüpfburg, eine Losbude, Kinderschminken, Essen und Getränke und würden uns über einen Besuch freuen.‘“<sup>407</sup>*

Hier zeigt sich, wie deutlich auf Konsumkonkurrenz angespielt wird und wie Fremde, in diesem Fall Geflüchtete, und BewohnerInnen der Stadt als KonkurrentInnen um Güter stilisiert werden. Diese durchaus verkürzte Sicht wird auch von BewohnerInnen des Herrenbergs in den Fokusgruppen angeführt, die darauf verweisen, wie unverständlich es sei, dass Gelder sowohl für den Bau von Wohncontainern für Flüchtlinge als auch für deren Versorgung sowie für den Bau einer Multifunktionsarena (für den Verein FC Rot-Weiss Erfurt) zur Verfügung stünden, wohingegen für den Herrenberg keinerlei Gelder für soziale Anliegen in Aussicht gestellt würden, die Renovierung und Sanierung der Bibliothek im Stadtteil ebenso wenig stattfinde wie die Etablierung von Freizeitaktivitäten vor Ort oder der Ausbau des gastronomischen Angebotes, das sich aufgrund der Situation im Viertel vielmehr sukzessive reduzieren würde.

*Interviewer: Sie hatten eben was gesagt, was ich ganz interessant fand. Sie sagten, Sie hätten gerne mal einen Stand, wo Sie Ihren ganzen Frust ablassen könnten. Worüber denn? Das habe ich mich gefragt.*

*Herr Glass: So allgemein. So über die Themen, die uns ja bewegen zurzeit. Es gibt ja so viel. Alleine die ganze Ausländerproblematik. Man kann dafür sein, man kann dagegen sein. Zum Beispiel, wenn sich unser Justizminister da hinstellt in eine Talkshow und sagt: Es wird keinem was weggenommen. Da sage ich einfach, der lügt! (Zustimmendes Kopfnicken bei den anderen).*

*Herr Glass: Ich hätte gerne mal einen von der Partei hier und dem beweisen, dass der lügt. Ich habe Ökonomie studiert und da weiß ich, wenn ich da Geld wegnehme, dann fehlt es dort. Es*

---

<sup>407</sup> Website des Landesverbandes der Partei Die Rechte, URL: <http://die-rechte.com/bericht-zum-kinderfest-von-die-rechte-in-erfurt/>.

*gibt so viele Dinge, wo der Staat sagt: Kann ich nicht, kann ich nicht. Aber dafür isses [da]. Nur um mal so ein Beispiel zu nennen.*

Interviewer: *Ah, ich sehe: Sie nicken hier so fleißig.*

Frau Fitsch: *Ja! Ich sag mal: Wir haben hier selber Arbeitslose und Obdachlose und da wird es, wie soll ich sagen, verschludert.*

Interviewer: *Verschludert?*

Frau Fitsch: *Ja, ich meine, die sollen erstmal bei uns anfangen und da mal ein bisschen Geld.*<sup>408</sup>

Die Diskussion über die „verschluderten“ Gelder verlief in der Fokusrunde rege. So wurden weitere Beispiele genannt, an denen festzustellen sei, dass Gelder fehlten, z.B. steigende Saunapreise oder teure Kitaplätze.<sup>409</sup> Zudem wurde im gesamten Verlauf der Fokusgruppe darauf verwiesen, dass sich der Wechsel der MieterInnen und das damit zusammenhängende Wohnumfeld verschlechtert und dass das Neue, Fremde die vormalige Wohnsituation auf dem Herrenberg durchaus ins Negative gewandelt habe. Abseits mancher Herabwürdigung und einer doch recht realitätsfernen Einschätzung des Wohlstands von Geflüchteten, der nur von einer Fokusgruppenteilnehmerin kritisiert wird, liegt hier sicherlich eine der zentralen Ursachen für das weitere Überdauern bzw. den schwierigen Abbau fremdenfeindlichen bzw. eher gar generellen menschenfeindlichen Denkens in einem „Problemviertel“ wie dem Herrenberg. Denn obgleich andere Gruppen – Arbeitslose, Obdachlose, Geflüchtete – zweifellos nicht so gut unterstützt werden, wie hier argumentativ unterstellt wird, so ist die Beobachtung, dass der Herrenberg über Jahrzehnte „zurückgelassen“ worden sei, aus eigenem Erleben unterfüttert. Kurz: Die latente Fremdenfeindlichkeit kann sich hier an eine Problembeschreibung anlagern, die bei aller Zuspitzung einen realen und womöglich nur durch die Politik zu lösenden Kern besitzt – der resignierte Parteiaustritt des Ortsteilbürgermeisters jedenfalls deutet in diese Richtung.

Weil aber das Gefühl des Zurückgelassenseins eine relationale Folie braucht, auf der es eine eigene Berechtigung besitzt, machen sich die FokusgruppenteilnehmerInnen auf die Suche nach jenen Zeiten, in denen es anders gewesen sei – und hier kommt dann die spezifische Geschichte des Herrenbergs als homogenes Elite-Viertel der DDR-Nomenklatura und der technischen Intelligenz zum Tragen. Der Herrenberg scheint in den 1980er Jahren – dies berichten die FokusgruppenteilnehmerInnen ebenso wie andere lokale GesprächspartnerInnen – goldene Zeiten erlebt zu haben. Der folgende Niedergang aber ging zugleich einher mit dem Ende der homogenen BewohnerInnenstruktur. Der Zirkelschluss, dass das Ende der Homogenität der Anfang vom Niedergang gewesen bzw. damit zusammengefallen sei, mag – und dies müsste vergleichend weiter erforscht werden – neben oder gebündelt mit der tradierten Ablehnung des Fremden eine der zentralen Ursachen dafür sein, dass Heterogenität mit Verfall gleichgesetzt wird, dass der/die Fremde, der/die Arbeitslose, der/die Obdachlose – also das Nichtsichtbare in der DDR, was erst nach 1989 sichtbar wurde und mit dem Niedergang des Viertels

<sup>408</sup> Fokusgruppe Erfurt, Herrenberg, 01:02:01ff.

<sup>409</sup> Ebd., 01:04:03ff.

korrespondierte – zum/zur Schuldigen der Misere gemacht werden kann. Die folgende, dieser Deutung zugrundeliegende Passage mag dies nochmals verdeutlichen:

Interviewer: *Was würden Sie denn sagen, was Ihnen an dem Stadtteil nicht so gut gefällt?*

Herr Glass: *Nicht so gut ist, dass aufgrund der ... dass es Plattenbauten sind, im Allgemeinen nicht so einen guten Ruf haben. ... Aufgrund dieses schlechten Rufes und der Eigentumsverhältnisse viel Zuzug ist von, sagen wir mal, Assis ist vielleicht ein bisschen derb ausgedrückt ...*

Frau Fitsch: *Stimmt aber.* (Gemeinsames Kopfnicken mit Frau Roth)

Herr Glass: *Aber so in diese Richtung geht's, in die es sehr viel geht und dadurch die Wohnqualität natürlich leidet. Ich will da gleich mal ein Beispiel sagen, ich habe früher mal an der Carl-Zeiß-Straße gewohnt, das war unten, wo die Schule ist, die jetzt geschlossen ist, da an der Ecke. Es war alles sehr ruhig und alles und wir haben uns das auch alles schön gemacht und so weiter und dann kam die Wende und dann kam der Mieterwechsel und dann zogen sehr, sehr viel junge Alleinstehende und was weiß ich ein. Und damit auch Russlanddeutsche und so ganz verschiedenes Klientel und damit war die Unruhe im Haus da.<sup>410</sup>*

#### 7.4 Negative Erfahrung nach 1989

Diese Nicht-Erfahrung und das Ausbleiben einer Durchmischung verschiedener Kulturen und Lebensstile, gepaart mit der Wahrnehmung des bedrohlichen, für den Niedergang des Viertels verantwortlichen Fremden hätten sich, so der ranghöchste Thüringer Politiker, Bodo Ramelow, bis heute fortgesetzt und seien mit Traumata aus der Wiedervereinigung angereichert worden:

*„[D]a sage ich, die Arroganz aus Westdeutschland hat da leider vieles kaputt gemacht, was sozusagen den Ostdeutschen den Weg in ein gemeinsames Land versperrt hat. Weil das nicht ihr Land war. Und insoweit sind sie Fremde in dem eigenen Land und die Bedrohung des Fremden durch den Fremden, also dann auch noch einmal von einem Fremden sich bedroht zu fühlen, und dann das Gefühl zu haben ‚Der kriegt alles und ich kriege nichts‘. Steht in einem anderen Leserbrief heute auf der Leserseite. Komplett durchdekliniert: ‚Man soll sich nicht wundern, warum die AfD gewonnen hat, und sie hat zu recht gewonnen, weil IHR tut für DIE alles. IHR tut für DIE alles.‘“<sup>411</sup>*

Ramelow thematisiert hier nicht nur erneut die gefühlte Konsumkonkurrenz im Zusammenhang mit dem Fremden, die so anschlussfähig ist für rechte Ideologien, sondern auch eine gerade in den

<sup>410</sup> Fokusgruppe Erfurt Herrenberg, 00:28:50ff.

<sup>411</sup> Interview mit Bodo Ramelow, 01:12:01ff.

zurückgelassenen Vierteln der „Entbehrlichen“ der Post-Wende-Jahre aufgestaute Wut, die sich aus der tiefen Erwartungsenttäuschung jener Zeit speist und inzwischen nicht mehr allein von der LINKEN absorbiert wird, sondern auch den rechten Parteien und Ideologien Zulauf sichert.<sup>412</sup>

Die Wiedervereinigung – auf diesen Themenkomplex wird sich immer wieder in unterschiedlichen Zusammenhängen, dabei oftmals negativ konnotiert, bezogen – spielt in dem Sinne eine große Rolle, als sie für einen gewissen Teil der ostdeutschen BürgerInnen, die sich innerhalb des neuen Systems nicht angenommen fühlen, eine persönliche negative Erfahrung sein kann und als Erklärungsmuster für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus immer wieder bemüht wird – und wohl auch werden kann. So schildert ein Stadtratsmitglied seinen Eindruck folgendermaßen:

*„Also ich glaub, wenn man das jetzt gerade bei den Leuten, die rechte Einstellungen haben, man sieht es ja immer wieder auch beim Thüringen-Monitor, dass es Glorifizierungen der DDR und rechtsextreme Einstellungen gibt, und dass es auch zum Teil daher kommt, natürlich darüber, dass man sich in System A nicht wohlgeföhlt hat und dann in System B gerutscht ist, nach dem Motto ‚Wir wurden ja gezwungen‘, und haben sich natürlich nicht mit einem der Systeme identifiziert und daher die extrem rechten Einstellungen schneller greifen. Das ist das Einzige, worüber man sich dann noch definiert ist, dass man Deutsch ist, und nicht DDRler oder BRDler etc. Ich glaub, das wirkt hier stärker.“<sup>413</sup>*

Kritisch sieht eine Person aus den Reihen des Stadtrates den Umgang der CDU mit den „WendeverliererInnen“, die man, um den Glauben an „blühende Landschaften“ nicht zu gefährden, zu sehr ignoriert habe:

*„Es gibt auch viele Verlierer, auch viele Verlierer der Wende. Das haben wir als CDU immer ignoriert und haben gesagt, pfff, allen wird’s bessergehen, oder mindestens gleich gut. Natürlich gibt’s diejenigen, die heute Mitte 50, Anfang 60 sind, denen es geföhlt schlecht geht. Geföhlt schlecht im Vergleich, sag ich jetzt mal, zum Nachbarn. [...] Vor zehn Jahren hat die CDU Wahlkampf grundsätzlich für Senioren gemacht. Haben gesagt, denen geht’s ja gut, die haben alle ordentliche Renten, hier im Osten Deutschlands. Inzwischen sind sie sehr vorsichtig geworden, weil sie sagen, viele von denen, die heute 65, 75 sind, das sind zu 20 Prozent, manchmal sogar noch mehr, die Langzeitarbeitslosen von gestern, die sich zwar jetzt in die Rente reingerettet haben, aber eben Grundsicherung kriegen, und genauso noch angepisst und frustriert sind über diese eigentliche Wende selbst – das gibt’s, es gibt 20 Prozent, glaube ich, die kommen bis heute auch nicht damit klar, was da sich verändert hat, obwohl es vielleicht*

<sup>412</sup> Ein Zusammenhang, der indes nur schwer monokausal aufzulösen ist, weil sich, wie gezeigt, die Abwehr des Fremden nicht allein aus den Nachwendejahren speist, weil Erwartungsenttäuschung nicht unbedingt den der DDR tief eingeschriebenen Rassismus erklärt und überdies nicht erklären kann, warum auch die Gruppe der WendegewinnerInnen, warum auch wirtschaftlich gut situierte Menschen in Ostdeutschland menschen- und fremdenfeindliche Ressentiments in sich tragen.

<sup>413</sup> Interview mit einem Mitglied des Stadtrates für die SPD, 00:16:02f.

*objektiv betrachtet ihnen immer noch besser geht, aber sie fühlen es nicht so – weil sie es immer nur im direkten Vergleich fühlen mit dem Nachbarn.* <sup>414</sup>

Zugleich ist der CDU-Politiker über diese Haltung empört: Er rate den Menschen manchmal, nach Tschechien zu fahren, um sich zu vergegenwärtigen, wie es ihnen ginge, hätte es die Wende nicht gegeben.<sup>415</sup> Diese hier artikulierte Unzufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Zuständen und mit der eigenen Situation im aktuell existierenden System findet sich auch im Thüringen-Monitor 2015 wieder (vgl. Thüringen-Monitor 2015: 30ff.). Dieser zeigt, dass ein Teil der Thüringer Bevölkerung den DDR-Staat positiv bewertet und dass die Zustimmung zu diesem in den vergangenen Jahren wieder zugenommen hat (vgl. ebd.).

So lässt sich, wie bereits im vorangegangenen Kapitel beschrieben, die als negativ erachtete Veränderung des Wohnumfelds – vom Wegzug alter NachbarInnen über die Stilllegung kultureller Einrichtungen im Viertel und den Abriss von Gebäuden bis hin zu einer beinahe vollständigen Veränderung des Wohnumfeldes und des sozialen Klimas auf dem Herrenberg – wiederum mit der (und vor allem auch: als) Erfahrung nach 1989 in Zusammenhang bringen. Ein Zusammenhang, der auch von niemandem geleugnet wird, wie lokale zivilgesellschaftliche AkteurInnen beschreiben:

*„[E]s ist definitiv nicht mehr so, wie das hier vor 25 Jahren [war], dass man dieses Viertel auch als Wohnfläche nutzt. Es wurde zu DDR-Zeiten ja so konzeptioniert mit diesen Gebäuden hier, davon gibt es ja einige, die sind hier verteilt zwischen diesen Plattenbauten. Die wurden ursprünglich angelegt als Kulturzentren, Stadtteilbibliothek, Restaurants. Die liefen damals ja auch. Wurde dann aber kein Konzept von der Stadt übernommen, wie das weiter zu laufen hat. Es wurde halt einfach brachliegen gelassen, privatisiert.* <sup>416</sup>

Auch die TeilnehmerInnen der Fokusgruppe bemängeln die fehlenden kulturellen oder gastronomischen Treffpunkte, die zu Vorwendezeiten noch existiert hätten.<sup>417</sup>

Frau Acht: *Was negativ war, ist, dass es wenige Gaststätten gibt.*

Frau Fitsch: *Aber früher gab's viele Gaststätten, und schöne!*

Herr Gras: *Ich wohne jetzt seit einem Jahr da und ich bin immer noch auf der Suche nach, wo man vielleicht mal irgendwo was essen kann.*

Frau Fitsch: *Aber früher war das mal anders. Jetzt gibt es nichts mehr.*

Interviewer: *Und früher war das anders?*

Frau Fitsch: *Ja, da gab es die Kammwegklause, die Melchendorfer Klause ...*

Interviewer: *Gab es da einen negativen Wandel?*

Frau Fitsch: *Ja.* <sup>418</sup>

<sup>414</sup> Interview mit einem Mitglied des Stadtrates für die CDU, 00:41:00f.

<sup>415</sup> Vgl. ebd., 00:43:00f.

<sup>416</sup> Lokale zivilgesellschaftliche AkteurInnen (A) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 00:02:00ff.

<sup>417</sup> Vgl. Fokusgruppe Erfurt Herrenberg, 00:50:00ff.

<sup>418</sup> Fokusgruppe Erfurt Herrenberg 00:50:00ff.

Doch nicht nur der Mangel an Gastronomie oder Treffpunkten wird als Verlust gewertet, auch die architektonische Veränderung – der Abriss ehemaliger Straßenzüge und Wohnblöcke – wird in der Fokusgruppe eher problematisiert denn begrüßt, obwohl der Abriss vor allem baufällige Häuser betraf und das Viertel infolgedessen luftiger und grüner geworden ist. Im Gegenteil: Das Viertel, wie es – in der Erinnerung – war, bietet letztlich den einzigen positiven Bezugsrahmen.<sup>419</sup> Gleichwohl, die BewohnerInnen des Herrenbergs deswegen der Romantisierung als unpassende, weil irrealer Bewältigungsstrategie beschleunigter Veränderungen zu bezichtigen, greift ebenfalls zu kurz. Denn auch hieran hat die Politik ihren Anteil: Der Verkauf von Teilen der kommunalen Wohnungen an Vermietungskonsortien<sup>420</sup> und eine schon lange am Boden liegende gastronomische oder konsumermöglichende Infrastruktur produzieren am Ende das Gefühl eines Zurückgelassenseins, welches letztlich als Rückzug der Kommune, des Staates, der Politik gewertet wird. So wie das Viertel einst von Kommune, Staat und Politik geplant und geschaffen wurde, so wird es heute von diesen Institutionen am Wegesrand liegengelassen. So gilt der Umgang der Politik mit dem Stadtteil und seinen Immobilien als Sinnbild für die Vernachlässigung seiner BewohnerInnen, die mit dem Wandel des Auftretens der Kommunalpolitik nach 1989 – die einst als Erschafferin des Viertels agiert hatte und heute nur noch als abwesend, bestenfalls als Abrissverwalterin wahrgenommen wird – nicht nur dem zugezogenen Fremden die Schuld am Niedergang des Viertels geben, sondern auch, quasi Hand in Hand, der Politik. Diese viertelspezifische Verdrossenheit hilft zu erklären, warum sich Teile der AnwohnerInnenschaft kaum kritisch jenen stark organisierten Rechten gegenüberstellen, die in ihrer Wahrnehmung nur das tun, was die Kommune, allgemein die Politik aufgegeben zu haben scheinen: Leben ins Viertel zu bringen, Freizeitangebote zu schaffen, Treffpunkte zur Verfügung zu stellen, kurz: Sozialarbeit zu verrichten, die sich, anders als die kommunale Politik, zuvorderst dem Kümmern verschrieben hat.

## 7.5 Stärke der rechtsextremen Szene

Die vorangegangenen Abschnitte sollten vor allem eines verdeutlichen, was im Folgenden nochmals gebündelt wird: Die rechte Szene hat eine besondere Art von Siedlungsstrategie entwickelt, die insbesondere in Thüringen verfolgt worden und insofern in Teilen erfolgreich gewesen ist, als in so mancher Siedlung, in so manchem Viertel Fremdenfeindlichkeit immer (und/oder z.T. wieder) präsenter wird. Dabei gelang nicht selten, eine breite fremdenfeindliche Szene zu entwickeln, die in den verschiedensten Nischen nicht nur einen Platz gefunden hat, sondern von dort aus auch wieder – etwa durch Nazirockkonzerte – breiter ausstrahlen konnte. So ist zunächst festzuhalten, dass die

---

<sup>419</sup> Vgl. ebd., 00:15:01ff.

<sup>420</sup> Ganze Wohneinheiten würden seither schon jahrelang nicht mehr gepflegt und verrotteten dadurch sichtbar, vgl. Fokusgruppe Erfurt Herrenberg, 00:28:01ff.

rechtsextreme Musikszene in Thüringen ganz besonders offensichtlich agiert und dabei eine hohe Aufmerksamkeit zugleich generiert und genießt: *„In Thüringen haben wir ja eine große rechtsextreme Musikszene auch. Das ist ja durchaus Thüringen auch ... da ist Thüringen sehr präsent, muss man sagen.“*<sup>421</sup> Dies gilt bisher vor allem für die ländlicheren Regionen des Bundeslandes, im engen Zusammenhang mit der Taktik der rechten Szene, auf dem Land – nicht zuletzt durch Immobilienkäufe (hierzu später mehr) und damit die Schaffung fester Strukturen sowie von Begegnungs- und eben auch Auftrittsmöglichkeiten für rechtsextreme MusikerInnen – Fuß zu fassen und sich dadurch stärker zu vernetzen. Anders als in Sachsen, wo zumindest die Musikszene geringer ausgeprägt ist, schaffen die Thüringer Naziszenen vermeintlich attraktive, weil nicht selten die einzigen Freizeitangebote mit Eventcharakter, die idealiter einem starken Gefühl der Vergemeinschaftung den Boden bereiten. Vor allem junge Menschen kommen so, bisweilen erstmals, in Kontakt mit rechtsextremem Gedankengut und den AkteurInnen der Szene. Die Konzerte und Veranstaltungen, die sich durch eine gute Vernetzung der Rechtsextremen in Kombination mit jahrelanger Erfahrung in der Organisation solcher Veranstaltungen auszeichnen, treffen dabei allzu oft auf zu niedrige Auflagen seitens der Verwaltung sowie auf eine schwache Zivilgesellschaft in der Region.<sup>422</sup> Die (verwaltungs-)politische Unfähigkeit, im ländlichen Raum Thüringens solche Veranstaltungen zu verhindern oder auch nur zu reglementieren, und das gleichzeitige Fehlen lokaler Gegenkräfte stärken also am Ende die rechte Szene, die – inzwischen wohl auch dadurch ermutigt und vor Ort durch geringe Gegenwehr bestätigt – etwa via die „Volksgemeinschaft“ den Über- bzw. Rücksprung sogar in städtische Viertel wie den Herrenberg vollzogen hat.

Die Wurzeln der rechten Musikszene reichen indes bis in die 1980er Jahre der DDR zurück. Etwa ab Mitte der 1980er Jahre traten erste Skinheads aus der rechten Szene in Erscheinung (Langenbach/Raabe: 11ff.), 1988 gründete sich auch in Erfurt eine erste Skinhead-Band namens „Brutale Haie“ (Langenbach/Raabe: 11). Nach 1989 organisierte sich die Szene informeller und profitierte dabei von den in den Umbruchsjahren existierenden rechtlichen Leerstellen und Graubereichen, aus denen heraus, vor allem über den Versandhandel, Tonträger vertrieben wurden. Dabei zeigte sich, dass Thüringen eine überproportional hohe Zahl an rechten Bands und MusikerInnen hervorbrachte und zugleich anzog (Langenbach/Raabe: 11ff.). Die zahlreichen Szenekonzerte hatten in Thüringen einen nicht zu unterschätzenden Einfluss und bescherten ihren AkteurInnen und OrganisatorInnen zugleich immer wieder neuen Nachwuchs. Auch auf dem Herrenberg greift, wie angedeutet, inzwischen die Strategie der rechten Musikkonzerte. So finden diese in den örtlichen Lokalitäten „Kammwegklausen“ und „Volksgemeinschaft e.V.“ statt. Und wie anhand der ländlichen Regionen Thüringens beschrieben, stellt sich auch auf dem Herrenberg die BewohnerInnenschaft nicht offensiv dagegen und auch die lokale

---

<sup>421</sup> Vgl. Interview mit Fanprojekt Erfurt, 00:25:01f.

<sup>422</sup> Vgl. Interview mit einer Person aus der Bildungspolitik, 01:03:02ff.

Politik und Verwaltung erweisen sich als unfähig, solche Werbe- und Vernetzungsveranstaltungen stärker zu reglementieren. Stattdessen erweitert die rechte Szene auf diese Weise ihr Freizeitangebot und ermöglicht den BewohnerInnen immer häufiger, direkt vor Ort an den Events teilzunehmen.

Die Gaststätte „Kammwegklausen“ gilt schon seit geraumer Zeit als einer der wichtigsten Anlaufpunkte für die rechte Szene und/oder BewohnerInnen des Herrenbergs und ist der Feldforschung dabei ähnlich unzugänglich wie die „Volksgemeinschaft“. Ein, in der Szene unverwechselbares, schwarz-weiß-rot getünchtes Vordach schützt den Eingangsbereich der schon zur Mittagszeit öffnenden Gaststätte. In den Fenstern hängen vom Zigarettenqualm und der Zeit vergilbte Häkelgardinen. Der Blick durch die offene Tür zeigt zwei am Tresen sitzende Personen, leise dringt nicht näher zuzuordnende Musik durch die Tür nach außen. Anlass zum Betreten der Klausen bietet die Frage nach einer Wegbeschreibung: „Wo bitte geht es nach XY?“ Skeptische, oder mehr noch: grimmige Mienen erwidern den Blick. Ein Mann mittleren Alters, bekleidet mit einem weißen T-Shirt, schmaler angebleichter Jeans und Hosenträgern sowie silberfarbener Brille, setzt zum Sprechen an. Unter dem hellen T-Shirt zeichnen sich Tätowierungen ab, die sich ihren Weg bis hoch zum Hals bahnen. Warum man das wissen wolle, wird gegengefragt. Als man die eigene Ortsfremdheit bekundet, verbunden mit der Frage, ob man eine ortskundige Person als Gesprächspartner vor sich habe, wird diese Vermutung zwar bejaht; ein Gespräch, ein weiterer Einblick in jene bekannte Lokalität der rechten Szene ergibt sich hieraus indes nicht, im Gegenteil. Recht unmissverständlich jedenfalls deutet die folgende Wegbeschreibung in die entgegengesetzte Richtung; man müsse nur geradeaus, dann rechts – und jetzt bitte wieder gehen, und zwar recht schnell. Die anderen Gäste der Klausen beobachten skeptisch den kurzen Dialog und den fremd bleibenden Besucher. So offen die rechte Szene der AnwohnerInnenenschaft gegenüberzutreten versucht, so verschlossen bleibt sie erneut dem Blick von außen.

Dabei ist die „Kammwegklausen“ eher eine lokale Besonderheit – allerdings eine, die im Rest des Bundeslandes immer mehr Nachahmung findet. Kauft und mietet die rechte Szene gewöhnlich Immobilien in ländlichen Gebieten, gehört sie in Erfurt inzwischen zum Bild so manchen Stadtviertels – und besonders augenfällig des Herrenbergs. Dabei hat der Erwerb von Immobilien in Thüringen schon seit den frühen 1990er Jahren eine so lange wie traurige Tradition. Indem Immobilien in Thüringen lange Zeit weit unter ihrem Wert gehandelt wurden und ihr Erwerb im Prinzip nicht reglementiert war, konnte sich die rechte Szene in Thüringen nach 1989 besonders stark in der Fläche ausbreiten.<sup>423</sup> Besonders die NPD hatte ihre Mitglieder immer wieder zum Erwerb von Immobilien und Grundstücken aufgefordert,<sup>424</sup> in deren Umfeld dann ein freundlich gestimmtes, weißes Milieu zu schaffen war, über das die Rechten auf lange Sicht nicht nur Zugang zur Gesellschaft erhielten, sondern von dort aus auch ihr rechtes und fremdenfeindliches Gedankengut verbreiten konnten.<sup>425</sup> Durch dieses Vorgehen wurden Treffpunkte, gar „Kultorte“ der rechten Szene in Thüringen geschaffen, die als Anziehungspunkte für

<sup>423</sup> Vgl. Interview mit Bodo Ramelow, 00:09:01f.

<sup>424</sup> Vgl. ebd., 00:10:02f.

<sup>425</sup> Vgl. ebd., 00:22:33.

VertreterInnen und AnhängerInnen der rechten Szene eingeordnet werden können. Zu beobachten ist dies bspw. in Südhüringen (Gaststätte „Zum goldenen Löwen“) oder eben auf dem Herrenberg.

Dass Thüringen so sehr in den Fokus rechter Landnahme geriet, ist auch dem geografischen Umstand geschuldet: der langen Landesgrenze zu unterschiedlichen, vor allem westdeutschen Bundesländern, aus denen nicht wenige rechte Kader stammten, die dann im Thüringischen Begegnungsorte der verschiedenen Szenen auf Bundesebene schufen.<sup>426</sup> Besonders im Interview mit dem Ministerpräsidenten, der hier vor allem als Zeitzeuge auftritt und verstanden werden soll, wird diese ergänzende Sichtweise auf Personen aus der rechten Szene, die seit 1990 vom Westen in den Osten migriert sind, eröffnet: Diese hätten dann Strukturen der rechten Szene aus dem Westen mitgebracht und somit die – schon vor 1989 existierende – Szene vor Ort gestärkt.<sup>427</sup> Auch dies gehört unbedingt in diesen Zusammenhang: Die rechte und rechtsextreme Szene Thüringens, wie schon am Beispiel der rechten Musikszene beschrieben, sei natürlich ebenfalls ein Kind der DDR, wenngleich sie sich dort – mehr staatlich-sicherheitspolitisch gewollt denn faktisch selbst so erdacht – als Hooligan-Szene getarnt habe. Vor allem in der DDR der 1980er Jahre habe – politisch gewollt oder politisch blind – bei politischen Institutionen und Sicherheitsorganen eine Wahrnehmungslücke geklafft hinsichtlich der Einschätzung der Ideologisierung und Gefahr der rechten Szene, die nicht selten unterschätzt worden sei. Nach 1990 seien dann Rechte und Rechtsextreme aus dem Westen auf eine Szene getroffen, der ihre Anwesenheit höchst willkommen gewesen sei. Und in diesen Gruppen habe eine fremdenfeindliche Grundstimmung geherrscht, die den politischen Raum in den 1990er Jahren gut gefüllt habe.<sup>428</sup> Dies habe letztlich dazu geführt, dass unterschiedliche Größen der Szene überhaupt erst an Einfluss und Stärke gewonnen hätten. Zudem wird in Interviews der spezifische Einfluss des Verfassungsschutzes, mit seiner gerade in Thüringen hohen Anzahl von V-Leuten, als nicht unerheblich für das Erstarken der rechten Szene nach der Deutschen Einheit eingestuft.<sup>429</sup>

Ein anderer Interviewpartner versucht indes, denselben Komplex mit einer anders gelagerten, sicherlich sehr wirkmächtigen, nur eben faktisch inkorrekten Erzählung über Rechtsradikalismus in der DDR zu deuten:

*„Wir hatten vorhin ja schon einmal gesagt, Personen spielen eine Rolle bei den Parteien, die gewählt werden, und gibt es diesen B., [...] der hat eine starke Zugkraft. Ich muss mal noch dazu sagen, ich weiß nicht, ob Ihr das wisst, in der DDR gab es keinen Faschismus. Es wird*

<sup>426</sup> Nicht zufällig jedenfalls sei, so wird in Gesprächen immer wieder betont, der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) in Thüringen groß geworden. Vgl. Interview mit politischem Akteur (A) aus dem grünen Spektrum, 01:15:02f.; Interview mit einem politischen Akteur (B) aus dem grünen Spektrum, 00:28:03ff.

<sup>427</sup> Vgl. Interview mit Bodo Ramelow, 00:01:04ff.

<sup>428</sup> Vgl. ebd., 00:06:02ff.

<sup>429</sup> Vgl. Interview mit einem politischen Akteur (B) aus dem grünen Spektrum, 01:16:01ff.

*zwar öfter mal erzählt, aber gab es nicht. Es gab dann diese Punkerbewegung und Skinhead.*

*Das war aber mehr eine Opposition der DDR gegenüber, aber hatte mit Nazi nichts zu tun.*<sup>430</sup>

Die Einschätzung, dass ein Dasein als Neonazi in der DDR ein Weg der Opposition und Rebellion gewesen sei, findet sich gleichwohl in einem weiteren Interview mit einem Lokalpolitiker: *„dass es sowohl neonazistische Strukturen in der DDR gab, wenn du Neonazi warst, warst du das absolute Gegenstück zum Staat, das war eine Rebellion [...] Und da glaube ich, dass es in den Köpfen noch so vorherrscht, man ist ja nicht gegen Ausländer, aber ...“*<sup>431</sup> Nun ist die Ansicht, in der DDR habe es keinen Faschismus oder eine Naziszene gegeben, auch die Deutung faschistischen Denkens als oppositionelle Haltung von der Forschung so nicht gedeckt. Vielmehr gibt es, vom Samisdat der DDR bis zu heutigen Forschungen, hinreichend Verweise auf eine DDR-eigene Nazi- und Neonaziszene.<sup>432</sup> Dennoch begegnet uns die historische Entwurzelung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus als Problem der Nachwendejahre immer wieder. Auch ein interviewter Journalist bestätigt diesen Eindruck nicht nur, sondern erweitert ihn sogar, wonach nicht nur die westdeutschen „Importe“ aus der rechten Szene einen Problemzusammenhang darstellten, sondern dieser durch politische und Verwaltungsimporte aus der alten Bundesrepublik noch verstärkt worden sei: Der 1990 begonnene Transfer älterer BeamtInnen und Personen aus dem Westen in den Osten, die größtenteils einen prüfungsfreien Aufstieg absolviert hätten, habe vor allem die ostdeutschen PolizistInnen und damit verbunden deren Ausbildung herabgestuft. Dadurch sei nicht nur eine Zurücksetzungserfahrung bei ostdeutschen Polizeikräften geschaffen, sondern auch die bundesrepublikanische Sicht, wonach „der Feind“ eher links anstatt rechts gesehen worden sei, zugleich mitimportiert worden.<sup>433</sup> Hieraus resultiere, so ein professioneller Beobachter, letztlich eine generalisierbare Fehlentwicklung: Die Kombination aus einer systematischen wie realen Unterschätzung der Szene, ergänzt und verstärkt durch den fehlenden Blick auf die bereits in der DDR deutlich erstarkte rechte Szene in Thüringen, die durch westdeutsche Neonazigrößen ideologisch und infrastrukturell massiv unterstützt worden und so im Verbogenen gewachsen sei,<sup>434</sup> habe letztlich mit zu jenem Kontext geführt, in dem der NSU entstehen und agieren konnte. Dieser gedieh in einem Umfeld, in dem Verharmlosung und Blindheit sowohl ein behördenöffentliches als auch ein generelles öffentliches Bewusstsein für die Existenz einer organisierten rechten Szene verhinderten, die gleichwohl – ihre Strategien wurden beschrieben – subkutan Teile der ostdeutschen Gesellschaft vereinnahmen konnte. Dies – und hier schließt sich der argumentative Kreis – gilt auch und besonders für den Herrenberg. So ist auch in der Fokusgruppe zu

<sup>430</sup> Interview mit einem lokalen politischen Akteur aus dem linken Spektrum, 00:39:00ff.

<sup>431</sup> Interview mit einem politischen Akteur (A) aus dem grünen Spektrum, 00:31:01ff.

<sup>432</sup> Vgl. den Literaturüberblick im 1. Zwischenbericht zu dem Forschungsprojekt: „Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierten Übergriffen in Ostdeutschland, sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen“.

<sup>433</sup> Vgl. Interview mit einem Journalisten des MDR, 00:52:00ff.

<sup>434</sup> Vgl. Interview mit einem Journalisten des MDR, 00:52:00ff.

beobachten, dass die Existenz einer rechtsextremen Szene im Viertel entweder übergangen und/oder kleingeredet wird, und, falls sie doch einmal zur Sprache kommt, jenseits erster Abwehrreflexe wenig kritische Aufmerksamkeit erfährt. So bekundet ein Fokusgruppenteilnehmer, der keine hundert Meter Luftlinie von der „Volksgemeinschaft“ entfernt wohnt, diese sei zu weit weg, er bekomme davon nichts mit.<sup>435</sup> Für wieder andere ist die Anwesenheit rechter Szenetreffs so etwas wie Alltagsrealität und -normalität: Weder die „Kammwegklausen“ noch die „Volksgemeinschaft“ oder die – bekannten – rassistischen Äußerungen im Rahmen der AnwohnerInnenversammlung bezüglich der Flüchtlingsunterkünfte im Stadtteil wurden problematisiert, kritisch betrachtet oder kommentiert. Allein eine einzige, sich anscheinend in Gegnerschaft zur rechten Szene befindliche Person lässt sich überhaupt auf das Thema ein, beschreibt dabei aber lediglich jene Tendenzen der Ignoranz, Verharmlosung und Normalisierung, deren Zurückweisung aus dem Viertel heraus mehr als unwahrscheinlich scheint:

Frau Acht: *[...] Aber auch so finde ich, ist das rechte Gedankengut akzeptiert auf dem Herrenberg. Also ich kenne das halt anders. Ich bin immer in Stadtteilen gewesen, wenn da jemand sein Haus schwarz-rot-weiß anmalt oder schwarz-rot-gold mit Reichsadler, dass das nicht lange besteht.*

Interviewer: *Verstehe ...*

Frau Acht: *Dass es da eine Gegenbewegung gibt. Das wird aber hier irgendwie hingenommen. Die sind dann halt da und so nach dem Motto ‚Was soll ich denn machen?‘.*<sup>436</sup>

Eine solche Wahrnehmung, die vor allem ein Nicht-Wahrnehmen oder ein Nicht-Wahrnehmen-Wollen beschreibt, und die damit einhergehende Normalität der Präsenz der rechten Szene und des Rechtsextremismus im Alltag des Viertels führen letztlich zu einer gefährlichen Entwicklung: Die Hemmung, ein Teil dieser rechten Szene zu werden oder schon zu sein, in welcher Form auch immer, wird immer geringer, der Zugang zu einem diskursiv unbestellten Feld mit reichlichen, zudem alternativlosen Kontaktangeboten wird immer niederschwelliger. Statt Zurückweisung der sich immer weiter festsetzenden und ausbreitenden rechten Szene besteht auf dem Herrenberg ohne Intervention die Gefahr, dass die soziale Akzeptanz der rechten Anwesenheit im Viertel weiterhin ansteigt, womit sich aber ein Kreislauf in Gang setzt, welcher der rechten und rechtsextremistischen Szene weiteren Zulauf bringt und – dieser drastische Hinweis ist vor dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse notwendig –, Strukturen schafft und festigt, die Gruppierungen wie die des Rechtsterrorismus verdächtige „Gruppe Freital“ oder auch den NSU wenn nicht unbedingt hervorgebracht, so doch ermöglicht sowie ge- und verdeckt haben.

Dabei – und deshalb sind die Beobachtungen auf dem Herrenberg von solch drängender Virulenz – ist das Thüringer Umfeld bei Weitem nicht so verschlossen, wie dies in Sachsen am Beispiel etwa von

<sup>435</sup> Vgl. Fokusgruppe Erfurt, 00:37:00ff.

<sup>436</sup> Ebd., 00:30:00ff.

Freital beschrieben worden ist. In vielen Interviews wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die Politik und die offiziellen VertreterInnen zusammen auftreten und sich gemeinsam gegen rechts stellen, dass auch VertreterInnen der Regierung immer wieder auf den Gegendemos präsent sind.<sup>437</sup> Dennoch zeigt sich, auf Erfurt bezogen, insofern eine Parallele zu den beiden Städten in Sachsen, als von den anderen Parteien eine Passivität der CDU wahrgenommen wird, wenn es um die Abgrenzung zu Rassismus und Rechtsextremismus im politischen Alltag geht. Dies, so die gleichwohl politisch interessierte Kritik, vermittele allerdings eine Unstimmigkeit zwischen den Parteien gegenüber rechts. Schlimmer noch, wird doch mit diesem Verhalten eine Nähe zu genau diesem Gedankengut unterstellt oder assoziiert. *„Und dann ist es natürlich auch oft so, dass die AfD zu ihrem Zeug redet und dann redet die CDU manchmal auch noch in die ähnliche Richtung.“*<sup>438</sup> So seien etwa auch VertreterInnen der CDU auf den Demonstrationen der AfD deutlich zu erkennen gewesen und hätten sich überdies recht offen im Gestus der rechten Szene geäußert:

*„[A]uch rechte CDUler,[...] spielen da eine ganz üble Rolle [...]. Ganz rassistisch, also wirklich ganz übel völkisch. Die schleppen Krankheiten ein. Also wirklich Bilder, wie man sie aus der NS-Sprache kennt [...].“*<sup>439</sup>

Darunter leide in Erfurt die Zusammenarbeit, die auch auf das Verhältnis und die Arbeit zwischen den einzelnen Mitgliedern ausstrahle, die von anderen Stadtratsmitgliedern als angespannt bezeichnet wird. So berichtet ein Stadtrat von *„eine[m] Kollegen [Stadtratsmitglied], der mal bei so 'ner Veranstaltung, auf so 'ner Gründungsveranstaltung dabei war im rechtsextremen Spektrum. Da haben wir danach mal ein längeres Gespräch geführt und seitdem weiß der auch, dass die Linie – dass es 'ne Linie gibt.“*<sup>440</sup> Dieser Stadtrat, der selbst syrische Patenkinder habe, beziehe seine Opposition gegen den Islam dabei nicht aus einem ethnischen Nationalismus, sondern aus seinem christlichen Glauben. *„Der ist auch insofern halt immer wieder 'ne Herausforderung, weil du sagst, du willst ihn ja eigentlich im demokratischen Spektrum bei uns halten und willst ihn nicht aus der eigenen Truppe raustreiben.“*<sup>441</sup> Dies spiegele sich auch innerhalb der Arbeit des Stadtrates insofern wider, als der Umgang etwa mit der NPD oder der Partei Die Rechte zwar geprägt sei von der, auch in anderen Kommunalparlamenten praktizierten, Isolationsstrategie (alle NPD-Anträge seien abzulehnen; vom demokratischen Block rede nur ein(e) Abgeordnete(r) stellvertretend für alle anderen Parteien),<sup>442</sup> die auch innerhalb der Unionsfraktion so durchgehalten werde; aber schon der Umgang mit der AfD gestalte sich, trotz der

<sup>437</sup> Vgl. Interview mit Bodo Ramelow, 00:18:00ff.

<sup>438</sup> Vgl. Interview mit einem politischen Akteur (B) aus dem grünen Spektrum, 01:12:01ff.

<sup>439</sup> Vgl. ebd., 01:03:02ff.

<sup>440</sup> Interview mit einem Mitglied des Stadtrates für die CDU, 00:30:00ff.

<sup>441</sup> Ebd.

<sup>442</sup> Vgl. ebd., 00:25:00ff.

Dauerpräsenz Björn Höckes und seiner in der rechten Szene verwurzelten AnhängerInnen,<sup>443</sup> demgegenüber schwieriger.

So sei es, wohl auch im Angesicht der *Flüchtlingskrise* und der damit einhergehenden diskursiven Verschiebungen, „*heute schwieriger, als es vor ein paar Jahren war*“, mit anderen Parteien gemeinsame Resolutionen gegen Fremdenfeindlichkeit auszuarbeiten.<sup>444</sup> Dies werde dort konkret – obwohl die Zahl der AfD- und NPD-Stadträte so gering sei –, wo es gelinge, zwar nicht die Arbeit der demokratischen Fraktionen zu beeinträchtigen, zugleich aber die *Flüchtlingskrise* nun als Mittel zum Zweck zu nutzen, um in den dieser Strategie zugrundeliegenden demokratischen Block „*den Keil reinzutreiben*“<sup>445</sup>:

„*Das merkst du jetzt bei der Moschee. Bei der Moschee gibt's ein paar von uns, auch von der CDU, die wollen das nicht. Das sind zwar engagierte Christen und treten auch für ihre Überzeugungen ein, aber selbst wenn ich denen dann sage, Leute, aber – genauso wie mit dem Argument, wo die dann sagen, aber in den Heimatländern, wo die herkommen, dürfen wir keine Kirchen bauen. Sag ich: Ja, das mag stimmen, aber in den Heimatländern, wo die herkommen, gibt's möglicherweise auch keine Demokratie, und keine Pressefreiheit und sonst was, und das ist möglicherweise in einem Drittel der Welt so. Und trotzdem können wir doch als Deutsche nicht sagen, nur weil die jetzt hier sind, gelten für die jetzt unsere Grundgesetzwerte nicht. Ist doch Quatsch.*“<sup>446</sup>

Was hier von einem Stadtrat der CDU beschrieben wird – eine zunehmende Differenzierung zwischen Minderheiten und der Mehrheitsbevölkerung, verbunden mit der Aberkennung der Gleichbehandlung vor dem Gesetz und der dadurch vorgenommenen Abwertung bestimmter Gruppen –, habe inzwischen längst den Sprung aus der rechten Szene in die lokale Politik jenseits der rechten Parteien geschafft. Die angeführten Begründungen sind vielfältig: Sie reichen von ethnozentrischen bis zu religiösen Dogmen, verweisen aber zugleich auf ein sich ausbreitendes rechtes Denken, das bei den sogenannten etablierten Parteien zu Unsicherheiten bezüglich rechtsoffener oder rechtsaffiner Äußerungen in ihren eigenen Reihen führt. So weit sind die Parallelen zu Sachsen, mit allen gebotenen Einschränkungen, sichtbar – die sich indes bezüglich der Rolle der Landespolitik nahezu vollständig brechen lassen. Wie in den Einzelinterviews mehrfach betont worden ist, habe nämlich in Thüringen der Umgang mit Rechtsextremismus unter der rot-rot-grünen Landesregierung einen deutlichen Wandel erfahren, sowohl in der Benennung als auch in der Handhabung dieses Komplexes:

<sup>443</sup> „[M]ittelalte Männer, eine größere Anzahl Glatzen und Rot-Weiß-Erfurt-Hooligans, wenige Frauen, in der Tendenz eher 45+, der Kleidung nach zu urteilen Handwerker, ältere Burschenschaftler, Durchschnitts-Mitte-Bürger, aber keinesfalls ein Protest der sozial Zurückgelassenen, zumindest optisch“ (vgl. Feldprotokoll, Demobericht Erfurt 18.05.16. Besuch einer AfD-Demonstration auf dem Erfurter Domplatz).

<sup>444</sup> Vgl. Interview mit einem Mitglied des Stadtrates für die CDU, 00:28:00ff.

<sup>445</sup> Ebd.

<sup>446</sup> Ebd.

*„Wir haben ja auf Landesebene, wie man weiß, mit der rot-rot-grünen Koalition schon eine besondere Situation in Thüringen, weil es das erste Mal seit 25 Jahren eine Regierung gibt, die zum einen, meine ich, das Problem sowohl Rechtsextremismus als auch Rassismus offen beim Namen benennt.“<sup>447</sup>*

Vor allem während des vergangenen Jahres im Zusammenhang mit der sogenannten *Flüchtlingskrise* habe dies einen großen Unterschied zu anderen möglichen Regierungskonstellationen markiert. Zumindest aus Sicht der derzeit regierenden Parteien habe dies dazu beigetragen, dass in Thüringen gerade keine „sächsischen Verhältnisse“ herrschten. Im Gegenteil, die Landesregierung habe sich im Kampf gegen rechts an der Seite der BürgerInnen, denen dieses leitende Motiv in der Mehrheit zugestanden wurde, verstanden.<sup>448</sup> Dies zeige sich auch in einem regional deutlich zu unterscheidenden Umgang mit der Pegida-Bewegung und ihren Ablegern:

*„Wir hatten hier in Thüringen ja immer den Vorteil: Bei uns war es ganz schnell klar, dass die Thügida oder Sügida, es ging ja mit ‚Südthüringer gegen die Islamisierung‘ los, dass die ganz schnell klar rechtsextrem war. Dass die Organisatoren Rechtsextreme waren, dass der Kern rechtsextrem war und immer wieder. Thügida ja sowieso. Und dann auch, dass unser Landesamt für Verfassungsschutz oder Amt für Verfassungsschutz jetzt ja mittlerweile ganz auch bald gesagt hat: Das sind Rechtsextreme. Das hat uns es leichter gemacht, auch klar zu sagen: ‚Das sind Nazis. Punkt.‘ Das kannst bei der AfD ja nicht machen. Weil da kommt ja gleich wieder einer um die Ecke und sagt: ‚Nee, ich bin kein Nazi‘, und so weiter. Aber diese EnDgAmE<sup>449</sup> und Wahl, das war vor-vorpolitischer Raum, an dem die AfD dann angedockt hat, klar. Und dadurch, dass die NPD keine Rolle mehr spielt, irgendwer muss das ja kompensieren.“<sup>450</sup>*

Bestätigung findet diese Kompensationsthese auch seitens des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, der – anders als sein Amtskollege in Sachsen, Ministerpräsident Stanislaw Tillich – den Eindruck teilt, dass zum einen durch das Aufkommen der AfD die Stigmatisierung des NPD-nahen Denkens aufgehört und zum anderen die AfD zugleich die NPD integriert habe. Dies macht er etwa auch an den Reden Björn Höckes fest, in denen er klare Parallelen zu den Reden von Joseph Goebbels sieht, die dennoch – oder gerade deshalb – einigen Applaus ernten würden.<sup>451</sup> Die hieraus folgende politische Prioritätensetzung, dies bestätigen weitere Interviews, offenbart aber auch die Probleme, die in einem klaren Kurs gegen rechts angelegt sein können. So berichten einige AkteurInnen, dass die Politik die Bevölkerung während der *Flüchtlingskrise* gut mitgenommen habe; dies habe aber zugleich bewirkt, dass ein Teil der ErfurterInnen bzw. der ThüringerInnen insgesamt nun politischen Anschluss jenseits der

<sup>447</sup> Vgl. Interview mit einem politischen Akteur (B) aus dem grünen Spektrum, 22.08.2016, 00:01:01ff.

<sup>448</sup> Vgl. Interview mit einem Mitarbeiter der Partei DIE LINKE mit Schwerpunkt auf Rechtsextremismus, 00:42:01ff.

<sup>449</sup> „Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas“.

<sup>450</sup> Interview mit einem Journalisten des MDR, 00:24:01ff.

<sup>451</sup> Vgl. Interview mit Bodo Ramelow, 00:23:01ff.

demokratischen Parteien suche. Auf lange Sicht deutet der Vergleich der Größenordnung und der Dauerhaftigkeit rechter Manifestationen in der Öffentlichkeit jedoch daraufhin, dass diese trotz des deutlichen Kurses in Thüringen weit weniger Sogwirkung entfalten, als dies im politisch wenig festgelegten Sachsen der Fall ist.

Blickt man zum Herrenberg, lässt sich dort ein abweichendes Bild erkennen. So fühlen sich dessen BewohnerInnen von der Politik alleingelassen, es wird von mangelnder Kommunikation mit den BürgerInnen im Zuge der Unterbringung von Flüchtlingen gesprochen – obwohl Informationsveranstaltungen zur Unterbringung auf dem Herrenberg stattfanden, von denen die meisten FokusgruppenteilnehmerInnen aber im Vorfeld nichts gewusst haben wollen.<sup>452</sup> Gerade hier, wo öffentlich sichtbar Geflüchtete aufgenommen worden sind, dringt die Linie der rot-rot-grünen Landesregierung, trotz eines LINKEN-Ortsbürgermeisters, kaum durch, sondern wird, wenn überhaupt, in Opposition zur eigenen Sicht auf die Dinge gebracht – man sei erbost gewesen und habe sich übergangen gefühlt<sup>453</sup>.

## 7.6 Fehlende Zivilgesellschaft?

Dass in Sachsen das politische und gesellschaftliche Verhältnis zur Zivilgesellschaft ein besonderes ist, dürfte anhand der Überlegungen zu Freital und Heidenau deutlich geworden sein. Ambivalenter fällt die zivilgesellschaftliche Verortung in Thüringen aus: Auf der einen Seite wird in den Interviews und Gesprächen von einer engen Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Politik gesprochen, die sich gegenseitig stützen würden; auf der anderen Seite ist indes die Klage über eine nicht *real* existierende Zivilgesellschaft zu vernehmen, welche nur dem Anschein nach so breit aufgestellt sei – dieses Bild entstehe lediglich, so ein Interviewpartner, da die radikale Linke und weitere zivilgesellschaftliche AkteurInnen in Erfurt besser als in Dresden zusammenarbeiteten.<sup>454</sup> Dadurch entstehe der Eindruck, dass innerhalb der Erfurter Bevölkerung vehementer und verbreiteter gegen Rechtsextremismus und Rassismus Stellung bezogen werde und diese Opposition stärkere Unterstützung seitens der Politik finde und – auch – hervorrufe. Zugleich wird dadurch ein weiterer Unterschied zu Sachsen erkennbar: Während in Sachsen die Zivilgesellschaft nicht selten unter Linksextremismus-Verdacht gestellt wird, ist die Thüringer Zivilgesellschaft weitaus enger mit der linken Szene verwoben, ohne dass dies per se als Hinderungsgrund für ihre politische Unterstützung angesehen wird.

<sup>452</sup> Vgl. Fokusgruppe Erfurt, 00:41:01ff.

<sup>453</sup> Vgl. Interview mit einem Bewohner des Herrenbergs, 00:51:01ff.; vgl. Fokusgruppe Erfurt, 00:56:01ff. sowie den Abschnitt 7.3 zu Fremdenfeindlichkeit und Konsumkonkurrenz.

<sup>454</sup> Vgl. Interview mit einem Mitglied des Stadtrates für die SPD, 00:10:01ff.

Dennoch gilt Erfurt hier noch als entwicklungsfähig. Besonders im Vergleich zu anderen Städten in Thüringen, wie z.B. Jena, wird die Zivilgesellschaft in Erfurt als recht klein und im Vergleich weniger aktiv beschrieben.<sup>455</sup> So wurde auch in Gesprächen mit BewohnerInnen des Herrenbergs deutlich, dass zivilgesellschaftliches Engagement eher von externen AkteurInnen ausgehe und auch aus der Zivilgesellschaft getragene Veranstaltungen auf dem Herrenberg selbst eher durch BewohnerInnen aus anderen Stadtteilen oder Städten organisiert würden – ein Eindruck, der sich mit Blick auf die FokusgruppenteilnehmerInnen bestätigte; lediglich eine langjährige Bewohnerin des Herrenbergs engagierte sich auf gesellschaftlicher Ebene, indem sie im Rahmen des Stadtteilzentrums mit anderen Personen ein Café betrieb. Dabei ist dieses Engagement auf zivilgesellschaftlicher Ebene keineswegs bewusst politisch, vielmehr distanzierte sich diese Person explizit von Politik und jeglicher politischen Meinung. Die übrigen TeilnehmerInnen äußerten hingegen kein Interesse an einem ehrenamtlichen oder zivilgesellschaftlichen Engagement und beabsichtigen auch nicht, in nächster Zeit eines aufzunehmen. Der Wunsch nach einem persönlichen aktiven Einsatz für die Gesellschaft und den Stadtteil ist trotz der geäußerten Vorstellungen bezüglich eines Wandels bzw. einer Aufwertung des Stadtteils kaum ausgeprägt, im Gegenteil: Hilfe wird nur noch von außen erwartet, ihr Ausbleiben wiederum (re-)produziert und verstärkt die ohnehin vorhandene Enttäuschung und führt bisweilen zu Resignation. Eine Wahrnehmung, die auch von lokalen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen artikuliert wird: „[...] dass sich der Ort hier nicht so wirklich selbst helfen kann. Dass da wirklich Hilfe von außen benötigt werden muss.“<sup>456</sup> Dabei liegt das Problem, wie im Verlauf des Gesprächs deutlich wird, womöglich noch tiefer und berührt damit einen klassischen Topos der Engagementforschung in Problemvierteln (Klatt/Walter 2011: 103ff.) – es fehlt an (externer) Hilfe zur Selbsthilfe:

*„Sie haben es verlernt. Sie wissen halt nicht, wie, das ist halt auch gerade immer das Problem. Gerade wenn man über Beteiligung spricht. Es ist halt eine Sache, die Möglichkeit zu geben, sich zu beteiligen, aber es heißt noch lange nicht, dass die Leute wissen, wie das geht, und das ist hier gerade ein ganz großes Problem.“* (zitiert nach Klatt/Walter 2011: 103ff.)

Ein Problemaufriss, der zumindest in der politischen Bildung präsent ist, ohne dass Lösungen sogleich auf der Hand liegen würden:

*„Ich bin auf diese leeren Institutionen gestoßen durch einen ganz frühen Aufsatz von Claus Offe, der dann so 1989/1990 in diesen Umbruchzeiten erschienen ist und der dann gesagt hat: ‚Institutionen und Organisationen, sie funktionieren nie, weil man das formale Gerüst hinstellt, sondern sie funktionieren nur dann, wenn sie auch Mentalitäten und Orientierungen aufsetzen können.‘ Damals hat er schon gewarnt davor, ob dieser Institutionen- und Organisationstransfer aus dem Westen so funktionieren kann. Das fand ich damals eine sehr irritierende Idee und habe das gleich in so einen Artikel eingebaut, weil ich damals vor allem*

<sup>455</sup> Vgl. Interview mit einem politischen Akteur (B) aus dem grünen Spektrum, 00:04:01f.; Interview mit „Mobit e.V.“, 00:10:01ff.; Interview mit einer Person aus der Bildungspolitik, 01:04:02ff.

<sup>456</sup> Interview mit lokalen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen (A) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 00:46:01ff.

*im Jugendbereich beobachtete, dass wie wild ja Trägerstrukturen geschaffen worden sind nach dem westlichen Vorbild aber, und auch Leute eingestellt worden sind, es gab ja Aufbau- Freier-Träger-Programme und Ähnliches mehr, aber die sozialmoralischen Milieus, die sicherlich auch im Westen schon am Erodieren waren, dieser Organisationen, hier gar nicht existierten.*<sup>457</sup>

Auch politische AkteurInnen teilen diese spezifisch ostdeutsche Erklärungsfolie:

*„[W]ir haben in Thüringen und auch in anderen ostdeutschen Bundesländern eine andere und eine wesentlich kompliziertere ‚demokratische Kultur‘, wenn man das so nennen kann. Das heißt nach der ‚Wende‘, also ‚ne, zu DDR Zeiten gab es halt immer jemanden, der etwas vorgegeben hat, und es gab so etwas wie Zivilgesellschaft in dem eigentlichen Sinne nicht.*<sup>458</sup>

Dies aber hat, davon zeugen Vor-Ort-Beobachtungen, deutliche Auswirkungen bis in die Gegenwart. So waren innerhalb Erfurts bei den Gegenveranstaltungen bspw. zu den AfD-Demonstrationen neben ein paar Erfurter BürgerInnen, Grünen sowie Mitgliedern von Gewerkschaften, Kirche und Antifa überwiegend junge Menschen aus dem studentischen Milieu zu sehen; die Gegendemo – nur in etwa halb so groß wie die AfD-Veranstaltung – war somit vor allem jung, universitär und von SchülerInnen geprägt.<sup>459</sup> Auch wenn sich die Beteiligungsbereitschaft und -breite im Stadtbild insgesamt, laut Aussage eines Interviewpartners, vergrößern mögen,<sup>460</sup> gilt dies für den Herrenberg, jenseits des durch die rechte Szene getragenen Engagements, nicht – was nicht nur mit dem beschriebenen Mangel an Hilfe zur Selbsthilfe erklärt werden kann, sondern auch mit der Vereinzelung im Viertel, mit fehlender Quartiersidentität, die mehr ist als nur die Zugehörigkeit zu einem Wohnumfeld. Hinzu kommt der durch Gespräche vermittelte Eindruck, dass selbst diejenigen AkteurInnen, die sich auf dem Herrenberg gegen die rechte Szene stellen oder zu ihr zumindest eine politisch neutrale Alternative bieten, eher wenig zusammenarbeiten. So übten sie aneinander grundlegende Kritik, betrachteten die jeweiligen anderen AkteurInnen mit Skepsis. Eine gemeinsame Front gegen die rechte Szene in dem Viertel herzustellen, dürfte auf dieser Basis schwer sein – nicht zuletzt, weil die einzelnen AkteurInnen eher individuell agieren und wenig auf den Rückhalt der anderen setzen. Zum aktuellen Zeitpunkt führt dies ganz offensichtlich dazu, dass ein Gegengewicht zur rechten Szene kaum vorhanden ist, diese sich vielmehr relativ frei und ungehindert innerhalb des Viertels bewegen und als Kümmerin inszenieren kann. Damit sich der Anschluss an diese Szene samt ihrem Gedankengut als mögliche, weil ebenso omnipräsente wie naheliegende Option im näheren Wohnumfeld nicht durchsetzt, bräuchte es letztlich – dies zeigt etwa eine wichtige Studie zu Parteien im lokalen Kontext (D’Antonio 2014) – nicht nur eine funktionierende Zivilgesellschaft vor Ort, um deren Herstellung und Unterstützung Politik und

<sup>457</sup> Interview mit einer Person aus der Bildungspolitik, 00:05:01ff.

<sup>458</sup> Interview mit einem politischen Akteur (A) aus dem grünen Spektrum, 00:09:01ff.

<sup>459</sup> Feldprotokoll Demobericht Erfurt, 18.05.16. Besuch einer AfD-Demonstration auf dem Erfurter Domplatz.

<sup>460</sup> Interview mit einem Mitarbeiter der Partei DIE LINKE mit Schwerpunkt auf Rechtsextremismus, 00:36:01ff.

Verwaltung gemeinsam kämpfen sollten, sondern auch Parteien als lokal verankerte AkteurInnen, die als AdressatInnen und AkteurInnen zugleich noch immer nicht ihre Bündelungsfunktion im urbanen Raum verloren haben. Dass es indes durch entschlossenes zivilgesellschaftliches Handeln möglich scheint, rechtsextreme Geländegewinne zu revidieren, zeigt ein Beispiel aus Chemnitz. Auf dem Chemnitzer Sonnenberg, dem Erfurter Herrenberg nicht ganz unähnlich – hoher Leerstand, geringe Perspektiven, wenngleich baulich von Gründerzeitgebäuden dominiert –, wird, obschon auf der Initiative weniger engagierter Personen beruhend, versucht, das Viertel kulturell zu beleben:

*„Kulturelle Belebung des Viertels, das ist sein [Lars Fassmann, Betreiber des nahegelegenen alternativen Veranstaltungszentrums ‚Lokomov‘ und inzwischen Besitzer einiger Häuser, die er StudentInnen und KünstlerInnen gegen günstige Mieten überlässt] Konzept; Leipzig und Dresden haben vorgemacht, wie es auch in Chemnitz, der drittgrößten Stadt in Sachsen, gehen könnte in der Zukunft“,*

notiert *die tageszeitung* in einem Bericht über das Viertel, das noch immer den höchsten Anteil von Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen hat und auch in puncto PMK-Kriminalität heraussticht (Seifert 2017). Gleichwohl ist auch hier die Stadt unterrepräsentiert: *„Bislang gibt es keine Sozialarbeiter, die gezielt gegen Rechtsextremismus eingesetzt werden. Das wäre überlegenswert“*, so die Stadtteilmanagerin Elke Koch, die nicht bereit ist, den Stadtteil den Rechten zu überlassen. *„Aber ich vermisste ein klares Wort der Politik. Wir können nur als Zivilgesellschaft Zeichen setzen“*, so Koch weiter (ebd.). Und dies geschieht namentlich durch kulturelle UnternehmerInnen wie Fassmann oder die linke Szene, die den Chemnitzer Sonnenberg nicht als Rückzugsgebiet der Rechten akzeptieren will und die, im Gegensatz zur städtischen Relativierung oder Ignoranz eines Rechtsextremismusproblems, mit Aktionen bis hin zur linken Militanz das rechte Problem zumindest öffentlich adressiert (ebd.). Freilich handelt es sich hierbei um einen „schwierigen“ Akteur, der indes wie die Rechten auch vor allem deshalb auftritt, weil das kommunale politische Nichtagieren ein Vakuum im Kampf gegen rechts hinterlässt, das dann, bei Ausbleiben anderer AkteurInnen, von links gefüllt wird.<sup>461</sup> Denn wenn sich

---

<sup>461</sup> Am schwierigsten zu bestimmen, gleichwohl aber für die weitere Auseinandersetzung nicht nur in Ostdeutschland mitentscheidend, sind die Rolle linker bis radikal linker Gegenwehr sowie deren Effekte auf den Umgang mit fremdenfeindlichen Manifestationen und rechten Strukturen. Für Dresden lässt sich diagnostizieren, dass die extreme Linke womöglich eine Mitschuld trägt an der schwachen Gegenwehr der Zivilgesellschaft. Das Monitum, die Gegenbewegungen würden vor allem von Linksextremen getragen, führt hier dazu, dass die Zivilgesellschaft demobilisiert wird, weil sie nicht selbst im Ruch des Linksextremen stehen will. In Leipzig und Jena hingegen wurde und wird der Protest gegen rechts zu nicht unwesentlichen Teilen aus dem linken Milieu organisiert; linke Militanz und das Zurückdrängen rechter Manifestationen gehen hier scheinbar Hand in Hand – wenngleich auch hier Berührungspunkte und konkrete Konflikte zu beobachten sind. Wie sich aber der Zusammenhang zwischen linker Militanz und der Immunität gegen rechte Aufmärsche/Übergriffe genau darstellt, ist weitgehend unbekannt und unerforscht. Offensichtlich ist, dass in den letzten Jahren linke Gewalt (nicht zuletzt in direkter Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als Konfrontationsgewalt, daneben ebenfalls gegen RepräsentantInnen von Institutionen des Staats, nicht zuletzt auch gegen VertreterInnen und Einrichtungen der „staatstragenden“ Parteien) signifikant zugenommen hat. Dennoch fehlen valide Erhebungen über Rekrutierung, Zusammensetzung und innere Kommunikationsweisen,

auch die letzten AkteurInnen aus dem öffentlichen Diskurs, aus der öffentlichen Ächtung fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Alltäglichkeit zurückziehen, bleiben am Ende Räume zurück oder eröffnen sich neue, die nicht nur „national befreit“ sind, sondern auch zu Keimzellen eines Kampfes gegen die offene Gesellschaft werden können.

## 7.7 Einordnungen

Auch die regionale Analyse des Erfurter Stadtteils Herrenberg zeigt eine plausible Anschlussfähigkeit an die Arbeiten von Heitmeyer et al. und die dort angeführten Erklärungen und Auswirkungen des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer et al. 2011). So konnten die Heitmeyer'schen (Erklärungs-)Konzepte der sozialen Desintegration, relativen Deprivation, Anomia und des Autoritarismus an den Strukturen innerhalb des Stadtteils ebenso beobachtet und bestätigt werden wie eine Demokratieentleerung und eine Ökonomisierung des Sozialen, die Heitmeyer et al. als eines der Erklärungsmuster für das vergangene Jahrzehnt ins Feld führen. Gleichwohl, allein mit Heitmeyers Konzept würde das Verständnis des Erfurter Herrenbergs kaum über eine deskriptive Zustandsbeschreibung hinausreichen. Zur vollständigen Analyse des lokalen Rechtsextremismus, der lokalen Fremdenfeindlichkeit und der damit zusammenhängenden fremdenfeindlich motivierten Übergriffe bräuchte es einen tieferen Blick in die lokal wirksame Gegenwart und vor allem auch in die Vergangenheit des Untersuchungsgebietes. Wenig überraschend für uns zeigte sich jedenfalls, dass die unmittelbaren Erfahrungen mit der eigenen und der Viertelvergangenheit in der DDR und Erlebnisse der Jahre der postsozialistischen Transformation einen spezifischen Erinnerungshaushalt hervorgebracht haben, vor dessen Hintergrund das Denken und Handeln der BewohnerInnen des Herrenbergs erst verständlich wird: Der von den BewohnerInnen erfahrene historische Bruch der Struktur des Stadtteils in Kopplung mit der Vernachlässigung des Herrenbergs seitens Politik und Verwaltung nach der Wende, welche sich bis in die Gegenwart zieht und wirkt, liefert einen weiteren, enorm wichtigen Baustein zum Verständnis von Ursachen und Kontexten rechten bzw. rechtsextremen Denkens und Handelns auf dem Herrenberg.

Als zentraler Erklärungsfaktor für rechtsextreme Einstellungen sowie Fremdenfeindlichkeit auf dem Herrenberg können die hier untrennbar scheinende Verschmelzung von mangelnder Erfahrung mit politischer Partizipation und ökonomischer Strukturschwäche gelten. Diese Kopplung ist sonst eher in den strukturschwachen Regionen Ostvorpommerns zu finden (vgl. Fischer/Volkman 2008), wurde zu Beginn des Forschungsprozesses indes weniger in den Metropolregionen Dresden und Erfurt vermutet. Doch schnell zeigte sich, dass der Herrenberg ein exzeptionell strukturschwaches Viertel inmitten einer

---

auch Assoziationsprinzipien und Entscheidungsprozesse im Spektrum der (post-)autonomen Linken, aber auch deren Rolle als „schwierige“ zivilgesellschaftliche Akteurin im Kampf gegen rechte Geländegewinne ist kaum erforscht – eine dringend zu schließende Forschungslücke.

prosperierenden Stadt ist: So beklagten sich sowohl die TeilnehmerInnen der Fokusgruppe als auch die InterviewpartnerInnen vor Ort über den Wandel des Stadtteils, der dazu geführt habe, dass dort mittlerweile vor allem sozial Schwache ansässig seien. So war die prekäre ökonomische Stellung der BewohnerInnen ebenso augenscheinlich wie der fehlende Einsatz finanzieller Mittel zum Aufbau des Stadtteils. Vor allem die Bibliothek und das Freizeitangebot leiden unter dieser prekären finanziellen Ausstattung. Der Stadtteil weist im Zusammenhang mit seiner ökonomischen Situation, der hohen Arbeitslosigkeit, dem unterdurchschnittlichen Wohlstand sowie der demografischen Entwicklung Merkmale auf, die üblicherweise peripherisierten Regionen oder Städten zugeschrieben werden (Dünkel/Geng 2014: 150f.). Jedoch liegt beim Herrenberg die Besonderheit vor, dass es sich bei ihm auf den ersten Blick um einen peripherisierten Stadtteil handelt. Auch die BewohnerInnen bekundeten, dass die Verbindung zur Stadt selbst kaum ausgebildet sei. So wurde diese als entfernter Ort und der Herrenberg als geschlossene Sphäre dargestellt und wahrgenommen. Ebenso ist in den Gesprächen mit den AnwohnerInnen sowie den politischen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen des Stadtteils deutlich geworden, dass der Herrenberg und seine BewohnerInnen stigmatisiert werden. Hierbei spielt nicht nur die rechte Szene eine wichtige Rolle, sondern auch die sozioökonomische Situation der BewohnerInnen sowie die prekäre finanzielle Lage des Stadtteils. Diese Stigmatisierung wird größtenteils als ungerechtfertigt wahrgenommen und resultiert in einer noch stärkeren Abschottung gegenüber der restlichen Stadt. Wie bereits deutlich wurde, führen gerade diese Stigmatisierung und die daraus folgende Selbstabgrenzung zu einer verstärkten (negativ konnotierten) kollektiven Identität und, im Falle des Herrenbergs, beinahe unausweichlich zu einem äußere Einflüsse ablehnenden Zusammengehörigkeitsgefühl. Für die BewohnerInnen erlangen somit lokale Anlaufpunkte, von denen eine identitätsstiftende Wirkung und ein integrierendes Moment ausgehen, eine enorme Bedeutung für das Selbstbild und die Wahrnehmung des Viertels. Gerade an dieser Stelle können, aufgrund fehlender oder nur sehr spärlich ausgestatteter Alternativen, Einrichtungen und Anlaufstellen aus der rechten Szene die Chance nutzen und sowohl individuelle als auch Gruppenbedürfnisse befriedigen (Willisch 2008).

Diese Zustände treffen auf mangelnde politische Partizipation sowie geringe politische Bindung und fehlendes Interesse – Letzteres wird seitens der Befragten vor allem mit einem fehlenden attraktiven politischen Angebot begründet. Die GesprächsteilnehmerInnen zeigten keinerlei Kenntnisse bezüglich politischer Angebote, konstatierten jedoch gleichzeitig, dass sie gerne stärker in die Politik eingebunden wären. Ergänzend berichteten zivilgesellschaftliche und politische AkteurInnen vor Ort, dass Bürgersprechstunden, politische oder kulturelle Angebote ungenutzt blieben und auf geringe Resonanz seitens der BewohnerInnen des Stadtteils stießen. An dieser Stelle zeigt sich, dass die (fehlende) politische Partizipation vor allem als Chiffre genutzt wird. Hinter dem Wunsch nach mehr Partizipation steht kein Interesse an einer aktiven Teilnahme auf der politischen Ebene, sondern der Wunsch nach verstärkter Repräsentation individueller Interessen. Politische AkteurInnen gelten aus Sicht der

GesprächspartnerInnen stets als diejenigen, die auf die BewohnerInnen zuzukommen und somit den aktiven Part zu übernehmen hätten. Dass die BewohnerInnen selbst aktiv werden müssten, um etwas zu verändern oder zu beeinflussen, wurde als Schwäche der Politik vor Ort gedeutet. So zeigt sich auch hier die Neigung der BewohnerInnen, dem Staat und der Politik eine wohlfahrtsstaatliche Pflicht (Kollmorgen 2005) zuzuschreiben und diese einzufordern, eine Bürde für politische Beteiligungs- und Aushandlungsprozesse, die direkt auf die fürsorgliche DDR-Diktatur zurückgeführt werden können und die insbesondere in zu DDR-Zeiten privilegierten Vierteln vorhanden gewesen sind und mit dem Absterben der politischen Voll- und Überversorgung, auch getragen durch die dem Staat nahestehenden BewohnerInnen bis 1989, mithin kollektiv bis ins Private hinein an Strahlkraft verloren haben. Im Anschluss an dieses Verständnis von Politik zeigte sich überdies ein mangelndes Vertrauen in die Institutionen der Politik und in die Möglichkeit, selbst einen Wandel herbeizuführen. So scheint sich diese Einstellung zur eigenen Rolle in der Politik, die Michael Edinger und Andreas Hallermann in ihren Arbeiten bereits 2004 gezeigt haben, bis heute kaum geändert zu haben (Edinger/Hallermann 2004: 48ff.). Zudem lässt sich die nicht nur in Thüringen, sondern auch in weiten Teilen Ostdeutschlands beobachtete geringe Parteienbindung (Hallermann 2008: 460) im Rahmen unserer Forschung bestätigen, was wiederum Auswirkungen auf das gesamte Spektrum zivilgesellschaftlichen Engagements hat. Zwar sinke dem aktuellen Diskussionsstand zufolge das Engagement gesamtgesellschaftlich insgesamt nicht stark, sondern verschiebe sich lediglich sektoral: weg von formalen Mitgliedschaften und langfristigen Bindungen hin zu kurzen Projekten, konkreten Anlässen und kleineren Zusammenhängen.<sup>462</sup> Ursprünglich war mit diesem Wandel auch die Hoffnung verbunden, neue Bevölkerungsteile für zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu gewinnen. Der informelle Charakter, der häufige Nahraumbezug und die konkreten Anliegen würden, so die Annahme, auch Menschen mit geringerer finanzieller Ressourcenausstattung und formal niedrigerer Bildung eine Teilnahme erleichtern. Doch diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Genau wie die klassischen Formen der Partizipation, d.h. besagte Wahlbeteiligung oder Parteimitgliedschaften, sind auch die informelleren Formen stark davon geprägt, dass sich vor allem Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen, hoher Bildung und erfolgreichen Berufskarrieren ihrer Möglichkeiten bedienen (vgl. Schäfer 2015: 167ff.). Genauere Forschungen haben zudem gezeigt, dass bei den sogenannten neuen zivilgesellschaftlichen Formen der Beteiligung der Zusammenhang zwischen Partizipation und Bildung sowie Einkommen sogar stärker als bei den klassischen Formen ist, da ein höheres Maß an Flexibilität und Eigenständigkeit erforderlich ist, um dieses Engagement erfolgreich zu betreiben (vgl. Schäfer 2010; Bödecker 2012; Petersen et al. 2013).

In Bezug auf Ostdeutschland lässt sich festhalten, dass der Umfang des unkonventionellen politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements genau wie das Ausmaß der klassischen Beteiligungsformen

---

<sup>462</sup> Vgl. Schäfer 2015: 167 ff.

hinter Westdeutschland zurückbleibt. Diese Entwicklungen führen dazu, dass ein Teil der Bevölkerung Gefahr läuft, nicht mehr durch die Politik repräsentiert zu werden; daraus wiederum können eine verstärkte Entfremdung gegenüber dem politischen System und der Gesellschaft sowie der Verlust des Glaubens an die Demokratie und deren Werte resultieren. Die Folge dessen war auch auf dem Herrenberg zu erkennen: So schienen die GesprächsteilnehmerInnen zwar, wenn sie denn wählen gingen oder dies planten, innerhalb des Parteienspektrums zwischen der CDU und Die LINKE zu schwanken; im Laufe des Gesprächs wurde jedoch eine Affinität zur AfD erkennbar – diese Partei gilt als Möglichkeit, Unmut über die derzeitige Politik auszudrücken bzw. den etablierten Parteien mal „eins auszuwischen“. Nicht der inhaltliche Impuls verfiel, sondern das Gefühl, von den sogenannten etablierten Parteien, unabhängig von deren konkretem Bemühen, nicht repräsentiert zu werden. Zudem stellten die interviewten BewohnerInnen zwischen sich selbst, ihrer individuellen Situation samt den damit einhergehenden Bedürfnissen und der Politik keinerlei Verbindung her. Politik stellt für sie etwas Fernes und von ihnen Losgelöstes dar. Das Vertrauen in die Institutionen ist innerhalb des Stadtteils äußerst gering. So wird das „Versagen“ der Politik im Zusammenhang mit der kulturellen Ausstattung des eigenen Nahraums angeführt oder die Politik und ihre AkteurInnen werden im Zusammenhang mit der *Flüchtlingskrise* 2015 der Verlautbarung von Unwahrheiten bezichtigt. Die eigene Position und die darin liegenden Einflussmöglichkeiten werden als äußerst gering wahrgenommen. Wie in Abschnitt 5.5 erwähnt, haben Studien bereits gezeigt, welche Bedeutung die Wahrnehmung der eigenen Partizipationsmöglichkeiten im Zusammenhang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hat (Wandschneider 2013: 229f.). Dieser Zusammenhang scheint auch auf dem Herrenberg zu bestehen. Im Laufe des Forschungsprozesses zeigte sich, dass die InterviewpartnerInnen zwar auf die Problematik der erstarkenden rechten Szene vor Ort verwiesen. Gleichwohl ist die rechte Szene mitunter eine der wenigen, dafür umso deutlicher sichtbaren aktiven AkteurInnen, die ein Freizeitangebot präsentieren können, das z.T. von der BewohnerInnenschaft vor Ort bereitwillig angenommen wird. Als RepräsentantInnen und, mehr noch, Katalysatoren, die diesen „Geländegewinn“ herbeigeführt haben, konnten Personen aus der Erfurter Naziszene identifiziert werden, die auch Führungspositionen innerhalb des LV Thüringen und des KV Mittelthüringen der Partei Die Rechte innehaben. Des Weiteren verfügen die z.T. vorbestraften GewalttäterInnen über enge Verbindungen in die Erfurter Hooliganszene. Darüber hinaus weitet die Partei Die Rechte ihren Einflussbereich auf andere Stadtteile Erfurts aus und ist mittlerweile nicht mehr nur im Erfurter Süden aktiv. Im Jahr 2016 fand das „1. Familienfest für hilfebedürftige deutsche Familien“ auf dem Erfurter Herrenberg statt, dieses Jahr (2017) soll das „2. Familienfest für hilfebedürftige deutsche Familien“ im Erfurter Norden stattfinden und somit der Einflussbereich vergrößert werden. Neben dem „Geländegewinn“ etablieren sich die AkteurInnen über das Auftreten als „Kümmerer/innen“ (vgl. Buchstein und Heinrich 2010; Möller 2010), mit dem ideell vielfach durchdeklinierten Ziel, die Akzeptanz rechten Gedankenguts zu steigern – eine Strategie, die bislang üblicherweise vom organisierten Rechtsextremismus im ländlichen

Raum genutzt worden ist. Dabei wird, im ländlichen Raum und inzwischen auch auf dem urbanen Herrenberg, vor allem im vorpolitischen Raum angesetzt: Die AkteureInnen agieren als „rechte SozialarbeiterInnen“ und sichern sich mit einer auf die Bedürfnisse vor allem junger Menschen abgestimmten Angebotspalette weiteren Zulauf. Dies funktioniert nicht zuletzt so erfolgreich, weil die Ausstattung und das Angebot der wenigen sozialen Einrichtungen auf dem Herrenberg entweder nicht besonders attraktiv für Jugendliche oder aber schlichtweg nicht vorhanden sind. An dieser Stelle wird eine spezifische Entwicklung deutlich: die Neuorientierung der rechten Szene hin zu einem werbenden Handeln, das öffentliches Wohlwollen zu erzeugen versucht (Klärner 2006: 110). Dies ist besonders anschaulich auf dem Herrenberg zu erkennen, wo die Szene sich mittels Jugendarbeit, Freizeitangeboten und Familienfesten in den öffentlichen Raum vorarbeitet und im Zuge dessen ihren Einfluss nicht nur zu sichern, sondern sogar sukzessive auszubauen vermag. Hier zeigt sich die virulente Gefahr einer Strategie des Personengewinns in einem Umfeld, das nach identitätsstiftenden Momenten dürstet.

In einem weiteren historischen Kontext wird die Dominanz der rechten Szene innerhalb des Stadtteils Herrenberg noch deutlicher. Dominierten vormals VertreterInnen der SED-Nomenklatura und der *technischen Intelligenz* im jungen Vorzeige-Stadtteil und waren rechtsextreme Strukturen und rechtsextremes Denken mithin offiziell ausgeschlossen, zeigt sich im Rahmen der durchgeführten Fokusgruppengespräche, dass bei den Teilnehmenden kaum ein Problembewusstsein in Zusammenhang mit Rechtsextremismus sowie mit aktuellen diesbezüglichen Entwicklungen vorhanden gewesen ist. So waren sich die TeilnehmerInnen der Anwesenheit und des Wirkens der Szene innerhalb des Stadtteils zwar zumeist bewusst; ein hieraus abgeleitetes Problembewusstsein für das offene Agieren der extremen Rechten und die daraus resultierende intellektuelle wie konkrete Gefährdung des eigenen Stadtteils folgte hieraus indes nicht. Vielmehr war der Modus des Umgangs von Verharmlosung, Gleichgültigkeit oder Ignoranz geprägt, was nur von wenigen herausgefordert wurde. Dennoch folgt der Umgang mit der aktiven und sichtbaren rechten Szene einer im Vergleich zu anderen untersuchten Städten Erfurt-eigenen Logik: Weder findet hier eine Infantilisierung der TäterInnen oder der rechten Szene statt, wie bspw. in Heidenau oder Freital (Kapitel 5.2) zu beobachten war oder wie in Sighard Neckels 1999er Studie zu Eberswalde beschrieben worden ist; noch wird hier versucht, die Existenz einer rechten Szene innerhalb des Stadtteils zu leugnen, wie dies teilweise in sächsischen Gemeinden/Regionen der Fall ist (Schellenberg 2014: 22). Vielmehr ist dieses Verhalten mit einem Desinteresse am politischen Diskurs im Stadtteil, an der aktiven Teilnahme am politischen Leben innerhalb dessen und – dies ist besonders alarmierend – an einer desinteressierten Akzeptanz einer rechtsextremen Szene vor Ort zu erklären.

An die Studie von Strobl et al. aus dem Jahr 2003 über das Thüringische Saalfeld anschließend, lässt sich hier beobachten, dass auch bei den BewohnerInnen des Herrenbergs eine Bewahrung der „DDR-Mentalität“ – auch und gerade im Sinne einer der Dimitroff-These folgenden „reinen“, von faschistischen und neonazistischen Einflüssen freien Erzählung von der DDR – praktiziert wird, die von

der Historikerin Annette Leo als Trauer „um eine Art verlorenes *Paradies*“ (Leo 2009: 42)<sup>463</sup> bezeichnet worden ist. Ergänzend zu Strobl et al. zeigt sich überdies ein Fortdauern dieses Denkens auch in der lokalen Politik innerhalb des Stadtteils, bis hin zur Leugnung jeglicher faschistischen Umtriebe zu DDR-Zeiten seitens politischer AkteurInnen. Eine weitere, bereits angesprochene Parallele zu den Beobachtungen von Strobl et al. lässt sich auch im Zusammenhang mit einem fundamentalen Misstrauen der BürgerInnen gegenüber Politik und Gesellschaft ziehen. So haben vor allem die FokusgruppenteilnehmerInnen auf dem Herrenberg (aber auch in Freital und Heidenau) deutlich gemacht, dass sie der Politik und vorwiegend den PolitikerInnen misstrauen und sich selbst, ihre Rolle sowie ihren Einfluss innerhalb des demokratischen Systems als äußerst gering, wenn nicht gar unbedeutend wahrnehmen. Auf dem Herrenberg war eine mit starkem *Desinteresse* einhergehende Entfremdung von der Politik festzustellen, während in Freital und Heidenau das Misstrauen gegenüber der Politik viel stärker in einem Gefühl der *Wut* gipfelte, die sich politisch in einer Hinwendung zu (eher) rechten Parteien – wie der AfD – ausdrückte. Und während im Dresdner Umland das Misstrauen zumindest in Teilen politisch kanalisiert werden kann – gleichwohl auch einhergehend mit gravierender Gewalt bis hin zu rechtem Terror –, findet sich auf dem Herrenberg eine Leerstelle im Bereich des politischen Interesses und des Zugehörigkeitsgefühls, gekoppelt mit einem Misstrauen und einer Ablehnung der Politik insgesamt, die wie in Freital und Heidenau zu rechtem Denken und Rechtsextremismus führen kann, die aber aufgrund der absoluten Politikferne viel schwerer zu erreichen ist und gerade im schwachen vorpolitischen, zivilgesellschaftlichen Feld kaum bearbeitet werden kann, weil Ressourcen und Interesse fehlen. Ergänzend konnte auf dem Herrenberg als weitere Erschwernis ein fehlender Zusammenhalt der ViertelbewohnerInnen beobachtet werden. Es lässt sich also festhalten, dass es auf dem Herrenberg offenbar nicht nur an einer Grundbereitschaft zur politischen Auseinandersetzung, vor allem mit dem Rechtsextremismus vor Ort, fehlt, sondern überdies an einer kollektiven Ansprechpartnerin in Form einer sich so verstehenden ViertelbewohnerInnenschaft.

Auch aufgrund dieser Atomisierung der Individuen im Viertel war und ist den wenigen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen vor Ort kaum möglich, Fuß zu fassen und sich als GegenspielerInnen zu den identitätsstiftenden AkteurInnen aus der rechten Szene zu positionieren. Dies mag nicht zuletzt auch Folge des fehlenden Zusammenhalts der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen selbst sein. So positioniert sich zwar die lokale Politik vehement gegen rechts, ebenso die Polizei. Dennoch scheint den AkteurInnen vor Ort kaum möglich, eine *gemeinsame* starke Position gegen rechts einzunehmen. So konstatierten die einzelnen politischen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen unter den von uns Befragten denn auch, dass sie sich von der Stadt- und Landespolitik im Stich gelassen und

---

<sup>463</sup> „Der Antifaschismus, den sie beschworen, hatte ihnen und ihren Eltern viele Jahre lang die Verantwortung abgenommen, sich mit den alltäglichen Verstrickungen in die NS-Verbrechen im Heimatort, im Betrieb, in der Familie auseinanderzusetzen. Sie wollten weiterhin an der Gewissheit festhalten, auf der richtigen Seite gestanden und in einem Staat gelebt zu haben, der mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nichts zu tun hatte.“ (Leo 2009: 42).

nicht ernst genommen fühlen. Aus diesem Gefüge entspringt eine fragile Zivilgesellschaft, welche die Entwicklung eines politischen Vakuums und eines sozialmoralischen Hiatus begünstigen kann, wodurch ein freier politischer Raum entsteht, dem es an einer produktiven Kommunikation mangelt und der den Eindruck vermittelt, dass hier die Politik an Gestaltungs- und Reglementierungskraft einbüßt. Dieses Agieren der Politik außerhalb des Stadtviertels sendet mithin eine fatale Doppelbotschaft: Den zivilgesellschaftlichen AkteurInnen nimmt es den Mut zum Engagement, während der Rückzug der Politik und die Machtlosigkeit der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen der rechten Szene signalisieren, vor Ort relativ frei agieren zu können. Der Aufbau eines zivilgesellschaftlichen Netzwerkes (vgl. Putnam 2000) ist somit kaum möglich und eine Entwicklung einer einheitlichen Front gegen rechts in Anbetracht dessen schier unmöglich. Dies ist insofern frappierend, als anders als in Freital (wo AkteurInnen, die sich gegen die rechte Szene stellen, weitestgehend ohne politische Unterstützung agieren) oder Heidenau (wo zwar der Bürgermeister und verschiedene Einzelpersonen sich der rechten Szene mindestens verbal entgegenstellen) Lokalpolitik, Polizei und gesellschaftliche AkteurInnen auf dem Herrenberg und in der Gesamtstadt Erfurt sich der Gefahr der rechtsextremen AkteurInnen vor Ort bewusst sind und diese keineswegs verharmlosen. Dennoch ist den politischen oder zivilgesellschaftlichen AkteurInnen auf dem Herrenberg nur schwer möglich, der rechtsextremen AkteurInnen habhaft zu werden, da diese primär auf vorpolitischer Ebene Einfluss nehmen und darüber bereits eine mehr oder weniger enge Bindung zu den BewohnerInnen innerhalb des Stadtteils aufgebaut haben. Somit zeigt sich der Rechtsextremismus auf dem Herrenberg ebenso entpolitisiert wie in Saalfeld bei Strobl et al., jedoch, im Unterschied zur thüringischen Kreisstadt Saalfeld, als von sich ausgehend, nachgerade aus dem Inneren erwachsen und nicht durch Fremdzuschreibung sichtbar gemacht.

Ein besonderes Augenmerk der Studie lag auf einem sozialraumanalytischen Zugang, der sich zum einen als tragfähig in der Beschreibung der Situation vor Ort erwiesen hat, zum anderen in Spiegelung mit den erhobenen Daten eine Ergänzung zum bestehenden Forschungsstand darstellt, was am Beispiel der Analyseebenen von Quent/Schulz – Kontextfaktoren, Angebotsstrukturen des organisierten Rechtsextremismus und rechtsextreme Geländegewinne – einordnend gezeigt werden kann. Die Kontextfaktoren lassen sich demnach in drei Ebenen differenzieren:

Auf der *Makroebene* muss aus Sicht der AkteurInnen die Bewertung solcher ökonomischer und politischer Kontextbedingungen analysiert werden, die zu Desintegrationserfahrungen führen können. Dazu zählen die allgemeine wirtschaftliche Lage, die Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, der AusländerInnen- und MigrantInnenanteil, die Freizeit- und Kulturangebote, die Siedlungsstruktur und – sehr allgemein – die politische Kultur insgesamt. Im Falle des Herrenbergs muss von einer schwierigen, von den BewohnerInnen als negativ eingeschätzten wirtschaftlichen Lage ausgegangen werden; auch die Mehrheit der befragten BewohnerInnen gehörte der Gruppe der *NiedriglohnverdienerInnen* an. Die Bevölkerungsentwicklung verlief besonders nach der Wende äußerst negativ und erlebt erst jetzt einen langsamen Umschwung. Der AusländerInnen- und

MigrantInnenanteil ist auf dem Herrenberg, ähnlich wie in Erfurt und dem Land Thüringen insgesamt, sehr niedrig. Freizeit- und Kulturangebote sind, wie beschrieben, ausgedünnt und werden von den EinwohnerInnen nicht nur als mangelhaft, sondern nachgerade als größtes Manko des Stadtteils wahrgenommen.

Auf der *Mesoebene* werden sozialmoralische Milieus und deren Perspektiven auf „gegnerische“ Weltvorstellungen untersucht, auch die *politische Kultur* wird hier – als das verbindende Element zwischen der politischen Struktur und den Individuen – angesiedelt (vgl. Westle 2009: 18). Gerade in Bezug auf die politische Kultur des Herrenbergs muss die drastische Diagnose gelten: Ein verbindendes Element gibt es nicht. So nahm die Bevölkerung selbst die wenigen Anlaufpunkte der Lokalpolitik kaum wahr und warf der Politik – gleich, ob wie der Stadtteilbürgermeister um das Viertel bemüht oder nicht – grundsätzlich vor, sich nur im Zusammenhang mit Wahlen für den Stadtteil zu interessieren, die BewohnerInnen nicht zu repräsentieren und an ihnen vorbeizuregieren. Erfolgreicher sind die AkteurInnen mit einer politischen Agenda aus dem rechten Spektrum, die vornehmlich auf einer vorpolitischen Ebene agierend ihre politischen Einstellungen vermitteln. Inwiefern hier eine politische durch eine vorpolitische Kultur ersetzt wird oder aber sich das Verständnis des Politischen, herübergerettet aus der *Fürsorgediktatur* DDR (Jarausch 1998), erst im lokalen Kümmern zeigen kann, bedürfte noch viel mehr und weitergehender historisch vergleichender Forschung, verweist aber als Fragestellung auf eine ostdeutsche Eigenlogik, die oftmals erklärungs mächtiger ist als eher ökonomisch orientierte Forschungsansätze. Festhalten lässt sich mit Blick auf den Forschungsstand aber zumindest, dass zivilgesellschaftliche Selbstorganisation, die Grundlage jedes *Bottom-up*-Modells partizipativer Demokratie, in den Ordnungsvorstellungen eines gewissen Teils der ostdeutschen Bevölkerung gar nicht vorkommt; stattdessen dominiert ein etatistisches *Top-down*-Verständnis von Beteiligung im Sinne einer Akklamation der von einer starken zentralstaatlichen Autorität vorgegebenen *policies*. Die Vorstellung von einem sich „kümmern den“ Staat ist auch auf dem Herrenberg tief verankert: Wird diese Vorstellung enttäuscht, so reagieren die BürgerInnen mit Frustration und politischer Enthaltbarkeit (vgl. hierzu insgesamt Zick/Krause/Küpper 2015). Hinzu kommt eine schon seit den 1970er Jahren wirkende Entfremdung von Staat und Politik. Schon damals erkannte die Sozialhistorikerin Mary Fulbrook einen Bruch zwischen der *Fürsorgediktatur* und partizipierenden BürgerInnen (Fulbrook 2008: 252–306), der sich in der Niedergangsphase der 1980er Jahre beschleunigte und selbst jene desillusionierte, die der DDR wohlgesonnen waren (vgl. Malycha 2016).

Diese Rückbindung an die DDR-Sozialisation, die ja 1989 nicht aufhörte, sondern, durch allerlei Zu- und Umschreibung überwölbt, eine eigenlogische, lange Dauer entwickelt hat, zeigt sich auch in der Wahrnehmung des Zusammenlebens im Viertel, das in seiner Anonymität das maximale Gegenmodell

zum (teils nur vermuteten) einstigen Ideal des DDR-Vorzeigevierts darstellt.<sup>464</sup> So aber kann die Transformation des Stadtteils samt seiner BewohnerInnen im Zuge der Wende nur als äußerst negativ wahrgenommen werden – selbst die Abrisse einiger Wohnblocks mit dem Ziel einer optischen Aufwertung des Viertels bekommen so einen negativen Anstrich; nicht zuletzt deshalb, weil der mit der Wende begonnene Abriss, Um- und Abbau innerhalb des ehemaligen Vorzeige-Stadtteils vor allem die Angebote für Freizeit und Begegnung innerhalb des Stadtteils minimiert hat. Ebenso zogen viele BewohnerInnen aus dem Viertel fort, vornehmlich VertreterInnen oder Angehörige der SED-Nomenklatura und aufwärts strebenden technischen Intelligenz, die in den 1990er Jahren die Altbauwohnungen und Eigenheime in anderen Teilen der Stadt für sich entdeckten und dabei nicht selten jene zurückließen – so zumindest das vielfach beschriebene Gefühl der Vor-Ort-Verbliebenen –, die sich einen Wegzug in die nun andernorts aufstrebenden Quartiere nicht leisten konnten oder nicht umziehen wollten, weil sie sich eingerichtet hatten in *ihrem* Viertel, das bald aber nicht mehr das *ihre* war. Die lange Zeit niedrig gebliebenen Mieten zogen zudem jene an, die sich andere Wohnungen nicht mehr leisten konnten. Nicht nur, aber besonders stark infolge dieses Austauschs der BewohnerInnenschaft verlor der Stadtteil sein zu DDR-Zeiten entstandenes hohes Ansehen und wurde stattdessen, als Wohnort entwertet,<sup>465</sup> zum Auffangbecken für die *Entbehrlichen* (Klatt/Walter 2011). Damit einhergingen Arbeitslosigkeit, finanzielle Probleme und eine soziale Schieflage innerhalb des Stadtteils. Die Versprechungen der Wiedervereinigung, die vor allem mit Freiheit und Sicherheit (Borstel 2012: 257) assoziiert wurden, traten zumindest für die Mehrheit der BewohnerInnen des Herrenbergs in ihrer individuellen Wahrnehmung nicht ein. Vielmehr fand sowohl eine politische als auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Desintegration statt, die bis heute nachwirkt und der das Gefühl von politischer Machtlosigkeit innewohnt (ebd.: 35). Ebendieses wurde immer wieder innerhalb der vorliegenden Studie artikuliert und von den unterschiedlichsten GesprächspartnerInnen bekundet. Die These, dass die verkürzte demokratische Erfahrung in Ostdeutschland ein *Potpourri* aus falschen bzw. zu hoch gesteckten Erwartungen und aus bewusst-unbewussten (ökonomischen, sozialen, kulturellen) Verlusten auf das demokratische Projekt übertrage, wodurch diese Erfahrung letztlich in Frustration und Misstrauen umschlagen könnte, kann somit vorerst als bestätigt gelten. So verbinden die BewohnerInnen des Herrenbergs die Jahre nach dem großen demokratischen Aufbruch zuvorderst mit sozialer Unsicherheit, gesellschaftlichem Abstieg und einer Abwertung ihres bisherigen Lebens, ihrer Lebensleistung.

---

<sup>464</sup> Erst durch die „Erinnerungserzählungen“, so Adelheid von Saldern, hätten sich die ehemaligen BewohnerInnen von Plattenbauten „ihr eigenes Bild vom DDR-Wohnalltag“ erschaffen; ergänzt um mediale Narrative habe sich das Bild des Lebens in der „Platte“ „zu einem nicht mehr in seine Herkunftsbereiche zu trennenden Gemisch“ verwoben (zit. nach von Saldern 2009: 309).

<sup>465</sup> Nach der Wende mutierte der Plattenbau dann endgültig zum Negativsymbol par excellence: „[...] Die Platte avancierte zum ‚Sinnbild für kalt konstruierte Menschenställe‘, darin gewohnt zu haben, empfanden viele noch nachträglich als Stigma.“ (von Saldern 2009: 308).

Innerhalb des Stadtteils ist im Zuge dessen eine fokussierte Anomie (Heitmeyer 2011; Durkheim 2006) zu beobachten, deren Auswirkungen besonders stark im Zusammenhang mit dem dortigen Erstarken der rechten Szene zu erkennen sind. Die soziale Kohäsion innerhalb des Stadtteils wurde im Zuge der Nachwendezeit zerstört, diese Entwicklung – in Verbindung mit der veränderten Zusammensetzung der BewohnerInnenschaft – hat die soziale Desintegration des Stadtteils insgesamt sowie der BewohnerInnen katalysiert. Aufgrund eines fehlenden Konzeptes für den Stadtteil, das dieser entwickelnden Problematik entgegentritt, verstärkte sich dieser Effekt. Das Sozialkapital innerhalb des Stadtteils wurde minimiert und der Anteil jener, die als die *Entbehrlichen* wahrgenommen werden, derjenigen, die arbeitssuchend und/oder auf Sozialleistungen angewiesen sind, über ein niedriges Bildungsniveau verfügen und tagtäglich mit einer individuellen Perspektivlosigkeit konfrontiert sind, wuchs kontinuierlich, während die abfedernden OrganisatorInnen, die *ViertelgestalterInnen* (Hoeft et al. 2014), entweder fehlen oder sich, von staatlicher Seite oder weiteren zivilgesellschaftlichen AkteurInnen kaum unterstützt, zurückgezogen haben. Die Anfälligkeit für rechtsextremistische Konzepte, die mit diesem Mangel an Ressourcen zur (positiven) Identitätsbildung einhergeht (Heitmeyer et al. 1992: 32), ist somit auf dem Herrenberg deutlich spür- und auch erklärbar. Hinzu kommt, so beschreiben es zivilgesellschaftliche AkteurInnen vor Ort, dass die Atmosphäre auf dem Herrenberg durch gravierende negative Entwicklungen geprägt sei: Von einem hohen Gewaltpotenzial und einer starken und generellen Verbitterung der BewohnerInnen ist ebenso die Rede wie von teilweise zu beobachtenden verwaahlten Kindern.

Auf der *Mikroebene*, auf der individuelle Dispositionen und Orientierungen registriert werden (vgl. Frindte/Geschke 2016: 156ff.), zeigt sich ein politisch tief gespaltener Stadtteil. An der parteipolitischen Oberfläche ist der Herrenberg vornehmlich von der massiven Stärke der LINKEN geprägt, während sich die Bevölkerung des Viertels im vorpolitischen Feld zunehmend den AkteurInnen des rechten Spektrums zuwendet,<sup>466</sup> weil diese nicht zuletzt das Freizeitangebot sowie die „soziale Versorgung“ vor Ort bereitstellen.

Die zweite Analyseebene, die der *Angebotsstrukturen des Rechtsextremismus*, fokussiert zunächst formell organisierten Rechtsextremismus (der neben Parteien wie der NPD auch vereinsförmige Bürgerinitiativen umfasst), informell organisierten Rechtsextremismus (dem stärker bewegungsförmige Strukturen zuzuordnen sind) sowie die rechtsextreme Jugend- und Subkultur.<sup>467</sup> Eng zusammenhängend

<sup>466</sup> Dass die politische Disposition auf der Linken keinen Gegensatz zu rechtem Denken darstellen muss, dass die Arbeiterklasse im Feld des Sozialen links und im Feld des Kulturellen gleichzeitig rechts ticken kann: Diesen Hinweis lieferte nicht zuletzt, aber eben in und durch die jüngste Rezeption besonders prominent Eribon (2016).

<sup>467</sup> Darüber hinaus unterscheidet Heitmeyer (2002: 506; daran anknüpfend Lazar 2015) vier Arten rechtsextremer Angebotsstrukturen: 1. Diskursangebote, die von den intellektuellen Eliten einer Region verbreitet werden und so zu einer Normalisierung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und zu einer Akzeptanz von Gewalt beitragen. 2. Zugehörigkeitsangebote speisen sich aus Orientierung stiftenden politischen und kulturellen Angeboten wie Musik und Kleidung. 3. Wahlangebote. 4. Aktionsangebote wie

mit rechtsextremen Angebotsstrukturen kann man an Heitmeyer (1999: 72) anknüpfend die dritte Quent'sche Analyseebene, *rechtsextreme Geländegewinne*, in vier Stufen differenzieren:

1. Provokationsgewinne, welche die erfolgreiche Etablierung von Rechtsextremen als ernstzunehmenden AkteurInnen durch vereinzelte Aktionen bezeichnen.
2. Räumungsgewinne: Den Rechtsextremen gelingt die dauerhafte Verdrängung zivilgesellschaftlicher Gegen-AkteurInnen aus dem öffentlichen Raum.
3. Auf der folgenden Stufe der Raumgewinne nutzen rechtsextreme AkteurInnen die Möglichkeit, ihre Macht öffentlich zu demonstrieren und auf diese Weise bestimmte Terrains dauerhaft als *Angstzonen* zu markieren (vgl. Bundschuh 2004).
4. Normalitätsgewinne, „von denen gesprochen wird, wenn es dem organisierten Rechtsextremismus gelingt, sich als akzeptierten politischen Akteur zu etablieren. Ist er normalisiert, wird er nicht mehr kritisch thematisiert und etwaige Verdrängungskämpfe gegen Feindgruppen, bspw. vermeintlich migrantische oder ausländische Menschen, werden stillschweigend akzeptiert.“ (Quent 2015a: 28)

Folgt man dem Vorgehen von Matthias Quent, Rechtsextremismus in lokalen Kontexten zu analysieren (ebd.: 22f.), so wird im Falle des Herrenbergs nicht nur das heuristische Potenzial der lokalen Zusammenhänge deutlich; vielmehr zeigt sich, dass in Verkopplung mit historischer Tiefenanalyse und einem breiten methodischen Vorgehen, wie es in der vorliegenden Studie angewendet wird, spezifisch lokale Bedingungen für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Gewalt überhaupt erst entschlüsselt werden können. Nachdem bereits gezeigt worden ist, inwieweit erklärende Kontextfaktoren die Etablierung einer rechten Szene auf dem Herrenberg begünstigt haben, so wird anhand der Angebotsstrukturen und Geländegewinne der extremen Rechten deutlich, dass sich rechtsextremes und fremdenfeindliches Denken und Handeln auf dem Herrenberg in einer Tiefe eingeschrieben und in einer Breite normalisiert hat, dass es im Vergleich zu Freital und Heidenau eigenen Logiken folgt und nicht mehr nur auf der diskursiven, demokratiestärkenden Ebene zu bekämpfen ist, sondern lokal, vor Ort, mit hohem Personal- und Sachaufwand aus dem Viertel herausgedrängt werden muss, was ob der Normalisierung bei gleichzeitigem bürgerschaftlichen Desinteresse eine schwere Aufgabe sein dürfte. Denn nicht zuletzt haben die spezifischen Kontextbedingungen und Angebotsstrukturen massive rechtsextreme Geländegewinne erst ermöglicht. Spätestens seit der Etablierung der „Kammwegklausen“ auf dem Herrenberg als Veranstaltungsort für Rechtsrockkonzerte sowie Liederabende mit rechts zu verortender Musik und dem dazugehörigen Publikum konnte der rechten Szene auf dem Herrenberg zunächst ein *Provokationsgewinn* attestiert werden. Als bezeichnend für den weiteren Erfolg der AkteurInnen aus dem rechten Spektrum kann die

---

Demonstrationen oder Besuche von Fußballspielen. All dies wird auf dem Herrenberg sowohl auf formeller als auch auf informeller Ebene geboten. So reicht hier die Organisation der Szene von der Parteipolitik bis hin zur vorpolitischen Ebene.

vormalige Besetzung des Stadtteilzentrums durch rechtsextreme oder rechtsradikale AkteurInnen gesehen werden. Wurde das Stadtteilzentrum „Die Urne“ daraufhin geschlossen, stieß die Wiedereröffnung des Stadtteilzentrums unter neuer (politisch neutraler) Trägerschaft auf weniger positive Resonanz als erhofft – so scheint nicht zuletzt das Konzept des neuen Trägers, welches auf Eigeninitiative und Selbstverantwortlichkeit seitens der BewohnerInnen setzt, wenig bei ebendiesen anzukommen, was – vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen – indes wenig verwundert. Verstärkt wird die nur schleppende Annahme des Stadtteilzentrums durch die Konkurrenz eines stark rechtslastigen Freizeitangebots, das den BewohnerInnen ein viel breiteres Spektrum an Aktivitäten *anbietet*. Dies – in Verbindung mit Gewalt und Vandalismus gegenüber zivilgesellschaftlichen AkteurInnen abseits des rechten Spektrums – erschwert nicht-rechten AkteurInnen, innerhalb des Stadtteils wieder Fuß zu fassen. Finanzielle Engpässe lassen wiederum die für die Auseinandersetzung mit den rechten Strukturen notwendigen vielfältigen wie langfristigen Projekte kaum realisierbar werden. Auch die Rolle und Positionierung der Kirche als zivilgesellschaftliche Akteurin, die dem eigenen Selbstverständnis nach allen BewohnerInnen des Herrenbergs zugewandt sein sollte, gestaltet sich schwierig. So versucht sich die Kirche möglichst neutral zu positionieren, womit allerdings auch eine Duldung menschenfeindlichen Gedankenguts einhergehen kann – weshalb die Kirche als in Ostdeutschland ohnehin schwache, aber im Kampf gegen rechts eben zentrale wie notwendige zivilgesellschaftliche Institution (Kapitel 3.2) ausfällt.<sup>468</sup>

Umgekehrt offenbart dieses einer Entpolitisierungsstrategie nahekommende, von Ohnmacht gekennzeichnete Neutralitätsgebot, ebenso wie die beschriebene Schwierigkeit für andere AkteurInnen, auf dem Herrenberg wieder oder überhaupt noch Fuß zu fassen, wie weit die Dominanz der rechten Szene auf dem Herrenberg gediehen ist, wie massiv die Geländegewinne inzwischen sind. Die AkteurInnen der rechten Szene, die aufgrund ihrer Stellung und Möglichkeiten das soziale und kulturelle Angebot auf dem Herrenberg dominieren, besetzen diesen freigegebenen und von ihnen langfristig erkämpften Raum. Da dieser Zustand schon seit längerer Zeit andauert, werden die rechten Räume innerhalb des Viertels seitens der BewohnerInnen längst hingenommen. Sie scheinen in den Gesprächen kaum von der „Kammwegklause“ oder „Volksgemeinschaft“ irritiert zu sein oder diese Einrichtungen als Problem wahrzunehmen. Ein aktiveres Vorgehen gegen diese Strukturen schien keine(n) BewohnerIn zu interessieren – und so *wirken* die rechten AkteurInnen nicht nur als Teil der Normalität auf dem Herrenberg, sie sind es längst geworden (Quent 2015a: 21ff.).

---

<sup>468</sup> Dabei sind die kirchenoffiziellen Verlautbarungen gegen rechten Populismus und Rechtsextremismus recht eindeutig; demnach müsse, so der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm, „eine rote Linie gezogen werden“, wo „Antisemitismus und Rassismus“ im Wort geführt werden, weil solche Positionen „unvereinbar mit dem christlichen Glauben“ seien. Ähnlich Kardinal Reinhard Marx, dem zufolge es Grenzen gebe, „wo wir als Christen sagen müssen: Da gibt es eine rote Linie. [...] Wo grob vereinfacht wird, wo Parolen zur Feindschaft beitragen – da kann ein Christ eigentlich nicht dabei sein.“ (Zit. nach Lühmann 2017b: 88) Einen Überblick über die kirchliche Herausforderung gegenüber dem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus liefern Orth/Resing (2017).

An dieser Stelle wird deutlich, was Quent unter Normalisierungseffekten versteht: Durch diese Ansiedlung rechtsextremer Einrichtungen auf dem Herrenberg lässt sich inzwischen von einer „Erlebniswelt“ (Glas/Pfeiffer 2013) sprechen, welche die rechte Szene den BewohnerInnen und den eigenen AnhängerInnen bietet. Damit füllt sie die entstandene Leerstelle des vorpolitischen Freizeitangebots innerhalb des Stadtviertels und stellt dabei besonders für Jugendliche einen Anziehungspunkt und eine Anlaufstelle dar. Dass innerhalb dieser Strukturen dann ein erhöhtes Potenzial für die Manifestation rechtsextremer Einstellungs- und Orientierungsmuster besteht, ist unumstritten und wird von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen bestätigt. Innerhalb der rechten Freizeiteinrichtung auf dem Herrenberg fänden nicht nur alltägliche Hilfe und Begegnung statt, sondern auch Bildungsarbeit, die deutlich rechtsradikale, nationalsozialistische und fremdenfeindliche Inhalte vermittele – mit der Folge, dass die rechtsextreme Bewegung Nachwuchs akquiriert, der wiederum die Strukturen stärkt, in denen jene extrem rechten Einstellungen und Orientierungen tradiert werden, die als Basis rechtsextremen Verhaltens dienen (Quent 2015a: 21).

Dieses Verhalten kippt nicht selten in Gewalt um. Blickt man jedenfalls auf den Herrenberg, zeigt sich eine innerhalb des Sozialraums gestiegene Gewaltbereitschaft – so berichten lokale zivilgesellschaftliche AkteurInnen, dass Angriffe und Vandalismus aus der rechten Szene zugenommen hätten. Ebenso wurde das Vorgehen der AkteurInnen der rechten Szene als aggressiver wahrgenommen, was sich u.a. in einem Vorfall im Herbst 2016 zeigte, bei dem TeilnehmerInnen eines Projektes des Stadtteilzentrums von Personen, die der rechtsgerichteten „Volksgemeinschaft e.V.“ zugeordnet wurden, aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit sowohl verbal als auch körperlich angegriffen wurden. Die hier zugrundeliegende Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird als Reaktion auf ein Scheitern sozialer Integration gedeutet, die sich auf drei Ebenen vollzieht: auf der sozialstrukturellen Ebene (Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt usw.), der institutionellen Ebene (politische Repräsentation, faire Behandlung durch Verwaltung und Justiz) und der personalen Ebene (emotionale und soziale Beziehungen) (vgl. Heitmeyer/Grau 2013: 21f.; grundlegend: Anhut/Heitmeyer 2000). All dies lässt sich auf dem Herrenberg konzentriert beobachten. So konstatieren Heitmeyer/Grau (2013: 24), dass auch das Wohnumfeld bzw. das Gefühl räumlicher Benachteiligung einen Einfluss auf die GMF haben kann – allerdings nur, wenn sie „in Kombination mit wahrgenommenen Anerkennungsdefiziten in mindestens einer der anderen Integrationsdimensionen auftritt“. So sind hierbei Fragen nach Konflikten innerhalb des Wohnumfelds, dem sozialen Zusammenhalt vor Ort, der Reaktion auf gesellschaftliche Transformationsprozesse, dem Aggressionspotenzial innerhalb des Stadtteils ebenso von Bedeutung wie die Wahrnehmung der finanziellen Lage der BewohnerInnen, die berufliche Situation der Jugendlichen und die Positionierung der politischen AkteurInnen im Zusammenhang mit dem Stadtviertel. Jeder einzelne dieser Punkte kann in Bezug auf den Herrenberg als höchst problematisch und angespannt betrachtet werden. Der vermeintlich vor 1989 noch existente soziale Zusammenhalt ist zerbrochen, die beruflichen Chancen fallen in Anbetracht eines eher niedrigen

Bildungsniveaus gering aus, die Segnungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation sind zu weit weg vom Quartier, die finanziellen Spielräume der BewohnerInnenschaft eng, die Perspektiven für Jugendliche vor Ort gering, kurzum: Der eigene Status wird als abgehängt und prekär wahrgenommen – ein idealer Nährboden für Rechtspopulismus und Demokratiekritik aufgrund des (real existierenden) Gefühls fraternaler Deprivation (Möller 2010). Diese Ausgangslage trifft nun auf eine entpolitisierte Öffentlichkeit: Der Aktionismus und Geschichtsrevisionismus einer hochgradig organisierten, viele Geländegewinne erreichenden, rechtsextremen Szene stößt auf eine ausgeblutete Zivilgesellschaft in einem von Atomisierung und Prekarisierung betroffenen Viertel; (historisch gewachsene) rechte Dispositionen stoßen auf eine rechte „Erlebniswelt“, die das politische Vakuum mit vorpolitischer Identitätspolitik auffüllt und die Kanalisierung des Zurücksetzungsgefühls jenseits dieses Alternativangebotes in rechtsextreme und fremdenfeindliche Denkmuster befördert – bis hin zur Anwendung von Gewalt als „normalem“ *modus operandi* wider die *äußeren, volksfremden Feinde*.

Die rechte Szene bietet auf dem Herrenberg somit zweierlei: auf der einen Seite einen Anhaltspunkt zur Schaffung, Bewusstwerdung und Stärkung einer eigenen Identität und Erfahrung einer stabilen sozialen Gruppenzugehörigkeit und – auf der anderen Seite – ein Freizeitangebot als Ausweg aus der Perspektivlosigkeit. Gleichzeitig geraten staatliches bzw. kommunales Handeln, politische Intervention, zivilgesellschaftliche Ermächtigung immer mehr ins Hintertreffen; nicht zuletzt, weil die rechtsextreme Szene auf dem Herrenberg schon längst – die konkreten Warnungen des Thüringer Verfassungsschutzes mögen dafür ein Beleg jenseits dieser Studie sein – die Phase der Normalitätsgewinne, „von denen gesprochen wird, wenn es dem organisierten Rechtsextremismus gelingt, sich als akzeptierten politischen Akteur zu etablieren“, erreicht hat und weil die Anwesenheit vor Gewalt nicht zurückschreckender Rechter im Viertel „nicht mehr kritisch thematisiert“ wird, sondern – die Übergriffe vor der „Volksgemeinschaft“ dienen als beredtes Beispiel – „etwaige Verdrängungskämpfe gegen Feindgruppen, bspw. vermeintlich migrantische oder ausländische Menschen, [...] stillschweigend akzeptiert [werden]“ (Quent 2015a: 28). Noch wäre Alarmismus verfrüht; aber das Wissen um die abgeschlossenen Politisierungs- und Rückzugsorte von NSU und Freitaler Bürgerwehr, die erschreckenden Bilder und Botschaften sogenannter national-befreiter Zonen und sogenannter No-Go-Areas haben immer auch, neben einem spezifisch ostdeutschen Hintergrund (dessen Erklärungsgehalt allerdings je nach Prägekraft jüngerer politischer Maßnahmen höher oder niedriger ausfallen kann), einen spezifisch lokalen Hintergrund. Diesen in seinen Zusammenhängen und in aller Deutlichkeit darzustellen, war Ziel dieses Kapitels.

## 8. Fazit

Im Folgenden wird reflektiert, welche Kontextfaktoren, die eine Ausbildung rechtsextremer Einstellungsmuster begünstigen, sowohl in Sachsen als auch in Thüringen registriert werden konnten. Im Anschluss werden zudem beobachtete Differenzen beschrieben, die auf regionale Spezifika hindeuten.

Unter Punkt 3.1 wurde rechtsextremes Denken als ein auf der Abwertung von – insbesondere ethnischen und sexuellen – Minderheiten und der Glorifizierung autoritärer Ordnungen basierendes „rigides Denken“ beschrieben, das von einem überhöhten Bedürfnis nach Harmonie, „Reinheit“, Ordnung geleitet ist. Ein solch rigides Denken offenbart sich in Ostdeutschland besonders deutlich im Zusammenhang mit der Erinnerungskultur, sowohl in Bezug auf den Nationalismus in der DDR als auch mit Blick auf den Rechtsextremismus der Vor- und Nach-Wende-Zeit. Wenn auf dem Herrenberg ein Lokalpolitiker behauptet, zu DDR-Zeiten habe es keine faschistischen Umtriebe gegeben; wenn sich in Freital niemand an die pogromartigen Angriffe auf das lokale GastarbeiterInnenwohnheim des Jahres 1991 erinnern kann oder will; wenn wir in unseren Fokusgruppen eine starke Neigung beobachtet haben, die Migrationspolitik der DDR zu verklären und politische Enttäuschungen allein in die Jahre nach 1989 zu verlagern; wenn wir im Raum Dresden eine Erinnerungskultur vorfinden, die den eigenen Opferstatus mythologisch überhöht und die langfristigen braunen Spuren der Stadtgeschichte kaum memoriert, so ist all dies mutmaßlich Ausdruck einer selektiven Auseinandersetzung mit der Historie. Auch Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit, etwa in Bezug auf die Hoffnungen, die mit der Deutschen Einheit verbunden waren, werden vielfach allein auf die wahrgenommenen Enttäuschungen reduziert, nicht aber mit womöglich überzogenen Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der wiedervereinten Bundesrepublik kontrastiert; die anfängliche, mentale wie elektorale Zustimmung zur Leistungsorientierung wird mit einer sozialen Realität in der DDR konfrontiert. Wir haben dies als ein Symptom rigiden Denkens interpretiert, das nicht zuletzt darauf abzielt, dissonante Ereignisse und Erklärungen auszublenden. Das vor allem in Sachsen spürbare Bedürfnis nach einer kollektiven Identifikation mit einer möglichst positiven, moralisch „sauberen“ regionalen Identität kann diese Ausblendungsreflexe verstärken. Deshalb werden Gruppen, die – wie am Jahrestag der Ausschreitungen von Heidenau – auf Probleme mit Rechtsextremismus aufmerksam machen wollen, z.T. selbst von KommunalpolitikerInnen der linken Oppositionsparteien als „NestbeschmutzerInnen“ abgetan. In diesem Punkt haben wir jedoch große Unterschiede nicht nur zwischen dem urbanen Erfurt und dem mittel- bzw. kleinstädtischen politischen Milieu Freitals und Heidenaus, sondern auch zwischen der Politik des Erfurter Stadtrates und der Kommunalpolitik auf dem Herrenberg festgestellt. Im Erfurter Zentrum besteht ein starkes, überparteiliches Bündnis, das gegen jede rechtsextreme Veranstaltung mobilisiert, während solche Bündnisse in den von uns untersuchten peripheren Regionen fehlen. Wenn

daher, wie in Heidenau, die EinwohnerInnen den Demonstrationen der Antifa-AktivistInnen mit Ablehnung begegnen, so ist zu vermuten, dass sich diese Antipathie nicht nur aus einer diffusen Wut über „linke KrawallmacherInnen“ speist, sondern sich auch daraus schöpft, dass hier jemand von außen kommt, der ihnen sagt, wie sie sich zu verhalten haben, was wiederum die Phantasien von der Fremdbestimmung durch die Anderen – die Linken, insbesondere die linken Medien, und den Westen – zusätzlich anregt. Dies nicht zuletzt deshalb, weil insbesondere in Sachsen eine spezifische, von der CDU dominierte politische Kultur wirkt, die das Eigene überhöht und Abwehrreflexe gegen das Fremde, Andere, Äußere kultiviert.

Diese erinnerungspolitische Diagnose, die nicht zuletzt auf einem Mangel oder einer Engführung politischer Bildung basieren mag, darf zugleich nicht über die sozialstrukturellen Ursachen hinwegtäuschen. An allen drei untersuchten Orten haben wir Hinweise auf eine nach wie vor weitverbreitete fraternal relative Deprivation gefunden, die gewissermaßen multidimensionale Züge annimmt: Man fühlt sich nicht nur als BewohnerInnen soziokulturell peripherer (gegenüber urbanen) Räume benachteiligt und als BewohnerInnen rechtsextremer Hochburgen „gebrandmarkt“; dieses Gefühl der kollektiven Benachteiligung gilt gerade auch für die Identität als Ostdeutsche (gegenüber Westdeutschen) und weiter für die Identität als Deutsche (gegenüber den vermeintlich privilegierten MigrantInnen). Unsere Befragten haben das Gefühl, dass die (als überheblich wahrgenommenen) BewohnerInnen der alten Bundesländer sie noch immer gering schätzen; vor allem aber sind sie darüber verärgert, dass westdeutsche JournalistInnen den Eindruck erwecken würden, Rechtsextremismus sei in den neuen Ländern, damit in „ihrer“ Region, weiter verbreitet als in den alten Bundesländern. Dieser Identitätskonflikt wirkt sich wiederum negativ auf die ohnehin defizitäre Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aus: Die empfundene Benachteiligung gegenüber dem Westen und die als anmaßend empfundenen Äußerungen von BundespolitikerInnen und Medien, dass insbesondere Sachsen ein Problem mit Fremdenfeindlichkeit habe, verstärken noch das Bedürfnis, die eigene regionale oder ostdeutsche Identität zu romantisieren und auf diesem Wege das Problem der Fremdenfeindlichkeit entweder auszublenden oder, wie im Falle der Selbstdarstellung vieler Sachsen als „fischelant“, zu heroisieren, als Ausdruck einer genuin sächsischen Widerständigkeit und Streitlust zu deuten. Intensiviert wird dieses Gefühl zudem durch einen sächsischen Exzeptionalismus, der das Eigene auch gegenüber anderen ostdeutschen Regionen überhöht.

Die Überhöhung des Eigenen, Sächsischen, Ostdeutschen, Deutschen in Bezug auf die als krisenhaft wahrgenommene Aufnahme von Flüchtenden, aber auch auf MigrantInnen im Allgemeinen, hat in all unseren Fokusgruppeninterviews eine wichtige Rolle gespielt. In sämtlichen Gesprächen sind wir auf eine latente Fremdenfeindlichkeit gestoßen, die vor allem Muslime und Muslimas fokussiert. Dabei stand bei den von uns Befragten ein ganzes Bündel aus Ängsten und Bedenken im Vordergrund. Zum einen grassieren vielfältige Sicherheitsvorbehalte: Vor allem junge, männliche Flüchtlinge werden als unberechenbar und gefährlich wahrgenommen. Diese Angst mag sich zwar als statistisch unbegründet

zurückweisen lassen; aber auch die von uns befragten KommunalpolitikerInnen kritisieren, dass die Einsparungen beim Polizeipersonal, generell bei der öffentlichen Infrastruktur, nicht eben dazu beigetragen hätten, das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu erhöhen. Diese Kritik ist ernst zu nehmen, wengleich mehr Polizei nicht automatisch dazu beitragen dürfte, fremdenfeindliche Dispositionen zu reduzieren.<sup>469</sup> Insbesondere die soziökonomisch schwächer gestellten FokusgruppenteilnehmerInnen zeigen sich verärgert darüber, dass das für öffentliche Einrichtungen und soziale Projekte benötigte Geld, das in den vergangenen Jahren stets als „nicht verfügbar“ gegolten habe, nun für AusländerInnen ausgegeben werde, die nichts zur Erwirtschaftung dieser Gelder beigetragen hätten. Auffällig ist, dass bei diesem Gefühl fraternaler Deprivation – AusländerInnen werden bei der Güterverteilung gegenüber „uns“ privilegiert – die Bezugsgruppe, das „Wir“, fast nie „Wir sozial Benachteiligte“, sondern „Wir Deutsche“ sind. Diese Betonung sogenannter Etabliertenvorrechte fiel in beiden untersuchten Regionen auf, wurde in Sachsen jedoch deutlicher und von einer breiteren Masse artikuliert. Nun sind derartige wohlfahrtschauvinistische Ressentiments keineswegs ein lediglich ostdeutsches Phänomen. Allerdings bieten die Sozialisationserfahrungen vieler ostdeutscher BürgerInnen kaum Anlass, dem beschriebenen Deprivationskomplex entgegenzuwirken. Während z.B. in der alten Bundesrepublik viele Kinder aus ArbeiterInnenfamilien zusammen mit Kindern von GastarbeiterInnen aufwuchsen und dabei feststellen konnten, dass MigrantInnen keineswegs stets privilegierte „SozialschmarotzerInnen“ sind, besteht aufgrund der ethnischen Homogenität in Ostdeutschland vor allem außerhalb der Großstädte ein Mangel an derartigen Schlüsselerlebnissen, die den Abbau von Ressentiments sehr viel wirksamer befördern, als es der Sozialkundeunterricht oder politische Erwachsenenbildung jemals vermöchten. Hinzu kommt – darauf weisen zahlreiche historische Forschungen hin –, dass jenes auf Etabliertenvorrechte abzielende Gefühl der fraternalen Deprivation seine Ursprünge bereits in der DDR hat, in der das Monitum gegenüber knappe Güter konsumierenden GastarbeiterInnen zur Grundausrüstung der halböffentlichen Debatte über die Konkurrenz zwischen homogener ostdeutscher Mehrheitsgesellschaft und den wenigen GastarbeiterInnen im Land gehörte.

Überhaupt kann die Sozialisation in einer buchstäblich geschlossenen Gesellschaft wie der DDR als ein Faktor für die Erklärung nicht nur des höheren Maßes an Fremdenfeindlichkeit, sondern auch der größeren Verbreitung autoritärer Einstellungsmuster in Ostdeutschland nicht stark genug betont werden: Ethnozentrische Weltbilder, die von der modernen extremen Rechten – momentan besonders prononciert von der Identitären Bewegung – vertreten werden, sind auch deshalb vor allem bei den älteren Befragten weitverbreitet, weil die Migrationspolitik der DDR, die von ihnen als sehr positiv

---

<sup>469</sup> Zumal empirische Analysen gezeigt haben, dass gerade die in Ostdeutschland zu beobachtende „stärkere Neigung zu Law-and-Order Parolen die unterschiedliche Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit zwischen den ost- und den westdeutschen Bundesländern erklären kann“ (Grau 2016).

bewertet wird, auf genau solchen ethnozentrischen Prinzipien basierte: Völkerfreundschaft ja, aber alle MigrantInnen sind als Gäste (mit begrenztem Aufenthaltsstatus) zu betrachten; eine Heterogenisierung der Gesellschaft sollte und wurde realiter weitgehend durch eine Reihe von Verboten verhindert. Wichtiger im Hinblick auf die gegenwärtige Verbreitung der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland sind freilich die Folgen dieser Abschottungspolitik: Die tradierte ethnische Homogenität insbesondere außerhalb urbaner Zentren wie Dresden oder Erfurt führt zu einem Mangel an Kontakten zu MigrantInnen, die somit weiterhin einseitig als TrägerInnen des angstvoll besetzten Anderen erscheinen. Die wenigen bestehenden Kontakte vor 1989, etwa im Betrieb oder Kombinat, endeten indes vielfach mit der Deindustrialisierung der DDR. Der direkte Kontakt ging aufgrund streng separierter Lebens- und Wohnwelten verloren, während die gefühlte Konkurrenz im industriellen Abwärtsstrudel der ostdeutschen Transformation zunahm – zugespitzt: Das sozialistische (Zwangs-)Kollektiv verwandelte sich in eine entkollektivierte, kapitalistische Konkurrenzsituation, die durch einen Mangel an Begegnung noch verstärkt wurde. Gerade in der durch persönliche Kontakte vermittelten Erkenntnis, dass der/die Andere so anders gar nicht ist, liegt ein Schlüssel für das, was Richard Rorty moralischen Fortschritt nennt: „an increase in our ability to see more and more differences among people as morally irrelevant“ (Rorty 1998: 11). Dieser Fortschritt verläuft in Orten wie Freital oder Heidenau relativ langsam, auch weil es heute kaum Anreize für MigrantInnen gibt, sich in diesen Regionen niederzulassen: Die große Mehrheit der Geflüchteten, die hier 2015/16 die Erstaufnahmeeinrichtungen bewohnten, sind längst in die Metropolen der alten Bundesländer weitergezogen. Natürlich ist ethnische Heterogenität kein Allheilmittel gegen die Ausbreitung von Fremdenfeindlichkeit: Wo, wie auf dem Herrenberg, sozial benachteiligte *Natives* und MigrantInnen unter prekären Bedingungen zusammenleben sollen, können sich die ethnischen Spannungen sogar noch verschärfen.

In diesem Bericht haben wir die Vokabel der „Entpolitisierung“ als einen Oberbegriff für eine ganze Reihe von Phänomenen verwendet, die, jeweils für sich betrachtet, nicht unbedingt mit Autoritarismus gleichgesetzt werden können, aber die (seit 1990 zweifellos vorangeschrittene) Transformation Ostdeutschlands von einer autoritären, antipluralistischen zu einer demokratischen politischen Kultur erschweren. Entpolitisierung äußert sich dabei auf sehr verschiedene Weise: in den etatistischen Vorstellungen von Beteiligung, die das Denken vieler ostdeutscher BürgerInnen nach wie vor prägt; im Unverständnis für eine Parteilichkeit, welche die Identität von Volk und Staat vermeintlich untergräbt; in einer, aus der durchherrschten DDR-Gesellschaft tradierten, ambivalenten Haltung gegenüber einem zu sehr oder zu wenig fürsorglichen Staat, der zeitgleich mal als zu dirigistisch, mal als zu weit entfernt wahrgenommen wird; in Stadtverwaltungen, die aus Sorge um Ruhe und Ordnung politische Auseinandersetzungen um die Integration von AusländerInnen und den Umgang mit Fremdenfeindlichkeit unterdrücken und auf diese Weise dafür sorgen können, dass sich diese Konflikte auf der Straße umso gewaltsamer entladen. In Freital haben wir ein besonders ernüchterndes Beispiel für eine Stadtverwaltung gesehen, die jegliche konflikthafte Auseinandersetzungen von vornherein

abzuwehren versucht und Interventionen „von außen“ grundsätzlich mit Argwohn begegnet. In Heidenau haben wir das genaue Gegenteil erlebt: einen engagierten Bürgermeister, der dem fremdenfeindlichen Mob mit klaren Worten entgegentritt und sich nicht scheut, die Bundespolitik um Hilfe zu bitten. Auch wenn es banal klingen mag: Hier kann man sehr gut studieren, wie sehr es im Kampf gegen Rechtsextremismus auf das Verhalten einzelner VertreterInnen der lokalen politischen Elite ankommt. Nicht zuletzt der Blick in ostdeutsche Kommunen wie Jena und Leipzig zeigt, dass die Haltung der lokalen politischen Elite, bei allen Klagen über den Rückgang politischer Durchdringung gesellschaftlicher Debatten und über den Bedeutungsverlust von Parteien und PolitikerInnen, eine entscheidende Rolle bezüglich des öffentlichen Umgangs mit fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Manifestationen spielt. Kurz: Das beschriebene Problem mag ein vornehmlich ostdeutsches sein, seine Lösung aber liegt vor Ort und ist nicht unbedingt durch einen „problematischen ostdeutschen Überhang“ verstellt.

Viele JournalistInnen und VertreterInnen der lokalen Opposition kritisierten die Zurückhaltung der Freitaler Stadtregierung deshalb nicht zu Unrecht scharf und führten sie z.T. auf deren Furcht vor rechten Übergriffen zurück. Aber diese Erklärung greift unseres Erachtens zu kurz. In Ostdeutschland, insbesondere in Sachsen, herrscht in vielen öffentlichen Einrichtungen – nicht nur in den Rathäusern, sondern auch in den Schulen – ein großes Unbehagen am Politischen, das u.a. auf die Erfahrungen mit der Staatspolitisierung der auf Parteilinie getrimmten DDR-Institutionen zurückzuführen ist. Mitunter findet sich dieses Unbehagen auch in den Gerichten – die in Punkt 5.1 erwähnte Bestätigung des vom Landratsamt Pirna verhängten, verfassungswidrigen Demonstrationsverbots für Heidenau durch das Landgericht Bautzen ist hierfür sicherlich ein besonders drastisches Beispiel. Zweifellos gibt es gerade in der Verwaltung und in der Schule gute Gründe für ein solches Unbehagen am Politischen, da hier immer ein Konflikt besteht zwischen dem Neutralitätsgebot, dem alle staatlichen Institutionen unterliegen, damit eine unparteiische Gleichbehandlung jedes Einzelnen gewährleistet werden kann, und dem Auftrag dieser Einrichtungen, Foren für den öffentlichen Diskurs bereitzustellen bzw. (im Falle der Schulen) an der Erziehung junger Menschen zu verantwortungsbewussten StaatsbürgerInnen mitzuwirken. In der Tat: Auf die Erfüllung dieser letztgenannten Aufgabe war auch das Schulsystem der DDR ausgerichtet; jedoch stand hier die Vermittlung von Dogmen, nicht die Erziehung zur „Kontingenztoleranz“ im Vordergrund, die darauf abzielt, rigides Denken zu bekämpfen. In der alten Bundesrepublik war die Politisierung der öffentlichen Einrichtungen ein langwieriger Prozess, der maßgeblich in den 1960er Jahren angestoßen und in den bewegten 1970er Jahren seinen vorläufigen Höhepunkt erlebt haben dürfte – eine (linksliberale, ökologisch, friedensbewegte etc.) Entwicklung, die in der DDR außerhalb spezifischer, vor allem protestantisch-bildungsbürgerlicher Milieus in den Umfeldern der evangelischen Pfarrhäuser praktisch nicht stattgefunden hat. Ob der sich derzeit in den neuen Bundesländern vollziehende Generationenwechsel ähnliche Auswirkungen haben wird, bleibt

abzuwarten – die geringen elektoralen Erfolge des Rechtspopulismus etwa bei ErstwählerInnen können ein Indiz hierfür sein, ebenso die vor allem von jungen Menschen getragenen Initiativen gegen rechte Manifestationen.

Neben den bislang beschriebenen Ursachen, deren Einfluss wir an unseren beiden Untersuchungsorten registrieren konnten, ließen sich allerdings auch für diese Orte spezifische Kontextfaktoren identifizieren, die teilweise durch die geografische Lage und das Sozialprofil, die spezifische regionale bzw. lokale politische Kultur, teilweise aber auch durch die unterschiedlichen Arten des Umgangs mit Rechtsextremismus in der jeweiligen Region bedingt sein dürften.

Insgesamt stellt sich das Problembewusstsein der Erfurter Bevölkerung sowie der lokalen politischen Eliten im Stadtteil Herrenberg (wenn auch nicht der durchschnittlichen BewohnerInnen des Herrenbergs) als sehr viel ausgeprägter dar als im Dresdner Umland, das wir exemplarisch anhand der Städte Freital und Heidenau untersucht haben. Eine Infantilisierung der TäterInnen oder Relativierung der Taten und politischen Einstellungen ist in Erfurt im Vergleich zu Sachsen kaum vorhanden. Die in der Sekundärliteratur vielfach kritisierte Neigung der sächsischen Behörden, eine allzu verengte Perspektive hinsichtlich der Definition dessen, was als rechtsextrem gilt, einzunehmen, und die im Zusammenhang mit der Debatte um „Angsträume“ in Ostdeutschland häufig geäußerte Diagnose, dass vor allem in Sachsen vielerorts zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen Rechtsextremismus durch die gezielte Einschüchterung ehrenamtlich Engagierter seitens der rechten Szene wesentlich erschwert werde, haben wir vor allem in Freital bestätigt gefunden. Zwar gibt es hier in den Stadtratsfraktionen der Oppositionsparteien eine Reihe von Menschen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit engagieren und die deshalb bedroht werden; aber der Stadtverwaltung mangelt es nicht nur am Interesse, dieses Engagement zu unterstützen – sondern sie hat, im Gegenteil, in den Jahren 2015/16 sogar versucht, die öffentliche Problematisierung der asylfeindlichen Proteste in Freital zu vermeiden bzw. zumindest einzuschränken; und zwar explizit aus dem Grund, den öffentlichen Frieden zu wahren und das Image der Stadt nicht zu gefährden. Derartige Vorbehalte gibt es in der Erfurter Stadtverwaltung, in dem von der SPD und der LINKEN dominierten Stadtrat Erfurts, im Ortsteilrat des Stadtteils Herrenberg und in dem dortigen Stadtteilzentrum nicht. Im Erfurter Stadtrat hat sich ein breites Bündnis gegen Rechtsextremismus herausgebildet; bei Aktionstagen und Gegendemonstrationen sind die VertreterInnen aller Parteien, mit Ausnahme der AfD und NPD sowie einigen VertreterInnen der CDU, regelmäßig präsent. Freilich hinkt dieser Vergleich etwas: Erfurt ist eine Universitätsstadt, dazu noch eine Landeshauptstadt mit über 200.000 Einwohnern und einem reichen Kulturleben – dass sich hier eine (im Vergleich zum politischen Milieu der 40.000-Einwohner-Stadt Freital) lebendigere Zivilgesellschaft gebildet hat, die zum größten Teil von einem akademisch-kosmopolitischen Milieu getragen wird, ist keine Überraschung. An dieser Stelle bestätigt sich eine Vermutung, die wir zu Beginn dieses Berichts formuliert haben: Rechtsextremismus ist nicht ausschließlich ein Ost-West-Problem, sondern auch ein Zentrum-Peripherie-Problem, das befördert werden kann durch spezifisch regionale

Faktoren, die in Ostdeutschland stärker ausgeprägt sind. Schließlich sind es auch strukturschwache ehemalige Industriestädte wie Freital und Heidenau, welche die eingangs beschriebenen sozioökonomischen Probleme mit besonderer Härte zu spüren bekommen.<sup>470</sup> Das betrifft insbesondere den *brain drain*, d.h. die Abwanderung gut ausgebildeter junger, überdurchschnittlich oft weiblicher Menschen in Richtung Westdeutschland, von der Erfurt insgesamt aufgrund seiner Universität und seiner Fachhochschulen nicht unmittelbar betroffen ist, sogar im Gegenteil. Auf dem Stadtteil Herrenberg jedoch, der am Rande von Erfurts Zentrum einen peripheren Raum mit vielen sozialen Problemen bildet, verhält es sich freilich anders. Der Integrationsfaktor Bildung, der im informationellen Kapitalismus über Erfolg und Scheitern zu entscheiden vermag, wirkt hier nicht. Im Gegenteil: Wer hier lebt, hat das Versprechen „Erfolg durch Bildung“ im Laufe seines Lebens in aller Regel als Bedrohung empfunden. Stadtteile wie den Herrenberg gibt es in allen größeren und kleineren Städten Ostdeutschlands: in den 1970er/80er Jahren künstlich errichtete Wohnsiedlungen, die durch eilig hochgezogene Plattenbauten geprägt sind. Kurz nach der Wende, in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, waren genau diese einstigen Vorzeige- und im Zuge der Wende dann vielfach stigmatisierten Viertel Schauplätze rechtsextremer Gewaltausbrüche. Obwohl der Herrenberg vom Stadtzentrum aus schnell zu erreichen ist, offenbart sich dem/der BesucherIn hier eine ganz andere Welt, die von aufgestauten Aggressionen gegen die Anderen infolge der in der Nach-Wende-Zeit erlebten Demütigungen und des Mangels an Anerkennung geprägt ist. Der Herrenberg profitiert nicht von den zivilgesellschaftlichen Widerständen des Erfurter Bürgertums, auch weil Letzteres sich nicht wirklich für die Vorgänge auf dem Herrenberg interessiert. Demonstriert wird in der Innenstadt, die Peripherie überlässt man sich selbst, weil man keinerlei lebensweltliche Bezüge zu solchen Räumen hat. Mehr noch sind die Geländegewinne der rechten bzw. rechtsextremen Szene auf dem Herrenberg bereits auf der vierten Stufe (der „Normalitätsgewinne“ (siehe Kapitel 2)) angelangt: „Die Volksgemeinschaft“ fällt längst nicht mehr durch „Provokationsgewinne“ – Demonstrationen oder sonstige „große Aktionen“ – auf, sondern ist fest in das Stadtviertel integriert, weshalb die Erfurter Zivilgesellschaft – daran gewöhnt, die rechte Szene auf der Straße in Form von Gegendemonstrationen direkt zu konfrontieren, welche natürlich immer Eventcharakter haben und die langfristige Kärnerarbeit von SozialarbeiterInnen in Problemvierteln wie dem Herrenberg nicht ersetzen können – auch kaum wüsste, was sie derartigen Bewegungsstrukturen entgegensetzen könnte und sollte.

Allerdings ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass wir an den untersuchten Orten (unabhängig von den fremdenfeindlichen Einstellungsmustern der Durchschnittsbevölkerung, die wir zu analysieren versucht haben) jeweils ganz verschiedene Formen rechtsextremen Verhaltens bzw. rechtsextremer Bewegungsstrukturen vorgefunden haben: Auf dem Herrenberg haben wir es geradezu

---

<sup>470</sup> Gleichwohl besitzt das ökonomisch und strukturell gut gestellte Dresden, wie beschrieben, auch eine selbst im Osten der Bundesrepublik herausstechende rechtsextreme und fremdenfeindliche Ereignisgeschichte.

mit einer rechtsextremen Vereinsstruktur samt einer Art festem „Vereinshaus“ zu tun – mit einer rechtsextremen „Erlebniswelt“, die vor allem Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien anzieht und somit auf die Bevölkerung zurückwirkt, die über die Zeit einen politischen Einstellungswandel vollzieht. Denn gerade hier vor Ort nehmen die VertreterInnen der rechten Szene eine Position auf vopolitischer Ebene ein, um mit den VertreterInnen anderer politischer Couleur nicht in Konkurrenz zu treten. Ob es in Freital und Heidenau eine solche rechtsextreme „Erlebniswelt“ gibt, die an eindeutig identifizierbaren Orten völkische Parallelwelten bzw. Gegen-Öffentlichkeiten erzeugt, ist hingegen sehr fraglich. Wenngleich wir – entgegen den Einschätzungen nicht nur der Stadtverwaltung, sondern auch regionaler AkteurInnen der Präventionsarbeit – bei unseren Besuchen in Freital durchaus Hinweise auf jugendlich geprägte rechtsextreme Subkulturen gefunden haben, scheint es sich hierbei nur um lose Netzwerke ohne organisatorisches Zentrum zu handeln. Dies trifft auch auf die sogenannte Bürgerwehr Freital zu, die im Jahr 2015 mutmaßlich diverse Anschläge auf Flüchtende und KommunalpolitikerInnen begangen hat. Ebenso ist an dieser Stelle festzuhalten, dass, wenn parteipolitisch gehandelt wurde, in Erfurt verstärkt Parteien aus dem rechten Spektrum, vormals etwa die NPD und nun deutlicher Die Rechte, in den Vordergrund getreten sind und ihren Einfluss geltend gemacht haben. In Sachsen hingegen dominieren das rechte Feld in der öffentlichen Wahrnehmung weniger weit rechts als die NPD oder Die Rechte stehende Parteien, wie die AfD oder gar AkteurInnen der Freien Wähler.

Auffällig ist, dass antiamerikanische Ressentiments sowie das bereits angesprochene Misstrauen gegenüber „dem Westen“ in der Region Dresden besonders stark verbreitet sind. In Erfurt fand zwar Anfang 2015 eine Demonstration einer Gruppe statt, die sich „EnDgAmE“ (Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas) nannte; jedoch nahmen an ihr lediglich 120 AnhängerInnen teil. Dagegen ist die gefühlsmäßige Bindung an Russland und die Ablehnung des US-amerikanischen „Imperialismus“ im Raum Dresden historisch gewachsen überaus stark. Wir haben diese Sympathie für das Putin-Regime und antiamerikanische Ressentiments, deren besondere Verbreitung im Raum Dresden sicherlich nur z.T. mit der propagandistischen Instrumentalisierung der alliierten Luftangriffe im Februar 1945 erklärt werden kann, als einen Bestandteil des rechtsextremen Denkmusters beschrieben, da die USA Pluralität, die *rule of law* und menschenrechtlich begründete humanitäre Interventionen repräsentieren, während Putins Russland für Autoritarismus und ethnischen Nationalismus steht. Die Frage, ob das besondere Misstrauen gegenüber „dem Westen“ in Sachsen sich auch aus einer Ablehnung des „westlichen Lebensmodells“ (Demokratie und Marktwirtschaft) speist, kann hier nicht abschließend beantwortet werden; die Dominanz eher wirtschaftsliberaler Parteien wie der sächsischen Union oder der FDP steht dieser Vermutung aber zumindest teilweise entgegen. Das Misstrauen gegenüber Westdeutschland hat, wie wir sahen, seine Ursache eher in der fraternalen Deprivation: in dem Gefühl, nach der Wende trotz der großen (insbesondere wirtschaftlichen) (Wieder-)Aufbauleistungen in Sachsen gedemütigt worden zu sein – auch weil die historische Rolle Sachsens für

die deutsche Wirtschaftsgeschichte nicht ausreichend gewürdigt werde bzw. in eklatantem Missverhältnis zur heutigen Stellung des Landes in der Bundesrepublik stehe.

In Sachsen ist zudem aus Sicht der interviewten ExpertInnen ein Mangel an praktischer politischer Bildung eine wesentliche Ursache nicht nur für die Anfälligkeit vieler Menschen für fremdenfeindliche Einstellungen, sondern vor allem für die mangelnde Bereitschaft, gegen rechtsextreme Geländegewinne Widerstand zu leisten. Dabei handelt es sich (etwa im Vergleich zu den ethnonationalistischen Erblasten der DDR und dem Problemkomplex der fraternalen relativen Deprivation) um eines der wenigen Probleme, die (mit etwas politischem Willen) relativ leicht zu beheben wären. Wie wir unter Punkt 4.4 sahen, hat die sächsische Staatsregierung erste Schritte unternommen, um Kontakte mit der praktischen Politik in das Schulfach Gemeinschaftskunde zu integrieren; auch ist der Geschichtsunterricht in der gymnasialen Oberstufe mittlerweile wieder verpflichtend. Die Stärkung des historischen Bewusstseins der SchülerInnen jenseits der besonders hochgehängten sächsischen Geschichte wäre zukünftig gerade angesichts der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen in der Region Dresden ein wichtiges Ziel politischen Handelns.

In Erfurt wurden derartige Mängel in der politischen Bildung von unseren InterviewpartnerInnen nicht explizit erwähnt. Allerdings ist auch hier ein Vergleich problematisch, weil, wie schon gesagt, aufgrund der sehr schwierigen sozialen Situation auf dem Herrenberg das Thema Bildung ohnehin ein leidiges Thema darstellt. So wurde hier von unseren InterviewpartnerInnen beklagt, dass sich in der Nach-Wende-Zeit mit der BewohnerInnenschaft des Herrenbergs auch das Bildungsniveau geändert habe – und dies, laut Aussage der Interviewten, nicht unbedingt zum Vorteil des Stadtteils. Zu DDR-Zeiten wurden Plattenbauviertel wie der Herrenberg von Menschen aus unterschiedlichen, z.T. gehobenen sozialen und politischen Milieus bewohnt: von Angehörigen der technischen Intelligenz, der Nomenklatura, aber auch von ArbeiterInnen. Einfache ArbeiterInnen wohnten hier Tür an Tür mit HochschuldozentInnen. Nach der Wende aber blieben dort häufig nur jene zurück, die dies, oft aus ökonomischen Gründen, mussten. Durch die für eine kapitalistische Gesellschaft typische soziale Segregation entwickelte sich der Herrenberg zu einem Viertel, in dem Integrationsfiguren, soziale Vorbilder, ViertelgestalterInnen rar wurden. Für einen rechtsextremen Verein, der schulische „Nachhilfe“ anbietet, sind dies natürlich perfekte sozioökonomische Bedingungen. Zwar sind vor Ort soziale Einrichtungen und Freizeitangebote für Jugendliche vorhanden, jedoch spärlich gesät und finanziell mehr als unsicher. Verbesserungen in diesem Bereich – zu denken wäre etwa an die Einrichtung eines Krisenpräventionsprogramms in enger Abstimmung mit den auf dem Herrenberg gelegenen Schulen – könnten die Grundlage dafür bilden, dass die rechte Szene für benachteiligte Jugendliche an Attraktivität verliert.

Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus wäre freilich (neben der Forcierung der politischen Bildung im Schulunterricht) eine Arbeitsmarkt-, Wohn- und Sozialpolitik, die benachteiligten

Jugendlichen eine Perspektive bietet – die sie aktiv befähigt, einen Platz in der Arbeitswelt zu erlangen, der ihnen ein Gefühl der Anerkennung vermittelt. Das soll nicht heißen, dass Rechtsextremismus lediglich sozioökonomische Ursachen hat: In unserem Bericht sind wir auf eine Reihe politisch-kultureller Kontextfaktoren eingegangen, die eine solche Annahme widerlegen. Aber die Integration in ein intaktes Netz reziproker Anerkennungsbeziehungen ist ein wirksamer Schutz gegen die Ausbildung fremdenfeindlicher Einstellungen; und eine in unserer Zeit besonders wichtige Anerkennungssphäre ist die Wirtschafts- bzw. Arbeitswelt, die aufgrund der in den vergangenen Dekaden abgelaufenen „Prozesse der Deregulierung und Entberuflichung“ vor allem, aber nicht nur für Geringqualifizierte eine zunehmend unsicherere Quelle für das Erlangen von Selbstachtung darstellt – was aus der Sicht von Axel Honneth (2011: 10f.) ein Grund für die „Verwilderung“ der Kämpfe um Anerkennung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist. Dass die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Parteien viel mit diesem Mangel an Selbstachtung seitens der „Entbehrlichen“, aber auch in Teilen der abstiegsgefährdeten unteren Mittelschicht und ihrem Versuch, durch die Beschwörung einer Volksgemeinschaft diesen Mangel zu kompensieren, zu tun haben könnte, wurde jüngst wieder in der Diskussion über Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ hervorgehoben. Freilich basieren, wie wir sahen, gerade die gruppenbezogenen Deprivationsgefühle meist auf empirisch widerlegbaren Vorstellungen, auf der obsessiven Sorge, die „Fremden“ könnten besser wegkommen als „wir“ selbst.

Viele Menschen, die von diesen Vorstellungen angetrieben werden, sind für etwaige politische Gegenmaßnahmen nur sehr bedingt, meist überhaupt nicht mehr erreichbar – daher ist es (anders als manche Ratgeber suggerieren) schwierig, an dieser Stelle sinnvolle Handlungsempfehlungen aufzulisten. Eine sehr allgemeine, scheinbar banale Empfehlung haben wir in diesem Bericht schon mehrfach angedeutet: Bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Autoritarismus hilft nicht weniger, sondern mehr Raum für offene politische Auseinandersetzungen. Im empirischen Teil haben wir nicht nur den Ärger von BürgerInnen darüber, dass es zu wenige (bzw. überhaupt keine) plebiszitären Elemente im politischen System der Bundesrepublik gebe, sondern auch die Sorge von KommunalpolitikerInnen ob einer von ihnen so perzipierten Moralisierung der politischen Diskurse um Zuwanderung dokumentiert. Somit ist festzuhalten, dass gerade in Ostdeutschland die große, durchaus authentische Sorge besteht, die Sensoren des politischen Systems seien für das, was der „gemeine Bürger“ denkt, nicht mehr hinreichend empfänglich. Im schlimmsten Fall geht dieser Eindruck in blanken Zynismus über, etwa in das auf Pegida-Demonstrationen vielfach vernommene Verdikt, in der DDR sei es auch nicht anders zugegangen. Wie gesagt: Wer so denkt, ist durch Maßnahmen politischer Bildung oder die vielfach beschworene „Stärkung der Zivilgesellschaft“ – deren „dunkle Seite“ Pegida im Übrigen darstellt – wahrscheinlich nicht mehr zu erreichen. Dennoch kann der Eindruck, das parlamentarische System sei nicht responsiv genug, nur durch ein Mehr an Beteiligung zerstreut werden – gleichwohl ein schwieriges Unterfangen etwa in Vierteln wie dem Herrenberg, wo die Mehrheit der BewohnerInnen nicht einmal mehr wählen geht. Freilich: Angesichts der zunehmenden Verwilderung

der Identitätskämpfe, zu deren Symptomen der Aufstieg des Rechtspopulismus zählt, mag gerade aufseiten der politischen Eliten im Gegenteil das nachvollziehbare Bedürfnis bestehen, konflikthafte Themen wie die Einwanderungspolitik aus dem politischen Diskurs herauszuhalten und aus Furcht vor dem „Volkszorn“ die (oft in der Tat allzu idealisierenden) Vorstellungen von einer beteiligungszentrierten Demokratie vorerst aufzugeben und stattdessen auf sozialtechnologische Lösungen zu setzen. Ein solcher Weg ist einer partizipativen politischen Kultur, die Parteien, PolitikerInnen, zivilgesellschaftliche AkteurInnen, aber auch die Bevölkerung in die Pflicht nimmt, allerdings verbaut.

Am Beginn einer solchen partizipativen Kultur muss aber auch, und dies steht durchaus im Widerspruch zum gerade Gesagten, deutlich werden, dass – wohlgemerkt nicht in Ostdeutschland in toto, wohl aber in gewissen Regionen und politisch-kulturellen Umfeldern – eine historisch gewachsene Neigung zu Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremem Denken virulent ist, die in der politischen Debatte nicht einfach beiseite gewischt werden kann, nur weil die Diagnose einer ostdeutschen Spezifität eine politisch unangenehme Schwere in die öffentliche Auseinandersetzung bringt. Dass dies aber ein richtiger und wichtiger Weg sein kann, zeigen andere Städte und Regionen in Ostdeutschland, die bereit sind, ihr historisches Gedächtnis zu überprüfen und zu reformulieren, das spezifische Erbe von DDR und ostdeutscher Transformation anzunehmen, und die mittels einer politisch gewollten Selbstbefragung und durch politisches Engagement einen Weg der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gewählt haben, an dessen Ende auch Erfolge im ostdeutschen Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit stehen können. Diese, gleichwohl viel zu wenig beachteten und noch weniger erforschten, ostdeutschen „Erfolgsgeschichten“ stärker zu betonen, statt einen als westdeutsch wahrgenommenen ausgestreckten Zeigefinger walten zu lassen, kann womöglich auf lange Sicht dazu führen, dass nicht nur „die Sachsen“, um das geflügelte Wort Kurt Biedenkopfs zu nutzen, stärker als bisher „immunisiert“ werden gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

## 9. Literatur- und Quellenverzeichnis

### 9.1 InterviewpartnerInnen (Freital und Heidenau)<sup>471</sup>

Sebastian Reißig, Geschäftsführer von Aktion Zivilcourage e.V., Pirna, nicht anonymisiert.

*Herr Dreier\**, Mitglied der Fraktion SPD/Grüne im Stadtrat Freital, Name anonymisiert, Hinweis bei Erstnennung, s. Fußnote (FN) 113/114.

*Herr Menke\**, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Freital, Name anonymisiert, Hinweis bei Erstnennung, s. FN 79/80.

*Frau Laski\**, Mitglied des Freitaler Stadtrates, Name anonymisiert, Hinweis bei Erstnennung, s. FN 286/287.

Jürgen Opitz, Bürgermeister der Stadt Heidenau, nicht anonymisiert.

Kerstin Köditz, Mitglied des Sächsischen Landtages (Fraktion DIE LINKE)<sup>472</sup>, nicht anonymisiert.

*Herr Reese\**, Mitarbeiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Name anonymisiert, Hinweis bei Erstnennung, s. FN 52.

*Frau Decker\**, Lokalredakteurin der *Sächsischen Zeitung* in Freital, Name anonymisiert, Hinweis bei Erstnennung, s. FN 166.

MitarbeiterInnen des Kinder- und Jugendhilfeverbundes Freital.

*Herr Thiele\**, Mitglied der Fraktion „Bürger für Freital“ im Freitaler Stadtrat, Name anonymisiert, Hinweis bei Erstnennung, s. FN 92.

*Herr Tharandt\**, Gymnasiallehrer in Freital, Name anonymisiert, Hinweis bei Erstnennung, s. FN 144/145.

*Frau Fröhlich\**, Mitglied der Fraktion DIE LINKE/Grüne im Stadtrat Heidenau, Name anonymisiert, keine Interviewpassagen im Text.

Dr. Enrico Schwarz, Geschäftsführer von Biotec e.V., Freital, nicht anonymisiert.

*Herr Lehmann\**, Mitglied in einem Sportverein, Name anonymisiert, Hinweis bei Erstnennung, s. FN 245/246.

MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Heidenau.

---

<sup>471</sup> Bei der Erstnennung der Interviewten ist dies in einer Fußnote ausgewiesen, in der hier folgenden Übersicht sind die durch Verfremdung des Nachnamens anonymisierten GesprächspartnerInnen mit einem Asterisk (\*) hinter dem Namen markiert. Die grundsätzlich anonymisierten TeilnehmerInnen der Fokusgruppen werden nicht gesondert ausgewiesen.

<sup>472</sup> Für die Ursprungsversion dieses Berichts hatten wir keine Freigabe erfragt, weshalb wir zunächst eine Anonymisierung vornahmen. Da die Freigabe aber inzwischen erteilt ist, nennen wir Frau Kerstin Köditz mit ihrem Klarnamen.

KommunalpolitikerInnen aus Heidenau.

MitarbeiterInnen von Das Zusammenleben e.V., Freital.

Zwei Beamte des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen.

*Frau Preuss\**, Bewohnerin des Stadtteils Heidenau-Süd, Name anonymisiert, Hinweis bei Erstnennung, s. FN 98.

Fokusgruppen in Freital und Heidenau (sämtliche Namen anonymisiert).

## 9.2 InterviewpartnerInnen (Erfurt und Erfurt Herrenberg)

BewohnerInnen des Herrenbergs, 27.10.2016.

Mitarbeiter der Partei DIE LINKE mit Schwerpunkt auf Rechtsextremismus, 01.08.2016.

Lokaler politischer Akteur aus dem linken Spektrum, 27.10.2016.

Fanprojekt Erfurt e.V., 30.07.2016.

Fokusgruppe Erfurt, 16.11.2016 (sämtliche Namen anonymisiert).

Mitglied des Stadtrates für die SPD, 07.06.2016.

Journalist des MDR, 22.08.2016.

Politischer Akteur (A) aus dem grünen Spektrum, 17.05.2016.

Vertreter des Gemeindevorstands Ahmadiyya, 28.11.2016.

Mitglied des Stadtrates für die CDU, 07.06.2016.

Mitarbeitender, Mobit e.V., 18.05.2016.

Bodo Ramelow, Ministerpräsident Thüringens, 07.09.2016.

Person aus der Bildungspolitik, 25.05.2016.

Politischer Akteur (B) aus dem grünen Spektrum, 22.08.2016.

Lokale zivilgesellschaftliche AkteurInnen (A) aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 15.11.2016.

Zwei Personen aus der Zivilgesellschaft (B), aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, 27.09.2016.

### 9.3 Dokumente

- Bundesagentur für Arbeit, Erfurt, Agentur für Arbeit (2016): Arbeitsmarkt im Überblick, Stand: Oktober 2016, URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/BA-Gebietsstruktur/Sachsen-Anhalt-Thueringen/Erfurt-Nav.html>.
- Deutscher Bundestag (1992): Drucksache 12/2086, 12.02.1992: Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste. Ausländerfeindliche Übergriffe und rechtsextremer Terror.
- Deutscher Bundestag (2016): Drucksache 18/9208: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Petra Pau, Frank Tempel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 18/8756: Ermittlungen gegen mutmaßlich rechtsterroristische Vereinigungen, URL: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/092/1809208.pdf>.
- FG Wahlen (2016): Landtagswahlen Thüringen, 14.09.2014, URL: [www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1\\_Thue\\_2014.pdf](http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1_Thue_2014.pdf).
- Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung (Hrsg.) (2014): Erfurter Statistik Landtagswahlen 2014, URL: [http://www.erfurt.de/mam/ef/service/mediathek/publikationen/2016/heft\\_89.pdf](http://www.erfurt.de/mam/ef/service/mediathek/publikationen/2016/heft_89.pdf).
- Dies. (2014): Ergebnisse der Stadtratsmitgliederwahl 2014 in Erfurt, URL: [http://www.erfurt.de/mam/ef/rathaus/wahlen/ergebnisse/kommunal/erfurter\\_statistik\\_-\\_endgueltiges\\_ergebnis\\_gewaehlte\\_bewerber\\_2014.pdf](http://www.erfurt.de/mam/ef/rathaus/wahlen/ergebnisse/kommunal/erfurter_statistik_-_endgueltiges_ergebnis_gewaehlte_bewerber_2014.pdf).
- Sächsischer Landtag (1991): Drucksache 1/933, Antwort des Innenministers auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Lothar Starke (SPD), Thema: Innere Sicherheit im Freistaat Sachsen – Asylantenproblem, 14.11.1991.
- Ders. (2015a): Antwort der Staatsregierung auf die Kleine Anfrage von Johannes Lichdi (Bündnis 90/Grüne): Organisierter Rechtsextremismus in Dresden und Umgebung, Drucksache 4/2725.
- Ders. (2015b): Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Juliane Nagel (LINKE), Drucksache Nr. 6/1340: Verbindungen und Verflechtungen von „Freital wehrt sich. Nein zum Hotelheim“ („Frigida“) zu Bestrebungen der extremen Rechten, der Hooliganszene und Pegida/Legida.
- Ders. (2015c): Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Enrico Stange (LINKE), Drucksache Nr. 6/971: „Bürgerwehren“ in Sachsen.
- Ders. (2015d): Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Enrico Stange (LINKE), Drucksache Nr. 6/1818: Bürgerwehr Freital.

- Ders. (2016): Drucksache 6/5324, Antwort des Staatsministeriums des Innern auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Valentin Lippmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
- Stadt Heidenau (2013): Städtebauliches Entwicklungskonzept (SEKO) für das Gebiet „Heidenau Stadtkern“ im „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“-Programm (SOP), URL: [http://www.heidenau.de/media/custom/2458\\_401\\_1.PDF?1418126768](http://www.heidenau.de/media/custom/2458_401_1.PDF?1418126768).
- Dies. (2016): Integriertes Entwicklungskonzept für das Soziale Stadt-Gebiet „Heidenau Nordost“. Unveröffentlichter Entwurf.
- Statistisches Landesamt Sachsen (2011): Zensus 2011. Bevölkerung am 9. Mai 2011 nach demographischen Grundmerkmalen. Freital, Stadt, URL: [https://www.statistik.sachsen.de/download/080\\_Zensus\\_2011\\_Bevoelkerung/bev\\_14628110.pdf](https://www.statistik.sachsen.de/download/080_Zensus_2011_Bevoelkerung/bev_14628110.pdf).

#### 9.4 Zeitungs- und Onlinequellen

- Assmann, Aleida (2008): Impulsreferat: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im 21. Jh., URL: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/index.php/dokumente/erklaerungen-vortraege-etc.html?download=102:2-internationales-kolloquium-erinnern-als-engagement-fuer-frieden-demokratie-menschenrechte>.
- Antifaschistische Aktion (2004): Naziaktivitäten in der Sächsischen Schweiz, in: indymedia.org, 09.05.2004, URL: <https://de.indymedia.org/2004/05/83018.shtml>. (A.d.V: Website wurde mittlerweile gelöscht).
- Bartsch, Michael (2015): „Offensichtlich rechtswidrig“, in: taz, 29.08.2015, URL: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5223868&s=&SuchRahmen=Print/>.
- Ders. (2016): Grotesker Selbstrettungsversuch, in: taz, 19.05.2016.
- Biermann, Kai et al. (2016): Der Terror konnte ungestört wachsen, in: Zeit Online, 19.04.2016, URL: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-04/freital-rechter-terror-fluechtlinge>.
- Ders./Astrid Geisler (2016): BKA fürchtet Tote durch Angriffe von rechts, in: Zeit Online, 13.11.2016, URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-11/bka-statistik-rechte-gewalt-politiker>.
- Blickle, Paul et al. (2015): Es brennt in Deutschland, in: Zeit Online, 03.12.2015, URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-11/rechtsextremismus-fluechtlingsunterkuenfte-gewalt-gegen-fluechtlinge-justiz-taeter-urteile>.

- Bundesministerium des Innern (o.J.): Politisch motivierte Kriminalität, in: bmi.bund.de, URL: [http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/Kriminalitaetsbekaempfung/Politisch-motivierte-Kriminalitaet/politisch-motivierte-kriminalitaet\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/Kriminalitaetsbekaempfung/Politisch-motivierte-Kriminalitaet/politisch-motivierte-kriminalitaet_node.html).
- Busche, Martin (2003): Polizei entdeckt Neonazi-Party in Heidenau, in: Sächsische Zeitung, 22.10.2003.
- Casjen, Carl (2016): Programm „Soziale Stadt“ eröffnet neue Chancen in Südost, in: Thüringer Allgemeine, 12.03.2016.
- CDU (2014): „Wir sind die Sachsen-Partei!“ 29. Landesparteitag beschließt Regierungsprogramm 2014–2019, in: cdu-sachsen.de, 29.06.2014, URL: <http://www.cdu-sachsen.de/inhalte/2/aktuelles/56010/-wir-sind-die-sachsen-partei-29-landesparteitag-beschliesst-regierungsprogramm-2014-2019/index.html>.
- Debski, Andreas (2016): Deutlicher Anstieg von Neonazi-Übergriffen in Ostdeutschland, in: lvz.de, 20.1.2016, URL: <http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Deutlicher-Anstieg-von-Neonazi-Uebergriffen-in-Sachsen>.
- Dernbach, Andrea (2010): Lehrstück in Rassismus, in: Der Tagesspiegel, 01.07.201, URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/mord-an-marwa-el-sheerbi-lehrstueck-in-rassismus/1872520.html>.
- dimap (2016): Sachsen-Monitor 2016. Ergebnisbericht, Bonn 2016, URL: [https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/staatsregierung/Ergebnisbericht\\_Sachsen-Monitor\\_2016.pdf](https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/staatsregierung/Ergebnisbericht_Sachsen-Monitor_2016.pdf).
- Die Linke (2016): Pressemitteilung: Volksgemeinschaft Erfurt tritt zunehmend aggressiver auf, 01.11.2016, URL: [http://www.die-linke-erfurt.de/nc/fraktion/aktuell/detail\\_aktuell/zurueck/fraktion/artikel/volksgemeinschaft-erfurt-tritt-zunehmend-aggressiver-auf/](http://www.die-linke-erfurt.de/nc/fraktion/aktuell/detail_aktuell/zurueck/fraktion/artikel/volksgemeinschaft-erfurt-tritt-zunehmend-aggressiver-auf/).
- Facebook-Seite der Gruppe „Erfurt sagt ‚Nein‘“, URL: <https://www.facebook.com/Erfurt-sagt-Nein-831434866879416/>.
- Facebook-Seite des Trägers Plattform e.V., URL: <https://www.facebook.com/herrenbergSTZ/photos/a.280296412155022.1073741829.278210789030251/649738828544110/?type=3&theater>.
- Fischer, Henning (2012): „Das Problem in Dresden besteht in einer selektiven Erinnerung und Wahrnehmung“, Interview mit Jan Rathje, in: Netz-gegen-Nazis.de, URL: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/das-problem-dresden-besteht-einer-selektiven-erinnerung-und-wahrnehmung-1945>.
- Haselberger, Stephan/Hans Monath (2015): „Islamische Gesellschaften tun sich schwer mit Demokratie“. Interview mit Heinrich August Winkler, in: Der Tagesspiegel, 25.01.2015.

- Göttinger Institut für Demokratieforschung (2017): Mitteilung des Instituts bezüglich Medienberichterstattung vom 27.07.2017, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/aktuelles/mitteilung-des-instituts-bezueglich-medienberichterstattung-vom-27-07-2017>.
- Herrmann, Dietrich (2015): Warum gerade Dresden, in: weiterdenken.de, 14.01.2015, URL: [https://www.boell.de/de/2015/01/14/dresden-staat-zivilgesellschaft-pegida?dimension1=ds\\_menschenfeindlichkeit](https://www.boell.de/de/2015/01/14/dresden-staat-zivilgesellschaft-pegida?dimension1=ds_menschenfeindlichkeit).
- Janke, Jane (2015): Bundestagsabgeordneter sauer auf Freitals Oberbürgermeister, in: Sächsische Zeitung, 07.03.2015.
- Kammholz, Karsten/Claus C. Malzahn (2015): „Der Islam gehört nicht zu Sachsen“, in: welt.de, 25.01.2015, URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article136740584/Der-Islam-gehört-nicht-zu-Sachsen.html>.
- Klost, Uwe (1991): Überfall auf Wohnheim war geplante Aktion, in: Sächsische Zeitung, 24.09.1991.
- Kollmorgen, Raj (2016): „Die Leute verlieren die Fassung“, in: Die Zeit, 18/2016.
- Kraske, Michael (2017): Fahnder im Abhör-rausch, in: Zeit Online, 14.10.2017, URL: <http://www.zeit.de/2017/42/ueberwachung-leipzig-polizei-ermittlungen>.
- Kretschmer, Michael (2017): Im Gespräch mit Silvia Enges, Extremismus-Studie für Ostdeutschland. Sächsischer CDU-Generalsekretär bemängelt Pauschalisierung, in: Deutschlandfunk, Sendung vom 19.05.2017, URL: [http://www.deutschlandfunk.de/extremismus-studie-fuer-ostdeutschland-saechsischer-cdu.694.de.html?dram:article\\_id=386580.Kretschmer](http://www.deutschlandfunk.de/extremismus-studie-fuer-ostdeutschland-saechsischer-cdu.694.de.html?dram:article_id=386580.Kretschmer).
- Kupfer, Frank (2016): „Ich lasse mir Sachsen von niemandem schlechtreden“, in: Der Tagesspiegel, 26.04.2016, URL: <https://causa.tagesspiegel.de/ich-lasse-mir-sachsen-von-niemandem-schlechtreden.html>.
- Lachmann, Harald (2015): Sachsen spart seit Jahren eisern an der Polizei, in: swp.de, 11.03.2015, URL: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/sachsen-spart-seit-jahren-eisern-an-der-polizei-7525844.html>.
- Landesverband der Partei Die Rechte, Website, URL: <http://die-rechte.com/bericht-zum-kinderfest-von-die-rechte-in-erfurt/>.
- Leber, Sebastian (2016): Das gemeine Volk von Freital, in: Der Tagesspiegel, 06.05.2016, URL: <http://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/fremdenfeindlichkeit-in-sachsen-das-gemeine-volk-von-freital/13499134.html>.
- Leubecher, Marcel (2017): In dieser Regierungsstudie wurden sogar Gesprächspartner erfunden, in Welt online, 22.05.2017, URL:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article164821203/In-dieser-Regierungsstudie-wurden-sogar-Gespraechspartner-erfunden.html>.

Locke, Stefan (2016): Sachsen soll wieder stolz sein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.05.2016.

Lüdeke, Ulf (2016): Ex-AfD-Vorstandsmitglied warnt: „Björn Höcke will einen Führer-Staat“, in: Focus online, 20.04.2016, URL: [http://www.focus.de/politik/deutschland/nach-wechsel-zu-erfurter-spd-fraktion-ex-afd-vorstandsmitglied-warnt-bjoern-hoecke-will-einen-fuehrer-staat\\_id\\_5410380.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/nach-wechsel-zu-erfurter-spd-fraktion-ex-afd-vorstandsmitglied-warnt-bjoern-hoecke-will-einen-fuehrer-staat_id_5410380.html).

Lühmann, Michael (2015): Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!, in: weiterdenken.de  
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 16.01.2015, URL:  
<http://www.weiterdenken.de/de/2015/01/16/der-schoss-ist-fruchtbar-noch-aus-dem-das-kroch>.

Mannewitz, Tom/Thieme, Tom (2017): Der Osten unter falschem Verdacht, in Sächsischer Zeitung, 03.06.2017.

Margalit, Gilad (2006): Dresden und die Erinnerungspolitik der DDR, in: historicum.net.

Maxwill, Peter (2016): Was wurde eigentlich aus Freital?, in: Spiegel Online, 01.04.2016, URL:  
<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/freital-in-sachsen-die-fluechtlinge-und-die-rechten-hetzer-a-1084030.html>.

Mayer, Norbert (2015): Offener Brief: Nehmen Sie Ihre Verantwortung für unsere Kinder wahr!, in:  
afd-mittelsachsen.de, 28.11.2015, URL: <https://afd-mittelsachsen.de/v2/index.php/homepage/nachrichtenarchiv/299-offener-brief-nehmen-sie-ihre-verantwortung-fuer-unsere-kinder-wahr>.

Meisner, Matthias et al. (2015): „Nopegida“ schlägt „Pegida“ – nur nicht in Dresden, in: Der Tagesspiegel, 13.01.2015, URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/demonstrationen-in-deutschland-kein-verbot-von-mohammed-karikaturen/11219902-2.html>.

Meisner, Matthias/Radau, Lars (2015): „Vergleiche mit Hoyerswerda sind angebracht“, in: Der Tagesspiegel, 23.06.2015, URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/anti-asyl-proteste-in-freital-vergleiche-mit-hoyerswerda-sind-angebracht/11955918.html>.

Meisner, Matthias (2015): Pegida, Freital, Meißen ... und die CDU. In Sachsen ist was faul, in: Der Tagesspiegel, 29.06.2015, URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/pegida-freital-meissen-und-die-cdu-in-sachsen-ist-was-faul/11982850.html>.

Meisner, Matthias (2016): Das braune Netzwerk von Freital, in: Der Tagesspiegel, 27.04.2016, URL:  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/rechter-terror-und-buergerwehr-das-braune-netzwerk-von-freital/13507340.html>.

- Michelsen, Danny et al. (2017a): *Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe* in Ostdeutschland sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen. Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen, Berlin 2017.
- Michelsen, Danny et al. (2017b): Stellungnahme zum Welt-online-Artikel „In dieser Regierungsstudie wurden sogar Gesprächspartner erfunden“ von Marcel Leubecher vom 22.05.2017, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2017/05/Gegendarstellung-zum-WELT-Artikel.pdf>.
- Morgenroth, Thomas (2016): Die AfD hat in Freital jetzt eine Ortsgruppe, in: Sächsische Zeitung, 26.10.2016.
- Musharbash, Yassin (2004): Erster Auftritt der Rechtsextremen gerät zur Farce, in: Spiegel Online, 21.09.2004, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-in-sachsen-erster-auftritt-der-rechtsextremen-geraet-zur-farce-a-319102.html>.
- Nock, Yannick (2015): „Die Bürger im Osten sind nicht rassistisch“, in: Süddeutsche Zeitung, 27.08.2015.
- NPD Sachsen (2016): Überraschung im Ortsbeirat Prohlis: Gedenken an Bombenterror soll erhalten bleiben“, in: [npd-sachsen.de](http://npd-sachsen.de), 24.08.2016, URL: <https://npd-sachsen.de/ueberraschung-im-ortsbeirat-prohlis-gedenken-an-bombenterror-soll-erhalten-bleiben/>.
- Otto, Jeannette (2015): „Die grinsen uns an“, in: Die Zeit, 45/2015.
- O.V. (1991a): „Alltägliche Jagdszenen“, in: Der Spiegel, 16/1991.
- O.V. (1991b): Mit Eisenstangen und Ketten gegen Wohnheim, in: Sächsische Zeitung, 16.09.1991.
- O.V. (1991c): Gesprächsrunde zum Thema Ausländerhaß: „Wir müssen mit den Jugendlichen sprechen ...“, in: Sächsische Zeitung, 05./06.10.1991.
- O.V. (1991d): Mehr gegenseitiges Verständnis ist nötig, in: Sächsische Zeitung, 09.10.1991.
- O.V. (1991e): „Hart am Rande der Kriminalität“, in: Sächsische Zeitung, 02./03.11.1991.
- O.V. (1991f): Dämme bauen gegen sich ausbreitende Unmenschlichkeit, in: Sächsische Zeitung, 04.11.1991.
- O.V. (1992a): „Wenn es abends regnet, geht das Licht aus. Jugendclubhaus hat kein Geld für Instandhaltung“, in: Sächsische Zeitung, 12.03.1992.
- O.V. (1992b): „Fast 6000 Arbeitslose im Landkreis Freital“, in: Sächsische Zeitung, 06.02.1992.
- O.V. (1992c): „Neonazis im Gut Zscheckwitz? Bisher ist das ein Gerücht“, in: Sächsische Zeitung, 18.03.1992.
- O.V. (1998): Heidenau Schwerpunkt bei Propaganda-Delikten, in: Sächsische Zeitung, 31.12.1998.

- O.V. (2007): Heidenau: Rechter Schläger zeigt vor Polizei den Hitlergruß, in: Sächsische Zeitung, 04.12.2007.
- O.V. (2014): Sachsens AfD hat in Freital die erste eigene Stadtratsfraktion, in: Sächsische Zeitung, 13.01.2014, URL: <http://www.sz-online.de/sachsen/sachsens-afd-hat-in-freital-die-erste-eigene-stadtratsfraktion-2750574.html>.
- O.V. (2015a): Asyl-Kritiker bündeln mit AfD an, in: Sächsische Zeitung, 17.09.2015, URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/asyl-kritiker-baendeln-mit-afd-an-3211639.html>.
- O.V. (2015b): Attacke gegen den Oberbürgermeister, in: Sächsische Zeitung, 09.10.2015, URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/attacke-gegen-den-oberbuergermeister-3219939.html>.
- O.V. (2015c): Polizei kapituliert – Versammlungsverbot für alle, in: welt.de, 28.08.2015, URL: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article145725422/Polizei-kapituliert-Versammlungsverbot-fuer-alle.html>.
- O.V. (2015d): Frauenkirche, URL: [http://archiv.dresden-nazifrei.com/images/stories/material/2015/Redebeitraege/7\\_Frauenkirche.pdf](http://archiv.dresden-nazifrei.com/images/stories/material/2015/Redebeitraege/7_Frauenkirche.pdf).
- O.V. (2016a): Drei Afghanen bei fremdenfeindlichem Angriff verletzt, in: Zeit Online, 05.11.2016, URL: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-11/heidenau-fremdenfeindlicher-uebergreif-afghanen-verletzt>.
- O.V. (2016b): Vize-Regierungschef Dulig gibt CDU Schuld am Rechtsextremismus, in: mdr.de, 27.02.2016, URL: <http://www.mdr.de/sachsen/dulig-kritisiert-cdu-wegen-rechtsextremismus-100.html>.
- O.V. (2016c): Erfurter Ortsteilbürgermeister tritt aus der Linken aus, in: mdr.de, 10.11.2016, URL: <http://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/streit-linke-rechtsextremismus-100.html>.
- O.V. (2016d): Deutsche schätzen Anteil der Muslime viel zu hoch, in: Spiegel Online, 14.12.2016 URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gefuehlte-wahrheit-deutsche-schaetzen-anteil-der-muslime-viel-zu-hoch-a-1125901.html>
- O.V. (2016e): Thüringen ist Kernland des Rechtsrock, in: Thüringer Allgemeine Online, 30.12.2016, URL: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Thueringen-ist-Kernland-des-Rechtsrock-5422184>.
- O.V. (2017): Der rechtsextrem fremdenfeindliche Ossi: Junk Science trifft journalistische Ahnungslosigkeit, in: Sciencefiles.org, 18.05.2017, URL: <https://sciencefiles.org/2017/05/18/der-rechtsextrem-fremdenfeindliche-ossi-junk-science-trifft-journalistische-ahnungslosigkeit/>.

- Patzelt, Werner J. (2017): Ohne Titel, URL: Ohne Titel, URL: <https://www.facebook.com/WJPatzelt/posts/1936730596557077>.
- Pfitzenreiter, Peter (2015): Erklärung zur Asylsituation in Freital, in: [cdu-freital.de](http://www.cdu-freital.de), 05.11.2015, URL: <http://www.cdu-freital.de/erklaerung-zur-asylsituation-in-freital/>.
- Pollmer, Cornelius (2015): Auftritt der pöbelnden Schaummünder, in: Süddeutsche Zeitung, 07.07.2015.
- Pontius, Jakob (2016): Im Teufelskreis des Rassismus, in: Zeit Online, 21.09.2016, URL: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-09/fremdenfeindlichkeit-ostdeutschland-jahresbericht-deutsche-einheit-wirtschaftswachstum-zuwanderung-gewalt>.
- Poutrus, Patrice G./Jan C. Behrends/Dennis Kuck (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, in: Politik und Zeitgeschichte 39, URL: <http://www.bpb.de/apuz/25428/historische-ursachen-der-fremdenfeindlichkeit-in-den-neuen-bundeslaendern>.
- Prüfer, Benjamin (2015): Wie die NPD ostdeutsche Gemeinden unterwandert, in: The Huffington Post, 31.08.2015, URL: [http://www.huffingtonpost.de/2015/08/30/npd-heidenau-rechte-gewal\\_n\\_8063036.html](http://www.huffingtonpost.de/2015/08/30/npd-heidenau-rechte-gewal_n_8063036.html).
- Radke, Johannes (2010): Ein Bollwerk gegen die Ewiggestrigen, in: Zeit Online, 14.02.2010, URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-02/neonazis-linke-dresden>.
- Reinhard, Oliver (2012): Wotansbrüder und Weimarer Front, in: Zeit Online, 16.02.2012, URL: <http://www.zeit.de/2012/08/DDR-Nazis>.
- Richter, Frank (2015): Das Phänomen „PEGIDA“, in: Blog der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, 14.05.2015, URL: [https://www.slpb.de/blog/das-phaenomen-pegida/?tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=50f58555cd4996a1311e5fa2e1c6e108](https://www.slpb.de/blog/das-phaenomen-pegida/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=50f58555cd4996a1311e5fa2e1c6e108)
- Rietzschel, Antonie (2013): Der braune Fleck verschwindet, in: Süddeutsche Zeitung Magazin, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkreis-atlas-der-braune-fleck-verschwindet-1.1755729>.
- Rohrmeier, Sophie (2015): Der Rassismus ist nicht neu, in: Der Tagesspiegel, 28.10.2015.
- Rösing, Patrick (2016): Die Deutschlandkarte der Schande, in: [stern.de](http://www.stern.de), 22.2.2016, URL: <http://www.stern.de/politik/deutschland/fluechtlinge--deutschlandkarte-der-schande---dokumentation-von-uebergriffen-6711190.html>.
- Sächsisches Staatsministerium des Innern: Kleine Anfrage des Abgeordneten Valentin Lippmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drs.-Nr.: 6/5324, Thema: Herkunft rechtsmotivierter

- Straftäter, 30.06.2016, URL: [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok\\_nr=5324&dok\\_art=Drs&leg\\_per=6&pos\\_dok=](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=5324&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=).
- Schaks, Mandy (2015): Gefährliche Busfahrt, in: Sächsische Zeitung, 17.04.2015, URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/gefaehrliche-busfahrt-3083178.html>.
- Schawe, Andrea (2015a): Wie die Bürgerwehr Angst verbreitet, in: Sächsische Zeitung, 06.11.2015.
- Dies. (2015b): Hat er oder hat er nicht?, in: Sächsische Zeitung, 21.11.2015.
- Dies. (2016a): Sicherheitsbedenken bei neuer Asyl-Runde, in: Sächsische Zeitung, 02.02.2016.
- Dies. (2016b): „Das grenzt an Verleumdung“ – Oberbürgermeister Uwe Rumberg (CDU) über „Laut gegen Nazis“, Freital's Image und Pläne für eine Bürgerversammlung, in: Sächsische Zeitung, 02.05.2016.
- Dies. (2016c): Wechsel im AfD-Bürgerbüro, in: Sächsische Zeitung, 28.06.2016, URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/wechsel-im-afd-buergerbuero-3429828.html>.
- Scheffer, Ulrike (2016): Pankower Moschee-Streit 2.0, in: Tagesspiegel online, 20.07.2016, URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/widerstand-gegen-plaene-der-ahmadiyya-gemeinde-fuer-erfurt-pankower-moschee-streit-2-0/13891558.htm>.
- Schirmer, Stefan: Ossid gegen Amis, in: Die Zeit, 04.06.2016.
- Schmeitzner, Mike (2016): Tödlicher Hass: Antisemitismus und Judenverfolgung in Dresden 1933–1945, in: Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung 10 (19), S. 1–28, URL: [http://www.medaon.de/pdf/medaon\\_19\\_Schmeitzner.pdf](http://www.medaon.de/pdf/medaon_19_Schmeitzner.pdf).
- Schulz, Daniel (2004): Unerwünschte Helfer, in: taz, 30.08.2004.
- Seifert, Sabine: Als die Nazis Reißaus nahmen, in: taz, 06.02.2017.
- Serrao, Marc Felix (2017): Die ängstliche Mitte, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 19.03.2017.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2014): Landtagswahl 2014 in Thüringen – endgültiges Ergebnis, URL: <http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2014&zeigeErg=Land>.
- Triesch, Alexander (2016): „Ich gehörte schnell zu den meistgehassten Personen in Freital“, in: Süddeutsche Zeitung, 02.11.2016, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/zivilcourage-ich-gehorte-schnell-zu-den-meist-gehassten-personen-in-freital-1.3231162-2>.
- Statistisches Landesamt Sachsen (2014): Wahlberechtigte, Wähler, Direkt- und Listenstimmenverteilung bei der Wahl am 31. August 2014 in der kreisangehörigen Stadt Freital; Wahlkreis 48 Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 1, URL:

[https://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_alt/pkg\\_s10\\_erg\\_lw.prc\\_erg\\_lw?p\\_bz\\_bzid=LW14&p\\_ebene=GE&p\\_ort=14628110](https://www.statistik.sachsen.de/wpr_alt/pkg_s10_erg_lw.prc_erg_lw?p_bz_bzid=LW14&p_ebene=GE&p_ort=14628110).

Stöss, Richard (2008): Berlin-Brandenburg Bus 2008. Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000–2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008. URL: [http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/forschung/media/rex\\_00\\_08.pdf](http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/forschung/media/rex_00_08.pdf).

Ders./Niedermayer, Oskar (2007): Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg, in: Julius H. Schoeps et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, S. 47–58.

Dies. (2008): Berlin-Brandenburg Bus 2008. Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000–2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008. URL: [http://www.polsoz.fuberlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/forschung/media/rex\\_00\\_08.pdf](http://www.polsoz.fuberlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/forschung/media/rex_00_08.pdf).

Website der Stadt Dresden, URL: <https://www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/geschichte.php>.

Website des Stadtteilzentrums Herrenberg, URL: <http://www.stz-herrenberg.de/>.

Weigel, Matthias: Natürlich gibt es Konflikte mit Mietern. Interview mit Uwe Rumberg, in: Sächsische Zeitung, Freital lokal, 28.01.2015.

Wetzel, Holger (2016): Gästehaus der Stadt Erfurt soll Flüchtlingsunterkunft werden, in: Thüringer Allgemeine, 10.04.2016, URL: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Gaestehaus-der-Stadt-Erfurt-soll-Fluechtlingsunterkunft-werden-2114798282>.

Ders. (2016): Flüchtlinge in alter Erfurter Schule: Andrang bei Bürgerversammlung, in: Thüringer Allgemeine Zeitung, 10.02.2016, URL: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Fluechtlinge-in-alter-Erfurter-Schule-Andrang-bei-Buergerversammlung-1069915004>.

Winter, Steffen (2016): Terrorgruppe „Freital“: Informant hatte womöglich Kontakt zum Verfassungsschutz, in: Spiegel Online, 11.11.2016, URL: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/terrorgruppe-freital-spur-fuehrt-zum-verfassungsschutz-a-1120860.html>.

Winzer, Tobias (2015a): „Wir können nicht alle integrieren“, in: Sächsische Zeitung, 09.09.2015, URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/wir-koennen-nicht-alle-integrieren-3193956.htm>.

Ders. (2015b): Weniger Arbeitslose in Freital, in: Sächsische Zeitung, 31.12.2015, URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/weniger-arbeitslose-in-freital-3286604.html>.

Ders. (2015c): Ex-Bürger sind nun Freie Wähler, in: Sächsische Zeitung, 23.12.2015, URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/ex-buerger-sind-nun-freie-waehler-3282431.html>

Ders. (2016): Freital plant neue Kitaplatz-Vergabe, in: Sächsische Zeitung, 15.01.2016.

Wittig, Christina (1992): Schlechte Jugendarbeit wegen mangelndem Engagement, in: Sächsische Zeitung, 10.01.1992.

## 9.5 Sekundärliteratur

Abrahams, Ray (1998): *Vigilant Citizens. Vigilantism and the State*, Malden.

Adorno, Theodor (1973): *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a.M.

Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Konfliktanalyse und theoretische Rahmenkonzeption, in: dies. (Hrsg.), *Bedrohte Stadtgesellschaften. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktdimensionen*. Weinheim, S. 17–75.

Arendt, Hannah (1958): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt a.M.

Dies. (1970): *Macht und Gewalt*, München.

Dies. (2006): *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München.

Assheuer, Thomas/Hans Sarkowicz (1990): *Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte*, München.

Babka von Gostomski, Christian/Küpper, Beate/Heitmeyer, Wilhelm (2007): Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 5*, Frankfurt a.M., S. 102–128.

Backes, Uwe (2014): „Rechte“ Gewalt in Sachsen, in: ders. et al.: *Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen*, Göttingen, S. 53–72.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1995): Extremismus der Mitte? Kritik an einem modischen Schlagwort, in: Uwe Backes/Jesse, Eckhard (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 7, Baden-Baden: Nomos 1995, S. 13–26.

Dies. (1996): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn.

Dies. (2005): Demokratie und Extremismus – Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, in: dies.: *Vergleichende Extremismusforschung*, Baden-Baden, S. 57–79.

Backes, Uwe/Mletzko, Matthias/Stoye, Jan (2010): *NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt*, Köln.

Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian (2010): Regionale Unterschiede im Rechtsextremismus Jugendlicher, in: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* (3), S. 135–145.

Bauman, Zygmunt (2016): Die Welt in Panik. Wie die Angst vor Migranten geschürt wird, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10, S. 41–50.

- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.
- Becker, Rainer (2016): Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. Die lokale politische Kultur als begünstigender Faktor für die Herausbildung von Rechtsextremismus, in: Wolfgang Frindte et al. (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden, S. 443–461.
- Behrends, Jan/Thomas Lindenberger/Patrice Poutrus (2003): Fremde und Fremd-Sein in der DDR (2003), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung, in: dies. (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin, S. 9–21.
- Beier, Katharina et al. (2006): Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald.
- Benhabib, Seyla (1995): Ein deliberatives Modell demokratischer Legitimität, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 43 (1), S. 3–29.
- Bergmann, Werner/Rainer Erb (1994): Eine soziale Bewegung von rechts? Entwicklung und Vernetzung einer rechten Szene in den neuen Bundesländern, in: Forschungsjournal NSB 2, S. 80–98.
- Berth, Hendrik et al. (Hrsg.) (2015a): Gesichter der ostdeutschen Transformation. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sächsischen Längsschnittstudie im Porträt, Gießen.
- Ders. et al. (2015b): Zentrale Ergebnisse aus 28 Jahren Sächsische Längsschnittstudie, in: Berth, Hendrik et al. (Hrsg.) (2015): Gesichter der ostdeutschen Transformation. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sächsischen Längsschnittstudie im Porträt, Gießen.
- Best, Heinrich/Axel Salheiser/Katja Salomo (2014): Demokratie mit doppelter Diktaturvergangenheit. Überlegungen und Befunde zur Ausprägung eines spezifisch ostdeutschen Rechtsextremismus, in: Elmar Brähler/Wolf Wagner (Hrsg.): Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West, Gießen, S. 149–167.
- Ders. et al. (2015), Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2015, Jena.
- Best, Heinrich (2016): Trends und Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland, in: Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden, S. 119–130.
- Bödecker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. 1. OBS-Arbeitspapier, Frankfurt a.M.
- Borchert, Ralf (2004): „... bisschen was Derberes“: Rechtsterrorismus und Zivilgesellschaft – das Beispiel Weimar, Jena.

- Borstel, Dierk (2009): Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-)Bilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge, in: Stephan Braun et al. (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Wiesbaden, S. 58–74.
- Ders. (2010): Rechtsextremistische Strukturen in Dresden. Erscheinungsbild und Relevanz, in: ders. et al.: Rechtsextreme Strukturen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden, Bielefeld, S. 6–66.
- Ders. (2011): „Braun gehört zu bunt dazu!“. Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Münster.
- Ders. (2012): Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung in Ostdeutschland. Eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt a.M., S. 246–260.
- Ders. (2013): Rechtsextreme Akteursgruppen und Strukturen in Dresden, in: Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.); Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim, S. 257–277.
- Ders./Wilhelm Heitmeyer (2012): Menschenfeindliche Mentalitäten, radikalisierte Milieus und Rechtsterrorismus, in: Stefan Malthaner/Peter Waldmann (Hrsg.): Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen, Frankfurt a.M. u.a., S. 339–368.
- Brandstetter, Benno (2005): Erste Reaktionen auf städtische Schrumpfungprozesse in Ostdeutschland anhand ausgewählter Fallbeispiele, Dresden.
- Brandstetter, Marc (2007): Die sächsische NPD: Politische Struktur und gesellschaftliche Verwurzelung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (2), S. 349–367.
- Brinkmann, Ulrich et al. (2006): Prekäre Arbeit – Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006.
- Broszinsky-Schwabe, Edith (1990): Die DDR-Bürger im Umgang mit „Fremden“ – Versuch einer Bilanz der Voraussetzungen für ein Leben in einer multikulturellen Welt, in: Sanem Kleff et al. (Hg.): BRD – DDR. Alte und neue Rassismen im Zuge der deutsch-deutschen Einigung, Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt (Main), S. 18–44.
- Brück, Wolfgang (1992): Skinheads als Vorboten der Systemkrise. Die Entwicklung des Skinhead-Problems bis zum Untergang der DDR, in: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth (Hg.): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln, S. 37–46.

- Buchstein, Hubertus/Gudrun Heinrich (Hrsg.) (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach/Ts.
- Buck, Elena/Jana Hönke (2013): Pioniere der Prekarität – Ostdeutsche als Avantgarde des neuen Arbeitsmarktregimes, in: Maximilian Schochow/Rebecca Pates (Hrsg.): Der „Ossi“. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden, S. 23–54.
- Bude, Heinz (1997): Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948, Frankfurt a.M.
- Bulmahn, Thomas (2000): Das vereinte Deutschland – eine lebenswerte Gesellschaft? Zur Bewertung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit in Ost und West, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 52 (3), S. 405–427.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2016, Berlin.
- Bundschuh, Stephan (2004): Aneignung von Räumen als rechtsextreme Strategie. Über das Konzept der so genannten „national befreiten Zonen“, in: Deutsches Jugendinstitut Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Hrsg.): Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit, Halle, S. 10–21.
- Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten, Münster.
- Campbell, Donald T. (1965): Ethnocentric and Other Altruistic Motives, in: David Levine (Hrsg.), Nebraska Symposium on Motivation. Bd. 13. Lincoln, S. 283–311.
- Castel, Robert (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg.
- Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter. Teil 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen.
- Claussen, Johann Hinrich (2010): Gottes Häuser oder die Kunst, Kirchen zu bauen und zu verstehen. Vom frühen Christentum bis heute, München.
- Crothers, Lane (2003): Rage on the Right. The American Militia Movement from Ruby Ridge to Homeland Security, Lanham, Maryland.
- Cuperus, René (2015) Wie die Volksparteien (fast) das Volk einbüßten. Warum wir den Weckruf des Populismus erhören sollten, in: Ernst Hillebrand (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn, S. 149–158.
- D’Antonio, Oliver (2014): Zwischen Rathaus, Milieu und Netzwerk. Über die lokale Verankerung politischer Parteien, Wiesbaden.
- Dahrendorf, Ralf (1964): The New Germanies, in: Encounter, 22, S. 50–58.
- Danyel, Jürgen (Hrsg.) (1995): Die geteilte Schuldfrage. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin.

- Danyel, Jürgen/Olaf Groehler/Mario Keßler (1994): Antifaschismus und Verdrängung. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hrsg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin, S. 148–152.
- Decker, Oliver (2010): Das Veralten des Autoritären Charakters, in: ders. et al. (Hrsg.): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin, S. 29–41.
- Ders. (2015): Narzisstische Plombe und sekundärer Autoritarismus, in: ders./Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus, Gießen, S. 21–33.
- Ders./Elmar Brähler (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.
- Ders./Elmar Brähler (2016): Ein Jahrzehnt der Politisierung. Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016, in: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Gießen 2016, S. 95–136.
- Ders. et al. (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Berlin.
- Ders./Johanne Kiess/Elmar Brähler (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig.
- Decker, Oliver et al. (2016), Die „Mitte“-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Gießen 2016, S. 23–66.
- Dekker, Paul/Peter Ester (1987): Working-Class Authoritarianism. A Re-Examination of the Lipset Thesis, in: European Journal of Political Research 15 (4), S. 395–415.
- Demuth, Christian/Jakob Lempp (2006): Einführung: Die Parteien in Sachsen, in: Dies. (Hg.): Die Parteien in Sachsen, Dresden, S. 9–18.
- Dierbach, Stefan (2010): Jung – rechts – unpolitisch? Die Ausblendung des Politischen im Diskurs über Rechte Gewalt, Bielefeld.
- dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2016): Sachsen-Monitor 2016. Ergebnisbericht, Bonn.

- Dimitroff, Georgi (1935): Der Faschismus und die Arbeiterklasse. Bericht des Genossen Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, in: Theo Pirker (Hrsg.): Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Stuttgart 1965, S. 187.
- Diner, Dan (1998): Verkehrte Welten: Antiamerikanismus in Deutschland. Ein historischer Essay, Frankfurt a.M.
- Ders. (2002): Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, Berlin.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Lutz Raphael (2008): Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen.
- Dies./Thomas Schlemmer (Hrsg.) (2016): Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen.
- Dörfler, Thomas (2013): Milieu und Raum – Zur relationalen Konzeptionalisierung eines sozio-räumlichen Zusammenhangs, in: ders./Rothfuß, Eberhard (Hrsg.): Raumbezogene qualitative Sozialforschung. Wiesbaden, S. 33–59.
- Döring, Uta (2008): Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive, Wiesbaden.
- Dornbusch, Christian/Jan Raabe (2004): RechtsRock. Das Modernisierungsmoment der extremen Rechten, in: Stephan Braun/Daniel Hoersch (Hrsg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr, Wiesbaden, S. 123–132.
- Dörre, Klaus (2008): Prekarisierung der Arbeit: Fördert sie einen neuen Autoritarismus?, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen, S. 241–253.
- Dülmer, Hermann/Ohr, Dieter (2008): Rechtsextremistische Wahlabsicht und regionaler Kontext: Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift 49 (3), S. 491–517.
- Dükel, Frieder/Bernd Geng (2008): Jugendgewalt und Möglichkeiten der Prävention. Gewalterfahrungen, Risikofaktoren und gesellschaftliche Orientierungen von Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald und auf der Insel Usedom. Ergebnisse einer Langzeitstudie 1998 bis 2006, Mönchengladbach.
- Dies. (2014a): Rechtsextremistisches und fremdenfeindliches Gefährdungspotential in peripheren ländlichen Räumen. Eine Forschungsskizze, in: Dirk Baier/Thomas Mößle (Hrsg.): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag, Baden-Baden, S. 149–179.

- Dies. (2014b): Gewalt und Rechtsextremismus in ländlichen Räumen. Response zum Beitrag von Wilhelm Heitmeyer, in: dies./Thomas Schlegel (Hrsg.): Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden S. 147–161.
- Durkheim, Émile (2006): Der Selbstmord, Frankfurt a.M.
- Dyke, Elizabeth A. Ten (2001): Dresden: Paradoxes of Memory in History, London u.a.
- Edinger, Michael (2010): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung, Jena.
- Ders./Hallermann, Andreas: Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems am Beispiel Thüringen. Frankfurt a.M. 2004.
- Edinger, Michael/Hallermann, Andreas/Schmitt, Karl (2005): 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2005. Jena.
- Eisenberg, Johannes/Lea Voigt/Manuel Vogel (Hrsg.) (2014): Antifaschismus als Feindbild. Der Prozess gegen den Pfarrer Lothar König, Hamburg.
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (1990): Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a.M.
- Elster, Jon (1995): Strategic Uses of Argument, in: Kenneth Arrow et al. (Hrsg.): Barriers to Conflict Resolution, New York, S. 236–257.
- Engler, Wolfgang (2000): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin.
- Erikson, Erik H. (1973): Identität und Lebenszyklus, Frankfurt a.M.
- Fahrenberg, Jochen/Steiner, John M. (2004): Adorno und die autoritäre Persönlichkeit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 56 (1), S. 127–152.
- Fischer, Benjamin/Tatiana Volkmann (2008): Anerkennung durch kommunales Engagement? Rechtsextremismus in Ueckermünde, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 21 (4), S. 45–51.
- Fischer, Henning (2011): Erinnerung an und für Deutschland. Dresden und der 13. Februar 1945 im Gedächtnis der Berliner Republik, Münster.
- Fischer, Joachim (1972): Die sächsische Landeskirche im Kirchenkampf 1933–1937, Göttingen.
- Flick, Uwe et al. (1991): Handbuch Qualitative Sozialforschung, München, S. 177–182.
- Flick, Uwe (2006): Triangulation, in: Ralf Bohnsack/Winfried Marotzki/Michael Meuser (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung, Opladen, S. 161–162.
- Forrest, Ray/Ade Kearns (2001): Social Cohesion, Social Capital and the Neighbourhood, in: Urban Studies 38 (12), S. 2125–2143.

- Forst, Rainer (2007): Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.
- Fraenkel, Ernst (1960): Das amerikanische Regierungssystem: eine politologische Analyse, Köln u.a.
- Freud, Sigmund (1972): Massenpsychologie und Ich-Analyse, in: ders., Gesammelte Werke. Bd. 13. Frankfurt a.M., S. 71–161.
- Frevert, Ute (1998): Die Sprache des Volkes und die Rhetorik der Nation. Identitätssplitter in der deutschen Nachkriegszeit, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn, S. 18–31.
- Frindte, Wolfgang/Daniel Geschke (2016): Ideologien der Ungleichwertigkeit und Rechtsextremismus aus der Sicht der Theorie eines identitätsstiftenden politischen Fundamentalismus, in: dies./Nicole Haußecker/Franziska Schmidtke (Hrsg.): Rechtsextremismus Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 149–192.
- Fulbrook, Mary (2008): Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt.
- Geiges, Lars et al. (2015a): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld.
- Geiges, Lars (2015b): Occupy in Deutschland. Die Protestbewegung und ihre Akteure, Bielefeld.
- Ders. (2016): Nach dem Hype. Drei Entwicklungen von PEGIDA seit dem Winter 2014/2015, in: Karl-Siegbert Rehberg/Franziska Kunz/Tino Schlinzig (Hrsg.): PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ‚Wende‘-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld, S. 133–146.
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und Qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden.
- Glaser, Stefan/Thomas Pfeiffer (Hrsg.) (2013): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. Schwalbach/Ts.
- Göttinger Institut für Demokratieforschung (2016): Büchse der Pandora? PEGIDA im Jahr 2016 und die Profanisierung rechtspopulistischer Positionen, Göttingen (i.E.).
- Grabb, Edward G. (1979): Working-Class Authoritarianism and Tolerance of Outgroups: A Reassessment, in: Public Opinion Quarterly 43 (1), S. 36–47.
- Grau, Andreas (2016): Zum Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum, in: Kemal Bozay/Dierk Borstel (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden, S. 7–23.
- Ders./Eva Groß/Jost Reinecke (2012): Abgehängte Sozialräume. Der Einfluss von Jugendarbeitslosigkeit für Orientierungslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin, S. 129–150.

- Green, Donald P./McFalls Laurence/Smith, Jennifer K. (2001): Hate Crime: An Emergent Research Agenda, in: *Annual Review of Sociology* 27, S. 479–504.
- Greger, Nick W. (2005): *Verschenkte Jahre: Eine Jugend im Nazi-Hass*, Norderstedt.
- Grumke, Thomas/Bernd Wagner (2002) (Hrsg.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*, Opladen.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M.
- Häder, Michael (2009): *Der Datenschutz in den Sozialwissenschaften. Anmerkungen zur Praxis sozialwissenschaftlicher Erhebungen und Datenverarbeitung in Deutschland*, Working Paper Series des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten, Bd. 90, Juni 2009, URL: [https://www.ratswd.de/download/RatSWD\\_WP\\_2009/RatSWD\\_WP\\_90.pdf](https://www.ratswd.de/download/RatSWD_WP_2009/RatSWD_WP_90.pdf).
- Hadjar, Andreas (2004): *Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Die Rolle des hierarchischen Selbstinteresses*, Wiesbaden.
- Hafeneger, Benno/Reiner Becker (2007): *Rechte Jugendcliquen in Hessen*, Schwalbach/Ts.
- Dies. (2008): *Die extreme Rechte als dörfliches Alltagsphänomen. Das Beispiel Hessen*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 21 (4), S. 39–44.
- Hallermann, Andreas (2008): *Das Parteiensystem*, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*. Wiesbaden, S. 453–468.
- Häusler, Alexander (2016): *Die AfD als rechtspopulistischer Profiteur der Flüchtlingsdebatte*, in: Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechts-extreme Einstellungen in Deutschland*, Gießen, S. 167–178.
- Haury, Thomas (2003): *Von der Demokratie zum Dollarimperialismus. Linke Amerikabilder bei Karl Marx, der KPD der Weimarer Republik und der frühen SED*, in: Michael Hahn (Hg.): *Nichts gegen Amerika. Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte*, Hamburg, S. 50–65.
- Heitmeyer, Wilhelm (1992): *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*, Weinheim.
- Ders. (1999): *Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in den Städten und Kommunen*, in: Peter Kalb/Karin Sitte/Christian Petri (Hrsg.): *Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?* 5. Weinheimer Gespräche. Weinheim/Basel, S. 47–79.
- Ders. (2002): *Rechtsextremistische Gewalt*, in: ders./John Hagan (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden, S. 501–546.

- Ders. (2008): Die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Der Kern der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a.M., S. 36–44.
- Ders. (2009): Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozess und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in: ders. (Hrsg.): Deutsch-deutsche Zustände. 20 Jahre nach dem Mauerfall. Frankfurt a.M. 2009, S. 13–49.
- Ders. (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entsicherten Jahrzehnt, in: ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin, S. 15–41.
- Ders. (2014): Rechtsextremismus im ländlichen Raum, in: Frieder Dünkel/Michael Herbst/Thomas Schlegel (Hrsg.): Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden, S. 131–146.
- Ders./Andreas Grau (2013): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement, in: dies. (Hrsg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim, S. 9–33.
- Herf, Jeffrey, Zweierlei Erinnerung, Harvard, Berlin 1998.
- Hindrichs, Wolfgang et al. (2000): Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen.
- Hofstaedter, Richard (1964): The Paranoid Style in American Politics, in: Harper's Magazine 11, S. 77–86.
- Höhne, Jörg, (2010): Verfahren zur Anonymisierung von Einzeldaten. Statistik und Wirtschaft Bd. 16, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, URL: [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistikWissenschaft/Band16\\_AnonymisierungEinzeldaten\\_1030816109004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistikWissenschaft/Band16_AnonymisierungEinzeldaten_1030816109004.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff: 15.09.2014).
- Honecker, Erich (1966): Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des ZK der SED, abgedruckt in: Günter Agde (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 2000.
- Honneth, Axel (2011): Verwilderungen des sozialen Konflikts: Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts. MPIfG Working Paper 11 (4), Köln.
- Hopf, Christel (1993): Rechtsextremismus und Beziehungserfahrungen, in: Zeitschrift für Soziologie 22 (6), S. 449–463.
- Hövermann, Andreas (2013): Anomia – Normlosigkeit und Vorurteile im lokalen Kontext, in: Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim, S. 132–149.

- Hüpping, Sandra (2006): Anomia – Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt a.M., S. 93–107.
- Dies./Jost Reinecke (2007): Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt a.M., S. 77–101.
- Ignazi, Piero (1992): The Silent Counter-Revolution, Hypotheses on the Emergence of Extreme Right-Wing Parties in Europe, in: European Journal of Political Research 22 (1), S. 3–34.
- Innenministerium Freistaat Thüringen (2015): Verfassungsschutzbericht 2014/2015.
- Janssen, Wiebke (2012): „Halbstarke“ in der DDR – der ideologische Kampf der SED gegen die „amerikanische Lebensweise“, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, Münster, S. 169–182.
- Jaschke, Hans-Gerd (2006): Politischer Extremismus, Wiesbaden.
- Jesse, Eckhard (2010): Die sächsische Landtagswahl vom 30. August 2009: Sachsens Vorreiterrolle für den Bund, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2), S. 322–339.
- Ders./Thomas Schubert/Tom Thieme (2014): Politik in Sachsen, Wiesbaden.
- Jesse, Eckhard (2016): Regionale politische Kultur in Sachsen. Befunde eines sächsischen Weges, in: Werz, Nikolaus/Koschkar Martin (Hg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden, S. 189–209.
- Jörke, Dirk (2010): Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 20 (3/4), S. 269–290.
- Ders. (2014): Die populistische Herausforderung der Demokratietheorie, oder unliebsame Gemeinsamkeiten zwischen deliberativen und agonistischen Modellen der Demokratie, in: Claudia Landwehr/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): Deliberative Demokratie in der Diskussion, Baden-Baden, S. 369–391.
- Ders./Veith Selk (2015): Der hilflose Antipopulismus, in: Leviathan 43 (4), S. 484–500.
- Kahl, Alice (2003): Erlebnis Plattenbau. Eine Langzeitstudie, Opladen.
- Kailitz, Steffen (2004): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Keller, Carsten (2005): Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt a.M.
- Klärner, Andreas (2006): „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“ – Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt, in: ders./Michael Kohlstruck: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg, S. 44–67.
- Ders. (2008): Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten, Hamburg.

- Ders./Michael Kohlstruck (2006): Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in: dies. (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg, S. 7–41.
- Klatt, Johanna/Franz Walter (2011): *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*, Bielefeld.
- Klein, Anna (2014): *Mitten in einer entleerten Demokratie?*, in: dies./Andreas Zick (Hrsg.): *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, Bonn, S. 85–101.
- Dies./Beate Küpper/Andreas Zick (2009): *Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Deutsch-deutsche Zustände. 20 Jahre nach dem Mauerfall*, Bonn, S. 93–112.
- Klose, Joachim/Werner J. Patzelt (2016): *Pegida. Warnsignale aus Dresden*, Dresden.
- Ködderitzsch, Peter/Leo Müller (1990): *Rechtsextremismus in der DDR*, Göttingen.
- Köditz, Kerstin (2009): *Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen*, Berlin.
- Kollmorgen, Raj (2005): *Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft*, Wiesbaden.
- König, Katharina/Quent, Matthias (2012): *Anfänge in der DDR. Stationen der Entwicklung der Thüringer Neonaziszene seit 1990*, in: Bodo Ramelow (Hrsg.), *Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal*. Hamburg, S. 54–65.
- Korfes, Gunhild (1992): *Rechtsextreme Bewegungen und rechtslastige Jugendkulturen in Ostdeutschland*, in: Christoph Butterwegge et al. (Hg.): *Rassismus in Europa*, Bund-Verl., Köln, S. 71–85.
- Kornhauser, William (1959): *The Politics of Mass Society*, Glencoe.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2003): *Das bewegte Jahrzehnt, Geschichte der DDR von 1949 bis 1961*, Bonn.
- Ders. (2009): *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München.
- Kroll, Frank-Lothar (2013): *Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg*, Berlin.
- Krüger-Potratz, Marianne (1991): *Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR*, Münster/New York.
- Kubiczek, André (2012): *Der Genosse, die Prinzessin und ihr lieber Herr Sohn*, München.
- Kühnel, Steffen/Schmidt, Peter (2002): *Orientierungslosigkeit. Ungünstige Effekte für schwache Gruppen*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt a.M., S. 62–74.
- Küpper, Beate/Andreas Zick (2011): *Macht Armut menschenfeindlich? Zusammenhänge in acht europäischen Ländern*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 9*. Berlin, S. 84–105.

- Kurthen, Hermann et al. (Hrsg.) (2002): Antisemitism and Xenophobia in Germany After Unification, New York.
- Laclau, Ernesto (2002): Emanzipation und Differenz, Wien.
- Ders./Mouffe, Chantal (1991): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien.
- Lamnek, Siegfried (2002): Qualitative Interviews, in: Eckard König/Peter Zedler (Hrsg.): Qualitative Forschung, Weinheim, S. 157–193.
- Ders. (2005): Gruppendiskussion. Theorie und Praxis, Weinheim.
- Lang, Jürgen P. (2006): Was ist Extremismusforschung? – Theoretische Grundlagen und Bestandsaufnahme, in: Backes, Uwe/Eckhard Jesse (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen, S. 41–85.
- Lange, Dirk (2010): Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Schwalbach/Ts.
- Langenbach, Martin/Martin Raabe (2013): Rechtsrock. Made in Thüringen, Erfurt.
- Langer, Hermann (1995): Rechtsextremistische Tendenzen – versäumte Lektionen der Vergangenheit?, in: Bernhard Claussen et al. (Hrsg.): Bewältigungen: Politik und Politische Bildung im vereinigten Deutschland, Krämer, Hamburg, S. 349–362.
- Leggewie, Claus (2015): Populisten verstehen. Ein Versuch zur Politik der Gefühle, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden, S. 139–154.
- Lemke, Michael (2000): Nationalismus und Patriotismus in den frühen Jahren der DDR, in: APuZ 50, S. 11–19.
- Lenk, Kurt (1994): Motive rechtsradikalen Verhaltens, in: ders., Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus, Baden-Baden, S. 337–344.
- Leo, Anette (2009): Antifschismus, in: Sabrow Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München, S. 30–42.
- Lipset, Seymour M. (1959): Democracy and Working-Class Authoritarianism, in: American Sociological Review 24 (4), S. 482–501.
- Ders. (1962): Soziologie der Demokratie, Neuwied u.a.
- Ders./Earl Raab (1970): The Politics of Unreason. Right-Wing Extremismus in America 1790–1970, New York.

- Lippert, Hans-Georg (2016): „Eine Insel Utopia“. Freitaler Stadtplanungen in den 1920er Jahren, in: Dresdner Geschichtsverein e.V. (Hrsg.): Freital – eine Industriestadt im Wandel. Dresdner Hefte 34 (125), Dresden, S. 27–35.
- Loos, Peter/Burkhard Schäffer (2001): Gruppendiskussionsverfahren. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendung, Wiebaden.
- Lorke, Christoph (2012): „Ungehindert abreagieren“. Hooliganismus in der späten DDR im Spannungsfeld von Anstandsnormen, Sozialdisziplinierung und gesellschaftlichen Randlagen, in: Deutschland Archiv, 03.05.2012, URL: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/135223/hooliganismus-in-der-ddr?p=all>.
- Lühmann, Michael (2017a): „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Es gibt keinen Dritten Weg.“ Wie die SED im Jahr 1965 beschloss, die Realität abzuschaffen und darüber ihren Nachwuchs verlor, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Deutschland Archiv 2016, Bonn, S. 44–57.
- Ders. (2017b): Radikale Christen. Über den kirchlichen Umgang mit rechten Diskursverschiebungen, in: INDES, Jg. 6 , H.1, S. 87–93.
- Luhmann, Niklas (2009): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart.
- Maase, Kaspar (2003): Körper, Konsum, Genuss – Jugendkultur und mentaler Wandel in beiden deutschen Gesellschaften, in: APuZ B 45, S. 9–16.
- Maegerle, Anton (2002): Rechtsextremistische Gewalt und Terror, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke, Opladen, S. 159–172.
- Malycha, Andreas (2016): Konsumsozialismus. Kontroversen um die Wirtschaftsstrategie im SED-Politbüro unter Erich Honecker, in: INDES 5 (1), S. 80–87.
- Mansel, Jürgen/Kirsten Endrikat/Sandra Hüpping (2006): Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt a.M., S. 39–66.
- Mantino, Susanne (1999): Ursachen von Rechtsextremismus. Ein heuristisches Erklärungskonzept, Baden-Baden.
- Marburger, Helga et al. (1992): Situation der Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR vor und nach der Wende, in: Helga Marburger (Hrsg.): „Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet“. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR vor und nach der Wende, Frankfurt a.M., S. 4–75.

- Marg, Stine (2014): *Mitte in Deutschland. Zur Vermessung eines politischen Ortes*, Bielefeld.
- Marth, Julia (2013): *Politische Machtlosigkeit, Fremdenfeindlichkeit und sozialer Zusammenhalt im lokalen Kontext*, in: Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*, Weinheim, S. 59–93.
- Mecheril, Paul/Monica van der Haagen-Wulff (2016): *Bedroht, angstvoll, wütend. Affektlogik der Migrationsgesellschaft*, in: Maria do Mar Castro Varela/Paul Mecheril (Hrsg.): *Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart*, Bielefeld, S. 119–141.
- Menhorn, Christian (2001): *Skinheads: Portrait einer Subkultur*, Baden-Baden.
- Meuschel, Sigrid (1988): *Kulturnation oder Staatsnation?: zur Renaissance der Suche nach nationaler Identität in beiden deutschen Staaten*, in: *Leviathan* Jg. 16, H. 3, S. 406–435.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2009): *Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage*, in: Pickel, Susanne et al. (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft: Neue Entwicklungen und Anwendungen*. Wiesbaden, S. 465–481.
- Mocan, Naci/Christian Raschke (2016): *Economic well-being and anti-Semitic, xenophobic and racist attitudes in Germany*, in: *European Journal of Law and Economics* 41 (1), S. 1–63.
- Mohler, Armin (1978): *Die nominalistische Wende*, in: *Criticón* 47, S. 139–145.
- Möller, Kolja (2015): *Formwandel der Verfassung. Die postdemokratische Verfasstheit des Transnationalen*, Bielefeld.
- Möller, Kurt (2010): *Regionale Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus aus sozialwissenschaftlicher und (sozial-)pädagogischer Perspektive*, in: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 2, S. 159–164.
- Möllers, Christoph (2007): *‘We are (afraid of) the People’: Constituent Power in German Constitutionalism*, in: Martin Loughlin/Neil Walker (Hrsg.): *The Paradox of Constitutionalism: Constituent Power and Constitutional Form*, Oxford, S. 87–105.
- Mouffe, Chantal (2000): *The Democratic Paradox*, London.
- Dies. (2005): *The ‘End of Politics’ and the Challenge of Right-Wing Populism*, in: Francisco Panizza (Hrsg.): *Populism and the Mirror of Democracy*, London, S. 50–72.
- Müggenburg, Andreas (1996): *Die ausländischen Vertragsarbeitnehmer in der ehemaligen DDR. Darstellung und Dokumentation*, hrsg. vom Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Berlin.
- Müller, Jan-Werner (2010): *Verfassungspatriotismus*, Berlin.
- Ders. (2016): *Was ist Populismus?*, Berlin.

- Münkler, Herfried (2002): Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen, in: Eckard Jesse et al. (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus, DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg, S. 79–99.
- Ders. (2009): Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2015): Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3, S. 81–89.
- Ders. (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin.
- Neckel, Sighart (1999): Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989, Frankfurt a.M.
- Neller, Katja (2006): DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden.
- Neu, Viola/Sabine Pokorny (2015): Ist „die Mitte“ (rechts)-extremistisch?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40, S. 3–8.
- Neubert, Falk (2013): Sächsische Demokratie. Ein Erklärungsversuch, in: Imke Schmincke/Jasmin Siri (Hrsg.): NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse, Bielefeld, S. 79–90.
- Neugebauer, Gero (2000): Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn, S. 13–37.
- Neumann, Franz (1967): Angst und Politik, in: ders.: Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt a.M., S. 184–214.
- Niederländer, Lonie (1989): Das politische Wesen der Skinheadgruppierungen und ihre Sicherheitsrelevanz. Unveröffentlichter Forschungsbericht, Berlin.
- Niethammer, Lutz (2000): Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Hamburg.
- Ders. (2009): Das Kollektiv, in: Sabrow Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, S. 269–280, München.
- Oesterreich, Detlef (1993): Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West, Weinheim/München.
- Offe, Claus (2001): Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen?, in: ders./Martin Hartmann (Hrsg.): Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt a.M.
- Ders./Fuchs, Susanne (2001): Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland, in: Robert Putnam (Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich.

- Gütersloh, S. 417–514.
- Ohse, Marc-Dietrich (2003): *Jugend nach dem Mauerbau, Anpassung Protest und Eigensinn. DDR 1961–1974*, Berlin.
- Pätzold, Kurt (2004): Auch die Geschichte kennt ihre Zahltag. Die Debatte über den „Bombenkrieg“, in: Michael Klundt (Hrsg.): *Heldenmythos und Opfertaumel. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen im deutschen Geschichtsdiskurs*, Köln, S. 14–40.
- Pettit, Philip (1997): *Republicanism. A Theory of Freedom and Government*, Oxford.
- Petzke, Martin et al. (2007): Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 5*, Frankfurt a.M., S. 52–76.
- Peucker, Christian/Martina Gaßebner/Klaus Wahl (2001): Analyse polizeilicher Ermittlungsakten zu fremdenfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremistischen Tatverdächtigen, in: Klaus Wahl (Hrsg.): *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern*, Berlin.
- Pfahl-Traughber, Armin (1999): Der „zweite Frühling“ der NPD zwischen Aktion und Politik, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus und Demokratie. Bd. 11*, Baden-Baden, S. 146–166.
- Ders. (2009): Die Besonderheiten des Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Eine Analyse gesellschaftlicher und lagerinterner Bedingungsfaktoren, in: *vorgänge 48 (3)*, S. 94–108.
- Piefel, Matthias (2004): *Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879–1914*, Göttingen.
- Pieken, Gorch (2016): *The Benchmark: Dresden, 13. Februar 1945. Vom Umgang einer Stadt mit ihrer Geschichte*, in: *APuZ 5–7*, S. 15–22.
- Plenzdorf, Ulrich (1968): *Die neuen Leiden des jungen W. Urmanuskript*.
- Plum, Catherine (2015): *Antifascism After Hitler. East German Youth and Socialist Memory, 1949–1989*, New York.
- Poiger, Uta G. (1997): Jazz und (ost)deutsche Respektabilität in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hrsg.): *Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte*, Berlin.
- Dies. (2000): *Jazz, Rock and rebels. Cold war politics and American culture in a divided Germany*, Berkley, Calif. u.a.
- Dies. (2001): Die Ideologie des Kalten Krieges und die amerikanische Populärkultur in Deutschland in: Detlef Junker (Hrsg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, S. 667–675, Stuttgart/München.

- Dies. (2003): Amerikanisierung oder Internationalisierung? Populärkultur in beiden deutschen Staaten. In: APuZ 45, S. 17–24.
- Pollack, Detlef (2006): Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt, in: APuZ 30–31, S. 3–7.
- Pollock, Friedrich (1955), S. 37, zit. nach Bohnsack, Ralf (2000): Gruppendiskussion, in: Uwe Flick/Ernst von Kardoff/Ines Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg, S. 369–384.
- Popper, Karl (1957): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 1: Der Zauber Platons, Bern.
- Putnam, Robert (2000): Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community, New York.
- Quent, Matthias (2012): Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen. Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens, Magdeburg.
- Ders. (2014): Der „Volkstod“ und die übriggebliebenen. Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen, in: Berliner Debatte Initial 25 (1), S. 40–53.
- Ders. (2015a): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten: Skizze des Vorhabens, in: ders./Schulz, Peter, Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden, S. 21–40.
- Ders. (2015b): Fallstudie IV: Erfurt, in: ders./Peter Schulz: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden, S. 211–265.
- Ders. (2016a): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim.
- Ders. (2016b): Selbstjustiz im Namen des Volkes: Vigilantistischer Terrorismus, in: APuZ 24–25, S. 20–26.
- Ders. (2016c): Vigilantismus – die Inszenierung rechter Bürgerwehren, in: Alexander Häusler/Fabian Virchow (Hrsg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments. Eine Flugschrift, Hamburg, S. 84–94.
- Petersen, T. et al.: Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013, Gütersloh 2013.
- Poutrus, Patrice G. (2005): Bomben auf Elbflorenz. Antiamerikanismus in der SED-Propaganda zur Erinnerung an die Zerstörung Dresdens, in: Martin Sabrow (Hrsg.): ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschungen, Berlin, S. 118–130.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr (2014): Qualitative Sozialforschung: ein Arbeitsbuch, München.
- Rauhut, Michael (1999): Rockmusik in der DDR. Politische Koordinaten und alltägliche Dimensionen in: APuZ 28–29, S. 32–38.

- Ders. (2002): Rock in der DDR, Bonn.
- Rawls, John (1998): Politischer Liberalismus. Frankfurt a.M.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2014): Dresden als Raum des Imaginären. „Eigengeschichte“ und Mythenbildung als Quelle städtischer Identitätskonstruktionen, in: Symbolische Ordnungen. Beiträge zu einer soziologischen Theorie der Institutionen. Hrsg. v. Hans Vorländer. Baden-Baden, S. 455-466.
- Rembold, Elfie (2003): „Dem Eindringen westlicher Dekadenz ist entgegenzuwirken“. Jugend und die Kultur des Feindes in der DDR, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin, S. 193–214.
- Reuband, Karl-Heinz (2015): Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: MIP 21, S. 133–143.
- Richter, Bianca (2008): Rechter Alltag – Ein Bericht über die „deutschen Zustände“ in Reinhardtsdorf-Schöna und Kleingießhübel. Berlin.
- Richter, Michael (2006): Die Geschichte der Parteien in Sachsen bis 1990, in: Christian Demuth u.a. (Hrsg.), Die Parteien in Sachsen, Dresden, S. 37–57.
- Ders. (2009): Die friedliche Revolution: Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90. Bd. 2, Göttingen.
- Ders. (2015): Der PEGIDA-Komplex und die politische Kultur des Landes, in: Dresdner Hefte 33 (123), S. 72–79.
- Rippl, Susanne/Dirk Baier (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57 (4), S. 644–666.
- Rippl, Susanne et al. (2016): Pegida und Co. – Erste Ergebnisse einer Telefonumfrage in Chemnitz. Erklärungsansätze und erste Befunde. Forschungsbericht: TU Chemnitz, Institut für Soziologie
- Rokeach, Milton (1960): The Open and Closed Mind. Investigations into the Nature of Belief Systems and Personality Systems, New York.
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur: Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin.
- Rorty, Richard (1998): Truth and Moral Progress. Philosophical Papers, Cambridge.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt a.M.
- Ders. (2016a): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin.
- Ders. (2016b): Der Versuch einer sklerotischen Gesellschaft, sich die Welt vom Leibe zu halten – und ein Vorschlag zum Neuanfang, in: Karl-Siegbert Rehberg/Franziska Kunz/Tino Schlinzig

- (Hrsg.): PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ‚Wende‘-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld, S. 289–296.
- Rosanvallon, Pierre (2016): Die gute Regierung, Hamburg.
- Rosenthal, Gabriele (2005): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Weinheim.
- Roth, Roland (2004): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft – Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie, in: Ansgar Klein et al. (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden, S. 41–64.
- Ruf, Christoph/Olaf Sundermeyer (2009): In der NPD. Reisen in die national befreite Zone, München.
- Runge, Irene: Das Ende ist bekannt: Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß in der DDR, in: Christoph Butterwegge et al. (Hrsg.): Rassismus in Europa, Bund-Verl., Köln, 1992, S. 58–70.
- Saldern, Adelheid von (2009): Die Platte, in: Sabrow Martin (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München, S. 301–311.
- Salzborn, Samuel (2015): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden.
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 4 (1), S. 131–156.
- Ders. (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a.M.
- Schedler, Andreas (1996): Anti-Political-Establishment Parties, in: Party Politics 2 (3), S. 291–312.
- Schellenberg, Britta (2014): Mügeln. Die Entwicklung rassistischer Hegemonien und die Ausbreitung der Neonazis. Schriften zur Demokratie. Hrsg. von Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen. Dresden.
- Dies. (2014b), Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen, Wiesbaden.
- Scheuch, Erwin/Hans Klingemann (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12, S. 11–29.
- Schiedel, Heribert (2015): „Abendland in Christenhand!“ Autoritäre und rassistische Mobilisierungen in der Post-Demokratie, in: Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie 18 (2), S. 13–31.
- Schmidt, Jochen (2003): Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging, Berlin.

- Schmidt, Rüdiger (2010): Sieger der Geschichte? Antifaschismus im „anderen Deutschland“, in: Thomas Großbölting (Hrsg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Bonn, S. 208–229.
- Schnoor, Rainer (2001): Das gute und das schlechte Amerika: Wahrnehmungen der USA in der DDR in: Detlef Junker (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, Stuttgart/München, S. 932–943.
- Schochow, Maximilian (2013): Erzählungen über ein fremdes Land. Die Töpfchen-These oder: Von der richtigen Erziehung, in: ders./Rebecca Pates (Hrsg.): Der „Ossi“. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden, S. 175–188.
- Schroeder, Klaus (1998): Der SED-Staat, München.
- Ders. (2004): Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, Paderborn u.a.
- Schulze, Christoph (2009): Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Stephan Braun et al. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten, Wiesbaden, S. 92–108.
- Ders. (2017): Etikettenschwindel. Die Autonomen Nationalisten zwischen Pop und Antimoderne, Baden-Baden.
- Schütze, Fritz (1976): Zur Hervorlockung und Analyse von Erzählungen thematisch relevanter Geschichten im Rahmen soziologischer Feldforschung, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen: Kommunikative Sozialforschung, München, S. 159–260.
- Ders. (1977): Die Techniken des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien. Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien Nr. 1 der Universität Bielefeld, Bielefeld.
- Ders. (1983): Biographieforschung und narratives Interview, in: Neue Praxis 3, S. 283–293.
- Selk, Veith (2011): Die Politik der Entpolitisierung als Problem der Politikwissenschaft und der Demokratie, in: Zeitschrift für Politische Theorie 2 (2), S. 185–200.
- Siegler, Bernd (1996): Rechtsextremismus in der DDR und den neuen Ländern, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin, S. 616–638.
- Ders./Oliver Tolmein/Charlotte Wiedemann (1993): Der Pakt. Die Rechten und der Staat, Göttingen.
- Siems, Siebo (2007): Die deutsche Karriere kollektiver Identität. Vom wissenschaftlichen Begriff zum massenmedialen Jargon, Münster.
- Sommer, Bernd (2010): Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Wiesbaden.
- Speit, Andreas/Andrea Röpke (2009): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Bonn.

- Spier, Tim (2010): *Modernisierungsverlierer?: die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*, Wiesbaden.
- Stadt, Jochen (1993): *Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation*, Berlin.
- Ders. (2000): *Unter der Käseglocke des nationalen Sozialismus. Die SED, die volkseigenen Nazis und die Konservierung des Nationalismus*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, H. 9/2000, S. 59–73.
- Staatsministerium des Innern (2015): *Verfassungsschutzbericht 2014*, Dresden.
- Dass. (2016): *Verfassungsschutzbericht 2015*, Dresden.
- Stange, Jennifer (2014): *Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht*. Hrsg. von *Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen*, Dresden.
- Staud, Toralf (2005): *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln.
- Steglich, Henrik (2006): *Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004*, Göttingen.
- Steinhaus, Maria/Heim, Tino/Weber, Anja (2017): *So geht sächsisch! – Pegida und die Paradoxien der „sächsischen Demokratie“*, in: Tino Heim (Hrsg.): *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften*, Wiesbaden, S. 143–196.
- Stellmacher, J./T. Petzel/G. Sommer (2003): *Autoritarismus und Einstellungen zur Menschenrechten im Ost-West-Vergleich*, in: K. Boehnke/D. Fuß/J. Hagan (Hrsg.): *Jugendgewalt und Rechtsextremismus*, Weinheim, S. 93–119.
- Stöss, Richard (1996): *Rechtsextremismus*, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*, Opladen, S. 193–214.
- Ders. (2010): *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin.
- Ders./Niedermayer, Oskar (2007): *Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg*, in: Julius H. Schoeps et al. (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*. Berlin, S. 47–58.
- Strobl, Rainer et al. (2003): *Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, Weinheim.
- Tajfel, Henri/John C. Turner (1970): *An Integrative Theory of Intergroup Conflict*, in: William Austin/Stephen Worchel (Hrsg.), *Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey, CA, S. 33–47.
- Urbinati, Nadia (2014): *Democracy Disfigured. Opinion, Truth, and the People*, Cambridge, MA.

- Völtz, Nicole (2010): Vom Wirken der DDR auf die sächsische Gesellschaft, in: Konstantin Hermann (Hrsg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Dresden, S. 217–228.
- Vorländer, Hans (2015): Zerrissene Stadt: Kulturkampf in Dresden, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5–7, S. 22–28.
- Ders. (2016): Zerrissene Stadt: Kulturkampf in Dresden, in: APuZ 5–7, S. 22–28.
- Ders. et al. (2016), PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden.
- Wagner, Bernd (2008): Neuer Rechtsextremismus und ‚kulturelle Subversion‘, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 21 (4), S. 6–16.
- Wagner, Ulrich/Rolf van Dick/Andreas Zick (2001): Sozialpsychologische Analysen und Erklärungen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialpsychologie 32, S. 59–79.
- Waibel, Harry (1996): Rechtsextremismus in der DDR bis 1989, Köln.
- Ders. (2014): Der gescheiterte Anti-Faschismus der DDR: Rassismus in der DDR, Frankfurt a.M.
- Waldmann, Peter (2011): Terrorismus. Provokation der Macht, Hamburg.
- Walter, Franz (2005): Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder, Wiesbaden.
- Ders. (2008): Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung, Frankfurt a.M.
- Ders. (2016): Symbolverlust und Identitätswechsel. Freital's radikaler politisch-kultureller Orientierungswechsel im 20. Jahrhundert, in: Dresdner Geschichtsverein e.V. (Hrsg.): Freital – eine Industriestadt im Wandel. Dresdner Hefte 34 (125), Dresden, S. 86–93.
- Wandschneider, Sylja (2013): Eine deskriptive sozialräumliche Analyse zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Dresden, in: Grau, Andreas/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, S. 224–257.
- Weber, Petra (2010): Gescheiterte Sozialpartnerschaft – gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39), München.
- Werz, Michael (2001): Untrennbarkeit von Material und Methode. Zur wechsellvollen Rezeption der Authoritarian Personality, in: Claussen, Detlev; Negt, Oskar; Werz, Michael (Hrsg.): Hannoversche Schriften 4. Philosophie und Empirie, Frankfurt a.M., S. 40–68.
- Westle, Bettina (1994): Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4, S. 571–596.

- Dies. (2004): Kollektive Identifikation und Orientierungen gegenüber Demokratie und Sozialismus, in: Rüdiger Schmitt-Beck/Martina Wasmer (Hrsg.): Sozialer und politischer Wandel in Deutschland: Analysen aus ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten, Wiesbaden, S. 261–301.
- Dies. (2009): Das klassische Konzept der Politischen Kultur, in: dies./Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Kultur. Eine Einführung, Baden-Baden, S. 13–23.
- Willems, Helmut (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen.
- Willisch, Andreas (2008): Drogen am Eichberg oder Feuer im Ausländerheim. Die Gettoisierung ländlicher Räume, in: ders./Heinz Bude (Hrsg.): Exklusion. Die Debatte über die Überflüssigen, Frankfurt a.M., S. 50–63.
- Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien/Hamburg.
- Wolle, Stefan (2015): Geschlossene Gesellschaft, in: Zeit/Geschichte 4.
- Wowtscherk, Christoph (2014): Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, Göttingen.
- Zick, Andreas/Andreas Hövermann (2013): Zwischen Widerstand und Befürwortung – zivilcouragierte Einstellungen gegenüber dem lokalen Rechtsextremismus, in: Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer(Hrsg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim, S. 93–111.
- Zick, Andreas/Daniela Krause/Beate Küpper (2015): Der Osten erhebt die feindselige Stimme?, in: Andreas Zick/Beate Küpper (Hrsg.): Wut, Verachtung und Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, S. 61–77.